

**Masterarbeit**

# **Sozialraumorientierte Steuerungsstrategien in der Stadterneuerungspraxis als Ansatz zur Verringerung von großstädtischen Benachteiligungsphänomenen**

- am Beispiel von Berlin | Moabit [D] und Wien | Simmering [AUT]

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung  
des akademischen Grades einer Diplom-Ingenieurin

unter der Leitung von

Univ. Prof. Dr. Jens S. Dangschat

Univ. Ass. Dipl.-Ing. Wencke Hertzsch

E280 Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung

Fachbereich für Soziologie

eingereicht an der Technischen Universität Wien

Fakultät für Architektur und Raumplanung

**Wien, den 04. Juni 2013**

**Sabine Lutz**

# Sozialraumorientierte Steuerungsstrategien in der Stadterneuerungspraxis als Ansatz zur Verringerung von großstädtischen Benachteiligungsphänomenen

- am Beispiel von Berlin| Moabit [D] & Wien | Simmering [AUT]



## Danksagung

Ich möchte mich herzlich bei all denjenigen bedanken, die zur Entstehung dieser Arbeit beigetragen haben.

Mein besonderer Dank gilt meinen wissenschaftlichen Betreuern, Prof. Dr. Jens S. Dangschat und Dipl.- Ing. Wencke Hertzsch, die als engagierte Ansprechpartner mit kompetenten Anregungen und durch die Vermittlung von Kontakten zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

Meinen Interviewpartnern danke ich für ihre Zeit und den weitreichenden Einblick in die Praxis der Stadterneuerung, den sie mir im Rahmen der Gespräche vermittelt haben.

Mein herzlichster Dank gilt meinen Eltern, die mir dieses jahrelange Studium ermöglicht haben.

Ein großes Dankeschön gilt auch allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere Herrn Reschl, Geli, Jane, Markus und Gerd.

## Kurzfassung

Gegenstand dieser Arbeit ist die Untersuchung, welche Perspektiven das Konzept der Sozialraumorientierung als kooperative, ressourcen- und ebenenübergreifende sowie lebensweltorientierte Steuerungsstrategien im Bereich der Stadterneuerungspraxis, zur Verringerung von Benachteiligungsphänomenen in großstädtischen Problemvierteln bietet. Darüber hinaus soll analysiert werden, wie sich die eingesetzten Instrumente, Maßnahmen und Methoden auf die Prozesse auf der übergeordneten Steuerungsebene und in den Quartieren auswirken und welche Anforderungen sich daraus in Bezug auf die Organisation der Stadterneuerung ergeben. Dazu werden die Prinzipien und Potenziale der sozialraumorientierten Steuerungsansätze, sowohl auf theoretischer Ebene dargestellt, als auch deren Umsetzung in der Stadterneuerungspraxis, am Beispiel der Quartiere Moabit-West in Berlin und Simmering in Wien, empirisch überprüft.

Die Schwerpunkte der empirischen Untersuchung liegen dabei insbesondere auf

- der *strategischen Steuerungsebene*:
  - die Rolle der übergeordneten Programmebenen, der Strategien und der Administrationsstrukturen auf das Quartier
  - der ebenen- und ressortübergreifenden Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung und den relevanten Akteuren auf strategischer Ebene
- der *lokalen Umsetzungs- und Handlungsebene im Quartier*:
  - den vorbereitenden Untersuchungen, die als Grundlage der Maßnahmen verwendet werden sowie Evaluierungen und Monitoring
  - der fachübergreifenden Zusammenarbeit von Planung, Sozialer Arbeit und anderen relevanten Institutionen und Akteuren auf Quartiersebene
  - dem Instrument des Quartiersmanagements, dessen Ziele, Organisationsstruktur, Entscheidungsspielräume
  - die Art der Finanzierung, sowie deren Auswirkungen auf den Prozess
  - Anlass und Ausmaß der Beteiligung von lokalen Akteuren und Interessensgruppen
  - Öffentlichkeitsarbeit und Wissensmanagement
  - Evaluierung und Monitoring
  - Verstetigung

Die gewonnenen Erkenntnisse werden abschließend bewertet und Empfehlungen für Entwicklungsmöglichkeiten in der Stadterneuerungspraxis der beiden Städte, aber auch generalisierende Erkenntnisse formuliert.

**Schlagwörter:** Stadterneuerung, Sozialraumorientierung, Berlin, Wien



## Abstract

Although there have been long time initiatives in the field of urban regeneration, social inequality and spatial discrimination connected to deprived areas still persists a difficult challenge. It has been proved that structural measures alone are not sufficient and need to be combined with social activities as well as actions for local economies and employment. In this context the concept of “Sozialraumorientierung” considers a strategic linkage of policies, programs and organisational structures to a scale of social space, orientated on the everyday life of residents. For this reason, structures of planning processes itself forms an important role regarding the efficient implementation of measurements in the neighbourhoods. Processes and policies connected to the concept of “Sozialraumorientierung” consist of various components:

- Strategic approach of programs and measurements
- Evidence-based and area based preparatory investigations
- Multi-layered, multi-sectoral and multi-actored organisational structures and cooperation within administration, institutions and localstakeholders
- Neighborhood management
- Role of financing
- Partizipation of local actors and stakeholders
- Public relations and knowledge management
- Evaluation and monitoring
- Consolidation of processes

As the concept (or the designation) of “Sozialraumorientierung” in the field of planning yet is not very common, this thesis seeks to elaborate the impact of its principles by evaluating policy the frameworks, process components, instruments and measurements in the practice of urban regeneration in Berlin | Moabit and Vienna | Simmering.

**Keywords:** social space orientation, community orientation, urban regeneration, urban renewal, Berlin, Vienna

# Inhaltsverzeichnis

<b>Danksagung</b> .....	<b>V</b>
<b>Kurzfassung</b> .....	<b>VI</b>
<b>Abstract</b> .....	<b>VII</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>VIII</b>
<b>1 Einleitung</b> .....	<b>11</b>
1.1 Problemstellung .....	11
1.2 Forschungsdesign .....	14
1.2.1 Zielsetzungen, Setting und Forschungsfragen .....	14
1.2.2 Erarbeitungsprozess, Untersuchungsmethoden und Aufbau der Arbeit .....	17
<b>TEIL 01 Von der integrativen zur gespaltenen Stadt: Geänderte Rahmenbedingungen in der Stadterneuerungspraxis</b>	
<b>2 Sozialräumliche Benachteiligung in Großstädten: Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungsmechanismen</b> .....	<b>24</b>
2.1 Ursachen sozialräumlicher Benachteiligung .....	24
2.2 Zusammenhänge und Wirkungsmechanismen großstädtischer Benachteiligungsphänomene .....	29
<b>3 Von der „klassischen“ zur „integrierten“ Stadterneuerung</b> .....	<b>33</b>
3.1 Grundlagen und Begriffe zur Stadterneuerung .....	33
3.2 Entwicklung der Stadterneuerung im europäischen Kontext .....	39
3.2.1 Stadterneuerungspraxis in den Niederlanden .....	40
3.2.2 Stadterneuerungspraxis in Großbritannien .....	43
3.2.3 Stadterneuerungspraxis in Deutschland .....	46
<b>4 Sozialraumorientierung als „neue“ Steuerungsstrategie in der Stadterneuerungspraxis</b> .....	<b>49</b>
4.1 Grundlagen und Begriffe zur Sozialraumorientierung .....	50
4.1.1 Vom „Sozialen Raum“ .....	50
4.1.2 Zum Begriff der „Sozialraumorientierung“ .....	55
4.1.3 Schlussfolgerungen: Sozialraumorientierung in der Stadterneuerungspraxis .....	58
4.2 (Wohn-)Raumbezogene Steuerungsansätze .....	61
4.2.1 Steuerungsinstrumente zur Bereitstellung von kostengünstigem Wohnraum für einkommensschwache Haushalte .....	62
4.2.2 Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld .....	64
4.2.3 Mietrechtliche Steuerungsinstrumente .....	65
4.2.4 Staatliche Wohnkostenzuschüsse .....	65
4.3 Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze .....	66
4.3.1 Lokale Wirtschafts- und Unternehmensförderung .....	67
4.3.2 Lokale Beschäftigungsförderung und Qualifizierungsangebote .....	68
4.4 Steuerungsansätze im sozialen Bereich .....	70
4.4.1 Soziale Beratung und individuelle Unterstützungsleistungen .....	72
4.4.2 Integration und Zusammenleben im Stadtteil .....	73
4.4.3 Bildung und Betreuung .....	75
4.4.4 Freizeit, Kultur, Sport und Gesundheit .....	76

4.5	Strategische Steuerungsansätze und Prinzipien der Prozessgestaltung .....	78
4.5.1	Strategische Dokumente: Integrierte Handlungskonzepte .....	79
4.5.2	Analyseinstrumente und sozialräumliche Beobachtungsmethoden.....	81
4.5.3	Ebenen- und ressortübergreifende Organisationsstrukturen und Ressourcenbündelung,.....	84
4.5.4	Quartiersmanagement .....	86
4.5.5	Finanzierungsformen.....	88
4.5.6	Partizipation und Bürgerbeteiligung.....	91
4.5.7	Information und Öffentlichkeitsarbeit.....	97
4.5.8	Evaluierung und Monitoring .....	100
4.5.9	Verstetigungsansätze .....	102
4.6	Lessons learnt: Kontraproduktive Entwicklungen in der Praxis bisheriger Stadterneuerungsprogramme. ....	104

**TEIL II Sozialraumorientierung messen:  
Methoden und Gestaltung der empirischen Untersuchung**

**5 Auswahl und Methoden der empirischen Untersuchung..... 112**

5.1	Untersuchungsraster, Bewertungskriterien und Erhebungsmethoden .....	112
5.2	Auswahl der Untersuchungsbeispiele .....	119
5.3	Auswahl der Experten und Durchführung der Interviews .....	122

**TEIL III Analyse sozialraumorientierter Steuerungsansätze:  
Stadterneuerungspraxis in Berlin und Wien**

**6 Stadterneuerungspraxis in Berlin | Moabit..... 128**

6.1	Überblick: Sozialräumliche Rahmenbedingungen in Berlin   Moabit .....	128
6.1.1	[Wohn-]Räumliche Dimension.....	130
6.1.2	Ökonomische Dimension.....	139
6.1.3	Soziale Dimension.....	142
6.1.4	Symbolische Dimension.....	145
6.1.5	Politisch-administrativer Steuerungsrahmen .....	146
6.2	Einblick: Aktuelle Stadterneuerungspraxis in Berlin   Moabit.....	148
6.2.1	(Wohn-)Raumbezogene Steuerungsansätze.....	149
6.2.1.1	Bund-Länder-Förderprogramm „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ .....	150
6.2.1.2	Sozialer Wohnungsbau und Mietpreisbindung .....	153
6.2.1.3	Subjektive Wohnkostenzuschüsse .....	156
6.2.2	Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze .....	157
6.2.2.1	Stadtumbau West .....	158
6.2.2.2	Aktive Zentren .....	162
6.2.2.3	MittendrIN Berlin!.....	167
6.2.3	Steuerungsansätze mit sozialem Bezug .....	168
6.2.3.1	Soziale Stadt – Quartiersmanagement .....	168
6.2.3.2	Aktionsraum <sup>plus</sup> .....	177
6.2.4	Strategische Steuerungsansätze und Prinzipien der Prozessgestaltung .....	179
6.2.4.1	Strategische Dokumente .....	179
6.2.4.2	Analyseinstrumente: Sozialräumliche Beobachtungsmethoden .....	185
6.2.4.3	Ebenen- und ressortübergreifende Organisationstrukturen .....	188
6.2.4.4	Quartiersmanagement.....	191
6.2.4.5	Finanzierung .....	192
6.2.4.6	Information und Öffentlichkeitsarbeit .....	196
6.2.4.7	Partizipation und Bürgerbeteiligung .....	197
6.2.4.8	Evaluierung und Monitoring .....	199
6.2.4.9	Verstetigungsansätze .....	201

**7 Stadterneuerungspraxis in Wien | Simmering ..... 202**

7.1	Überblick: Sozialräumliche Rahmenbedingungen in Wien   Simmering .....	202
7.1.1	(Wohn-)Räumliche Dimension.....	204

7.1.2	Ökonomische Dimension .....	217
7.1.3	Soziale Dimension .....	223
7.1.4	Symbolische Dimension .....	227
7.1.5	Politisch-administrativer Steuerungsrahmen .....	229
7.2	<b>Einblick: Sozialraumorientierte Steuerungsstrategien in Wien   Simmering .....</b>	<b>235</b>
7.2.1	<b>(Wohn-)Raumbezogene Steuerungsansätze .....</b>	<b>236</b>
7.2.1.1	Strategische Stadterneuerung: Zielgebiete der Stadtentwicklung .....	236
7.2.1.2	Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld .....	239
7.2.1.3	Klassische, objektbezogene Sanierungsförderung .....	241
7.2.1.4	Mietrechtliche Steuerungsinstrumente .....	245
7.2.1.5	Steuerungsinstrumente zur Bereitstellung von kostengünstigem Wohnraum .....	247
7.2.1.6	Subjektive Wohnkostenzuschüsse: Wohnbeihilfe .....	250
7.2.2	<b>Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze .....</b>	<b>251</b>
7.2.2.1	Lokale Wirtschafts- und Unternehmensförderung .....	251
7.2.2.2	Lokale Beschäftigungsförderung .....	256
7.2.3	<b>Steuerungsansätze im sozialen Bereich .....</b>	<b>258</b>
7.2.3.1	GB* Gebietsbetreuung Stadterneuerung .....	259
7.2.3.2	wohnpartner- Nachbarschaftsservice im Gemeindebau: .....	266
7.2.3.3	MA 17 Integration und Diversität .....	270
7.2.3.4	Jugend- und Parkbetreuung / Fair-Play- Teams .....	275
7.2.4	<b>Strategische Steuerungsansätze und Prinzipien der Prozessgestaltung .....</b>	<b>280</b>
7.2.4.1	Strategische Dokumente .....	280
7.2.4.2	Analyseinstrumente: Sozialräumliche Beobachtungsmethoden .....	284
7.2.4.3	Ebenen- und ressortübergreifende Organisationsstrukturen .....	286
7.2.4.4	Quartiersmanagement .....	288
7.2.4.5	Finanzierung .....	289
7.2.4.6	Information und Öffentlichkeitsarbeit .....	292
7.2.4.7	Partizipation und Bürgerbeteiligung .....	294
7.2.4.8	Evaluierung und Monitoring .....	297
7.2.4.9	Verstetigungsansätze .....	298

**TEIL IV Sozialraumorientierte Steuerungsstrategien in der Stadterneuerungspraxis:  
Zusammenfassung, Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen**

<b>8</b>	<b>Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Untersuchungsergebnisse zur Stadterneuerungspraxis in Berlin   Moabit und Wien   Simmering .....</b>	<b>302</b>
8.1	[Wohn-] Raumbezogene Steuerungsansätze .....	302
8.2	Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze .....	306
8.3	Steuerungsansätze im sozialen Bereich .....	309
8.4	Strategische Steuerungsansätze und Prinzipien der Prozessgestaltung .....	312
<b>9</b>	<b>Lessons learnt: Sozialraumorientierte Steuerungsstrategien als Modell zur Verringerung von großstädtischen Benachteiligungsphänomenen .....</b>	<b>325</b>
9.1	Allgemeine Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen .....	325
9.2	Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlung für die Stadterneuerungspraxis in Berlin   Moabit .....	331
9.3	Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für die Stadterneuerungspraxis in Wien   Simmering ..	337

**ANHANG**

<b>Ergänzende Materialien .....</b>	<b>346</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>350</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>362</b>
<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>366</b>

---

# 1 Einleitung

## 1.1 Problemstellung

Der wirtschaftliche Strukturwandel und die gesellschaftlichen Umbrüche der vergangenen Jahrzehnte haben in vielen westeuropäischen Großstädten räumliche und soziale Konzentrations- und Spaltungsprozesse ausgelöst. Insbesondere in heruntergekommenen, innenstadtnahen Altbaugebieten, wie auch in monotonen Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre am Stadtrand verdichten sich die Problemlagen:

Sozialschwache Bewohner, meist Arbeitslose, Arme, Alte, Alleinerziehende und Migranten, bleiben in den unattraktiven Quartieren zurück, ihre mangelnde Kaufkraft führt unter anderem zu Geschäftsaufgaben und zu einer Verringerung der Nahversorgungsangebote und Arbeitsplatzverlusten. Eine Abwärtsspirale im Quartier beginnt. Aus *benachteiligten* Quartieren werden *benachteiligende* Quartiere.

Trotz dieser Entwicklungen werden staatliche Sanierungs- und Sozialprogramme jedoch vielerorts aufgrund der öffentlichen Finanznot massiv zurückgefahren. Zudem erweisen sich klassische Steuerungsmöglichkeiten im Bereich der Stadterneuerung und der sozialen Wohnraumpolitik, angesichts der Komplexität der multiplen Problemlagen, nicht nur als eindimensional, sondern fallen darüber hinaus in vielen Staaten bereits dem Sparzwang und der Deregulierungspolitik zum Opfer. (vgl. Dangschat 2001b; Häußermann & Kapphan 2000; Krummacker et al. 2003)

In Anbetracht dieser komplexen Herausforderungen in benachteiligten Stadtteilen stellt das Konzept der Sozialraumorientierung im Bereich der Stadterneuerung eine „innovative Strategie“ (SenStadtUm Hrsg. 2009: 5), oder auch „Modell einer neuen Steuerung“ (Brandstetter 2008) dar.

Das Konzept der Sozialraumorientierung zielt darauf ab, mittels einer fachübergreifenden, quartiersbezogenen Zusammenarbeit und unter Einbindung lokaler Interessengruppen und Akteure, Synergieeffekte für eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der betroffenen Bevölkerung in den benachteiligten Quartieren zu erreichen, sowie demokratische Strukturen zu stärken. Die methodischen Handlungsfelder einer derartigen sozialintegrativen Quartierserneuerungsstrategie liegen dabei insbesondere in den Bereichen „Wohnen und Wohnumfeld“, „Arbeit und Beschäftigung“, „Soziales“, „Lokale Ökonomien“ und „Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit“. (vgl. Krummacker et al. 2003: 231)

Das Konzept der Sozialraumorientierung stellt die Bedürfnisse der Quartiersbewohner in den Mittelpunkt. Es versucht - nach dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ - ihre Ressourcen zu mobilisieren sowie sie aktiv in die Prozesse miteinzubeziehen. Die Lebenswelten der

Bewohner werden somit zur Basis einer integrierten abgestimmten Politik, Quartiere zum gemeinsamen, interdisziplinären „Planungs- und Gestaltungsraum“.

Das Konzept der Sozialraumorientierung erweitert damit nicht nur den fachlichen, sondern auch den gesamtstädtischen und überregionalen Fokus der Verwaltung und Politik, um eine lokale Betrachtungsebene aus der Perspektive der Bewohner. Auch die Ressourcen der Verwaltung – insbesondere in Bereichen der Planung und der Sozialen Arbeit - sollen durch eine verstärkte fach- und ebenenübergreifende Koordination und Kooperation wirksamer vernetzt und dadurch effektiver auf Quartiersebene eingesetzt werden.

Zusätzlich erhofft man sich durch eine intensivierete Akteurs- und Bürgerbeteiligung eine verstärkte Verankerung von Maßnahmen im Quartier sowie eine Verbesserung der lokalen Mitwirkungs- und Verantwortungskultur in der Zivilgesellschaft im Sinne des New Urban Governance Ansatzes.

Prinzipiell kann das Konzept der Sozialraumorientierung, wie auch sämtliche Stadterneuerungsmaßnahmen, nicht losgelöst vom Kontext lokaler und übergeordneter Politiken und Interessen betrachtet werden.(vgl. SenStadtUm Hrsg. 2009: 5-8)

Das Konzept der Sozialraumorientierung ist jedoch kein „Zauber-Instrument“ (Krummacher et al. 2003: 14), welches gesellschaftlich verursachte Ungleichheit und Benachteiligungsphänomene auf Quartiersebene mit Leichtigkeit beseitigen kann. Es handelt sich vielmehr einen gemeinsamen Lern- und Entwicklungsprozess, der stets den jeweiligen lokalen Problemstellungen und Strukturen angepasst werden muss.

Auch wenn das Konzept der Sozialraumorientierung in den vergangenen Jahren wieder verstärkt in der Fachliteratur aufgegriffen wird, ist dieser Ansatz im Bereich der Planung nicht neu: Der Begriff der Sozialraumorientierung bezieht sich auf den Sozialraum-Ansatz, welcher bereits in den 1920er Jahren von der Chicago School of Sociology begründet wurde und kleinräumige Bezugseinheiten zur Untersuchung von Armuts- und Ausgrenzungsprozessen heranzieht. In den 1950er Jahren wird der Sozialraum-Ansatz in den USA von humanökologischen Denkschulen zu Sozialraumanalysen weiterentwickelt und findet so ab 1970 in dieser Art, sowie in Form von kleinräumigen „Lebensweltanalysen“, auch in Deutschland Anwendung.(vgl. Riege & Schubert 2005: 12-15)

In den 1980er Jahren entstehen, auf Basis der raumtheoretischen Arbeiten des Soziologen Bourdieu, erste Vorläuferkonzepte einer sozialraumbezogenen Planung: Einerseits im Bereich der Sozialarbeit das Konzept der „stadtteilbezogenen Gemeinwesenarbeit“, andererseits der im Bereich der Stadtplanung mit Konzepten wie z.B. das „PCG-beileid“ in den Niederlanden, die „Behutsame Stadterneuerung“ in Berlin oder die „Sanfte Stadterneuerung“ in Wien.(vgl. Krummacher et al. 2003: 14f)

In den 1990er Jahren werden die Entwicklungen zum Konzept der Sozialraumorientie-

---

rung vor allem durch eine Neuorganisation der aufsuchenden Jugendhilfe vorangetrieben (vgl. Hinte 2008: 12).

Im Bereich der Planung bringen die EU-Initiativen Urban I + II neue Impulse zur Wiederbelebung von benachteiligten Stadtteilen in europäischen Großstädten. Hierbei werden in den Jahren 1994-2006 die Entwicklung innovativer Strategien mit „integrierten und partizipatorischen Vorgehensweisen“, darunter auch nicht-investive Maßnahmen wie z.B. die Einrichtung von Quartiersmanagements, gefördert (vgl. [www.urban.eu](http://www.urban.eu))

Auf Basis dieser Erfahrungen wird im Jahr 1999 das deutsche Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ gestartet, welches im Zuge von Modellvorhaben, neben baulichen Maßnahmen, auch sozialintegrative Projekte bundesweit finanziert. (vgl. [www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de))

In den Evaluierungsberichten der jeweiligen Programme werden die sozialraumorientierten und integrativen Maßnahmen im Allgemeinen sehr positiv bewertet. Allerdings zeigt sich in der Praxis, dass sich Schlagworte wie „Vernetzung“ und „Beteiligung“ als Leerformeln erweisen können und auch in Programmen verwendet werden, welche mit konkreten Aufwertungsstrategien soziale Verdrängungsprozesse in Quartieren nach sich ziehen. Zudem wurde der Leitsatz der „Mittel- und Ressourcenbündelung“ durch auch dazu missbraucht, um eine Privatisierung kommunaler Dienstleistungen durchzusetzen oder kostspielige Einzelfallhilfen durch fixierte Sozialraumbudgets zu ersetzen. (vgl. Krummacher et al. 2003: 232)

Neben diesen gravierenden Abweichungen zwischen theoretischen Zielsetzungen und praktischer Umsetzung von kleinräumigen, sozialraumorientierten Interventionen im Quartier, wird auch von methodischen oder systemimmanenten Problemen berichtet:

So sind in vielen Städten kaum kleinräumige Daten und Informationen verfügbar, welche eine objektive Gebietsauswahl, Problemdiagnose wie auch empirische Verfolgung der Veränderungen im Quartier ermöglicht. Zudem wird im Hinblick auf die durchgeführten Maßnahmen häufig auf bewährte Abläufe und Akteurskonstellationen zurückgegriffen, obwohl interdisziplinäre Ansätze in der Fachwelt längst als State-of-the-Art anerkannt sind. Darüber hinaus werden auf der Steuerungsebene, statt der angestrebten ressortübergreifenden horizontalen und vertikalen Vernetzung, die einseitige Dominanz einzelner Verwaltungsabteilungen sowie Reibungsverluste durch Fach- und Teamegoismen beklagt. (vgl. IfS et al. 2004: 179-184)

Als weitere Herausforderungen werden unzureichende finanzielle Ausstattung, chronischer Personalmangel, zu kurze Projektlaufzeiten ohne Anschlussfinanzierung und Verstetigungskonzept sowie die institutionelle Ohnmacht im Hinblick auf strukturell geprägte, prekäre Lebenssituationen vor Ort werden in der Praxis als Hindernisse bei der Umsetzung ehrgeizigen Programme mit Mehrebenen-Ansatz genannt. (vgl. Franke 2011: 4f)

## 1.2 Forschungsdesign

### 1.2.1 Zielsetzungen, Setting und Forschungsfragen

Das Konzept der Sozialraumorientierung wird in der Praxis als Modell einer fachübergreifenden, lebensweltbezogenen Steuerungs- und Handlungsstrategie<sup>1</sup> auf Quartiers-ebene im Bereich der Stadterneuerung bereits vielerorts in Ansätzen angewandt. Allerdings werden diese Maßnahmenbündel eher selten mit dem Begriff „Sozialraumorientierung“ verbunden. Das Konzept stellt durch seine Bewohnerorientierung und Ressourcenaktivierung, trotz der benannten Problemstellungen, ein vielversprechender Lösungsansatz zur Verbesserung der Lebensumstände in benachteiligten Stadtteilen dar.

Ziel dieser Arbeit ist es, zunächst die Potenziale von sozialraumorientierten Steuerungs- und Handlungsstrategien, sowie die prinzipiellen Lösungsansätze und notwendigen Maßnahmen zur Verringerung von sozialräumlicher Ungleichheit und urbanen Benachteiligungsphänomenen auf theoretischer Ebene herauszuarbeiten.

Danach wird die Verankerung von sozialraumorientierten Strategien in der aktuellen Stadterneuerungspraxis im Kontext zweier verschiedener Planungssysteme analysiert und gegenübergestellt. Diese Untersuchung erfolgt im Rahmen von empirischen Erhebungen und qualitativen Experteninterviews am Beispiel der Stadtteile Berlin - Moabit und Wien- Simmering.

Abschließend werden diese Ansätze der Steuerung und Prozessgestaltung mit den theoretischen Lösungsansätzen abgeglichen sowie deren Potenziale und Mehrwert, aber auch etwaige Grenzen und Problemstellungen herausgearbeitet.

Das Interesse dieser Arbeit liegt dabei insbesondere auf den unterschiedlichen Steuerungsansätzen in den beiden Städten sowie deren Auswirkungen auf die Prozesse, Maßnahmen, Akteurskonstellationen und nachfolgende Entwicklungen in den betroffenen Gebieten. Diese Zusammenhänge werden im Rahmen einer System- Prozess- und Wirkungsanalyse untersucht dargestellt. Aufgrund der komplexen Problemlagen gilt es dabei auch über den planerisch-fachlichen Tellerrand zu spähen, denn nicht alle quartiersbezogenen Ursache-Wirkungs-Mechanismen werden zwingend dem Bereich der Stadterneuerung zugeordnet.

Die Auswahl der Städte Berlin und Wien bzw. der Stadtteile Moabit und Wien-Simmering, als Setting der empirischen Untersuchungen, erfolgt im Vorfeld nach folgenden Gesichtspunkten:

<sup>1</sup> Handlungsstrategien zeichnen sich durch die spezifische und regelhafte Handlungssequenz der einzelnen Handlungsschritte Zielpräzisierung, Orientierungs- und Analysephase, Plangenerierung- und Entscheidung, Plandurchführung und anschließender Handlungs- und Ergebniskontrolle aus. (vgl. dazu z. B. Dörner, 1989; Dörner und Schaub, 1995; Frese und Zapf, 1994; Sonntag, 1996a in Zempel 2003:27)



---

Sowohl die historische und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Berlin, wie auch die der österreichischen Hauptstadt Wien, wird im Zeitraum von 1945 bis zum Jahr 1989, tiefgreifend durch den Eisernen Vorhang gehemmt. Seit 1990 befinden sich beide Städte jedoch in einen stetigen Aufholprozess. Dieser ist gekennzeichnet durch einen starken nationalen wie internationalen Zuzug, umfassende Quartiers- und Wohnhaussanierungen, aber auch Verdrängungsprozesse und erheblichen Mietpreissteigerungen in meist den gründerzeitlich geprägten, innenstadtnahen Altbauquartieren. Beide Städte sind bereits in den 1970er Jahren von sozialen Verdrängungsprozessen, in Folge von Luxus-sanierungen, konfrontiert. Aus dieser Erfahrung heraus werden, mit der Erarbeitung der „Grundsätze der behutsamen Stadterneuerung“ in Westberlin und der „Grundsätze zur sanften Stadterneuerung“ in Wien, ab Mitte der 1980er Jahre weitreichende Regelungen, für eine erhaltende Stadterneuerung sowie zum Schutz der betroffenen Bevölkerung, auf den Weg gebracht.

Trotz ähnlicher Ansätze in den 1980er Jahre, weist die heutige Stadterneuerungspraxis der Städte Berlin und Wien, sowohl auf inhaltlicher Ebene als auch im Bereich der Steuerung quartiersbezogener Maßnahmen, erhebliche Unterschiede auf:

Zwar lassen sich bei der Betrachtung der beiden traditionellen Arbeiterbezirke Berlin–Moabit und Wien–Simmering, Abwertungstendenzen und damit Parallelen feststellen. Doch gerade vor diesem Hintergrund werden die Unterschiede der unterschiedlichen Planungssysteme und der strategischen Ansätze in der Quartiersentwicklung in den beiden Städten sichtbar.

Im Hinblick auf eine nachvollziehbare Untersuchung der jeweiligen „Stadterneuerungskonstrukte“ der Städte Berlin und Wien, lauten die zentralen Forschungsfragen dieser Arbeit dementsprechend:

1. Wie entstehen sozialräumliche Benachteiligungsphänomene?
2. Welche Steuerungsansätze bietet das Konzept der Sozialraumorientierung zur Verringerung von sozialräumlichen Benachteiligungsphänomenen (im Vergleich zu „klassischen“ Ansätzen in der Stadterneuerung)?
3. Welche Handlungsstrategien und Maßnahmen werden in Berlin und Wien - insbesondere im Bereich der Stadterneuerung - verfolgt, um sozialräumliche Benachteiligungsphänomene zu verringern?
4. Inwieweit entsprechen die Steuerungsansätze und Prozessgestaltung der Maßnahmen den Prinzipien der Sozialraumorientierung?
5. Welche Auswirkungen haben die implementierten Handlungsstrategien, sowohl auf die Prozesse als auch auf die Lebensverhältnisse in den Quartieren?
6. Wo stoßen diese sozialraumorientierte Steuerungsstrategien in der Praxis an ihre Grenzen?

Zur Klärung der Fragen 1 und 2 werden in einer theoretischen Auseinandersetzung, die grundlegenden Begrifflichkeiten erklärt, die Ursachen und Wirkungen sozialräumlicher

Benachteiligungsphänomenen dargestellt sowie „klassische“ und neuere Steuerungsansätzen erläutert. Hierzu werden auch die maßgeblichen Prinzipien, Zielsetzungen und Steuerungsansätze sozialraumorientierter Handlungsstrategien herausgearbeitet und zusammengefasst.

Auf Basis dieser Erkenntnisse wird ein Untersuchungsraaster, zur Analyse der übergeordneten Steuerungsstrukturen und der Umsetzung der Maßnahmen in der aktuellen Stadterneuerungspraxis in Berlin und Wien, erarbeitet.

Im empirischen Teil der Arbeit werden die Fragen 3-5 geklärt. Methodisch erfolgt hierzu - ausgehend von der historischen Entwicklung der Stadterneuerung - eine Darstellung der strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen des jeweiligen Settings. Hierbei liegt das Interesse insbesondere

- auf der spezifischen Ausprägung sozialräumlicher Benachteiligung im Kontext der jeweiligen Quartiere,
- sowie der Organisation der politisch-administrativen Strukturen.

Die nachfolgende Prozessanalyse beschäftigt sich mit den angewandten Handlungsstrategien und der in Umsetzung in den Quartieren Moabit und Wien-Simmering. Dabei liegt der Fokus

- auf den Methoden zur Analyse sozialräumlicher Benachteiligung,
- der ressortübergreifenden und interdisziplinären Zusammenarbeit von Akteuren,
- das Ausmaß der Beteiligung von Betroffenen,
- die Art der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
- den Methoden von Evaluierung und Monitoring Prozessen.

Zusätzlich sollen auch die beobachteten Wirkungen der Maßnahmen im Quartier sowie deren Rückkopplung auf die Prozessgestaltung und politisch-administrativen Strukturen abgefragt werden wie z.B.

- der beobachtete Mehrwert von gewählten Handlungsstrategien und Methoden
- erkannte Hindernisse und Herausforderungen
- Auswirkungen der Erkenntnisse zur Neuausrichtung von Handlungsstrategien auf gesamtstädtischer Ebene

Im Zuge der anschließenden Schlussfolgerungen zur der aktuellen Stadterneuerungspraxis in Wien und Berlin sollen die anfänglich genannten zentralen Forschungsfragen nochmals auf Basis der gewonnenen Erkenntnissen aus der Praxis reflektiert, Handlungsempfehlungen entwickelt sowie die Potenziale und Grenzen sozialraumorientierter Handlungsstrategien nochmals abschließend erörtert werden.

---

## 1.2.2 Erarbeitungsprozess, Untersuchungsmethoden und Aufbau der Arbeit

Der Prozess zur Erarbeitung der vorliegenden Arbeit war, aufgrund der Komplexität der Fragestellung und fehlenden vergleichbaren Forschungsarbeiten, zirkulär angelegt und unterteilt sich in folgende Phasen (vgl. Abbildung 1):

### **Phase I:**

- Recherche zu den Themenbereichen „Sozialraumorientierung“, „Grundlagen der Stadterneuerung“, Formulierung der Fragestellung und Wahl des Settings, weitere Recherche zu den Themen „Aktuelle Stadterneuerungspraxis in Berlin | Moabit“ und „Aktuelle Stadterneuerungspraxis in Wien | Simmering“.
- Erstellung von ersten Texten zu den theoretischen Grundlagen der Fragestellung  
*Methoden: Literatur- und Dokumentauswertung, Internetrecherche*

### **Phase II:**

- Bildung von ersten Hypothesen zur Stadterneuerungspraxis
- Auswahl der Experten
- Erarbeitung von Interviewleitfäden für die Experteninterviews auf Basis der Erkenntnisse aus Phase I

### **Phase III:**

- Empirische Erhebungen und Durchführung der Experteninterviews vor Ort
- Transkription und erste Auswertung  
*Methoden: Experteninterviews, Begehungen vor Ort*

### **Phase IV:**

- Überprüfung der ersten Hypothesen
- Ergänzung des Theorieteils auf Basis der Erkenntnisse aus Phase III  
*Methoden: Literatur-, Dokument und Interviewauswertung, Internetrecherche*

### **Phase V:**

- Erstellung eines Untersuchungsrasters zur vergleichbaren und systematisierten Auswertung der Experteninterviews auf Basis der theoretischen Grundlagen aus den Phasen I und IV sowie der Erkenntnisse aus den Experteninterviews aus Phase III

### **Phase VI:**

- Darstellung und Systematisierung der Erkenntnisse aus den empirischen Untersuchungen und den Experteninterviews zur Stadterneuerungspraxis in Berlin | Moabit und Wien | Simmering anhand des Untersuchungsrasters aus Phase V

### **Phase VII:**

- Zusammenfassung. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen im Hinblick auf Fragestellung der Sozialraumorientierung als Steuerungsansatz in der Stadterneuerungspraxis für Berlin | Moabit, Wien | Simmering sowie im Hinblick auf allgemeine, zukünftige Entwicklungen und Forschung

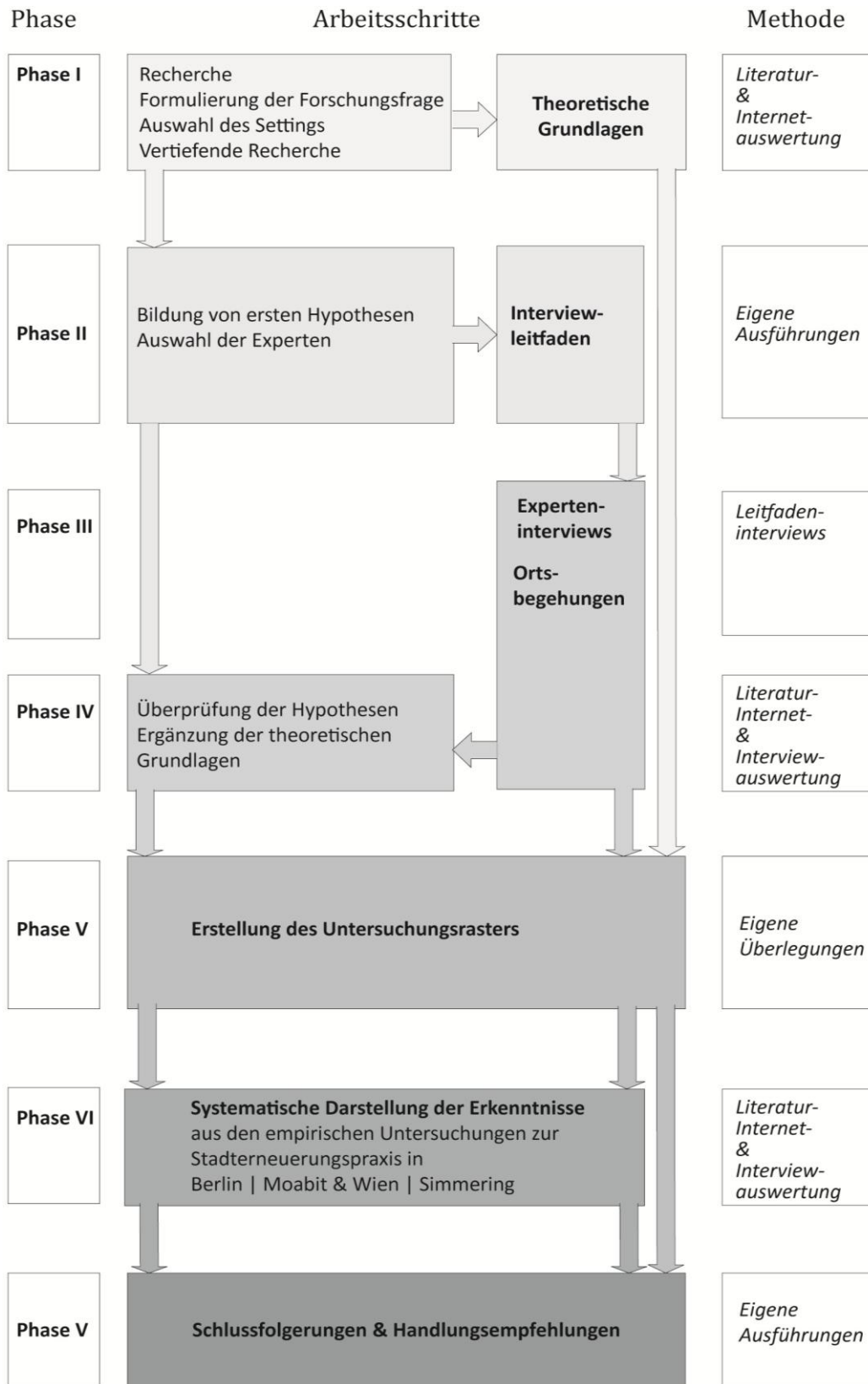


Abbildung 1: Untersuchungsdesign und Methoden

---

Da die Erkenntnisse aus den Phasen I, II, III und IV, ohne Unterscheidung zwischen den ersten Hypothesen und zusätzlichen den Erkenntnissen aus den Experteninterviews, im Theorieteil eingeflossen sind, gliedert sich die vorliegende Arbeit in folgende Teile:

Im **ersten Teil** werden die theoretischen Grundlagen - vorwiegend mittels Literatur- und Internetrecherche - dargestellt und im Hinblick auf die zentrale Fragestellung erörtert. Ziel ist es, ein allgemeines Verständnis für die Thematik herzustellen und Zusammenhänge zu aufzuzeigen.

Im **zweiten Teil** werden auf Basis dieser theoretischen Grundlagen ein Untersuchungsraster sowie Kriterien zur Bewertung der empirischen Untersuchung erarbeitet.

Im **dritten Teil** erfolgt die empirische Untersuchung im Sinne einer System- Prozess und Wirkungsanalyse der Stadterneuerungspraxis in den Städten Berlin und Wien. Hierzu liefern – neben der Literatur- und Internetrecherche zu strukturellen Rahmenbedingungen und strategischen Dokumenten– insbesondere 21 Experteninterviews vor Ort die notwendigen Informationen und Hintergrundwissen. Zu deren Vorbereitung werden zwei Interviewleitfaden, sowohl für die strategische als auch für die Umsetzungsebene im Quartier, konzipiert und jeweils dem Tätigkeitsbereich der Befragten angepasst.

Zusätzlich wird im Zuge einer begleitenden Medienanalyse, die Verfügbarkeit und Aufbereitung von Informationen untersucht, um daraus Rückschlüsse über die Transparenz und Niedrigschwelligkeit der Öffentlichkeitsarbeit zu ziehen.

Der **vierte Teil** beinhaltet eine Zusammenfassung und Bewertung der gewonnenen Erkenntnisse anhand der erarbeiteten Kriterien aus dem zweiten Teil, Schlussfolgerungen sowie abschließende Handlungsempfehlungen.

Der Inhalt der insgesamt neun Kapitel lässt sich dabei wie folgt zusammenfassen (vgl. Abbildung 2):

#### **Teil 01**

**Kapitel 2** beleuchtet die geänderten Rahmenbedingungen und aktuellen Herausforderungen, welche sich insbesondere durch den Strukturwandel und den damit verbundenen Mechanismen der sozialen Ungleichheit und Benachteiligungsphänomenen in westeuropäischen Großstädten ergeben.

**Kapitel 3** beschreibt die Grundlagen und Entwicklungen in der Stadterneuerung als ein Ansatz um sozialräumliche Benachteiligungsphänomenen in Großstädten zu steuern.

Davon ausgehend werden in **Kapitel 4** die theoretischen Konzepte zum „Sozialen Raum“ und zur „Sozialraumorientierung“ dargestellt und ihre Potenziale im Bereich der Stadt-

erneuerungspraxis zur Verringerung von sozialräumlichen Benachteiligungsphänomenen herausgearbeitet. Anschließend werden die Grundsätze der einzelnen Handlungsfelder und Steuerungsansätze auf Basis aktueller Forschungserkenntnisse skizziert.

## **Teil II**

In **Kapitel 5** wird auf Basis der Erkenntnisse aus den vorangegangenen Kapiteln ein Untersuchungsraaster mit Bewertungskriterien und einem Fragenkatalog für die Analyse der Stadterneuerungspraxis in Berlin und Wien entwickelt. Des Weiteren werden die Methoden zur empirischen Untersuchung dargestellt und die Kriterien zur Auswahl der Untersuchungsgebiete und der Experten für Wien und Berlin erläutert.

## **Teil III**

**Kapitel 6** analysiert die Berliner Stadterneuerungspraxis auf Ansätze und Ausmaß von sozialraumorientierter Steuerung in benachteiligten Stadtteilen. Dazu werden die spezifischen Rahmenbedingungen der Stadt Berlin, wie auch die bestehende Gesetzgebung, Programme und Strukturen im Bereich der Stadterneuerung und anderen sozialraumrelevanten Handlungsbereichen untersucht. Anschließend werden die Umsetzung der Maßnahmen auf Quartiersebene betrachtet sowie die Wirkungen der übergeordneten Vorgaben und Strukturen auf die Prozesse analysiert.

**Kapitel 7** behandelt die Untersuchung der Stadterneuerungspraxis in Wien. Hierfür werden dieselben Methoden und Kriterien wie bei der Analyse von Berlin zugrunde gelegt.

## **Teil IV**

In **Kapitel 8** werden die wichtigsten Erkenntnisse zur Stadterneuerungspraxis in Berlin und Wien zusammengefasst und gegenübergestellt.

In **Kapitel 9** werden, auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse aus der Stadterneuerungspraxis der Städte Berlin und Wien, generalisierende Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zur Gestaltung von Steuerungsstrategien erarbeitet, die zielgerichtet zur Verringerung von sozialräumlichen Benachteiligungsphänomenen beitragen.

Diese allgemeingültigen Schlussfolgerungen bilden die Grundlage für konkrete Handlungsempfehlungen in Bezug auf die Weiterentwicklung und Implementierung sozialraumorientierter Steuerungsstrategien in Berlin und Wien.

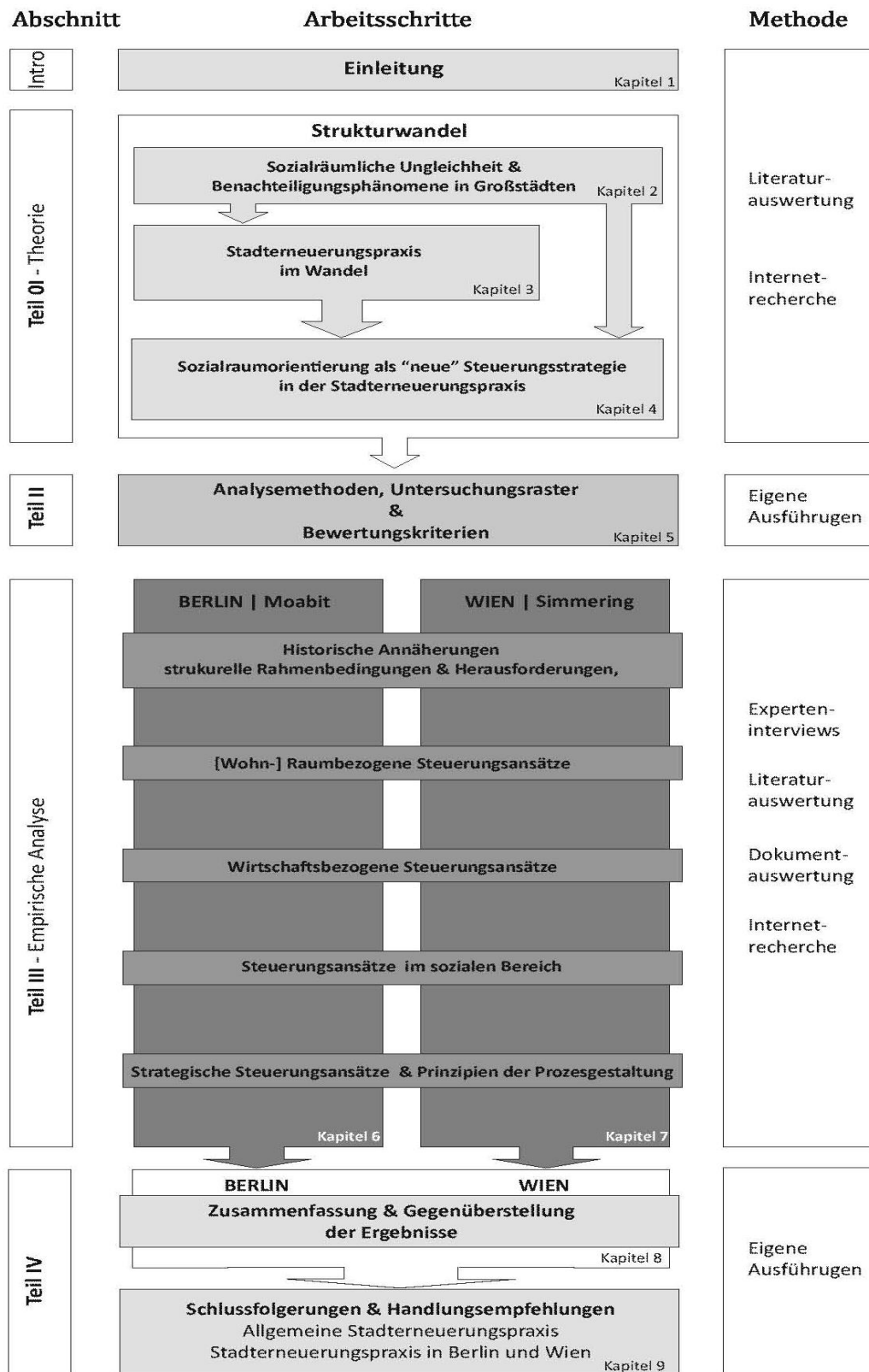


Abbildung 2: Aufbau der Arbeit

---



---

# TEIL 01

Von der integrativen zur gespaltenen Stadt: Geänderte  
Rahmenbedingungen in der Stadterneuerungspraxis

## 2 Sozialräumliche Benachteiligung in Großstädten: Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungsmechanismen

Als Einstieg in diese Arbeit werden die Ursachen und Wirkungszusammenhänge sozialräumlicher Ungleichheit und Benachteiligung in Großstädten skizziert sowie die damit verbundenen Herausforderungen und relevanten Handlungsfelder herausgearbeitet werden. Darauf aufbauend werden die aktuellen Lösungsansätze sowie Erkenntnisse und Erfahrungen im Hinblick auf Wirkungen und Prozessgestaltung vorgestellt.

### 2.1 Ursachen sozialräumlicher Benachteiligung

Sozialräumliche Benachteiligung in Städten ist kein neuer Trend. Im Gegenteil:

Seit Menschengedenken sondern sich bessergestellte Schichten in Städten von sozial Schwächeren ab. Sie sichern ihre Villen und Gärten, und damit auch ihre Macht, durch hohe Mauern oder Stacheldraht, während mittellose oder gar geächtete Bevölkerungsgruppen ohne Aufstiegschancen und unter prekären Lebensumständen in heruntergekommenen Armutsvierteln zurückbleiben. Sozialräumliche Benachteiligung entsteht dementsprechend immer auf zwei verschiedenen Ebenen:

Zum einen durch das Bestreben der vermögenden und herrschenden Schicht ihre Macht dauerhaft zu erhalten und auszubauen. Sie nutzt ihre Ressourcen dazu, das institutionelle System wie auch den Raum und den Zugang zu wirtschaftlichen Einnahmequellen so zu gestalten, dass sie und ihre „Günstlinge“ möglichst langfristig davon profitieren.

Zum anderen müssen sich die übrigen Gesellschaftsgruppen mit den verbleibenden räumlichen und wirtschaftlichen Ressourcen arrangieren. Sie sind durch einen fehlenden Zugang zu systemrelevanten Ressourcen, wie strategisch günstigen Stadträumen, Bildung und Netzwerken von der Teilhabe im System ausgeschlossen.

Diese Segregationstendenzen und sozialräumliche Benachteiligung verfestigen sich von Generation zu Generation. In der historischen Entwicklung werden sie nur durch extreme äußere Einflüsse, wie Kriege, Naturkatastrophen, Epidemien oder bahnbrechende Erfindungen und Entdeckungen aufgebrochen.

Erst mit der Durchsetzung humanistischer Grundwerte, sowie der Herausbildung des modernen Sozialstaats Ende des 19. Jahrhunderts, entsteht in einigen Staaten das Bewusstsein sowie der politische Wille, regulierend und ausgleichend in sozialräumlichen Benachteiligungsprozesse einzugreifen. (vgl. Häußermann, Holm, & Zunzer 2003: 14-19)

Um die Zusammenhänge der aktuellen Problemstellungen sozialräumlicher Benachteiligung in westeuropäischen Großstädten nachvollziehen zu können, erscheint es jedoch als ausreichend, die strukturellen Entwicklungen nach Ende des zweiten Weltkriegs zu

---

betrachten. Die Ursachen und Auswirkungen dieses Strukturwandels lassen sich zum besseren Verständnis, nach den bereits vorgestellten wirtschaftlichen, sozialen, räumlichen und symbolischen Dimensionen des Sozialraums, sowie dem damit verbundenen Steuerungsrahmen, gemäß folgenden Punkten strukturieren (vgl. Abbildung 3).

Die Nachkriegszeit in Westeuropa ist geprägt von Wohlstandswachstum:

Auf räumlicher Ebene wird der Wiederaufbau der Städte durch staatliche Wohnbauförderprogramme vorangetrieben und moderne Siedlungen zur Linderung der Wohnungsnot errichtet. Diese Bemühungen erweisen sich jedoch nicht als ausreichend. Heruntergekommene Innenstadtgebiete werden im Zuge von umfassenden, staatlich finanzierten Flächensanierungen abgerissen, und durch luxuriöse Neubauten ersetzt. Die zuvor ansässige, meist ärmere Wohnbevölkerung wird entweder aktiv umgesiedelt, oder kann sich nach der Sanierung die gestiegenen Mietpreise nicht mehr leisten und wird von Bevölkerungsschichten mit höherem Einkommen verdrängt.

Ab den 1960er Jahren floriert die Wirtschaft und Vollbeschäftigung sowie steigende Löhne führen zu einem breiten Wohlstandswachstum.

Als die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht gedeckt werden kann, werden Gastarbeiter aus dem Ausland angeworben, was zu einer zunehmenden Heterogenisierung der nach dem Krieg kulturell relativ homogenen Gesellschaftsstruktur führt. Steigende Steuereinnahmen begünstigen jedoch den Ausbau sozialstaatlicher Leistungen

Auf sozialer Ebene eröffnen umfassende Bildungsoffensiven auch Angehörigen ärmerer Bevölkerungsschichten bessere soziale Aufstiegschancen

Die Steigerung der Erwerbstätigkeit bei Frauen führt in weiterer Folge zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Ehemännern als Versorgern und fördert ihre Emanzipation. In Verbindung mit der Zulassung der Anti-Baby-Pille Mitte der 1960er Jahre werden die Weichen allseits bekannter Folgen gelegt: Die Geburtenrate sinkt kontinuierlich. Diese Entwicklungen werden in Zukunft zu erheblichen Problemen der Finanzierung der Renten- und Sozialversicherung führen.

Darüber hinaus schaffen steigende Scheidungsraten zwar Akzeptanz für alternative Familienformen, führt jedoch auch zum Aufbruch familiärer Netzwerke sowie einem Anstieg von Alleinerziehenden und alleinstehenden Alten in instabilen wirtschaftlichen Verhältnissen. Der wachsende Wohlstand und ein weitreichender Wertewandel ab Mitte der 1960er Jahre stärkt zudem die individuelle Wahlfreiheit und räumliche Mobilität der Bevölkerung und bewirkt des Weiteren zu einer Herausbildung vielfältiger Lebensstilgruppen, unabhängig von Einkommen, Alter und Herkunft. Die zunehmende Individualisierung schlägt sich jedoch auch in einer sinkenden Zugehörigkeit zu traditionellen Institutionen wie Kirche, Parteien und Gewerkschaften nieder.

Ab Mitte der 1970er Jahren verursacht die erste Ölkrise eine weltweite Rezession und steigende Lohnkosten sowie sinkende Transportkosten begünstigen Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsschritte ins Ausland. Die zunehmende Automatisierung der Produktion, wie auch steigender Wettbewerbsdruck und Umstrukturierungen in der Landwirtschaft bewirken eine sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Arbeitslosenzahlen steigen. Der Dienstleistungssektor gewinnt zunehmend an Bedeutung. Allerdings können auch hier Niedrigqualifizierte und Personen mit unzureichenden Sprachkenntnissen schwer vermittelt werden. Strukturelle Armut und deren Konzentration in bestimmten Stadtgebieten und Regionen nimmt zu. Zudem führen sinkende Steuereinnahmen zu einer zunehmend angespannten Situation der öffentlichen Haushalte. Auf räumlicher Ebene erhebt sich zunehmender Widerstand und Protest gegen die Flächen-sanierung und Verdrängung der ansässigen Bevölkerung in Innenstadtgebieten.

In den 1980er Jahren wiederholt sich die weltweite Rezession durch die zweite Ölkrise: Der Widerstand und Protest gegen die Flächensanierung und Verdrängung der ansässigen Bevölkerung in Innenstadtgebieten trägt Früchte: Die erhaltende Stadterneuerung mit einem erweiterten Mieterschutz, verpflichtender Sozialplanung und Bewohnerbeteiligung in den Sanierungsgebieten wird durchgesetzt. Gleichzeitig findet eine zunehmende Randwanderung von Besserverdienenden aber auch Unternehmen in die Speckgürtel der Städte statt. Auch Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“ nach amerikanischem Vorbild kommen in Mode. Die Folgen sind neben einer zunehmenden Zersiedlung und erhöhtem Flächenverbrauch, ein Ansteigen des Individualverkehrs, sowie ein zunehmende soziale Entmischung sowie das „Aussterben der Innenstädte“.

Der Fall des Eisernen Vorhangs 1989 bringt eine neue Dynamik in die strukturellen Entwicklungen in Westeuropa: Massiver Fortzug von der Bevölkerung und Schrumpfung der Städte in den Staaten des ehemaligen Ostblocks in wirtschaftliche starke Regionen. Diese Abwanderung wird durch die Flüchtlingsströme des Balkankriegs zusätzlich verstärkt. Die anhaltende Krise der öffentlichen Haushalte führt zu einer zunehmenden Privatisierung von Staatsbetrieben, Aufhebung von Monopolen sowie Auslagerung von staatlichen Aufgaben in den privatwirtschaftlichen Bereich. Zusätzlich werden die Verwaltungsstrukturen nach dem Prinzip des „New Public Management“ ausgedünnt, sowie die staatliche Förderung von Wohnhaussanierungen, in den Bereichen des sozialen Wohnbaus und Sozialleistungen zurückgefahren. (vgl. [www.schader-stiftung.de](http://www.schader-stiftung.de))

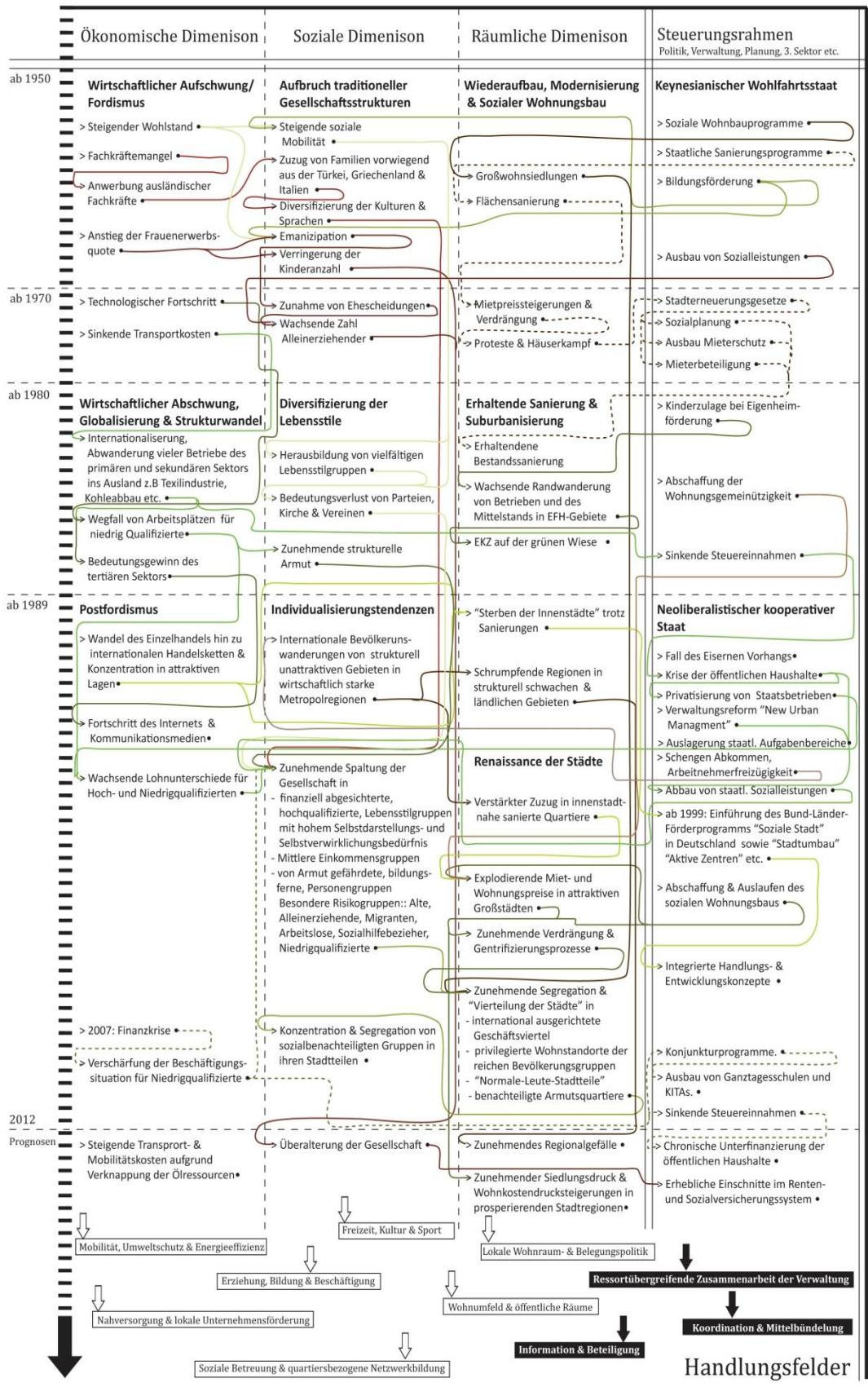


Abbildung 3: Wirkungsketten des Strukturwandels am Beispiel Deutschland

Die zunehmende Globalisierung und Liberalisierung der Märkte, und der damit verbundene wachsende Kostendruck führt zu einer weiteren Wegrationalisierung vieler Arbeitsplätze für Niedrigqualifizierte. Insbesondere in Branchen ohne Kollektivvertrag und Mindestlöhne arbeiten die Beschäftigten häufig in befristeten und prekären Arbeitsverhältnissen. Auf der anderen Seite verlangt die wachsende Informations- und Technologiebranche zunehmend nach hochqualifizierten Beschäftigten, welche nur in geringer Anzahl am Markt verfügbar sind. Als Folge dieser Entwicklungen zeigt sich eine zunehmendes Auseinanderdriften der Einkommen, wodurch – in Verbindung mit dem Abbau der staatlichen Sozialleistungen – vor allem Personengruppen wie Alleinerziehende, Alten mit geringen Pensionsansprüchen, Migranten, Bildungsferne und Arbeitslose von Armut und Desintegration betroffen sind. (vgl. Breiffuss et al. 2004: 7-9)

Insbesondere in Großstädten manifestiert sich diese zunehmende gesellschaftliche Teilung in arm und reich verstärkt auf räumlicher Ebene. Zwar lässt sich in den vergangenen 15 Jahren eine spürbare Trendwende von der Suburbanisierung hin zur Re- Urbanisierung, durch den Zuzug junger, gut ausgebildeter Personengruppen beobachten und auch empirisch nachweisen. Jedoch führt diese „Renaissance der Städte“ und damit die verbundenen Aufwertungsprozesse in einzelnen innenstadtnahen Stadtvierteln, nicht zwingend zu einer Lösung sozialräumlicher Benachteiligungsphänomene, sondern vielfach zu steigenden Mieten, sozialer Abgrenzung und räumlichen wie symbolischen Verdrängungsprozessen. Mittlerweile kristallisiert sich eine „Vierteilung“ der Großstädte heraus: Auf der einen Seite dominieren hochrangige Geschäftsviertel und privilegierte Wohnstandorte mit großzügigen Grünflächen. Ein weiterer Teil bildet die „Normale-Leute-Stadt“, die durch Mehrfamilienhäuser und eine mittlere Infrastrukturausstattung ist. Als vierte Kategorie verbleiben die Armutsquartiere, welche meist von überdurchschnittlich hohe Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerquoten sowie einer sanierungsbedürftigen Baustruktur und hohen Umweltbelastungen gekennzeichnet sind.

Die daraus resultierende Konzentration von benachteiligten Personengruppen in unattraktiven Stadtteilen spiegelt sich auch in den Bildungseinrichtungen, in Form von hohen Anteilen von Schülern mit Migrationshintergrund, wieder. Die Schüler dieser „Brennpunktschulen erreichen, aufgrund von Sprachbarrieren und fehlender Zusatzbetreuung, häufig nicht das Leistungsniveau für eine höhere weiterbildende Schulform oder für einen guten Ausbildungsplatz. Aber auch in statistisch sozial gemischten Gebieten werden die erwünschten Integrations- und Lernprozesse von benachteiligten Personengruppen, in vielen Großstädten durch eine freie Schulwahl, zunehmend erschwert. Der Grund dafür liegt darin, dass sich Angehörige des Mittelstands zunehmend nach unten abgrenzen und um die Zukunft ihrer eigenen Kinder fürchten. (vgl. Krummacker et al. 2003: 17-50)

---

## 2.2 Zusammenhänge und Wirkungsmechanismen großstädtischer Benachteiligungsphänomene

Auf kleinräumiger Ebene kann der beschriebene strukturelle Wandel sowohl Down-Grade als auch Upgrade-Prozesse in den Quartieren auslösen. Eine Abwärtsspirale in einem Quartier entsteht dabei meist durch die Überlagerung folgender Prozesse und Effekte (vgl. Abbildung 4):

- Der sogenannte „**Fahrstuhleffekt**“ beschreibt die primär direkte Segregation in benachteiligten Stadtteilen, welche durch einen weitgehend exogenen Ursachenmix aus wirtschaftlichem Strukturwandel, sozialpolitischer Deregulierung und ordnungspolitischem Zwang ausgelöst wird. Hierbei verschlechtern sich die Lebensumstände in den Quartieren ausschließlich aufgrund von Einkommensverlusten bei den Bewohnern, durch steigende Arbeitslosigkeit sowie sinkenden Sozialtransfers und Kaufkraftverlusten im Stadtteil. Die ansässige Bevölkerung verbleibt im Gebiet; es findet kein Austausch durch Fort- und Zuzüge.
- Der „**Mobilitätseffekt**“ hingegen beruht in erster Linie auf endogenen Ursachen in bisher sozial gemischten Quartieren. Hierbei bedingen die zunehmend offensichtlich wahrnehmbaren Folgen von Armut und Arbeitslosigkeit wie z.B. non-konformes Verhalten von Obdachlosen, Jugendgruppen oder Junkies in öffentlichen Räumen nachlassende Zuständigkeitsgefühle und Ortsidentität der übrigen Bewohnerschaft. Dies kann im weiteren Verlauf zu einer verstärkten Verwahrlosung der Straßen und Plätze („**Broken-Window**“-Effekt), sowie Desintegrations- und Abgrenzungsprozessen im Stadtteil führen, welche häufig auch mit sozialen und territorialen Konflikten einhergehen.

In Folge dessen verschlechtert sich nicht nur das Image des Stadtteils in der Gesamtstadt. Insbesondere Bewohnergruppen der höheren Einkommensklassen ziehen weg und werden durch Haushalte niedrigerer Einkommen ersetzt. Dieser Bevölkerungsaustausch löst meist zusätzlich den bereits beschriebenen „**Fahrstuhleffekt**“ aus, woraus im Anschluss weitere Wegzüge, Kaufkraftverluste sowie ein fortschreitender Verfall resultieren, welche die Abwärtsspirale im Quartier vorangetrieben. (vgl. Häußermann 1999: 13f.; Krummacker et al. 2003: 42)

Auf sozialer Ebene haben diese kleinräumigen Entmischungsprozesse folgende negativen Auswirkungen auf die Quartiersbevölkerung:

- Kinder und Jugendliche, werden in ihrer Erfahrungswelt eingeschränkt und lernen normativ „normale“ Lebensumstände wie regelmäßige Erwerbsarbeit und Schulbesuch nicht kennen. Insbesondere Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben, ohne Kontakte zu einheimischen Gleichaltrigen in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, erhebliche Schwierigkeiten, die Sprache des Landes und dessen Normen zu erlernen, wodurch ihre sozialen Aufstiegschancen enorm beeinträchtigt werden.
- Die Stigmatisierung eines Stadtteils färbt auch auf dessen Bewohner ab, was sich durchaus benachteiligend auf die soziale Teilhabe, wie z.B. bei der Jobsuche, auswirken kann.

- Der Bevölkerungsaustausch in benachteiligten Stadtteilen bewirkt häufig auch den Aufbruch etablierter sozialer Netzwerke, was zu einer zunehmenden sozialen Instabilität und Gruppenkonflikten begünstigt. Die verbleibenden Nachbarschaften sind aufgrund der komplexen Problemlagen überfordert, diese Konflikte abzufedern.
- Ein besonderes Augenmerk gilt interkulturellen Auseinandersetzungen in benachteiligten Stadtteilen: Die wachsende Konkurrenz um die besten Arbeitsplätze, Wohnungen und soziale Infrastruktur führt, gepaart mit einer sichtbaren Verwahrlosung des Quartiers und einem gleichzeitigen Anstieg der Migranten, häufig zu einer resignativen Überfremdungsangst bis hin zu einem aggressiven Rassismus unter den „Alteingesessenen“, aber auch teilweise zu einer Gewaltbereitschaft ausgegrenzter Jugendgruppen ohne Zukunftsperspektive  
In der öffentlichen Debatte zu dieser Problematik, wird jedoch häufig, insbesondere von populistischen Lokalpolitikern, die „Integrationsunwilligkeit der Ausländer“ statt der strukturellen Entwicklungen als Ursachen genannt, was eine gegenseitige Annäherung nicht unterstützt. (vgl. Häußermann 1999: 15f.; Krummacker et al. 2003: 42)

Befindet sich ein Stadtteil erst mal in einer Abwärtsspirale vom benachteiligten zum benachteiligenden Quartier, so gestaltet es sich meist sehr schwierig die beschriebenen Down-Grade - Prozesse zu stoppen oder gar umzukehren. Betrachtet man daraufhin die Prozesse die Aufwertungstendenzen in Stadtteilen bewirken, so findet man auch hier wiederum exogene und endogene Ursache-Wirkungsbeziehungen:

- Der **„Trickle-Down-Effekt“** bildet auf kleinräumiger Ebene das Gegenstück zum „Fahrstuhleffekt“. Er beruht ebenfalls auf exogenen Ursachen wie einem allgemeinen regionalen Wirtschaftswachstum, dem damit verbundenen Anstieg der Beschäftigung und der Einkommen, oder auch staatlich finanzierten Interventionen im Gebiet wie z.B. eine Aufwertung der öffentlichen Räume, Sanierungsförderungen, ein Ausbau der sozialen Infrastruktur oder auch Bildungs- und Beschäftigungsprogramme zur Verbesserung der sozialen und räumlichen Lebensbedingungen. Diese Entwicklungsanstöße können im weiteren Verlauf sowohl Investoren von außen anziehen, und/oder auch quartierseigene endogene Potenziale in der verbliebenen Bevölkerung wecken. Zur Unterstützung dieser endogenen Potenziale im Quartier können zusätzlich Quartiersmanagements eingerichtet werden, welche die Interventionen und Interaktionen zwischen den verschiedenen Gruppen und Akteuren moderieren.  
(vgl. Squires 1996 in Heeg 2008:11)
- Als entgegengesetztes Pendant zum „Mobilitätseffekt“ kann der **„Gentrifizierungsprozess“** gesehen werden, der ebenfalls auf Zuzügen und einem schrittweisen Bevölkerungsaustausch beruht. Hierbei ziehen zunächst Studenten und Kreative als „Pioniere“ aufgrund der geringen Mietpreise in die benachteiligten Stadtquartiere, wo sie die Strukturen zunächst provisorisch sanieren und entsprechend ihren Bedürfnissen anpassen. In Verbindung mit Wohnhaussanierungen und einem Ausbau der Infrastrukturen, lockt das Quartier bald auch besser verdienende „Gentrifier“ an, wodurch zwar die Kaufkraft, aber auch die Mieten im Gebiet in die Höhe schnellen. Meist können sich die bisher ansässigen Haushalte mit niedrigeren Einkommen die Preissteigerungen nicht mehr leisten und müssen in unattraktivere Wohngebiete



ausweichen, wo sich die Spirale der sozialen Benachteiligung letztlich aufs Neue wiederholt.  
(vgl. Dangschat 2001a)

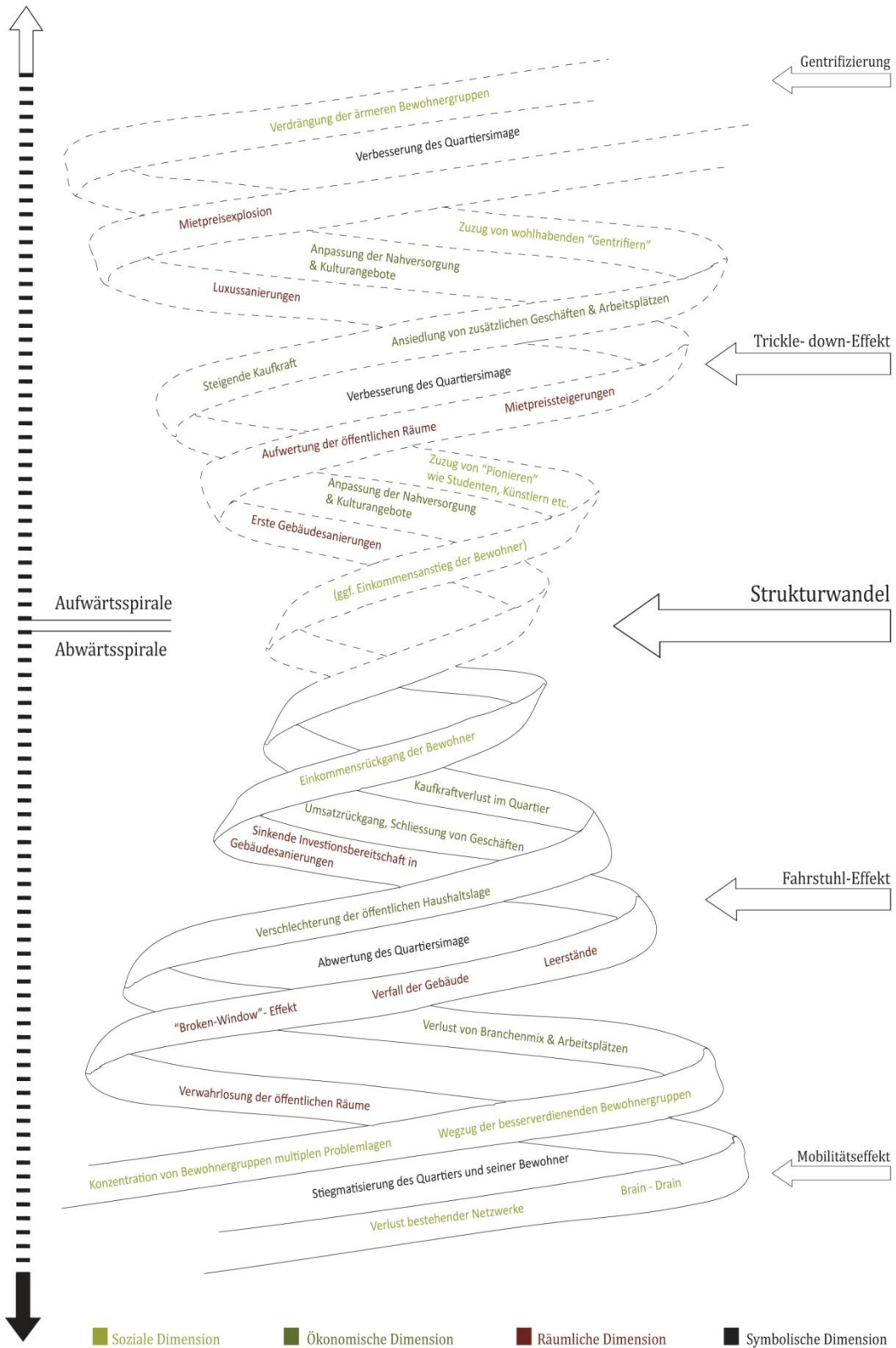


Abbildung 4: Up- und Down-Grade Prozesse von Quartieren

Im Hinblick auf die Aktivierung und Integration der meist sozialschwachen Bewohner, insbesondere von Migranten, in benachteiligten Stadtteilen, existieren auf planerischer Ebene zwei verschiedene Lösungsansätze (vgl. Dangschat & Hamedinger 2007: 225f.; Siebel 1997: 39f., 2001: 238) :

- Gemäß der **„Kontakthypothese“** werden Maßnahmen zur Förderung einer sozialen Durchmischung in den betroffenen Stadtteilen gefordert, um die Toleranz zwischen der ansässigen Bevölkerung mit den andersartigen Lebensweisen durch wohnraumnahe Kontakte, besonders auf Ebene der Nachbarschaften, zu stärken. Hierbei hofft man vor allem auf gegenseitige Lerneffekte und die Übernahme von erwünschten Verhaltensweisen der (einheimischen) Mittelschicht, wie z.B. der Besuch von weiterführenden Schulen, wovon vor allem Kinder und Jugendliche der 2. Generation von Zuwanderern profitieren. Allerdings wird hierbei das „Integrationsvermögen und die Integrationslust“ der Mittel und Oberschichten überschätzt, welche sich in Realität eher räumlich und sozial von niederrangigen Milieus abschotten. Die eigentliche Integrationsleistung wird den verbliebenen Bewohnern im Stadtteil überlassen wird, was im weiteren Verlauf häufig zu sozialen Konflikten in den „überforderter Nachbarschaften“ führt.
- Die sogenannte **„Konflikthypothese“** basiert auf dem beschriebenen begrenzten Integrationsvermögen auch einer sozial durchmischten Stadtteilen und setzt darüber hinaus entgegen, dass in sozial homogenen Gebieten meist eine höhere Wohnzufriedenheit herrscht und nachweislich weniger soziale Spannungen entstehen. Zusätzlich trägt die räumliche Homogenität der sozialen Gruppen und Ethnien zur Stabilität der quartiersinternen sozialen Netzwerke bei, auf welche insbesondere sozialökonomische Schwache und Zuwanderer zur Bewältigung ihres Alltags angewiesen sind. Dementsprechend gilt es Maßnahmen zu ergreifen um diese informellen Netzwerke zu stärken und um damit die endogenen Potenziale im Quartier zu aktivieren.

---

## 3 Von der „klassischen“ zur „integrierten“ Stadterneuerung

### 3.1 Grundlagen und Begriffe zur Stadterneuerung

Der Thematik der sozialräumlichen Benachteiligung in Großstädten, sowie Maßnahmen zu ihrer Verringerung im Bereich der Stadterneuerung, wird häufig im Kontext unterschiedlicher, aber doch sinnverwandter Überbegriffe wie „Stadtpolitik“, „Stadterneuerung“, „Integrierte Stadt(teil)entwicklung“ oder auch „Nachhaltige Quartiersentwicklung“ geführt.

Diese Begriffe werden in der Literatur meist als Überbegriffe für räumliche Interventionen und Strategien in Bestandsquartieren verwendet und haben in jedem Fall eine Gemeinsamkeit: Fast jedem Versuch einer Definition wird der Verweis vorangestellt, dass keine einheitliche, sondern mehrere divergierende Begriffsauslegungen existieren.

Der wohl allumfassendste Begriff ist der der **„Stadtpolitik“** bzw. auf Englisch „Urban Regeneration“. Nach der Auslegung von Paul Lawless ist „Stadtpolitik“ 2007 die Summe aller stadtbezogenen Fachpolitiken und Akteure mit welchen lokale Gebietskörperschaften die Stadtentwicklung beeinflussen können und die räumlich wirksam werden.

Dies betrifft z.B. die städtebauliche Planung, Stadterneuerung, Stadttumbau, Infrastrukturausbau aber auch die Standort- und Sozialpolitik. (vgl. Lawless in Walther 2009: 125) Andere Auslegungen, wie z.B. die des italienischen Stadtplaners Garau aus dem Jahr 2003, definieren unter „Stadtpolitik“ alle Prozesse, Instrumente und Entscheidungen, welche stadtbezogene Problemstellungen betreffen. Diese Einflussnahme auf stadtbezogene Prozesse kann dabei von der städtischen, regionalen, nationalen oder supranationalen Ebene ausgehen. (vgl. Sept 2008: 25f.)

Der englische Begriff „Urban Regeneration“ beschreibt ebenfalls ein eher strategisch-politisches Vorgehen mit einem Schwerpunkt auf Handlungs-, Akteurs-, Ziel-, und Zeitdimensionen und grenzt sich dabei vom rein baulichen Begriff des „Urban renewal“ (dt. = Stadterneuerung) oder dem weniger zielgerichteten Begriff des „Urban redevelopments“ (dt. = Revitalisierung) ab. (vgl. Roberts & Sykes in Walther 2009: 125).

Wissenschaftliche Diskurse, die unter dem Überbegriff der „Stadtpolitik“ geführt werden, beschäftigen sich meist insbesondere mit den politisch-administrativen Rahmenbedingungen und den „policy-issues“<sup>2</sup> der sozialen und räumlichen Strategien.

<sup>2</sup> **„Policy“**- Begriff ist einer von drei englischen Fachbegriffen für unterschiedliche Aspekte in von Politik, der als solcher auch ins Deutsche übernommen wird. Er beschreibt den inhaltlichen und sachlichen Teil von Politik, wie er im Deutschen üblicherweise durch verschiedene Politikbereiche wie z.B. Wirtschafts-, Umwelt-, Verkehrspolitik angegeben wird. Als weitere Begriffe existieren der **„Polity“**-Begriff, welcher das institutionelle Normengefüge wie auch die sich hieraus ergebenden Ordnungen, politischen Verfahren etc. wie z.B. grundgesetzliche Regelungen zum Schutz von Minderheiten beschreibt; und der Begriff **„Politics“**, der den aktiven,

Auch im Hinblick auf den Begriff der „**Stadterneuerung**“ sucht man in der Fachliteratur vergeblich nach einer verbindlichen Definition, sondern findet hierzu unterschiedlichste Angaben zu Inhalten, Konzepten und Aufgabenschwerpunkten.

Vielfach wird der Begriff „Stadterneuerung“ als Teilbereich der Stadtentwicklungsplanung, beschrieben, der sich , vorwiegend auf Prozesse der baulichen Anpassung und Veränderung vorhandenen Siedlungsstrukturen und Sanierung der veralteter Bausubstanz z.B. in bestehenden Innenstadtquartieren, aber immer häufiger auch auf die Großwohnsiedlungen der 1960er und 70er Jahre, konzentriert. Diese Anpassungsprozesse werden, sowohl durch staatliche Regulierungsmaßnahmen als auch durch private und öffentliche Investitionen in Wohnungen, Gebäude, das Wohnumfeld sowie die Erneuerung der Quartiersinfrastruktur gesteuert.

Der Begriff der „Stadterneuerung“ steht damit im Gegensatz zur „Stadterweiterung“, deren Fokus hauptsächlich auf der Neubautätigkeit auf ungenutzten Arealen liegt.

„Stadterneuerung“ wird aber auch, wie der Begriff der „Staatspolitik“, als Überbegriff für eine Strategie einer zielgerichteten, räumlich orientierten Politik aufgefasst, welche immer auch im Kontext von politischen Entscheidungsprozessen, wie auch lokalen Verwaltungsstrukturen betrachtet werden muss. (vgl. Kunze 1990: 1)

Einen eher allgemeingültigen Erklärungsansatz liefert der Politikwissenschaftler Matthias Bernt: Dieser begreift Stadterneuerung als ein Resultat aus hoheitlichen Eingriffen des Staates in eine Vielzahl an individuellen Entscheidungen und daher viel mehr als das Ergebnis von vielfältigen politischen Aushandlungsprozessen. Diese staatlichen Interventionen „im öffentlichen Interesse“ sind von einer Widersprüchlichkeit zwischen privatkapitalistischen Verfügungsrechten und Vereinnahmung zu gemeinnützigen Zwecken geprägt und ziehen sich durch die Geschichte der Stadterneuerung:

Von mittelalterlichen Seuchenschutzverordnungen und Bestimmungen für Wehranlagen, der Neuordnung der Grundstücksverhältnisse nach dem Großen Brand von Hamburg, den Stadtumbau von Paris durch Baron Hausmann, über die Pläne zur Umgestaltung Berlins zu Neugermania im Dritten Reich bis hin zu heutigen Bebauungsplänen, Förderprogrammen und Planungsbehörden haben Staaten Instrumentarien und Zwangsmittel geschaffen, um die private Bautätigkeit zu regulieren und alle Beteiligten zu einem koordinierten Verhalten zu zwingen (vgl. Bernt 2003: 14f.).

Es wird deutlich, dass der Begriff der Stadterneuerung einer steten methodischen Weiterentwicklung und ideologischem Wandel unterliegt:

---

durch Verhandlung und Tausch, durch Konflikt und Konsens gekennzeichneten Prozess der politischen Gestaltung wie z.B. die Politik der Parteien, der Interessenverbände bezeichnet.(vgl. [www.bpb.de](http://www.bpb.de))

---

In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg bis Ende der 1970er Jahre wird der offizielle Aufgabenschwerpunkt darauf beschränkt „städtebauliche Missstände“, wie technische und umwelthygienischen Mängel an den Gebäuden, die mangelhafte Ausstattung von Wohnungen sowie das unattraktive Stadtbild in den betroffenen Vierteln, durch einen umfassenden Aufkauf, Abriss und Neubebauung zu beseitigen. Ab den 1980er Jahren rücken die kleinteilige Sanierung der bestehenden Gebäude, aber auch technische und funktionale Mängel der Quartiersstrukturen in den Fokus der Stadterneuerung.

In diese Zeit fällt auch die Erweiterung des Aufgabengebiets der Stadterneuerung mit einer gebietsweise organisierten Koordination, Sozialplanverfahren und Betroffenenbeteiligung im Zuge von Erneuerungsmaßnahmen. Die stellen ein politisches Zugeständnis nach massiven Anwohnerprotesten gegen Flächensanierungen, insbesondere in Westberlin, dar. (vgl. Bauer et al. 1983: 39-41)

Die Instrumente der „klassischen“ Stadterneuerung in der Nachkriegszeit sind geprägt von einem autoritär- wohlfahrtsstaatlichen Stadtentwicklungsmodell. Sie zeichnen sich durch eine präzise Planung sowie massive direkte und indirekte, öffentlich finanzierte Subventionierung der Sanierungsmaßnahmen aus und werden meist von den Behörden oder quasi-staatlicher gemeinnütziger Sanierungsträgern durchgeführt.(vgl. Bernt 2003: 235)

Ab Beginn der 1990er Jahren, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, kommt es – besonders in Deutschland – zu einem Bruch von der bisher weitgehend, keynesianisch<sup>3</sup> organisierten und staatlich finanzierten Stadterneuerung auf wohnungswirtschaftlicher Basis hin zu einem neoliberalen Erneuerungsmodell, in dem sich der Lokalstaat nach und nach aus der Finanzierung der Maßnahmen zurückzieht. Die Förderungen werden dadurch, quantitativ wie qualitativ, massiv zurückgefahren. Zudem tritt anstelle einer direkten, mit Auflagen belegten Finanzierung eine indirekte Stimulationsförderung durch Steuerabschreibungen, welche auf eine soziale oder städtebauliche Bindung verzichtet und die finanziellen Lasten der Sanierung verstärkt auf die Mieter abwälzt. (vgl. ebd.2003: 236f.)

Dieser Rückzug aus der staatlich finanzierten Stadterneuerung in den 1990er Jahren steht auch im Kontext einer schwierigen öffentlichen Haushaltslage. Diese führt im weiteren Verlauf zu neuen „kooperativen“ Staatsverständnis nach dem Modell des „Urban Governance“<sup>4</sup>, in dem privates bürgerschaftliches Engagement sowohl ermög-

<sup>3</sup> *keynesianisch* = interventionistische, primär am Ziel der Sicherung von Vollbeschäftigung orientierte staatliche Wirtschaftspolitik ([www.wirtschaftslexikon.de](http://www.wirtschaftslexikon.de))

<sup>4</sup> „**Urban Governance**“ bezeichnet ein Wandel der kommunalen Politik, welcher „das wirksame, transparente und partnerschaftsorientierte Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Bürgerschaft zur innovativen Bewältigung gesellschaftlicher Probleme und zur Schaffung von zukunftsweisenden und nachhaltigen Entwicklungsmöglichkeiten und -chancen für alle Beteiligten zum Ziel“ hat (Löffler 2001: 212) „Governance“ steht mit seinem postfordistischen „bottom-up“-Ansatz im Gegensatz zum „**Government**“-Begriff, welcher für die hierarchische staatliche „top-down“ Steuerung des Fordismus steht.

licht aber auch eingefordert wird, während die staatlichen Verwaltungsaufgaben im Sinne des „New-Public-Managements“<sup>5</sup> kosteneffizient auf die Kernaufgaben zurückgeführt werden.

In den 1990er Jahren rücken in Deutschland verstärkt „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ in den Fokus, bei denen trotz baulicher Sanierung erhebliche räumliche und soziale Defizite festgestellt werden. Erste Vorläuferprogramme einer quartiersbezogenen sozial-integrativen Stadtpolitik werden in Nordrhein-Westfalen und Hamburg gestartet. Sie basieren auf den Erfahrungen ähnlicher Programme in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden und legen die Grundsteine für das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ in Deutschland. Dieses ergänzt ab 1999 die klassische Städtebauförderung durch Mittel für „investive und nicht-investive Maßnahmen mit dem Schwerpunkt der städtebaulichen Erneuerung“, die „aus einer Hand“ kombiniert und integriert werden sollen. (BMVBW 1999: 5). Mit diesem bedeutenden Paradigmenwechsel in der Stadterneuerung, nämlich neben der gebauten Umwelt auch die Bewohner mit ihren individuellen Problemlagen in ihrem Wohnumfeld ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu stellen, steigt jedoch auch die Vielfalt der verwendeten Überbegriffe in der Fachliteratur. (vgl. Breitfuss et al. 2004: 55)

Ob nun aber „Soziale Stadt(teil)entwicklung“, „Integrierte Stadtentwicklung“, „Nachhaltige Quartiersentwicklung“ oder Varianten davon: Die dazu verfassten Dokumente und Forschungsbeiträge beschreiben allesamt die aktuellen Zielsetzungen, Maßnahmen und Erfahrungen in der derzeitigen Stadterneuerungspraxis. Die Zielsetzungen dieser integrierten Konzepte liegen in der Herstellung von „sozialer Gerechtigkeit“, „ökonomische Beständigkeit“ und „ökologischer Verträglichkeit“ in den Quartieren. Die Maßnahmen dieser Konzepte zeichnen sich meist durch eine Verknüpfung von räumlichen Interventionen wie energetischen Sanierungen oder Umgestaltungen von öffentlichen Räumen, durch soziale Maßnahmen, Förderung der lokalen Unternehmenskultur, umfassender Information und Beteiligung der betroffenen Bewohner sowie durch die Einrichtung von Quartiersmanagements mit Vor-Ort-Büros aus. (vgl. Drilling & Schnur 2012: 14)

Da im Zuge der Fragestellung dieser Arbeit werden sowohl Gesichtspunkte der jeweiligen Stadtpolitik, aber auch Aspekte sehr kleinräumiger Entwicklungsprozesse auf Quartiersebene untersucht. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit soll daher der pauschale Überbegriff „Stadterneuerung“ als Kompromiss in diesem Begriffsdschungel dienen. Nichts

<sup>5</sup> „**New- Public- Management**“ (NPM) steht für eine umfassende Reform und Modernisierung der Staats- und Verwaltungsstrukturen seit Beginn der 1990er Jahre. Merkmale: Trennung von strategischer (Politik) und operativer (Verwaltung) Verantwortung, Verstärkte Marktorientierung und Wettbewerb, Anwendung unternehmerorientierter Managementkonzepte, Ziel- und ergebnisorientierte Steuerung, Schaffung von dezentraler teilautonomer Organisationsstrukturen sowie Kunden- bzw. Bürgerorientierung governance (vgl. [www.wirtschaftslexikon.de](http://www.wirtschaftslexikon.de))

---

desto trotz sollen aber auch die Begriffe „Stadtpolitik“ in Bezug auf die strategische Steuerung auf gesamtstädtischer Ebene wie „Quartiersentwicklung“ im Hinblick auf die Umsetzung der Maßnahmen auf Quartiersebene verwendet werden.

Ausgehend von den bisherigen Auslegungen soll der Begriff der Stadterneuerung im Hinblick diese Arbeit wie folgt definiert werden:

- Stadterneuerung ist das **Ergebnis aller Fachpolitiken und Entscheidungen von Akteuren** – sowohl auf individueller, quartiersbezogener, städtischer, regionaler, nationaler und supra-nationaler Ebene die sowohl direkt als auch indirekt in bestehenden Stadtquartieren zur Verbesserung der Lebensbedingungen raumwirksam werden.
- Stadterneuerung ist ein **historisch gewachsener, komplexer Lern- und Aushandlungsprozess**, der nicht losgelöst von politischen und administrativen Strukturen, räumlichen, sozialen und ökonomischen Gegebenheiten sowie aktuell geltenden gesellschaftlichen Normen betrachtet werden kann.
- Stadterneuerung ist immer **geprägt von tiefer Ambivalenz und teilweise sehr divergierenden Interessen**. Der öffentlichen Hand obliegt dabei offiziell die Aufgabe, in der Rolle eines neutralen Dritten, zwischen den Interessenslagen zu vermitteln und im Sinne des übergeordneten öffentlichen Interesses in den betroffenen Gebieten zu intervenieren. (vgl. Häußermann, Holm, & Zunzer 2003: 14-19)

Um bei der nachfolgenden Untersuchung, den Wandel sowie die Unterschiede der Stadterneuerungspraxis in Berlin und Wien nachvollziehbar herausarbeiten zu können, gilt es daher, nicht nur die Gegebenheiten, Maßnahmen und Veränderungen in den benachteiligten Quartieren zu untersuchen, sondern auch sich auch mit den vorherrschenden Policy-Issues, sowie den politischen Veränderungen und den damit verbundenen Arrangements zur Durchsetzung von Interessen auseinanderzusetzen.

Um der Komplexität dieses Untersuchungsgegenstandes, wie auch den damit verbundenen Herrschaftsarrangements, gerecht zu werden, formuliert der Politikwissenschaftler Matthias Bernt, mit Verweis auf den amerikanischen Stadtforscher Clarence Stone, hierfür ein Bündel an vereinfachenden Fragen zu deren Analyse (vgl. Bernt 2003: 27):

- Wer kommt zusammen „um etwas zu tun“?
- Wer wird in die Entscheidungsfindung mit einbezogen, und wer nicht?
- Sind diese Konstellationen über einen längeren Zeitraum stabil?
- Welche Ressourcen erlauben es den Regime-Teilhabern, am Regime<sup>6</sup> teilzuhaben?
- Wie sind ihre Beziehungen untereinander zu beschreiben?
- Welchen Kosten und Nutzen ziehen die Teilnehmer aus ihrer Beteiligung?
- Handeln die Beteiligten kollektiv, um gemeinsame Interessen durchzusetzen?

<sup>6</sup> Gemeint ist hier der neutrale, in der Politikwissenschaft verwendete „Regime“-Begriff. Dieser bezeichnet „eine Ordnungs- oder Regierungsform als ein institutionalisiertes Set von Prinzipien Normen und Regeln, das die Umgangsweise der Akteure in einem gegebenen Handlungszusammenhang grundlegend regelt.“ (Nohlen 2004:845)

Zudem bedarf es, nach Bernt, ebenfalls einer Betrachtung von Variablen wie der sozio-ökonomische Basis und den Einflussmöglichkeiten dieser Herrschaftsarrangements der Stadterneuerung. Dies betrifft vor allem die Muster zur Wohnraumproduktion, die Auswahl der Träger der Erneuerung, deren Rentabilitätskalküle und Finanzierungsgrundlagen. Vereinfacht ausgedrückt ergeben sich nach Bernt daraus die Fragestellungen:

- Wer ist in die Maßnahmen involviert? Wer bezahlt die Maßnahmen?
- Wer profitiert von den Maßnahmen? Wie rechnen sie sich?

Darüber hinaus gilt es die soziale Konstruktion der Policy zur Stadterneuerung, also die Transformation von Normen, Vorstellungen und Deutungsmustern zum „öffentlichen Interesse“ zu analysieren. Die vereinfachten Fragenstellungen hierzu lauten:

- Welche Vorstellungen über Gesellschaft, die Rolle von Staat, die Verantwortung privater Akteure, Leben und Moral liegen den jeweiligen Interventionen im Quartier zugrunde?
- Mit welchen Äquivalenzketten werden diese Vorstellungen in Gesetzen und Stadtentwicklungskonzepten verdichtet?(ebd. 2003: 27f)

Zusätzlich gilt es zu beachten, dass der Politik im Allgemeinen häufig eine andere Eigenlogik zugrunde liegt, als der Planung: Während sich Handlungsstrategien in der Planung meist vorausschauend über einen langfristigen Zeithorizont beziehen, so beinhalten politische Handlungsstrategien immer gleichzeitig auch ein opportunistisches Kalkül, neben der Lösung einer Problemstellung auch noch ausreichende Sympathien für den Machterhalt bei der nächsten Wahl zu sichern.

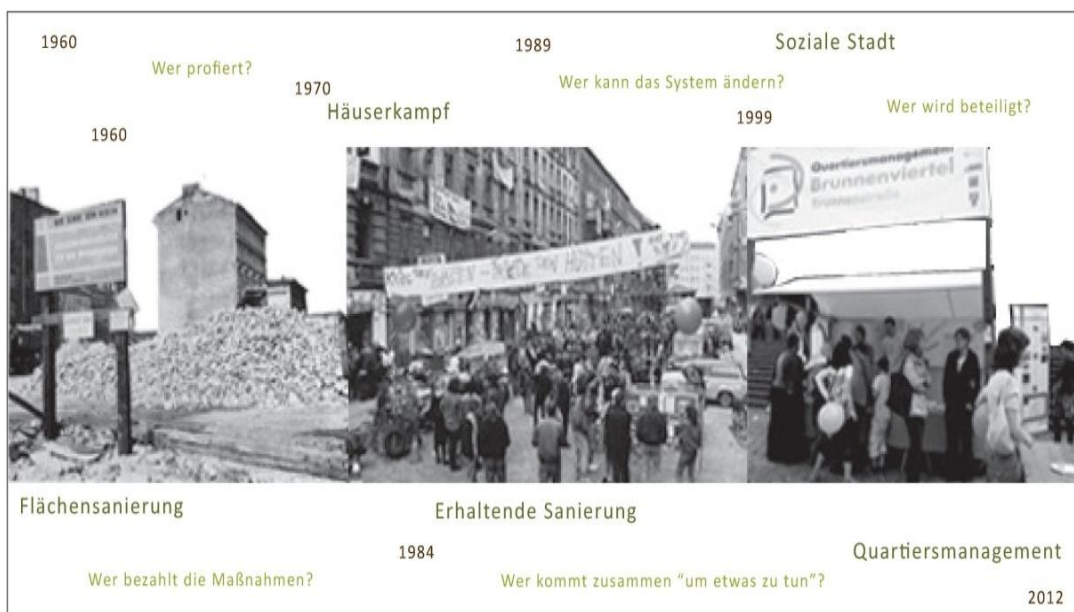


Abbildung 5: Von der klassischen Stadterneuerung zur Quartiersentwicklung



---

## 3.2 Entwicklung der Stadterneuerung im europäischen Kontext

Obgleich Stadterneuerung in die Hoheit der Nationalstaaten fällt, so setzt sich auch die Europäische Union mit der Thematik Armut und sozialräumliche Benachteiligung in großstädtischen Problemvierteln auseinander.

1994 wird die Gemeinschaftsinitiative URBAN ins Leben gerufen, welche für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in benachteiligten Stadtteilen, Fördergelder aus den Strukturfonds EFRE (Europäischer Fond für Regionale Entwicklung) und ESF (Europäischer Sozialfonds) als Co-Finanzierung zur Verfügung stellt. Durch URBAN werden, während der Förderperiode 1994- 1999 sowie in der darauffolgenden Förderperiode 2000-2006 durch URBAN II, nationale Stadterneuerungsmaßnahmen zur Lösung komplexer Problemlagen auf kleinräumiger Quartiersebene durch integrierte Maßnahmen in folgenden Bereichen unterstützt:

Wohnen und Wohnumfeld, lokale Ökonomien und Beschäftigung, als auch Bürgerbeteiligung und Vernetzung von Akteuren. Neben der Verbesserung der Lebensumstände in den Quartieren soll das Programm Spielräume für die Erprobung neuer Steuerungsmethoden schaffen. In der aktuellen Förderperiode 2007-2013 wurde die URBAN- Gemeinschaftsinitiative in der bisherigen Form nicht fortgesetzt. Fördermittel für benachteiligte Stadtteile können nun, im Zuge der Ziel 2-Initiative „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, nur mehr direkt aus den Strukturfonds EFRE und ESF abgerufen werden. (vgl. Krummacher et al. 2003: 73; [www.oerok.gv.at/eu-regionalpolitik](http://www.oerok.gv.at/eu-regionalpolitik))

Inhaltlich wird dieses Engagement der EU für Interventionen in Großstädten durch die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ untermauert, welche im Zuge eines informellen Ministertreffens im Jahr 2007 beschlossen wurde. Diese enthält die Grundlagen für eine europaweite Verbreitung einer integrierten, an den Zielen der Nachhaltigkeit orientierte, bürgerorientierte und fachübergreifend angelegte Stadtentwicklungspolitik, sowohl auf nationaler Ebene als auch in den benachteiligten Quartieren. Zusätzlich bekräftigt die „Leipzig Charta“ Stadterneuerungsbemühungen in Problemvierteln als eine Gemeinschaftsaufgabe des öffentlichen Sektors, der Zivilgesellschaft und der privaten Wirtschaft und fordert darüber hinaus einen fairen Interessenausgleich und eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung. Die Charta von Leipzig betont jedoch, dass die Maßnahmen der Mitgliedstaaten den teilweise sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen vor Ort angepasst werden müssen. (vgl. [www.bmvbs.de/charta-leipzig](http://www.bmvbs.de/charta-leipzig))

Vergleicht man die Entwicklung und die praktizierten integrierten Stadterneuerungsprogramme in den verschiedenen westeuropäischen Staaten, wie nachfolgend beschrieben an den Beispielen der Niederlande, Großbritannien und Deutschland, so lassen sich in deren Politik und Steuerungsstrukturen verschiedene Schwerpunktsetzungen und Ausgestaltungsspielräume bei Organisation und Umsetzung von Maßnahmen erkennen.

### 3.2.1 Stadterneuerungspraxis in den Niederlanden

Die Stadterneuerungspraxis in den Niederlanden gilt im wissenschaftlichen Diskurs, aufgrund ihrer langen Tradition an sozialintegrativen Maßnahmen und erfolgreichen Partizipationsmodellen, als Vorzeigebispiel.

Der Grund hierfür liegt in einer integralen und dezentralen Stadtpolitik, welche bereits in den 1970er Jahren durch das Stadtsanierungsprogramm „Bouwen voor de buurt (dt.: Bauen für das Viertel), mit seinen Prinzipien einer sanften Stadterneuerung und ersten Mitbestimmungsrechten für Bewohner-Initiativen bei Quartiersfragen, eingeleitet wird und als Vorbild für viele erhaltende Stadterneuerungsstrategien in anderen europäischen Städten dient. (vgl. Breitfuss et al. 2004: 41f.; Froessler 1992: 52-54)

Ab 1985 wird das „Probleemcumulatiegebieden-beleid“ ( PCG-beileid; dt: „Initiative für Gebiete mit akkumulierten Problemen“) beschlossen. Dieses hat das Ziel, über die Bündelung von Ressourcen verschiedener Ministerien in lokalen Fonds, einen effektiveren Mitteleinsatz zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensumstände insbesondere in Sanierungsgebieten zu bewirken. Diese lokalbezogene Mittelbündelung zwingt die Mitarbeiter der unterschiedlichen Ressorts zudem bei Erstellung von „Gebietsplänen“ zu einer inhaltlichen Zusammenarbeit. Im weiteren Verlauf zeigt sich, dass diese Vorgehensweise zwar einen massiven Aufwand zur Abstimmung und Koordination in den Städten und Gemeinden sowie eine Dezentralisierung der Verwaltung nach sich zieht, sondern auch zu neuen Steuerungsformen sowie ressortübergreifenden und integrativen Quartiersstrategien führt. (vgl. ebd.2004: 43; ebd. 1992: 85-91)

Die Politik der „Sociale vernieuwing“ (dt.: „Die Politik der sozialen Erneuerung“) löst nach guten Erfahrungen in der Stadt Rotterdam ab 1989 das PCG-beileid ab. Die Neuerungen liegen zum einen in der Tatsache, dass sich prinzipiell alle niederländischen Gemeinden an dem Programm beteiligen können, indem sie eine Verwaltungsvereinbarung mit der Zentralregierung eingehen. Diese Vereinbarung enthält eine Verpflichtung zur Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzepts zur Stärkung der horizontalen Kooperation. Gleichzeitig wird von den Kommunen gefordert, ein kontinuierliches Evaluationssystem aufzubauen, mit dem Ziel sozialräumliche Daten sammeln und auswerten zu können. Darüber hinaus handelt es sich bei der „Politik der sozialen Erneuerung“ nicht um ein zeitlich begrenztes Pilotprojekt, sondern ist als langfristige politische Strategie, welche eine tiefgreifende Umstrukturierung des Verwaltungshandelns forciert. (vgl. ebd.2004: 43f; ebd. 1992: 163-174)

Im Jahr 1994 wird im Rahmen eines Memorandums der Städte Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht die „Grote steden beleid“ (dt.: „Großstadtpolitik“) entwickelt, durch welches sozialräumliche Benachteiligung verstärkt mit ökonomischen Maßnahmen im regionalen und nationalen Kontext entgegen treten werden soll. Diese „Groß-

---

stadtpolitik“ setzt dabei auf eine verbesserte Koordination und Integration der bestehenden Programme, insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit unterschiedlicher Verwaltungsressorts auf nationaler und kommunaler Ebene. Im Gegensatz zur „Politik der sozialen Erneuerung“ liegt der Fokus der „Großstadtpolitik“ jedoch auf der Einhaltung ökonomischer und messbarer Zielsetzungen, dem gesamtstädtischen Arbeits- und Immobilienmarkt sowie den Potenzialen zur Aktivierung und Selbstorganisation der Quartiersbewohner. (vgl. Breitfuss et al. 2004: 44f; Haars 2001: 29-31)

Die Koordination der „Großstadtpolitik“ wird vom „Minister für große Städte und Minderheitenpolitik“ sowie vom Innenministerium übernommen. Zur Förderung der Selbstorganisation in den Quartieren wird von staatlicher Ebene ein sogenanntes „trigger money“ zur Verfügung gestellt, das weitere Investitionen des privaten Sektors in den Städten stimulieren soll. Insgesamt beteiligen sich im gesamten Land 173 Stadtquartiere in 31 Städten an dieser „Großstadtpolitik“. Diese müssen, im Zuge des abgeschlossenen Rahmenvertrages mit der Zentralregierung, ihre Maßnahmen einer kontinuierlichen Evaluierung unterziehen und ihre Fortschritte im Hinblick auf die gesetzten Zielsetzungen nachweisen. Darüber hinaus sind diese Gemeinden seit 1998 dazu verpflichtet, auf 10 Jahre angelegte Entwicklungspläne auszuarbeiten, um nationale Fördergelder für quartiersbezogenen Maßnahmen zu erhalten. Diese Entwicklungspläne werden durch Vertreter aller relevanten Akteure erarbeitet und enthalten unter anderem Konzepte zur Beteiligung der Bewohner bei Sanierungsmaßnahmen, Kooperationsformen zwischen privaten und öffentlichen Akteuren in Bezug auf Wohnbauten sowie ressort- und ebenenübergreifende Organisation der Verwaltung und beteiligten Institutionen.

(vgl. Breitfuss et al. 2004: 44f; Haars 2001: 29-31)

Auf lokaler Ebene werden diese Stadterneuerungspolitiken und -programme in den Niederlanden bereits seit den 1970er Jahren durch das Konzept des „Stedelijk Beheer“ (dt. „Städtisches Management“ oder „Quartiersmanagement“) unterstützt. Dieses Konzept dient der Nachsorge, Prävention und integralen Entwicklungssteuerung und beinhaltet Maßnahmen zur Stabilisierung von ehemaligen Stadterneuerungsgebieten und tendenziell gefährdeten Rückstandsvierteln. Das „Stedelijk Beheer“ basiert im Wesentlichen auf der Auffassung, dass Stadterneuerung als ein langfristiger Prozess zu verstehen ist und die Betreuung und Begleitung der Stadtquartiere, über die baulichen Sanierungsmaßnahmen hinweg, fortgesetzt werden müssen. Zudem wird auf die Verknüpfung der baulichen Interventionen mit sozialen Maßnahmen der Gemeinwesenarbeit großen Wert gelegt. Dementsprechend werden in vielen niederländischen Städten „Burthuisen“ (dt.: „Nachbarschaftshäuser“) und „wijkcentra“ (dt.: „Stadtteilzentren“), sowie unterschiedliche Formen von Quartiersmanagements eingerichtet. Zusätzlich werden umfassende Informations- und Signalisierungssysteme entwickelt, welche in Verbindung eines

geografischen Informationssystemen, kleinräumige Veränderungen und etwaige Fehlentwicklungen frühzeitig anzeigen. Diese Erkenntnisse sollen eine zeitnahe Einleitung von Gegenmaßnahmen ermöglichen.

Im Hinblick auf eine integrale Entwicklungssteuerung ist insbesondere die Umsetzung des „Stedelijk Beheer“ in der Stadt Tilburg hervorzuheben. Diese integriert mittels eines rechtsverbindlichen 'Stadsbeheerplan', neben der allgemeinen Bauleitplanung, auch die räumlichen Auswirkungen anderer Bereiche wie die der Wirtschafts-, Sozial-, Schul- und Wohnungspolitik. Damit enthält dieser Plan nicht nur die langfristigen Zielsetzungen der gesamten Kommunalpolitik, sondern setzt gleichzeitig auch die Leitlinien für die Entwicklung der einzelnen Quartiere und die Rahmenbedingungen für deren Quartiersmanagements. Dem 'Stadsbeheerplan' wird die Broschüre „Basiskwaliteit voor Woonbuurtten“ (dt.: „Basisqualität für Wohnquartiere“) beigelegt, welche die Grundlagen der Maßnahmen auf Basis der Erkenntnisse des Informations- und Signalisierungssystems, sowie eine Bewertung und ein Ranking der verschiedenen Quartiere, enthält.

Die Maßnahmen für jedes einzelne Quartier werden jedoch gesondert, im sogenannten „Stadtprogramm“, konkretisiert. Dieses bildet den Handlungsrahmen für die Arbeit des Quartiersmanagements für das laufende Jahr. Das Stadtprogramm enthält, neben den Themenkomplexen Bauleitplanung, Stadterneuerung, Wohnen, Verkehr, auch Maßnahmen in den Bereichen Altenfürsorge und Beschäftigung und beinhaltet, im Gegensatz zu herkömmlichen Stadtentwicklungsprogrammen, auch konkrete Zeitablaufpläne und Finanzierungskonzepte. (vgl. Breitfuss et al. 2004: 45f.; Haars 2001: 44-110; Rosemann 1998: 43-50)

Ein weiterer wichtiger Baustein für den Erfolg der niederländischen Stadterneuerungspolitik bildet eine langjährige soziale Wohnbaupolitik. Der Anteil an Sozialwohnungen in den Niederlanden beträgt ca. 36% des Gesamtwohnungsbestandes, in manchen Städten sogar bis zu 60%. Zu Beginn der 1990er Jahre führt der sozialökonomische Wandel auch in den Niederlanden zu einem Niedergang des sozialen Wohnungsbaus und knapp eine 1 Mio. der 2,4 Mio. Sozialwohnungen gelten als sanierungsbedürftig und vom Leerstand bedroht. Mit dem Ziel einer sozialen Durchmischung und Eindämmung einer fortschreitenden Segregation werden jedoch im Zuge der „Stedelijke Vernieuwing“ ab 1997 die Errichtung von hochwertigen Wohnungen in Gebieten mit überwiegend sozial geförderten Wohnbauten unterstützt und damit eine Ausdifferenzierung des Wohnraumangebotes, der Mietpreise sowie auch der Besitzverhältnisse in den städtischen Quartieren forciert. Gleichzeitig wird eine „Relokalisierungs-Politik implementiert, welche insbesondere von der Sanierung Betroffene mit einem geringem Einkommen bei der Vergabe von neuen Sozialwohnungen begünstigt. (vgl. Rosemann 2001: 83-90 in Breitfuss et. al. 2004: 39-41)

---

### 3.2.2 Stadterneuerungspraxis in Großbritannien

Sozialräumliche Handlungsstrategien zur Verringerung von Armutskonzentrationen und Benachteiligung haben in Großbritannien einen hohen Stellenwert; und dies aus guten Gründen:

In der Nachkriegszeit werden auf baulicher Ebene im Zuge breit angelegter Sanierungsprogramme der „New-Towns-Politik“ und im Hinblick auf verstärkte Suburbanisierungstendenzen, neu gegründete Satellitenstädte im Umland von britischen Großstädten aus dem Boden gestampft. Diese bieten insbesondere einkommensschwachen Haushalten aus innerstädtischen Sanierungsgebieten kostengünstigen Wohnraum und bilden bis heute die räumliche Voraussetzung für eine starke sozialräumliche Polarisierung in Großbritannien. Diese staatlich finanzierte und koordinierte Wohnbau- und Sanierungspolitik in Großbritannien ändert sich jedoch schlagartig mit dem „Housing Act“ im Jahr 1988:

Von nun ab wird die Wohnungsversorgung verstärkt durch privates Kapital finanziert. Hierzu werden die staatlichen Fördergelder vor allem für den Neubau und die Umwandlung von Miet- und Eigentumswohnungen verwendet sowie der Mieterschutz aufgeweicht. Der Rückgang von preisgünstigen, staatlich kontrollierten Sozialwohnungen führt nicht nur zu einem Verlust der kommunalen Steuerungsmöglichkeiten in Bezug auf den lokalen Wohnungsmarkt, sondern im weiteren Verlauf, auch zu erheblichen Mietpreissteigerungen und Verdrängungsprozessen, unter denen insbesondere einkommensschwache Haushalte und Migranten leiden. Diese Entwicklungen haben sich gegenwärtig - insbesondere im Großraum London - zu einer andauernden „housing crisis“ zugepointet. Diese Krise bewirkt in den vergangenen Jahren eine Rückbesinnung auf die Förderung von kostengünstigem, sozialem Wohnbau.

Jedoch führt die stark neoliberale Ausrichtung der Politik, seit dem Regierungsantritt der „Eisernen Lady“ Margaret Thatcher im Jahr 1979, zu einer Welle der Privatisierung von Staatbetrieben und einer Stärkung der privaten Wirtschaft bei einer gleichzeitigen Aufweichung der Kompetenzen von Kommunal- und Regionalverwaltungen. Diese enorme Deregulierungspolitik, und die damit verbundene Umstrukturierung des Sozialsystems, fordern nicht nur einen Anstieg der Anzahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, sondern in Folge auch zu einer derartigen Verfestigung der Armut und sozialräumlichen Segregation, dass nicht einmal das relativ hohe Wirtschaftswachstum in den 1990er Jahren eine signifikante Verbesserung der Situation erreicht.

Dementsprechend wird die räumliche Konzentration von Armut in Großbritannien bereits früh als zentrale gesamtgesellschaftliche Herausforderung erkannt und in den Stadterneuerungsprogrammen der 1970er und 80er Jahre verankert. Die Stadterneuerung in Großbritannien ist in dieser Zeit noch ausschließlich zentralis-

tisch organisiert. Erst im Jahr 1994 werden zehn „Government Offices for the Region“ (GORs) (dt.: „Regionale Verwaltungsstellen“) eingerichtet, welche die Initiativen der nationalen Ministerien verknüpfen sowie die Bereitstellung von finanziellen Mitteln und Planungsprozesse auf regionaler Ebene koordinieren und kontrollieren.

In den Jahren von 1992 bis 1998 wird das Programm „City Challenge“ (dt. „Städtische Herausforderung“) implementiert. Diese soll - mit den Zielen die wirtschaftlichen und räumlichen Umstände sowie die Beschäftigungssituation in den „deprived areas“ (dt.: „Benachteiligte Stadtviertel“) zu verbessern – neue Kooperationsformen zwischen Zentralregierung, lokalen Verwaltungen, Bewohnern und ortsansässigen Unternehmen unterstützen. Eine weitere Neuerung dieses Programms liegt in der Einführung des Wettbewerbsprinzips, wonach die Kommunen, über die Einreichung ihrer Erneuerungskonzepte in speziellen Ausschreibungsrunden, um die Zuweisung der nationalen Fördergelder konkurrieren. Hierdurch sollen insbesondere die Qualität und der Innovationsgehalt der Erneuerungskonzepte gefördert werden. Aus diesem Grund werden Bewohnerbeteiligung und die Aktivierung privater Investitionen der lokalen Unternehmen als zentrale Kriterien für die Bewertung der Konzepte herangezogen.

Ab Jahr 1993 kommt das Programm des „Single Regeneration Budget“ (dt.: „Individuelles Erneuerungsbudget“) hinzu, das ebenfalls die Förderung multisektoraler Partnerschaften bei Projekten in benachteiligten Stadtvierteln, über eine Laufzeit zwischen fünf und sieben Jahren, fokussiert. Die Fördermittel des „Single Regeneration Budget“ stammen von fünf verschiedenen Ministerien und werden durch die GORs als ein ressortübergreifendes Budget an die Kommunen vergeben. Durch diese Aufhebung der Verknüpfung zwischen der ressortbezogenen Mittelherkunft und einer zweckgebundenen Mittelverwendung vergrößern sich die Spielräume der Kommunen zur Ausgestaltung ihrer Programme. Wie auch beim „City-Challenge“- Programm liegen die Vergabekriterien des „Single Regeneration Budget“ auf kooperativen Erneuerungskonzepten unter Einbeziehung der Bewohner sowie auf der Förderung der lokaler Ökonomien und Verringerung sozialer Exklusion.

Da die bisherigen Programme ihre Zielsetzungen zur Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und baulichen Zustände in den benachteiligten Stadtvierteln nicht erreichen, startet die seit 1997 regierende Labour Party, gemäß ihres Politikansatz des „Dritten Weges“, im Jahr 1999 das Programm „New Deal for Communities“. (dt.: „Neues Abkommen für Gemeinden“). Hierbei wird zunächst die „Social Exklusion Unit“ (SEU) (dt.: „Soziale Exklusionseinheit“) eingerichtet, welche im Zuge des nationalweiten Berichts „Bringing Britain Together“ nicht nur die Ursachen der ausufernden Problemlagen untersucht, sondern auch im Zuge des „Urban White Paper“ die „National Strategy for Neighbourhood Renewal“ entwickelt. Diese Strategie wird zu Beginn in den 80er Jahren

---

stärksten benachteiligten Stadtteilen Großbritanniens implementiert.

Eine Kernaussage in diesem Bericht ist die Erkenntnis, dass insbesondere die meist einseitige Konzentration auf bauliche Aspekte - wie sie bei bisherigen Stadterneuerungsprogrammen üblich war – bei einer gleichzeitigen Vernachlässigung wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen und einer fehlenden Koordination der einzelnen Programme, die Ghettoisierung und Verfestigung der Problemlagen in den „deprived areas“ voran getrieben haben. Zudem wird erstmals offiziell eingeräumt, dass auch der Staat eine gewisse Teilschuld an der räumlichen Konzentration von sozialer Benachteiligung trägt und diese z.B. durch eine selektive Verteilung von Infrastrukturen und Dienstleistungen, mitverursacht hat.

In der Umsetzung richtet sich das New Deal-Programm an die 50 am stärksten benachteiligten Stadtquartiere in Großbritannien.

Hierzu werden sogenannte „area based initiatives“ (dt.: „lokale Strategien“) entwickelt und „Pathfinder-Partnerschaften“ ausgewählt, die im weiteren Verlauf begleitend evaluiert werden. Obwohl das Programm auch über ressortspezifische Initiativen im Bereich der Beschäftigung wie „Sure Start“ oder „New Start“ verfügt, fordert sie, nach dem Prinzip „Zentrale Finanzierung- Dezentrale Verantwortung“, vor allem eine räumliche Bündelung der Konzepte sowie ein kooperatives und ressortübergreifendes Verwaltungshandeln. Diese Dezentralisierung soll z.B. durch sogenannte „local strategic partnerships“(dt. „Lokale strategische Partnerschaften), in denen auch den Bewohnern umfassende Mitwirkungsrechte zugesprochen werden, gewährleistet werden. Insbesondere die Ebene der Nachbarschaften rückt hierbei in den Fokus: Durch die Einrichtung von „Neighbourhood Managements“ (dt.: „Nachbarschaftsmanagements“) werden in Pilotprojekten Bürgerforen initiiert, welche die Quartiersausschüsse beraten.

Zudem soll über sogenannte „Citizen`s Panels“ (dt.: „Bürgergremien“) gewährleistet werden, dass jeder Straßenzug des Viertels durch Bewohnervertreter repräsentiert wird. Die Zielsetzungen der „Neighbourhood Managements“, als ein systematischer Ansatz der Quartiersentwicklung, liegen vor allem in der Übernahme von Verantwortung für ihre Nachbarschaft durch die Bewohner, eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung und Mitbestimmungsmöglichkeiten im Quartier, eine Verbesserung des öffentlichen Dienstleistungsangebots z.B. auch mittels Erbringung durch lokale Anbieter im Zuge eines Public-Private-Partnerships (PPP) oder durch die Bewohner selbst.

Auch das sogenannte „Housing Management“ stellt - als eine Fortführung von Mieterbeteiligung und -organisation in sozialen Wohnungsbauten seit den 1980er Jahren - eine wichtige lokale Partnerschaft zwischen Mietern, Eigentümern und Hausverwaltungen im Zuge des New-Deal- Programms dar.

(vgl. Breitfuss et al. 2004: 11-19; Dettmer & Kreutz 2001: 68-86; Krummacher et al. 2003: 76f)

### 3.2.3 Stadterneuerungspraxis in Deutschland

Das Bund-Länder-Städtebauförderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ wird, nach einigen sozialintegrativen Vorläufermodellen in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Berlin, Bremen und Hessen sowie durch Impulse der Europäischen Gemeinschaftsinitiative URBAN, 1999 von der damals neu gewählten rot-grünen Regierung eingeführt. Ziel des Programms ist es der fortschreitenden Polarisierung und den zunehmenden räumlichen Konzentrationen von Armut zu begegnen.

Das Programm „Soziale Stadt“ wird damit - als erstes sozialintegratives Städtebauförderungsprogramm auf nationaler Ebene - im internationalen Vergleich relativ spät implementiert und basiert u.a. auf den Erfahrungen der bereits beschriebenen Stadterneuerungsprogramme in den Niederlanden und Großbritannien.

Im Unterschied zur bisherigen Städtebauförderung, werden mit dem Programm „Soziale Stadt“ in Deutschland erstmals, investive mit nicht-investiven Maßnahmen mit dem Schwerpunkt der städtebaulichen Erneuerung „aus einer Hand“ kombiniert und koordiniert. Zudem sollen Mittel und Maßnahmen von Bund und Ländern - insbesondere aus den Politikfeldern Wohnungswesen, Verkehr, Arbeits- und Ausbildungsförderung, Sicherheit, Frauen, Familien- und Jugendhilfe, Wirtschaft, Umwelt, Kultur und Freizeit – gebündelt werden. (vgl. Döhne & Walter 1999; Krummacher et al. 2003)

Das Programm „Soziale Stadt“ verfügt somit über mehrfache Zielsetzungen:

Auf politisch-administrativer Ebene sollen die ressort- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit verschiedener Akteure gestärkt und neue Kooperationsformen erprobt werden. Die angestrebte Mittel- und Ressourcenbündelung auf lokaler Ebene dient, sowohl als „Mittel zum Zweck“ der Zusammenarbeit, als auch zur Effizienzsteigerung des Verwaltungshandelns und der Verwendung öffentlicher Mittel. Außerdem sollen private Investitionen, z.B. im Zuge von PPPs, für die Revitalisierung der benachteiligten Gebieten aktiviert und größere Wohnungsunternehmen an der Stabilisierung von Nachbarschaften beteiligt werden. (vgl. Breitfuss et al. 2004: 53-57; Döhne & Walter 1999; Krummacher et al. 2003: 58f)

Auf Stadtteilebene soll das Programm „Soziale Stadt“ die Lebensverhältnisse in den benachteiligten Quartieren verbessern. Im Rahmen eines lebensweltlich orientierten Perspektivenwechsels stehen daher, nicht mehr (nur) die gebaute Umwelt, sondern auch die Bedürfnisse des Individuums in seinem Milieu, im Mittelpunkt. Die Interventionen reichen daher von Beschäftigungsinitiativen zur Unterstützung der lokalen Ökonomien, Sicherung von Arbeitsplätzen und Qualifizierung von Arbeitssuchenden; Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse und des Wohnumfeldes aus baulicher, sozialer wie auch ökologischer Sichtweise; über den Ausbau von Infrastrukturangeboten, bis hin zu Maßnahmen zur Mediation und Festigung von sozialen Netzwerken sowie



---

Kampagnen zur Verbesserung des Quartiersimages. Nicht- investive Maßnahmen, wie z.B. soziale Projekte, sind im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ allerdings nur förderfähig, sofern sie an investive Maßnahmen im Quartier gekoppelt sind.

Im Hinblick auf die Darstellung von Handlungsbedarfen und eine koordinierte Umsetzung der Maßnahmen sind im Vorfeld integrierte Handlungskonzepte zu erstellen und regelmäßig fortzuschreiben. (vgl. Döhne & Walter 1999)

Neben diesen ressortübergreifenden Maßnahmen bildet die Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung, im Rahmen von Beteiligungsgremien, Stadtteilkonferenzen und Stadtteilforen, ein weiteres zentrales Anliegen des Programms „Soziale Stadt“.

Die Umsetzung dieser Zielsetzung soll über die Einrichtung von Quartiersmanagements unterstützt werden, welche im wissenschaftlichen Diskurs als eine äußerst effektive Organisationsform vor Ort empfohlen werden.

Zur Ausweisung der Programmgebiete, aber auch im Hinblick auf eine kontinuierliche Erfolgskontrolle, werden umfassende Daten und Informationen benötigt. Daher sieht das Programm „Soziale Stadt“ ein kontinuierliches Monitoring- System zur kleinräumigen Raumbewertung vor, mit dem Gebietsauswahl und Maßnahmen begründet sowie problematische Entwicklungen frühzeitig erkannt und nachvollzogen werden können.

Zusätzlich sollen die Prozesse evaluiert und die gewonnenen Erkenntnisse für die Weiterentwicklung des Programms verwendet werden. Darüber hinaus wird eine Bundes-Transferstelle zur wissenschaftlichen Programmbegleitung und zum Erfahrungsaustausch beim Deutschen Institut für Urbanistik (difu) eingerichtet. Dieses Wissensforum bietet u.a. eine Internetplattform mit einer Datenbank für Best-Practice-Beispiele, Veröffentlichungen, Literatur sowie eine themenspezifische Linksammlung.

Auf institutioneller Ebene unterliegt das Programm „Soziale Stadt“, als ein Investitionsprogramm der Städtebauförderung, dem Grundgesetzartikel 104b (GG). Dieser besagt, dass „der Bund den Ländern Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen“ auf Landes- und Gemeindeebene gewähren kann. Die Mittel sind jedoch nicht nur befristet, sondern im Laufe der Zeit auch zu verringern. Im Jahr 2004 wurden die Vorschriften zur „Sozialen Stadt“ zudem im § 171e Baugesetzbuch (BauGB) im Bereich des besonderen Städtebaurechts verankert.

In den Jahren von 1999 bis 2009 werden für ca. 570 Programmgebiete in 355 Städten und Gemeinden rund 2,7 Milliarden für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“, je zu einem Drittel, von Bund, Länder und Gemeinden bereitgestellt.

In den nachfolgenden Haushaltsjahren werden die Bundesfinanzhilfen für das Programm „Soziale Stadt“ jedoch schrittweise zunächst auf 95 Mio. € 2010, auf nur 28,5 Mio. € im Jahr 2011 gekürzt. Zusätzlich wird die Möglichkeit zur Verwendung der Finanzmittel für

Modellvorhaben gestrichen. Als Ende 2011 bereits Gerüchte kursieren, das Programm „Soziale Stadt“ werde komplett eingestellt, formiert sich Widerstand von beteiligten Institutionen, worauf das Programm für das Haushaltsjahr 2012 mit 40 Mio. € Bundesfinanzhilfen verlängert wird. (vgl. [www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de))

Das Programm „Soziale Stadt“ ist aber längst nicht das einzige Städtebauförderungsprogramm in Deutschland:

Die Programme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ fördern investive Maßnahmen zur Erneuerung und Aufwertung von Stadtteilen. Während in Ostdeutschland, aufgrund schrumpfender Bevölkerungszahlen, der Rückbau von dauerhaftem Wohnungsüberhang und Anpassung von Infrastrukturen im Vordergrund stehen, werden in Westdeutschland vor allem die Umnutzung von ehemaligen Militär- und Industriearealen und die Erneuerung von Wohnquartieren der Nachkriegszeit gefördert.

Zudem stehen für Entwicklung benachteiligter Stadtteile und Standorte die Programme „Städtebaulicher Denkmalschutz“, „Kleinere Städte und Gemeinden“, sowie nach wie vor die „klassische“ Sanierungsförderung zur Verfügung.

Im Jahr 2008 wird zudem das Bund-Länder-Programm „Aktive Zentren“, auf Basis der Erfahrungen der „Sozialen Stadt“ gestartet. Dieses Programm widmet sich der Aufwertung von Stadt- und Ortsteilzentren. Hierfür werden von 2008 bis 2011 241,4 Mio. € an Bundesfinanzhilfen für bundesweit 350 Maßnahmen in 315 Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt.

Die Städtebauförderung des Bundes ist eines der wichtigsten Instrumente zur Förderung von nachhaltiger Stadtentwicklung. Der Bund stellt Ländern und Gemeinden im Programmjahr 2012 Fördergelder von 455 Mio. € für Stadtentwicklungsvorhaben zur Verfügung. (vgl. [www.bmvbs.de/Staedtebaufoerderung](http://www.bmvbs.de/Staedtebaufoerderung))

Diese vielfältigen Bemühungen auf Ebene der Städtebauförderung in Deutschland werden jedoch zunehmend, durch die Folgen der Deregulierungspolitik im sozialen Wohnungsbau in den 1990er Jahren, konterkariert: Durch die Streichung der Steuerbefreiung für gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften, hat sich in Deutschland der Bestand an Sozialwohnungen von ca. 4 Mio. im Jahr 1980 auf ca. 1,9 Mio. im Jahr 2001 verringert. Die Tendenz zur Privatisierung von Sozialwohnungen führt in den vergangenen Jahren u.a. zu erheblichen Mietpreissteigerungen in Stadtregionen. Dieser Verlust an staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in den Immobilienmarkt wirkt sich besonders auf Einkommensschwache aus und verstärkt Verdrängungs- und Segregationsprozesse. (vgl. Breitfuss et al. 2004: 51-53)

---

## 4 Sozialraumorientierung als „neue“ Steuerungsstrategie in der Stadterneuerungspraxis

Vergleicht man die derzeit praktizierten integrierten Stadterneuerungsprogramme in den verschiedenen westeuropäischen Staaten, so zeigen sich verschiedene Schwerpunktsetzungen in den dazugehörigen Politiken und Steuerungsstrukturen.

Ausgehend von einer Analyse der britischen Stadterneuerungspraxis kommt der Soziologe Jens Uwe Walther zu dem Schluss, dass fast alle aktuellen sozialen Stadtpolitiken in europaweit Anzeichen einer „neuen Orthodoxie“ zeigen, deren Elemente sich durch folgende Merkmale beschreiben lassen (vgl. Walther 2009: 133-135)

- sie sind aufgrund ihres Fokus auf Kooperationen und Partnerschaften *multi-actored*
- sie sind aufgrund ihrer notwendigen Zusammenarbeit zwischen übergeordneten und kommunalen Ebenen des politisch- administrativen Systems *multi-layered*
- aufgrund ihrer horizontalen, ressortübergreifenden Planungen sind sie *multi-sectoral*
- aufgrund der Mehrfachziele der Maßnahmen sind sie *multi-targeted*
- aufgrund ihrer langfristigen Zielsetzungen im Hinblick auf Akteurskonstellationen, Projekte und Maßnahmenbündel sind sie *strategic*
- aufgrund ihrer Ausrichtung auf kleinräumig abgegrenzte Gebiete sind sie *area-based*
- aufgrund ihrer Basis auf kontinuierlichen Stadtbeobachtungssystemen und Erfolgskontrollen sind sie *evidence-based*.

Allerdings bewegen sich diese Erneuerungsstrategien immer auch in einem Spannungsfeld zwischen folgenden widersprüchlichen Anforderungen:

- Der hierarchischen Trennung von anleitendem Subjekt und Zielobjekten und regelrechtes Verwaltungshandeln auf übergeordneter Ebene des politisch-administrativen Systems konkurriert mit einer gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Akteure auf Augenhöhe in den Quartieren.
- Die vertikalen Kompetenzverteilung und Handlungskoordination steht gegen eine horizontale Vernetzung
- Die ursprünglichen Sektoralaufgaben konkurrieren mit Querschnittsaufgaben
- Sondermaßnahmen stehen gegen administratives Regelhandeln
- Wettbewerbsorientierte Standortpolitik konkurriert mit lokaler Sozialraumorientierung

Wie diese derzeitigen, durchaus ambivalenten Ansätze und im Idealfall sozialraumorientierten Erneuerungsstrategien im Hinblick auf die Verringerung von Benachteiligungsphänomenen im Detail umgesetzt werden können, soll in den nachfolgenden Kapitel dargestellt werden. Als Einstieg werden hierzu die Begrifflichkeiten zum Sozialen Raum und der Sozialraumorientierung näher definiert. Anschließend werden Hypothesen zur Sozialraumorientierung in der Stadterneuerungspraxis zusammengefasst und die einzelnen Steuerungsansätze näher erläutert.

## 4.1 Grundlagen und Begriffe zur Sozialraumorientierung

Vor einer Definition des Begriffs der „Sozialraumorientierung“, bedarf es, zunächst einer prinzipiellen Erläuterung des Konzepts „Sozialer Raum“. Dies wird insofern als notwendig erachtet, da sich die teilweise sehr komplexen stadträumlichen Prozesse, wie sie die Fragestellung dieser Arbeit beinhaltet, sich letztendlich immer anhand den Prinzipien des Sozialen Raums strukturieren und dadurch nachvollziehbar darstellen lassen.

Der Begriff der „Sozialraumorientierung“ erhält in aktuellen Diskursen zur Stadterneuerung zunehmende Aufmerksamkeit, verfügt jedoch auch, aufgrund seines Anwendungsgebrauchs in verschiedenen Fachdisziplinen, in der Literatur ein schillerndes Spektrum an Auslegungsmöglichkeiten.

### 4.1.1 Vom „Sozialen Raum“

Als ein relationales Raumkonzept der Sozialwissenschaften basiert der **„Soziale Raum“**, auf den wissenschaftlichen Ansätzen der französischen Soziologen Pierre Bourdieu und Henry Lefebvre. Diese Ansätze werden seit den 1980er Jahren in einer breiten und anhaltenden Debatte über den Raumbegriff in den Kultur- und Sozialwissenschaften immer erneut aufgegriffen und führen zu dem sogenannten **„Spatial Turn“** in der wissenschaftlichen Auffassung von Raum. (vgl. Lossau 2012: 185)

Nach Bourdieu entsteht der soziale Raum durch die relationale Anordnung von Objekten im Raum, welche sich aufgrund deren sozialen Position und Beziehungsverhältnis bzw. deren normativen Wertschätzung ergibt. Er bildet damit ein Gegenmodell zum physikalischen „Behälterraum“. Das soziale Beziehungsverhältnis von Objekten -insbesondere von Individuen – wird, nach Bourdieus Theorie, durch deren **ökonomischen, sozialen, kulturellen und symbolischen „Kapital“** determiniert, also deren materiellen Besitztümern und Verfügungsmacht, sozialen Netzwerken, Bildung und Fähigkeiten sowie Ansehen in der Gesellschaft. Diese Kapitalarten bilden die Voraussetzung um Eigeninteressen gegen die anderer Objekte durchzusetzen.

Zudem unterteilt Bourdieu den Sozialen Raum auch nach sogenannten **„Feldern“**, wie Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion etc., innerhalb derer die einzelnen Kapitalsorten jeweils nach einer eigenen Logik und bewertet werden. Diese feldspezifischen Prinzipien beeinflussen die Akteure, die diesem Feld hauptsächlich zugehörig sind und prägen deren Handeln.

Dieses Wahrnehmungs-, Deutungs- und Handlungsschema, welches anhand der alltäglichen Praxis des sozialen Positionierens in einem bestimmten sozialen Raum erlernt und reproduziert wird, nennt Bourdieu **„Habitus“**.

Zwar unterscheidet Bourdieu klar zwischen Sozialem Raum und physischer Umwelt,

---

merkt jedoch an, dass sich der Soziale Raum mehr oder weniger exakt durch die alltägliche Praxis des Habitus der Individuen in Ihrer räumlichen Umwelt abbildet. Diese Hypothese stützt Bourdieu mit der Erkenntnis, wonach sich die sozialkulturelle wie auch ökonomische Situation der einzelner Bevölkerungsgruppen, sowohl in deren geographischen Konzentrationen in der Stadt, als auch in der baulichen Struktur und Ausgestaltung der öffentlichen Räume widerspiegelt .

Durch die alltägliche Nutzung und Aneignung werden städtische Räume durch die Bewohnergruppen vor Ort geprägt und sukzessive zur Sicherung deren Lebensstile eingerichtet. Dementsprechend stärkt diese Verräumlichung sozialer Verhältnisse nicht nur langfristig die Verfügungsrechte und Netzwerke der stärksten Akteursgruppen in einem Stadtteil, sondern bestimmt auch dessen Charakter und Image in der Gesamtstadt. Im Gegenzug prägen diese räumlichen Konfigurationen sowie das mit ihm verbundene Image die ansässigen Bewohner und deren alltägliches Handeln, sowohl im Guten wie auch im Negativen:

Während attraktive Stadtteile ihren Bewohnern automatisch einen positiven „Klub-Effekt“ verschaffen, so kann sich der „Ghetto-Effekt“ benachteiligter Stadtteil stigmatisierend auf deren Bevölkerung auswirken. (vgl. Lippuner 2012: 130-136)

Dieses andauernde, gegenseitige Wechselspiel zwischen dem normativen Handeln von sozialen Akteuren im Raum, physischen Raumveränderungen sowie deren Auswirkungen auf die Erfahrungen, Normen und Handlungen der Akteure bezeichnet der Soziologe Jens S. Dangschat mit Verweis auf Bourdieu, als „**doppelte Struktur-Habitus-Praxis Reproduktionsformel**“.(Dangschat 2008: 14).

Auch die vielzitierte Soziologin Martina Löw beschreibt diese sozialräumlichen, Wechselwirkungen, zwischen individuellem Handeln, räumlichen Positionieren und normativem Einprägen, zur Konstitution von sozialen Räumen mit den Prozessen „**Spacing**“ und „**Syntheseleistung**“ in ihrem Werk „Raumsoziologie“ im Jahr 2001 sehr eingehend. (vgl. Löw 2001: 158f.)

Weitere bedeutende Aspekte zum Sozialen Raum liefert auch der Volkswirt Dieter Läßle mit seinem Konzept des „Matrix-Raum“ bereits im Jahr 1991. Dieser konstituiert sich nach Läßle durch folgende Komponenten:

- Das **materiell- physische Substrat** gesellschaftlicher Verhältnisse
- **Gesellschaftliche Interaktions- und Handlungsstrukturen** der Produktion, Nutzung und Aneignung des Raumes durch die beteiligten Menschen
- Ein **institutionalisiertes und normatives Regulationssystem** als Vermittlungsglied zwischen materiellem Substrat und der gesellschaftlichen Praxis
- Ein **räumliches Zeichen- Repräsentations- und Symbolsystem** als „hochsensible spezifische Gebrauchsanweisungen“ des Raumes

Darüber hinaus bedarf es nach Läßple zur Analyse gesellschaftlicher Räume die Berücksichtigung und Untersuchung unterschiedlicher Ebenen, welche die räumlichen Strukturen und gesellschaftlichen Verhältnisse jeweils auf ihre spezifische Weise beeinflussen:

- Der „**Makro-Raum**“, der in der Form des „kapitalistischen Weltsystems“ , als hierarchisches Raumraster nationale, regionale und städtische Räume einbindet und durch eine internationale Arbeitsteilung geprägt ist.
- Der „**Meso-Raum**“, welcher regionale Arbeits- und Lebenszusammenhänge und die gesellschaftlichen Wechselbeziehungen in der Stadt abbildet
- Der körpernahe „**Mikro-Raum**“, in dessen Mittelpunkt der Mensch mit seiner räumlichen Körperlichkeit steht und in dem er elementare Raumerfahrungen macht, gesellschaftliche „Gebrauchsanweisungen“ erlernt, sowie die Unterschiede von körperlicher und sozialer Distanz erfährt (vgl. Läßple 1991: 197f.)

Diese Überlegungen Läßples sind insofern wichtig, da sie zum einen das „institutionalisierte und normative Regulationssystem“, also staatliches Handeln und gesetzliche Regelwerke, explizit als eine wesentliche Komponente zur Strukturierung von Sozialen Räumen herausstellen. Zum anderen verdeutlichen sie, dass Soziale Räume zur gleichen Zeit sowohl durch physisch greifbare Veränderungen vor Ort aber auch durch abstrakte Regelungen übergeordneter Ebenen beeinflusst werden (können).

Diese Tatsache äußert sich in der Realität darin, dass die Ursachen stadträumlicher Veränderungen - insbesondere ohne die Analyse sozialer und ökonomischer Rahmenbedingungen - nicht immer unmittelbar nachvollziehbar sind und, aufgrund der Komplexität der vielen parallel verlaufenden Prozesse und vielfältigen Variablen, auch im Nachhinein nicht unbedingt klar identifiziert werden können.

Schlussfolgernd kann das Konzept des Sozialen Raums wie folgt vereinfacht zusammengefasst werden (vgl. Abbildung 6):

1. Der Soziale Raum verfügt über eine räumliche, eine soziale und eine ökonomische Dimension, die sich wechselseitig beeinflussen, sowie eine symbolische Querschnittsdimension, die sich aus den drei übrigen Dimensionen in Abgleich mit normativen Erfahrungswerten und in Relation zu umgebenden Räumen ergibt.
2. Der Soziale Raum kann gleichzeitig von mehreren Steuerungsebenen - nämlich der individuellen Mikroebene, der Mesoebene des Quartiers oder der Gesamtstadt, oder der föderalen, (inter)nationalen Makroebene - beeinflusst und strukturiert werden. Diese Interventionen können gegensätzlich gerichtet sein oder sich gemeinsam verstärken. Nach Auswertung der Interventionswirkungen werden erfolgt eine Rückkopplung der Erkenntnisse auf die steuernden Akteure sowie gegebenenfalls eine Anpassung des Steuerungsrahmens.
3. Durch die vielfältigen Wechselbeziehungen können direkte Interventionen in einer Dimension des Sozialraums im weiteren Verlauf sekundäre (positive oder auch negative) Effekte auf

die anderen Sozialraumdimensionen haben, die jedoch weniger zielgerichtet gesteuert werden können.

4. Akteure, die in einem Sozialraum verortet sind, wie z.B. Bewohner oder lokale Unternehmer nehmen eine Sonderstellung ein, da sie nicht nur von außen (exogen) beeinflusst sondern auch selbst aktiv (endogene) Interventionen initiieren, wie auch ihre normative Einstellung bzw. ihren Habitus verändern können. Dem entsprechend kommt der Information und Beteiligung der Betroffenen vor Ort, im Hinblick auf eine breite Verankerung von Interventionen im Quartier eine große Bedeutung zu.

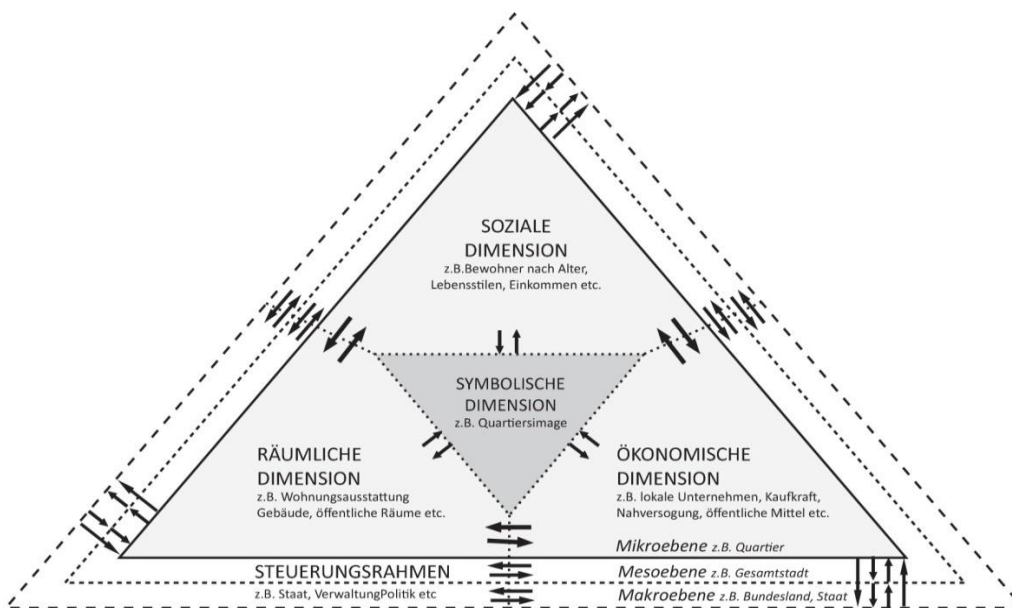


Abbildung 6: Sozialraum-Dreieck nach Dimensionen und Steuerungsebenen

Konkretisiert man das Schema des vorangegangenen „Sozialraum-Dreiecks“ und strukturiert es nach Variablen stadträumlicher Prozesse, so erhält man einen sechseckigen „Sozialraumkompass“ für ein Quartier. Dieses Schema eignet sich als Überblick sowohl zur Analyse, zur Darstellung von Maßnahmen, von primären und sekundären Wirkungen im weiteren Verlauf, sowie zur Abbildung von allen beteiligten oder betroffenen Akteure.

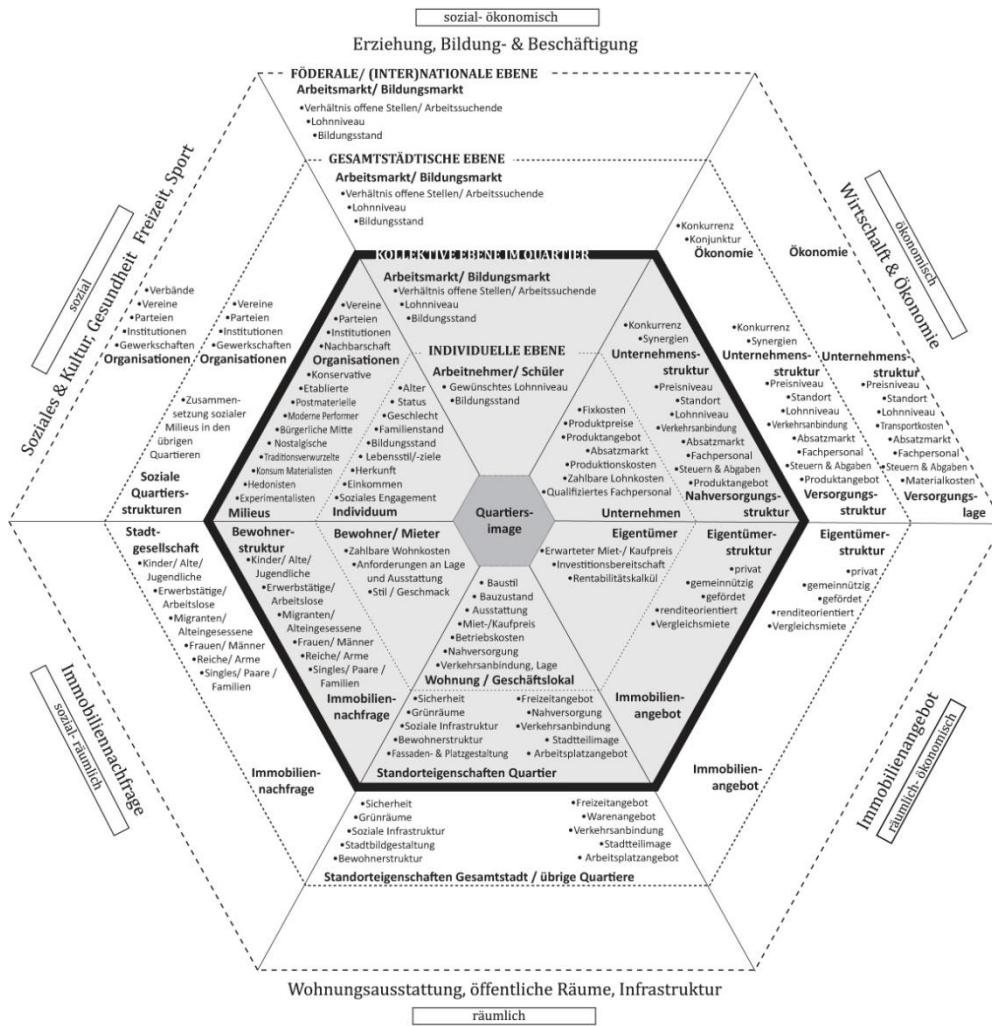


Abbildung 7: Sozialraumkompass zur Analyse

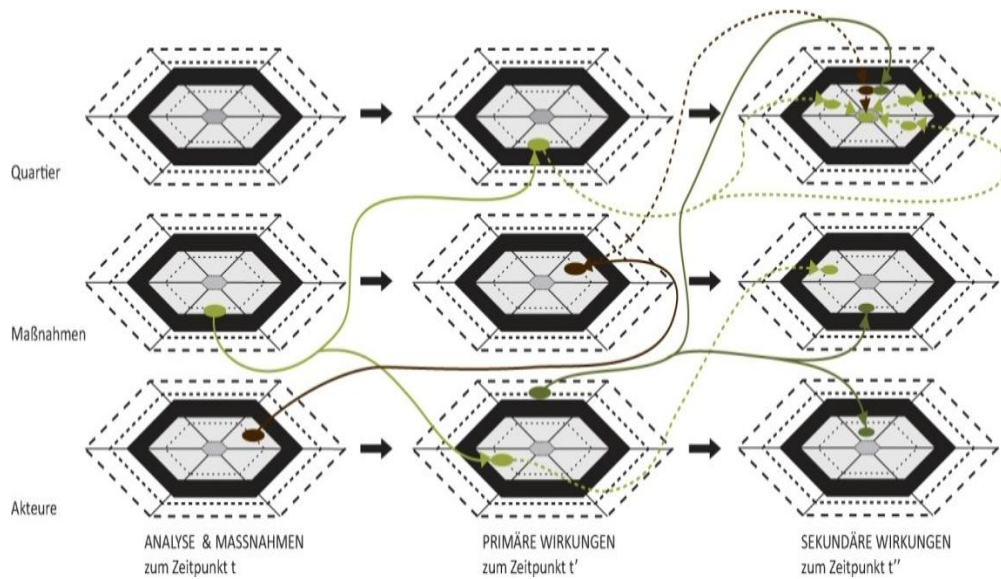


Abbildung 8: Direkte und indirekte Wechselwirkungen von Maßnahmen, Veränderungen im Quartier und Akteuren



---

#### 4.1.2 Zum Begriff der „Sozialraumorientierung“

Der Begriff „Sozialraumorientierung“ beschreibt originär ein praktisches Fachkonzept der Sozialen Arbeit und offenen Jugendhilfe. Es basiert auf dem theoretischen Sozialkapitalansatz nach Bourdieu sowie der Lebensweltorientierung nach Thiersch und stellt eine Weiterentwicklung der traditionellen Gemeinwesenarbeit dar. Sein Ziel ist es, verdichtete Problemlagen und prekäre Lebensverhältnisse durch die Aktivierung der Betroffenen sowie durch Bündelung der Ressourcen und Hilfsquellen in den Stadtteilen, zu verbessern. (vgl. Stoik 2008: 14-17)

Das Fachkonzept der Sozialraumorientierung, wie es der Sozialarbeitswissenschaftler Wolfgang Hinte beschreibt, ist jedoch kein neuer theoretischer Ansatz, der in Konkurrenz zu bestehenden „Schulen“ steht. Es ist ein integratives Fachkonzept, welches „bekannte Thesen und Ansätze zusammenfasst, in pragmatischer Radikalität komprimiert und sie nutzbar macht für Institutionen und Berufsfelder der Sozialen Arbeit“. (Hinte 2008: 9)

Dabei geht es nach Hinte „nicht darum, mit großem Methodenarsenal und pädagogischer Absicht Menschen und pädagogischer Absicht Menschen zu verändern“ sondern nach folgenden Prinzipien „Lebenswelten zu gestalten [...], dass Menschen auch in prekären Lebenssituationen entsprechend ihren eigenen Lebensentwürfen zurechtkommen“ (ebd. 2008: 8):

- Ausgangspunkt jeglicher Arbeit sind der Wille / die Interessen der leistungsberechtigten Menschen (in Abgrenzung zu Wünschen oder naiv definierten Bedarfen)
- Aktivierende Arbeit hat grundsätzlich Vorrang vor betreuender Tätigkeit
- Bei der Gestaltung von Arrangements spielen personale und sozialräumliche Ressourcen eine wesentliche Rolle.
- Aktivitäten sind möglichst zielgruppen- und bereichsübergreifend angelegt.
- Vernetzung und Integration der sozialen Dienste sind Grundlage für nachhaltig wirksame Soziale Arbeit im Einzelfall wie im Gemeinwesen.

Das Konzept der Sozialraumorientierung ist meist auch mit fallunspezifischen und raumbezogenen Finanzierungsformen, wie sogenannten „Sozialraumbudgets“, verbunden.

In der Praxis sind diese Finanzierungskonzepte jedoch auch umstritten, da sie häufig dazu genutzt werden, um kostenintensive Einzelfallhilfen zu streichen und die Verantwortlichkeiten dem Umfeld von Betroffenen zu übertragen. (vgl. Hinte 2008: 8-12)

Auch die vielfach gepriesene Beteiligung der Betroffenen steht in der Kritik, häufig nur alibimäßig durchgeführt zu werden. Sozialraumorientierung werde dadurch letztlich als neoliberale Instrument missbraucht wird, welches ein möglichst systemadäquates Konsum und Arbeitsverhalten von Bewohnern in benachteiligten Stadtteilen erzwingt. (vgl. Stoik 2008: 14)

Trotz dieser teilweise negativen Interpretationen und Erfahrungen im Bereich der Sozialen Arbeit, wird das Konzept der Sozialraumorientierung auch in der Planung zunehmend als Modell einer „neuen Steuerung“ entdeckt.

So hat z.B. die Stadt Berlin ein „Handbuch zur Sozialraumorientierung“ als Grundlage für ihr aktuelles „Integriertes Stadt(teil)entwicklungskonzept“ veröffentlicht. Darin wird Sozialraumorientierung als eine „innovative Strategie“ beschrieben, welche „über eine fachübergreifende intensive Zusammenarbeit unter Einbindung lokaler Interessengruppen und lokaler Akteure“ die Ziele verfolgt „Synergieeffekte zu Gunsten einer sozialen Stadtentwicklung“ zu schaffen, Chancengleichheit zu erhöhen, sowie „die besonderen Potenziale der unterschiedlichen Stadtteile zu stärken und Bürgerinnen und Bürger weiter zu befähigen, an der Stadtgesellschaft aktiv teilzuhaben“. (SenStadtUm Hrsg. 2009: 6)

Die Strategie orientiert sich dabei „an den Bedürfnissen, Möglichkeiten und Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner und ihrer Lebenswelt“. Gleichzeitig erzwingt Sozialraumorientierung auch einen Perspektivenwechsel, bei dem der „zielgruppenorientierte Fachbezug“ in der Planung durch einen „Raumbezug mit Fokus auf die sozialen Gegebenheiten“ ergänzt wird. Allerdings liefert das Handbuch noch keine festgelegten Umsetzungsvorschläge sondern fasst Sozialraumorientierung als einen „gemeinsamen Lern-Innovations-, und Entwicklungsprozess“ auf. (ebd. 2009: 6)

In einem ersten Schritt wird die Bedeutung der Sozialraumorientierung in einem **Handlungs- und Strukturkonzept** für die Verwaltung festgelegt. Dessen Prämisse ist es, die Zusammenarbeit von Verwaltung, Bürgern, lokalen Institutionen und Politik auf Augenhöhe in den Vordergrund zu stellen. (vgl. ebd. 2009: 11)

Als **Strukturkonzept** fordert Sozialraumorientierung von den Verwaltungsmitarbeitern:

- die Ressourcen und Potenziale der Quartiere zu kennen,
- Quartiere als eine Ebene zur Steuerung der Ressourcen zu nutzen,
- Verfahren und Organisation der Ressorts aufgabenspezifisch raumorientiert auszurichten,
- Entscheidungsstrukturen und Kommunikationswege als Grundlage für die sozialräumliche Kooperation zu nutzen und zu gestalten

Als **Handlungskonzept** bedeutet Sozialraumorientierung:

- die Interessen, Bedürfnisse und Ressourcen der Menschen im Quartier zu erkennen und bei den Bedarfsfeststellungen zu berücksichtigen,
- die Menschen bei der Aktivierung ihrer Ressourcen zu unterstützen,
- die Ressourcen des Stadtteils zu nutzen sowie die so erzielten Ergebnisse und Erkenntnisse im Verwaltungshandeln zu berücksichtigen,
- Planungen, Projekte und Aktivitäten über Aushandlungsprozesse im Dialog zu erarbeiten,

- Verantwortung für fach-und ressortübergreifende Abstimmung zu übernehmen.  
(ebd. 2009: 11)

Im Hinblick auf eine Messbarkeit und Erfolgskontrolle bei der Umsetzung dieser Strategie von Seiten der Politik und Verwaltung, werden in Berlin folgende Kriterien festgelegt, welche sich an der Erkennbarkeit von Sozialraumorientierung im Stadtteil orientieren:

1. Ein wachsender Grad an Vernetzung im Sinne einer dauerhaften Zusammenarbeit verschiedener lokaler Akteure
2. Die Existenz von Personen oder Stellen, welche vor Ort Netzwerke zwischen den verschiedenen Akteuren knüpfen und die Dynamik dieser Initiativen langfristig unterstützen und welche gleichzeitig als Schnittstellenfunktion nach außen übernehmen.
3. Die verschiedenen Verwaltungsressorts treten als fachkompetente Netzwerkpartner im Stadtteil sichtbar auf.
4. Bei klaren und direkten Kommunikationswegen zwischen Verwaltung und lokaler Ebene
5. Bei langfristiger fach-und ebenenübergreifender Zusammenarbeit in wachsendem Umfang
6. Bei einer umfassenden Kenntnis der Verantwortlichen in Senatsressorts und Bezirksverwaltungen wesentlichen Aktivitäten der jeweiligen anderen Verwaltungseinheiten im Quartier.
7. Die Arbeit „quer zur Linie“ wird zu einem regelmäßigen und gewohnten Bestandteil von Verwaltungsarbeit und es entstehen Strukturen der Kommunikation, Koordination und des Datenaustauschs, die dieses Vorhaben unterstützen.
8. Die umfassende Durchführung von Fortbildungs-und Qualifizierungsmaßnahmen zum Thema Sozialraumorientierung, dass dadurch in der Praxis die Anforderungen von Arbeit „in der Linie“ und Arbeit „quer zur Linie“ unterschieden werden kann
9. Die Anpassung von Regelungen und Vorschriften zur Erweiterung der Gestaltungsspielräume für die Umsetzung von vor Ort erarbeiteten Ideen und Ergebnissen. (ebd. 2009: 12)

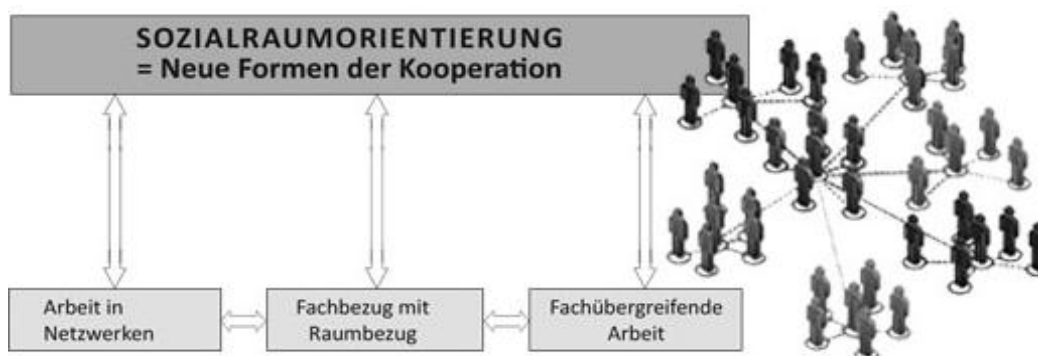


Abbildung 9: Sozialraumorientierung in der Berliner Verwaltung

### 4.1.3 Schlussfolgerungen: Sozialraumorientierung in der Stadterneuerungspraxis

Im Zuge dieser Arbeit wird das Fachkonzept Sozialraumorientierung als Handlungsstrategie aufgefasst werden, welches mit dem übergeordneten Ziel der Verbesserung der Lebensverhältnisse (und damit auch zur Verringerung von Benachteiligungsphänomenen), auf kleinräumiger Ebene verschiedene Teilstrategien baulicher, sozialer und ökonomischer Maßnahmen mit einer ressortübergreifenden Steuerung und unter Beteiligung der Betroffenen bündelt und deren Wirkungserkenntnisse in einem lernenden Verwaltungssystemrückgekoppelt werden.

Ausgehendend von einer zusammenfassenden Betrachtung der komplexen Ursachen und Wirkungsmechanismen sozialräumlicher Benachteiligung aus historischer und theoretischer Sicht, lassen sich folgende Schlussfolgerungen und Prinzipien für sozialraumorientierte Handlungsstrategien herausfiltern (vgl. Krummacher et al. 2003: 46-50):

1. Sozialräumliche Benachteiligung erscheint als grundlegendes Phänomen untrennbar mit dem Wesen von Großstädten verbunden zu sein. Dementsprechend stellt die Annäherung an einen derzeitig normativ geforderten Zustand von sozialräumlicher Ausgeglichenheit und sozialer Chancengleichheit, keine statische Ruhelage sondern eine höchst labile Gleichgewichtssituation dar, welche mit konstanten Anstrengungen aufrechterhalten werden muss. Die Mühen zur Verringerung sozialräumlicher Benachteiligung, u.a. im Bereich der Stadterneuerung, werden daher zu einer unermüdlichen „Daueraufgabe ohne Dauerlösung“ (Zlonicky 1999 in Hartz 2003: 1) .
2. Die normative Notwendigkeit von Ausgleichstrategien von benachteiligten Sozialräumen und Bevölkerung bleibt zweifellos unumstritten. Jedoch ist im Hinblick auf eine „Durchmischung der Sozialstruktur“ zwischen freiwilligen und erzwungenen Bevölkerungskonzentrationen zu unterscheiden und die Unterschiede von Lebensstilen anzuerkennen und zu respektieren.
3. Die teilweise sehr divergierenden Interessenlagen und verfügbaren Ressourcen der einzelnen Bevölkerungsgruppen in einem Quartier , aber auch in der Stadt- zwischen Armutsgefährdeten in prekären Beschäftigungsbedingungen und zerrütteten Familienverhältnissen sowie finanziell gut abgesicherten Lebensstilgruppen mit einem Hang zu einem luxuriösen Leben und einem hohen Selbstdarstellungsdrang - stellen, insbesondere im Bereich der Stadterneuerung, sehr große Herausforderungen dar.
4. Angesichts der komplexen Verflechtungen von sozialen, wirtschaftlichen, räumlichen symbolischen und institutionellen Ursachen von sozialräumlicher Benachteiligung und deren mehrdimensionale und teilweise sehr langfristigen Wirkungen, lassen sich folgende Handlungsfelder für mögliche Maßnahmen identifizieren:

- 
- Lokale Wohnraum- und Belegungspolitik
  - Wohnumfeld und öffentliche Räume
  - Soziale Betreuung und quartiersbezogene Netzwerkbildung
  - Nahversorgung, Einzelhandel und lokale Unternehmen
  - Erziehung, Bildung und Beschäftigung
  - Freizeit, Kultur und Sport
  - Mobilität, Umweltschutz und Energieeffizienz
5. Neben diesen räumlich, ökonomisch und sozial wirksamen Maßnahmen im Quartier bedarf es einer strukturellen Anpassung der Prozesse und der übergeordneten politisch- administrativen Organisation. (vgl. Abbildung 10) Bedeutende Steuerungsansätze bilden dabei:
- die interdisziplinäre und ebenenübergreifende Erarbeitung von strategischen Dokumenten, die politische Wahlperioden überdauern
  - Analyseinstrumente und sozialräumliche Beobachtungsmethoden
  - Ebenen- und ressortübergreifende Organisationsstrukturen mit Fokus auf die jeweiligen Sozialräume
  - Quartiersmanagements als Schnittstelle zwischen Quartiersbewohnern und Verwaltung
  - die Finanzierung sowie die damit verbundenen Auflagen
  - die quartiersbezogene und zielgruppenangepasste Information und Öffentlichkeitsarbeit
  - Formen der Partizipation und Bürgerbeteiligung
  - Evaluierung und Monitoring
  - Ansätze der Verstetigung

Die Ziele dieser Maßnahmen und Steuerungsstrategien liegen vor allem in der Aktivierung von endogenen Potenzialen in den betroffenen Quartieren. Eine Bündelung und niedrigschwellige Durchführung von Maßnahmen sowie einer zielgruppengerechten Öffentlichkeitsarbeit erscheint als sinnvoll, um möglichst viele Betroffene zu aktivieren jedoch nicht zu überfordern.

Zusammenfassend lässt sich eine sozialraumorientierte Stadterneuerungspraxis wie folgt gliedern:

- **(Wohn-)Raumbezogenen Steuerungsansätze**
- **Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze**
- **Steuerungsansätze im sozialen Bereich**
- **Strategische Steuerungsansätze und Prinzipien der Prozessgestaltung**

Die einzelnen Steuerungsansätze werden nachfolgend dargestellt und näher erläutert.

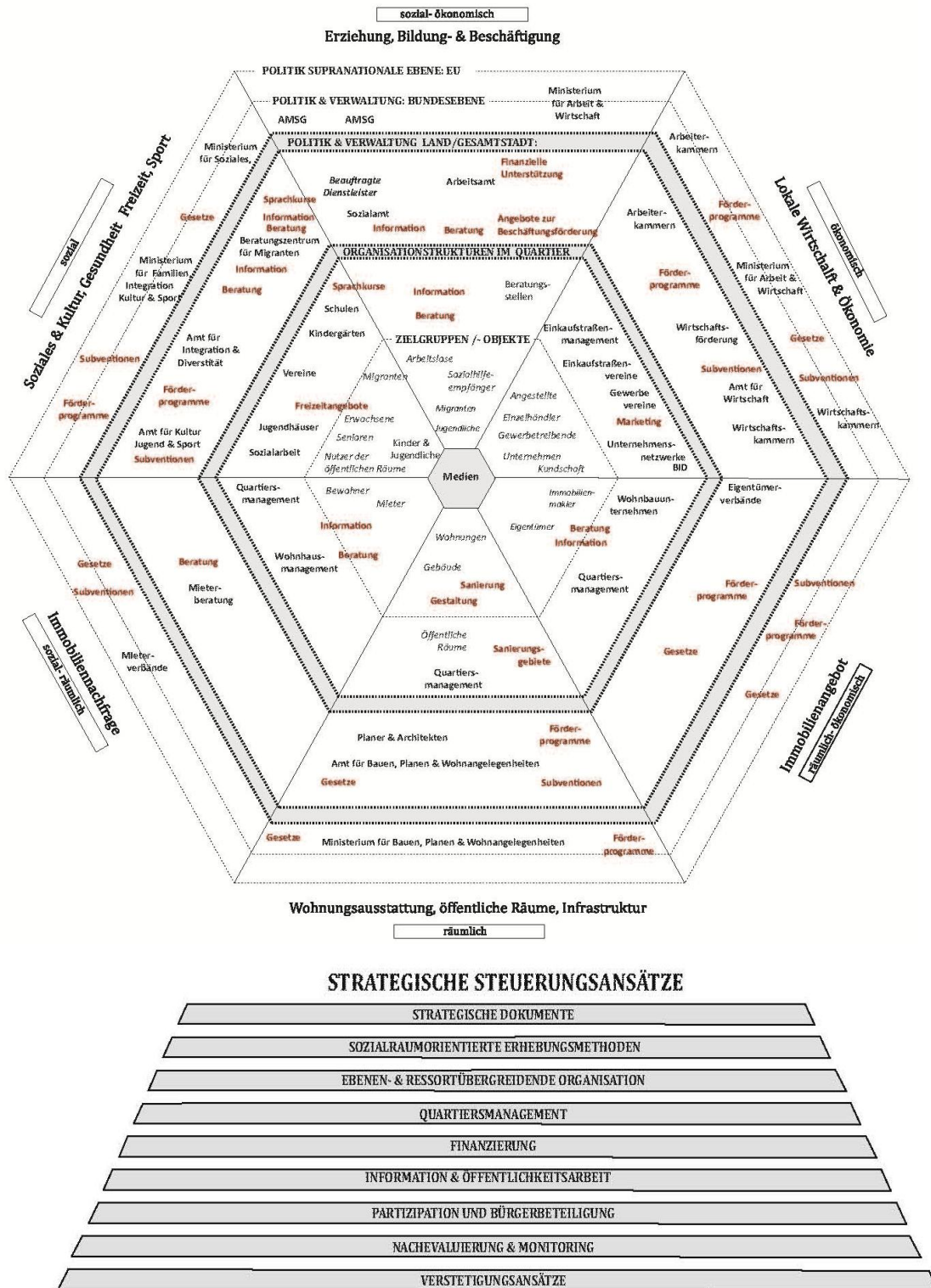


Abbildung 10: Sozialraumorientierte Steuerungsansätze nach Handlungsfeldern und Bezugsebenen

---

## 4.2 (Wohn-)Raumbezogene Steuerungsansätze



Abbildung 11: Städtebauliche Konfiguration und Stadtgestaltung als Steuerungsansatz

Die bau- und wohnungspolitischen Zielsetzungen im Hinblick auf eine Stabilisierung der Lebensumstände in benachteiligten Stadtteilen liegen in erster Linie in der Bereitstellung, Sicherung und Sanierung von preiswertem Wohnraum für einkommensschwache Haushalte sowie der Schaffung eines lebenswerten Wohnumfeldes. Darüber hinaus verfügen Haushalte mit geringem Einkommen auf dem privaten Wohnungsmarkt über wenig Wahlfreiheit und konzentrieren sich deshalb meist in den schlechtesten Wohnlagen. Um auf diese Umstände einwirken zu können, bedarf es eines Konzepts zur sozialen Wohnraumbelegung auf gesamtstädtischer Ebene.

(Wohn-) Raumbezogene Steuerungsansätze in einer sozialraumorientierten Stadterneuerungspraxis bestehen zu einem aus planungsrechtlichen Bestimmungen wie z.B. Baugesetze und Verordnungen, zum anderen aus staatlichen Subventionen und Förderanreizen. Diese lassen sich unterteilen in *objektbezogene Förderungen* wie

- Instrumente zur Bereitstellung von Wohnraum und Steuerung der Belegungspolitik, wie z.B. Wohnungs- / Gebäudesanierungen und ergänzende Neubauten
- Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld

sowie *subjektbezogene Förderungen* wie

- Mieterschutzregelungen oder
- Wohnungskostenzuschüsse

Weitere Steuerungsmöglichkeiten neben diesen klassischen Instrumentarien ergeben sich z.B. durch Beratungsmaßnahmen zu Verminderung von Wohnungsnotfällen, zusätzliche wohnungsnaher Mieterberatung und Betreuungsangebote für Alleinerziehende, Familien und Senioren sowie Formen der Mieterbeteiligung,

(Wohn-)raumbezogene Steuerungsstrategien konzentrieren sich in erster Linie auf Gebäude, Wohnungen, deren Eigentümer und Mieter als betroffene Akteure sowie auf öffentliche Räume in den Quartieren. Die Förderungen können dabei *direkt* in Form von staatlichen Zuschüssen oder auch indirekt über Steuervergünstigungen oder die Festlegung von Baulandpreisen gewährt werden. (vgl. Krummacher et al. 2003: 90-94)

#### 4.2.1 Steuerungsinstrumente zur Bereitstellung von kostengünstigem Wohnraum für einkommensschwache Haushalte

Wohnungspolitische Steuerungsinstrumente lassen sich im Allgemeinen zwischen Wohnungsneubau und Wohnungsbestandspolitik unterscheiden.

Neubebauung im Kontext der Stadterneuerung bedeutet dabei meist Neubebauungen in Baulücken oder auf Brachflächen im Quartier oder Ersatz- und Ergänzungsbauten. Prinzipiell erweisen sich jedoch Modernisierungen im Bestand in den meist stark verdichteten Quartieren als günstiger, zumal Neubauten mit ihren hohen Mieten häufig auch zu einer schleichenden Verdrängung der ansässigen Bewohnerschaft führt.

Im Fall der Neubaupolitik stehen der öffentlichen Hand u.a. folgende Steuerungsmöglichkeiten zur Verfügung:

**Sozialer Wohnungsbau:** Durch Fördermitteln des Bundes und/oder der Länder und durch Eigenmittel der Kommunen werden soziale Wohnbauten mit Belegungsbindung errichtet. Ziel dieser Förderungen ist es, das Wohnraumangebot für einkommensschwache Haushalte zu erhöhen, die Mietkosten zu senken und zusätzlich auf die soziale Mischung in Stadtteilen Einfluss nehmen zu können

**Kommunaler Eigenbau:** Im Zuge kommunaler Förderprogramme der Städte, die unabhängig von Förderungen der übergeordneten Ebenen sind, werden Wohnungen im Eigenbestand teilweise von eigenen Wohnungsunternehmen errichtet. Dadurch steigert sich nicht nur das kommunale Vermögen, sondern die Kommune verfügt langfristig über einen direkten Einfluss auf die Miethöhen, die Wohnungsbelegung und damit auch auf die Quartiersentwicklung. Allerdings ist der kommunale Eigenbau aufgrund der schwierigen öffentlichen Haushaltslage vielerorts auf dem Rückzug und die Kommunen präferieren hingegen häufig so genannte „vereinbarte Förderungen“ mit privaten Bauträgern.

Weitere Steuerungsmöglichkeiten im Bereich der Neubautätigkeiten liegen z.B. in der **Bebauungsplanung**, der **Baulandbereitstellung**, und der Förderung von **kosten- und flächensparendem Bauen**.

Die Wohnungsbestandspolitik ist für die Quartiersentwicklung weitaus bedeutender als die Neubautätigkeit. Hier stehen u.a. folgende Steuerungsinstrumente zur Verfügung:

**Modernisierungsförderungen** als Anreiz für Eigentümer entweder als

- direkte staatliche finanzielle Zuschüsse für eine Sanierung auf Antrag für Eigentümer, sofern vorausgesetzte Kriterien erfüllt werden, inkl. notwendiger Rahmengesetze und eigentumsrechtlicher Auflagen
- indirekte finanzielle Förderung in Form von steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Eigentümer nach einer erfolgten Sanierung



---

Entscheidend ist hierbei die Frage, inwieweit der Eigentümer die Modernisierungskosten auf den Mieter abwälzen kann. In Deutschland ist z.B. im Fall von indirekten Modernisierungsförderungen seit der Mietrechtsreform im Jahr 2001 eine Kostenübertragung von 100% auf den Mieter möglich, was häufig zur Verdrängung einkommensschwacher Haushalte führt. Dementsprechend sind direkte Förderungen in Verbindung mit Zweck-Mietpreis- und gegebenenfalls Belegungsbindungen im Hinblick auf eine sozialraumorientierte Stadterneuerung zu bevorzugen.

**Belegungsbindungen im sozialen Wohnungsbau** sind in Deutschland grundsätzlich befristet und müssen nach Auslaufen nachträglich über Nachförderungen durch Prämien, Modernisierungsförderungen oder Kombinationsförderung von Neubauten ohne Belegungsbindung bei gleichzeitiger Verlängerung der Belegungsbindung in Bestandsbauten für einkommensschwache Haushalte „erkauft“ werden. Diese Vorgehensweise ist jedoch kostengünstiger und verfügt über einen höheren Zielerreichungsgrad in den betroffenen Stadtgebieten als eine Förderung der Neubautätigkeit.

**Aktive Wohnungsvermittlung und Umzugsmanagement** wird als Steuerungsinstrument von den Kommunen in sehr unterschiedlichem Umfang eingesetzt. Während sich einige Kommunen auf eine reine Wohnungsbörse beschränken, so versuchen andere Kommunen über Umzugsprämien Ein-oder Zwei-Personen-Haushalte, welche in großen Wohnungen leben, zu einem Umzug in kleinere Wohnungen zu überzeugen, um dadurch Wohnraum für Familien und Mehrpersonenhaushalte zur Verfügung stellen zu können. Eine derartige Vorgehensweise hat sich zwar in der Praxis bewährt, ist jedoch mit einem hohen Aufwand verbunden und ist letztlich von der Entscheidung der Mieter abhängig.

**Die Wohnungsaufsicht** ist eine Verpflichtung der Kommunen zur Überprüfung der die Zweckverwendung von Wohnungen, um den Missbrauch von Leerständen, Unterlassung von Instandsetzungen und ungenehmigte Umwandlungen in Gewerbe- oder Lagerräume, zu überwachen. Dieses Steuerungsinstrument bedingt jedoch einen hohen Personalaufwand und bedarf uneingeschränkter kommunalpolitischer Rückendeckung.

Weitere Steuerungsmöglichkeiten liegen in der **präventiven Betreuung und Beratung von Wohnungsnotfällen**. Hierzu gehören u.a.

- die Entwicklung eines gesamtstädtischen Konzepts zur Beratung und vorübergehenden Aufnahme von wohnungsgefährdeten Mietern,
- die Stärkung der Kooperation zwischen beteiligten Verwaltungsstellen, freien Hilfsorganisationen sowie –soweit vorhanden – örtlichen Wohnungsunternehmen,
- Einrichtung von Sozialfonds zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit zur kurzfristigen Mietschuldenübernahmen sowie Ausfalls- und Instandsetzungsgarantien.

(vgl. Krummacher et al. 2003: 103-109)

#### 4.2.2 Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld



Abbildung 12: Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld als integrierendes Element

Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld besitzen einen hohen Stellenwert in einer sozialraumorientierten Stadterneuerungspraxis; insbesondere da die gemeinsame Nutzung der öffentlichen Räume der kleinste gemeinsame Nenner aller Quartiersbewohner darstellt. Die Finanzierung der Aufwertungsmaßnahmen wird vor allem durch den kommunalen Haushalt aber auch durch Fördermittel des Bundes und/oder der Länder gedeckt. In Deutschland besteht zusätzlich die Möglichkeit, Wohnungseigentümer in ausgewiesenen Sanierungsgebieten über so genannte Ausgleichsbeträge an den Kosten von Sanierungen im Wohnumfeld umzulegen. Neuere Konzepte wie z.B. BIDs (Business Improvement Districts) sehen ebenfalls vor, lokale Unternehmen an Kosten von (umsatzfördernden) Aufwertungsmaßnahmen im öffentlichen Raum zu beteiligen.

Da benachteiligte Stadtquartiere meist äußerst heterogene Bewohnerstrukturen aufweisen, sind ihre öffentlichen Räume sowie etwaige Aufwertungsmaßnahmen immer mit Nutzungskonflikten und konkurrierenden Bedürfnissen der verschiedenen Nutzergruppen verbunden. Dementsprechend sollten öffentliche Räume den meist fehlenden privaten Außenraum der Wohnungen in benachteiligten Stadtquartieren ergänzen und sowohl Begegnungsräume als auch Ausweichmöglichkeiten bieten.

Im Allgemeinen haben sich in der Stadterneuerungspraxis insbesondere kreative Mehrzielprojekte, also bauliche Interventionen in Verbindung mit Beteiligungsmaßnahmen oder sozialen Projekten bewährt wie z.B.:

- Beseitigung von sogenannten „Angsträumen“ für Kinder, Senioren und Frauen in Verbindung mit Kriminalprävention
- Verbesserung von Freizeitinfrastrukturen für Jugendliche und Minderheit inkl. Ausbau von zielgruppengerechten Freizeitangeboten
- Einrichtung von selbstverwalteten Gemeinschaftsräumen, mit gleichberechtigtem Zugang für mehrere Nutzergruppen im Quartier

Von den Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld sollten prinzipiell möglichst viele verschiedenen Gruppen im Quartier profitieren. (vgl. Krummacher et al. 2003: 103-109)

---

### 4.2.3 Mietrechtliche Steuerungsinstrumente

Gebäudesanierungen im Zuge von Stadterneuerungsmaßnahmen – auch staatlich geförderte - führen in Folge teilweise zu erheblichen Mietpreissteigerungen. Insbesondere einkommensschwache Bewohnergruppen können deshalb ihre Wohnungsmieten nicht mehr aufbringen und müssen in günstigere Quartiere zu. Um diesen Gentrifizierungstendenzen vorzubeugen, existieren in vielen Ländern u.a. folgende Regelungen im Bereich des Mieterschutzes (vgl. Stadt Freiburg 2006: 1):

- Kündigungsschutz insbesondere für ältere und schutzbedürftige Menschen
- Informations- und Beteiligungspflichten von Mietern bei anstehenden Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten
- Einschränkung von Mietpreiserhöhungen / vertraglich abgesicherte Staffelmieten

Bei ausgewiesenen Sanierungsgebieten und sozialem Wohnungsbau können zusätzlich Sonderregelungen gelten wie z.B.:

- Verbot von Luxussanierungen in ausgewiesenen Sanierungsgebieten
- Wahrung von Belegungsrechten / soziale Auswahlkriterien (in Deutschland z.B. über „Milieuschutzsatzungen“)
- Mietspiegelbindung (auch bei Neuvermietungen)
- Erweiterte Regelungen zur Mietermitbestimmung
- Besondere Regelungen bei der Umwandlung von kommunalen Sozialwohnungen in Privateigentum durch spezielle „Sozialchartas“

Bei größer angelegten Sanierungsvorhaben wird meist eine Beratungsstelle für die betroffenen Bewohner eingerichtet, die über Sanierung und Mietrecht informiert.

### 4.2.4 Staatliche Wohnkostenzuschüsse

Einkommensschwache Haushalte haben in vielen Staaten einen Rechtsanspruch auf Wohngeld oder Wohnbeihilfen. Diese werden Mietern in Form von Mietzuschüssen, selbstnutzenden Eigentümern in Form von Lastenzuschüssen meist auf ein Jahr auf Antrag bewilligt. Die Höhe des Zuschusses wird in der Regel anhand  $\square$  der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, der Höhe des Gesamteinkommens berechnet, sowie der Höhe der Miete bzw. der Belastung berechnet (www.bmvbs.de/wohngeld 2012)

Das subjektbezogene Wohngeld oder auch die staatlich gewährleisteten Unterkunftskosten im Zusammenhang mit der Sozialhilfe ermöglicht es einkommensschwachen Haushalten, sich *theoretisch* im gesamten Stadtgebiet niederzulassen. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass sich die vom Staat gewährten Maximalzuschüsse auf angespannten Wohnungsmärkten teilweise sogar als Untergrenze für Wohnungsmieten etablieren, unabhängig von ihrer Lage und ihrer Ausstattung. (vgl. Lill 2011)

### 4.3 Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze

Die Unterstützung der lokalen Unternehmen und Erhöhung der Beschäftigung ist ein bedeutender Bestandteil sozialraumorientierter Stadterneuerungsansätze.

Vor dem Hintergrund der zunehmend auseinandertriftenden Beschäftigungschancen und Einkommensverhältnisse in Verbindung mit der beruflichen Qualifikation der Beschäftigten, dem hohen Anteil von Dauerarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in benachteiligten Stadtteilen sowie deren geringe Kaufkraft und der entsprechenden Einzelhandelsstruktur bedarf es einer Strategie, welche gleichzeitig arbeitsmarkt-, beschäftigungs-, struktur- und sozialpolitische Zielsetzungen in sich vereinigt.

Die Handlungsfelder einer sozialraumbezogenen Strategie zur Stärkung der lokalen Ökonomie liegen dementsprechend insbesondere in einer „Lokalen Wirtschafts- und Unternehmensförderung“ und in „Lokalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsangeboten“, welche die „klassische“ Wirtschaftsförderung und personenbezogene Beschäftigungsangebote ergänzen. Die konkreten Maßnahmen werden im Idealfall in einer Kombination durchgeführt und beziehen sich auf die Förderung und Sicherung von endogenen Potenzialen von lokalen Unternehmen und Absatzmärkten, entsprechenden baulichen Anpassungen in öffentlichen Räumen sowie der Aktivierung von schwervermittelbaren Personengruppen und deren Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt.

Als Akteure im Hinblick auf eine lokale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gilt es zu berücksichtigen und zu koordinieren:

- staatliche Akteure (Bund / Länder/ EU)
- kommunale interne Akteure (Bezirksvertretung, Kommunalverwaltung, Arbeitsämter)
- kommunale externe Akteure (Privatwirtschaft, Tarifpartner)
- kommunale intermediäre Akteure (Quartiersmanagement, Dritter Sektor)
- Lokale Träger von Bildungs- und Qualifizierungsangeboten ( Schulen, VHS etc.)

Da die Zusammenhänge von Unternehmensansiedlungen, Beschäftigung, Wertschöpfung und wirtschaftlichen Kreisläufen sich in der Regel nicht auf einzelne Quartiere beschränken, sind die lokalen Steuerungsansätze in Strategien im gesamtstädtischen und regionalen Kontext einzubinden. Nach langjährigen Erfahrungen zu Förderungen im Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung haben sich in vielen Ländern auf nationaler, föderaler und kommunaler Ebene professionelle Fördersysteme herausgebildet. Auch die EU unterstützt diese Bemühungen durch die Initiative EQUAL.

Allerdings zeigt sich in der Praxis, dass sich allzu idealistische Ziele wie Vollbeschäftigung oder die Verhinderungen von Dauerarbeitslosigkeit zwar nicht zur Gänze erreichen lassen, der Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit jedoch gestoppt und stabilisiert werden kann. ( vgl. Cramer & Behrens 2001: 2-7; Krummacher et al. 2003: 114-131)

### 4.3.1 Lokale Wirtschafts- und Unternehmensförderung



Abbildung 13: Lokale Unternehmensförderung als Steuerungsansatz

Eine sozialraumbezogene Wirtschafts- und Unternehmensförderung verfolgt die Zielsetzungen, ortsansässige Firmen und Gewerbetreibende im Hinblick auf ihre Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, Unternehmensgründungen im Gebiet zu fördern wie auch eine wohnraumnahe Versorgung mit Waren und Dienstleistungen zu unterstützen.

Hierfür bedarf es in erster Linie einer fundierten Kenntnis der lokalen Unternehmen und kleinräumigen Standortfaktoren im Gebiet sowie der wirtschaftlichen Zusammenhänge in der gesamten Region. Dementsprechend sollten zudem prozessbegleitende Datenerhebungen, sowohl im Gebiet, als auch auf Ebene der Gesamtstadt und der Region durchgeführt und die Ergebnisse miteinander in Relation gesetzt werden.

Als Maßnahmen im Quartier empfehlen sich u.a.

- Beratungsangebote für Unternehmen und Existenzgründer
- betriebsorientierte Seminare
- Informationen zu Wirtschaftsförderungsprogrammen sowie Unterstützung bei der Beantragung und Begleitung der Maßnahmen
- Unterstützung beim Aufbau von Interessensvertretungen und Unternehmensnetzwerken im Gebiet zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch und Förderung von Synergien
- Unterstützung und Koordination von gemeinsamen gebietsbezogenen Aktivitäten wie z.B. Leistungsschauen, Unternehmenspräsentationen auf Stadtteilstesten, lokales Vereinssponsoring, gemeinsame Marketingaktivitäten z.B. in Bezug auf gemeinsame Werbeaktionen oder die Gestaltung von öffentlichen Räumen in einer Einkaufsstraße.

Erfahrungen aus der Praxis zeigen jedoch, dass für eine derartige sozialraumbezogene Wirtschaftsförderung - insbesondere in verdichteten benachteiligten Stadtquartieren mit einer sehr kleinteiligen Gewerbestruktur – ein zunehmendes Maß an aufsuchender und individuell zugeschnittener Beratung notwendig ist. (vgl. Cramer & Behrens 2001: 2-7; Kreisl & Mussel 2001: 8-10)

### 4.3.2 Lokale Beschäftigungsförderung und Qualifizierungsangebote



Abbildung 14: Lokale Beschäftigungsangebote und Qualifizierung als Steuerungsansatz

Lokale Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderungen verfolgen grundsätzlich folgende Zielsetzungen (vgl. Cramer & Behrens 2001: 3-6; Krummacher et al. 2003: 123- 132):

**Arbeitsmarktziele**, um den lokalen und regionalen Bedarf an Fachkräften möglichst qualitativ und quantitativ mit dem Angebot an Arbeitssuchenden abzustimmen. Es muss an dieser Stelle nochmals betont werden, dass eine ausschließliche Betrachtung der Quartiersebene in diesem Kontext nicht zielführend und ausreichend ist. Als klassische Maßnahmen sind in diesem Kontext zu nennen:

- Lohnkosten – und Einarbeitungszuschüsse an Arbeitgeber
- Leiharbeitsverhältnisse mit Sozialhilfeempfängern
- berufliche Qualifikationsmaßnahmen
- Lohnzuschüsse bei Saisonbeschäftigung
- Erhöhung der Zuverdienstgrenze bei beschäftigten Hilfsempfängern

**Sozialpolitische Ziele**, welche insbesondere schwervermittelbare Langzeitarbeitslose fokussieren, die besonders häufig von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Gelingt es nicht, diese in den „ersten“ formalen Arbeitsmarkt zu vermitteln, so gilt es, diesen Personenkreis über Fortbildungsangebote entsprechend zu qualifizieren oder in den sogenannten „zweiten“ öffentlich geförderten Arbeitsmarkt oder in die Gemeinwesenökonomie, im Hinblick auf eine eigenständige Existenzsicherung, zu integrieren.

**Quartiersbezogene und strukturpolitische Ziele** in Verbindung Mehrzielprojekten, welche die Potenziale ungenutzter Talente, Wissen und Fähigkeiten der Bewohner in den Quartieren im Hinblick auf eine zukünftige Beschäftigung und Verbesserungen der Lebensbedingungen in ihrem Sozialraum aktivieren sollen. Hier bieten sich vor allem Kombinationen der lokalen Beschäftigungsförderung. Gerade wenig mobile Personengruppen sind auf wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten angewiesen. Vor allem in Bezug

---

auf Personengruppen in besonderen Lebenslagen wie z.B. Schulabbrecher, Migranten mit Sprachproblemen , Alleinerziehende, Suchtkranke und Langzeitarbeitslose haben sich niedrigschwellige Beratungsangebote und zielgruppenorientierte Berufsvorbereitungskurse bewährt.

Bisherige Erfahrungsberichte in Bezug auf sozialraumbezogene Beschäftigungsstrategien betonen die Notwendigkeit einer Verknüpfung zwischen individuellen und unternehmensbezogenen Maßnahmen. Als mögliches Beispiel wird hier das Prinzip der „Jobrotation“ genannt, bei dem die Mitarbeiter während ihrer Weiterbildung durch geschulte Arbeitslose vertreten werden, welche somit eine Chance auf einen Berufseinstieg bekommen. Eine derartige Unterstützung bei Personalvermittlung auf lokaler Ebene hilft vor allem kleineren Unternehmen im Gebiet, die häufig weniger Kapazitäten für die Mitarbeiterrekrutierung aufwenden. Aber auch die Verknüpfung von beschäftigungspolitischen Maßnahmen mit sozialen oder baulich-gestalterischen Tätigkeiten im Quartier stärkt die Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohnumfeld.

Allerdings gestaltet sich die Koordination der Maßnahmen und der damit verbundenen Institutionen als nicht einfach, da der personenbezogene Rechtsanspruch von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern meist in zentralen Stellen auf gesamtstädtischer oder auf Landkreisebene ohne Bezug zu den Wohnquartieren der Betroffenen verwaltet wird. Als Maßnahmen werden diesbezüglich die Koordinierung der Arbeits- und Sozialverwaltung mit den gebietsbezogenen Institutionen wie auch die Einrichtung gemeinsamer Anlauf- und Beratungsstellen empfohlen.(vgl. Cramer & Behrens 2001: 4)

Kritische Stimmen warnen jedoch vor allzu idealistischen Hoffnungen im Hinblick auf quartiersbezogene Beschäftigungsmaßnahmen. So hat sich herausgestellt, dass Projekte in Quartieren meist nur zeitlich befristete Arbeitsplätze oder Qualifizierungsangebote schaffen, welche selten über eine Entlohnung über dem Existenzminimum hinausgehen. Auch sind die langfristigen Vermittlungsquoten der Beschäftigten des „zweiten“ in den „ersten“ Arbeitsmarkt eher als gering einzustufen. Da Arbeits- und Sozialämter zunehmend ihre Klienten offensiv am Arbeitsmarkt unterbringen müssen und hierzu auch zunehmend deren Lebensweise kontrollieren, wird zudem befürchtet, dass Betroffene durch eine dezentrale Betreuung und Überwachungen in den Quartieren massiv unter Druck gesetzt werden.(vgl. Krummacher et al. 2003: 131f)

## 4.4 Steuerungsansätze im sozialen Bereich

Wie bereits zu Beginn dieser Arbeit beschrieben, verfügt der Begriff „Sozialraumorientierung“ im Zusammenhang mit sozialer Arbeit über mehrere Konnotationen: Zum einen steht er, im Sinne der Gemeinwesenarbeit, für einen lebensweltorientierteren Steuerungsansatz, der mittels einer dezentralen „Hilfe zu Selbsthilfe“ die traditionelle Einzelfallorientierung in der Sozial- und Jugendhilfe überwinden möchte. Entsprechend den lokalen Voraussetzungen sowie mit interdisziplinären Kooperationen und unter Beteiligung der Betroffenen sollen hierfür passgenaue Maßnahmenbündel konzipiert und umgesetzt werden. (vgl. Abbildung 15)

Im Kontext der Verwaltungsmodernisierung wird der Begriff „Sozialraumorientierung“ vielfach auch mit Effizienzsteigerungen und sozialraumbezogener Budgetierung in der sozialen Arbeit gleichgesetzt. Die Effizienzsteigerung durch eine sozialraumorientierte, Sozialarbeit soll, insbesondere durch frühzeitige Präventivmaßnahmen im Sozialraum, die Aktiveringung von Unterstützungsleistungen von sozialen Netzwerken vor Ort sowie durch die Bündelung von Ressourcen erreicht werden. Insbesondere die Sozialraumbudgetierung führt, laut Kritikern, jedoch vielfach zu einer Aufweichung der sozialen Unterstützungsleitungen und überfordert die Gemeinwesenarbeit durch einen hohen Kommunikations- und Abstimmungsbedarf zusätzlich.

Um diese Zielsetzungen einer sozialraumorientierten sozialen Arbeit wirkungsvoll umzusetzen, bedarf es nicht nur einer Abgrenzung der Verwaltungsräume in Abstimmung mit den Lebenswelten und dazugehörigen Infrastrukturen der Betroffenen; sondern auch niedrigschwelligen Angeboten, sowie einer interdisziplinären Koordination der verschiedenen Maßnahmen im Quartier. Dementsprechend gilt es, zwischen klienten- und professionsbezogenen Konzepten und Methoden zu unterscheiden. Auch bei der Evaluierung der Maßnahmen muss zwischen Wirkungen auf individuelle Lebenslagen, auf das gesamte Quartier und Wirkungen auf das politisch-administrative System differenziert werden. (vgl. Krummacher et al. 2003: 155-181)

Prinzipiell lässt sich die soziale Arbeit in folgende Tätigkeitsbereiche unterteilen (ebd 2003: 165) :

- *Fallspezifische Arbeit* wie z.B. individuelle Beratung und Unterstützungsleistungen
- *Fallübergreifende Arbeit* wie z.B. Zielgruppenbezogene Präventivmaßnahmen
- *Fallunspezifische Arbeit* wie z.B. Maßnahmen zur Akteursvernetzung im Quartier

In Bezug auf den Bereich der sozialen Arbeit im Rahmen einer sozialraumorientierte Stadterneuerungspraxis stellt sich dabei insbesondere die Herausforderung, fallspezifische Einzelfallhilfen, welche häufig mit staatlichen Regelleistungen und einem subjektiven Rechtsanspruch, mit meist ortsbezogener fallübergreifender oder fallunspezifischer



Arbeit zu verbinden. Dementsprechend gilt es auch für die Regelleistungen einen Sozialraumbezug herzustellen, die Vernetzung der sozialen Dienste zu stärken sowie verschiedenen Handlungsfelder, möglichst in Verbindung mit querschnittsbezogenen Themen wie Wohnen, Freizeit, Kultur oder Gesundheit und niedrigschwelligen Angeboten, miteinander zu koppeln. Zudem empfiehlt es sich, jeweils die Verantwortung von Fachgebieten und Finanzen, die Zuständigkeit von Planungs- und Ausführungsverantwortung sowie die Entwicklung und Sicherung von Qualitätsstandards, in einer Stelle zu bündeln. (vgl. ebd.2003: 167, 193)

Zur Erläuterung der Potenziale wie auch der Anknüpfungsmöglichkeiten dieser verschiedenen Tätigkeitsfelder im Hinblick auf eine sozialraumorientierte Stadterneuerungspraxis, sollen nachfolgend die Themenbereiche „Soziale Beratung und individuelle Unterstützungsleistungen“; „Integration und Zusammenleben im Stadtteil“; „Bildung und Betreuung“ sowie Freizeit, Kultur, Sport und Gesundheit“ dargestellt werden. (vgl. Krummacher et al. 2003: 155-199)

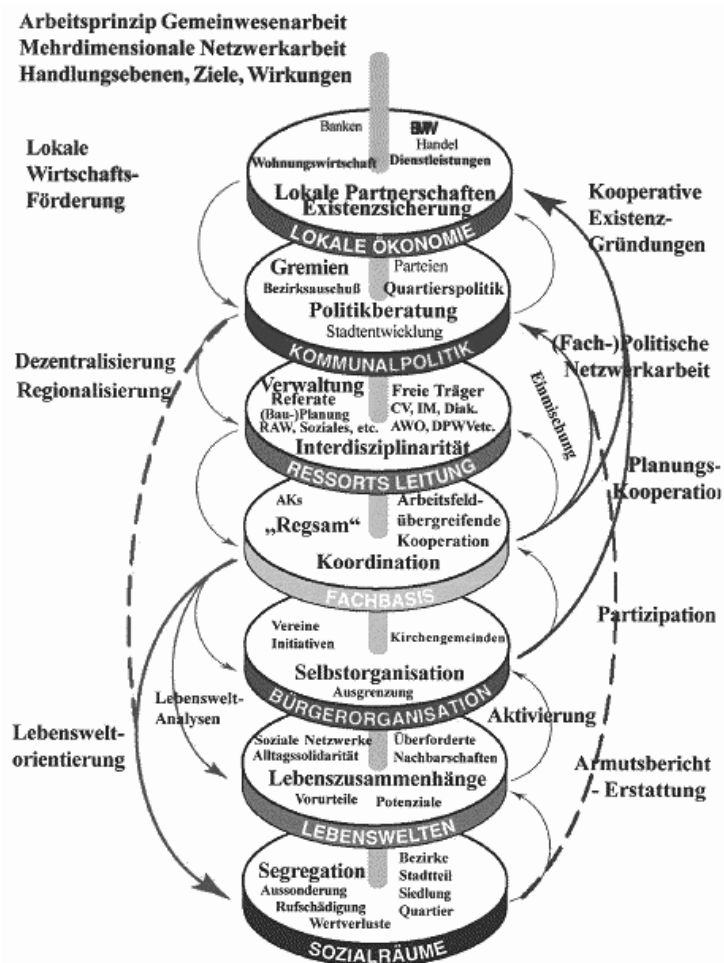


Abbildung 15: Das Arbeitsprinzip der Gemeinwesenarbeit

#### 4.4.1 Soziale Beratung und individuelle Unterstützungsleistungen



Abbildung 16: Soziale Beratung und individuelle Unterstützungsleistungen als sozialraumrelevante Stellgrößen

Kommunen erbringen, nicht nur im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung sondern auch im Auftrag des Bundes und der Länder, Bereich der sozialen Arbeit sowohl Pflichtleistungen als auch freiwillige Leistungen. Neben sozialen Dienstleistungen, wie Kranken- und Altenpflege, sowie Geld- und Sachleistungen in der Sozialhilfe umfassen diese Leistungen auch sogenannte „Dienstleistungen im sozialrechtlichen Sinn“, in Form von erzieherischen Hilfen, individueller Beratungen und Vermittlung innerhalb der Behörden.

Die Leistungserbringung dieser sozialen Dienstleistungen wird jedoch vielfach nicht von der Kommune selbst, sondern von öffentlichen, freien oder auch privatwirtschaftlichen Trägern übernommen, was unter Umständen zu einem erhöhten Abstimmungsbedarf bzw. auch Informationsverlust zwischen den einzelnen Akteuren führen kann. Möglichkeiten zur Verbesserung der Zusammenarbeit bieten sich z.B. in Form von regelmäßigen Treffen zum Erfahrungsaustausch, gemeinsam genutzten Räumlichkeiten bis hin zur Koordinierung der verschiedenen Träger über eine sozialraumbezogene Dachorganisation.

Auch im Bereich der staatlichen Pflichtleistungen, wie z.B. der Sozial- und Arbeitslosenhilfe, ist eine sozialraumbezogene Vorgehensweise eher unüblich. Die Antragsteller werden ihren Beratern noch vielerorts nach dem Buchstabensystem zugeteilt und Rechtsansprüche hierarchisch und regelgebunden nach dem Dienstwegprinzip geprüft. Um die Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosen wieder ins Arbeitsleben einzugliedern bedarf es der Kooperation aller beteiligten Ämter und Institutionen, insbesondere zwischen Sozialhilfeverwaltung und dem Arbeitsamt. Kooperationsmöglichkeiten bestehen u.a. in Form von sogenannten „Case“- oder Fallmanagern, welche Betroffene durch bei ihren Behördengängen begleiten und beraten; dem Austausch von persönlichen Daten der Betroffenen nach der Zustimmung und der Aufgabe des Buchstabensystems hin zu einer sozialraumorientierten Bearbeitung der Fälle oder auch der Einrichtung gemeinsamer Service- und Beratungsstellen.(vgl. Krummacher et al. 2003: 161-171, 188-191)

---

#### 4.4.2 Integration und Zusammenleben im Stadtteil



Abbildung 17: Stadtfeste als integrierendes Element

Integration stellt eine andauernde, ressortübergreifende Querschnittsaufgabe in der Stadterneuerungspraxis dar. Sie bezieht sich dabei allerdings nicht nur auf Migranten, sondern forciert die soziale Teilhabe aller Quartiersbewohner, insbesondere Kinder und Jugendliche, Arbeitslose, Senioren und soziale Randgruppen. Gerade in Zeiten in denen der Arbeitsmarkt seine Integrationskraft zunehmend verliert, gewinnt das Wohnumfeld im Quartier im Alltag der Bewohner als integrierender Faktor an Bedeutung.

Allerdings führen die teilweise sehr dichten Bebauungsstrukturen in Verbindung mit den sehr heterogenen Bewohnergruppen unterschiedlicher Herkunft und Milieuzugehörigkeit in benachteiligten Stadtteilen häufig zu gegenseitigem Misstrauen und Ablehnung, bis hin zu offen ausgetragenen Konflikten. (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008a: 40-42; Reimann & Schuleri-Hartje 2005: 7)

Die Strategien im Hinblick auf ein integratives Zusammenleben im Quartier setzen daher auf verschiedenen Ebenen an:

Auf Ebene der *Gestaltung der Wohnhäuser und des Wohnumfelds* als Orte der Nachbarschaft und des gemeinsamen Alltags. Hier gilt es im Hinblick auf die vielfältigen Bedürfnisse der verschiedenen Nutzergruppen, insbesondere Konflikte zwischen Generationen zu vermeiden. Dementsprechend sollten, neben Räumen für Kommunikation und Begegnung, auch Rückzugsräume und Ausweichmöglichkeiten geschaffen sowie die Barrierefreiheit gewährleistet werden. Auch der Einsatz von Konfliktmanagern im in größeren Wohnkomplexen und im öffentlichen Raum hat sich bewährt. Die Beteiligung der Bewohner an der Planung und Gestaltung ihrer Wohnumwelt stärkt nicht nur deren Verantwortungsgefühl und Identität mit ihrem Quartier. Sie bietet den Bewohnern gleichzeitig die Möglichkeit, sich besser kennenzulernen und Vorurteile abzubauen.

*Bildungsoffensiven* im Quartier dienen bei Erwachsenen vor allem zur Förderung des Spracherwerbs und der Qualifizierung zur Integration in den Arbeitsmarkt. Präventive Maßnahmen finden vor allem im (vor-)schulischen Bereich in Form von Sprachunter-

richt, Hausaufgabenhilfe etc. statt, um die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus dem Quartier zu verbessern. In diesem Zusammenhang gilt es auch, den Stellenwert von Bildungsinfrastrukturen, wie Schulen und Kindergärten, zu betonen, welche auch einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung der Eltern im Quartier leisten.

Durch die *Unterstützung ethnischer Ökonomien und kreativer Milieus* können die Einkaufsstraßen in den benachteiligten Stadtgebieten belebt und stabilisiert werden. Als mögliche Interventionen haben sich Leerstandsmanagement und Zwischennutzungskonzepte in leerstehenden Geschäftslokalen sowie gemeinsame Veranstaltungen der Einzelhändler und Maßnahmen im öffentlichen Raum bewährt. Gleichzeitig können durch die Unterstützung lokaler Unternehmen Arbeitsplätze im Quartier gehalten werden.

Zur *Verbesserung von Teilhabe und Mitwirkung von Bewohnern* in benachteiligten Stadtteilen bedarf es vor allem niedrigschwelliger und aufsuchender Angebote wie z.B. Quartiersfeste, Bürgerversammlungen, Mediation und Streitschlichtung etc.; offener Anlaufstellen und Versammlungsorte sowie Unterstützung bei der Selbstorganisation und dem Aufbau von quartiersinternen Strukturen. Bewährt hat sich in diesem Zusammenhang vor allem die Einrichtung von Quartiersmanagements, welche durch ihre Vor-Ort-Büros einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung innerhalb des Quartiers leisten. Mitarbeiter mit Migrationshintergrund können zusätzlich Bewohner aus ihren ethnischen Communities aktivieren.

Das Handlungsfeld „Integration und Zusammenleben im Stadtteil“ zeichnet sich durch einen hohen Alltagsbezug aus. Es ist als übergreifende Zielsetzung aller beschriebenen Handlungsfelder und übergeordnete Querschnittsaufgabe aller beteiligten Behörden und Institutionen zu verstehen.



Abbildung 18: Sport als integrierendes Element im Stadtteil

---

### 4.4.3 Bildung und Betreuung



**Abbildung 19: Bildungseinrichtungen als integrierende Systeme**

Bereits im vorangegangenen Kapitel wurde der hohe Stellenwert von Bildungseinrichtungen in benachteiligten Stadtteilen beschrieben. Bildungseinrichtungen – und hierzu können im Hinblick auf eine frühkindliche Förderung auch Kindergärten und Kindertagesstätten gezählt werden – übernehmen mehrere Funktionen im Quartier:

Für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Armutsmilieus bieten Bildungseinrichtungen die Chance des sozialen Aufstiegs sowie einen pädagogisch betreuten Erfahrungsraum. Da die Eltern ihre Kinder vielfach nicht beim Lernen unterstützen können, bedarf es unbedingt eines individuellen kontinuierlichen Fördersystems, das über die normalen Standards hinausgeht.

Darüber hinaus sollten gerade Schulen in benachteiligten Stadtteilen betreute Freizeitangebote im Sport, Werken oder im kulturellen Bereich bieten, um den Erfahrungshorizont der Kinder zu erweitern und Talente zu fördern. In diesem Zusammenhang gilt es, besonders lokale Strukturen wie Vereine, Kultureinrichtungen aber auch das Quartiersmanagement und die Jugendhilfe mit den Schulen (bzw. den Lehrern als Multiplikatoren) im Rahmen eines lokalen Bildungsmanagements zu vernetzen.

Auch beim Übergang von der Schule zum Beruf bieten Berufsvorbereitungskurse und Patenprogramme an Schulen die Chance, die Zwänge von prekären Lebenslagen zu durchbrechen.

Schulen stellen gleichzeitig eine wichtige räumliche Ressource wie auch ein integrierendes Element für den gesamten Stadtteil dar. So können z.B. die Klassenräume in den Abendstunden von Volkshochschulen genutzt werden. Aber auch von kulturellen Veranstaltungen, wie z.B. Aufführungen, Flohmärkten und Schulfesten, oder baulichen Infrastrukturen, wie z.B. Turnhallen oder Sportplätzen, kann das gesamte Quartier profitieren. Auch die Eltern der Kinder sollten bei der Organisation von Veranstaltungen im Rahmen integrieren Elternarbeit, zur Unterstützung von informellen Netzwerken im Quartier, miteinbezogen werden. Dieses Prinzip gilt insbesondere auch bei Kinderbetreuungseinrichtungen, in denen, aus dem Ausland zugezogene Mütter, teilweise erstmals mit der deutschen Sprache in Kontakt kommen.

Um diese Herausforderungen überhaupt auch nur in Ansätzen angehen können, brauchen die Schulen für ihre zusätzlichen Angebote, nicht nur zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen. Es bedarf darüber hinaus insbesondere das ehrenamtliche Engagement von Lehrern, Schülern, Verwaltung und Quartiersmanagement sowie uneingeschränkter politischer Rückendeckung. (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008a: 40-42; Meyer & Schuleri-Hartje 2003: 2-6)

#### 4.4.4 Freizeit, Kultur, Sport und Gesundheit



Abbildung 20: Kulturangebote als integrierende Elemente im Stadtteil

Das Handlungsfeld „Freizeit, Kultur, Sport und Gesundheit“ verknüpft individuelle, teilweise statusunabhängige Bedürfnisse und Interessen mit den kollektiven Zielsetzungen, die Lebensumstände und Aufstiegschancen in benachteiligten Stadtteilen zu verbessern. Insbesondere Kultur- und Sportangebote spielen im Hinblick auf die persönliche Entwicklung des Einzelnen sowie auf dessen Erfahrungen und Sozialisation im Quartier eine große Rolle. Sie eignen sich durch ihren Querschnittscharakter zudem sehr gut, um niedrigschwellig erste Netzwerke im Quartier aufzubauen, welche im Anschluss in Bezug auf weitere Interventionen und Beteiligungsmaßnahmen im Quartier genutzt werden können.

Auch die lokalen Vereinsstrukturen leisten in der Regel einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Quartiere und Vernetzung der Akteure.

Bei der Durchführung des Bund-Länder- Programm „Soziale Stadt“ wird eine Vielzahl Projekten in den Bereichen Kultur, Sport und Gesundheitsförderung durchgeführt und die Erfahrungen bei der Umsetzung dokumentiert.

##### **Kulturangebote**

Im Kulturbereich zeigt sich, dass benachteiligte Stadtteile im Vergleich meist über weniger Räumlichkeiten wie auch Angebote und Organisationsstrukturen verfügen. Aber auch wo Strukturen vorhanden sind, bleibt es trotzdem schwierig, gerade Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus zu erreichen. Erfahrungsgemäß konnten vor allem männliche Jugendliche durch praktische und handwerkliche Tätigkeiten in betreuten Bastel- und Reparaturwerkstätten angesprochen werden. Angebote, die durchaus auch im Hinblick auf die Berufsvorbereitung und Stellenvermittlung genutzt werden können. Gerade bei muslimischen Mädchen stellt sich jedoch teilweise die Herausforderung, dass diese mit ab dem Eintritt der Pubertät, nicht mehr an Freizeitangeboten mit Jungen teilnehmen (dürfen). In vielen Jugendzentren haben sich daher exklusive Freizeitangebote für Mädchen bewährt. Auch für Frauen wurden vielerorts niedrigschwellige Vernetzungs- und Qualifizierungsangebote in Form von Näh- und Deutschkursen

---

bewährt. Generell gilt es dabei, der kulturellen Angebote und Begegnungsstätten sowie den interkulturellen Austausch zu fördern und möglichst viele Personen unterschiedlicher Ethnien in die Organisation der Aktionen zu integrieren. (vgl. Meyer & Schuleri-Hartje 2002: 2-6)

### ***Sportangebote***

Sportangebote vereinen Aspekte der Gesundheitsförderung mit einer individuellen Freizeitgestaltung. Sie dienen sowohl der sozialen Integration, des interkulturellen Austauschs wie auch der Sucht- und Gewaltprävention. Besonders bei Kindern und Jugendlichen können die Teilnahme an Sportangeboten und die damit verbundenen Erfahrungen bedeutende Impulse und Netzwerke für das weitere Leben setzen.

Ähnlich wie bei den Kulturangeboten gibt es auch im Sport vielerorts Bedarf an frauenspezifischen Angeboten aus kulturellen Gründen, wie z.B. eigene Badezeiten im öffentlichen Schwimmbad.

Über die Einrichtung von öffentlichen Spiel- und Sportflächen können nicht nur attraktive Aufenthaltsräume im Wohnumfeld, sondern auch niedrigschwellige Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung ohne Kostenzwang geschaffen werden. (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008b: 1; Wonik 2008: 2-8)

### ***Gesundheitsförderung***

Studien zufolge besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen Armut und gesundheitlichen Problemen, sei es aufgrund fehlenden Wissens über Gesundheitsvorsorge, mangelhafter Ernährung oder fehlender Bewegung und psychosozialem Stress.

Obwohl eine quartiersbezogene Gesundheitsförderung in der Stadterneuerungspraxis noch wenig verbreitet ist, bestehen auch hier große Potenziale um die Lebenssituation von Bewohnern in benachteiligten Stadtteilen zu verbessern.

Mögliche Maßnahmen liegen dabei in lokalen, niedrigschwelligen und möglichst mehrsprachigen Anlaufstellen, Vorträgen und Beratungsangeboten, zielgruppengerechten Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit sowie im Bereich der Sportförderung.

Auf institutioneller Ebene bedarf es der Schaffung eines sozialraumbezogenen Netzwerks zur Gesundheitsförderung. Als potenzielle Netzwerkpartner kommen u.a. Ärzte, Sozial- und Seniorenbetreuungseinrichtungen, das Jugendamt, das Quartiersmanagement, Krankenkassen, Physiotherapeuten, Logopäden, Selbsthilfegruppen sowie Schulen, Kindergärten und Sportvereine.

Zudem bedarf es der Bereitstellung der notwendigen baulichen Infrastruktur, z.B. in Form von Ärztehäusern und Gesundheitszentren. (vgl. Böhme 2007: 2-9)

## 4.5 Strategische Steuerungsansätze und Prinzipien der Prozessgestaltung

Der Erfolg von sozialraumorientierten Erneuerungsstrategien mit dem Ziel, großstädtische Benachteiligungsphänomene zu verringern, hängt vielfach nicht nur davon ab, WAS und WELCHE Maßnahmen aus den zuvor beschriebenen Handlungsfeldern in den Quartieren durchgeführt werden, sondern vor allem WIE.

Besonders die institutionelle Verankerung von Zielsetzungen und Maßnahmen in strategischen Dokumenten und eine gesicherte Finanzierung über politische Wahlperioden hinaus bilden hierfür eine wichtige Voraussetzung. Des Weiteren bedarf es kleinräumiger Analyseinstrumente zum Verständnis der Ursachen von Problemlagen in den betroffenen Stadtteilen sowie organisatorischer und räumlicher Plattformen zum Informationsaustausch und zur Vernetzung von beteiligten Akteuren.

Auch die Gestaltung der Prozessabläufe (vgl. Abbildung 21), die Öffentlichkeitsarbeit der zuständigen Institutionen sowie mögliche Beteiligungsformen zur Information und Einbindung der betroffenen Bürger in den Quartieren stellen bedeutende Steuerungsfaktoren im Sinne von sozialraumorientierten Interventionen dar.

Zur nachfolgenden Darstellung dieser Steuerungsinstrumente werden insbesondere Publikationen und Studien zum deutschen Bund-Länder-Förderprogramm „Soziale Stadt“ herangezogen, da dieses in den vergangenen Jahren in der deutschsprachigen Literatur umfassend evaluiert und wissenschaftlich untersucht wird.

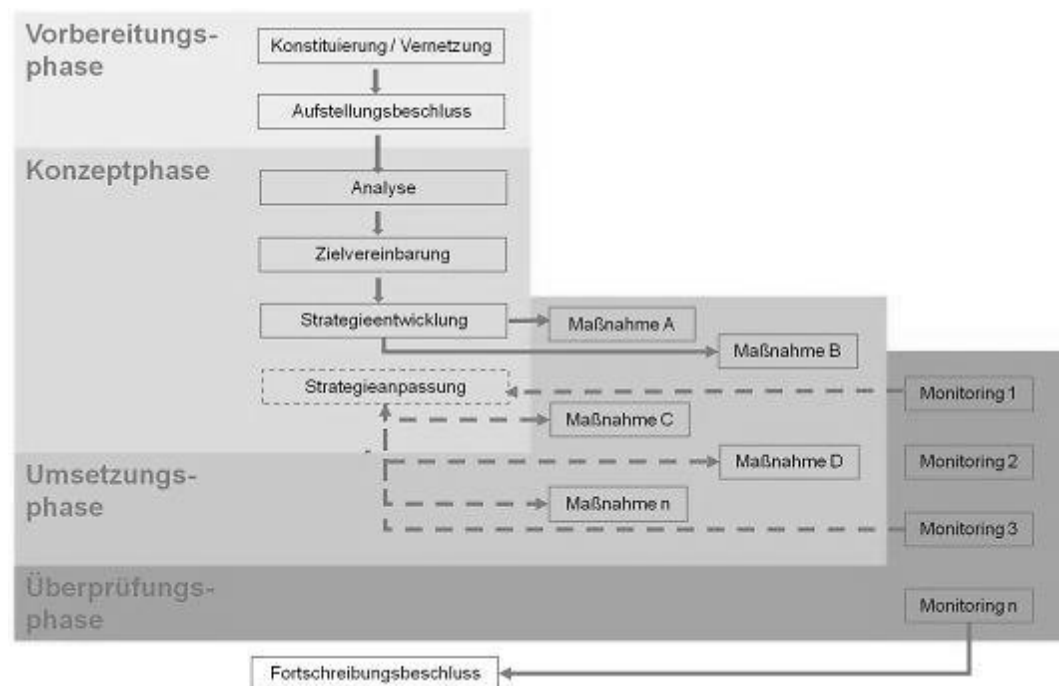


Abbildung 21: Prozess-Phasen-Modell als strategischer Bestandteil der Prozessgestaltung



---

#### 4.5.1 Strategische Dokumente: Integrierte Handlungskonzepte

Die politische Verankerung von Zielen und ressortübergreifenden Maßnahmen in strategischen Dokumenten spielt als Steuerungs- und Koordinierungsinstrument bei der Umsetzung des deutschen Programms „Soziale Stadt“, wie auch im Hinblick auf sozialraumorientierte Stadterneuerungsstrategien, eine wichtige Rolle.

Beim Programm „Soziale Stadt“ stellt die Erarbeitung von sogenannten „Integrierten Handlungskonzepten“ sogar eine unbedingte Voraussetzung für die Bewilligung von Fördergeldern dar. Die Konzepte sind von den Gemeinden, unter Einbindung aller lokalen Akteure und Institutionen, zu erstellen. Das Adjektiv „integriert“ bedeutet in diesem Zusammenhang jedoch nicht, dass mindestens 2 oder 3 Handlungsfelder im Zuge einer Maßnahme gebündelt bearbeitet werden müssen, sondern ein Handlungskonzept kann dann als integriert bezeichnet werden, „wenn alle zur Lösung der Probleme notwendigen Handlungsfelder einbezogen werden - und zwar noch unabhängig davon, inwieweit Fördermittel unter anderem aus dem Programm „Soziale Stadt“ zur Verfügung stehen“. (Becker, Böhme, & Meyer 2001)

Integrierte Handlungskonzepte enthalten u.a.(vgl. Becker, Böhme, & Meyer 2001):

- eine Begründung zur Auswahl und Abgrenzung des Interventionsgebiets
- eine Struktur-, Problem- und Potenzialanalyse zu funktionalen, städtebaulichen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten
- eine Darstellung bereits laufender Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen im Quartier
- eine Beschreibung der gebietsbezogenen Leitziele und Definition spezifischer Entwicklungsziele für die einzelnen Handlungsfelder sowie deren Einordnung in die gesamtstädtische Entwicklungspolitik
- eine Darstellung aller geplanter Strategien, Maßnahmen und Projekte mit ihren Zielen, erwarteten Ergebnissen, Auswirkungen auf und Verknüpfung mit anderen Handlungsfeldern, Zielgruppen, beteiligten Akteuren, Zeithorizont sowie Finanzierungsbedarf
- die geplanten Maßnahmen zur Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung und der Stadtteilakteure
- die Darstellung eines Konzepts zur begleitenden Prozessevaluierung und zur Erfolgskontrolle der Maßnahmen inkl. geeigneter Indikatoren
- eine Kosten- und Finanzübersicht für alle geplanten Maßnahmen und Projekte, die geschätzten Gesamtkosten sowie die anteilige Herkunft der Mittel

Ein integriertes Handlungskonzept ist gemäß Leitfaden der ARGEBAU-Ministerkonferenz zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative "Soziale Stadt" in regelmäßigen Abständen fortzuschreiben und zu aktualisieren.

Bisherige Erfahrungen zeigen, dass insbesondere der Erarbeitungs- und Fortschreibungsprozess der integrierten Handlungskonzepte eine bedeutende Plattform zur Kommunikation zwischen der Quartiersöffentlichkeit und den lokalen Institutionen, aber

auch zwischen den einzelnen Verwaltungsabteilungen bietet. Dadurch können nicht nur wichtige „Insider-Informationen“ und Problemlagen aus dem Quartier an die Planer weitergetragen, sondern auch die Basis für eine grundlegende Vertrauensbasis zwischen den Akteuren geschaffen werden. Werden die lokalen Akteure zudem an der Umsetzung der von ihnen entwickelten Maßnahmen beteiligt, so kann dies die Aufbruchsstimmung und die Identifizierung der Bewohner mit ihrem Quartier verstärken.

Integrierte Handlungskonzepte können darüber hinaus ein Impuls für Verwaltungsmodernisierungen darstellen und Umbauprozesse unterstützen. (vgl. Becker, Böhme, & Meyer 2001; Breitfuss et al. 2004: 63)

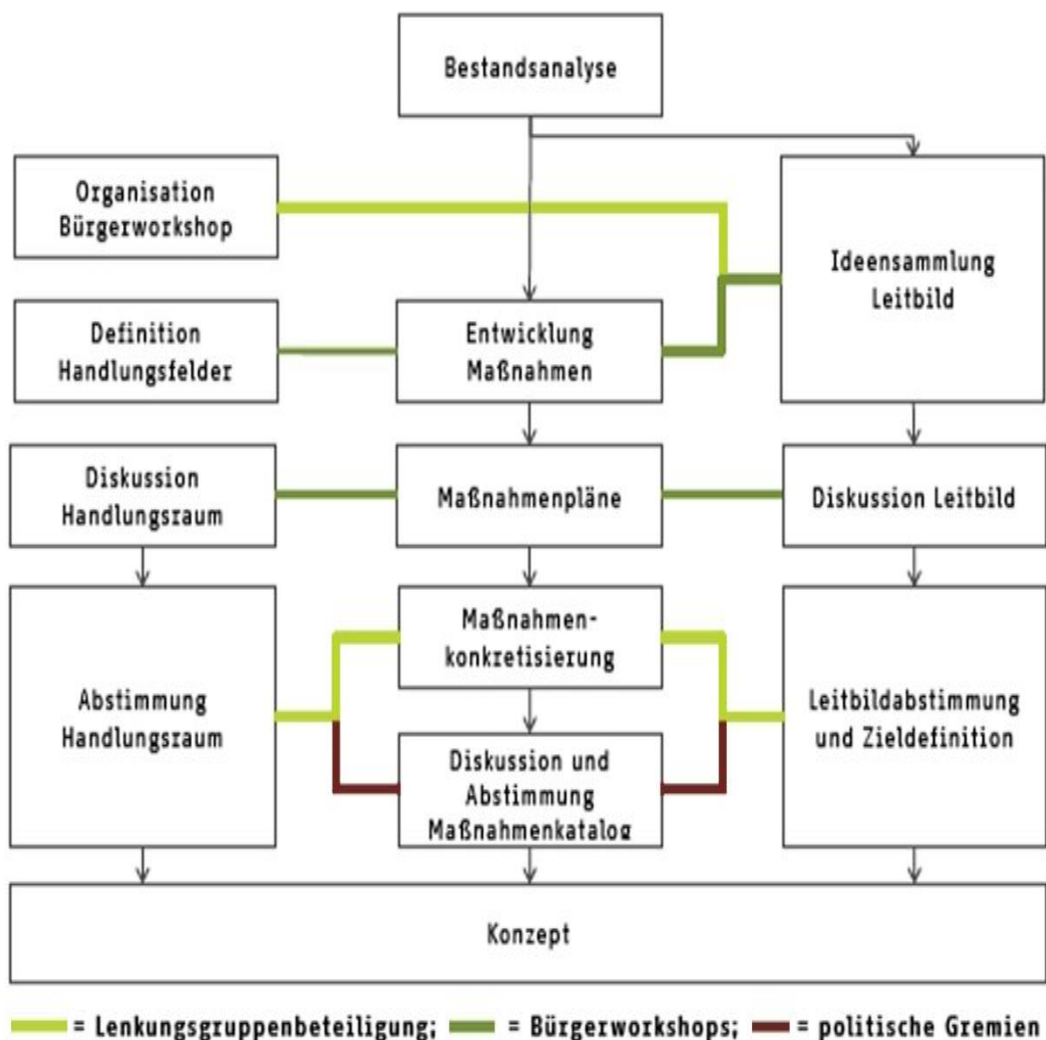


Abbildung 22: Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzepts der Gemeinde Weeze

---

#### 4.5.2 Analyseinstrumente und sozialräumliche Beobachtungsmethoden

Für die Umsetzung einer sozialraumorientierten Stadterneuerungspraxis bedarf es zunächst einer methodischen Abgrenzung von Sozialräumen sowie anschließend einer analytischen Untersuchung, „um die sozialen Lebensbedingungen zu erfassen und zu beeinflussen sowie um die im Sozialraum enthaltenen Ressourcen und Hilfefpotenziale im Einzelfall einsetzen zu können. Dabei geht es gleichermaßen um die Analyse beider Dimensionen von Sozialraum: Sozialraum als bebauter, bewohnter und administrativ strukturierter Raum und Sozialraum als von unterschiedlichen Bewohnern erlebter Raum“ (Merchel in Riege & Schubert 2005: 33).

Daher bilden empirische Erhebungen stets die Grundlage einer sozialraumorientierten Planung. Sie dienen dazu

- die Sozialräume zu identifizieren und alltagsnah abzugrenzen
- die differenzierten inneren Strukturen in Quartieren transparent zu machen
- das Handeln und Verhalten der Bewohner in ihren Sozialräumen zu dokumentieren
- die subjektiven Wahrnehmungen der Bevölkerung auf ihre Sozialräume offen zu legen die Probleme, aber auch die Potenziale, in den Sozialräumen zu erkennen und zu fördern

Derart komplexe Fragestellungen lassen sich jedoch kaum mit einfachen Statistiken beantworten sondern bedürfen einer integrierten „Sozialraumanalyse“ mit verschiedenen methodischen Zugängen aus den Disziplinen der Sozialwissenschaft, der Raumplanung und den Erziehungswissenschaften. (vgl. Riege & Schubert 2005: 33)

Eine Sozialraumanalyse versucht durch ihren interdisziplinären und integrierten Ansatz der Vielschichtigkeit von Sozialräumen gerecht zu werden und berücksichtigt dabei die baulich-physische Struktur und Teilraumabgrenzungen im Siedlungsgefüge der Gesamtstadt, die soziale Bevölkerungszusammensetzung und deren Lebenswelten und Verhaltensmuster, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sowie die symbolische Aneignung und Markierung der städtischen Teilgebiete (vgl. Abbildung 23 ).

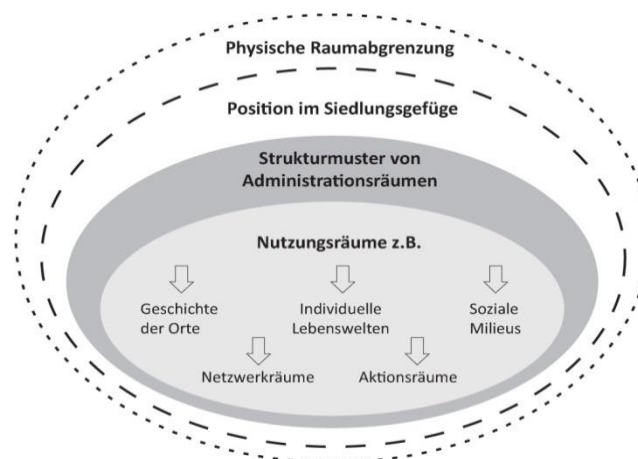


Abbildung 23: Methodische Tiefenschärfe einer Sozialraumanalyse

Für eine derartige Sozialraumanalyse schlagen Marlo Riege und Herbert Schubert einen methodischen Ansatz vor, welcher in einem ersten Schritt die strukturellen Unterschiede der einzelnen Stadtteile innerhalb der Gesamtstadt mittels quantitativer Indikatoren wie z.B. Merkmale zur sozialen Struktur, Bildung, materiellen Lage/Bedürftigkeit, Wohnsituation und Beschäftigung nach dem humanökologischen Modell analysiert.

In einem zweiten Schritt erfolgt eine tiefenscharfe Untersuchung der inneren Strukturen eines ausgewählten Stadtgebietes mittels quantitativer und qualitativer Erhebungsmethoden nach struktur- und verhaltensanalytischen Ansätzen in folgenden Teilschritten und Methoden (vgl. ebd.2005: 43-57):

**Schritt 1:** Die *physische Abgrenzung des Raumes* sowie dessen Differenzierung nach sozialen und physischen Merkmalen. Methodisch empfehlen sich hier eine visuelle Analyse des „Image“ des Stadtbildes anhand der Elemente und Formeigenschaften nach Kevin Lynch als auch qualitative Befragungen von Bewohnern z.B. im Zuge von Straßeninterviews, Stadtteilversammlungen, Workshops und Begehungen.

**Schritt 2:** Die *strukturelle Profilierung des Raumes* untersucht, inwieweit die Beschaffenheit des physischen Raumes mit spezifischen Merkmalen, wie z.B. Bedarfsträger (Zielgruppen), sozioökonomische Lagen (Benachteiligungen, Polarisierungen), lebenslagenspezifische Differenzierungen (z.B. Pluralisierung der Haushaltsformen), soziokulturelle Milieus (Traditionen, Stile), Interventionen (Aktivitäten, Sozial- und Jugendhilfe), Infrastruktur und Dienstleistungen (Einrichtungen, Angebote), Organisations- und Personalstrukturen (Standards der Leistungserbringung), Nutzersicht (Inanspruchnahme, Akzeptanz und Nachfrage), Leistungsbilanzen (Versorgung, Leistungen proportional zur Adressaten, Personal und Ressourcen) korreliert. Des Weiteren wird betrachtet, inwieweit diese Gebiete mit benachteiligenden Merkmalsausprägungen mit den administrativen Verwaltungseinheiten übereinstimmen.

Im Hinblick auf die Methoden zur Erhebung dieser Informationen werden Recherchen der amtlichen Statistiken (Totalerhebungen/ Volkszählung, Stichprobenerhebungen, Geschäftsstatistiken/ Datenerfassung und lokale Statistiken), Daten der Verwaltungsämter (Einwohnermeldeamt, Sozialämter, Gesundheitsämter, Schulverwaltung, Bau- und Wohnungswesen) sowie Bevölkerungsumfragen und Experteninterviews vorgeschlagen.

**Schritt 3:** Die *Bestandsbeschreibung* zur Ermittlung vorhandener Probleme, Ressourcen und Potenziale lässt sich, im Gegensatz zu den vorangegangenen Untersuchungsschritten, nicht mit herkömmlichen Datenanalysen erfassen, sondern bedarf laut Riege und Schubert eines Zwischenschritts zur Darstellung des „infrastrukturellen Bestands des Sozialraums“. Dieser infrastrukturelle Bestand setzt sich

---

zum einen aus den lokalen kulturellen Institutionen und Infrastrukturen, zum anderen aus den informellen Beziehungsnetzen, Vereinen und Assoziationen im Sozialraum zusammen. Zudem spielen die wirtschaftlichen Voraussetzungen im Gebiet sowie die Träger von Beschäftigungs- und Ausbildungsmaßnahmen eine bedeutende Rolle. Auch die personellen Ressourcen im Sozialraum, wie engagierte Einzelpersonen und Schlüsselakteure der lokalen Institutionen, Organisationen und Interessengemeinschaften sind wichtige Faktoren, welche ebenfalls im Zuge einer Sozialraumanalyse untersucht werden müssen .

Hierzu bietet sich auf methodischer Ebene eine Akteursanalyse an, welche alle beteiligten Gruppen und Schlüsselpersonen im Sozialraum in Verbindung mit ihren Interessen und Einflussmöglichkeiten auflistet. Die erhobenen Potenziale und Ressourcen in den Sozialräumen sollten anschließend in einer Stärken-Schwächen-Analyse gegenübergestellt werden, um die Situation im Gebiet angemessen bewerten zu können.

**Schritt 4:** Die *Erkundung der Lebens- und Nutzungsräume* zielt auf eine tiefenscharfe Erfassung subjektiv und kollektiv konstruierter Wahrnehmungsräume, um das Verhalten der lokalen Bevölkerung in ihren alltäglichen Nutzungsmustern zu verstehen. Hierbei sind insbesondere folgende drei Kontextebenen von Interesse:

- Die *Aktionsräume* der Bevölkerungsgruppen, welche jene (öffentlichen) Räume zwischen ihrer Wohnung, ihrem Arbeitsplatz und anderen alltäglichen Aufenthaltsorten und Infrastrukturen bezeichnen. (vgl. Blinkert 1993 und 1997; Clar/Friedrichs/ Hempel 1979)
- Die *Lebenswelten* der Bevölkerungsgruppen, welche die regelmäßigen Verhaltensweisen und den individuellen Kontext von Einzelnen und Gruppen in ihrer alltäglichen Umgebung beschreibt. (vgl. Buchholz 1984; Deinet 1999; Deinet und Krisch 2002)
- Die territoriale Markierung durch *Symbole*, welche die Wechselwirkungen zwischen der physischen Raumstruktur, sozialen Nutzungen, Bewohnerkulturen und sozialen Mentalitäten widerspiegelt. (vgl. Alber 1997; Geiliung et. al. 2001)

Für die Erhebung von subjektiven und kollektiven Wahrnehmungen und Verhaltensmustern empfehlen Riege und Schubert vor allem qualitative Methoden wie z.B. Stadtteilerkundungen, die Nadelmethode zur Kennzeichnung bedeutender Orte, Passanteninterviews sowie aktivierende Befragungen.

Obwohl die Sinnhaftigkeit einer derartigen prozesshaft organisierten Sozialraumanalyse unumstritten ist, so scheitert ihre Umsetzung in dieser Tiefenschärfe häufig in der Praxis an fehlenden zeitlichen und finanziellen Ressourcen (vgl. Riege & Schubert 2005: 57)

### 4.5.3 Ebenen- und ressortübergreifende Organisationsstrukturen und Ressourcenbündelung,

Ämterübergreifende Ressourcenbündelung wie auch die Kooperation mit privaten Akteuren stellen einen grundlegenden Baustein sozialraumorientierter Erneuerungsstrategien dar. Dies umfasst jedoch nicht nur eine gemeinsame Abstimmung von verschiedenen Förderprogrammen in einem Interventionsgebiet, sondern vielmehr ein „koordiniertes Handeln verschiedener Fördermittelgeber und abgestimmter Einsatz von finanziellen und personellen Ressourcen aus unterschiedlichen Politikfeldern auf Basis integrierter Handlungskonzepte.“ (Becker, Beißwenger, & Böhme 2002: 1). Hierbei stehen die Abstimmung von investiven Maßnahmen sowie die Koordination zu deren Vorbereitung und Begleitung bei der Umsetzung im Mittelpunkt.

Im Hinblick auf den Handlungsspielraum der verschiedenen Planungsebenen bieten sich folgende Steuerungsinstrumente an (vgl. Löhr & Rösner 2002: 3-7):

#### *(Supra-) Nationale und föderale Ebene*

- Ausweitung von interministeriellen Kooperationen auch außerhalb von Förderprogrammen
- Vereinheitlichung von Förderrichtlinien
- Einrichtung einer zentralen Antrags- und Beratungsstelle für Förderanträge
- Gemeinsames Informationsmaterial, Checklisten und Darstellungen, wie die Programme miteinander verknüpft werden können sowie eine Aufstellung notwendiger Ansprechpartner, Unterlagen und Fristen
- Fachtagungen und Publikationen zur Wissensvermittlung und Erfahrungsaustausch

#### *Kommunale Ebene*

- Schaffung von ämterübergreifenden Strukturen
- Wissensaustausch, Erfahrungsaustausch und Beratungsangebote bereits auf konzeptioneller Ebene, nicht erst auf Ebene der Umsetzung z.B.durch Seminare, Workshops, Arbeitsgruppen, Jour Fixe und Fachgespräche, Internet Foren, Rundbriefe/ Newsletter, Fachpublikationen und Öffentlichkeitsarbeit
- Schaffung von zentralen Anlaufstellen im Quartier

Als Vorteile der ebenen- und ressortübergreifenden Koordination von Ressourcen und Erfahrungsaustausch werden eine schnelle Wissensvermittlung und Verbesserung von Qualifizierung, Standardisierung von Prozessabläufen sowie eine gesteigerte Vergleichbarkeit und Transparenz genannt. Weitere Punkte liegen in der Reduktion des Rechercheaufwands sowie eine Stärkung des Vertrauens und der informellen Netzwerke innerhalb der beteiligten Akteure.(vgl. Meyer 2005: 35)

Bei einer Umfrage geben 70% der befragten kommunalen Verwaltungen an, dass die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ Fortschritte und Lernprozesse im Hinblick auf eine kooperative Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung in Gang gesetzt haben,

welche erheblich zu dem Programmerfolg beitragen. Zusätzlich bestätigen 85% der Kommunen, dass die Verwaltung durch die gebietsbezogene und integrierte Vorgehensweise eine größere Nähe zum Stadtteil entwickelt hat, was insgesamt den zweithäufigsten Erfolg der Programmevaluation darstellt. Darüber hinaus wird von 90% der Befragten über beachtliche Erfolge bei der Mittelbündelung, auch außerhalb der traditionellen Städtebauförderung, sowie damit verbundenen Synergieeffekten berichtet. (vgl. Difu 2003: 229f).

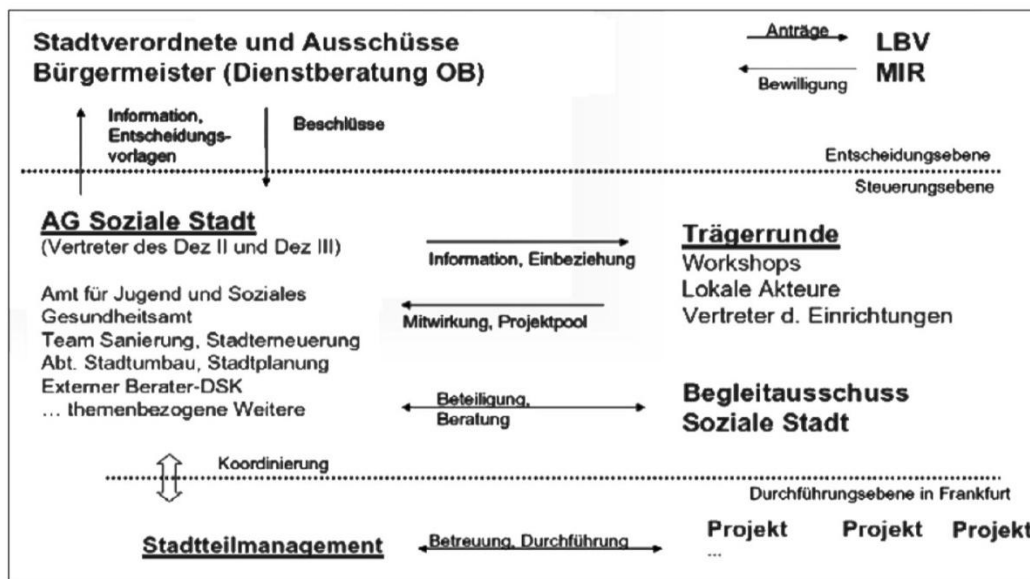


Abbildung 24: Ebenen- und ressortübergreifende Rahmenstrukturen am Beispiel der Stadt Frankfurt/ Oder

Prinzipiell ist es jedoch nicht immer selbstverständlich, dass alle Akteure, welche Einfluss auf die Lebensumstände in einem Stadtteil haben, sich mit vollem Engagement an den Programmen beteiligen. Insbesondere Verwaltungen ohne Raumbezug wie z.B. das Arbeitsamt oder Gebäudeeigentümer, deren Beteiligung an Erneuerungsmaßnahmen meist mit hohen Kosten verbunden ist, haben häufig meist wenig Anreize und Eigeninteresse, um die Maßnahmen im Stadtteil zu unterstützen. (vgl. Mensch 2005: 32):

Auf einem Kolloquium der Schader-Stiftung zur Zwischenevaluierung des Programms „Soziale Stadt“ im Jahr 2001 identifiziert die Soziologin Renate Mayntz folgende Faktoren, welche ressortübergreifende Zusammenarbeit trotz allem begünstigen können (vgl. Mayntz 2001 in Mensch 2004:32):

- Zeitliche oder organisatorische Entkopplung der Konzeptentwicklung zur Problemlösung von der Verteilung von Kosten und Nutzen
- Erzeugung von Zeitdruck unter Androhung von Sanktionen
- Existenz einer Krisensituation, die alle Akteure bedroht
- Unsicherheiten, durch die Beteiligten die Auswirkungen ihrer Entscheidungen in Bezug auf ihre eigenen Interessen nicht einschätzen können.

#### 4.5.4 Quartiersmanagement



Abbildung 25: Aufgabenbereiche des Quartiersmanagements

Quartiersmanagement ist ein strategisches Instrument der integrierten Stadt(teil)entwicklung mit den Zielen der Verminderung von sozialen Desintegrationsprozessen und Sozialraumspaltung, der Verbesserung der Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen sowie des Aufbaus selbsttragender und dauerhafter infrastruktureller und organisatorischer Strukturen zur „Hilfe zur Selbsthilfe“ im Quartier.

In der Literatur werden die Begriffe „Stadtteilmanagement“ und „Quartiersmanagement“ teilweise synonym verwendet, teilweise wird jedoch zwischen „Stadtteilmanagement“ als übergeordneter Steuerungseinheit der Zentralverwaltung und „Quartiersmanagement“ als dezentraler Steuerungseinheit in Form von Quartiersbüros vor Ort und qualifizierten „Quartiersmanagern“ unterschieden.

Das Quartiersbüro dient dabei nicht nur als Anlaufstelle und als Infopoint, sondern übernimmt zudem die Funktion einer Schnittstelle zwischen Gebietskörperschaften und der ansässigen Bevölkerung.

Die Aufgabenbereiche des Quartiersmanagements sind stark von der Ausgangssituation und den Potenzialen vor Ort abhängig und reichen von der Vernetzung der unterschiedlichen Akteure aus Politik, Verwaltung, Markt, Drittem Sektor, Bewohnerinnen und Bewohnern sowie sonstigen lokalen Akteuren wie Schulen, Vereinen, Eigentümern und Mietern etc., über die Steuerung des Einsatzes kommunaler Ressourcen und der Akquisition finanzieller Mittel, bis hin zur Ausarbeitung und Umsetzung integrativer Handlungsmaßnahmen. Neben diesen intermediären Aufgaben beschäftigt sich das Quartiersmanagement mit der Bewohneraktivierung – insbesondere schwer erreichbarer Gruppen - sowie mit Bestandsanalysen, Konzeptentwicklung und Projektinitiierung. Zudem obliegen dem Quartiersmanagement die Moderation und das Konfliktmanagement im Stadtteil sowie die Sicherstellung von Verfahrenstransparenz und Öffentlichkeitsarbeit. (vgl. Abbildung 25)



Ein leistungsfähiges Quartiermanagement ist daher ausgesprochen komplex und vereint verschiedenste Steuerungs- und Handlungsstrategien, Vorgehensweisen und Methoden. Quartiermanagement dient daher generell als strategischer Ansatz zum systematischen Aufbau von selbsttragenden sowie nachhaltig wirksamen personellen und materiellen Strukturen im Quartier. Es ist allerdings kein Allheilmittel für die komplexen Problemlagen, sondern bietet lediglich die Chance, die Zustände im Kleinen vor Ort zu verbessern und erträglicher zu gestalten.(vgl. Franke & Löhr 2000; Krummacher et al. 2003: 201-209)

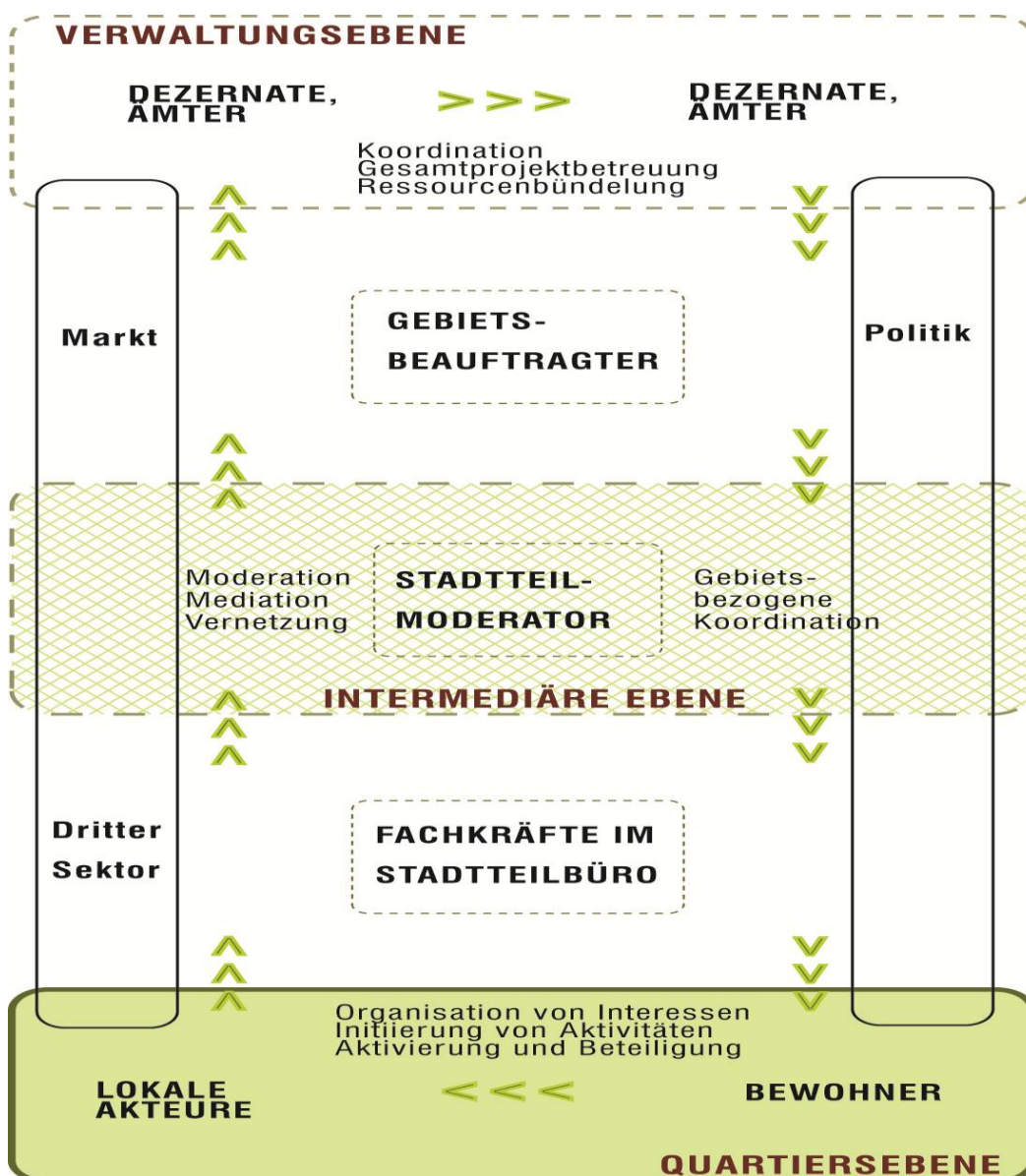


Abbildung 26: Quartiermanagement – Aufgabenbereiche und Organisation

#### 4.5.5 Finanzierungsformen

Die Modalitäten zur Finanzierung von Stadterneuerungsmaßnahmen spielt bei deren Planung und Umsetzung eine nicht unerhebliche Rolle:

Während die klassische Stadterneuerung der 1960er/70er Jahre in Deutschland weitgehend von nicht rückzahlbaren staatlichen Zuschüssen und Darlehen geprägt war, so beschränkt sich die Finanzierung aktueller Stadterneuerungsprogramme auf eine zeitlich befristete oder projektbezogene Teilfinanzierung. Für eine erfolgreiche Bewilligung dieser staatlichen Zuwendungen und deren anschließenden Nachweis zur Mittelverwendung ist vielfach bereits im Vorfeld, aber auch nach Beendigung der Maßnahmen ein hoher Aufwand an Zeit, Personal und Kosten erforderlich (vgl. Abbildung 27)

Prinzipiell beschreiben Zuwendungen gemäß § 23 D-BHO (Bundeshaushaltsordnung in Deutschland) „Ausgaben- und Verpflichtungsermächtigungen für Leistungen an Stellen außerhalb der Verwaltung des Bundes und der Länder zur Erfüllung bestimmter Zwecke[...]“. Dazu zählen zweckgebundene Zuschüsse und Darlehen aus den öffentlichen Haushalten, welche dem Haushaltsrecht unterliegen. Als Zuwendungsnehmer sind ausschließlich private Einrichtungen, Behörden von Ländern und Gemeinden sowie sonstige öffentliche Einrichtungen vorgesehen. Die Zuwendungen sind zudem zweckgebunden, wobei ihre zweckentsprechende Verwendung nachgewiesen werden muss. Das Prüfungsrecht liegt bei der zuständigen Dienststelle. (vgl. Harant & Köllner 2006: 171-172):

Im Zuge des Antragsverfahrens bedarf es einer Aufstellung von Angaben zu Antragsteller, Förderungszweck und –notwendigkeit sowie eine Übersicht über geplanten Ausgaben und Einnahmen wie auch der erforderlichen Personalstellen.

Die Bewilligung eines Antrags erfolgt mittels eines schriftlichen Bescheids. Dieser enthält u.a. die Höhe der Zuwendung, die Finanzierungsart, den Bewilligungszeitraum, die Zweckbindung angeschaffter Gegenstände sowie sonstige Nebenbedingungen.

Im Allgemeinen darf der Projektstart nicht vor der Zuwendungsbewilligung liegen. Es ist jedoch möglich, mittels einer Genehmigung zum vorgezogenen Maßnahmenbeginn vorzeitig auf eigenes Risiko zu beginnen. (vgl. ebd.2006: 177) :

Nach Beendigung des Projekts bzw. des Bewilligungszeitraums ist der Zuwendungsnehmer aufgefordert einen Nachweis über die Zuwendungsverwendung vorzulegen. Mit dieser ist darzulegen (vgl. ebd.2006: 177):

- die zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung der Zuwendung
- der Erreichungsgrad des Verwendungszwecks
- die Einhaltung der Zuwendungsbestimmungen

Der Verwendungsnachweis erfordert meist einen Sachbericht sowie einen Nachweis über die finanzielle Mittelverwendung.

---

In folgenden Fällen können Zuwendungen nachträglich zurückgefordert werden (vgl. ebd.2006: 176):

- bei Unwirksamkeit des Zuwendungsbescheids, z.B. durch Verletzung der Mitteilungspflicht über eine nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben
- bei Widerruf eines rechtmäßigen Zuwendungsbescheids, z.B. bei einer nicht zweckentsprechenden Mittelverwendung
- bei Rücknahme rechtswidriger Zuwendungsbescheide, z.B. durch falsche oder unvollständige Angaben des Antragstellers

Im Allgemeinen wird zwischen folgenden staatlichen Zuwendungsarten unterschieden (vgl. ebd.2006: 174):

- *Institutionelle Förderungen*, in Form von Zuwendungen für nicht abgrenzbare Ausgaben von einzelnen Institutionen. Diese Zuwendungen verfügen über eine geringe Zweckbindung. Dementsprechend hat der Zuwendungsgeber einen geringen Einfluss und Kontrolle über die Mittelverwendung. Obwohl faktisch keine Dauerverpflichtung besteht und die Förderungen nach Ende des Bewilligungszeitraums erneut beantragt und bewilligt werden müssen, entspricht die institutionelle Förderung in der praktischen Umsetzung durchaus einer langfristig angelegten Dauerfinanzierung durch die öffentliche Hand.
- *Projektförderungen*, in Form von Zuwendungen für einzelne inhaltlich, zeitlich und finanziell abgrenzbare Vorhaben. Aufgrund von Bewilligungsvorgaben besteht in diesem Fall eine Zweckgebundenheit der Mittel und räumt dem Zuwendungsgeber einen großen Einfluss auf die Gestaltung und Umsetzung des Projektes ein. Aufgrund der zeitlichen begrenzten Dauer von Projektförderungen bestehen für den Zuwendungsgeber keine Verpflichtungen und Folgerisiken nach Ablauf der Förderung, weshalb sie im Allgemeinen einer dauerhaften institutionellen Förderung vorzuziehen sind.

Neben der Zuwendungsart beeinflusst die Art der Finanzierung die Bewilligung, Auszahlung, Nachweis und Rückforderung der Zuwendung. Existieren mehrere Zuwendungsgeber gleichzeitig, so muss vor der Bewilligung Einvernehmen über die Zuwendung herbeigeführt werden (vgl. ebd.2006: 172-175).

Die Finanzierungsformen werden unterteilt in

- *nicht rückzahlbare Zuwendungen* (Zuschüsse),
- *bedingt rückzahlbare Zuwendungen* und
- *unbedingt rückzahlbare Zuwendungen* (Darlehen)

sowie in

- *Vollfinanzierung*, bei der keine Eigen- oder Fremdmittel eingesetzt werden, sondern die vollen zuwendungsfähigen Ausgaben vom Zuwendungsgeber aufgebracht werden. Ein Höchstbetrag ist festgelegt.
- *Teilfinanzierung*, bei denen nur ein Teil der Kosten über den Zuwendungsgeber gedeckt wird.

Die Teilfinanzierungsarten werden nochmals wie folgt unterteilt:

- *Anteilsfinanzierung*, bei der ein bestimmter Prozentsatz der zuwendungsfähigen Kosten bereitgestellt wird. Die Zuwendung darf anteilig auch mit anderen Zuwendungen, Eigen- und Fremdmitteln verwendet werden und ist typisch für Projektförderungen. Ausgabenminderungen wie z.B. Einsparungen oder erhöhte Einnahmen, müssen anteilig zurückgezahlt werden.
- *Fehlbedarfsfinanzierung*, bei der die Zuwendung als eine Spitzenfinanzierung fehlende Mittel abdeckt, die durch Eigen- oder Fremdmittel nicht aufgebracht werden können. Ausgabenminderungen müssen in voller Höhe zurückgezahlt werden. Die Fehlbedarfsfinanzierung wird erst bewilligt, sofern alle Eigen- und Fremdmittel ausgeschöpft wurden und ist typisch für die institutionelle Förderung.
- *Festbetragsfinanzierung*, bei der, insbesondere im Hinblick auf eine Vereinfachung des Verwaltungshandelns, Pauschalförderungen wie z.B. Zuschuss pro Teilnehmer/ Einwohner/ Schüler gewährt werden. Ausgabenminderungen müssen nicht zurückbezahlt werden, sofern der Förderungszweck eingehalten wird und die Gesamtausgaben die Zuwendungshöhe nicht unterschreiten.



Abbildung 27: Prozesszyklus zur Projektförderung

#### 4.5.6 Partizipation und Bürgerbeteiligung



Abbildung : Impressionen von Bürgerbeteiligungsverfahren in Berlin

Der Begriff „Partizipation“ beschreibt „alle Tätigkeiten, die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1991: 521) bildet die Grundlage für die Herrschaft durch das Volk im Sinne des Demokratieverständnis. Ein zentrales Element von Partizipation ist die Freiwilligkeit.

Die Ziele von Partizipationsprozessen liegen sowohl in der Vorbereitung und im Treffen politischer Entscheidungen, als auch in der Teilhabe bei deren Umsetzung. Im Hinblick auf den Bereich der Stadterneuerungspraxis werden Partizipationsprozesse besonders im Rahmen von Bürgerbeteiligungen in der Stadtplanung und Freiraumgestaltung, Bürgerhaushalt und Stadtteilbudgets, Kinder- und Jugendbeteiligung und E-Partizipation auf gesamtstädtischer Ebene, Bezirks- und Quartiersebene und Projektebene durchgeführt. (vgl. SenStadtUm Hrsg. 2011: 17-18)

Im Allgemeinen wird zunächst zwischen „direkten“ und „indirekten“ Partizipationsprozessen unterschieden (vgl. SenStadtUm Hrsg. 2011: 17f.) :

- *Direkte* Beteiligungsverfahren richten sich an die einzelnen Bürger; diese nehmen selbst an den Veranstaltungen teil, bringen ihre individuellen Erfahrungen ein und stimmen ggf. persönlich ab.
- *Indirekte* Beteiligungsverfahren richten sich an Interessensvertreter, wie z.B. quartiersbezogene Institutionen relevanter Themenbereiche. Gewählte Beiräte und Beratungsgremien stellen zusätzlich Sonderformen der indirekten Partizipation dar.

Des Weiteren lässt sich bei Beteiligungsprozessen zwischen „formellen“ und „informellen“ Verfahren unterteilen:

- *Formelle* Beteiligungsverfahren sind rechtlich verankert und zu bestimmten Themenbereichen vorgeschrieben wie z.B. der Bauleitplanung, Planfeststellungsverfahren, in Sanierungsgebieten, im Natur- und Immissionsschutz und bei Umweltverträglichkeitsprüfungen. In der

Regel sind bei diesen formellen Verfahren, Inhalt sowie Ablauf und Fristen gesetzlich geregelt. (vgl. Kubicek, Lippa, & Westholm 2009: 44f.)

- *Informelle* Verfahren verfügen nur über einen geringen Grad an rechtlicher Formalisierung. Sie können in der Regel fall- zielgruppen- und ortsspezifisch angepasst werden. (vgl. SenStadtUm Hrsg. 2011: 25f.)

Prinzipiell ergeben sich für alle Beteiligungsverfahren dieselben Prüfkriterien (vgl. ebd.2011: 26):

- Gegenstand und Inhalte des Verfahrens
- Kreis der Teilnahmeberechtigten
- Niedrigschwelligkeit und Abstimmung der Verfahren auf die gewählten Zielgruppen
- Verfahrensabläufe und Fristen
- Verbindlichkeit der Abstimmungen und Ergebnisse

Bürgerbeteiligungsverfahren erfüllen in der Regel mehrere Funktionen und Zielsetzungen zu gleichen Zeit (vgl. Fisahn 1996: 65 f.):

- *Informationsaustausch zwischen Verwaltung und Bürgern*. Dies bedeutet nicht nur eine einseitige Information der Bürger über anstehende Maßnahmen durch die Verwaltung. Die Verwaltung kann vielmehr von dem „Expertenwissen“ der Bürger über ihre Wohnumgebung profitieren und durch das verbesserte Verständnis der Zusammenhänge von Problemstellungen in den Stadtteilen ihre Planungen optimieren.
- *Interessenvertretung*: Aus demokratietheoretischer Sicht bieten Bürgerbeteiligungen die Möglichkeit zur Willensbildung sowie zur Artikulation und dem Ausgleich von Interessen durch eine mehrheitliche Kompromisslösung.
- *Effektivitätssteigerung des Verwaltungshandelns*: Durch frühzeitige Anhörung der Bürger und Berücksichtigung möglicher Einsprüche, können lang andauernde Streitereien und Gerichtsverhandlungen vermieden werden. Eine Berücksichtigung der Anregungen und Wünsche der Bürger können somit Einsparungen von Ressourcen der Verwaltung begünstigen.
- *Erhöhung der Akzeptanz von Entscheidungen*: Durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit und transparente Entscheidungen kann die Akzeptanz für geplante Maßnahmen innerhalb der betroffenen Bevölkerung erhöht werden.
- *Vorgelagerter Rechtsschutz und Gewährleistung des rechtlichen Anspruchs auf Anhörung*: Seit 1979 räumt das deutsche Verfassungsgericht das Verfahrensrecht ein, wonach Bürgerbeteiligung die Möglichkeit für Einwendungen gegen behördliche Verfahren bieten soll.

Prinzipiell können Bürgerbeteiligungsverfahren in drei Stufen und in Summe sechs verschiedene Verfahrenstypen untergliedert werden (Kubicek, Lippa, & Westholm 2009: vgl. 47-49):

---

### Stufe 1 | Verfahren zur Informationsvermittlung:

Obwohl jede Bürgerbeteiligung mit der Vermittlung von Informationen zur Thematik und zum Verfahren startet, spricht man erst dezidiert von einem Verfahren zur Informationsvermittlung wenn

1. die Bevölkerung in Planungsprozesse eingebunden wird, um Akzeptanz für eine umstrittene Maßnahme zu gewinnen oder
2. die Thematik von Maßnahmen eine hohe Komplexität aufweist und es daher einer besonderen Informationsvermittlung der Betroffenen bedarf.

### Stufe 2 | Konsultationsverfahren:

Werden die Meinungen der Bürger zu einem bestimmten Thema abgefragt, so findet dies in einem sogenannten Konsultationsverfahren statt. Dieses wird eingesetzt wenn

3. der Bedarf oder das Stimmungsbild innerhalb der Bevölkerung abgefragt werden soll. Dies ist sowohl bei informellen Planungen wie z.B. Umfragen zum öffentlichen Raum oder dem Bedarf von Kinderbetreuungsplätzen als auch bei förmlichen Bürgerbeteiligungsverfahren gemäß dem Baugesetzbuch üblich.
4. tatsächlich neue Ideen und Alternativen für Planungen aus der Bevölkerung zu generiert werden

### Stufe 3 | Kooperation / Mediation:

Werden den Bürgern Mitbestimmungs- oder sogar formale Entscheidungskompetenzen im Hinblick auf gewisse Planungsbereiche eingeräumt, so zählen diese Verfahren zu einer „Aktiven Partizipation“, oder Mediations- und Kooperationsverfahren. Die Ziele dieser Verfahren liegen in

5. der Entwicklung von gemeinsam abgestimmten Konzepten und langfristigen Leitprojekten unter Einbeziehung der Öffentlichkeit
6. der Lösung von aktuellen Konflikten durch ein Mediationsverfahren mit allen Beteiligten und Betroffenen.

Tabelle 1: Typen von verfahrensseitig initiierten Beteiligungsverfahren

Informationsvermittlung		Konsultation		Kooperation / Mediation	
Akzeptanz erreichen	Verständnis von Komplexität vermitteln	Voten zu vorhandenen Plänen einholen	Neue Anregungen bekommen	Abgestimmte Konzepte erarbeiten	Konflikte beilegen

Die verschiedenen Verfahrenstypen unterscheiden sich jeweils im Hinblick auf das Maß des gewährten Einfluss und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger. Die „Beteiligungsleiter“ nach Sherry Arnstein aus dem Jahr 1969 (vgl. Abbildung 28 ) wertet Beteiligungsangebote zwischen Nicht-Beteiligung [Manipulation, Therapie] über die Pseudobeteiligung [Information, Konsultation, Beschwichtigung] bis zur Bürger-Macht [Partnerschaft, Delegierte Macht, Steuerung durch die Bürger]. (vgl. ebd.2009: 49)

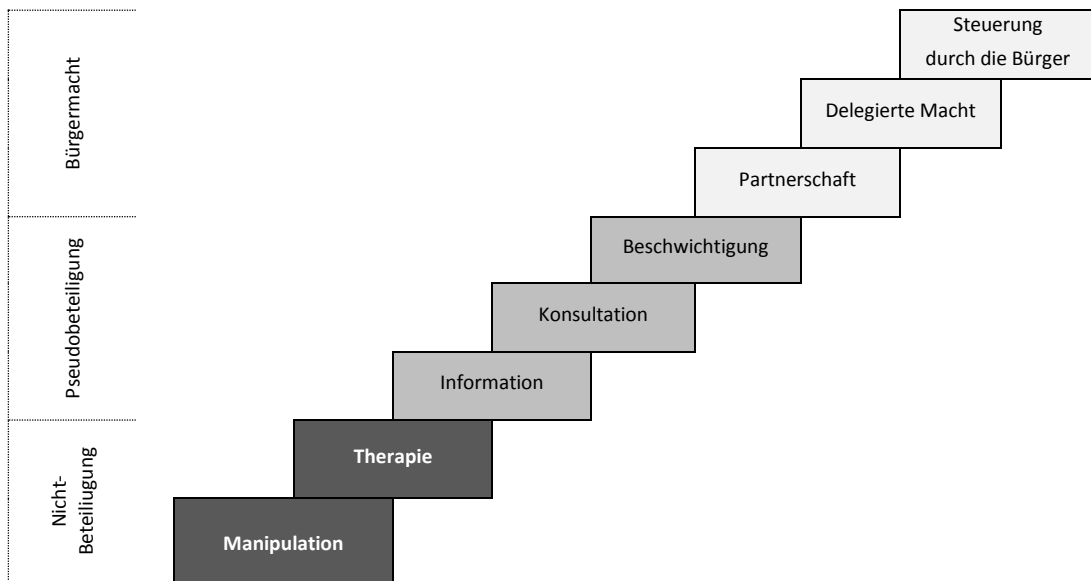


Abbildung 28: Beteiligungsleiter (/treppe) nach Arnstein

Für die verschiedenen Verfahrenstypen bieten sich folgende unterschiedliche Methoden zur Beteiligung an:

Tabelle 2: Ausgewählte Methoden der Bürgerbeteiligung nach Verfahrenstypen -Überblick

METHODE	INFORMATION	KONSULTATION	MITBESTIMMUNG MEDIATION / KOOPERATION
Agendakonferenz		X	X
Aktivierende Befragung		X	X
Bürgerpanel		X	
Bürgerversammlung	X	X	
Charretteverfahren	X	X	
Fokusgruppen		X	
Onlinedialog	X	X	X
Open Space		X	X
Ortsbegehung	X	X	
Planungswerkstatt			X
Runder Tisch			X
Zukunftskonferenz			X



---

Zur Evaluation von Beteiligungsprojekten schlagen Ann Macintosh, Alistair Renton und Angus Whyte 2005 folgende demokratisch definierten Kriterien vor (vgl. Kubicek, Lippa, & Westholm 2009: 94f.):

- *Repräsentation*: Inwieweit unterstützen und ergänzen die Bürgerbeteiligungsverfahren die Formen etablierter repräsentativer Demokratie?
- *Engagement*: Inwieweit stärken die Bürgerbeteiligungsprozesse die lokale Identität und unterstützen die Bürger demokratische Prozesse und lokale Problemstellungen zu verstehen und sich einzubringen?
- *Transparenz*: Inwieweit tragen die Beteiligungsprojekte dazu bei, politisch-administrative Entscheidungsprozesse transparenter zu machen?
- *Konflikte und Konsensus*: Inwieweit stellen die Beteiligungsprojekte verschiedene Standpunkte dar und ermöglichen eine Meinungsvielfalt in der Diskussion? Welchen Stellenwert haben Verhandlungen, Mediation und Konsensbildung?
- *Politische Gleichheit*: Inwieweit beziehen die Beteiligungsprozesse verschiedene Bevölkerungsgruppen in einem gleichen Maße mit ein? Wie werden benachteiligte Gruppen mitein?
- *Gemeinschaftliche Kontrolle*: Inwieweit sind die Beteiligungsprozesse mit politischen Entscheidungsprozessen verknüpft? Welchen Stellenwert haben die Meinungen und Entscheidungen aus dem Beteiligungsprozess?

Im Hinblick auf die Evaluationsebenen Output, Outcome und Impact der Beteiligungsmaßnahmen sollten zusätzlich folgende Fragen gestellt werden (vgl. ebd. 2009: 172) :

- Führt die Beteiligungsverfahren und die Berichterstattung zu einer Erhöhung oder Verringerung der Betroffenheit unter den Bürgern? Konnten Bedenken ausgeräumt werden?
- Führt die Beteiligungsprozesse zur Entwicklung von neuen Lösungen?
- Haben die Beteiligungsprozessen zu Veränderungen im Verwaltungshandeln und zu einem Umdenken in der Politik wie auch zu alternativen Entscheidungen geführt?
- Welche langfristigen Wirkungen, wie z.B. Veränderungen in Organisationsstrukturen oder Rechtsvorschriften, hat das Beteiligungsverfahren bewirkt?

Obwohl die Beantwortung dieser Fragen, auch im Hinblick auf die methodische Erhebung und deren erforderliche Ressourcen, sich meist als äußerst schwierig erweisen, ist zumindest eine Reflektion nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens im Kreis der Verantwortlichen unbedingt zu empfehlen.

Eine besondere, wie auch erwähnenswerte Partizipationsmöglichkeit im Bereich der Stadterneuerungsplanung stellen Verfügungsfonds, oder auch so genannte Stadtteilbudgets bzw. Bürgerhaushalte, dar.

Sie spielen im Hinblick auf die Aktivierung lokaler Akteure sowie als Impuls und für die Stärkung von Selbstorganisationsprozessen in Quartieren eine bedeutende Rolle. Hierbei handelt es sich um ein selbstverwaltetes Budget für kleinere Maßnahmen und Projekte allgemein in der Höhe zwischen jährlich 20.000 und 50.000 €, über dessen Verwendung die lokal ansässige Bevölkerung abstimmen und unbürokratisch verfügen kann.

In einer Befragung der zuständigen Ansprechpartner im Jahr 2009 im Hinblick auf ihre Erfahrungen bei der Umsetzung von Verfügungsfonds im Zuge des Programms „Soziale Stadt“ zeigt sich ein durchwegs positiver Tenor:

Herausgestrichen wird hierbei, dass Verfügungsfonds mit relativ geringem Aufwand große Effekte hervorrufen können, wobei insbesondere eine Steigerung der öffentlichen Aufmerksamkeit im Quartier und in der Gesamtstadt sowie eine Stärkung des Engagements der lokalen Bevölkerung und eine Festigung der Vertrauensbasis zwischen den Akteuren vor Ort beobachtet werden konnte.

Des Weiteren wird betont, dass die basisdemokratischen Elemente bei der Vergabe des Budgets den Konsens und die Tragfähigkeit der beschlossenen Projekte erhöhen.

Im Hinblick auf die Mittelverwendung zeigt sich, dass die Stadtteilbudgets insbesondere für nicht-investive Projekte und kurzfristige Aktivitäten zur Verbesserung der nachbarschaftlichen Kontakte verwendet werden, welche ohne diese finanzielle Unterstützung nicht umgesetzt worden wären. (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2011: 1-20)



Abbildung 29: Zielsetzungen der Bürgerbeteiligung

#### 4.5.7 Information und Öffentlichkeitsarbeit

Untrennbar mit Beteiligungsverfahren - aber auch mit der Stadterneuerung im Allgemeinen – verbunden ist die Thematik der Information und Öffentlichkeitsarbeit zur demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung. Da die herkömmlichen Kommunikationsformen der formellen Beteiligungsverfahren, wie z.B. öffentliche Auslegung von Plandokumenten und Bürgerversammlungen aber auch Runde Tische informeller Verfahren häufig nicht die gewünschten Erfolge erbracht haben, werden seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend Online –Tools der E-Partizipation und zielgruppenorientierte Medien eingesetzt. (vgl. Kubicek, Lipka, & Westholm 2009: 223)

Prinzipiell wird die Planung der Öffentlichkeitsarbeit und des Medieneinsatzes im Zuge von Beteiligungsverfahren in drei Stufen unterteilt (vgl. ebd.2009: 98)

1. Festlegung von Zielen und Verfahren der Kommunikation und Beteiligung
2. Planung des Medieneinsatzes einschließlich Metakommunikation
3. Evaluierung der Mediennutzung und Beteiligungswirkung.(vgl. Abbildung 30)

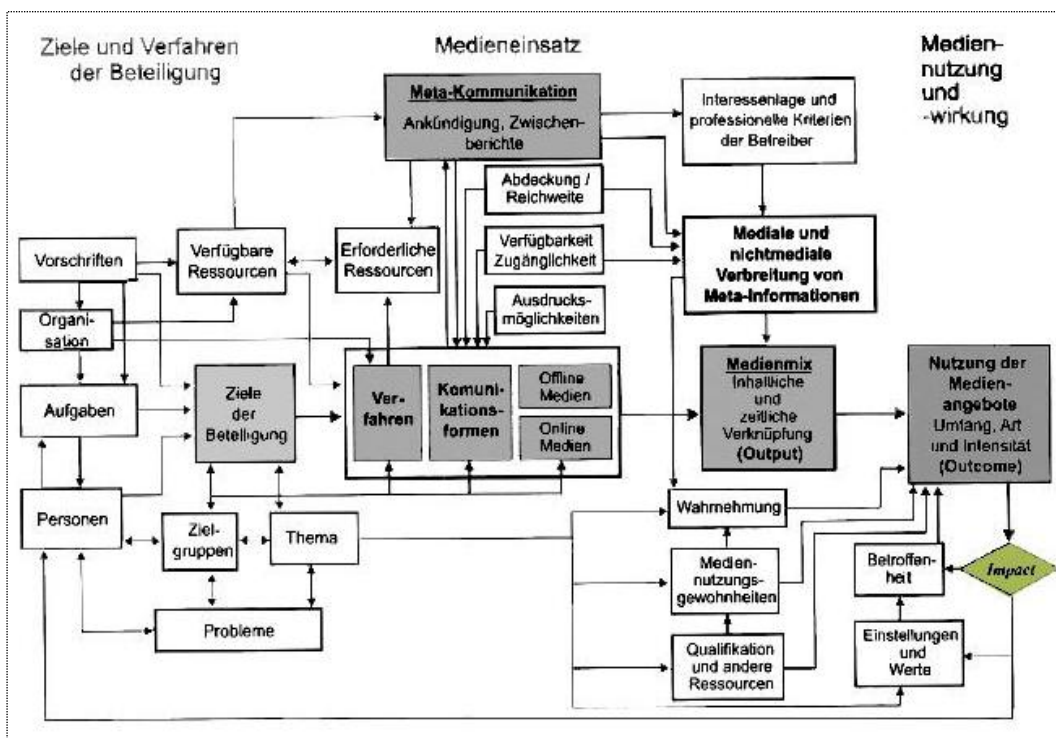


Abbildung 30: Bezugsrahmen für die Analyse und Planung des Medieneinsatzes in Beteiligungsprojekten

Bevor im Zuge von Beteiligungsverfahren überhaupt eine Kommunikationsstrategie und ein dazu notwendiger Medieneinsatz festgelegt werden kann, bedarf es – neben der Festlegung von Zielen und Verfahrensablauf - einer Stakeholderanalyse zu Festlegung, welche Personenkreise am Prozess beteiligt werden sollen.

Der Begriff „Stakeholder“ umfasst alle Personen, die von dem Prozess betroffen sind oder Interesse daran haben. Diese können gemäß folgender Fragestellungen und Kriterien kategorisiert werden (vgl. ebd. 2009: 51f.):

- Welche Relevanz haben die Stakeholder im Beteiligungsverfahren?
- Welchen Einfluss und welche Interessen besitzt sie? Wodurch ist dies begründet?
- Welche Legitimität und welche legitimen Ansprüche haben die Stakeholder? Wodurch sind diese begründet?
- Wie dringlich sind die Ansprüche der Stakeholder? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus?

Diese Analyse dient als Grundlage, welche Gruppen auf welche Weise angesprochen und motiviert, aber auch welche möglichen Konflikte und Hindernisse im Verfahren auftreten können.

Im Hinblick auf die Planung des Medieneinsatzes bei Beteiligungsverfahren kann zwischen der Kommunikation über die Problemstellung im Beteiligungsverfahren und der Metakommunikation über das Beteiligungsverfahren differenziert werden. Dadurch entsteht die Notwendigkeit eines doppelten Medienmix, welcher jedoch die Wirkung der Öffentlichkeitsarbeit in Beteiligungsprozessen verstärken kann. Dabei empfiehlt sich eine Mischung aus zielgruppengerechten medialen und nicht-medialen Kommunikationsformen zu sachlichen Inhalten und zum zeitlichen Ablauf. Für diesen doppelten Medienmix gelten dieselben Kriterien wie für die primäre Informationsstrategie im Beteiligungsverfahren:

- Wahl der Medien
- Art der Information sowie deren Aufbereitung und Gestaltung
- Häufigkeit und zeitliche Intervalle der Aussendungen

Um einen Lerneffekt bei den Adressaten zu erzielen, empfiehlt es sich dabei, die gleiche Botschaft mehrmals, mit jeweils leichten Veränderungen in verschiedenen Medien einzusetzen. (vgl. ebd.2009: 77)

Metakommunikation dient vor allem dem Zweck, Aufmerksamkeit für die Beteiligungsverfahren zu erreichen, die Stakeholder zur Teilnahme an den Beteiligungsprozessen zu aktivieren und im Vorfeld die dafür notwendigen Informationen zu vermitteln sowie um Transparenz über die Abläufe zu schaffen. Hier gilt es insbesondere zu klären:

- Wann werden welche Gruppen informiert / beteiligt?
- Was geschieht mit den Beiträgen? Inwiefern fließen diese in die politische Entscheidungsfindung ein? Wer hat Entscheidungskompetenzen?
- Wie lange dauern der Prozess und die einzelnen Verfahrensabschnitte? (vgl. ebd.2009: 83)


Die einzelnen Meta-Kommunikationsmedien werden, wie in Tabelle 3 veranschaulicht, gemäß ihrer Nutzerkreise in massenmediale Kommunikation, Gruppenkommunikation und Individualkommunikation unterteilt.

**Tabelle 3: Medien für unterschiedliche Formen der Meta- Kommunikation**

Kommunikationsmedium	ZIEL: Aufmerksamkeit erzeugen, Ankündigung	ZIEL: (Hintergrund-) Information vermitteln	
<b>Massenmediale Kommunikation</b>	Tageszeitungen (Veranstaltungshinweis), Radiospots Plakate im öffentlichen Raum Poster, Flyer, Postkarten Info-Screens (z.B. in U-Bahnen) Website / Internetportal	Tageszeitung (Bericht), Broschüre, Ausstellung, Informationsveranstaltung, Website / Internetportal Podcast	
<b>Gruppenkommunikation</b>	Einladungsbrief, Postwurfsendung, Newsletter	Informationsveranstaltung	
<b>Individualkommunikation</b>	Hausbesuche	Call-Center Hausbesuche	

Zusätzlich wird insbesondere bei Gruppenkommunikationsprozessen mit dem Ziel der Mediation und Kooperation zwischen *divergenten Prozessen* zur Informationsvermittlung und *konvergenten Prozessen* zur Informationsverdichtung und Herstellung eines *allgemeinen Verständnisses* unterschieden. Hierbei wird, wie in Tabelle 4 dargestellt, zwischen face-to-face-Kommunikation, herkömmlichen Medien, und Online-Medien unterschieden.

**Tabelle 4: Medien für divergente und konvergente Kommunikationsprozesse**

	<b>DIVERGENTE PROZESSE: Informationen sammeln und verbreiten</b>	<b>KONVERGENTE PROZESSE: Informationen zusammenführen, interpretieren und bewerten</b>	
<b>Face-to-face</b>	Begehungen vor Ort, Exkursionen, Infostand, Bürgerversammlung	Diskussionsveranstaltungen, Moderation, Konzept-, Redaktions- und Fokusgruppen	
<b>Herkömmliche Medien</b>	Fragebogen, Survey, Brief	Abstimmungsbögen, Video- und Telefonkonferenzen	
<b>Online Medien</b>	Online-Fragebögen, E-Mail, Online-Survey, Feedback-Tools, Weblog, Mailingliste	Online Abstimmung, Quick Poll, Chat, Online- Moderation	

Die Wirkungen der Öffentlichkeitsarbeit lassen sich in erfassbaren Ergebnissen wie konkreten Vorschlägen und Meinungen der Beteiligten sowie im Zielerreichungsgrad des Gesamtprozesses ableiten. Als Erhebungsmethoden für eine Nachevaluation der Prozesskommunikation bieten sich dementsprechend teilnehmende Beobachtungen, Zugriffstatistiken, Onlinefragebögen sowie Expertengespräche an. Evaluiert werden sollten die Themenbereiche Management und Organisation, Gestaltung und Inhalt, Nutzen und Barrieren, Nutzer, Niedrigschwelligkeit der Medienangebote und Transparenz. (vgl. ebd.2009: 96, 100)

#### 4.5.8 Evaluierung und Monitoring

Im Zuge des Programms „Soziale Stadt“ sind ex- ante und ex-post Gebietsevaluierungen<sup>7</sup>, sowohl in Form von Bestandsanalysen zur Gebietsabgrenzung und Entwicklungskonzepten bei der Beantragung der Fördermittel, als auch in Form von Zwischen- und Evaluierungen sowie einem begleitendem Monitoring zur Erfolgskontrolle vorgesehen.

Die Begrifflichkeiten Evaluierung und Monitoring werden in fachlichen Publikationen teilweise synonym verwendet, unterscheiden sich in der Praxis jedoch wesentlich (vgl. Beer & Cremer 2008: 19):

Der Begriff **Monitoring** beschreibt eine systematische, problemspezifische und fortlaufende Sammlung von Daten und Informationen, im Sinne einer Dauerbeobachtung. Ziel eines Monitorings ist es, Veränderungen und Trends zu veranschaulichen. Auf eine Abfrage und Darstellung von qualitativen Zusammenhängen ist meist nicht vorgesehen.

**Evaluierungen** dienen der wissenschaftlichen und empirisch nachgewiesenen Bewertung von kausalen Zusammenhängen. Neben dem Erkenntnisgewinn dienen Evaluierungen zu Kontrolle, als Anlass zum Dialog und zu Legitimation des Ressourceneinsatzes.

Zusätzlich bieten Evaluierungen Transparenz über die Vorgänge im Quartier, die Verwendung von öffentlichen Geldern und dienen darüber hinaus zur Weiterentwicklung von Strategien und dem Austausch von Erfahrungen der Programmbeauftragten.

Ebenso wie bei geplanten Maßnahmen lässt sich hierbei zwischen zwei Betrachtungsebenen unterscheiden (Difu 2003: 214-216):

1. **Problem/ Wirkungsevaluierungen**, welche Problemstellungen, Maßnahmen und Wirkungen in Bezug auf die Lebenslagen im Stadtteil erheben, wie z.B. Wohnverhältnisse, das Wohnumfeld, Infrastrukturangebote, Kultur- und Bildungsangebote, Nahversorgungssituation und Nachfrage bei lokalen Unternehmen oder die Außen- und Innenwahrnehmung des Quartiers
2. **Prozessevaluierungen** zu politisch-administrativen Problemstellungen, Maßnahmen und Wirkungen, insbesondere in Bezug auf die Vernetzung horizontaler und vertikaler Organisationsstrukturen, die Ausweitung von Mitbestimmungsrechten im Quartier, Ausmaß eines integrativen Ansatzes, Transparenz bezüglich Entscheidungskompetenzen,

<sup>7</sup> Der Begriff „Evaluierung“ bezeichnet prinzipiell einen Untersuchungsprozess, der im Hinblick auf unterschiedliche Betrachtungs- und Bezugsebenen unterteilt werden. Hierbei unterscheidet man zeitlich zwischen der Ex-ante (Vorausabschätzung), Zwischen-(Halbwertsuntersuchung) und Ex-post-(abschließende Gesamtbewertung) Evaluierung von Interventionen. Vom Begriff der Evaluierung sind folgende Begriffe abzugrenzen (DIFU 2003:212):

1. „Wirkungsanalyse“, als Betrachtung von kausalen Wirkungen von Maßnahmen
2. „Erfolgskontrolle“, als Messung und Bewertung des Zielerreichungsgrades
3. „Monitoring“, als begleitendes/ vorgeschaltetes datengestütztes Beobachtungssystem
4. „Controlling“, als kontinuierliches Überprüfungs-, Koordinierungs- und Steuerungssystem

---

Zuständigkeiten und Verantwortung, Kooperationsmöglichkeiten und Netzwerkausbau, Verfahren zur Mittelvergabe und Mittelverwendung, sowie der Stärkung der Quartiersbevölkerung als handelnde Akteure (empowerment)

Allerdings wird bereits im Zuge eines Zwischenberichts zum Programm „Soziale Stadt“ im Jahr 2003, nicht nur von mittelbezogenen, sondern auch von methodischen Problemstellungen bei Evaluierung, Monitoring und Erfolgskontrollen berichtet (vgl. ebd.2003: 211f):

- Kausalitätsprobleme, da sich die Wirkungen in den Quartieren, aufgrund der integrierten Maßnahmen, externen Effekten und den sich teilweise überlagernden Förderprogrammen, kaum einzelnen Programmimpulsen zuordnen lassen
- Operationalisierungsprobleme, da Ziele häufig nur schwammig definiert und konkrete Indikatoren, Messgrößen oder Kennwerte für die Zielerreichung nicht genannt werden
- Erhebungsprobleme, da in vielen Städten und Gemeinden kleinräumige Daten, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich, meist nur unzureichend verfügbar und aufgrund verschiedener Gebietsabgrenzungen und Erhebungsdaten wenig kombinierbar sind.
- Probleme bei Prozessevaluierungen, im Hinblick auf die Fragestellung ob eher extern beauftragte Fremdevaluierungen vorgenommen werden sollen oder aber ob die beteiligten Beauftragten ihre Arbeit besser selbst evaluieren, da sie zum einen eine bessere Innensicht auf das Quartier haben, zum anderen ihre Arbeit auch beschönigend darstellen könnten.

#### 4.5.9 Verstetigungsansätze

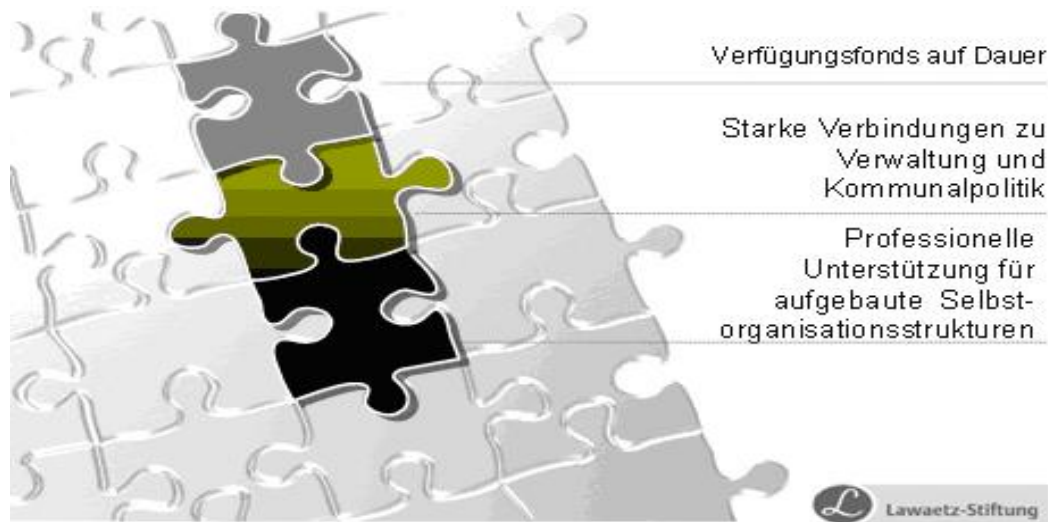


Abbildung 31: Wichtige Faktoren für die Verstetigung von Quartiersarbeit

Aufgrund ihrer zeitlichen Befristung und vielfach degressiv gestaltenden Fördermittelbereitstellung können insbesondere viele nicht-investive Stadterneuerungsmaßnahmen in benachteiligten Stadtquartieren nach dem Auslaufen der regulären Förderzeiträume nicht fortgesetzt werden. Um die mühsam angestoßenen Prozesse und etablierten Angebote langfristig zu sichern, werden sowohl von übergeordneter Ebene als auch vor Ort Verstetigungskonzepte der Maßnahmen gefordert. Eine Erhebung zur Umsetzung von Verstetigungskonzepten im Zuge des deutschen Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ zeigt jedoch, dass die Fortführung von Projekten und Verfügungsfonds weniger an institutionellen Strukturen in der Verwaltung misslingt, sondern häufig an einer langfristigen Anschlussfinanzierung scheitert. (vgl. Difu 2006: 117)

Prinzipiell wird in der Literatur zwischen den beiden systematischen Ansätzen von Verstetigung *Anchoring* und *Mainstreaming* differenziert.

*Anchoring* beschreibt Verstetigungsansätze im lokalen Kontext, wie z.B. den Erhalt von Infrastrukturen, Treffpunkten, Räumlichkeiten, Plattformen und Verfügungsbudgets im Quartier, indem die bisherige Anschubfinanzierung durch eine kommunale Regelfinanzierung, die Förderung Dritter (Gemeinnützige Träger oder Wohnungsbaugesellschaften) oder auch ehrenamtliches Engagement von Bewohnern ausgeglichen wird. (vgl. Städtenetz Soziale Stadt NRW 2007 20-24; 65-76)

Da durch Fördermittel geschaffene Infrastrukturen vielfach nicht ohne eine dauerhafte Finanzierung, personellen Aufwand und professionelles Management in Bezug auf Koordination und Moderation aufrecht erhalten werden können, wird daher gefordert



---

bereits bei der Konzeption der Maßnahmen deren langfristige Träger mit einzubeziehen. Insbesondere lokale Vereine und Initiativen sind die in diesem Zusammenhang nicht nur mit materiellen Ressourcen sondern auch mit der Vermittlung von „Know-How“ zu unterstützen. (vgl. Sauter & Ruiz 2007 3)

*Mainstreaming* beschreibt hingegen sämtliche Bemühungen, integrierte Stadtteilentwicklung im Sinne einer Daueraufgabe auch über den Förderzeitraum hinaus in der kommunalen Verwaltung und über das Fördergebiet hinaus in einer gesamtstädtischen Strategie zu verankern. Dementsprechend sollen Errungenschaften wie ressortübergreifende Verwaltungsstrukturen, Quartiersplattformen, Quartiersfonds oder auch lokale Quartiersbüros auch in weniger benachteiligten Gebieten implementiert und damit die lokale Beteiligungskultur wie auch die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bevölkerung auf gesamtstädtischer Ebene ausgeweitet werden. (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008a: 86-88; Rommelfanger, Schiller, & Schneider 2007: 7)

Aus der Erkenntnis heraus, dass viele mühselig geschaffenen Strukturen und Angebote in Fördergebieten nach Ende des Förderzeitraums versanden, wurden bei einem zeitlich befristeten Stadterneuerungskonzept in Dänemark, welches starke Parallelen zum deutschen Programm der Sozialen Stadt aufweist, bereits von vornherein Verstetigungskonzepte für die Maßnahmen eingefordert und auch von Anfang an im Quartier kommuniziert. Zusätzlich war bereits von Beginn eine einjährige Verstetigungsphase im Programmablauf eingeplant (vgl. Franke & Strauss 2005 in Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008a: 87)

Im Hinblick auf eine integrierte wie auch sozialraumorientierte Stadterneuerung bedarf es vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen demnach zweierlei: Sowohl das Auskosten experimenteller Spielräume, welche sich durch zeitlich begrenzte Fördergelder in räumlich begrenzten Fördergebieten bietet, ohne jedoch essentielle Infrastrukturen und Sozialangebote ohne Verstetigungskonzept davon abhängig zu machen.

Zusätzlich bedarf es aber auch eines übergeordneten Konzepts, sozialraumorientierte Stadterneuerungsstrategien in der Gesamtstadt und im Verwaltungshandeln zu etablieren. Hierfür sind allerdings ein breites Verständnis und eine umfassende Unterstützung von integrierten und gebietsbezogenen Steuerungsansätzen von Seiten der Politik und Verwaltung eine unbedingte Voraussetzung. (vgl. Sauter & Ruiz 2007 3-5)

Die Notwendigkeit dieses Verständnis Akteuren mit Entscheidungskompetenzen zu vermitteln und für Sozialraumorientierung zu werben ist somit ebenfalls ein wesentlicher Bestandteil

## 4.6 Lessons learnt: Kontraproduktive Entwicklungen in der Praxis bisheriger Stadterneuerungsprogramme



Abbildung 32: Evaluierungsberichte der deutschen Städtebauförderungsprogramme

Sozialintegrative Stadterneuerungsprogramme mit gebietsbezogenen und partizipatorischen Ansätzen werden, wie bereits vielfach erwähnt, mittlerweile im Bereich der Stadterneuerung vielerorts praktiziert und haben in vielen benachteiligten Stadtteilen bereits stabilisierende Wirkungen erzielt. Auch in der Fachwelt werden diese kooperativen und ressortübergreifenden Ansätze als „State- of- the- Art“ gelobt und von vielen Akteuren vor Ort bestätigt.

Allerdings wurden bei der Umsetzung der jeweiligen Stadtpolitiken und sozialintegrativen Stadterneuerungsprogramme zur Verringerung von sozialräumlicher Benachteiligung in beschriebenen Nationalstaaten jedoch auch verschiedene Faktoren ausgemacht, welche die Durchführung von Maßnahmen behindern oder unerwünschte Nebeneffekte auslösen. Prinzipiell kann hierbei zwischen Wirkungen und Erkenntnissen auf „instrumentell-strategischer“ Ebene wie auch in Bezug auf die „Handlungsfelder zur Verbesserung von Lebenslagen im Stadtteil“ unterschieden werden.

Auf Ebene der Initiativen zur Verbesserung der Lebenslagen in den benachteiligten Stadtteilen zeigen sich bei einer Zwischenevaluierung des deutschen Programms „Soziale Stadt“ im Jahr 2003 vor allem in den Bereichen der Aktivierung und Beteiligung der Bevölkerung, bei der ebenen- und ressortübergreifenden Zusammenarbeit und Mittelbündelung Mängel wie auch inhaltliche, organisatorische und methodische Verbesserungspotenziale.

In diesem Zwischenbericht und auch anderen Publikationen wird u.a. kritisiert, dass bei der Zusammenarbeit verschiedener Abteilungen und Hierarchiestufen teilweise Ressortegoismen, Konkurrenzverhalten und Misstrauen aufgrund unklarer Entscheidungskompetenzen die Umsetzung von Prozessen erschweren.

---

Auch in den Quartieren erweisen sich die Denkweisen und Schwerpunktsetzungen von Planern und Sozialarbeitern vereinzelt als so unterschiedlich, dass sich die Durchführung gemeinsamer Projekte äußerst schwierig gestaltet.

Dieses Ressortdenken und Verharren auf bisherigen Organisationsstrukturen wirkt sich durchaus auch inhaltlich auf die Konzepte aus: Da Planer und Sozialarbeiter ohnehin vernetztes und raumbezogenes Arbeiten gewohnt sind, dominieren meist zur Verbesserung des Wohnumfeldes wie auch Initiativen für Kinder und Jugendliche die Maßnahmen in den Quartieren - Themen die häufig auch wenig umstritten sind.

Viel seltener werden hingegen Maßnahmen umgesetzt, die direkt privates Kapital einfordern wie z.B. Maßnahmen im Bereich von Wohngebäuden und lokalen Unternehmen oder aber Themenbereiche in der Zuständigkeit von Institutionen, welche übergeordneten Ebenen weisungsgebunden sind und aufgrund einheitlicher Bundes- und Landesgesetze wenig Spielräume für lokale Initiativen haben, wie z.B. in Bereichen der Beschäftigung und Gesundheit. (vgl. Difu 2003: 227 -231)

Auch die Bündelung von mehreren Förderprogrammen gestaltet sich teilweise aufgrund unterschiedlicher Förderungsvoraussetzungen und –abläufe als äußerst schwierig. So werden z.B. die Fördermittel der klassischen Stadterneuerung raumbezogen vergeben, während es sich Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wie auch vielfach bei der Sozial- und Jugendhilfe um personenbezogene Förderungen handelt. In einzelnen Bereichen wie z.B. der Jugendhilfe und der Gesundheitsförderung werden jedoch schon präventiv sozialraumbezogene Maßnahmen erfolgreich durchgeführt. Förderprogramme, die relativ viele stadtteilbezogene Handlungsfelder gleichzeitig fördern wie z.B. die URBAN-II-Programme der EU, erfordern meist einen hohen Aufwand im Hinblick auf die Antragstellung sowie begleitende und abschließende Evaluationen. (vgl. Becker, Beißwenger, & Böhme 2002: 4)

Ein weiterer, bereits thematisierter Kritikpunkt auf Stadtteilebene betrifft die Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung, wonach Beteiligungsangebote nach wie vor vielfach auf die Mittelschicht zugeschnitten werden, welche für andere Bevölkerungsgruppen, wie Migranten, Langzeitarbeitslose oder alte Menschen, meist durch viele Hürden und Formalisierungen abschreckend wirkt. Unzureichende „echte“ Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie ausbleibende sichtbare und zeitnahe Erfolge können jedoch auch bei den engagierten Bürgern in den Quartieren zu Frustration und Resignation führen. (vgl. Difu 2003: 227 -231)

Im Hinblick auf die vertikale Koordination gilt es daher auszuloten, ob die Steuerung eher von oben „top-down“ oder eher von unten „bottom-up“ organisiert werden soll. Trotz allem Enthusiasmus für die Beteiligung der Betroffenen vor Ort, mehren sich jedoch auch kritische Stimmen: Eine Verlagerung von Verantwortlichkeiten ins Quartier

erfordert vor allem Persönlichkeiten mit entsprechenden Kompetenzen, Bildung und Ressourcen, welche die Bewohner in den Gremien repräsentieren sollen. Häufig verfügen jedoch nur Akademiker, Angehörige des Mittelstands oder des alternativen Milieus über diese notwendigen Ressourcen und das Wissen über ihre Einflussmöglichkeiten. Daher gestalten sich derartige Beteiligungsverfahren auf kleinräumiger Ebene sozial meist äußerst selektiv und stellen dementsprechend eine breite demokratische Legitimation der Entscheidungen in Frage. Gegenstimmen argumentieren, dass angesichts der konstant niedrigen Wahlbeteiligungen in den vergangenen Jahrzehnten, eine gewisse Selektion ohnehin vorprogrammiert ist. Aus diesem Grund erscheint die Öffnung der demokratisch legitimierten Instanzen auf kleinräumiger Ebene, im Zuge der allgemeinen Deregulierung der Verwaltung und Delegation der Verantwortlichkeiten, durchaus als legitim. (vgl. Mensch 2005: 33)

Aber auch Beauftragte und Maßnahmen des vielfach gewürdigten „Schlüsselinstruments“ Quartiersmanagement haben im Zuge des Programm „Soziale Stadt“, insbesondere auf lokaler Ebene, teilweise mit widrigen Bedingungen zu kämpfen: Rund zwei Drittel der Gebietsbeauftragten haben eine Vertragslaufzeit über maximal drei Jahre, davon die Hälfte sogar nur über ein Jahr. Aufgrund dieser zeitlichen Befristung fällt es den Beauftragten schwer, durch eine personelle Kontinuität ein Vertrauensverhältnis zu den Bewohnern und Institutionen im Quartier aufzubauen, geschweige denn komplexere langfristige Projekte durchzuführen. Darüber hinaus werden die unzureichende Finanzierung von Sachmitteln und die mangelhafte Ausstattung von Vor-Ort-Büros beklagt.

Ähnlich wie Politiker, befinden sich auch beauftragte Quartiersmanager in einem Dilemma zwischen langfristigen inhaltlichen Zielen und kurzfristiger Verlängerung der Beauftragung. Auf der einen Seite sollen sie die Zustände in den Quartieren verbessern, allerdings droht mit der Stabilisierung des Quartiers auch eine Aufhebung des Quartiersmanagements. Auf der anderen Seite müssen die Beauftragten gegenüber der Stadtverwaltung als Auftraggeber auch erfolgreiche Projekte vorweisen, um ihr Engagement im Hinblick auf eine Verlängerung des Auftrags zu beweisen. Dieses Dilemma kann in Folge durchaus dazu führen, dass Projekte in Endberichten erfolgreicher, wie auch die Zustände in den Quartieren dramatischer dargestellt werden, als sie eigentlich sind. Zusätzlich unterbleibt meist auch jegliche Kritik bei etwaigen Verfehlungen der Auftrag gebenden Stadtverwaltung, um eine Vertragsverlängerung nicht zu verhindern. (vgl. Bernt & Fritsche 2005: 208-210; Difu 2003: 230; Franke 2005)

Auch die Einrichtung und Umsetzungen von Verfügungsfonds verläuft nicht in allen befragten Fördergebieten des Programms Soziale Stadt reibungslos:

So schmälern, nach Aussagen von Projektverantwortlichen im Zuge einer Umfrage im Zusammenhang mit dem Programm Soziale Stadt, bürokratische Formalitäten teilweise

---

das Engagement der lokalen Akteure. In anderen Gebieten wird von Unsicherheiten bei der Zusammensetzung der Entscheidungsgremien sowie politischer Einflussnahme auf die Abstimmungen zur Mittelvergabe berichtet bis hin zu einer vollständigen Ablehnung durch die lokale Politik, da diese die Fonds als eine nicht legitimierte Konkurrenz zu ihren Entscheidungsbefugnissen und als eine undemokratische Vergabe von öffentlichen Mitteln empfanden. Zusätzlich ergeben sich in einigen Gebieten, aufgrund einer schwachen Haushaltslage Schwierigkeiten, die Verfügungsfonds nach Auslaufen der Förderung weiter zu finanzieren oder überhaupt die notwendigen Mittel zur Einrichtung eines Fonds zur Verfügung zu stellen. (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2011: 1-20)

Im Hinblick auf die strategischen Ansätze bedarf es einer Unterscheidung zwischen der nationalen bzw. föderalen Ebene, welche die Rahmenbedingungen der Stadterneuerungsprogramme bestimmt und der politisch-administrativen Ebene der Gesamtstadt, welche diese Rahmenbedingungen interpretiert und umsetzt.

Auf Ebene der Gesamtstadt wird zum Beispiel auch bemängelt, dass die kleinräumig entwickelten integrierten Handlungskonzepte meist nicht ausreichend in die gesamtstädtische Entwicklungspolitik eingebunden werden.

In Bezug auf die Auswahl der Programmgebiete müssen die Stadtverwaltungen – um überhaupt um Fördergelder des Programms „Sozialen Stadt“ ansuchen zu können – den dringlichen Handlungsbedarf in den ausgewählten Gebieten nachvollziehbar nachweisen und transparent beschließen. Wie sich allerdings herausstellt, verfügen nur sehr wenige Städte über die hierfür notwendigen kleinräumigen Statistiken und systematischen Beobachtungssysteme. Für die Auswahl werden daher häufig eher leicht zu erhebende Kriterien im baulich-städtebaulichen Bereich wie Modernisierungsrückstand und Mängel im Wohnumfeld als Begründung für die Gebietsabgrenzungen angeführt. Vielfach werden jedoch einfach auch bestehende „klassische“ Sanierungsgebiete herangezogen, mit der Förderkulisse der „Sozialen Stadt“ hinterlegt und nicht im Hinblick auf die geänderten Zielsetzungen angepasst. (vgl. Difu 2003: 61-65)

Auch im Hinblick auf die geforderte Prozessevaluierung zeigen sich vor allem methodische Schwierigkeiten bei der Umsetzung: Zum einen führt die Komplexität des Programms „Soziale Stadt“ zu sich überlagernden Wirkungen, die aufgrund ihrer Multikausalität, nicht dezidiert ihren Ursachen zugeordnet werden können. Zum anderen vereint der ressortübergreifende „Mehrebenencharakter“ des Programms verschiedenste Handlungskalküle, wodurch die Maßnahmen durchaus als Kompromisslösungen enden können, deren Zustandekommen im Nachhinein kaum mehr nachvollzogen werden kann. Ein weiteres Problem wird in Bezug die Operationalisierung der Zielsetzungen sowie bei der Entwicklung von adäquaten Indikatoren, Kennwerten und Erhebungsverfahren berichtet. In diesem Zusammenhang wird wiederum der Mangel von kleinräumigen

Monitoringsystemen in vielen Städten kritisiert, welcher eine kontinuierliche Beobachtung der Quartiere sowie die Fortschritts- und Erfolgskontrolle der Maßnahmen erschwert. Dadurch besteht zum einen die Gefahr, dass ungünstige Entwicklungen nicht rechtzeitig erkannt und etwaige Gegenmaßnahmen zu spät verzögert eingeleitet werden. Zudem können die Zusammenhänge zwischen Maßnahmen und Wirkungen schwieriger zugeordnet und bewertet werden, wodurch sich Erkenntnisse nur unzureichend für die Weiterentwicklung der Programme und wissenschaftliche Studien eignen. (vgl. ebd. 2003: 210-212, 236)

Als ein weiterer Kritikpunkt wird die teilweise unzureichende Einbindung der Politik außerhalb der formellen Beschlüsse z.B. zur Gebietsabgrenzung genannt. Insbesondere eine aktive Präsenz der Politiker bei Projekten und Maßnahmen in den Quartieren wäre im Hinblick auf eine breitere Unterstützung und eine verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit aus Sicht vieler Programmbeauftragter wünschenswert. (vgl. ebd. 2003: 235)

In Bezug auf die instrumentell- strategischen Ansätze auf nationaler bzw. föderaler Ebene zeigt das Beispiel der Stadterneuerungspraxis in Großbritannien, dass nicht alle Städte und Kommunen bei dem implementierten Wettbewerbsprinzip mithalten können. Insbesondere für die Stadtteile, in denen die sozialen und baulichen Zustände derart prekär waren, dass nur private Investitionen aktiviert werden konnten, konnten bereitstehende Mittel aufgrund der geltenden Vorgaben nicht bewilligt werden. Dadurch kann das Wettbewerbsprinzip zwar sowohl zu innovativeren Erneuerungskonzepten, aber unter Umständen auch zu einer Verstärkung der sozialräumlichen Benachteiligungsprozesse führen. (vgl. Breitfuss et al. 2004: 17)

Auch beim deutschen Programm „Soziale Stadt“ wird bereits im Jahr 2003 von Städten berichtet, welche die erforderlichen Komplementärmittel zur Co-Finanzierung nicht aufbringen können, und deshalb aus dem Programm austeigen müssen. In diesem Zusammenhang wird auch ein fehlendes dauerhaftes Verstetigungskonzept für das Programm „Soziale Stadt“, insbesondere vor dem Hintergrund der massiven Budgetkürzungen unter der derzeitigen schwarz-gelben Koalition und den Anzeichen einer baldigen Einstellung des Programms, kritisiert. (vgl. Difu 2003: 239f)

Des Weiteren wird in Deutschland bemängelt, dass viele Politikfelder, welche die Problemlagen in benachteiligten Stadtteilen verursachen, nicht im Verantwortungsbereich der Städten und Gemeinden liegen. Dementsprechend werden gesamtstaatliche Reformen sowie eine Koordinationsstelle auf nationaler Ebene gefordert, welche wie z.B. das „Ministerium für Stadtentwicklung und Integration ethnischer Minderheiten“ in den Niederlanden, die inhaltlichen Zielsetzungen wie auch die Fördermittel verschiedener Politikfelder und Ressorts bereits im Vorfeld bündelt. (vgl. ebd. 2003: 242)

---

Auf wissenschaftlicher Ebene erheben sich jedoch ebenfalls Stimmen, die durchaus auch inhaltliche Aspekte der sozialräumlichen Erneuerungsstrategien in den verschiedenen Nationalstaaten in Frage stellen:

So wird z.B. argumentiert, dass die meist pauschale Forderung nach einer „Sozialen Durchmischung“ zur Verbesserung der Zustände in benachteiligten Gebieten nicht empirisch belegt und allenfalls im Hinblick auf die infrastrukturelle Ausstattung der Quartiere zu betrachten sei. Auch gebe es im Umkehrschluss bisher noch keine wissenschaftlichen Aussagen darüber, welches Verhältnis von „sozialer Durchmischung“ optimal und ob diese Ebene auf des Gebäudes, des Wohnblocks, des Quartiers oder der Gesamtstadt anzustreben sei. Viel wesentlicher seien hierfür die politische Kultur und das soziale Miteinander in den Quartieren, die verschiedene Lebensweisen zulässt und respektiert. Trotz dieser Einwände würden Aufwertungsmaßnahmen vielerorts zu wenig reflektiert und Verdrängungsprozesse in Kauf genommen würden.

Darüber hinaus darf bei allem Lob und Anerkennung dieser sozialraumorientierten Stadterneuerungsansätze eines nicht übersehen werden:

Die integrativen und partizipativen Maßnahmen in den Quartieren dienen allerdings häufig oft dazu, die Erscheinungsformen von sozialräumlicher Benachteiligung und struktureller Armut zu lindern, statt tatsächlich gegen deren Ursachen auf gesamtstaatlicher Ebene anzugehen. Diese Erkenntnis bedeutet jedoch nicht, dass sozialintegrative Stadterneuerungsprogramme auf Quartiersebene überflüssig wären! Viel mehr zeigt sich, dass die hochgesteckten Ziele der derzeitigen Erneuerungspolitik, nach der sich die betroffene Bevölkerung „bottom up“ sich selbst helfen soll, ohne strukturell wirksame „top down“ Impulse nicht erreicht werden können.

Allerdings weisen auch Großstädte in Nationalstaaten, welche bereits seit über 20 Jahren sozialintegrative Erneuerungsprogramme durchführen, nach wie vor Quartiere mit hohen Armutskonzentrationen auf. Dies wirft zusätzliche Fragen auf, inwiefern und inwieweit überhaupt regulierend in derartige Prozesse eingegriffen werden kann - Fragestellungen, die bisher wissenschaftlich bei weitem nicht ausreichend geklärt sind. (vgl. Breiffuss et al. 2004: 9, 66-69)





---

# TEIL II

Sozialraumorientierung messen:  
Methoden und Gestaltung der empirischen Untersuchung

## 5 Auswahl und Methoden der empirischen Untersuchung

Die bisherigen Erkenntnisse aus Teil I dienen als Grundlage für die Erarbeitung eines systematischen und exemplarischen Untersuchungsrahmens zur Analyse, inwieweit das Konzept der Sozialraumorientierung, im Sinne einer ressortübergreifenden und quartiersbezogenen Steuerung der Stadterneuerungspraxis in westeuropäischen Städten verankert ist. Darüber hinaus werden mögliche Erhebungsmethoden und Bewertungskriterien dargestellt. Es wird jedoch betont, dass es sich bei diesem Untersuchungsrahmen um ein sehr vollständiges und theoretisches Konstrukt handelt, welches im Zuge dieser Arbeit zwar als Basis für die empirische Untersuchung dient; jedoch in seiner Tiefenschärfe und Ausführlichkeit nicht vollständig beantwortet werden kann.

Neben dem Untersuchungsrahmen werden die Überlegungen zur Auswahl der beiden Stadtteile in Berlin und Wien begründet. Zudem wird das Vorgehen zur Durchführung der Expertengespräche dargelegt wie auch die Profile der befragten Personen vorgestellt.

### 5.1 Untersuchungsrahmen, Bewertungskriterien und Erhebungsmethoden

Die empirische Analyse der Stadterneuerungspraxis in den Städten Berlin und Wien, sowie deren Umsetzung in den Stadtteilen Berlin-Moabit und Wien-Simmering erfolgt in drei Schritten (vgl. Abbildung 33, Tabelle 5):

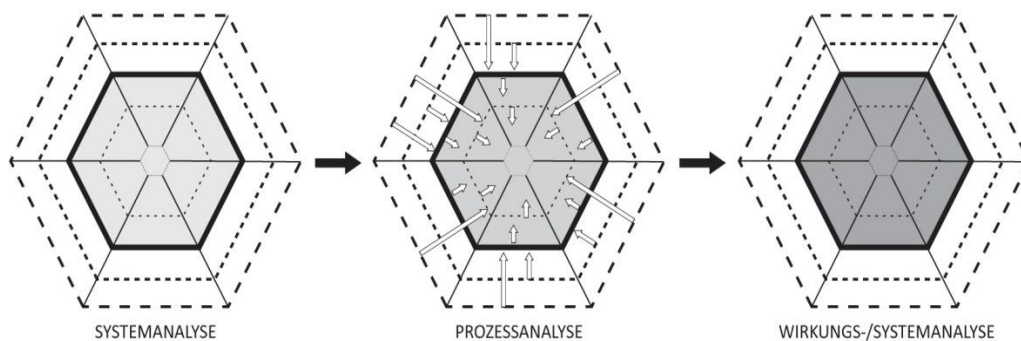


Abbildung 33: Untersuchungsschritte zur System- Prozess- und Wirkungsanalyse

Im **ersten Schritt** werden, **ausgehend von der historischen Entwicklung der Gesamtstadt und des Untersuchungsgebiets** sowie auf Basis der wissenschaftlichen Theorien zum „Sozialen Raum“, die wesentlichen Steuerungsansätze zur Verringerung von sozialräumlichen Benachteiligungsphänomenen sowie die **Rahmenbedingungen der aktuellen Stadterneuerungspraxis** auf den verschiedenen Planungsebenen herausgearbeitet werden. (vgl. Walther 2009: 133-135); (IfS et al. 2004: 227)

Im **zweiten Schritt** wird, auf Basis dieser Systemanalyse, die Umsetzung der aktuellen Erneuerungsstrategien im Zuge einer **Prozessanalyse** untersucht. Diese Analyse bezieht sich, in Bezug auf die „neu-orthodoxen“ Prinzipien sozialintegrativer Stadtpolitik nach Jens-Uwe Walter.

Im **dritten Schritt** erfolgt die **Wirkungsanalyse** der durchgeführten Maßnahmen. Hierbei werden mögliche Veränderungen der Rahmenbedingungen im Quartier aus Schritt 1 und Erkenntnisse aus den Prozessen evaluiert, die Zielerreichung der Maßnahmen gemessen, und für die Weiterentwicklung der Programme und Organisationsstrukturen, rückgekoppelt.

Tabelle 5: Untersuchungsraaster im Überblick (

Schritt 01: SYSTEMANALYSE								
Bauliche Dimension	Soziale Dimension	Ökonomische Dimension	Symbolische Dimension	Politisch-administrativer Steuerungsrahmen				
↓	↓	↓	↓	↓				
Schritt 02: PROZESSANALYSE								
(Wohn-)Raumbezogene Steuerungsansätze								
Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze								
Steuerungsansätze im sozialen Bereich								
Strategische Steuerungsansätze und Prinzipien der Prozessgestaltung								
Analyseinstrumente	Strategische Dokumente	Organisationsstrukturen	Quartiersmanagement	Finanzierung	Information & Öffentlichkeitsarbeit	Partizipation & Bürgerbeteiligung	Evaluierung & Monitoring	Verstetigungsansätze
↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓
Schritt 03: WIRKUNGSANALYSE								
Wirkungen im Quartier					Wirkungen auf den Prozess			

Zur Analyse diese einzelnen Bereiche kann der nachfolgende Fragenkatalog herangezogen werden.

### 1.1. [Wohn-]Räumliche Dimension

- Inwieweit begünstigt die vorliegende Raumstruktur die sozialräumliche Benachteiligung?

*Kriterien: homogene / heterogene, attraktive / unattraktive Wohnsituationen und Quartiersgestaltung, Infrastrukturen und Nahversorgung etc. in Relation zur Gesamtstadt*

- Welche Entwicklungen führten zu dieser spezifischen Raumstruktur?

*Beispiele: historische / ideologische / funktionale / soziale etc.*

- Welche Rolle spielt der Immobilienmarkt?  
*Kriterien: Anbietermarkt / Nachfragemarkt, markbestimmt / reguliert / überhitzt etc.*
- Welche Programme, Instrumente und Maßnahmen wurden genutzt bzw. stehen derzeit zur Verfügung um die räumliche Situation zu verbessern

**Erhebungsmethoden:** Stadtpläne, Stadtentwicklungs- und Erneuerungskonzepte, Literatur/Publikationen, Medien- und Internetrecherche

## 1.2. Soziale Dimension

- Gibt es - neben den allgemeinen Ursachen des Strukturwandels - ortsspezifische Entwicklungen, welche für die sozialen Problemlagen im Untersuchungsgebiet beeinflussen?  
*Beispiele: sozialpolitische/ Umsiedlungsprogramme / ökonomische / territoriale Effekte etc.*
- Inwieweit weicht die soziale Struktur des Untersuchungsgebiets vom gesamtstädtischen Durchschnitt ab?  
*Kriterien und Indikatoren: Arbeitslose / Sozialhilfeempfänger / Einkommensstruktur / Kinderarmut / Bildungsstruktur / Haushaltsstruktur etc. in Relation zur Gesamtstadt*
- Welche Programme, Instrumente und Maßnahmen wurden genutzt bzw. stehen derzeit zur Verfügung um die soziale Situation zu verbessern

**Erhebungsmethoden:** Sozialberichte, Mikrozensus und Statistiken, Stadtentwicklungs- und Erneuerungskonzepte, Literatur /Publikationen, Medien- und Internetrecherche

## 1.3. Ökonomische Dimension

- Gibt es - neben den allgemeinen Ursachen des Strukturwandels - ortsspezifische Entwicklungen, welche für die lokalen Ökonomien im Untersuchungsgebiet beeinflussen?  
*Beispiele: Auslaufen von Wirtschaftsförderungen / Insolvenzen größerer Konzerne / Wandel der Bevölkerungsstruktur und Rückgang der Kaufkraft im Gebiet etc.*
- Welche Stellung hat das Untersuchungsgebiet im Funktionsgefüge der Gesamtstadt?  
*Beispiele: Industrie- und Produktionsgebiet / Einkaufsmeile / Business Distrikt etc.*
- Welche Programme, Instrumente und Maßnahmen wurden genutzt bzw. stehen derzeit zur Verfügung um die lokalökonomische Situation zu verbessern

**Erhebungsmethoden:** Berichte der Wirtschaftskammern, Statistiken, Stadtentwicklungs- und Erneuerungskonzepte, Literatur /Publikationen, Medien- und Internetrecherche

## 1.4. Symbolische Dimension

- Welches Image hat das Untersuchungsgebiet in Relation zur Gesamtstadt?  
*Begründungen: baulich / sozial/ ereignisbedingt etc.*
- Wie wird dieses Image begründet und kommuniziert?  
*Kriterien: Kommunikation durch lokale Medien oder nur innerhalb der Bevölkerung*

**Erhebungsmethoden:** Medien- und Internetrecherche

## 1.5. Politisch-administrativer Steuerungsrahmen

- Welche historischen Entwicklungen auf politisch-administrativer Ebene beeinflussen die Rahmenbedingungen der derzeitigen Stadterneuerungspraxis in der Stadt?  
*Beispiele: Politische Systemwechsel, ideologische Umschwünge, territoriale Grenzverschiebungen etc.*
- Welche politisch-administrative Struktur steht hinter der Stadterneuerung?  
*Kriterien: zentral/dezentral, hierarchisch/kooperativ etc.*

Welche politischen (ideologischen) Grundsätze liegen der derzeitigen Erneuerung zugrunde?

*Kriterien: neoliberal/ keynesianisch etc.*

- Wie sind die Erneuerungsmaßnahmen institutionell verankert?
- Welche Programme, Instrumente und Maßnahmen wurden genutzt bzw. stehen derzeit zur Verfügung um die derzeitige Situation zu verbessern.

**Erhebungsmethoden:** Gesetzestexte, Verwaltungsvereinbarungen, Fachliteratur, Publikationen, Medien- und Internetrecherche

## 2.1 (Wohn-)Raumbezogene Steuerungsansätze

*[sozialraumbezogen] [mehrfachzielbezogen] [niedrigschwellig] [langfristig] [ressortübergreifend]*

## 2.2 Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze

*[regional und sozialraumbezogen] [mehrfachzielbezogen] [aufsuchend] [langfristig] [ressortübergreifend]*

## 2.3 Steuerungsansätze im sozialen Bereich

*[sozialraumbezogen] [mehrfachzielbezogen] [niedrigschwellig] [langfristig] [ressortübergreifend]*

- Welche Maßnahmen werden durchgeführt?
- Welche Zielgruppen sollen durch die Maßnahmen angesprochen werden?  
*Kriterien: Integration verschiedener Zielgruppen wie z.B. gesamte Bevölkerung, Kinder, Jugendliche, Migranten, Alte etc.*
- Welche Akteure sind an der Entwicklung und an deren Durchsetzung beteiligt?  
*Kriterien: Betroffene, Kommunale Verwaltung, Verwaltung auf Landes- oder Bundesebene, Externe Beauftragte, Lokale Institutionen und Vereine, etc.*
- Wie werden die Maßnahmen finanziert? Welche Ressourcen stehen zur Verfügung?  
*Kriterien: Institutionelle Förderung oder Projektförderung*
- Stehen dezentrale Anlaufstellen / Beratungsangebote im Quartier zur Verfügung?
- Wie niedrigschwellig sind die Maßnahmen?  
*Kriterien: Tag, Uhrzeit, zusätzliche Kosten, Information etc.*
- Inwieweit sind die Maßnahmen integrativ und mit Mehrfachzielen verbunden?  
*Kriterien: Überlagerung von mehreren, mindestens aber von zwei verschiedene Lebensbereiche betreffenden Handlungsfeldern; inkl. fachübergreifende Umsetzung und Integration verschiedener Zielgruppen*
- Wie werden die Wirkungen der Maßnahmen gemessen? In welchen zeitlichen Abständen?  
*Kriterien: Anzahl der Teilnehmer, Abschluss von Projekten mit gewünschtem Ergebnis etc.*
- Inwieweit sind die Maßnahmen innovativ?  
*Kriterien: Integration von kreativen und experimentellen Arbeitsansätzen in gewohnte Vorgehens- und Verfahrensstandards*

## 2.4 Strategische Steuerungsansätze und Prinzipien der Prozessgestaltung

### 2.4.1 Strategische Dokumente: Integrierte Handlungskonzepte

*[strategisch] [langfristig] [integriert] [mehrfachzielbezogen] [gebietsbezogen]*

- Inwieweit sind Maßnahmen und Projekte in ein Integriertes Handlungskonzept eingebunden?  
*Kriterien: Maßnahmen und Projekte möglichst als Teil eines breit angelegten Zielsystems.*
- Welche Handlungsfelder werden im Zuge der Maßnahmen bearbeitet? Welche nicht?  
*Kriterien: Möglichst Integration mehrerer Handlungsfelder inkl. deren Bündelung und Abstimmung*
- Auf welche Laufzeit sind die Konzepte angelegt?  
*Kriterien: Möglichst langfristig bzw. der Aufgabenstellung entsprechend*
- Wer ist an der Erarbeitung und am Beschluss der Konzepte beteiligt?  
*Kriterien: Möglichst viele verschiedene Ressort, sowie Einbindung und Beteiligung der Betroffenen*

- Sind mehrere Konzepte und Dokumente für ein Gebiet vorhanden: Inwieweit sind diese aufeinander abgestimmt?

*Kriterien: Möglichst Abstimmung der Konzepte untereinander und Integration ins gesamtstädtische Entwicklungskonzept, Möglichkeit Maßnahmen quartiersbezogen zu anzupassen etc.*

## 2.4.2 Sozialräumliche Stadtbeobachtungssysteme, Prozessevaluierung und Monitoring

*[datengestützt] [regelmäßig] [sozialraumbezogen] [qualitativ und quantitativ]*

- Welche Art von Stadtbeobachtungssystem zur Analyse von sozialräumlichen Benachteiligungsphänomenen steht zur Verfügung?  
*Beispiele: Statistische Berichte, thematische Karten, themenbezogene Berichte, gebietsbezogene Berichte etc.*
- Auf Basis welcher räumlichen Bezugseinheiten werden die Informationen erhoben? Inwieweit sind diese Bezugseinheiten nach sozialräumlichen Kriterien abgegrenzt?  
*Kriterien: Möglichst kleinräumige Bezugseinheiten, welche den alltäglichen Sozialräumen der Bewohner entsprechen.*
- Welche Indikatoren werden erhoben?  
*Kriterien: Möglichst viele Indikatoren verschiedener Handlungsfelder, insbesondere im Hinblick auf die Lebenssituation von speziellen Gruppen wie Kindern, Jugendlichen, Alleinerziehenden, Migranten, Alten, Arbeitslosen etc.*
- In welchen zeitlichen Intervallen werden die Untersuchungen fortgeschrieben?  
*Kriterien: Möglichst kontinuierlich in möglichst geringen Zeitabständen von 1-2 Jahren*
- Welche Rolle spielen qualitative Erhebungsmethoden?  
*Beispiele: Befragungen, Workshops, Stadtteilbegehungen etc.*
- Auf Basis welcher Indikatoren und Merkmale werden die Interventionsgebiete abgegrenzt?  
*Kriterien: Funktionale Grenzen, Infrastrukturen, räumliche Strukturen, soziale Kriterien, verfügbare Mittel etc.*
- Sind kleinräumige Analysen Voraussetzungen für Förderungen?  
*Kriterien: Möglichst kontinuierlich in möglichst geringen Zeitabständen von 1-2 Jahren*
- Inwiefern werden Zielerreichungskriterien zur Erfolgskontrolle festgelegt?  
*Beispiele: Senkung der Leerstände um XX%, Sanierung der öffentlichen Räume um XXm<sup>2</sup>*
- Auf welche Themen beziehen sich die Abschlussberichte?  
*Kriterien: Mittelverwendung, soziale Entwicklungen, bauliche Verbesserungen etc.*
- Inwieweit werden die Erhebungen und Berichte veröffentlicht?  
*Kriterien: Möglichst transparent und öffentlich verfügbar*
- Inwieweit sind Zwischen- und Evaluierungen bereits im Voraus im Budget eingeplant?  
*Kriterien: Möglichst im Voraus festgelegt und Finanzierung gesichert*

**Erhebungsmethoden:** Handlungskonzepte, Zwischenevaluierungen, Endberichte, Medien- und Internetrecherche, Experteninterviews

## 2.4.3 Finanzierungsformen

*[gebietsbezogen] [langfristig] [ressortübergreifend]*

- Inwiefern und auf welcher Ebene werden Fördermittel gebündelt? Welche Ressorts sind beteiligt? Private Kapital erforderlich?  
*Beispiele: Bereits auf übergeordneter Ebene oder im Quartier,*
- Auf welche Laufzeit ist die Finanzierung angelegt?  
*Kriterien: langfristig/kurzfristig, projektbezogen/ Gesamtjahresbudget*
- Welcher Aufwand ist für die Antragstellung erforderlich?  
*Beispiele: Fixbudget, Bewerbungsverfahren mit Konzept und konkretem Einreichdatum, Komplementärmittel etc.*
- Was wird gefördert? Welche Zielgruppen werden gefördert?  
*Kriterien: Bauliche Veränderungen, soziale Projekte,*
- Inwieweit kann von den Vorgaben flexibel abgewichen werden?  
*Kriterien: Flexibilität im Hinblick auf Themenbereiche, Umsetzungszeiträume, Gebietsabgrenzungen etc.*
- Wer entscheidet über die Mittelverwendung?  
*Kriterien: Möglichkeit der Betroffenen über Quartiersfonds mitzuentcheiden? Welche Ebene entscheidet über Mittelvergabe?*

#### 2.4.4 Ebenen- und ressortübergreifende Organisationsstrukturen

[ebenenübergreifend] [ressortübergreifend]

- **Inwieweit sind Organisationsstrukturen ressort- und ebenenübergreifend angelegt?**  
Kriterien: Integration möglichst vieler Ressorts und Ebenen bei gebietsbezogenen Fragestellungen, Bedeutung privater Akteure, Einbeziehung von lokalen Multiplikatoren in die Projekte und Gremienarbeit
- **Inwiefern ist diese Zusammenarbeit institutionalisiert?**  
Kriterien: formell/ informell, aufgrund Voraussetzung einer Förderung / freiwillig / auf Druck der Politik
- **Zu welchen Anlässen / Themenbereichen wird zusammengearbeitet?**  
Kriterien: projektbezogen/ kurzfristig/ dauerhaft, zur Erarbeitung von Konzepten, Umsetzung von Maßnahmen
- **Wie erfolgt der Informationsaustausch?**  
Kriterien: regelmäßig/ unregelmäßig, Bei persönlichen Treffen, Jour Fixes, Gemeinsame Arbeitsorte, Internetplattformen, Koordinationsbeauftragten etc.

#### 2.4.5 Quartiersmanagement

[gebietsbezogen] [langfristig] [ressortübergreifend] [niedrigschwellig]

- **Aufgabengebiete des Quartiersmanagements?**  
Beispiele: Beteiligung der Bevölkerung, Informations-, Beratungs-,Beschwerdestelle, Koordination der Maßnahmen, Durchführung von Maßnahme, Akquise von Fördermitteln, Mieterberatung etc.
- **Auf welche Laufzeit sind die Quartiersmanagements angelegt? Verstetigungskonzept?**  
Kriterien: dauerhaft/ länger als 10 Jahre / 3-5 Jahre, Verstetigung durch Betroffenenelbstverwaltung etc.
- **Wer betreibt das Quartiersmanagement? Wie ist seine institutionelle Stellung?**  
Kriterien: Sozialarbeiter/ Planer/ interdisziplinär, Verwaltungsmitarbeiter / Beauftragte
- **Wie sind die Räumlichkeiten des Quartiersmanagements gestaltet?**  
Kriterien: Lage im Gebiet, Öffnungszeiten, Beratungs- und Versammlungsräume, barrierefrei etc.

#### 2.4.6 Partizipation und Bürgerbeteiligung

[gebietsbezogen] [niedrigschwellig] [langfristig] [demokratisch]

- **Inwieweit ist eine Bevölkerungsbeteiligung vorgesehen? Bei welchen Themen?**  
Kriterien: Formell durch Programmstatuten/ Informell, bei strittigen/ unstrittigen Themen wie Maßnahmen im Verkehr, Wohnumfeld, Bildung etc.
- **Wie hoch ist der Grad der Eigeninitiative unter lokalen Akteuren?**  
Kriterien: Beteiligung / Anwesenheit bei Veranstaltungen
- **Welche Gestaltungsmöglichkeiten und Entscheidungskompetenzen hat die Bevölkerung bzw. deren Vertreter?**  
Kriterien: Dezentralisierte Entscheidungs- und Zuständigkeitsstrukturen, Niedrigschwellige Mit-Mach-Aktionen etc.
- **In welchen zeitlichen Abständen erfolgen die Zusammenkünfte? Wie sind sie organisiert?**  
Kriterien: regelmäßig/ anlassbezogen, selbstverwaltet/ von Seiten der Verwaltung etc.
- **Wie werden die Bevölkerungsvertreter gewählt?**  
Kriterien: langfristig, nur Bewohner die im Gebiet wohnen oder auch außerhalb, Abstimmungsprozedere, Quoten für besondere Gruppen/ Institutionen etc.
- **Inwieweit sind Verfügungsfonds eingerichtet? Wie hoch sind diese dotiert? Wer hat Entscheidungskompetenzen? Wofür können die Mittel verwendet werden?**  
Kriterien: regelmäßig/ anlassbezogen, selbstverwaltet/ von Seiten der Verwaltung etc.

#### 2.4.7 Information und Öffentlichkeitsarbeit

[gebietsbezogen] [niedrigschwellig] [transparent]

- **Zu welchem Zeitpunkt wird die Öffentlichkeit über Maßnahmen im Quartier informiert?**  
Kriterien: anlassbezogen/ regelmäßig, über Printmedien/ Internet/ eigene Quartierszeitung
- **Inwieweit ist die Öffentlichkeitsarbeit niedrigschwellig angelegt?**  
Kriterien: Mehrere Medien gleichzeitig, mehrsprachig, Flyer, Plakate etc.
- **Welche Inhalte werden veröffentlicht und thematisiert?**  
Kriterien: Werden auch strittige Themen und Probleme angesprochen, Förderung des Problembewusstseins etc.
- **Wird der Meinungs Austausch der Bevölkerung gefördert?**  
Beispiele: Mögliche Mitarbeit bei Quartierszeitung, Internetplattform etc.

- Inwieweit werden die Maßnahmen im und außerhalb Quartier sichtbar und den Programmen zuordenbar?

*Beispiele: Logo oder Tafeln bei neu gestalteten Plätzen etc.*

### 2.4.8 Verstetigungsansätze

*[schrittweise] [begleitet]*

- Wer ist der langfristige Träger der Maßnahmen / Angebote?  
*Ehrenamtliche, Vereine, Dritter Sektor, Verwaltung etc.*
- Wie sollen die Maßnahmen / Angebote finanziert werden?  
*Spenden, Fördergelder, Eigenkapital etc.*
- Wie ist die Übergangsphase gestaltet?  
*schrittweise, abrupt etc.*
- Ist eine langfristige wissenschaftliche / professionelle Begleitung und Unterstützung vorgesehen?

**Erhebungsmethoden 2.4.2-8:** Handlungskonzepte, Zwischenevaluierungen, Endberichte, Organigramme, Umsetzungsberichte, Medien- und Internetrecherche, Experteninterviews

### 3.1. Wirkungen im Quartier

- Welche Impulswirkungen konnten im Quartier ausgelöst werden?  
*Kriterien: Merkliche Anstoßwirkung durch Schlüssel- / Leuchtturmprojekte*
- Welche Verbesserungen konnten durch bauliche Maßnahmen im Quartier erzielt werden?  
*Kriterien: Verbesserung der Nutzbarkeit und Aufenthaltsqualität in öffentlichen Räumen, Infrastrukturausbau etc.*
- Welche Verbesserungen konnten durch soziale Maßnahmen im Quartier erzielt werden?  
*Kriterien: Hohe Teilnahme an Projekten, Festen und Stadtteilforen, Stabilisierung/ Verringerung der Arbeitslosenquote, Anteil der Schulabbrecher, Jugendarbeitslosigkeit, Erhöhung der Wohlbefinden innerhalb der Quartiersbevölkerung etc.*
- Welche Verbesserungen konnten durch wirtschaftliche Maßnahmen im Quartier erzielt werden?  
*Kriterien: Verringerung des Leerstands, Stabilisierung und Erweiterung des Nahversorgungsangebot, ggfs. Ansiedlung von Unternehmen und Schaffung von Arbeitsplätzen*
- Welche Verbesserungen konnten auf symbolischer Ebene im Quartier erzielt werden?  
*Kriterien: Möglichst Abstimmung der Konzepte untereinander und Integration ins gesamtstädtische Entwicklungskonzept, Möglichkeit Maßnahmen quartiersbezogen zu anzupassen, hohes Identifikationspotenzial im Gebiet etc.*

**Erhebungsmethoden :** Statistische Erhebungen, Befragungen, Begehungen, Experteninterviews

### 3.2. Erkenntnisse auf institutionell-strategischer Ebene

- Welche Faktoren begünstigen/behindern die Umsetzung von Maßnahmen?  
*Beispiel: Aufgeschlossene/ Pessimistische Akteure, finanzielle Aspekte, Verfügbarkeit von Personal und Sachmitteln etc.*
- Was bewirkte die Bevölkerungsbeteiligung?  
*Kriterien: formell/ informell, aufgrund Voraussetzung einer Förderung / freiwillig / auf Druck der Politik*
- Wurden Ziele erreicht? Warum nicht? Waren die Ziele zu hochgesteckt  
*Kriterien: projektbezogen/ kurzfristig/ dauerhaft, zur Erarbeitung von Konzepten, Umsetzung von Maßnahmen*
- Waren die Ressourcen und Mittel ausreichend?  
*Kriterien: Mussten wichtige und sinnvolle Projekte verworfen bzw. abgebrochen werden, da zu wenige Ressourcen zur Verfügung etc.*
- Welche unerwünschten Nebenwirkungen wurden beobachtet?  
*Beispiele: Erwartungen wurden bei der Quartiersbevölkerung geweckt und nicht erfüllt, Verdrängungsprozesse wurden begünstigt, gewünschte Zielgruppen nicht erreicht etc.*
- Inwieweit konnten langfristig selbsttragende Strukturen geschaffen werden?  
*Kriterien: Dauerhafte Sicherung und Kontinuität des Engagements von lokalen Akteuren, Langfristige Finanzierung außerhalb der Anstoßförderung und personelle Absicherung der Projekte*

**Erhebungsmethoden:** Befragungen der beteiligten Akteure und Institutionen, Abgleich der Statistiken und thematischen Karten vor und nach den Maßnahmen



## 5.2 Auswahl der Untersuchungsbeispiele

Als Untersuchungsbeispiele werden die Städte Berlin und Wien ausgewählt, da beide Städte, durch den Fall des Eisernen Vorhangs 1989 von einer neuen gesamtstädtische Dynamik erfasst und sich derzeit in einem Aufholprozess befinden. Darüber hinaus verfügen beide Städte im Bereich der Stadtentwicklung und Stadterneuerung über eine lange Tradition, die international als richtungsweisend gilt:

Die Stadt Berlin, das Paradebeispiel für Kahlschlagsanierung und Bewohnerwiderstand, verfügt durch intensive Förderprogramme während der Teilung in Ost und West über eine lange Stadterneuerungstradition, und verändert durch die „Grundsätze zur behutsamen Stadterneuerung“ 1984 das deutsche Planungsverständnis tiefgreifend.

Nach der Wende kommt es in der wiedervereinten Stadt zu erheblichen Umbrüchen und zu einer weiteren Verdichtung der Problemlagen. Aufgrund der hohen Anzahl der Problemgebiete und neuen Förderprogrammen wie z.B. die EU-Initiative URBAN oder das Bund-Länder-Förderprogramm „Soziale Stadt“. Berlin wird zu einem der größten Experimentierfelder der Stadterneuerung in Deutschland, in dem die Programme angesichts der lokalen Problemstellungen angepasst und Organisationsstrukturen weiterentwickelt werden.

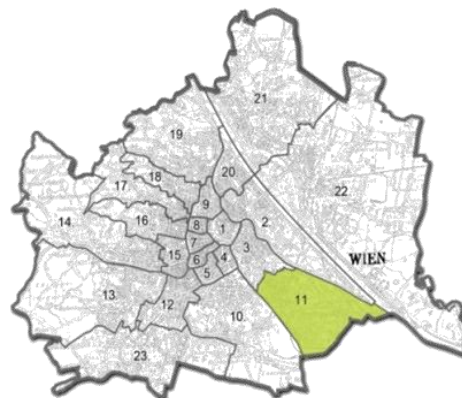
Die Stadt Wien, international auch wegen ihrer sozialen Wohnbaupolitik geachtet, verfügt ebenfalls, aufgrund ihres hohen Anteils an Altbauten, über eine langjährige Erfahrung im Bereich der Stadterneuerung. Zu Beginn der 1980er Jahre wird, als eine Reaktion auf rücksichtslose Entmietungsaktionen privater Eigentümer, ein 12-Punkte-Programm zu einer „sanften, bewohnerorientierten Stadterneuerung“ formuliert, welches bis heute das Planungsverständnis der Stadt prägt. Der Fall des Eisernen Vorhangs, sowie der nahe Balkankrieg, führen in Wien in den 1990er Jahren zu einer verstärkten Zuwanderung. Diese neue Dynamik in der Stadtentwicklung und sowie selektive Wohnraum- und Sanierungspolitik bewirkt im weiteren Verlauf zunehmende Entmischungs- und Konzentrationsprozesse in der Stadt. Obwohl sich die Kernelemente der Stadterneuerung in Wien seit Mitte der 1980er Jahr kaum verändert haben, wird durch die EU-Initiative URBAN ab 1995 eine Welle von experimentellen Modellvorhaben und ein vorsichtiger Umstrukturierungsprozess in der Stadterneuerungspraxis ausgelöst.

Obwohl das deutsche und österreichische Planungsverständnis sich sehr ähnelt und auch die Städte Berlin und Wien Parallelen im Bereich der Stadtentwicklung aufweisen, unterscheiden sich die beiden Stadterneuerungskulissen (vgl. Tabelle 6) in den , aufgrund der nationalen und föderalen Gesetzeslage sowie den historisch gewachsenen politisch-administrativen Strukturen deutlich.

Doch gerade diese Unterschiede haben das Potenzial, die Wirkungskausalitäten der verschiedenen Instrumente im komplexen Feld der Stadterneuerung zu verdeutlichen.



BERLIN | Moabit



WIEN | Simmering

Abbildung 34: Lage von Berlin-Moabit und Wien-Simmering

Insbesondere die quartiersbezogenen Instrumente werden im Zuge der nachfolgenden empirischen Analyse stichprobenartig, in abgegrenzten Untersuchungsgebieten, mittels Experteninterviews auf ihre internen Abläufe und Auswirkungen untersucht.

Hierfür wird in Berlin der Ortsteil Moabit im Bezirk Mitte mit ca. 71000 Einwohnern und in Wien der Bezirk Simmering mit ca. 86 000 Einwohnern ausgewählt.

Die beiden Stadtteile gelten jeweils als klassische Arbeiterbezirke, in denen verdichtete städtebauliche und soziale Problemlagen identifiziert wurden und welche derzeit durch verschiedene Stadterneuerungsmaßnahmen bearbeitet werden. (vgl. Tabelle 6)

Sowohl Berlin-Moabit als auch Wien- Simmering gehören jedoch weder zu den typischen von Gentrifizierung gefährdeten „Trend“-Vierteln, noch gelten sie zu den am meisten

benachteiligten Gebieten in der Gesamtstadt, die bisher in einem außerordentlichen Fokus der Stadterneuerung standen.

Beide Stadtviertel verfügen über eine mehrere Kilometer lange Hauptgeschäftsstraße, die weder über ein definiertes Zentrum noch über eine hohe Aufenthaltsqualität verfügt. Beide Geschäftsstraßen haben zudem mit Abwertungstendenzen zu kämpfen.

Für die weitere Untersuchung der Stadterneuerungspraxis in Moabit und Wien- Simmering erfolgt auf Basis des entwickelten Untersuchungsrahmens.

Tabelle 6: Wesentliche Strategien zur Stadterneuerung in Berlin und Wien (

	Deutschland/ BERLIN/ Moabit	Österreich/ WIEN / Simmering
(Supra-)Nationale Strategien	<u>Förderprogramme u.a.:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- EU Initiative URBAN,</li> <li>- EU Fonds :EFS, EFRE</li> <li>- „Klassische Stadterneuerung“ nach §§ 136 ff BGB</li> <li>- Stadtumbau West</li> <li>- „Soziale Stadt“</li> <li>- „Aktive Zentren“</li> </ul>	<u>Förderprogramme u.a.:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- EU Initiative URBAN,</li> <li>- EU Fonds: EFS, EFRE</li> </ul>
Gesamtstädtische/ Föderale Strategien	<u>Strategische Grundsätze und Dokumente u.a.:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Monitoring „Soziale Stadtentwicklung“</li> <li>- Rahmenstrategie „Soziale Stadtentwicklung“</li> <li>- Zukunftsinitiative Stadtteil (ZIS)</li> <li>- Handbuch zur Sozialraumorientierung</li> <li>- Handbuch zur Partizipation</li> <li>- Handbuch zur Sozialraumorientierung</li> <li>- Planungsraumbezogene Informationssystem für Monitoring und Analyse (PRISMA)</li> </ul> <u>Strategische Dokumente u.a.:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- (Klassische) Sanierungsgebiete Stadterneuerung</li> <li>- Aktive Zentren</li> <li>- Stadtumbau Ost/ West</li> <li>- Soziale Stadt Quartiersmanagement</li> <li>- Aktionsräume plus</li> </ul>	<u>Strategische Grundsätze und Dokumente u.a.:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Grundsätze der „Sanften Stadterneuerung“</li> <li>- STEP 05</li> <li>- Regierungsübereinkommen Rot-Grün 2010</li> <li>- <u>Bauliche Erneuerung:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wohnhaussanierung</li> <li>- Blocksanierung</li> <li>- Wiener Wohnen</li> </ul> </li> <li>- Gebietsbetreuung Stadterneuerung</li> <li>- Wiener Wohnservice inkl. wohnpartner</li> <li>- WKO Geschäftsstraßenmanagement</li> </ul>
Quartiersbezogene Strategien in Berlin Moabit / Wien - Simmering	<u>Klassische Stadtsanierung</u> Turmstraße und Beusselstraße <u>Stadtumbau</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Tiergarten-Nordring-Heidestraße</li> </ul> <u>Soziale Stadt (Quartiersmanagement):</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Quartiersmanagement Beusselkiez</li> </ul> <u>Aktionsräume plus :</u> Wedding- Moabit <u>Stadtteilzentren :</u> Aktive Stadtzentren Turmstraße	<u>Zielgebiet Simmering:</u> <u>Gebietsbetreuung 11/3 (2/20)</u> <u>Geschäftsstraßenverein/-management 11 wohnpartner 3/4/11</u> <u>Sozialräumliche Betreuungsangebote:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Parkbetreuung / Fair-Play-Team</li> <li>- Regionalstelle MA17-Ost</li> </ul>

### 5.3 Auswahl der Experten und Durchführung der Interviews

Neben einer Untersuchung von Gesetzestexten, Sekundärliteratur und Programmdokumenten und einer Internetrecherche, werden im Zuge dieser Arbeit Befragungen von Experten aufschlussreiche Informationen zur Klärung von Detailfragen.

Experteninterviews gehören zu den qualitativen Untersuchungsmethoden und dienen der Rekonstruktion von sozialen Sachverhalten und Prozessen. Dazu werden Personen befragt, die durch ihre Beteiligung an diesem sozialen Kontext über ein spezielles Expertenwissen verfügen und dadurch dem Forscher einen exklusiven Einblick in Strukturen und Abläufe des Sachverhalts gewähren können.(vgl. Gläser & Laudel 2009: 13)

Meuser und Nagel definieren einen Experten als eine Person, die

o „ein klares und abrufbares Wissen auf einem abgegrenzten Gebiet hat“

o „Verantwortung trägt für den Entwurf, die Implementierung oder die Kontrolle einer Problemlösung“

o „privilegierten Zugang zu Infos über Personengruppen bzw. Entscheidungsprozesse hat“

(Meuser & Nagel 1991: 443)

Zudem liegt die strategische Auswahl eines Experten immer auch im Ermessen und Forschungsinteresse des jeweiligen Wissenschaftlers.(vgl. Meuser & Nagel 1991: 443)

In diesem Zusammenhang werden für die Untersuchung der Berliner und Wiener Stadterneuerungspraxis Kontaktpersonen der einzelnen Instrumente und Programme in den jeweiligen Stadtteilen Moabit und Simmering sowie auf gesamtstädtischer Ebene, ausgewählt.

Von diesen wird erwartet, dass sie einerseits einen umfassenden Einblick in ihre zu den Abläufen und Strukturen ihres Stadterneuerungsbereichs geben können und gleichzeitig auch einen Überblick und Einordnung ihres Bereichs im gesamtstädtischen Stadterneuerungskontext geben können.

Die Auswahl der Experten erfolgt zum einen über persönliche Kontakte der Betreuerin und wissenschaftlichen Assistentin des Instituts für Soziologie an der TU Wien Wencke Hertzsch, die selbst über mehrere Jahre beim Quartiersmanagement Moabit/West tätig war. Zum anderen werden die zuständigen Ansprechpartner auf Basis von Kontaktdaten auf den jeweiligen Webseiten der Programme, angeschrieben.

Einige dieser Ansprechpartner verwiesen, im Hinblick auf die Fragestellung dieser Arbeit auf aus ihrer Sicht kompetentere Kollegen, wodurch sich neue Kontakte ergaben. Teilweise wurden aber auch im Zuge der Gespräche von den Interviewpartnern weitere Ansprechpersonen vorgeschlagen, welche ihrer Meinung nach einen tieferen Einblick in besprochene Themenbereiche verfügten.

Insgesamt werden im Zeitraum von im Januar bis Mai 2012 21 Interviews durchgeführt; davon zehn in Berlin, 11 in Wien. Dabei werden folgende Experten befragt, die nachfolgend, gemäß der zeitlichen Abfolge der Interviews und unter Vernachlässigung ihrer Titel, aufgeführt sind:

## **BERLIN**

**Gisbert Preuß**, Geschäftsführer der KoSP GmbH, seit Februar 2010 im Auftrag des Bezirksamts Mitte als Projektsteuerer im Rahmen des Förderprogramms Aktive Zentren für das Gebiet Turmstraße tätig

**Gudrun Matthes**, Leiterin der Abteilung IV C 1 des Referats für Stadterneuerung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, zuständig für Stadterneuerungsverfahren, Programmsteuerung, Grundsatzfragen.

**Petra Patz-Drüke**, Leiterin der Stabstelle Sozialraumorientierte Planungskoordination am Bezirksamt Mitte von Berlin seit 2011, vorher Beauftragte für Stadtteilmanagement im Bezirk Mitte.

**Helmut Rösener**, ehemaliger Projektleiter des Sanierungsgebiets Quartiersmanagements Moabit-West/ Beusselstr., angestellt beim beauftragten Unternehmen S.T.E.R.N., derzeit Projektleiter für das Stadtumbaugebiet Tiergarten – Nordring / Heidestraße Teilbereiche C und D.

**Beatrice Pfitzner**, Leiterin des Quartiersmanagements Moabit-West/ Beusselstr.

**Ingeborg Beer**, Inhaberin des Büro für Stadtforschung + Sozialplanung, u.a. Mitarbeit bei der Ausarbeitung des Gebietsmonitoring und Programmevaluierung für das Programm Stadtumbau und Integrierte Handlungskonzept für Aktionsräume plus Wedding-Moabit.

**Stephan Lange**, Koordinator für das Stadtumbaugebiet Tiergarten-Nordring/Heidestraße, zuständig für die vorbereitende Bauleitplanung beim Amt für Planen und Genehmigen, Bezirksamt Berlin-Mitte.

**Nicola Bölter**, zuständige Projektleiterin für den „Aktionsraum plus“ Wedding- Moabit der beauftragten Stiftung Sozialpädagogisches Institut spi.

**Holger Weichler**, zuständiger Mitarbeiter des Stadtplanungsbüros „die raumplaner“, beauftragt für das Geschäftsstraßenmanagement im Zuge des Programms „Aktive Zentren“ im Bereich der Turmstraße.

**Regina Sagner**, Koordinatorin des Monitorings Stadtumbau Tiergarten-Nordring/Heidestraße und der Bezirksregionenprofile Moabit Ost und West, zuständig für die Pflege des Geoinformationssystems beim Amt für Planen und Genehmigen, Bezirksamt Berlin-Mitte.

## WIEN

**Gerhard Berger**, u.a. Sachbearbeiter für Stadterneuerungsprogramme: Sanierungsinitiativen, Gebietsbetreuungen, Geschäftsstraßen bei der - Magistratsdirektion - Stadtbaudirektion- Gruppe Hochbau.

**Andrea Breiffuss**, Inhaberin des Raumplanungsbüros kon-text, seit 2007 beauftragte Projektleiterin der Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 11. Bezirk, seit 2012 auch im Beauftragte für die Gebietsbetreuung im 3. Bezirk.

**Norbert Nollinger**, Geschäftsführer der Freizeit und Parkbetreuung Simmering. seit 1995 in der Jugendarbeit in Simmering tätig,

**Thomas Götz**, Einkaufsstraßenmanager u.a. für den Bezirk Simmering des Wiener Einkaufsstraßen-Management der Wirtschaftskammer Wien

**Thekla Hochmayer**, Obfrau des Geschäftsstraßenvereins Simmeringer Hauptstraße und Inhaberin des traditionsreichen Weinhaus Hochmayer in Simmering.

**Imola Galvácsy**, Leiterin der Regionalstelle MA-17 Ost der Magistratsabteilung MA 17 Integration und Diversität, zuständig für die Bezirke 3,11,22.

**Jürgen Neuhuber**, stellvertretender Teamleiter des wohnpartner 3., 4., 11., Nachbarschaftsservice im Wiener Gemeindebau.

**Rainer Hauswirth**, stellvertretender Leiter der Abteilung Stadtforschung und Raumanalysen Magistratsabteilung 18. Tätig in den Aufgabenbereichen Forschungskoooperationen, Infrastrukturbedarf, Sozioökonomische Analysen und Arbeitsmarktdaten.

**Roman Andriik**, Bezirksreferent von Wiener Wohnen für den Bezirk Simmering,, intermistischer Kundendienststellenleiter in Simmering.

**Peter Stanzl**, Leiter der Gruppe Sozialplanung der Magistratsabteilung 24, Mitarbeit im Ausschuss für Sozialschutz und soziale Eingliederung (Gemeinsamer Ländervertreter),

**Andreas Pfleger**, Dezernatsleiter der Magistratsabteilung 21B, tätig im Bereich der Flächenwidmung und Stadtteilplanung für den 10. und 11. Bezirk, seit 2012 Zielgebietskoordinator für das Zielgebiet Simmering.

**Martin Forstner**, Quartiersbüroleiter Zwischenbrücken der Gebietsbetreuung 2./20.

Die Gespräche werden in Berlin Ende Januar 2012 und in Wien in einem Zeitraum von Mitte Februar bis Ende April 2012 durchgeführt. Dementsprechend beziehen sich die Ergebnisse nachfolgender Analyse in erster Linie auf den Informations- und Erkenntnisstand des 1. Quartals 2012.

Bis auf ein Gespräch, werden die Interviews digital aufgenommen und anschließend transkribiert. Mit dem Interview werden die Aspekte der Forschungsfragen, gemäß dem

entwickelten Untersuchungsraaster, näher beleuchtet und analysiert werden. Die Befragung der Experten wird durch einen Interviewleitfaden unterstützt (vgl. Anhang).

Abhängig vom jeweiligen Interviewpartner bzw. dem zu analysierenden Sachverhalt werden bei den Interviews dementsprechend thematische Schwerpunkte gesetzt.

Um die Transparenz der Prozesse gemäß dem Punkt „Öffentlichkeit und Wissensmanagement“ eingehender herauszuarbeiten, wird die Verfügbarkeit von Informationen während des Rechercheprozess dokumentiert und mittels einer „sequenziellen Analyse“ im Text ersichtlich gemacht. Die Interviews wurden mit Hilfe eines Diktiergeräts aufgezeichnet und im Anschluss paraphrasiert .

Zur Auswertung der Befragungen wird die Methode der „qualitativen Inhaltsanalyse“ nach Mayring angewandt. Diese sieht vor, die vorhandenen Informationen systematisch und theoriegeleitet sowie anhand von eigens am Material entwickelten, Kriterien und Kategorien zu analysieren. (vgl. Mayring 2002: 114)





---

# TEIL III

Analyse sozialraumorientierter Steuerungsansätze:  
Stadterneuerungspraxis in Berlin und Wien

## 6 Stadterneuerungspraxis in Berlin | Moabit

Die Stadt Berlin kann als Präzedenzfall für die Entwicklungen in der deutschen Stadterneuerungsplanung betrachtet werden: Die geopolitischen Lage und die Teilung nach zweiten Weltkrieg beeinträchtigt, sowohl die sozialräumliche, als auch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Berlin bis heute. Die extremen baulichen und sozialen Problemlagen in Berlin, bedingen aber auch eine hohe Anzahl an Förderprogrammen und Maßnahmen in den Quartieren. Aus diesen Gründen verfügt die Stadt Berlin über eine jahrzehntelange Erfahrung im Bereich der Stadterneuerung. Diese einzigartigen Rahmenbedingungen bedingen jedoch auch eine spezifische Berliner Stadterneuerungskultur, welche letztlich auch die Stadterneuerungspolitik auf Bundesebene nachhaltig beeinflusst.

Die nachfolgende Untersuchung stellt eine Annäherung dar, die sozialräumlichen Rahmenbedingungen mit den aktuellen Steuerungsansätze, die beteiligten Akteure und Institutionen sowie die beobachtete Wirkungen, in Bezug auf eine sozialraumorientierte Stadterneuerung in Berlin | Moabit, in Zusammenhang zu stellen.

### 6.1 Überblick:

#### Sozialräumliche Rahmenbedingungen in Berlin | Moabit

Arm aber sexy: In Berlin zeigen sich heute, 20 Jahre nach dem Fall der Mauer, höchst ambivalente Stadtentwicklungstendenzen: Auf der einen Seite gilt die deutsche Hauptstadt als eine der attraktivsten Metropolen Europas, die vor allem junge Kreative aus der ganzen Welt anzieht. Medienwirtschaft, Wissenschaft und Kultur profitieren; allein in den letzten 5 Jahren verzeichnet die Stadt ein Plus von 75000 Einwohnern .

Auf der anderen Seite ist Berlin auch die Hauptstadt der Armut: Rund 20 % der Bewohnerinnen ist auf die staatliche Mindestsicherung Hartz IV angewiesen (vgl. [www.amtliche-sozialberichterstattung.de](http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de)). Diese gesellschaftliche Polarisierung spiegelt sich auch in den Berliner Stadtvierteln wieder. Insbesondere die Altstadtquartiere der westlichen Innenstadt sowie die Großwohnsiedlungen in Stadtrandlagen weisen großflächig verdichtete Problemlagen auf.(vgl. Häußermann et al. 2008: 5)

Zur Stabilisierung dieser benachteiligten Stadtquartiere werden in Berlin bereits seit Jahrzehnten staatlich geförderte Sanierungsgebiete festgelegt. Ab 1999 bringt das Bundesländer-Förderprogramms „Soziale Stadt“ neue Impulse und zusätzliche Mittel im Bereich der Stadterneuerung: Insgesamt 38 Programmgebiete „mit besonderem Entwicklungsbedarf“ werden ausgewiesen und Quartiersmanagements eingerichtet. Ab 2009 werden diese kleinräumigen Programme durch die quartiersübergreifende Initiative

„Aktionsräume plus“ ergänzt. Dieses Landesprogramm unterstützt innovative und experimentelle Vorhaben, die nicht im Rahmen von bestehenden Städtebauförderkulissen berücksichtigt werden.

Zur Feststellung und Weiterverfolgung von gebietsbezogenen Handlungsbedarfe wird bereits 1998 das „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ zur kontinuierlichen Stadtbeobachtung von sozialräumlichen Entwicklungen auf Gebietsebene implementiert. Für dieses kleinräumige Frühwarnsystem werden die bestehenden statistischen Zählbezirke durch "Lebensweltlich orientierten Räume" (LOR) ersetzt.

Diese "Lebensweltlich orientierten Räume" dienen als räumlicher Bezugsraum der „ressortübergreifenden Sozialraumorientierung“, welche der Berliner Senat als primären Bestandteil der Rahmenstrategie „Soziale Stadtentwicklung“ 2009 beschließt. In einem „Handbuch zur Sozialraumorientierung – Integrierte Stadt(teil)entwicklung“ werden hierfür fünf Themenbereiche mit konkreten Instrumenten und Umsetzungsvorschlägen vorgestellt. Dazu gehören u.a. ein statistischer Datenpool als Basis für das „Planungsraumbezogene Informationssystem für Monitoring und Analyse“ (PRISMA), sowie neue Koordinationsstrukturen auf Senats- und Bezirksebene wie z.B die "Sozialraumorientierte Planungscoordination" und ämterübergreifende Arbeitsgruppen in den Bezirken. (vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de](http://www.stadtentwicklung.berlin.de)).



Abbildung 35: Stadträumliche und administrative Struktur der Bezirksregionen Moabit Ost und West,

### 6.1.1 [Wohn-]Räumliche Dimension

#### **Gesamtstadt Berlin: Historische Annäherungen**

Die heutige sozialräumliche Gliederung der Stadt Berlin basiert auf mehreren Phasen der Siedlungsentwicklung:

Vom 16. bis zum 18. Jahrhundert erfolgt, in der damaligen Residenzstadt Preußens, eine Phase der Stadterweiterung in Richtung dem westlich gelegenen Potsdam, dem Rückzugsort des Königs und der Adligen. In diese Zeit fällt auch die Anlage, bis heute bedeutender, aristokratischer Grün- und Repräsentationsräume, wie z.B. dem Großen Tiergarten und der Promenade „Unter den Linden“. (vgl. Häußermann & Kapphan 2000: 26-29)

Durch das unkontrollierte Bevölkerungswachstum zur Zeit der Industrialisierung steigt die Einwohnerzahl von Berlin von rund 412.000 im Jahr 1843 auf knapp 2 Millionen im Jahr 1912. In dieser Zeit kommt es zur Eingemeindung zahlreicher Vorstädte und es entstehen die prägenden gründerzeitlichen Quartiere und enge, spekulative Mietskasernen auf Basis des „Hobrecht-Plans“. (vgl. ebd. Häußermann & Kapphan 2000: 31-36 )

Mit dem Ende des Kaiserreichs und der sozialistischen Prägung der Weimarer Republik entstehen in den 1920er Jahren weitläufige, öffentlich geförderte Großwohnsiedlungen am westlichen und nördlichen Stadtrand. Die Siedlungen werden von gemeinnützigen Gesellschaften rund 135.000 bezahlbare Wohnungen errichtet.

Das Ende des zweiten Weltkriegs und die Teilung der Stadt markiert eine wesentliche Zäsur in der Stadtentwicklung Berlins: Rund ein Drittel der Gebäude in der Gesamtstadt sind zerstört, zudem wird der Westteil Berlins wirtschaftlich und räumlich vom Stadtumland isoliert. Von da an entwickelt sich die Stadt in zwei verschiedene Richtungen. (vgl. ebd. 2000: 48f)

#### *Westberlin*

Der Westteil Berlins wird als eine Exklave der BRD und „Schaufenster zur freien Welt“ massiv, durch öffentliche Förderungen in allen Bereichen, subventioniert.

Der Wiederaufbau erfolgt sowohl durch Neubau von modernen und „demokratischen“ Großwohnsiedlungen als auch durch die provisorische Instandsetzung der bestehenden Gebäude bzw. deren Ersatz durch schmucklose Mehrfamilienhäuser in weniger zerstörten Stadtgebieten. Die Wohnungen in den Neubauten entstanden meist als öffentlich geförderte Sozialwohnungen mit Belegungs- und Mietpreisbindungen.

Trotz vieler „Berliner Vergünstigungen“ wie bezahlbaren Mieten, eine Aussetzung der Wehrpflicht und Lohnzulagen sinkt die Einwohnerzahl in West-Berlin nach dem Bau der Mauer. Daher werden zu Beginn der 1960er Jahren Maßnahmen getroffen, um den

---

Arbeitskräftemangel, durch die Erhöhung der Frauenerwerbsquote und die Anwerbung von Gastarbeitern aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien, auszugleichen. Zwischen 1960 und 1972 steigt die Anzahl der ausländischen Mitbürger in Westberlin von 22.000 auf 190.000. (vgl. [www.sanierung-berlin.de](http://www.sanierung-berlin.de))

Nach dem die erste Wohnungsnot durch die Ersatzbauten gelindert ist und die Nachfrage nach Wohnungen in den verbliebenen maroden Altbauten sinkt, werden im Rahmen des ersten Stadterneuerungsprogramms 1964/65 große Sanierungsgebiete in der Innenstadt und am Stadtrand ausgewiesen. Mit dem Ziel der „Flächensanierung“ werden im Rahmen dieses Programms 10.000 Wohnungen saniert sowie 43.000 Wohnungen abgerissen und durch 24.000 moderne Neubauwohnungen ersetzt. Mit dieser Strategie wird gleichzeitig die Umsiedlung der „problematische“ Bevölkerungsstruktur in den „rückständigen“ Vierteln (Zapf 1969 in Häußermann & Kapphan 2000: 78) forciert. Diese staatlich geförderte Abrissanierung wird durch beauftragte Sanierungsträger organisiert und weitgehend ohne Rücksicht auf die ansässigen Bewohner durchgeführt. In sogenannten Sanierungserwartungsgebieten entstehen, durch Abwärtsspiralen aus Deinvestitionen, Fortzügen, Geschäftsschließungen und baulichem Zerfall, soziale Brennpunkte.

1971 tritt das Städtebauförderungsgesetz in Kraft, welche die Problematik der Flächensanierung, u.a. durch vorbereitende Untersuchungen, die frühzeitige Beteiligung von Betroffenen und die Erstellung von Sozialplänen, berücksichtigt. (vgl. [www.sanierung-berlin.de](http://www.sanierung-berlin.de))

Mitte der 1970er Jahre, im Rahmen des 2. Stadterneuerungsprogramms 1974, formiert sich Widerstand gegen die Luxussanierung in den festgelegten Abrissgebieten und ansässige Bewohner engagieren sich in Betroffenvetretungen und Bürgerinitiativen. Der Gedanke der erhaltenden Stadterneuerung wird u.a. durch Wettbewerbsauslobung „Strategien für Kreuzberg“ und dem Beschluss der Internationalen Bauausstellung (IBA) Kreuzberg 1978 konkretisiert.

Viele bereits entmietete Häuser werden zudem von Hausbesetzern okkupiert und in Eigenarbeit provisorisch Instand gesetzt. Bei Räumungsversuchen in den Jahren 1980/81 eskaliert die Lage und es kommt zu Straßenschlachten zwischen Polizei und Hausbesetzern. (vgl. Häußermann & Kapphan 2000: 72-83)

Nach dieser Krise ist die Verfolgung der Abrissanierung politisch nicht mehr tragbar. 1983 werden im Vorfeld der IBA folgende zwölf Grundsätze der „Behutsamen Stadterneuerung“ vom Abgeordnetenhaus beschlossen (SenBauWohn 1990: 64):

1. *Die Erneuerung muss mit den jetzigen Bewohnern und Gewerbetreibenden geplant und - substanzerhaltend – realisiert werden.*
2. *Planer sollen mit Bewohnern und Gewerbetreibenden in den Zielen der Erneuerungsmaßnahmen übereinstimmen, technische und soziale Planungen Hand in Hand gehen.*
3. *Die Eigenart Kreuzbergs soll erhalten, Vertrauen und Zuversicht in den gefährdeten Stadtteilen müssen wieder geweckt werden. Substanzbedrohende Schäden an Häusern sind sofort zu beseitigen.*
4. *Behutsame Änderung von Grundrissen soll auch neue Wohnformen möglich machen.*
5. *Die Erneuerung von Wohnungen und Häusern soll stufenweise geschehen und allmählich ergänzt werden.*
6. *Die bauliche Situation soll durch wenige Abrisse, Begrünung im Blockinneren, Gestaltung von Fassaden verbessert werden.*
7. *Öffentliche Einrichtungen sowie Straßen, Plätze und Grünbereiche müssen bedarfsgerecht erneuert und ergänzt werden.*
8. *Beteiligungsrechte und materielle Rechte der Betroffenen bei der Sozialplanung müssen geregelt werden.*
9. *Entscheidungen für die Stadterneuerung müssen offen gefunden und möglichst am Ort diskutiert werden. Die Betroffenenvertretung ist zu stärken.*
10. *Stadterneuerung, die Vertrauen erzeugt, braucht feste Finanzzusagen. Das Geld muss schnell und auf den Fall bezogen ausgegeben werden können.*
11. *Es sind neue Formen der Trägerschaft zu entwickeln. Treuhänderische Sanierungsträgeraufgaben(Dienstleistungen) und Baumaßnahmen sollen getrennt werden.*
12. *Die Stadterneuerung nach diesem Konzept muss über die Zeit der IBA hinaus gesichert sein.*

Diese Grundsätze der „Behutsamen Stadterneuerung“, sowie deren erste exemplarische Umsetzung der IBA Berlin 1984 im Rahmen der erhaltenden Gebäudeinstandsetzung im Bereich SO36 in Kreuzberg, gelten international als richtungsweisend. (vgl. [www.sanierung-berlin.de](http://www.sanierung-berlin.de))

#### *Ostberlin*

Im Gegensatz zu Westberlin, wo noch bis in die 1970er Jahre eine mögliche Wiedervereinigung der Stadt als Planungskriterium miteinbezogen wird, versucht die politische Führung des neu gegründeten Staates den Ostteil von Berlin als „Hauptstadt der DDR“ zu etablieren. Diese herausragende Stellung wird symbolisch mit der Gestaltung des Alexanderplatzes als neues Zentrum und der Errichtung des Palasts der Republik untermauert.

Nach der Errichtung der Berliner Mauer ziehen die Menschen aus der gesamten DDR in die neue Hauptstadt. Im Zeitraum von 1961 bis 1988 steigt die Bevölkerungsanzahl von 230.000 auf 1.285.000 Einwohner. (vgl. Häußermann & Kapphann 2000: 59f, 68)

---

Die zentralen Elemente der sozialistischen Wohnbaupolitik bilden die Verstaatlichung des Bodens und staatliche Zuteilung von Wohnungen.

Der Schwerpunkt dieser Wohnbaupolitik liegt zunächst auf der Neubautätigkeit von Großwohnsiedlungen am Stadtrand. Um die großen Wohnraumnachfrage schnellstmöglich zu decken, wird die eigens entwickelte Plattenbauweise angewandt.

Die Stadterneuerung erfolgt zunächst nur im Rahmen von provisorischen Instandsetzungsarbeiten an Bestandsgebäuden. Nachdem die Wohnraumnachfrage in Berlin jedoch nicht über den Neubau gedeckt werden kann, rückt die Sanierung von Altbauten in den Fokus. Gemäß eines Beschlusses der Bezirksdelegierten aus dem Jahr 1979, sollen die Abrisse in Innenstädten auf ein Minimum beschränkt und auf Basis von Umgestaltungsplänen saniert werden.

Jedoch auch mit diese Strategie erweist sich als nicht ausreichend, um den Wohnraummangel in Ostberlin auszugleichen. Dementsprechend werden Planungen angestellt, die bislang vernachlässigten Altbaugebiete Prenzlauer Berg und Friedrichshain abzureißen und durch Neubauten zu ersetzen. Auch hier engagierensich die Bewohner gegen die Abrissplanungen. Diese Pläne werden jedoch von der Wiedervereinigung durchkreuzt und nie umgesetzt. (vgl. [www.sanierung-berlin.de](http://www.sanierung-berlin.de))

#### *Gestamtstadt Berlin ab 1989*

Mit der Öffnung der Mauer im November 1989 ändern sich die Rahmenbedingungen für sozialräumliche Entwicklungen in der Stadt Berlin schlagartig:

Für den Ostteil der Stadt ergeben sich erhebliche, strukturelle Veränderungen im Bereich der Güter- und Wohnraumversorgung und in Bezug auf das Eigentumsrecht. West-Berlin verfügt im Gegenzug wieder über ein Hinterland, verliert jedoch auch seinen langjährigen Sonderstatus. Der Wegfall von Subventionen führt hier vor allem zur Schließung von Unternehmen im Produktionssektor, die bisher als „verlängerte Werkbänke des Westens“, vom Berliner Lohnkostenvorteil profitiert haben. (vgl. Häußermann & Kapphan 2000: 91)

Ein erwarteter Bevölkerungsanstieg bleibt jedoch aus, da Viele nach der Grenzöffnung direkt in andere westdeutsche Städte ziehen. Stattdessen verringert sich die Einwohnerzahl von Berlin von 3.475.392 Einwohnern im Jahr 1993 auf 3.387.828 Einwohner 2004.

Aus (wohn-)räumlicher Sicht liegen die Herausforderungen unmittelbar nach der Wiedervereinigung in der Restitution des Privateigentums in Ost-Berlin, der Privatisierung des öffentlichen Wohnbaubestandes sowie der Sanierung und Modernisierung von Altbauquartieren. (vgl. Häußermann & Kapphan 2000: 102)

Für die Instandsetzung der am meisten vom Verfall und Leerstand betroffenen Altbauquartiere, insbesondere in den grenznahen Bezirken Prenzlauer Berg und Mitte, werden 1990 25 Mio. DM im Rahmen eines Sofortprogramms zur Verfügung gestellt. (vgl. [www.sanierung-berlin.de](http://www.sanierung-berlin.de))

Von den Restitutionsen sind vor allem Altbaubestände aus der Zeit vor 1918 betroffen, die nach der Wende noch ein Drittel des Wohnungsbestandes im ehemaligen Ostteil von Berlin ausmachen. Die Rückgabe dieser Liegenschaften führt einerseits zur raschen Verkäufen und Sanierungen, andererseits auch zu Investitionsverzögerungen durch unklare Eigentumsverhältnisse und langwierige Rechtsstreitigkeiten, welches sich bis Ende der 1990er Jahre hinziehen. (vgl. Häußermann & Kapphan 2000: 102)

Nach der Wiedervereinigung liegt die Anzahl des kommunalen Wohnungsbestands in West-Berlin bei 236.000 Wohnungen (28% des Gesamtwohnungsbestands) und in Ost-Berlin bei 246.000 Wohnungen (39%). Diese Wohnungen werden zu dieser Zeit von 20 Gesellschaften betreut. Durch Privatisierungen sinkt die Anzahl der kommunalen Wohnungen in der Gesamtstadt Berlin von 482. 000 (28%) 1990 auf 273.000 (14%) im Jahr 2005. (vgl. Holm 2006: 3,7)

Zwischen 1993 und 1995 werden im Rahmen des Ersten Gesamtberliner Stadterneuerungsprogramms 22 Sanierungsgebiete ausgewiesen. Die Sanierungsmaßnahmen in den werden durch das Bund-Länder Förderungsprogramm "Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen" unterstützt. Bis 2011 werden durch dieses Programm 1,96 Mrd € in den Gebieten investiert und 41.000 Wohnungen saniert.

Durch die Einführung weiterer Bund-Länder-Städtebauförderprogramme werden in Berlin zusätzliche Interventionsgebiete mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen eingerichtet:

- 1991-2011: 16 Gebiete im Rahmen des Förderprogramms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ mit dem Schwerpunkt auf historisch relevanten städtebaulichen Ensembles.
- Ab 1999: 34 Quartiersmanagement- Gebiete im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ Schwerpunkt: Verbesserung der Lebensumstände in benachteiligten Stadtteilen durch investive und soziale Maßnahmen
- Ab 2002: 5 Gebiete im Rahmen des Förderprogramms „Stadtumbau Ost“ Schwerpunkt: Rückbau von leerstehenden Großwohnsiedlungen
- Ab 2004: 6 Gebiete im Rahmen des Förderprogramms „Stadtumbau West“ Schwerpunkt: Reaktivierung von strukturellen Konversionsflächen
- Ab 2008: 6 Gebiete im Rahmen des Förderprogramms „Aktive Zentren“ Schwerpunkt: Stärkung von bestehenden Geschäftsgebieten im Abwärtstrend

([www.stadtentwicklung.berlin.de](http://www.stadtentwicklung.berlin.de))



---

## **Gesamtstadt Berlin: Aktuelle Situation**

Im Zeitraum von 2005 bis 2011 verzeichnet die Bundeshauptstadt wieder ein Bevölkerungswachstum von 3.395.189 auf rund 3.501.872 Einwohner. Dieses Wachstum wird vor allem von Studierenden und Auszubildenden in der Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen getragen, die sich in innenstadtnahen und preisgünstigen Wohnlagen niederlassen. Der Zuzug dieser jungen Menschen bewirkt, im Zusammenhang mit einem steigenden Anteil an alleinstehenden Menschen über 65 Jahren, einen Anstieg der Ein-Personen-Haushalte. Dadurch erhöht sich die Nachfrage nach kleineren bis mittelgroßen Wohneinheiten. Der Anteil der Single-Haushalte in Berlin liegt momentan bei rund 54%, mit steigender Tendenz. Gleichzeitig lässt sich im selben Zeitraum ein Anstieg der Belegungsdichte von 1,80 auf 1,84 Einwohner pro Wohnung feststellen.

Bisher kann die gestiegene Wohnraumnachfrage in Berlin durch die Reaktivierung von leerstehenden Wohnungen gedeckt werden. Die Quote des längerfristigen Leerstands (über 6 Monate) sinkt in den Jahren von 2007 bis 2010 von 5,7% auf 5,0%. Selbst in Großwohnsiedlungen am Stadtrand geht die Anzahl der leerstehenden Wohnungen zurück. Der Wohnungsneubau liegt in den vergangenen Jahren bei rund 3.000 Wohnungen pro Jahr (vgl. IBB 2013: 8, 20f.; [www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen))

Derzeit liegt die Anzahl der Wohnungen in Berlin bei 1,9 Mio.

Rund 86% (1,66 Mio.) des Gesamtwohnungsbestands sind Mietwohnungen. Ca. 72,2% dieser Mietwohnungen gehören privaten Vermietern, rund 11,4% Wohnungsbaugenossenschaften und rund 16,4 % städtischen Wohnungsgesellschaften.

Im Jahr 2009 existieren rund 153.000 Sozialwohnungen mit Belegungsbindung in Berlin. Dies entspricht rund 8,5% des Gesamtwohnungsbestandes. Rund 60% der Berliner Bevölkerung erfüllt die Anforderungen für den Anspruch auf eine Sozialwohnung. Der Berliner Wohnungsbestand weist eine ausgewogene Altersstruktur auf:

Rund 27 Prozent der Wohnungen (ca. 515.900) stammen aus der Zeit vor 1918, ca. 15% aus der Zeit zwischen 1919 und 1948 (rund 287.000) und rund 58 % werden nach 1949. (vgl. SenStadtUm 2011: 1, 8)

Nach umfassenden und langjährigen Sanierungsmaßnahmen in den Berliner Altbaugebieten, stellt der Modernisierungsbedarf der Wohnungen keine wesentliche Herausforderung mehr dar. Anders verhält sich dies jedoch bei den Mietpreisen, die in den vergangenen Jahren teilweise exorbitant und unkontrolliert gestiegen sind.

(vgl. Interview Matthes 2012)

Die durchschnittlichen ortsüblichen Vergleichsmieten steigen im Zeitraum von 2002 bis 2011 von 4,24 € auf 5,21€.

Der Berliner Durchschnitt bei Angebotsmieten (netto/kalt) liegt bei 7,40 €, variiert jedoch je nach Bezirk. Die größte Spanne der überwiegenden Angebote zeigt sich in den Bezirken Mitte (5,64 €- 14,62€), Friedrichshain- Kreuzberg (6,58€-11,77€) und Charlottenburg- Wilmersdorf (6,50€-13,07€), die geringste in Marzahn- Hellersdorf (4,30€- 7,31€). (vgl. IBB 2013: 23-25)

### Lokale Ebene: Berlin – Moabit

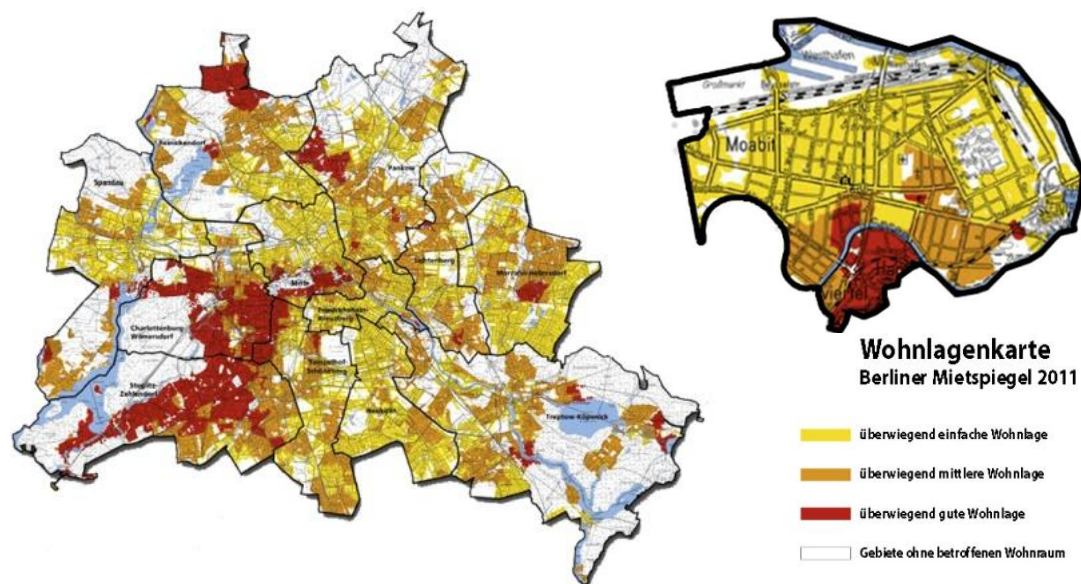


Abbildung 36: Wohnlagenkarte Gesamtstadt Berlin und Ortsteil Moabit, Berliner Mietspiegel 2011

Geografisch erscheint der Berliner Ortsteil Moabit als eine Insel nördlich des Regierungsviertels: Er wird von der Spree im Süden, dem Charlottenburger Verbindungskanal im Westen, dem Westhafenkanal, dem Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal im sowie dem Humboldthafen begrenzt. (vgl. Abbildung 35)

Administrativ wird Moabit bis zur Bezirksgebietsreform bis Ende dem Bezirk Tiergarten zugeordnet, der ab 2001 mit den Bezirken Mitte und Wedding zum Ost-West-City-Bezirk „Mitte“ verschmolzen wird.

Historisch werden die Flächen des heutigen Moabit bis über Jahrhunderte für Ackerbau, Viehzucht und als Brennholzreservoir genutzt. Im 18. Jahrhundert siedeln sich Hugenotten an, die zunächst von der Seidenraupenzucht, später vom Gemüseanbau leben.

Mit der aufkommenden Industrialisierung entwickelt sich Moabit, aufgrund der preisgünstigen Flächen und der Nähe zu wichtigen Transportwegen, rasch zu einem wichtigen Produktionsstandort für die Metallindustrie und den Maschinenbau. Die damalige funktionsräumliche Gliederung, Betriebsflächen im Norden und Westen, nahe, dichtbe-

---

bauete Arbeiterquartieren sowie Unternehmeranwesen und bessere Wohngegenden im Süden, prägt bis heute die Siedlungsstruktur von Moabit.

Im Osten von Moabit werden Mitte des 19. Jahrhunderts Militärkasernen und ein Gefängnis errichtet. Diese Strukturen sind bis heute in Form eines großen Justizkomplexes erhalten. Mit der Umsetzung des „Hobrechtplans“ werden die Spreekanäle ab 1847 für den Wassertransport schiffbar gemacht.

Ende des 19. Jahrhunderts werden auch in Moabit spekulative Gründerzeitbauten errichtet. In den Arbeiterquartieren herrschen trotz dieser Neubauten Wohnungsnot und Wohnungsüberbelegung vor. In den Zeiten der Weimarer Republik erstarkt die Arbeiterbewegung in Moabit und mehrere Reformwohnbauten, sowie das heutige Poststadion werden errichtet. Im zweiten Weltkrieg werden vor allem die Industriegebiete im Westen sowie die strategisch wichtigen Gleisanlagen im Norden von Moabit stark beschädigt. Nach dem Krieg erfolgt ein schneller und pragmatischer Wiederaufbau, der sich je nach bisheriger Prägung und dem Grad der Zerstörung, unterschiedlich auf die sozialräumliche Zusammensetzung in den einzelnen Kiezen<sup>8</sup> auswirkt. Mit dem Bau der Berliner Mauer rückt Moabit vom Zentrum an die Grenze von West-Berlin. Die Unternehmen im Industriegebiet von Moabit, wie z.B. Siemens profitieren jedoch von den staatlichen Subventionen für Westberlin. Mit der Anwerbung von ausländischen Gastarbeitern in den 1960er Jahren, steigt der Ausländeranteil in den Arbeiterquartieren von Moabit.

Die Rezession in den 1970er Jahren trifft die Betriebe in Moabit hart und führt zur Massenarbeitslosigkeit in den Arbeiterquartieren.

In den 1970er Jahren werden einige bestehende Altbauquartiere in Moabit als Sanierungserwartungsgebiete ausgewiesen und Planungen für eine umfassende Flächensanierung ausgearbeitet. Diese Flächensanierung kann allerdings nicht unmittelbar realisiert werden, da die Mittel dringlicherer Sanierungsgebiete in anderen Teilen von West-Berlin benötigt werden. Andere Gebiete werden für den Bau eines Autobahnzubringers planerisch blockiert. Mit dem Gesinnungswandel in der Planungswelt werden die Pläne, zum Bau des Autobahnzubringers und zur Flächensanierung in Moabit, allerdings Mitte der 1980er Jahre verworfen und die Sanierungserwartungsgebiete aufgehoben. Zu dieser Zeit sind viele dieser Gebiete jedoch schon herabgekommen und die Wohnungen in einem desolaten Zustand.

Mit dem Fall der Mauer 1989 rückt Moabit wieder ins Zentrum des wiedervereinigten Berlins. Der Wegfall des Sonderstatus von Westberlin und den damit verbundenen Subventionen führt allerdings zur Schließung vieler Produktionsunternehmen im Industriegebiet von Moabit. Ein umfassender Wandel in der Gewerbestruktur sowie Fortzüge und

<sup>8</sup> „Kiez“ = Berliner Ausdruck für „Quartier“

eine erneute Massenarbeitslosigkeit in den Arbeiterkiesen sind die Folge.

Zudem wird die Modernisierung der Altbauquartiere in Moabit ein weiteres Mal aufgeschoben, da diesmal die Fördermittel für die Sanierung der Altbauquartiere im Ostteil der Stadt benötigt werden. (vgl. Schnur 2003: 129f., 131f. 134f., 152, 156f., 181f.)

Im Rahmen des Ersten Gesamtberliner Stadterneuerungsprogramms werden jedoch im Jahr 1994 das Sanierungsgebiet „Beusselstraße“ im Westen, sowie ein Jahr später das „Stephankiez“ im Osten von Moabit, festgelegt. Diese Sanierungsgebiete sind bereits seit 2007 ausgelaufen und aus der Förderung entlassen.

Mit dem Start des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ im Jahr 1999 werden in den beiden Sanierungsgebieten zusätzlich Quartiersmanagements eingerichtet.

Im Jahr 2005 erfolgt die Festlegung des Fördergebiets „Tiergarten – Nordring/ Heidestraße“ im Rahmen des Programms „Stadtumbau-West“.

2008 kommt mit dem neuen Bund- Länder-Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ das Gebiet „Turmstraße“ als weitere Förderkulisse in Moabit hinzu. Das Gebiet „Turmstraße“ wird zusätzlich im Jahr 2011 durch die Ausweisung eines förmlichen Sanierungsgebiets hinterlegt.

Zusätzlich wird im Jahr 2008 das Gebiet „Wedding/Moabit“ als Programmgebiet des förderkulissenübergreifenden, landeseigenen Programms „Aktionsräume <sup>plus</sup>“ beschlossen.(vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de](http://www.stadtentwicklung.berlin.de))

Die stadträumliche Struktur von Moabit ist in mehreren Planungsdokumenten detailliert erfasst. In Bezug auf die aktuelle Wohnraumsituation überwiegen einfache Wohnlagen im Norden und mittlere bis gute Wohnlagen in Süden des Ortsteils. Dieses Nord-Süd-Gefälle spiegelt sich in einer heterogenen Bebauungsstruktur und sozialräumlichen Ausprägung der verschiedenen Kieze von Moabit wieder (vgl. Abbildung 35):

In Moabit Ost überwiegen in den Quartieren Stephankiez, Lüneburger Straße, Lübecker Straße und Thomasiusstraße gründerzeitliche Bebauungsstrukturen. Der südliche Teil der Lüneburger Straße ist zudem von postmodernen Bauten geprägt. Die Gebäude der Zillesiedlung stammen aus den 1970er Jahren. Im Bereich der Heidestraße soll in den kommenden Jahren ein neues, urbanes Viertel errichtet werden.

Der Hutten- und der Beusselkiez bilden die dicht bebauten und gründerzeitlich geprägten Arbeiterviertel im Norden von Moabit West. Den Gegenpol bilden das Westfälische Viertel und das Hansaviertel.

Weitere stadtstrukturell prägende Elemente in Moabit bilden die rund 1,8 km lange Geschäftsstraße Turmstraße sowie Grün- und Freizeitflächen wie der Kleine Tiergarten, der Otto- Park, der Fritz-Schloß-Park und das Poststadion.

## 6.1.2 Ökonomische Dimension

### Gesamtstädtische Ebene: Berlin

#### *Gewerbe und Einzelhandel*

In den vergangenen Jahrzehnten ist die Wirtschaft in Berlin mit weitreichenden Umbrüchen konfrontiert: Bis zur Wiedervereinigung prägen große Industrieunternehmen wie AEG, Siemens, Borsig und Schering die wirtschaftliche Struktur in der Stadt. Mit dem Fall der Mauer entfallen jedoch auch die Subventionen für Betriebe in Westberlin und viele klassische Produktionsstandorte werden geschlossen. Gleichzeitig erstarkt nach der Wende der Dienstleistungssektor. Auch die Kreativ- und Kulturwirtschaft wie auch die Tourismusbranche verzeichnen in den vergangenen Jahren hohe Zuwachsraten.

(vgl. [www.berlin.de/berliner\\_wirtschaft](http://www.berlin.de/berliner_wirtschaft))

In Bezug auf Einzelhandel und Tourismus verfügt die Stadt Berlin - auch aufgrund ihrer Geschichte - über mehrere Geschäftszentren verschiedener Ausprägung, wie z.B. der Kurfürstendamm, die Friedrichsstraße, der Alexanderplatz, sowie die Schönhauser Allee und die Kastanienallee im Prenzlauer Berg. (vgl. [www.berlin.de/einkaufsmeilen](http://www.berlin.de/einkaufsmeilen))

#### *Erwerbstätigkeit und Transferleistungen*

Im Hinblick auf die Beschäftigungssituation gilt die Bundeshauptstadt Berlin als das Armenhaus Deutschlands. Im April 2013 bildet Berlin mit einer Arbeitslosenquote von 12,3% das Schlusslicht in nationalen Ländervergleich und übersteigt den Bundesdurchschnitt von 7,1% deutlich. (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2013b) Beim Anteil der Hartz-IV-Empfänger an der Bevölkerung nach Bundesländern schafft Berlin im April 2013 zudem den Negativrekord von 16,3% im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 7,5%. (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2013a) Innerhalb von Berlin befinden sich die Gebiete mit hohen Anteilen an Erwerbslosen an der Gesamtbevölkerung entlang der ehemaligen Grenzmauer sowie in Großwohnsiedlungen am Stadtrand (vgl. Abbildung 37).

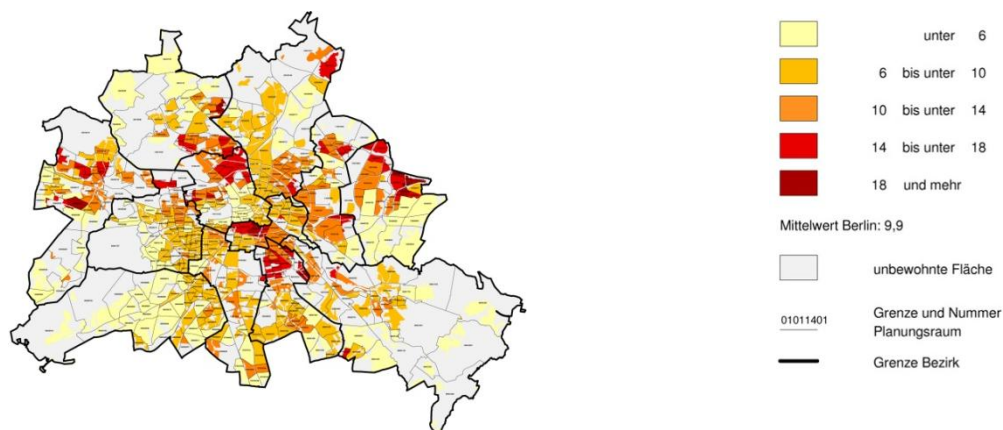


Abbildung 37: Anteil der Arbeitslosen (SGB II und III) in % der 15-65 jährigen auf Ebene der Planungsräume, Berlin 2009

## **Lokale Ebene: Berlin- Moabit**

### *Gewerbe und Einzelhandel*

Das größte innenstadtnahe Industriegebiet in Berlin liegt in Moabit West. Vor dem Fall der Mauer überwiegen in dem Gebiet vor allem Produktionsbetriebe, die von den damaligen Vergünstigungen als „verlängerte Werkbänke für den Westen“ profitieren. Heute sind in dem Industriegebiet rund 300 Unternehmen angesiedelt, darunter das Siemens-Gasturbinenwerk, aber auch kleinere und mittelständische Unternehmen. Im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Stadtumbau West“ wurde ein Unternehmensnetzwerk initiiert, das sich für die Verbesserung der Standortqualitäten einsetzt. Im Nordwesten von Moabit befindet sich das Frische- und Logistikzentrum der Berliner Großmarkt GmbH mit Hallen für unterschiedliche Lebensmittelprodukte. In nächster Nähe liegt der Westhafen, einem der größten Binnenhafen Deutschlands, mit einem Umschlag- und Transportvolumen von rund 4 Mio t/ Jahr und ca. 14.000 Beschäftigten. Die rund zwei Kilometer lange Turmstraße bildet das traditionelle Geschäftszentrum von Moabit. Da die Turmstraße schon seit mehreren Jahren mit Down-Grade-Prozessen und Ladenschließungen kämpft, sollen im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Aktive Zentren“ weitreichende Impulse zur Aufwertung des Gebiets gesetzt werden. (vgl. Bezirksamt Mitte (Hrsg.) 2012b: 22)

In Moabit Ost sind im Wesentlichen drei Gewerbebestandorte bedeutsam: Das Gewerbe- und Dienstleistungs-/ IT-Zentrum im ehemaligen Bolle-Block, der Moa Bogen in der Stephanstraße und das Gesundheits- und Sozialzentrum Moabit (GSZM) auf dem Gelände des alten Krankenhauses Moabit, welches noch über deutliche Erweiterungsmöglichkeiten verfügt. Im Bereich nördlich des neuen Hauptbahnhofs existieren noch erhebliche Entwicklungspotenziale in Form von untergenutzten Brachflächen. Der Masterplan „Europa City“ sieht hier ein neues, durchmischtes Stadtquartier mit rund 2.000 Wohneinheiten und je rund 40.000 m<sup>2</sup> für Einzelhandel und Büroflächen vor. (vgl. Bezirksamt Mitte (Hrsg.) 2012a: 23)

### *Erwerbstätigkeit und Transferleistungen*

In Bezug auf die Beschäftigungssituation der Bewohner von Moabit, verdeutlicht sich ein sozial-ökonomisches Nord-Süd- Gefälle innerhalb des Stadtteils: Der Anteil der Erwerbspersonen, welche langfristig oder vorübergehend arbeitslos gemeldet sind, liegt in Moabit West 2012 mit 12,4%, und in Moabit Ost mit 11,4%, weit über dem Berliner Durchschnitt von 9,4%. Insbesondere die Planungsräume „Westhafen“, „Huttenkiez“, „Beusselkiez“ „Zwinglistr.“, „Lübecker Str.“ und „Heidestr.“ stechen mit Werten über 14% hervor (vgl. Abbildung 38).

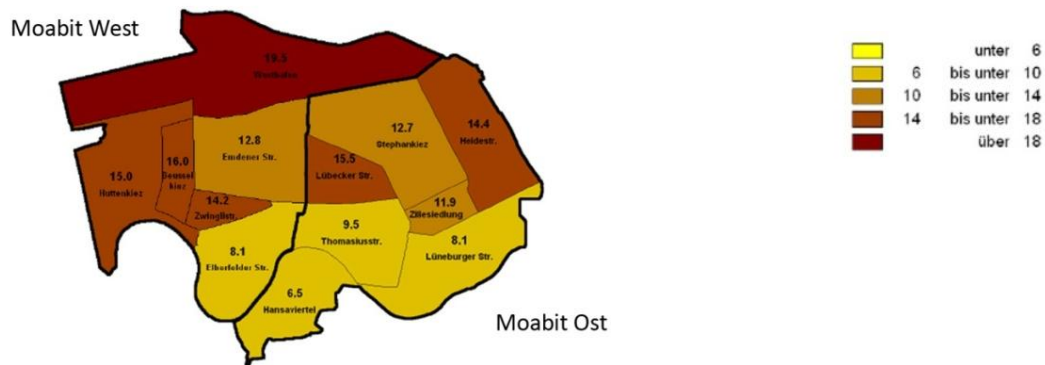


Abbildung 38: Anteil Arbeitsloser (SGB II und SGB III) an Einwohnern im Alter zwischen 15 bis unter 65 Jahre

Die Konzentration von Erwerbslosen im Norden von Moabit spiegelt sich auch in Erhebungen zum Anteil der Transferleistungsabhängigen nach SGB II bis unter 65 Jahre wider. Hier liegen die Planungsräume „Huttenkiez“, „Beusselkiez“, „Zwinglstr.“, „Lübecker Str.“ und „Zillesiedlung“ zwischen 30%-40% und in den Planungsräumen „Westhafen“ und „Heidestraße“ sogar über 40%. Aufgrund der positiven Werte der südlichen Planungsräume in Moabit von unter 20%, relativieren sich die Durchschnittswerte der Bezirksregionen in Moabit West auf 28,9% und Moabit Ost auf 27,1%. Insgesamt liegen die Durchschnittswerte des Anteils der Transferleistungsabhängigen nach SGB II bis unter 65 Jahre in Moabit über dem Berliner Durchschnitt von 21,8% (vgl. Abbildung 39)

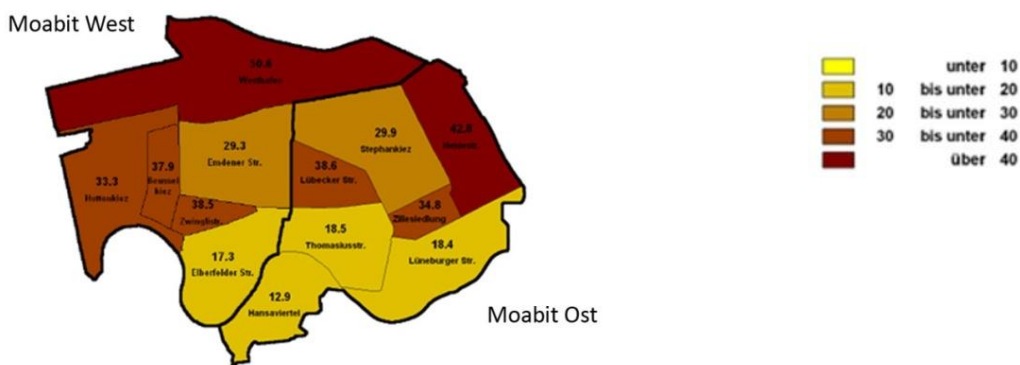


Abbildung 39: Anteil der Transferleistungsempfänger nach SGBII im Alter von 0 bis unter 65 Jahren in Prozent, 2009

Auch die Kinder- und Jugendarmut stellt in Moabit eine große Herausforderung dar: Im Durchschnitt sind 50,6% aller Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren in Moabit West und 48,2% in Moabit Ost Empfänger von Transferleistungen nach SGB II. In einigen Planungsräumen wie z.B. „Zwinglstr.“, „Huttenkiez“, „Beusselkiez“, „Heidestr.“ und „Lübecker Str.“ liegen die Anteile sogar über 60%. Insgesamt liegen die Werte zur Jugendarmut in Moabit weit über dem Berliner Durchschnitt von 35,9%. (vgl. Bezirksamt Mitte (Hrsg.) 2012a: 15-17, 2012b: 16-18)

### 6.1.3 Soziale Dimension

#### Gesamtstädtische Ebene: Berlin

Wie bereits in vorangegangenen Kapiteln beschrieben, verzeichnet die Stadt Berlin in den vergangenen Jahren ein stetiges Bevölkerungswachstum. In den Jahren von 2006 bis 2010 wächst die Einwohnerzahl von rund 3.404.000 Ew. um rund 56.000 Ew. (1,6%) ,auf ca. 3.460.000 Ew. an. (vgl. [www.statistik-berlin-brandenburg.de](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de))

Mit einer Mindestsicherungsquote rund 19,6% im Jahr 2010 übertrifft der Stadtstaat Berlin den bundesweiten Durchschnitt von 9,2% deutlich. In einzelnen Teilbereichen wird der Anteil von Transferleistungsempfängern sogar nochmals erheblich übertroffen. (vgl. Statistisches Bundesamt 2012: 225)

Insbesondere die Kinder- und Jugendarmut, gemessen am Anteil von Transferleistungsempfängern nach SGB II unter 15 Jahren, übersteigt in einigen Stadtgebieten Berlins die Marke von 65%. (vgl. Abbildung 40)

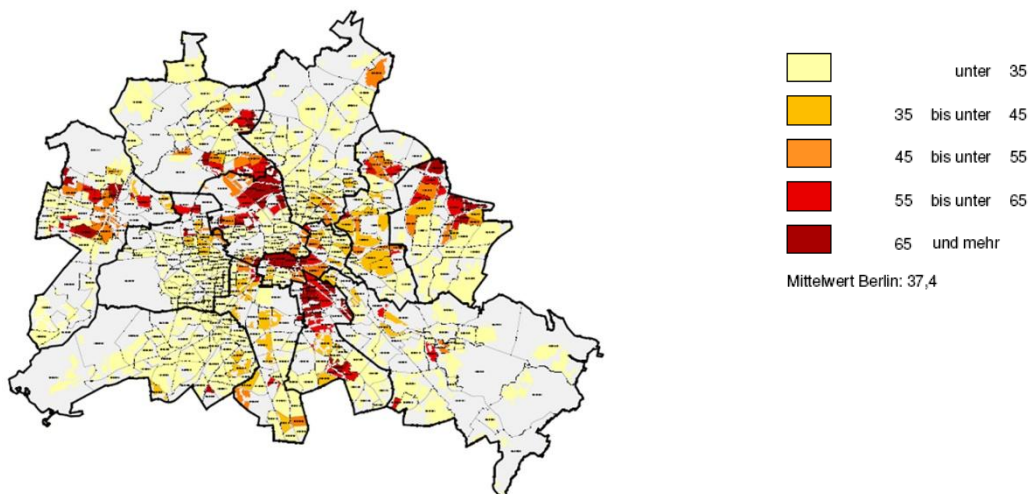


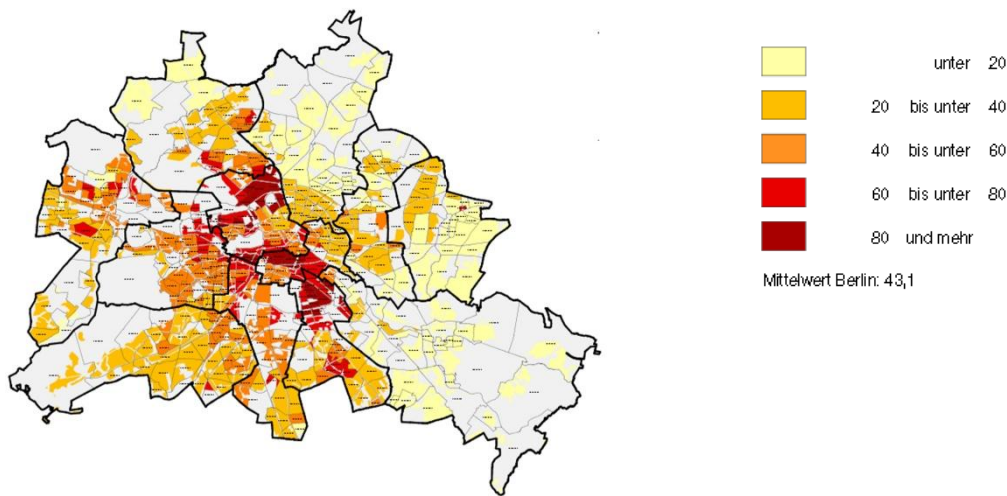
Abbildung 40: Anteil der Transferleistungsempfänger nach SGBII bis 15 Jahre in Prozent, 2009

Im Jahr 2010 liegt der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund in Berlin mit 24,3% über dem Bundesdurchschnitt von 19,2%. (vgl. Statistisches Bundesamt 2012: 40)

Im Hinblick auf die räumliche Verteilung der Einwohner mit Migrationshintergrund nach Herkunftsland in der Gesamtstadt, wird nach wie vor der Verlauf der ehemaligen Grenzlinie deutlich. Während arabisch-stämmige Migranten fast ausschließlich im ehemaligen Westteil der Stadt leben, stammen Migranten im ehemaligen Ostteil der Stadt vor allem aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion. (vgl. Interview Rösener 2012)

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter 15 Jahre liegt in einigen Berliner Stadtgebieten über 80%. (vgl. Abbildung 41)





**Abbildung 41: Anteil der Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund in % auf Ebene der Planungsräume, Berlin 2009**

### **Lokale Ebene: Berlin- Moabit**

Die Einwohnerentwicklung im Berliner Ortsteil Moabit stagniert: Im Vergleich zum Jahr 2006 steigt die Bevölkerungsanzahl von 75.181 Ew. lediglich um 138 Ew. auf 75.319 Ew. im Jahr 2010 (Stichtag 31.12.). Dieser Zuwachs, von rund 0,1% in 4 Jahren, liegt damit unter dem gesamtstädtischen Zuwachs von 1,6% im selben Zeitraum.

Der Ortsteil Moabit ist jung: Das Durchschnittsalter liegt 2010 mit 39,4 Jahren leicht über dem Niveau des Bezirks Mitte von 39,2 Jahren, aber unter dem Berliner Gesamtdurchschnitt von 42,8 Jahren.

Der Ortsteil Moabit ist kulturell vielfältig: Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Moabit liegt mit 43,9% leicht unter dem Durchschnitt des Bezirks Mitte von 44,8%, jedoch weit über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 25,7%. In den Planungseinheiten Heidestraße, Lübecker Straße, Zillesiedlung, Westhafen, Beusselkiez und Zwinglistraße liegen die Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund über 50%. Der Anteil von Jugendlichen unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund in Moabit übersteigt mit 69,7% den gesamtstädtischen Durchschnitt von 43,5% deutlich, liegt jedoch leicht unter dem Niveau des Bezirk Mitte von 71,5%.

Wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt, liegen die Anteile der Transferleistungsempfänger in Moabit weit über dem Berliner Durchschnitt. Dabei lässt sich räumlich ein erhebliches Nord-Süd- Gefälle feststellen. Die Situation von Kindern und Jugendlichen ist besonders dramatisch: In den Planungseinheiten Huttenkiez, Beusselkiez, Zwinglistraße, Lübecker Straße und Heidestraße liegen die Anteile der Transferleistungsempfänger nach SGB III über 60%.

Im Ortsteil Moabit befinden sich im Jahr 2011 47 Kindertagespflegen, sieben Grundschulen, drei Sekundarschulen, vier berufliche Schulen und eine Privatschule.

Für die außerschulische Betreuung stehen insgesamt 12 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen zur Verfügung. Diese werden durch das Jugendamt Mitte sowie externe Beauftragte und lokale Vereine betreut. Gemäß Bedarfsplanung fehlen in Moabit 2011 rund 520 Plätze im Bereich der Jugend- und Freizeitbetreuung. Für eine Erhöhung der Kapazitäten stehen derzeit jedoch keine Mittel zur Verfügung. (vgl.

Abbildung 42)

Für die zielgruppenübergreifende Stadtteilarbeit stehen im Westen von Moabit das Stadtteilzentrum „Moabiter Stadtschloss“ und Kinder- und das Familienzentrum SOS-Kinderdorf Moabit zur Verfügung. Im Osten von Moabit existiert derzeit kein Stadtteilzentrum, sondern nur eine Kontakt- und Beratungsstelle des Trägers Stadtrand gGmbH, die vorwiegend im Bereich der Suchthilfe und der psychiatrischen Versorgung. In den Räumlichkeiten dieser Beratungsstelle wird derzeit um ein Familienzentrum eingerichtet. (vgl. Bezirksamt Mitte (Hrsg.) 2012a: 7-31, 2012b: 8-32; [www.familienzentrum-moabit.de](http://www.familienzentrum-moabit.de))

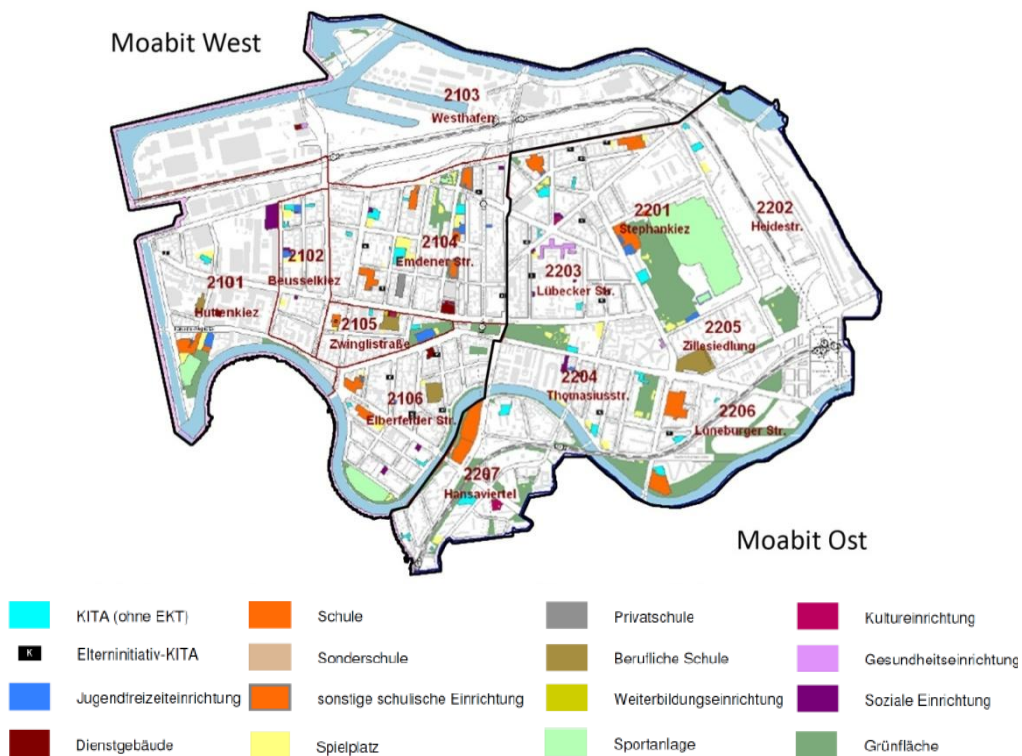


Abbildung 42: Übersichtskarte soziale Infrastruktureinrichtungen Moabit Ost und West

---

## 6.1.4 Symbolische Dimension

### **Gesamtstädtische Ebene: Berlin**

„Arm, aber sexy!“ Mit diesem, heute etablierten, Zitat, im Rahmen eines Interviews 2006, beschreibt der amtierende Bürgermeister Wowereit von Berlin die deutsche Bundeshauptstadt. Wowereit bezieht sich damit sowohl auf die chronisch klamme Finanzlage der Stadt und die hohe- augenscheinlich und statistisch nachweisbare – Armut, als auch die hohe Anziehungskraft von Berlin auf Touristen und Kreative. (vgl. [www.einkofferinberlin.wordpress.com](http://www.einkofferinberlin.wordpress.com))

Das Tourismusportal [www.myentdecker.de](http://www.myentdecker.de) bezeichnet Berlin als „Stadt der tausend Gesichter“ in der „ausgelassene Fröhlichkeit, tiefer Ernst und Politik“ nahe beieinander liegen. Empfohlen werden vor allem historische Stätten, wie der Checkpoint Charly oder die East Side Gallery, die vielfältige Museen-Landschaft sowie die Multi-Kulti-Szene in der Oranienstraße und die hippen Szeneviertel im Prenzlauer Berg und in Kreuzberg. (vgl. [www.my-entdecker.de](http://www.my-entdecker.de))

### **Lokale Ebene: Berlin- Moabit**

Der Ortsteil Moabit gehört nicht zu den hippen Szenebezirken Berlin, die Touristen in Reiseführern als sehenswert empfohlen werden. Moabit ist nach wie vor als traditioneller Arbeiterbezirk oder Gefängnisstandort bekannt. Trotz seiner Zentralität und Nähe zum Regierungsviertel hat der Ortsteil jedoch seinen ursprünglichen Charakter behalten. (vgl. [www.spirit-of-berlin.de](http://www.spirit-of-berlin.de))

In dem Internetportal [www.studis-online.de](http://www.studis-online.de) werden verschiedene Wohnstandorte in Berlin von Studenten diskutiert. Die Meinungen zu Moabit gehen im Forum-User allerdings auseinander: Einige loben den zentrumsnahen Standort, die günstigen Mietpreise und die kulturelle Vielfalt. Andere berichten von Pöbeleien ausländischer Jugendliche, von Wohnungseinbrüchen und raten dringend von Moabit als Wohnstandort ab. (vgl. [www.studis-online.de](http://www.studis-online.de))



**Abbildung 43: Impressionen Moabit- West**

### 6.1.5 Politisch-administrativer Steuerungsrahmen

Das politisch-administrative System in Deutschland ist durch einen hierarchischen Aufbau und eine starke, vertikale Aufteilung von Kompetenzen geprägt. Im Bereich der Planung stellt der Bund die höchste Gesetzgebungsinstanz dar. Als eine weitere übergeordnete Instanz gewinnt die EU in den vergangenen Jahren zunehmenden Einfluss auf die Regelungen in den Nationalstaaten.

Oberste Maxime des deutschen Planungssystems bildet das „Subsidiaritätsprinzip“, welches durch die „Planungshoheit der Kommunen“ und das „Gegenstromprinzip“ konkretisiert wird. Dementsprechend verfügt der Bund in Planung lediglich über eine abstrakte Rahmengesetzgebungskompetenz, während den Kommunen die „Planungshoheit“, zur Festlegung rechtlich verbindlicher Planungsdokumente innerhalb ihrer administrativen Grenzen, vorbehalten ist.

Den zwischengeschalteten Planungsebenen der Länder und der Regionen obliegt es, die Grundsätze und Leitvorstellungen der Bundesebene in eigenen Planungsinstrumenten zu konkretisieren. Zusätzlich übernehmen Länder und Regionen, gemäß dem „Gegenstromprinzip“, die Kontrolle und Genehmigung der Pläne der untergeordneten Planungsebene, sofern diese den übergeordneten Planungsdokumenten nicht widersprechen. (vgl. Scholl, Elgendy, & Nollert 2007: 17-28)

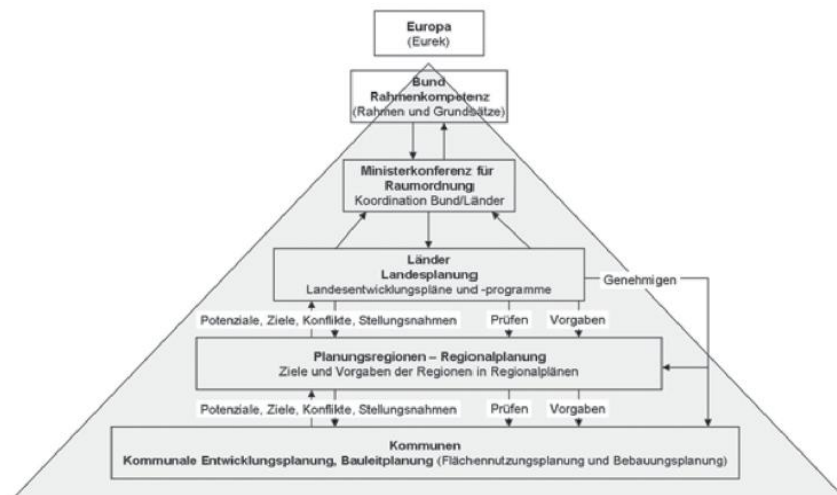


Abbildung 44: Planungssystem in Deutschland

Im Bereich der Stadterneuerung stellt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) die oberste Planungsbehörde in Deutschland dar. Sie ist für das Städtebaurecht, welches im Baugesetzbuch (BauGB) verankert ist, sowie die Konzeption und Teilfinanzierung der Programme zur Städtebauförderung zuständig. Die Erarbeitung und Bereitstellung wissenschaftlicher Grundlagen erfolgt durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). (vgl. [www.bmvbs.de](http://www.bmvbs.de))

---

Die EU bietet zusätzliche Richtlinien und Förderungen, wie z.B. der Europäische Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) oder der Europäische Sozialfonds (ESF), die im Bereich der Stadterneuerung eingesetzt werden können. (vgl. [www.staedtebaufoerderung.info](http://www.staedtebaufoerderung.info))

Die Programme zur Städtebauförderung werden inhaltlich von den Landesbehörden konkretisiert. Im Stadtstaat Berlin liegt diese Zuständigkeit bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (SenStadtUm). Die SenStadtUm übernimmt auch die Genehmigung der Gebiete und Maßnahmen im Bereich der Städtebauförderung. Aufgrund des chronischen Personalmangels in der Berliner Senatsverwaltung, wird die Beratung und Vorprüfung von Förderungsanträgen durch eine Programm- Service-Stelle (PSS) von externen Beauftragten übernommen. (vgl. Interview Matthes 2012)

Den Städten und Gemeinden obliegt im Bereich der Stadterneuerung, die Durchführung von Vorbereitenden Untersuchungen zur Abgrenzung von Sanierungs- und Fördergebieten, die Antragstellung um Fördermittel sowie der Beschluss der jeweiligen Satzung und die Koordination zur Durchführung der Maßnahmen. (vgl. BauGB- D 2011: §§ 136-164b)

In Berlin verfügen die einzelnen Bezirke über eigene Planungsabteilungen, welche die verschiedenen Aufgabenbereiche der Stadterneuerung in enger Zusammenarbeit mit externen Beauftragten koordinieren. Mit der Berliner Bezirksreform 2001 werden die vormals 23 Bezirke zu 12 Bezirken zusammengefasst. Aufgrund dessen verteilt sich die Bezirksverwaltung Mitte, zur der untersuchte Ortsteil Moabit gehört, auf die Rathäuser der ehemaligen Stadtbezirke Tiergarten, Mitte und Mitte.

(vgl. [www.berlin.de/verwaltungsmmodernisierung](http://www.berlin.de/verwaltungsmmodernisierung))

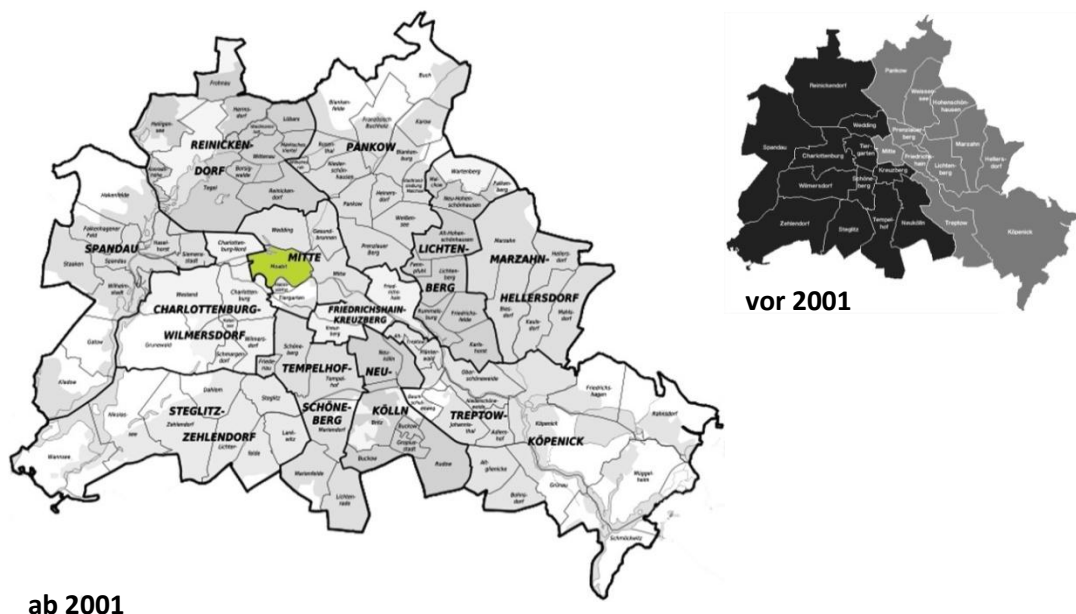


Abbildung 45: Berliner Bezirke vor und nach der Bezirksreform 2001



## 6.2 Einblick: Aktuelle Stadterneuerungspraxis in Berlin | Moabit

Der vorangegangene Überblick verdeutlicht: Berlin hat nach wie vor mit den Auswirkungen der jahrzehntelangen Teilung zu kämpfen, befindet sich jedoch in den letzten Jahren in einem rasanten Aufholprozess. Dieser Aufholprozess verläuft jedoch innerhalb der Gesamtstadt in verschiedenen Geschwindigkeiten. Während sich der Charakter einiger Stadtgebiete, wie im Prenzlauer Berg oder in Teilen von Kreuzberg und Neukölln seit der Wiedervereinigung komplett gewandelt hat, entwickeln sich andere Stadtteile langsamer und unaufgeregter jenseits des Hypes.

Der ausgewählte Ortsteil Moabit ist bereits vor der Wiedervereinigung ein einfacher Arbeiterbezirk mit strukturellen Defiziten. Mit dem Fall der Mauer rückt der ehemalige Grenzbezirk in das Zentrum von Berlin, wird jedoch gleichzeitig vom wirtschaftlichen Strukturwandel erfasst. In den 1990er Jahren werden erste Sanierungsgebiete ausgewiesen und mit jeder Implementierung neuer Programme der Städtebauförderung erhöht sich die Anzahl der Förderkulissen in Moabit. (vgl. Abbildung 46)

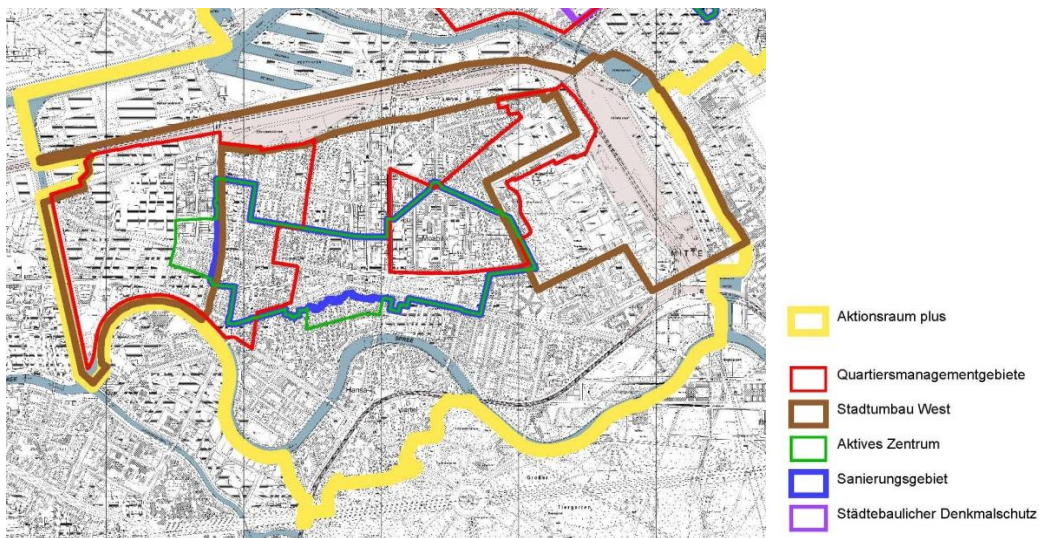


Abbildung 46: Förderkulissen in Berlin | Moabit, Stand März 2011

Momentan existieren in Moabit fünf verschiedene Förderkulissen in sechs Gebietsabgrenzungen. Eine derartig hohe Konzentration an Programmgebieten der Städtebauförderung, die sich wie in Moabit sogar teilweise überlagern, ist eher unüblich.

Diese Konstellation bietet jedoch einen guten Überblick über die Schwerpunkte und Umsetzung der aktuellen Förderprogramme in der Berliner Stadterneuerungspraxis.

Daher werden in nachfolgenden Kapiteln die einzelnen Programme und Steuerungsansätze in Berlin | Moabit dargestellt sowie die Strategien zur Prozessgestaltung und deren Auswirkungen auf die Umsetzung in den Quartieren erläutert

---

### 6.2.1 (Wohn-)Raumbezogene Steuerungsansätze

Alle aktuellen Programme der Städtebauförderung in Deutschland stellen, unabhängig von ihrer Schwerpunktsetzung, Mittel zur Aufwertung der öffentlichen Räume im Wohnumfeld bereit. Das „klassische“ Bund-Länder-Programm „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“, welches bereit 1971 zur Behebung städtebaulicher Missstände eingeführt wird, ist seit Ende 2012 ausgelaufen und soll durch die übrigen Förderprogramme „Städtebaulicher Denkmalschutz“, „Stadtumbau Ost bzw. West“, „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, „Soziale Stadt“ und „Kleinere Städte und Gemeinden“ ersetzt werden. Da jedoch das Förderprogramm „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ eng mit dem deutschen Sanierungsrecht verbunden ist, welches in Zukunft unverändert bestehen bleibt, soll es im Rahmen dieser Arbeit, trotz seiner Beendigung, beschrieben werden.

Weitere wohnraumbezogene Steuerungsansätze zur Verringerung von sozialräumlicher Benachteiligung liegen in der Bereitstellung und Vergabe von Sozialwohnungen sowie in der subjektbezogenen Unterstützung von einkommensschwachen Haushalten im Rahmen des Wohngeldes und der Sozialhilfe.

*Beobachtungen bei der Recherche:*

*Das Städtebauförderprogramm „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ ist auf allen Planungsebenen, sowohl auf den Webseiten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt sowie auf eigenen Seiten und strategischen Dokumenten zu den Maßnahmen in den Untersuchungsgebieten ausführlich dokumentiert und nachvollziehbar erklärt. Darüber hinaus existieren eine Vielzahl an wissenschaftlichen Fachpublikationen und Dokumentationen aus der Sanierungspraxis.*

*Schwieriger gestaltet sich die Recherche zum Sozialen Wohnungsbau in Deutschland: Seit dem Wandel vom objektbezogenen sozialen Wohnbau zur subjektbezogenen sozialen Wohnraumförderung sowie der zunehmenden Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes, ist diese Thematik nur noch sehr bedingt von offizieller Seite dargestellt. Informationen finden sich vor allem auf sozialkritischen Plattformen, welche sich ein verstärktes Engagement des Staates in diesem Bereich zurück wünschen.*

*Informationen zum subjektbezogenen Unterstützungsleistungen bei Wohnkosten sind hingegen relativ gut aufbereitet. Hierbei handelt es sich meist um Informationen für Anspruchsberechtigte.*

### 6.2.1.1 Bund-Länder-Förderprogramm „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“

#### **Übergeordnete Steuerungsebene Deutschland**

Die Einrichtung des Bund-Länder-Förderprogramms „Städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen im Jahr 1971 erfolgt zeitgleich mit der Einführung des deutschen Städtebauförderungsgesetzes. Die Implementierung dieser Instrumente steht im unmittelbaren Kontext mit den Erfahrungen mit der Kahlschlagsanierung in Berlin und trägt zu einer Ausweitung der erhaltenden Stadterneuerung bei.

Die Festlegungen zur Gewährung von Finanzhilfen des Bundes sind im besonderen Städtebaurecht des BauGB §§ 136 bis 171 verankert. Förderfähig sind dabei Gesamtmaßnahmen zur Behebung städtebaulicher Missstände z.B. durch Gebäudeinstanzsetzungen, Aufwertungen des Wohnumfeldes wie auch der räumlichen Situation für Handel und Gewerbe in Innenstädten. Wesentliche Bestimmungen der zeitlich begrenzten Sanierungsförderung liegen in der Durchführung von vorbereitende Untersuchungen zur Abgrenzung der Sanierungsgebiete (§ 141 BauGB), dem Beschluss einer Sanierungssatzung (§ 143 BauGB) sowie der Beteiligung und Mitwirkung von Betroffenen (§137 BauGB). Prinzipiell wird zwischen umfassenden und vereinfachten Sanierungsverfahren unterschieden. In förmlich festgelegten Sanierungsgebieten kann verstärkt in bestehende Mietverhältnisse eingegriffen werden, um die Zielsetzungen der Sanierung stringenter zu verfolgen. In diesem Fall muss ein schriftlicher Sozialplan aufgestellt sowie ein angemessener Ersatzwohnraum angeboten werden. Auch Ansprüche auf Entschädigung und Härteausgleich sind möglich. In besonderen Fällen kann in Sanierungsgebieten eine Milieuschutzsatzung nach §172 BauGB erlassen werden. Diese sieht zum Erhalt der Bevölkerungsstruktur, u.a. ein Vorkaufsrecht für Bestandsmieter vor.

(vgl. [www.staedtebaufoerderung.info/SanierungsUndEntwicklungsmassnahmen](http://www.staedtebaufoerderung.info/SanierungsUndEntwicklungsmassnahmen))

Die Festlegung von Mietobergrenzen in Sanierungsgebieten durch die Kommunen, wird 2006 vom Bundesverwaltungsgericht als unzulässig erklärt. (vgl. [www.finanztip.de](http://www.finanztip.de))

Nach Aufhebung von umfassenden Sanierungsgebieten können die Kommunen, gemäß § 153f. BauGB, Ausgleichsbeträge von Eigentümern einheben. Durch die Ausgleichsbeträge sollen die Wertsteigerung der Liegenschaften abgeschöpft und in andere Sanierungsgebiete reinvestiert werden.

Da Bundesförderungen, gemäß Artikel 104b GG, zeitlich begrenzt zu gewähren sind, wird das Programm "Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen", nach 31 Jahren Laufzeit und einer Bereitstellung von ca. 8 Mrd. €, im Jahr 2012 eingestellt. (vgl. [www.staedtebaufoerderung.info/SanierungsUndEntwicklungsmassnahmen](http://www.staedtebaufoerderung.info/SanierungsUndEntwicklungsmassnahmen))



---

### **Strategische Steuerungsebene Berlin**

Nachdem bereits ab den 1960er Jahren umfassende Sanierungsmaßnahmen im Westteil der Stadt Berlin durchgeführt werden, wird nach der Wiedervereinigung das Erste Gesamtberliner Stadterneuerungsprogramm beschlossen. Im Zuge dessen werden in von Jahren 1993 bis 1995 22 Sanierungsgebiete im Berliner Stadtgebiet abgegrenzt. Besonders im Fokus liegen die Gebiete in den Bezirken Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain. Bis zum Jahr 2011 werden 20 dieser Sanierungsgebiete aus der Förderung entlassen. (vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/stadterneuerung](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/stadterneuerung))

Das „Erste Gesamtberliner Stadterneuerungsprogramm“ ist aus Sicht der Leiterin der Abteilung IV C 1 des Referats für Stadterneuerung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Gudrun Matthes, ein voller Erfolg. Gerade bei heutzutage sehr beliebten Stadtgebieten, wie dem Prenzlauer Berg, bestanden zu Beginn der 1990er Jahre große Zweifel, ob es gelingt, die heruntergekommenen Quartiere zu revitalisieren. (vgl. Interview Matthes 2012)

Dementsprechend liegen die Schwerpunkte des Ersten Gesamtberliner Stadterneuerungsprogramms auf der Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden sowie in der Aufwertung der öffentlichen Räume.

Im Jahr 2002 kommt es jedoch, aufgrund der angespannten Haushaltlage der Stadt, zu einer umfassenden Neustrukturierung der Sanierungsförderung in Berlin: Nach der Modernisierung von fast 41.000 Wohnungen, wird die Förderung von privaten Wohngebäuden in Sanierungsgebieten beendet. Öffentliche Mittel werden von nun an nur noch an öffentliche Belange wie die lokale öffentliche Infrastruktur und die Aufwertung des Wohnumfeldes sowie für verpflichtende Ordnungsmaßnahmen wie Sozialplanmaßnahmen und die Organisation der Sanierungsprozesse eingesetzt.

Im Jahr 2011 werden erneut sieben neue Sanierungsgebiete mit einer Laufzeit 15 Jahren ausgewiesen. Diese Sanierungsgebiete bilden rechtlichen Rahmen für Förderprogramme wie z.B. Aktive Zentren oder Städtebaulicher Denkmalschutz.

(vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/stadterneuerung](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/stadterneuerung))

Ein nicht unwesentlicher Aspekt dieser Kombination von Fördergebieten mit förmlichen Sanierungsgebieten liegt in den erhöhten Eingriffsmöglichkeiten auf privates Eigentum sowie in der Option, nach Aufhebung des Sanierungsgebiets Ausgleichsbeiträge einzufordern. (vgl. Interview Rösener 2012)

### **Lokale Umsetzungsebene Berlin - Moabit**

Im Ortsteil Moabit befinden sich zwei aufgehobene Sanierungsgebiete aus dem Ersten Gesamtberliner Stadterneuerungsprogramm:

- das Sanierungsgebiet „Beusselstraße“ im Westen von Moabit. Dieses Sanierungsgebiet besteht in den Jahren 1994- 2007 und verfügt über eine Gesamtfläche von 10,6ha mit 1.952 Wohnungen auf 93 Grundstücken. Rund 3.050 Einwohner sind von den Sanierungsmaßnahmen im Gebiet betroffen.
- das Sanierungsgebiet „Stephankiez“ im Osten von Moabit. Dieses Sanierungsgebiet besteht in den Jahren 1995- 2007 und verfügt über eine Gesamtfläche von 6,0ha mit 1.137 Wohnungen auf 54 Grundstücken. Rund 1.860 Einwohner sind von den Sanierungsmaßnahmen im Gebiet betroffen.

In beiden Gebieten werden innerhalb der zwölfjährigen Sanierungstätigkeit Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Gestaltung von Spielplätzen vorgenommen. Im Gebiet „Beusselstraße“ werden im Rahmen der Sanierung ein Nachbarschaftshaus und „Haus für junge Menschen“ eingerichtet. Private Investitionen halten sich in beiden Gebieten auf einem niedrigen Niveau und konzentrieren sich auf Maßnahmen zur Gebäudesanierung. Sowohl im Sanierungsgebiet „Beusselstraße“, als auch im „Stephanskiez“, werden 1999 Quartiersmanagements eingerichtet. Die ehemaligen Betroffenenräte sind mittlerweile als Bürgervereine „Moabiter Ratschlag e.V“ und „BürSte“ institutionalisiert und bilden eine wichtige Stütze in der Quartiersarbeit in Moabit.

Im Jahr 2011 wird in Moabit das Sanierungsgebiet „Turmstraße“ ausgewiesen, um die Maßnahmen im gleichnamigen Fördergebiet des „Aktive Zentren“ – Programms zu unterstützen. Dabei liegen die Schwerpunkte u.a. in der Aufwertung der öffentlichen Freiflächen, der Revitalisierung der Arminiusshalle und der Stärkung der lokalen Gewerbetreibenden durch die Einrichtung eines Geschäftsstraßenmanagements. Die Bürgerbeteiligung wird im Rahmen einer Stadtteilvertretung, eines Aktionsfonds durchgeführt. (vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/stadterneuerung](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/stadterneuerung))

---

### 6.2.1.2 Sozialer Wohnungsbau und Mietpreisbindung

#### **Übergeordnete Steuerungsebene Deutschland**

Der Soziale Wohnbau in Deutschland durchläuft in den vergangenen Jahrzehnten verschiedene Phasen:

Die ersten Anfänge sozialer Wohnbausiedlungen entstehen zu Zeiten der Weimarer Republik, um die prekären Wohnverhältnisse in den industrialisierten Großstädten zu lindern. Mit der Einführung des Ersten Wohnbaugesetzes (I. WoBauGe) im Jahr 1950, die grundlegenden Förderbestimmungen geregelt, um die massive Wohnungsnot nach dem zweiten Weltkrieg zu verringern. Binnen weniger Jahre wird dadurch der Bau von rund 1,8 Mio. Wohnungen finanziert. (vgl. Remien 2009)

Im Jahr 1956 tritt das Zweite Wohnbaugesetz (II. WoBauGe) in Kraft. Dieses Gesetz verlangt von den Kommunen "unter besonderer Bevorzugung des Baues von Wohnungen, die nach Größe, Ausstattung und Miete oder Belastung für die breiten Schichten des Volkes bestimmt und geeignet sind (sozialer Wohnungsbau), als vordringliche Aufgabe zu fördern" (§1 Abs. 1 II. WoBauGe). Diese Forderung wird durch zwei Zielsetzungen konkretisiert: Zum einen soll für einkommensschwache und sozialbedürftige Haushalte preisgünstige Wohnraumangebote durch gemeinnützige Wohnbaugesellschaften zur Verfügung gestellt werden. Zudem soll, durch die Förderung von Bau von Häusern im privaten Eigentum die Vermögensbildung der Mittelschicht über öffentliche Darlehen und Zinszuschüsse unterstützt werden. (vgl. §1 Abs. 2 II. WoBauGe).

Ab 1965 regelt das Wohnungsbindungsgesetz (WohnBindG) die Zweckbestimmung, Belegungsvorgaben und Miethöhen für geförderte Wohnungen durch ein gedeckeltes Kostenmietprinzip über die Dauer der Förderung. Diese Kostenmiete orientiert sich an den laufenden Betriebskosten der Wohnung. Die Differenz zu den tatsächlichen Kosten wird durch staatliche Subventionen finanziert. Nach dem Auslaufen der Förderung kann der Vermieter marktübliche Mietpreise unter Berücksichtigung des Mietrechts festsetzen. (vgl. Pfister & Fertig 2004)

Für den Bezug von derartigen Sozialwohnungen ist ein offizieller Wohnberechtigungschein (WBS) erforderlich. Antragsberechtigt sind alle volljährigen Personen, die über eine Erlaubnis zum längeren Aufenthalt in Deutschland verfügen.

Der WBS dient als Nachweis, dass der Mieter eine festgelegte Einkommensgrenze nicht überschreitet. Kommt es im Laufe des Mietverhältnisses zu einer Überschreitung dieser Einkommensgrenze, so muss der Mieter die Wohnung nicht verlassen. Von behördlicher Seite kann jedoch eine sogenannte „Fehlbelegungsabgabe“ erhoben werden. (vgl. [www.juraforum.de](http://www.juraforum.de) 2013)

In dieser ersten Phase des sozialen Wohnungsbaus bis ca. 1970 wird der kommunale Wohnungsbau zunehmend von privaten und gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften übernommen. Gleichzeitig erfolgt ein stufenweiser Abbau des Kündigungsschutzes, insbesondere bei Altbauwohnungen in Sanierungsgebieten.

1971, zeitgleich zur Einführung des ersten Städtebauförderungsgesetzes, wird das Wohnraumkündigungsschutzgesetz verabschiedet. Zudem werden in dieser zweiten Phase die Rechte der Mieter mit der Mietpreisbindung an die „ortsüblichen Vergleichsmiete“ gestärkt.

In den Folgejahren werden, in der dritten Phase der sozialen Wohnraumpolitik, die Festlegungen zur Mietpreisbindung und zum Kündigungsschutz jedoch stetig aufge- weicht und zurück gefahren:

Ab 1982 werden Staffelmieten als zulässig erklärt. 1988 erfolgt die Abschaffung Woh- nungsgemeinnützigkeit, wodurch gemeinnützige Wohnbauunternehmen Steuervergüns- tigungen verlieren. Diese Verluste werden in Form von Mietpreissteigerungen auf die Mieter übertragen. Ab 1990 erfolgt die Privatisierung und schrittweise Erhöhung der Mietpreise der bislang staatlich organisierten Wohnungen in der ehemaligen DDR. 1998 fällt die Mietpreisbindung bei Neuvermietungen von privaten Wohnungen auch in den neuen Bundesländern. (vgl. [www.wowi.de/mieten](http://www.wowi.de/mieten))

Ab 2001 wird das II. WoBauGe durch das Wohnraumförderungsgesetz (WoFG) abgelöst, die einen Wandel, von der Objektförderung zur Ausweitung des Wohnungsbestandes zu einer verstärkten Subjektförderung, forciert. Durch diese Neuregelung wird eine weitere Phase der sozialen Wohnbaupolitik in Deutschland eingeleitet.

Durch die Föderalismusreform im Jahr 2006 wird die Gesetzgebungskompetenz zur Sozialen Wohnraumförderung vom Bund an die Länder delegiert. Demnach entscheiden nun die einzelnen Bundesländer z.B. selbst, ob und in welchem Rahmen Subventionen zum Erhalt von Sozialwohnungen mit Belegungsbindungen gewährt werden. (vgl. [www.bmvbs.de/SozialeWohnraumfoerderung](http://www.bmvbs.de/SozialeWohnraumfoerderung))

Da viele Bundesländer die Subventionen der sogenannten „Anschlussförderung“ für den Erhalt der verringert haben, geht die Zahl der Sozialwohnungen mit Belegungsbindungen im Zeitraum von 2002 bis 2010 bundesweit 2,5 auf 1,7 Millionen um ein Drittel zurück. Besonders in Ballungsräumen wird es daher für einkommensschwache Haushalte immer schwieriger, preisgünstige Wohnraumangebote zu finden. (vgl. Günther 2012)

### **Strategische Steuerungsebene Berlin**

Zwischen den Jahren von 1952 bis 2000 wird in Berlin die Errichtung rund 610.000 Woh- nungen, davon rund 450.000 Sozialwohnungen, mit öffentlichen Fördermitteln unter-

---

stützt. Durch das Auslaufen der Belegungsbindung nach Ende der Förderungsdauer geht die Anzahl der Sozialwohnungen kontinuierlich zurück. (vgl. Henckel et al. 2010: 429)

Im Jahr 2002 stellt die Stadt Berlin zudem die sogenannte „Anschlussförderung“, aufgrund der schwierigen Haushaltslage, ein. Damit werden für rund 28.000 Wohnungen der Wohnbauprogramme 1987-1989, nach Ende der 15jährigen Grundförderung, keine weiteren Fördermittel gewährt. Die Vermieter sind damit in der Lage, die Mietpreise auf das Niveau der vollen Kostenmiete zu erhöhen, welches meist über dem üblichen Marktniveau liegt. Die bisherigen Erkenntnisse zeigen jedoch, dass die tatsächlich erhobene Miete selten über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt.

Für ehemalige Sozialwohnungen, die keine Anschlussförderung erhalten, ist die Belegungsbindung bis Ende 2013 ausgesetzt.

(vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/anschlussfoerderung](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/anschlussfoerderung))

Neben der Anschlussförderung wird im Jahr 2002 in Berlin auch die Fehlbelegungsabgabe von Sozialwohnungen aufgehoben. Dadurch werden rund 18.500 betroffene Haushalte entlastet. (vgl. [www.berlin.de/landespressestelle](http://www.berlin.de/landespressestelle))

Im Jahr 2009 existieren in Berlin rund 153.000 Sozialwohnungen mit Belegungsbindung. Dies entspricht rund 8,5% des Gesamtwohnungsbestandes. Rund 60% der Berliner Bevölkerung erfüllt die Anforderungen für den Anspruch auf eine Sozialwohnung. (vgl. SenStadtUm 2011: 8)

Bis zum Jahr 2020 soll die Anzahl Sozialwohnungen, laut Prognosen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, auf rund 120.000 sinken. (vgl. Fahrnun 2011)

### Lokale Umsetzungsebene Berlin - Moabit

Der Anteil der Sozialwohnungen am Gesamtwohnungsbestand im Prognoseraum Moabit liegt im Jahr 2010 bei 10,9% (vgl. Abbildung 47) und übertrifft damit den Berliner Durchschnitt von rund 10% leicht. Daten auf kleinräumiger Ebene sind derzeit nicht verfügbar. (vgl. Fis Broker Berlin 2012)

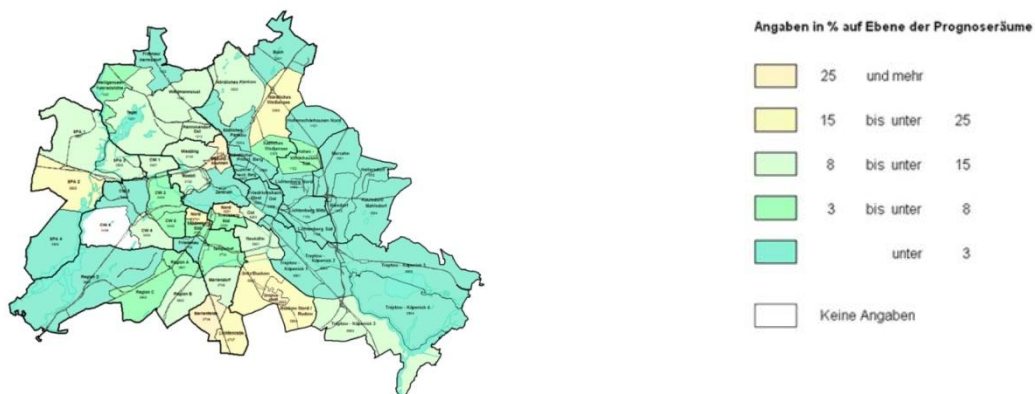


Abbildung 47: Anteil der Sozialmietwohnungen am Wohnungsbestand 2010 in % , Berlin

### 6.2.1.3 Subjektive Wohnkostenzuschüsse

Subjektive Wohnkostenzuschüsse werden in Deutschland in Form des sogenannten „Wohngeldes“ gewährt. Die Rechtsgrundlage hierfür bildet das Wohngeldgesetz (WoGG), das in der Zuständigkeit des Bundes liegt. Die Organisation zur Antragstellung und Auszahlungen des Wohngeldes sind Wohngeldstellen auf Stadt- und Landkreisebene eingerichtet.

Anspruchsberechtigt sind Bürger, die als Mieter oder Eigentümer keine Unterkunftskosten nach dem Sozialgesetzbuch erhalten. Das Wohngeld wird in der Regel für 12 Monate, entweder als Mietzuschuss oder Lastenzuschuss für Eigentümer gewährt.

Das Wohngeld berücksichtigt bei Mietern zudem Kosten zum Wasserverbrauch, Müll- und Abwassergebühren sowie Treppenhausbeleuchtung. Bei Eigentümern werden Ausgaben für den Kapitaleinstieg, Instandhaltungs- und Betriebskosten, Grundsteuern sowie anfallende Verwaltungskosten in die Berechnung miteinbezogen.

Die Höhe des Wohngelds wird von folgenden Faktoren beeinflusst:

- Zahl der zum Haushalt gehörenden Familienmitglieder,
- Höhe des Einkommens der zum Haushalt gehörenden Familienmitglieder, (z.B. max.780-860 € netto bei einer Person; 2790-2940 € netto bei 8 Personen)
- Höhe der zuschussfähigen Miete oder Belastung
- Mietstufe (I-VI) gestaffelt nach dem regionalen Mietniveau

Die maximale Höhe des Zuschuss liegt dementsprechend zwischen 292-407 € pro Monat für eine Person und zwischen 561-787€ pro Monat bei 8 Personen. Der Mehrbetrag für jedes weitere Haushaltsmitglied liegt zwischen 66-99 € pro Monat. (vgl. BMVBS 2011: 12-19)

Weitere sozialraumrelevante Festlegungen bilden die Regelsätze zur Kostenübernahme von Unterkünften und Heizkosten von armutsgefährdeten Hartz-IV-Empfängern: Als angemessene Wohnungsgröße werden hier 45 m<sup>2</sup> für eine alleinstehende Person angenommen. Als Regelbedarf werden hier 382 € für volljährige Personen angesetzt. Mit jeder weiteren Person erhöht sich die angemessene Wohnungsgröße um 15 m<sup>2</sup>, wie auch die zusätzliche Kostenübernahme zwischen 224-345 € je nach Alter der zusätzlichen Person. Die tatsächliche Kostenübernahme richtet sich jedoch nach den ortsüblichen Mietpreisen und schwankt zwischen 4€/m<sup>2</sup> im ländlichen Raum bis zur 13,50 €/m<sup>2</sup> in Großstädten. ([www.hartz-iv.info](http://www.hartz-iv.info))

Diese Festlegungen können sowohl die Untergrenzen für Mietpreise definieren als auch die Konzentration von Sozialhilfeempfängern in Gegenden mit einem hohen Anteil an Kleinwohnungen erhöhen.

---

## 6.2.2 Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze

In Berlin existieren derzeit drei sozialraumbezogene Förderprogramme mit wirtschaftsbezogenen Schwerpunkten:

- das bundesweite Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau“
- das bundesweite Städtebauförderungsprogramm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"
- der stadtwert organisierte Wettbewerb „MittendrIN Berlin“

Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau“ in Deutschland verfügt über zwei Schwerpunkte:

Das Programm "Stadtumbau Ost – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen" fördert seit 2002 Maßnahmen zur Sanierung von Altbauten, der Verringerung von Wohnungsleerständen sowie Maßnahmen zur Gestaltung von Schrumpfungsprozessen in ostdeutschen Städten und Gemeinden.

Das "Stadtumbau West" bezieht sich seit 2004 auf westdeutsche Städte und Gemeinden und fördert Umstrukturierungsmaßnahmen, um negativen Auswirkungen, die sich aus dem demografischen und wirtschaftlichen Strukturwandel ergeben, entgegen zu treten. Da sich das ausgewählte Untersuchungsgebiet Berlin Moabit im Westteil der Stadt befindet, wird im Rahmen dieser Arbeit ausschließlich das Förderprogramm „Stadtumbau West“ analysiert.

Das Städtebauförderprogramm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" unterstützt Aufwertungsmaßnahmen in Einkaufsstraßen und Geschäftszentren.

Der Wettbewerb „MittendrIn Berlin“ ist eine berlinweite Initiative zur Förderung von innovativen Ideen und Maßnahmen.

*Beobachtungen bei der Recherche:*

*Die Städtebauförderprogramme „Stadtumbau“ und "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" sind auf allen Ebenen, sowohl auf den Homepages des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt sowie auf eigenen Seiten und strategischen Dokumenten zu den Maßnahmen in den Untersuchungsgebieten ausführlich dokumentiert und nachvollziehbar erklärt. Sowohl die Programme „Stadtumbau“ als auch das Programm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" werden wissenschaftlich begleitet sowie Best-Practice Beispiele und Forschungsberichte online veröffentlicht.*

*Die berlinweite Initiative „MittendrIN Berlin“ verfügt über eine eigene Homepage, die aktuell über den Stand der Ausschreibungen, Wettbewerbsergebnisse und Umsetzung der Maßnahmen informiert.*

### 6.2.2.1 Stadtumbau West

#### Übergeordnete Steuerungsebene Deutschland

Mit dem Bund-Länder-Programm „Stadtumbau West“ der Städtebauförderung unterstützt der Bund seit 2004 Maßnahmen in Städten und Gemeinden der alten Bundesländer, mit dem Ziel den Auswirkungen des demografischen und strukturellen Wandels entgegenzutreten. Bis 2012 werden in über 400 Kommunen und mit einem Gesamtfinanzrahmen (Bund 1/3, Länder und Kommunen 2/3) von ca. 1,7 Mrd. € folgende Maßnahmen mit folgenden Schwerpunktesetzungen finanziert :

- Erarbeitung und Fortschreibung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten zur Gewährleistung von nachhaltigen, städtebaulichen Siedlungsstrukturen. Diese Entwicklungskonzepte bilden die Voraussetzung für eine Förderung.
- Reaktivierung, Neuordnung und Aufwertung von strukturellen und militärischen Brachen inkl. Maßnahmen zur Stabilisierung der Wohn- und Wirtschaftsstandorte.
- Maßnahmen zur generationengerechten Adaptierung von Wohngebieten aus den 1950er und 1960er Jahren, der energetischen Sanierung und der Vermeidung von Leerständen.

Zusätzlich sollen für Maßnahmen in den ausgewählten Gebieten private Investitionen aktiviert werden. (vgl. [www.bmvbs.de/stadtumbau-west](http://www.bmvbs.de/stadtumbau-west))

Bei einer bundesweiten Zwischenevaluierung des Programms „Stadtumbau West“ in den Jahren 2008/09 stellt sich u.a. heraus, dass das integrierte Stadtentwicklungskonzept ein funktionierendes Instrument zur Sicherung der Qualität bei der Diskussion und Umsetzung von Maßnahmen von den befragten Kommunen wahrgenommen wird. Zudem verdeutlichen die Ergebnisse, dass in den Gebieten durchaus kooperative Strukturen entstehen und privates Kapital aktiviert werden kann. Es zeigt sich jedoch auch, dass sich die Nachfrage nach dem Förderprogramm in den kommenden Jahren erhöhen wird (vgl. Abbildung 48). (vgl. Weeber + Partner & DIFU 2012: 21-29)

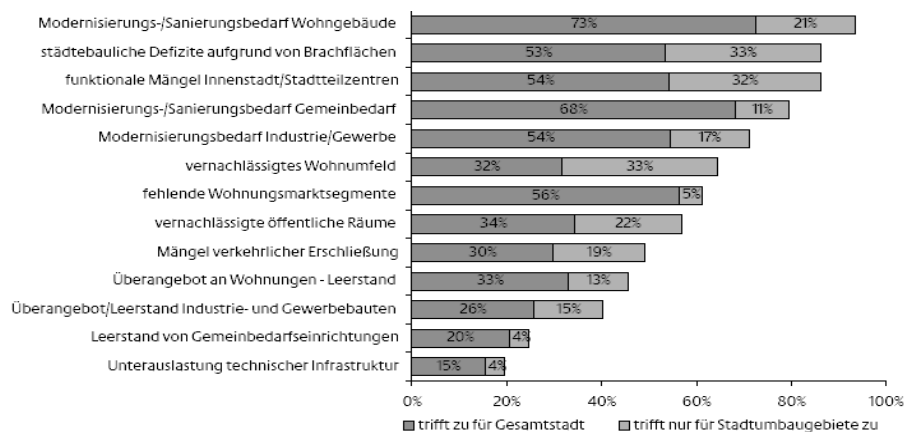


Abbildung 48: Zusammenhänge zwischen städtebaulichen Problemlagen in Stadt Umbau-Gebieten und der Gesamtstadt



---

## Strategische Steuerungsebene Berlin

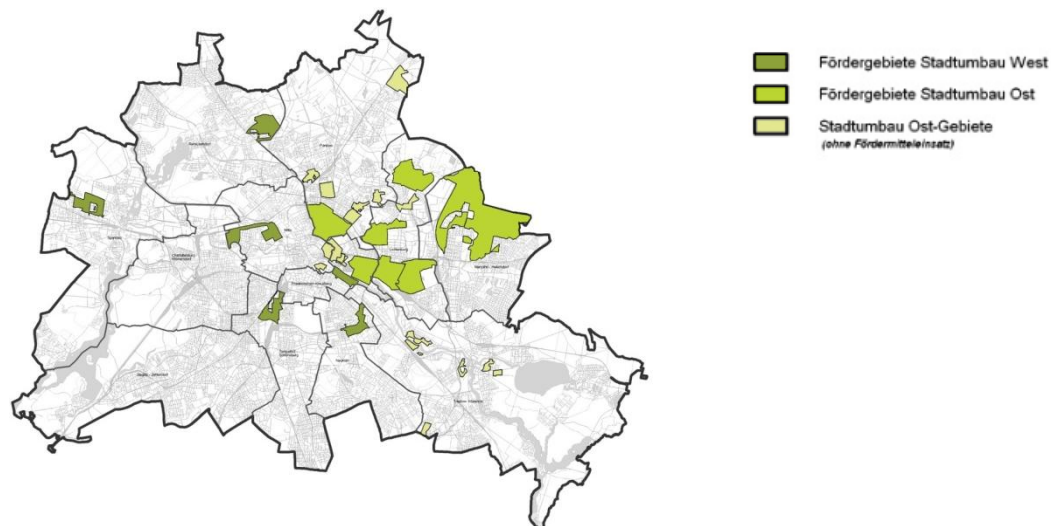


Abbildung 49: Übersichtskarte Stadtumbau Ost und West, Berlin | Quelle:

Momentan existieren in Berlin sechs Interventionsgebiete des Bund-Länder-Förderprogramms „Stadtumbau-West“. Fünf dieser sechs Fördergebiete wurden im Rahmen von Vorbereitenden Untersuchungen nach § 171 b BauGB im Jahr 2005 festgelegt. Diese Vorbereitenden Untersuchungen bzw. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte bilden den strategischen Rahmen für die Umsetzung der Maßnahmen in den Gebieten.

Neben der Umgestaltung von industriellen Brachen in vier Gebieten und der Adaptierung der bestehenden Großwohnsiedlungen Falkenhagener Feld und Märkisches Viertel durch bauliche Maßnahmen, stehen die Miteinbeziehung von betroffenen Akteuren, wie Bewohnern und lokale Gewerbetreibende, sowie die Aktivierung von privaten Investitionen und Initiativen im Mittelpunkt.

Die Abwicklung der Projektförderung erfolgt, gemäß der „Verwaltungsvorschrift über die Gewährung von Fördermitteln“ im Rahmen der Zukunftsinitiative Stadtteil, über die Projekt-Service-Stelle. Die Finanzierung der Zukunftsinitiative Stadtteil erfolgt zu 50% über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Die verbleibenden 50% werden nach dem üblichen Schema 1/3 Bund, 2/3 Land und Kommune aufgeteilt. (vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/stadtumbau-west](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/stadtumbau-west))

Für beantragte Maßnahmen im Stadt-Umbau- Gebiet besteht kein Anspruch auf Förderung. Im Gegensatz zu förmlichen Sanierungsgebieten werden jedoch keine Ausgleichsbeiträge von den Liegenschaftseigentümern eingehoben.(vgl. Interview Rösener 2012)

In den Jahren 2008 und 2010 wird die Umsetzung des Förderprogramms einem Monitoring- Prozess unterzogen.

## Lokale Umsetzungsebene Berlin – Moabit



Abbildung 50: Stadtumbaugebiet Tiergarten – Nordring/ Heidestraße

Im Norden des Untersuchungsgebiets Moabit befindet sich das Stadtumbaugebiet „Tiergarten- Nordring/ Heidestraße“. Das Gebiet verläuft im Norden der Moabiter Insel zwischen dem Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal und dem Charlottenburger Verbindungskanal. Der westliche Teil des Gebiets ist durch die gründerzeitlichen Industriebauten des Gewerbestandorts Moabit West geprägt. Neben einer Niederlassung der Siemens AG, sind am Standort vorwiegend kleine und mittelständische Betriebe aus den Bereichen Maschinenbau, Kraftfahrzeugtechnik, sowie Informations- und Kommunikationstechnologie angesiedelt. Auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Moabit liegen weite Teile der Flächen brach. Im Osten des Stadtumbaugebiets, im Bereich der Lehrter Straße, befinden sich Wohngebäude, der Fritz-Schloß-Park sowie die erneuerungsbedürftigen Sport- und Freizeitanlagen des Poststadions. Im Norden des neuen Hauptbahnhofs werden momentan weitläufige Flächen zu Lager- und Logistikzwecken genutzt. Diese Flächen stellen in Verbindung mit dem Hauptbahnhof sowie dem Museum für Zeitgenössische Kunst im Hamburger Bahnhof und die Ausstellungshallen der Flick-Collection, bedeutende innerstädtische Potenzialflächen dar.

(vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/stadtumbau-west](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/stadtumbau-west))

Die Ziele des Stadtumbau-Programms im Gebiet Tiergarten – Nordring/ Heidestraße liegen der städtebaulichen Umstrukturierung, der Aufwertung der vorhandenen Freiflächen und Sportplätze sowie der nachhaltigen Entwicklung der bestehenden Wohn- und Gewerbestandorte. Um den verschiedenen Gegebenheiten vor Ort gerecht zu werden, ist das Gebiet in vier Teilbereiche mit unterschiedlichen Schwerpunkten geteilt:

- **Teilraum A / Heidestraße:**

Dieser Bereich nahe des Berliner Hauptbahnhofs soll, aufgrund seiner Standortgunst, mit einer hochwertigen Wohnbebauung entwickelt werden. Im Jahr 2009 wird der Masterplan für das zukünftige Stadtquartier „Europacity“ beschlossen. Die Bevölkerung der umgebenden, bestehenden Wohnbebauung wird anlassbezogen, in Bezug auf die Gestaltung der Freiflächenplanung, beteiligt. (vgl. Interview Lange 2012)

- **Teilraum B / Lehrter Straße:**

Im Bereich der Lehrter Straße werden die Sportflächen des Poststadions erneuert und der

---

Fritz-Schloß-Park zum „Sport-Park Moabit“ umgebaut. Auch hier werden die Bewohner der umliegenden Gebäude anlassbezogen im Hinblick auf die Gestaltung der Freiflächen mit einbezogen. Dabei zeigt sich für die Verwaltung, dass ein derartiger Aushandlungsprozess nicht immer das optimalste Ergebnis mit sich bringt und sehr zeitaufwändig ist. Es erweist sich jedoch als sehr wichtig, dass die Beteiligten die einzelnen Planungsschritte nachvollziehen können und verstehen warum ggf. ihr Wunsch nicht umgesetzt werden kann. (vgl. Interview ebd. 2012)

▪ **Teilraum C / Nordring:**

Die Reaktivierung des Areals im Bereich des ehemaligen Güterbahnhofs Moabit erfolgt zunächst sehr zögerlich. Letzten Endes gelingt es jedoch die ehemaligen Lagergebäude zu einem kulturellen Zentrum um zu bauen. Um das Kulturzentrum wird, unter Beteiligung der Anwohner, bis 2012 der „Moabiter Stadtgarten“ inklusive eines großen Spielplatzes angelegt. Zusätzlich wird die Verkehrssituation in den Wohngebieten durch den Bau einer Umgehungsstraße entlastet werden. (vgl. Interview Rösener 2012)

▪ **Teilraum D / Moabit West:**

Die Zielsetzung für die Maßnahmen im Industriegebiet liegt in der Intensivierung der Vernetzung zwischen der Wissenschaft und den ansässigen Unternehmen.

Diese Vernetzung wird zum einen räumlich, in Form einer Fußgänger- und Fahrradbrücke über die Spree zum Wissenschaftscampus der Technischen Universität Berlin, umgesetzt.

Zum anderen wird ein Unternehmensnetzwerk für eine verbesserte Vernetzung der Firmen im Gebiet durch die Mitarbeiter der Programmbeauftragten S.T.E.R.N. initiiert. Die Einrichtung dieses Unternehmensnetzwerks erweist sich als keine leichte Aufgabe: Nicht alle Unternehmen haben Interesse, teilweise wechseln die Ansprechpartner, dass bei jeder Sitzung von vorne begonnen werden muss. Nach Ansicht des zuständigen Projektbeauftragten der S.T.E.R.N, Helmut Rösener, sind bei der Festlegung der Beitragsordnung, im Rahmen der Gründung des Vereins, sind die Mitgliedsbeiträge, jedoch zu niedrig angesetzt worden.

Dementsprechend sind die Möglichkeiten, selbst Maßnahmen über das private Kapital des Standortnetzwerks zu finanzieren, begrenzt. Auch die Konzeptentwicklung mit den beteiligten Firmen erweist sich aufgrund deren unterschiedlicher Interessen- und Ausgangslagen z.B. Klein- oder Großunternehmen, Eigentümer oder Mieter am Standort etc., als schwierig. Gemeinsames Ziel ist es jedoch eine eigene Marke für den Standort Moabit West zu etablieren.

Als eine weitere Maßnahme im Rahmen des Programms Stadt Umbau in Moabit West und in Zusammenarbeit mit dem Standortnetzwerk wird das Modellprojekt „Green Moabit“ initiiert. Dieses verfolgt die Zielsetzung das Gewerbegebiet auch in energetischer Hinsicht zu erneuern. Unter Einbeziehung verschiedener Fachabteilungen der Umweltverwaltung und in Kooperation mit den ansässigen Unternehmen, die alle je nach Größe und Tätigkeitsfeld unterschiedliche Umweltauflagen erfüllen müssen, wird ein Entwicklungskonzept erarbeitet, welches Themenbereiche wie z.B. Versiegelung, Abwasser, Entsorgung oder Synergien im Bereich Logistik enthalten soll. (vgl. Interview ebd. 2012)

## 6.2.2.2 Aktive Zentren

### Übergeordnete Steuerungsebene Deutschland



Abbildung 51: Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“

Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel hat sich auch die Einzelhandelslandschaft stark verändert. Viele gewachsene Stadtzentren und Ortskerne mit kleinteiligen Geschäftsflächen verlieren zunehmend ihre Funktion als „zentrale Versorgungsbereiche“. Leerstände und Trading-Down- Prozesse sind die Folgen.

In diesem Zusammenhang zielt das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ darauf ab, die Funktionsfähigkeit dieser Zentren zu stabilisiert als auch die Nutzungsvielfalt in Stadtzentren zu erhalten und weiterzuentwickeln. Zudem soll die kooperative Zusammenarbeit zwischen Gewerbetreibenden, öffentlicher Hand und der Bürgerschaft gestärkt werden.

Für die Förderung von Maßnahmen ist ein übergeordnetes, städtebauliches Entwicklungskonzept Voraussetzung. Im Mittelpunkt stehen Projekte zur Standortaufwertung wie z.B.:

- die Erarbeitung oder Fortschreibung eines städtebaulichen Entwicklungskonzepts
- Gestaltungsmaßnahmen in öffentlichen Räumen
- Sanierungsmaßnahmen von stadtbildprägenden Gebäuden
- Maßnahmen zur Bodennutzung von leerstehenden Gebäuden oder fehlgenutzten Grundstücken inklusive Maßnahmen zur Zwischennutzung
- Citymanagement oder Standortgemeinschaften

Die Förderung von Maßnahmen ist gemäß § 171 b Abs. 2 BauGB jedoch nur innerhalb von räumlich klar definierten Gebieten möglich. Zur Abgrenzung des Fördergebiets sind Untersuchungsgebiete nach § 141 BauGB, Sanierungsgebiete nach § 142 BauGB, städtebauliche Entwicklungsgebiete nach § 165 BauGB, als auch Erhaltungsgebiet nach § 172 BauGB sowie Beschlüsse der Gemeinde zulässig:

Die Laufzeit des Programms erstreckt sich, von 2008 bis 2015, über einen Zeitraum von acht Jahren.

---

Die Finanzierung förderungsfähiger Kosten bei der Umsetzung des Programms „Aktive Zentren“ erfolgt zu einem Drittel aus Bundesmitteln, die übrigen zwei Drittel übernehmen Länder und Kommunen. Zur Stärkung lokaler Akteure und Aktivierung privater Investitionen besteht zusätzlich die Möglichkeit Verfügungsfonds einzurichten. Diese unterstützen selbstorganisierte Projekte mit bis zu 50% der Kosten; die verbleibenden 50% müssen über privates Kapital finanziert werden.

Im Jahr 2009 werden Bundesfinanzhilfen im Rahmen von 43 Mio. € zur Verfügung gestellt, im Jahr 2013 sind es 97 Mio. €.

Zur Unterstützung des Wissenstransfers zwischen den verschiedenen Akteuren und zur Information der Fachöffentlichkeit wurde die Bundestransferstelle „Aktive Zentren“ eingerichtet. Diese publiziert die Informationen im Internet und dokumentiert Erkenntnisse aus den Prozessen für die Weiterentwicklung von zukünftigen Förderprogrammen. (vgl. BBSR 2009: 5-20; [www.staedtebaufoerderung.info/AktiveStadtUndOrtsteilzentren](http://www.staedtebaufoerderung.info/AktiveStadtUndOrtsteilzentren))

### **Strategische Steuerungsebene Berlin**

Die Stadt Berlin verfügt derzeit über sechs Fördergebiete des Programms Aktive Zentren. Die Auswahl der Fördergebiete erfolgt auf Grundlage eines Wettbewerbs im Jahr 2008 und Vorbereitenden Untersuchungen nach § 141 BauGB 2011.

Es handelt sich überwiegend über traditionelle Geschäftsstraßen in dicht bebauten Gebieten, die vom Strukturwandel des Einzelhandels aber auch von einem veränderten Nachfrageverhalten der ansässigen Bevölkerung betroffen sind.

Die Fördergelder werden vor allem zur Umgestaltung von öffentlichen Plätzen und Straßenräumen verwendet. (vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/aktive\\_stadtzentren](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktive_stadtzentren))



Abbildung 52: Aktive Zentren – Gebiete Berlin

### Lokale Umsetzungsebene Berlin - Moabit

Die rund 1,8km lange Turmstraße bildet das traditionelle Geschäftszentrum des Stadtteils Moabit. Die Vorbereitenden Untersuchungen zur Analyse des Gebiets konstatieren vor allem eine Funktionsschwäche in Bezug auf die multi-kulturell geprägte Einzelhandelsstruktur, Gestaltungsmängel im öffentlichen Raum, sanierungsbedürftige öffentliche Gebäude sowie eine problematische Sozialstruktur. Verschärft wird die desolade Situation in den letzten Jahren durch Schließungen der Geschäftshäuser Woolworth und Hertie sowie mehreren Schlecker Drogeriemärkten.

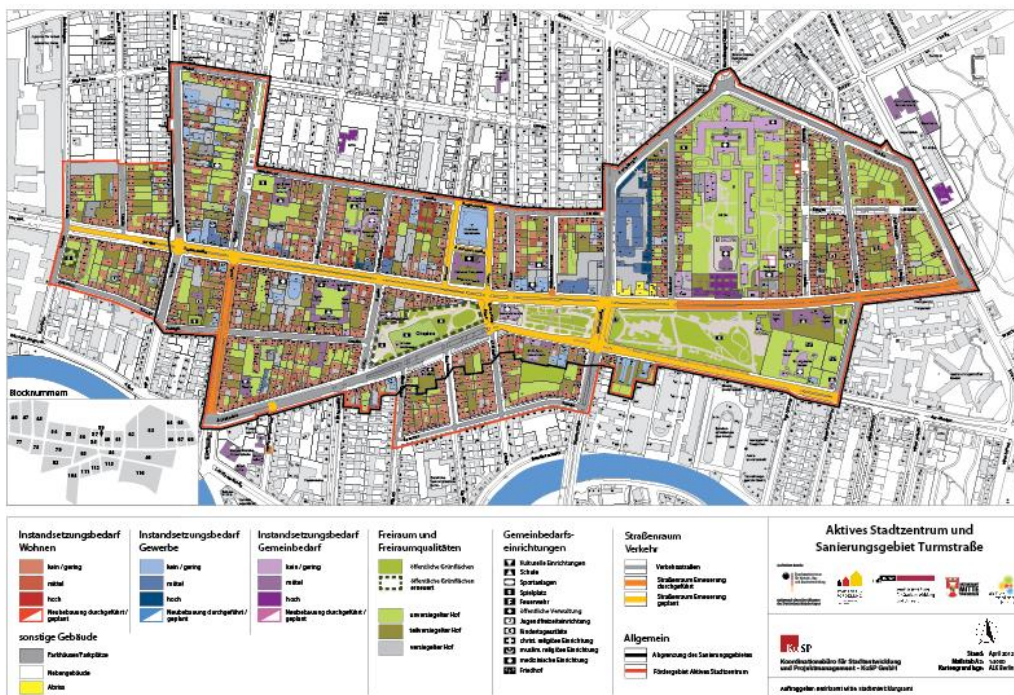


Abbildung 53: Informationsplan Aktives Stadtzentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße

Die Aufnahme der Turmstraße sowie angrenzender Straßenzüge in das Bund- Länder-Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ (AZ) erfolgt im Jahr 2008. Seit 2011 ist das Fördergebiet zusätzlich durch ein förmlich festgelegtes Sanierungsgebiet nach §142 BauGB, mit leicht veränderter Gebietsabgrenzung, hinterlegt.

In einem Entwicklungskonzept wurden folgende Ziele für das Förder- und Sanierungsgebiet Turmstraße definiert:

- Entwicklung eines funktionsfähigen und attraktiven zentralen Nahversorgungsstandorts
- Erhöhung der Aufenthaltsqualität durch Verbesserungen für den Fuß- und Radverkehr.
- Erneuerung des Ottoparks und des Kleinen Tiergartens als Ort für Erholung und Freizeit sowie als Schnittstelle zwischen den nördlichen und südlichen Stadtgebieten
- Stabilisierung der angrenzenden Wohnquartiere und Verbesserung des Wohnumfeldes



- 
- Erhaltung und Nachnutzung denkmalgeschützter und städtebaulich markanter Gebäude.
  - Aktivierung und Einbeziehung einer Vielzahl von Akteuren in den Entwicklungsprozess, Unterstützung der Nachbarschaften und des Gemeinwesens.

Die Förderlaufzeit des Programms Aktive Zentren beträgt acht Jahre. Die Fördermittel müssen jedes Jahr vom Bezirksamt Mitte beantragt und von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt bewilligt werden.

Das Sanierungsgebiet Turmstraße ist auf eine Zeitdauer von 15 Jahren festgesetzt.

Der geschätzte Kostenrahmen für die Gesamtmaßnahmen beträgt rund 33 Mio. €. (vgl. [www.turmstrasse.de/foerdergebiet](http://www.turmstrasse.de/foerdergebiet))

Für die Prozesssteuerung des Gesamtprozesses ist das Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement - KoSP GmbH beauftragt.

Zu den Aufgabengebieten der Prozesssteuerung gehören sowohl die Koordination der Maßnahmen des Förderprogramms Aktive Zentren als auch die Durchführung der Sanierung. Weitere Tätigkeitsbereiche liegen in der Durchführung von Veranstaltungen zur Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung, der Projektentwicklung und Fördermittelmanagement von öffentlichen Gebäuden und Maßnahmen im öffentlichen Raum sowie in der Initiierung und Organisation von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen und sozialen Begleitprojekten wie z.B. die Straßensozialarbeit im Kleinen Tiergarten.

Im Jahr 2010 wird zur Unterstützung der Maßnahmen aus Mitteln des AZ-Programms ein Geschäftsstraßenmanagement (GSM) finanziert. Hierfür wird das Planungsbüro „draumplaner“ mit Sitz in Moabit beauftragt. Die Aufgabenbereiche des GSM liegen in

- der Erhebung und Analyse der Situation vor Ort im Rahmen von aktivierenden Befragungen und der Auswertung relevanter Informationen,
- der Entwicklung und regelmäßigen Fortschreibung eines Handlungskonzeptes
- der Durchführung von regelmäßigen „Stammtischen“, für alle Interessierten
- Koordination des Gebietsfonds
- Professionelles Marketing und Öffentlichkeitsarbeit
- Aktivierung, Unterstützung und Vernetzung der Gewerbetreibenden und weiterer Akteure

Grundsätzlich liegt der Fokus des GSM nicht nur auf Einzelhändlern, sondern allen lokalen Akteuren in der Turmstraße. (vgl. [www.turmstrasse.de/koordination](http://www.turmstrasse.de/koordination))

Projektbegleitend zum Stadterneuerungsprozess in der Turmstraße werden zwei dauerhafte Gremien zur Bürgerbeteiligung gegründet:

- Die **Stadtteilvertretung Turmstraße** bietet eine Plattform zum Austausch für Bewohnern, Mietern, Eigentümern und Gewerbetreibenden im Sanierungsgebiet und dient als erster Ansprechpartner im Rahmen der vorgeschriebenen Bürgerbeteiligung nach § 137 BauGB. Die Stadtteilvertretung trifft sich monatlich und dient dem Informationsaustausch und der Ver-

netzung von Akteuren im Quartier. Jedes Jahr werden 25 Sprecher demokratisch gewählt. Sie bilden die legitimierte Vertretung aller Bürger für das AZ-Fördergebiet und das Sanierungsgebiet Turmstraße.

- Der **Sprecherbeirat** bildet ein Gremium aus den Sprechern der Stadtteilvertretung, Vertretern des Bezirksamts und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, der Beauftragten für Prozesssteuerung und dem Geschäftsstraßenmanagement. Dieser Beirat dient einem möglichst transparenten Austausch von Informationen sowie der Entwicklung von Lösungsansätzen in Bezug auf Herausforderungen im Quartier.

Weitere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung bestehen im Rahmen von anlassbezogenen Planungswerkstätten, Bürgersprechstunden zur Umgestaltung des Kleinen Tiergarten/ Ottoparks und Gewerbetreibenden- Stammtischen. Aktuelle Termine und Hintergrundinformationen zum Aktiven Zentrums Turmstraße werden auf der eigenen Internetseite [www.turmstrasse.de](http://www.turmstrasse.de) und in der Stadtteilzeitung "ecke turmstraße" veröffentlicht. (vgl. [www.turmstrasse.de/buergerbeteiligung](http://www.turmstrasse.de/buergerbeteiligung))

Zudem steht ein Quartiersfonds von jährlich 10.000 € für selbstorganisierte Projekte von Gewerbetreibenden, Kulturschaffenden und Bürgern im Gebiet der Turmstraße zur Verfügung. Gefördert werden Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der Einzelhandelssituation, Marketing und Veranstaltungen sowie Umgestaltungen von öffentlichen Räumen mit bis zu 50% der Kosten. Die Jury zur Auswahl der Projekte besteht aus vier Vertretern der Stadtteilvertretung und einem Vertreter des Bezirksamts Mitte. In den vergangenen Jahren werden Projekte wie z.B. ein Jazzbrunch eines Optikers, ein Kunstprojekt in den Hertie-Schaufenstern, Bau von Nistkästen mit Kindern, Multimedia-Equipment für den Arminiusaal gefördert. ([www.turmstrasse.de/gebietfonds](http://www.turmstrasse.de/gebietfonds))

In der Praxis gestaltet sich vor allem das Geschäftsstraßenmanagement als sehr zeitaufwändig: Da die Einzelhändler tagsüber ihre Läden nicht verlassen können, arbeiten die Mitarbeiter des beauftragten Planungsbüros aufsuchend und helfen bei der Projektanträgen für den Gebietsfonds. Zu große Hoffnungen könne man den Antragstellern als Organisator jedoch nicht auf eine Förderung machen, da letztlich die Jury über die Mittelvergabe entscheidet, so der zuständige GSM-Projektmitarbeiter Holger Weichler (vgl. Interview Weichler 2012)

Auch die Umsetzung von Sanierungsgebieten sei heute viel kleinteiliger, vielschichtiger und zeitintensiver als z.B. noch in den 1990er Jahren, erklärt der erfahrene Prozessteuerer Giesbert Preuß von dem beauftragten Koordinationsbüro kosp GmbH. Bei der Bürgerbeteiligung zur Umgestaltung des Kleinen Tiergarten / Ottopark stellt sich z.B. heraus, dass protestierende Umweltschützer überhaupt nicht in Moabit leben. (vgl. Interview Preuß 2012)



---

### 6.2.2.3 MittendrIN Berlin!

#### **Strategische Steuerungsebene Berlin**

„MittendrIN Berlin!“ ist eine gemeinsame Initiative des Landes Berlin, der IHK Berlin und der privaten Wirtschaft, wie z.B. der REWE Group, der GALERIA Kaufhof Warenhaus AG oder EDEKA. Im Rahmen eines zweijährlich statt findenden Wettbewerbsverfahren werden Gewerbetreibende und Bürger aufgerufen, Ideen und Konzepte für die Aufwertung und nachhaltige Belebung von Geschäftsstraßen einzureichen. Für die Umsetzung der besten Ideen stehen Preisgelder von insgesamt 100.000 € bereit. Zur Stärkung von lokalen Kooperationen, sollen bei der Entwicklung und Umsetzung der eingereichten Projekte, möglichst viele Gruppen und Institutionen miteinbezogen werden.

(vgl. [www.mittendrIn-berlin.de](http://www.mittendrIn-berlin.de))

#### **Lokale Umsetzungsebene Berlin - Moabit**

Das Wettbewerbsverfahren 2012/13 der Initiative „MittendrIN Berlin!“ steht unter dem Motto „Laufend Neues erleben“. Das Projekt „Aktive Turmstraße: bewegt – belebt – beliebt!“, welches vom beauftragten Planungsbüro des Geschäftsstraßenmanagements „die raumplaner“ entwickelt und eingereicht wurde, wird als eines von drei Siegerprojekten ausgewählt (vgl. Abbildung 54).

Das Konzept sieht die künstlerische Gestaltung von Verteilerkästen und der Stadtmöblierung im Bereich der Turmstraße vor. Die Auswahl der Gestaltungsmotive erfolgt durch Anwohner, Gewerbetreibende sowie lokalen Institutionen wie Schulen und KiTas.

Ziel des Projektes ist es, die Aufenthaltsqualität in der Turmstraße zu verbessern und über einen gemeinsamen Aushandlungsprozess, das Bewusstsein der lokalen Akteure für Ihre Wohn- bzw. Arbeitsumgebung zu schärfen. Den Rahmen der Kunstaktionen in der Turmstraße bilden öffentliche Veranstaltungen unter Einbindung der lokalen Einzelhändler. Den Abschluss der Aktionen bildet ein großes Gehwegfest in der Turmstraße.

(vgl. ebd. )



Abbildung 54: Siegerkonzept „MittendrIN Berlin!“ 2012/13

### 6.2.3 Steuerungsansätze mit sozialem Bezug

Mit dem Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt" werden seit 1999 in Deutschland sowohl investive bauliche Projekte in Kombination mit nicht-investiven sozialen Maßnahmen in ausgewiesenen Gebieten gefördert.

Zusätzlich wurde in Berlin das landeseigene Programm „Aktionsraum plus“ implementiert. mit dem Ziel auch Maßnahmen in Stadtgebieten zwischen den verschiedenen Interventionsgebieten der Städtebauförderung zu fördern und Maßnahmen zu vernetzen.

*Beobachtungen bei der Recherche:*

*Das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ ist auf allen Ebenen, sowohl auf den Homepages des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin sowie dem ausgewählten Quartiersmanagement-Gebiet Moabit- West, ausführlich dokumentiert und erklärt. Wissenschaftliche Untersuchungen, welche u.a. von der Bundestransferstelle „Soziale Stadt“ erstellt und koordiniert werden, stehen vielfach öffentlich zum Download bereit.*

*Das landeseigene Programm „Aktionsräume plus“ sowie die Maßnahmen in den einzelnen Gebieten ist auf der Webseite der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin dargestellt.*

#### 6.2.3.1 Soziale Stadt – Quartiersmanagement

##### Übergeordnete Steuerungsebene Deutschland



**Abbildung 55: Beteiligte Institutionen und Programme im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderprogramms Soziale Stadt**

Seit 1999 besteht das Bund-Länder- Städtebauförderungsprogramm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt" mit der Zielsetzung, der „Abwärtsspirale“ in benachteiligten Stadtteilen entgegen zu wirken. Das Programm fördert bis 2012 sowohl investive Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation sowie nicht- investive Maßnahmen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Integration. Im Jahr 2012 erfolgt nach Diskussionen über die

---

Abschaffung des Programms eine „Weiterentwicklung“, die jedoch mit einer Reduktion der Bundesmittel von rund 95 Mio. € im Jahr 2010 auf 28,5 Mio. € im Jahr 2011 verbunden ist. Die Schwerpunkte des weiterentwickelten Programms „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ liegen verstärkt auf städtebaulichen Maßnahmen zum generationengerechten Umbau von Wohnungen und des Wohnumfelds. Die weiterentwickelte Förderkulisse wird vom ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ BIWAQ begleitet, welches arbeitsmarktpolitische in den Soziale-Stadt- Gebieten fördert.

Die Grundlagen des Bund-Länder- Förderprogramms Soziale Stadt sind seit 2004 im besonderen Städtebaurecht, Baugesetzbuch (BauGB) § 171 e, verankert. Die Gewährung von Bundesfinanzhilfen wird jährlich aufs Neue über die Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung geregelt. Prinzipiell gilt, dass ein Drittel der Finanzierung vom Bund getragen wird und die übrigen zwei Drittel finanzieren Ländern und Kommune.

Von 1999 bis 2012 wurden im Rahmen der Sozialen Stadt, Projekte, Maßnahmen und Modellvorhaben in bundesweit rund 600 Programmgebieten gefördert. Insgesamt werden hierfür bis dato über 3 Mrd. € von Bund, Länder und Gemeinden bereitgestellt.

Zur Gewährleistung des bundesweiten Informationsaustauschs wurde eine Bundestransferstelle eingerichtet, sowie Evaluierungen und begleitende Forschungen gefördert (vgl. [www.bmvbs.de/soziale-stadt](http://www.bmvbs.de/soziale-stadt) ; [www.staedtebaufoerderung.info/SozialeStadt](http://www.staedtebaufoerderung.info/SozialeStadt))

### **Strategische Steuerungsebene Berlin**

Die Umsetzung der Projekte und Maßnahmen des Bund- Länder-Förderprogramms Soziale Stadt erfolgt in Berlin im Rahmen von Quartiersmanagements (QM). Die einzelnen geförderten Projekte werden aber nur als kleiner Teil einer übergeordneten Strategie zur Verbesserung der Lebenssituation in den benachteiligten Gebieten gesehen. Die Auffassung des Quartiersmanagement liegt in Berlin viel mehr in einer strategischen Ausrichtung zur umfassenden Strukturanpassung in den Stadtteilen.

Bereits bei der Neuausrichtung der Berliner Quartiermanagements im Jahr 2005 wurde beschlossen "mehr in Menschen, weniger in Beton investieren", als auch die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bürgern im Rahmen von sozialraumorientierten Organisationsstrukturen und Partizipationsprozessen zu intensivieren.

Die Grundprinzipien des Berliner Quartiersmanagements liegen in

- den Mitarbeitern des Quartiersmanagement als Koordinatoren und Vor-Ort-Büros im Stadtteil
- einer aktiven ressortübergreifenden Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung
- integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepten für den Stadtteil
- Hilfe zur Selbsthilfe im Rahmen von Quartiersfonds

- Formen direkter Demokratie wie Quartiersräte und Stadtteilplenen
- einem Budget zur Motivierung und Finanzierung der Strukturanpassung
- Projekten in den drei zentralen Handlungsfeldern Bildung, Erwerbstätigkeit sowie soziale und ethnische Integration
- zivilgesellschaftliches Engagement für einen solidarischen Stadtteil

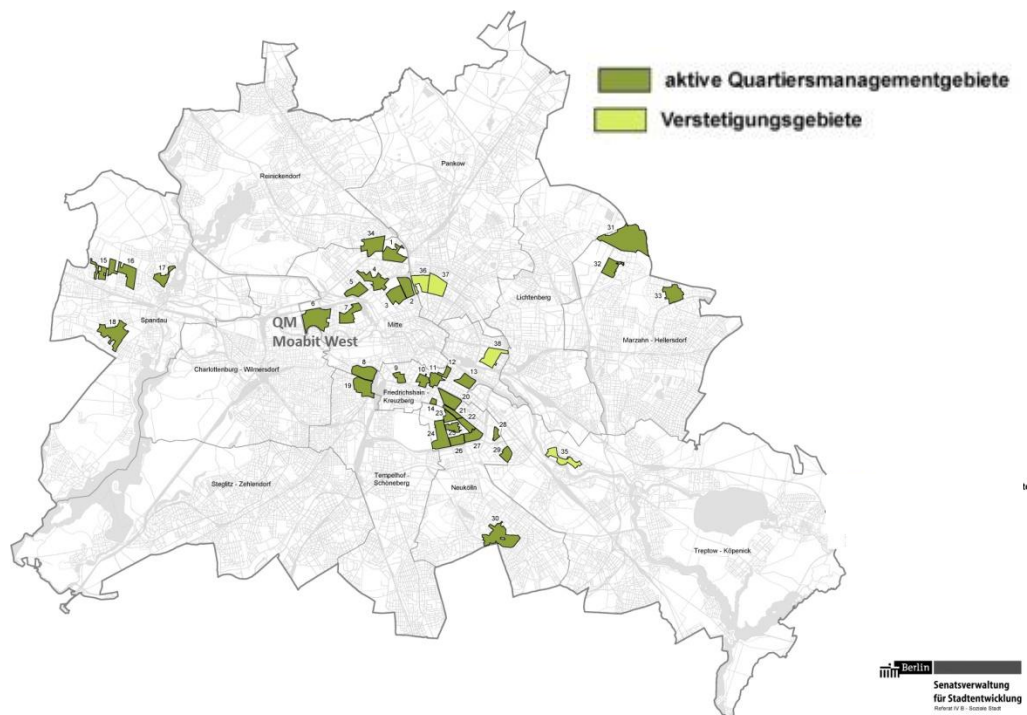


Abbildung 56: Quartiersmanagement-Gebiete in Berlin

In Berlin existieren derzeit 34 QM- Gebiete, fünf weitere Gebiete wurden bereit aus der Förderung entlassen. Gemäß den jeweiligen, lokalen Problemstellungen werden die Gebiete nach den Interventionsgraden „Starke Intervention“, „Mittlere Intervention“ und „Prävention“ unterteilt.

(vgl. [www.quartiersmanagement-berlin.de/programmstrategie](http://www.quartiersmanagement-berlin.de/programmstrategie))

Zur Stärkung der Vernetzung zwischen Bewohnern, Akteuren in den Kiezen; den Akteuren und der Verwaltung sowie innerhalb der verschiedenen Verwaltungsabteilungen, wurden in den QM- Gebieten Quartiersräte eingerichtet. Die Einrichtung von Quartiersräten geht auf eine Initiative der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung aus dem Jahr 2000 zurück: Damals wurde zur Aktivierung der Bevölkerung 1 Mio. DM für jedes Soziale-Stadt Quartier zur Verfügung gestellt und Bewohner per Losverfahren für eine Bürgerjury, als Entscheidungsgremium zur Vergabe der Mittel, ausgewählt.

Heute setzen sich die Quartiersräte zu mindestens 50% aus Bewohnern, aber auch anderen relevanten Akteuren aus dem Kiez, wie z.B. Vertreter von Schulen, Bürgervereinen,

---

Jugendeinrichtungen etc., zusammen. Durch diese Kooperationsform sollen langfristig möglichst viele verschiedene Gruppen, Interessen und Problemstellungen berücksichtigt und Interessierte für die Mitarbeit im Kiez aktiviert werden.

Die Quartiersräte bilden die Interessenvertretung der Bewohner in den QM-Gebieten und treffen sich mindestens alle 2 Monate. Über öffentliche Aufrufe werden in den Quartieren regelmäßig Ideen gesammelt. Die Quartiersräte entwickeln diese Ideen zu Projekten weiter. Über die Durchführung der Projekte entscheiden die Quartiersräte gemeinsam mit Vertretern des QMs, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und der Bezirksverwaltung. Die Koordination zur Ausschreibung und Finanzierung der Projekte übernimmt das Quartiersmanagement.

(vgl. [www.quartiersmanagement-berlin.de/quartiersraete](http://www.quartiersmanagement-berlin.de/quartiersraete))

Für die Finanzierung von kurzfristigen Projekten sowie mittel- und langfristigen Maßnahmen im Rahmen der Quartiersmanagements in Berlin sind fünf verschiedene Quartiersfonds eingerichtet. Diese Quartiersfonds unterscheiden sich in der Förderungshöhe und zuständigen Entscheidungsgremien zur Mittelvergabe (vgl. Abbildung 57):

- **Quartiersfonds 1** stellt Förderungen von bis zu 1.000€ für kurzfristige, sozio-integrative, schnell sichtbare Projekte im Quartier bereit. Über die Verwendung der Mittel entscheidet die Vergabejury. Diese setzt sich zu min. 50% aus Bewohnern des QM-Gebiets, Vertretern von lokalen Initiativen und Vereinen, Vertretern von lokalen Institutionen wie Schulen, Wohnungsgesellschaften, Senioreneinrichtungen sowie bereits aktivierten Einzelpersonen zusammen.
- **Quartiersfonds 2** bietet Förderungen von 1.000 -10.000€ für nachhaltig wirkende Projekte im Quartier. Über die Verwendung der Mittel entscheidet der Quartiersrat.
- **Quartiersfonds 3** bietet Förderungen ab 10.000€ für nachhaltig wirkende Maßnahmen und zur Umsetzung von Handlungsschwerpunkten im Quartier. Der Quartiersrat entscheidet über die Verwendung der Mittel und wird bei der Auswahl der Träger miteinbezogen.
- **Quartiersfonds 4** fördert Baumaßnahmen von gemeinwesenbezogenen Projekten und Institutionen ab 50.000€ Quartier. Im Rahmen eines speziellen Auswahl- und Vergabeverfahrens werden Vertreter der Beiräte und der Bezirksverwaltung beteiligt.
- **Quartiersfonds 5** fördert Modellprojekte von gesamtstädtischer Bedeutung sowie die Verstetigung von langfristig bewährten Projekten.

(vgl. [www.quartiersmanagement-berlin.de/quartiersfonds](http://www.quartiersmanagement-berlin.de/quartiersfonds))

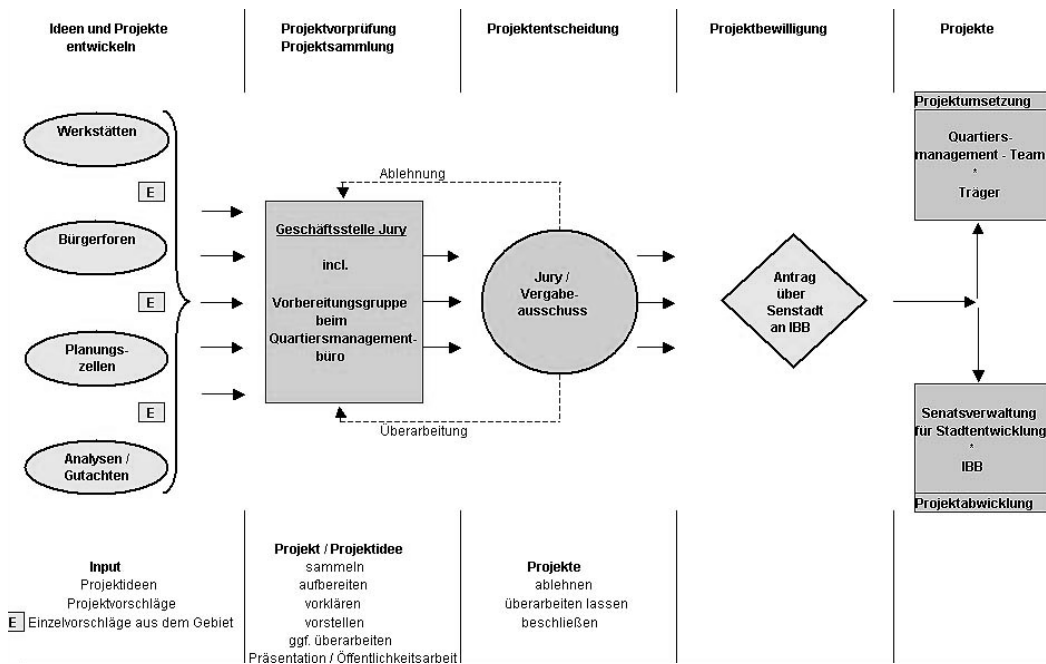


Abbildung 57: Verfahren zur Mittelvergabe der Quartiersfonds in Berliner QM-Gebieten

### Lokale Umsetzungsebene Berlin – Moabit West

Das Quartiersmanagement Moabit West (Beusselstrasse) wird 1999 als eines der ersten Gebiete des Programms „Soziale Stadt“ eingerichtet. Ausgangspunkt bildet zu dieser Zeit das Sanierungsgebiet „Beusselstraße“, das bereits 1994 ausgewiesen und im Jahr 2007 aus der Förderung entlassen wurde. In Kombination mit den Fördermitteln des Sanierungsgebiets werden im QM- Gebiet, nicht nur Freiflächen erneuert, sondern, mit dem Neubau des „Hauses für Junge Menschen“ und der Realisierung des Nachbarschaftshauses in der Rostocker Str., auch das Angebot an sozialen Infrastrukturen erweitert.

Den Aufbau des Quartiersmanagements ab 1999 übernimmt der damalige Sanierungsträger S.T.E.R.N. ohne Ausschreibung. „Damals war das völlig logisch, dass der Sanierungsträger das macht und man so die Synergieeffekte nutzt“ reflektiert der ehemalige Leiter des QM Moabit-West Helmut Rösener. „Das QM aufzubauen, das kam am Anfang (auf die Sanierung) oben drauf. Dann wurde das Soziale immer wichtiger und das Bauliche immer geringer und schwieriger. [...] Dieses Sozialraumorientierte, also das auf die Bewohner zugehen, das war schon die Neuerung. [...] Der sozialarbeiterische Ansatz war in den ersten zwei bis drei Jahren noch sehr umstritten, das muss man klar sagen“ (Rösener 2012)

Momentan betreut das QM-Team Moabit- West die Organisation und Förderung von mehreren Projekten in verschiedenen Handlungsfeldern wie z.B.:

- 
- „Lange Nacht der Chöre“ und die „Lange Nacht des Buches“ im Kulturbereich,
  - „MüfüMü“-Mütter für Mütter als eine Ausbildung zum Multiplikator für Mütter mit Migrationshintergrund im Bereich der Integration,
  - Spielplatzbetreuung und Spielplatzumgestaltung sowie die Errichtung/ Organisation des „Jugendhaus B8“ – ein Haus für Lückekinder im Alter von 11 bis 15 Jahre im Bereich Jugend
  - „Kiezläufer“, welche die Sauberkeit der öffentlichen Räume im Kiez im Blick behalten und Unregelmäßigkeiten an die Verwaltung weitermelden.
  - „NUTZbar“, als Gebrauchtwarenbörse für die Bewohner des Kiezes
  - Die Organisation und Durchführung des „Kiezfest“ und des „ Tag des Ehrenamtes“

14 weitere Projekte , welche mit Mitteln des Programms „Soziale Stadt“ im QM-Gebiet Moabit-West gefördert wurden, sind bereits abgeschlossen bzw. konnten aufgrund der Förderbestimmungen nicht mehr weiterfinanziert werden. Diese Projekte sind z.B. „Die Goldenen Straßenregeln“, „Treffen der Religionsgemeinschaften“, „Huttenkids und Co“ eine sehr erfolgreiche Nachmittagsbetreuung für Kinder zwischen fünf und zwölf Jahren, sowie eine „Familienbegleitung“ zu Unterstützung von Familien mit Migrationshintergrund. ([www.moabitwest.de/projekte](http://www.moabitwest.de/projekte))

Die Maßnahmen werden jedes Jahr im integrierten Handlungskonzept (IHEK)des QM-Gebiets Moabit West inklusive der Mittelverwendung und Projektfortschritt dargestellt. Diese IHEKS stehen auf der Webseite des QMs zum Download für die Öffentlichkeit bereit. (vgl. [www.moabitwest.de/gebietsspezifische-ziele](http://www.moabitwest.de/gebietsspezifische-ziele))

Die IHEKS bilden zudem die Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für die lokale Politik und Verwaltung und werden per Bezirksratsbeschluss verabschiedet.

Die Durchführung der Projekte und Maßnahmen übernehmen extern beauftragte Projektträger. Die Tätigkeiten des QM-Teams liegen in der Projektinitiierung, Konzeptentwicklung; Förderungsmanagement, in der Erarbeitung der integrierten Handlungskonzepte sowie in der Vorbereitung und Durchführung der Bürgerbeteiligung.

Das Quartiersmanagement Moabit- West verfügt, als eines der größten QM-Gebiete mit dem höchsten Fördervolumen in Berlin, über 2,5 Personalstellen. Entsprechend hoch ist auch die Anzahl der externen Projektträger, welche sich im QM-Gebiet niedergelassen haben und teilweise ausschließlich von den Aufträgen des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“ leben.

Die Daten und Informationen zur Analyse des Gebiets werden dem QM-Team kostenlos von den zuständigen Verwaltungsstellen zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2009 wurde zusätzlich eine kleinräumige Sozialstudie durchgeführt.

Das öffentlich zugängliche Vor-Ort-Büro des QM Moabit-West befindet sich in der Rostocker Straße mitten im Fördergebiet. Obwohl das Vor-Ort-Büro des QM Moabit

West durchaus von Bewohnern aus dem Gebiets besucht wird, sieht sich das QM-Team nicht so „dicht“ an der Quartiersbevölkerung, wie z.B. die Projektbeauftragten. Dementsprechend stellen die Bürgerbeteiligung aber auch der Informationsaustausch mit Multiplikatoren und die Pflege von Netzwerken wie z.B. dem KiTa-Netzwerk, aber auch mit der Verwaltung, eine wichtige Aufgabe des QM-Teams dar. (vgl. Interview Pfitzner 2012)

„Die Bürgerbeteiligung läuft gut, könnte aber besser sein. Es gibt immer Gruppen, die erreicht man schlichtweg nicht oder nur schwer.“ erklärt die aktuelle Leiterin des Quartiersmanagements Moabit-West Beatrice Pfitzner. „Roma- Familien sind gerade ein neues Thema für uns, aber wir haben niemand der Romanes spricht. Das ist sehr schwierig. Eine Mitarbeiterin von uns spricht Arabisch. Aber auch das ist schwierig. Man kann jetzt aber auch nicht immer für alle Zielgruppen, jemand da haben der jetzt einen besonderen Zugang verschafft. Da müssen wir eben schauen, dass wir mit Kooperationen und Partnern arbeiten. Und gerade im Quartiersrat hätten wir schon auch gern mehr Migrantenvetreter, gerade beim neuen Quartiersrat ist es uns leider nicht gelungen.“ (ebd.2012)

Das Quartiersmanagement Team Moabit—West organisiert jeden dritten Dienstag im Monat ein Stadtteilplenum im Nachbarschaftstreff Stadtschloss Moabit. Es steht allen Bewohnern, Gewerbetreibenden und Eigentümern aus dem QM-Gebiet als Plattform zum Informations- und Meinungsaustausch offen. Jede Veranstaltung wird unter ein Motto gestellt und Experten, wie z.B. Politiker oder zuständige Vertreter der Verwaltung und anderer relevanter Institutionen, eingeladen. Die Berichte der Stadtteilplenen werden auf der Webseite des QM Moabit West veröffentlicht.

(vgl. [www.moabitwest.de/stadtteilplenum](http://www.moabitwest.de/stadtteilplenum))

Die Quartiersratswahlen finden im QM-Gebiet Moabit West alle zwei Jahre statt. Der aktuelle Quartiersrat besteht aus 26 Mitgliedern, davon 16 gewählten Bewohnern aus dem QM-Gebiet und zehn gewählten Vertretern lokaler Träger wie z.B. dem Moabiter Ratschlag e.V., der ev. Kirchengemeinde oder des Jugendmigrationsdienstes.

(vgl. [www.moabitwest.de/quartiersrat](http://www.moabitwest.de/quartiersrat))

Der Quartiersrat besitzt, ähnliche wie das gesamte Quartier in Moabit- West, eine hohe Fluktuation. Dementsprechend muss die Bewohnerschaft bei jeder Quartierswahl aufs Neue aktiviert und neu gewählte Quartiersräte eingewiesen werden. (vgl. Interview Pfitzner 2012)

Die Aktionsfondsjury im QM-Gebiet Moabit-West verfügt über 13 gewählte Mitglieder, die sowohl aus den Kreisen der Bewohner als auch der Träger stammen. Die Jury trifft sich ca. einmal pro Monat, um über die Vergabe der Mittel aus dem Quartiersfonds 1



---

(jährlich 10.000€) für kleinteilige Projekte im Quartier zu beraten.

(vgl. [www.moabitwest.de/aktionsfondsjury](http://www.moabitwest.de/aktionsfondsjury))

Die engen Förderbedingungen des Programms „Soziale Stadt“ erweisen sich in der Praxis im QM Moabit –West als ein erhebliches Problem:

Da nur Maßnahmen innerhalb des ausgewiesenen QM-Gebiets gefördert werden, muss die Gebietsabgrenzung nachträglich verändert werden, um Projekte im Zusammenarbeit mit der nahe gelegenen Carl-Bolle Grundschule fördern zu können.

Projektanträge für Förderungen aus dem Programm „Soziale Stadt“ können jährlich gestellt werden. Im Fall einer Aufnahme werden die Projekte über drei Jahre finanziert. Im Anschluss kann die Förderung um maximal um ein bis drei Jahre verlängert werden.

Bedauerlicherweise können nur für die wenigsten Projekte durch eine alternative Finanzierungsschiene verstetigt werden. Auch das sehr erfolgreiche Projekt „Huttenkids und Co“ musste aus diesem Grund beendet werden. (vgl. Interview Pfitzner 2012)

„Wir haben das Problem, dass wir gute Projekte haben, die super laufen, z.B. das Projekt MüfüMü, das wir 5 Jahre finanziert hatten bis Ende letzten Jahres und wir dürfen leider nicht länger als 5 Jahre finanzieren. Das ist ein Riesenproblem, weil solche Projekte im Grunde vor der Aufgabe stehen, sich zu verstetigen, sich in irgendeiner Weise zu finanzieren oder andere Fördermittel zu aktivieren um grad bei so sozialen Projekten wie jetzt gerade bei den MüfüMü, das sind so Frauen die andere Familien und Frauen unterstützen bei unterschiedlichen Fragestellungen, wie sollen die sich selber finanzieren? Das funktioniert nicht“ (Interview ebd. 2012)

Im September jeden Jahres erfahren die QMs wie hoch die Fördersumme für das QM-Gebiet für die kommenden drei Jahre ausfällt. Nach der Mittelzuweisung verbleiben drei Monate um die Maßnahmen zu organisieren und die Anträge zu stellen, damit die Projekte am 1.1 des Folgejahres starten können.

„Das ist eigentlich nicht machbar“ erklärt die Leiterin des QM-Teams Moabit. Innerhalb von drei Monaten müssen die Ideen für Projekte aufgerufen und konkretisiert werden. Die meist 25 bis 30 Projektanträge müssen anschließend im der Quartiersrat diskutiert und vom Bezirksamt und den Fachämtern bestätigt werden. Zusätzlich gilt es die Ausschreibung für die externen Beauftragten durchzuführen und den Antrag der ausgewählten Projekte der Programm-Service-Stelle (PSS) zur Prüfung vorzulegen. Die PSS hat in der Regel drei Monate für ihre Prüfung Zeit. „Man kann zwar einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn bei der PSS beantragen und mit dem Projekt zum 1.1 starten, gleichzeitig geht man immer die Gefahr und das Risiko, dass noch etwas dazwischen kommt. Alles sehr bürokratisch.“ (Interview ebd. 2012)

Außerhalb der bewilligten Förderanträge ist es sehr schwierig Projekte, wie z.B. die Roma-Mediation kurzfristig im QM –Gebiet auf die Beine zu stellen.

Die Finanzierung der QM-Teams erfolgt über ein Landesprogramm. Zusätzlich existiert ein Extra-Topf für Sachmittel im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Öffentlichkeitsarbeit des QM-Moabit West erfolgt über eine eigens gepflegte Webseite, Flyer an Hauseingängen sowie die Quartierszeitung „Moabiter Inselpost“.

Die ressort- bzw. programmübergreifende Zusammenarbeit in Moabit erfolgt über verschiedene Steuerungsrunden und Arbeitsgruppen wie z.B. die AG Bildung, die AG Roma, sowie die AG Förderkulissen, an denen alle Programmbeauftragten im Stadtteil einmal pro Monat zusammen kommen. Die Kommunikation mit der Verwaltung wird von der Koordinatorin der Organisationseinheit Sozialraumorientierung der Bezirksverwaltung Mitte, Petra Patz-Drüke, unterstützt.

Der ebenenübergreifende Austausch aller QM-Beauftragten erfolgt monatlich im Rahmen eines QM-Jour-Fixes.

Die Evaluierung und das Monitoring der Projekte erfolgen durch das QM-Team vorwiegend qualitativ und prozessbegleitend, im Rahmen von Reflektionen mit den beauftragten Projektträgern. Für eine eingehende Evaluierung fehlen für das QM-Team die Zeit und die Ressourcen. Eine systematische Evaluation erfolgte bisher jedoch erst bei zwei Projekten durch die Professorin für Stadtforschung und Sozialplanung Ingeborg Beer. Die Dokumentation der Projekte erfolgt im Rahmen von Sachberichten durch die Projektträger sowie durch die IHEKs des QM-Teams.

Insgesamt hat sich die Lage im QM- Gebiet Moabit-West, seit der Einführung des Quartiersmanagements, zwar nicht verbessert, aber auch nicht verschlechtert, was, aus Sicht der Leiterin des QMs Moabit West, als Erfolg zu werten ist. (vgl. Interview Pfitzner 2012)



Abbildung 58: Banner QM Moabit West

---

### 6.2.3.2 Aktionsraum <sup>plus</sup>

#### Strategische Steuerungsebene Berlin

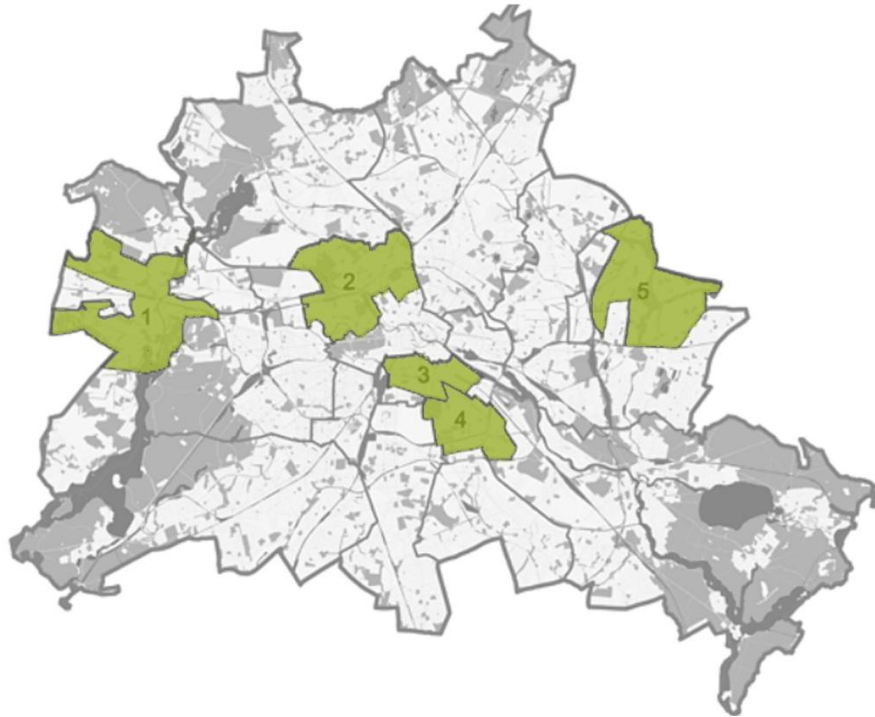


Abbildung 59: Übersichtskarte Aktionsräume <sup>plus</sup> in Berlin

Die Initiative „Aktionsraum <sup>plus</sup>“ ist eine eigene, gebietsübergreifende Strategie des Berliner Senats zur Vernetzung vorhandener Förderprogramme.

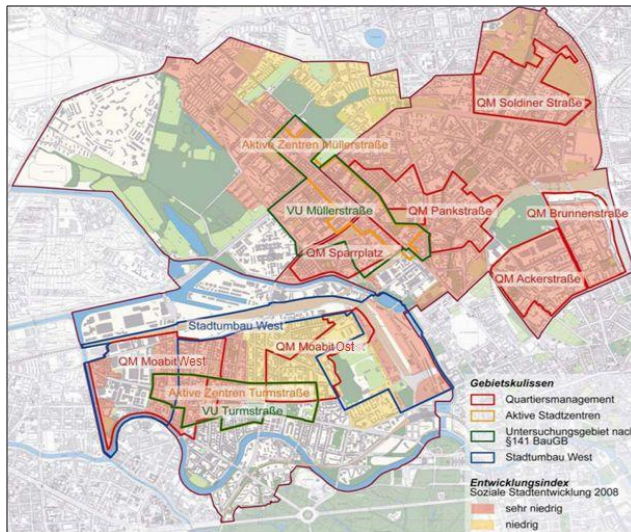
Mit dem Ziel, vor allem die Zukunftschancen für junge Menschen in den Aktionsräumen <sup>plus</sup> zu verbessern, wurde das Thema Bildung als besonderen Schwerpunkt der Initiative gewählt. Zusätzlich sollen die „Zwischenräume“ außerhalb der aktuellen Fördergebiete präventiv in den Fokus der verantwortlichen Stellen gerückt werden.

Die Initiative Aktionsraum <sup>plus</sup> richtet sich in erster Linie an die involvierten Fachabteilungen sowie die lokalen Institutionen und Programmbeauftragten. Im Hinblick auf eine verbesserte Zusammenarbeit werden „Fachübergreifende Arbeitsgruppen“ (FAG) für die Themenbereiche „Bildung, Jugend und Ausbildung“ (FAG 1), „Arbeit und Wirtschaft“ (FAG 2), „Kultur, Gemeinwesen (Gesundheit und Soziales) und Integration“ (FAG 3) sowie „Quartiere und Öffentlicher Raum“ (FAG 4) eingerichtet.

Die Festlegung der fünf Aktionsräume <sup>plus</sup> erfolgt im Jahr 2010 auf Basis der Erkenntnisse aus dem „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ in Gebieten mit einem "sehr niedrigen" bis "niedrigen Entwicklungsindex".

(vgl. [www.berlin.de/aktionsraum\\_plus\\_weddingmoabit](http://www.berlin.de/aktionsraum_plus_weddingmoabit))

### Lokale Umsetzungsebene Berlin – Moabit/ Wedding



**Aktionsräume plus**  
Impuls für eine lebenswerte Stadt

Abbildung 60: Förderkulissen im „Aktionsraum plus Wedding/ Moabit“

Als 2009 das erst Integrierte Stadtentwicklungskonzept für den Aktionsraum <sup>plus</sup> Wedding/ Moabit von Helmut Rösener von der S.T.E.R.N. und der Professorin für Stadtfor- schung und Sozialplanung, innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums von drei Monaten, erstellt wird, sind die Vorgaben von Seiten der Verwaltung noch nicht klar definiert. Die Rahmenbedingungen liegen vor allem darin, die Nischen zwischen den Fördergebieten zu behandeln und den Bereich Bildung losgelöst von Fördergrenzen zu thematisieren. (vgl. Interview Rösener 2012)

Mittlerweile haben zwei Mitarbeiter der Stiftung SPI, Felix Dörstelmann und Nicola Boelter, die Leitung des Aktionsraums <sup>plus</sup> Wedding/ Moabit übernommen. Sie wirken bei der Erarbeitung der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte mit und koordinieren die programm- und fachübergreifende Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit im Aktionsraum. (vgl. [www.berlin.de/aktionsraum\\_plus\\_weddingmoabit](http://www.berlin.de/aktionsraum_plus_weddingmoabit))

Um die Zusammenarbeit mit der Bezirksverwaltung zu intensivieren, wurde für die Mit- arbeiter der SPI ein Büro im Bezirksamt Moabit eingerichtet. (vgl. Interview Boelter 2012)

Mit der Zielsetzung im Gebiet die „Stärken zu stärken“, werden Rahmen des Aktions- raum <sup>plus</sup> Wedding/ Moabit von Stadtteilkonferenzen abgehalten sowie diverse Projekte angestoßen wie z.B. die Einrichtung einer "Koordinierungsstelle Elternlotsen", die Erar- beitung eines Förderungskonzepts „Gesundheit und Bewegung“ für Kinder und Jugendli- che sowie die Unterstützung des "Mikrokosmos Gartenstadt Atlantic", einer generatio- nenübergreifenden Lernwerkstatt.

(vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/aktionsraeume\\_plus](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktionsraeume_plus))

---

## 6.2.4 Strategische Steuerungsansätze und Prinzipien der Prozessgestaltung

Wie die vorangegangenen Kapitel zeigen, verfügt die Stadt Berlin auf [wohn-] räumlicher, wirtschaftlicher und sozialer Ebene nur noch über sehr limitierte Steuerungsansätze zur Verringerung von Benachteiligungsphänomenen.

Interventionen werden in Berlin sozialraumorientiert, ämterübergreifend und unter Einbeziehung von Betroffenen konzipiert. Die Interventionen sind jedoch, aufgrund der prekären Haushaltslage der Stadt Berlin und übergeordneter Regelungen, finanziell, räumlich und zeitlich sehr begrenzt.

Wie die einzelnen Institutionen und Maßnahmen auf der strategischen Ebene in der Praxis mit einander verknüpft und welche Konsequenzen dies auf die Umsetzung, im Sinne einer sozialraumorientierten Stadterneuerungspraxis, in den Bezirken bzw. Stadtteilen hat, wird in nachfolgendem Kapitel zusammengefasst und erläutert.

### 6.2.4.1 Strategische Dokumente

#### **Übergeordnete Steuerungsebene: Deutschland**

Die Vorgaben zur Stadterneuerung werden in Deutschland bundesweit, zum einen über das „Besondere Städtebaurecht“ im BauGB, zum anderen über jährliche Verwaltungsvereinbarungen zur Städtebauförderung zwischen Bund und Ländern geregelt. Diese Dokumente enthalten vor allem die grundsätzlichen Zielsetzung sowie Formalien zu Abläufen und zur Finanzierung der Maßnahmen.

Seit 2004 sind die Vorgaben zu den Programmen „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Ost und West“ im § 171 BauGB verankert.

In der aktuellen Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 2013 wird für die Programme „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“ und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ dezidiert die Erarbeitung von integrierten Entwicklungskonzepten unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung vor. (vgl. BauGB- D 2011: §136-§191; BMVBS 2013)

Neben diesen rechtlich bindenden Dokumenten stehen auf den Webseiten des BMVBS und des BBSR zu allen Programmen der Arbeitshilfen, Leitfäden, Monitoring-Berichte zum Download für die Öffentlichkeit bereit. (vgl. [www.bmvbs.de](http://www.bmvbs.de) ; [www.staedtebaufoerderung.info](http://www.staedtebaufoerderung.info))

Weitere sozialraumrelevante Gesetzesmaterien bilden u.a. Festlegung zum Mietrecht (BGB Mietrechtsgesetz), zum Wohngeld (WoGG) sowie Bestimmungen zum Arbeitslosengeld und zur Sozialhilfe nach SGB II und SGB III.

### Strategische Steuerungsebene: Berlin

Die Umsetzung der Bund-Länder-Programme zur Städtebauförderung, wie auch des landeseigenen Programms „Aktionsräume<sup>plus</sup>“, ist eingebettet in einen umfassenden Modernisierungsprozess der Berliner Verwaltung. Auf Beschluss des Berlin Senats werden in den Jahren von 2007 bis 2016 vielfältige Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz, zur Senkung der laufenden Kosten und vor allem der Ausbau der Servicefreundlichkeit initiiert und umgesetzt. Die Maßnahmen sind vier verschiedenen Handlungsfeldern zugeordnet (vgl. [www.berlin.de/servicestadt-berlin](http://www.berlin.de/servicestadt-berlin)) :

1. Im *Handlungsfeld Bürger- und Wirtschaftsservice* liegt der Schwerpunkt der Projekte und Vorhaben vorwiegend in service- und dienstleistungsorientierte Dienstleistungen, wie auch zentrale Anlaufstellen für Bürger und Wirtschaft und wie z.B. elektronischen Baugenehmigungen und KFZ-Zulassung, Ausbau einer Service-Hotline, Einführung von Qualitätsstandards und verbindlichen Bearbeitungszeiten, Öffentlichen Informationsportale wie den Fis-Broker für Geodaten, Angebote von mobilen Bürgerdiensten in allen Bezirken, e-Government zur Beschleunigung des Service, etc. .
2. Das *Handlungsfeld Aktive Bürgergesellschaft - Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungsprozessen* beinhaltet Projekte und Vorhaben, „die das bürgerschaftliche Engagement und die Identifizierung der Bürger mit ihrem Wohnumfeld und ihrer Stadt stärken“ sollen. Zu den umgesetzten Maßnahmen gehören:
  - die Aufstellung von „Bürgerhaushalten“ durch die Förderung von partizipativen Verfahren zur Haushaltsaufstellung,
  - die Förderung von Strukturen zur Verstärkung des bürgerschaftlichen Engagement z.B. durch die Unterstützung einer Anerkennungskultur, zivilgesellschaftliche Schwerpunktsetzung in der Aus- und Weiterbildung und der Ausbau des Portals „bürgeraktiv,
  - Fortsetzung und Neuausrichtung des Quartiersmanagements.
  - Weiterentwicklung der Partizipation und E- Partizipation
  - Entwicklung eines Planungsraumbezogenes Informationssystem für Monitoring und Analyse
3. Das *Handlungsfeld Strategie und Steuerung* umfasst Projekte und Vorhaben zur Weiterentwicklung der Verwaltung, insbesondere der Verbesserung des Verwaltungscontrollings bzw. der Prozesssteuerung. Darunter fallen u.a.
  - die Entwicklung einer gesamtstädtischen ressortübergreifenden Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung Berlin.
  - die Schaffung einheitlicher qualitativer und quantitativer Standards für alle bezirklichen Aufgaben und für die Verwaltungsmodernisierung
  - die flächendeckende Einrichtung von Bürgerzentren als „one-stop-shops“ in allen Bezirken
4. Das *Handlungsfeld Verwaltungseffizienz und Personalmanagement* enthält Projekte und Vorhaben, die die Effizienz und Wirkung der Verwaltungsarbeit verbessern oder den Perso-

---

naleinsatz optimieren sollen. Dazu gehören u.a. Maßnahmen wie der Ausbau des Berliner Intranet zu einem qualifizierten, wissensmanagementorientierten und interaktiven Beschäftigtenportal. Verwaltungseffizienz und Personalmanagement sowie die Vereinheitlichung der bisher heterogenen Ämterstruktur in den Bezirken zur Erhöhung der Transparenz.

Das Programm ‚Service Stadt Berlin‘ stellt einen wichtigen Motor für strategische Rahmenbedingungen einer sozialraumorientierten Stadterneuerungspraxis in Berlin dar: Zunächst rückt es durch seinen Anspruch, die Verwaltungswege zu bündeln und den Service zu erhöhen, die Bürger und deren Bedürfnisse in den Mittelpunkt des Verwaltungshandelns. Die Aufforderung eine gesamtstädtischen ressortübergreifenden Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung, die Vereinheitlichung von Ämterstrukturen und Standards für Verfahrensabläufe, Einrichtung zentraler Anlaufstellen einem verwaltungsinternen Wissensmanagementportal bietet die Grundlage für eine fach- und ressortübergreifende Kooperationen und eine Effizienzsteigerung des Verwaltungshandelns. .

Im Jahr 2006 wird der mehrstufige Prozess zur Erarbeitung der „Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung“ (RSS) als innovativer und ressortübergreifender Ansatz der integrierten Stadtentwicklung, auf Beschluss aller Senatsverwaltungen und dem Rat der Bürgermeister, gestartet.

Die RSS baut auf den positiven Erfahrungen mit dem Quartiersmanagement, welches sich durch Mittel des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ in der Stadt Berlin erfolgreich in der Umsetzung befindet und der Einführung des Prinzips der Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. (Projektgruppe RSS 2008: 8)

Die RSS stellt, als Grundlage einer strukturellen Neuausrichtung der Verwaltungsorganisation, „den Stadtteil als Lebensraum in den Fokus eines [...] abgestimmten Verwaltungshandelns“ heraus. Zusätzlich soll die Dezentralisierung der Verantwortlichkeiten die horizontale und vertikale Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltungseinheiten sowie die Kooperation mit sozialen Trägern und Bewohnern in den Quartieren fördern.(vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/rahmenstrategie/2009](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/rahmenstrategie/2009))

Die Entwicklung der RSS erstreckt sich über zwei prozessorientierte Projektphasen.

In Projektphase I erfolgt ab Februar 2007, im Zuge einer intensiven fach- und ebenenübergreifenden Zusammenarbeit von relevanten Senatsverwaltungen, Fachressorts in drei Berliner Pilotbezirken, sowie lokalen Akteuren und externen Fachexperten, die Erarbeitung folgender, strategischer Grundsätze:

#### *Grundsätze einer Sozialen Stadt(teil)entwicklung Berlin*

*Die folgenden Grundsätze beschreiben keine Ist-Situation, sondern die Zielrichtung, die durch die weitere fachliche Arbeit und durch Senatsbeschlüsse und Beschlüsse des Rats der Bürgermeister zu konkretisieren sein wird:*

*Sozialraumorientierung ist eine innovative Strategie, die das Ziel verfolgt, über eine fachübergreifende intensive Zusammenarbeit unter Einbindung lokaler Interessengruppen und lokaler Akteure Synergieeffekte zu Gunsten einer Sozialen Stadtentwicklung, insbesondere einer Erhöhung der Chancengleichheit, zu erzielen.*

*Die Strategie setzt an den Bedürfnissen, Möglichkeiten und Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner und ihrer Lebenswelt an. Die Lebenswelten werden so zu dem Ort einer integrierten, d. h. fachübergreifend abgestimmten Politik.*

*Sozialraumorientierung bedeutet einen Perspektivwechsel in der Planung: Der zielgruppenorientierte Fachbezug wird um den Raumbezug mit Fokus auf die sozialen Gegebenheiten erweitert.*

*Quartiere werden zum gemeinsamen, fachübergreifenden „Planungs- und Gestaltungsraum“. Wie dies geschehen kann, dafür gibt es keine fertigen Lösungen. Sozialraumorientierung ist stattdessen als ein gemeinsamer Lern-, Innovations- und Entwicklungsprozess zu verstehen.*

*Es wird vor allem an Erfahrungen aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ und der Einführung der Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe angeknüpft.*

*Die Sozialraumorientierung wird durch eine angemessen ausgestattete Budget- und Programmpolitik unterstützt.*

*Es erfolgt ein regelmäßiger Abgleich zwischen Bezirks- und Senatsverwaltung über gesamtstädtische Ziele, lokale Erfordernisse und räumliche Schwerpunktsetzungen.*

*Die Betrachtung und Bewertung der lebensweltlich orientierten Räume wird durch ein strategisches Controlling der Sozialen Stadtentwicklung begleitet. Basis dieses Controllings ist ein abzustimmendes Indikatorenset und die einvernehmlich festgelegten Räume.*

*Die Sozialraumorientierung als neues Element der Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung führt dazu, dass neben der Linienorganisation dem Gestalten über Projekte und Netzwerke eine hohe Bedeutung zukommt. Vor allem Netzwerke sind diejenigen Mittel, mit denen die Sozialraumorientierung in die Praxis umgesetzt werden kann.*

*Aus dieser neuen Art des Arbeitens ergeben sich vielfältige Anforderungen an alle Beteiligten. Die wichtigste Ressource zur Überwindung der Hindernisse sind engagierte Menschen, die das Konzept der Sozialraumorientierung überzeugend finden, dafür eintreten und es Schritt für Schritt weitertragen.*

*(Projektgruppe RSS 2009:17f)*

Während der umsetzungsorientierten Projektphase II werden ab Juni 2008 durch ressort- und ebenenübergreifenden Arbeitsgruppen, unter Beteiligung von Verantwortlichen für Querschnittsthemen Konzeptskizzen zentrale Arbeitsaufträge bearbeitet, welche bis dato 2013 weitgehend umgesetzt wurden bzw. in der aktuell in der Testphase befinden (vgl. SenStadtUm 2012: 1-14):

- Die Entwicklung des ‚Handbuch zur Sozialraumorientierung‘ als Leitfaden mit einer programmatischen Erklärung des Senats, des Rats der Bürgermeister und Handreichungen für das Verwaltungshandeln aller beteiligten Bezirks- und Fachstellen, zur Umsetzung des Konzepts der Sozialraumorientierung. Dieses Handbuch steht mittlerweile auf der Webseite der Senatsverwaltung öffentlich zum Download bereit. Es enthält die inhaltlichen Grundlagen für die Prozessgestaltung, sowohl auf übergeordneter administrativer Ebene als auch auf der Handlungsebene in den Quartieren.
- Die Einrichtung eines abgestimmten Datenpools zum Austausch von Fachdaten
- Die Weiterentwicklung des bezirksübergreifenden „Planungsraumbezogene Informationssystem für Monitoring und Analyse PRISMA“
- Die Einführung von „Bezirksregionenprofilen“ zur fördergebietsübergreifende Darstellung von Stärken, Schwächen, Zielen und Maßnahmen



- Die Einrichtung eines landeseigenen Förderprogramms Aktionsraum<sup>plus</sup>, als fördergebietsübergreifende Vernetzungsplattform für beteiligte Institutionen, mit den Schwerpunkt Bildung und Beschäftigung
- Die Einrichtung von Familienzentren
- die Einrichtung von „Organisationseinheiten Sozialorientierter Planungscoordination“ (OE SPK) mit bezirksbezogenen Aufgabenbereichen
  - Bezirkskoordination ( u.a. Leitung von fachübergreifenden Arbeitsgruppen, Erstellung der Bezirksregionenprofile)
  - Datenkoordination ( u.a. Aufbau und Pflege einer gesamtbezirklichen Datenbank)
  - Stadtteilkoordination (u.a. Koordinator und Ansprechpartner für Akteure)
- Schulungen von Verwaltungsmitarbeitern zum Thema Sozialraumorientierung

In der Publikation „Fallbeispiele zur Praxis sozialraumorientierten Planens und Handelns in den Berliner Bezirken (2012)“ werden die Stärken und Schwächen aktueller Maßnahmen, sowie die Einschätzungen zur stadtweiten Implementierung dargestellt.

Neben der ämter- und fördergebietsübergreifenden „Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung“ existieren, für die Umsetzung der jeweiligen Förderkulissen und im Rahmen der einzelnen Fachabteilungen, eigene strategische Dokumente, wie z.B. die Stadtentwicklungspläne Industrie und Gewerbe, Klima, Verkehr, Ver- und Entsorgung, Wohnen und Zentren der Senatsabteilung für Stadtentwicklung und Umwelt oder das Integrationskonzept der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. Ein integrierter Stadtentwicklungsplan Berlin 2030 befindet sich derzeit im Erarbeitungsprozess. (vgl. Abbildung 61)

Im Hinblick auf eine transparente und nachvollziehbare Vorgehensweise der Berliner Politik und Verwaltungen, sind nicht nur die strategischen Dokumente im Internet veröffentlicht, sondern auch Phasen der Entwicklungsprozesse inklusive Stärken, Schwächen und Misserfolge dokumentiert.

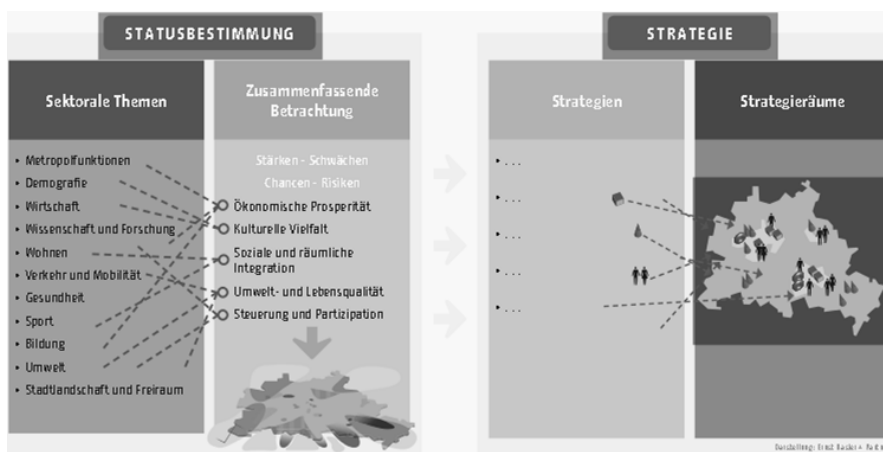


Abbildung 61: Konzept zur integrierten Erarbeitung des Stadtentwicklungsplans Berlin 2030

### **Lokale Umsetzungsebene: Moabit**

Die einzelnen Förderkulissen im Untersuchungsgebiet Moabit verfügen über eigene integrierte Handlungskonzepte, die jeweils innerhalb der Gebietsabgrenzungen gelten.

Das QM Moabit West schreibt integriertes Handlungskonzept (IHEK) für das Fördergebiet jährlich fort. Dieses IHEK enthält einen Analyseteil, ein Rückblick mit einer Darstellung der durchgeführten Projekte und der Mittelverwendung sowie ein Ausblick auf die geplanten Maßnahmen für das kommende Jahr. Alle IHEKs sind auf der Webseite des QM Moabit West veröffentlicht. (vgl. [www.moabitwest.de](http://www.moabitwest.de))

Das strategische Konzept für das Aktive Zentren-Gebiet bilden die Vorbereitenden Untersuchungen nach § 141BauGB aus dem Jahr 2008. Die Vorbereitenden Untersuchungen enthalten einen umfassenden Analyseteil, ein integriertes Entwicklungs- und Maßnahmenkonzept sowie Vorschläge zur Umsetzung. Sie sind auf der Webseite des AZ-Gebiets veröffentlicht. (vgl. [www.turmstrasse.de](http://www.turmstrasse.de))

Das Stadtumbaugebiet Tiergarten- Nordring / Heidestraße verfügt aufgrund seiner Teilung in vier Planungsabschnitte, je nach Aufgabenstellung über verschiedene strategische Dokumente und Pläne. Die Informationen sind auf der Webseite der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt veröffentlicht.

(vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/Tiergarten-Nordring-Heidestrasse](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/Tiergarten-Nordring-Heidestrasse))

Die Förderkulisse „Aktionsraum<sup>plus</sup> Wedding- Moabit“ besitzt ein eigenes Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK). Das INSEK stellt neben einer Bestandsanalyse, die Maßnahmen in den Gebieten der Bund-Länder-Förderprogramme sowie die relevanten Schlüsselakteure und Gremien in den Gebieten dar. Zudem werden die bestehenden Leitbilder auch durch eigene Schlüsselprojekte und Handlungsschwerpunkte ergänzt. (vgl. SenStadtUm Hrsg. 2012)

Neben diesen fördergebietsspezifischen Strategiepapieren werden vom Bezirksamt sozialraumbezogene „Bezirksregionenprofile“ erarbeitet. Diese enthalten, neben einem Analyseteil, die Planungen der Fördergebiete sowie Zielsetzungen und Maßnahmen in der gesamten Bezirksregion. (vgl. Bezirksamt Mitte (Hrsg.) 2012b)

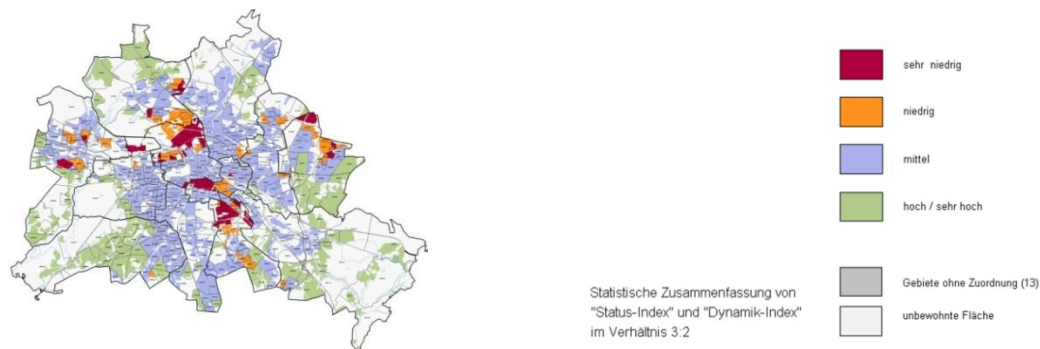
---

#### 6.2.4.2 Analyseinstrumente: Sozialräumliche Beobachtungsmethoden

##### **Übergeordnete Steuerungsebene: Deutschland**

Die Programme der deutschen Städtebauförderung erfordern eine räumliche und zeitliche Abgrenzung der Interventionsgebiete. Diese Abgrenzung erfolgt per Beschluss einer Satzung nach § 142 BauGB durch das zuständige Gremium. Die Entscheidungsgrundlage zur Abgrenzung der Gebiete bilden in der Regel Vorbereitende Untersuchungen nach § 141 BauGB oder bereits erarbeitete Dokumente, welche die städtebaulichen Missstände wie auch das öffentliche Interesse einer staatlichen Förderung darstellen. (vgl. BMVBS 2013: §3(1), §4(4), §5(3), §7(2), §8(2))

##### **Strategische Steuerungsebene: Berlin**



**Abbildung 62: Entwicklungsindex Soziale Stadtentwicklung 2010**

Das Monitoring „Soziale Stadtentwicklung“ (MSS) wird im Jahre 1998, im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, als kontinuierliches Stadtbeobachtungssystem zur Nachverfolgung von sozialräumlichen Entwicklungen auf Gebietsebene eingerichtet. Es dient der kleinräumigen Analyse von quartiersbezogenen Handlungsbedarfen im Politikfeld Soziale Stadtentwicklung. Das MSS wird jährlich aktualisiert, um problematische Entwicklungen möglichst frühzeitig identifizieren und zeitnah Maßnahmen einleiten zu können. Das MSS erhebt dabei den Anspruch, als eine Art „Frühwarnsystem“, mittels Indikatoren zur Arbeitslosigkeit, Transferleistungsbezug, Wanderungen und demografischer Situation, die soziale Lage in den Quartieren zeitnah zu dokumentieren. Aus diesen Daten werden Indices zum Status, Dynamik und Entwicklung der einzelnen Quartiere ermittelt. Auf Grundlage dieser Indices werden Empfehlungen für stadtentwicklungspolitische Instrumente der Prävention und Intervention ausgesprochen und Festlegung zur Gebietsabgrenzung der Bund-Länder- Programme getroffen. (vgl. Abbildung 62)

Im Jahr 2006 erfolgt eine umfassende Umstellung des MSS mit dem Ziel die statistischen Raumeinheiten, welche bis dahin sehr stark von der Verkehrsplanung geprägt waren.

Mit dem Ziel einer „weitreichenden Abbildung lebensweltlicher Homogenität bei gleichzeitiger Wahrung einer Vergleichbarkeit der Planungsraumeinheiten“ werden nach Kriterien, wie z.B. einheitliche Baustrukturen bzw. Milieubildung, große Straßen und Verkehrsstrassen sowie natürliche Barrieren, aber auch Begrenzung der Einwohnerzahl oder der Vorgabe, keine statistischen Blöcke zu schneiden, folgende "Lebensweltlich orientierten Räume"(LOR) abgegrenzt (vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/lor](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/lor)):

- **447 Planungsräume** (PLR; vorher: 338 Verkehrszellen),
- **138 Bezirksregionen** (BZR; vorher : 195 Statistische Gebiete),
- **60 Prognoseräume** (PRG; vorher: 60 Mittelbereiche).

Das MSS trägt, neben seiner Funktion als Datengrundlage zur Festlegung von Gebieten für die Städtebauförderung, auch zur Entwicklung neuer Instrumentarien in der Sozialen Stadtentwicklung bei: So werden durch das MSS fünf großräumige Bereiche innerhalb der Berliner Gesamtstadt identifiziert, die langfristig ein hohes Maß an verschiedenen Problemlagen aufweisen. Für diese Gebiete wird das Programm ‚Aktionsräume plus‘ initiiert, welches eine verbesserte gebiets- und ressortübergreifende Vernetzung der Verfahren des Programms „Sozialen Stadt“ mit den übrigen Programmen der Städtebauförderung innerhalb der ‚Aktionsräume plus‘ forciert. (vgl. Abbildung 63)

Zusätzlich erfolgt die Berechnung des „Wertausgleichs“ für die Mittelzuteilung der sozialen Infrastruktur in den Bezirken u.a. auf Basis der Erkenntnisse des MSS.

Die kleinräumigen Daten, Karten und Berichte des MSS stehen für die Öffentlichkeit kostenlos auf der Website der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zur Einsicht und zum download zur Verfügung. (vgl. Res urbana GmbH 2010: 1f.)

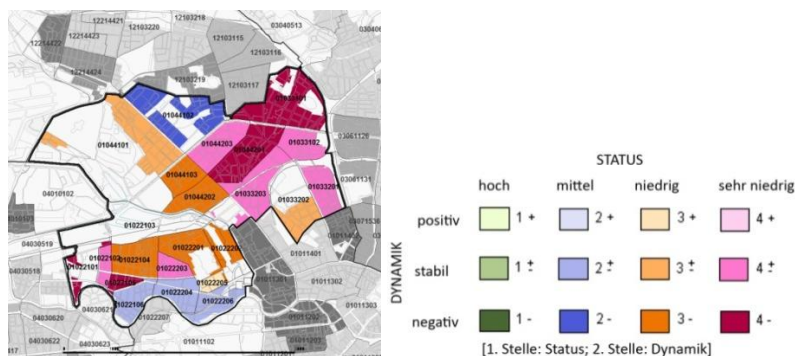


Abbildung 63: Status/Dynamikindex Aktionsraum<sup>plus</sup> Wedding- Moabit

Das „Handbuch zur Sozialraumorientierung“ sieht auf Ebene der Bezirksregionen zudem sogenannte „Bezirksregionenprofile“ vor. Diese enthalten, neben einem Analyseteil, weitere Ziele und Maßnahmen sowie Informationen zu aktuellen Planungen. Diese Bezirksregionenprofile werden ämterübergreifend sowie unter Mitwirkung der Bürgerschaft erarbeitet und langfristig fortgeschrieben. Die Erarbeitung und Fortschreibung

---

der Bezirksregionenprofile auf Ebene der LORs dient gleichzeitig der Herausbildung einer integrierten Sichtweise auf den Stadtteil. (vgl. SenStadtUm 2012: 6f.)

Neben dem gesamtstädtischen Monitoring Soziale Stadtentwicklung verfügt jede Planungsabteilung in den Berliner Bezirken über ein eigenes Geoinformationssystem. Mit dem Ziel die Daten dieser verschiedenen GIS-Systeme zu vereinheitlichen und auf einer gemeinsamen Plattform zu vereinigen, befindet sich momentan ein „Planungsraumbezogene Informationssystem für Monitoring und Analyse PRISMA“ auf gesamtstädtischer Ebene im Aufbau. (vgl. Interview Sagner 2012)

### **Lokale Umsetzungsebene: Moabit**

In den Bezirken Berlin-Mitte und Marzahn-Hellersdorf erfolgt derzeit die modellhafte Erstellung der Bezirksregionenprofile sowie die Überprüfung der Praktikabilität des Erarbeitungsprozesse und der Ergebnisse. Die aktuell veröffentlichten Bezirksregionenprofile in Moabit Ost und West enthalten einen analytischen Überblick und Kartenmaterial zu Themen wie demografische Struktur und Entwicklung, soziale Situation, Bildungsstand, soziale Infrastruktur, öffentliche Räume, Mobilität und Umweltsituation. Zusätzlich werden die Projekte der aktuellen Förderkulissen und lokalen Netzwerke beschrieben. Teil II der Bezirksregionenprofile soll Ziele und Maßnahmen enthalten, befindet sich im Bezirk Mitte jedoch noch im Aufbau. (vgl. Bezirksamt Mitte (Hrsg.) 2012a, 2012b)

Die Erarbeitung der Bezirksregionenprofile dient nicht nur der Vernetzung der Akteure im Stadtteil, sondern soll ebenfalls einen Überblick über die Vielzahl an Maßnahmen und Akteuren gewährleisten. (vgl. Interview Patz-Drücke 2012)

Für die einzelnen Förderprogramme in Moabit werden eigene themenbezogene Erhebungen zu den Problemlagen in den Gebieten durchgeführt und im Rahmen der integrierten Handlungskonzepte beschrieben. So existiert z.B. eine Untersuchung der Ladenstruktur im Aktiven Zentren-Gebiet Turmstraße, eine Sozialstudie im QM-Gebiet Moabit West sowie eine bauliche Analyse im ehemaligen Sanierungsgebiet Beusselstr.

(vgl. [www.moabitwest.de](http://www.moabitwest.de) ; [www.stadtentwicklung.berlin.de/beusselstr](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/beusselstr) ; [www.turmstrasse.de/foerdergebiet](http://www.turmstrasse.de/foerdergebiet))

Trotz dem Monitoring Soziale Stadtentwicklung und den Bezirksregionenprofilen ist die Datenverfügbarkeit auf kleinräumiger Ebene in Moabit lückenhaft. So werden z.B. seit dem Beschluss, im Rahmen der Sanierungsgebiete keine privaten Wohnungsmodernisierungen zu fördern, der Bauzustand von Gebäuden sowie Miethöhen nicht mehr erhoben. Selbst zur Anzahl der Wohnungen in Moabit, sowie deren Belegung und Nutzung, liegen der Bezirksverwaltung Mitte derzeit keine gesicherten Zahlen vor.

(vgl. Interview Sagner 2012)

### 6.2.4.3 Ebenen- und ressortübergreifende Organisationsstrukturen

#### Übergeordnete Ebene: Deutschland

Die aktuelle Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 2013 fordert ausschließlich für das Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“, „im Sinne einer ganzheitlichen Perspektive [...] bereits vor Ort bestehende Projekte, Ressourcen, Programme oder Netzwerke und ähnliches in die Förderung der Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf einzubeziehen, um durch eine Abstimmung vor Ort die Kräfte zu bündeln.“ (BMVBS 2013: 8)

#### Strategische Steuerungsebene: Berlin

Sozialraumorientierung wird in Berlin als Struktur- und Handlungskonzept definiert, bei dem die fach- und ressortübergreifende Zusammenarbeit einen essentiellen Bestandteil bildet. Die ämterübergreifende Vernetzung erfolgt auf allen Ebenen: Von der Senats- und Bezirksverwaltungen über Gebietsbeauftragte bis hin zur Bürgergremien und Vereinen vor Ort.

Auf übergeordneter Ebene der Senatsverwaltungen wird die ressortübergreifende Zusammenarbeit über vier fachübergreifende Arbeitsgruppen in den Themenbereichen „Bildung, Jugend und Ausbildung“, „Arbeit und Wirtschaft“, „Kultur, Gemeinwesen und Integration“ sowie „Quartier und öffentlicher Raum“ gewährleistet. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen werden regelmäßig mit Steuerungsrounds der Bezirke rückgekoppelt. (vgl. SenStadtUm Hrsg. 2012: 132f.)



Abbildung 64: Fachübergreifende Zusammenarbeit auf Ebene der Senats- und Bezirksverwaltungen, Berlin

## Lokale Umsetzungsebene: Moabit

Auf Bezirksebene befinden sich, mit der „Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungskoordination“ und der Umsetzung der „Aktionsraum<sup>plus</sup>“, im Bezirk Mitte zwei Institutionen in der Testphase, deren Aufgabengebiete sich wesentlich überschneiden bzw. ergänzen. (vgl. Abbildung 65)

Im Bezirk Mitte arbeiten die zuständigen „Aktionsraum<sup>plus</sup>“-Mitarbeiter des beauftragten Institut SPI, eng mit der der Planungs Koordinatorin SRO Petra Patz-Drücke zusammen. und verfügen über ein eigenes Büro im Bezirksamt Moabit.

Beide Stellen betreuen quartiersbezogene Netzwerke und Gebietsbeauftragte, moderieren Arbeitsgruppen, koordinieren die Erstellung von Bezirksregionenprofilen und integrierten Stadtentwicklungskonzepten und organisieren Stadteilkonferenzen. zur Abstimmung der jährlichen Programmplanung. (vgl. Interview Patz-Drücke 2012)

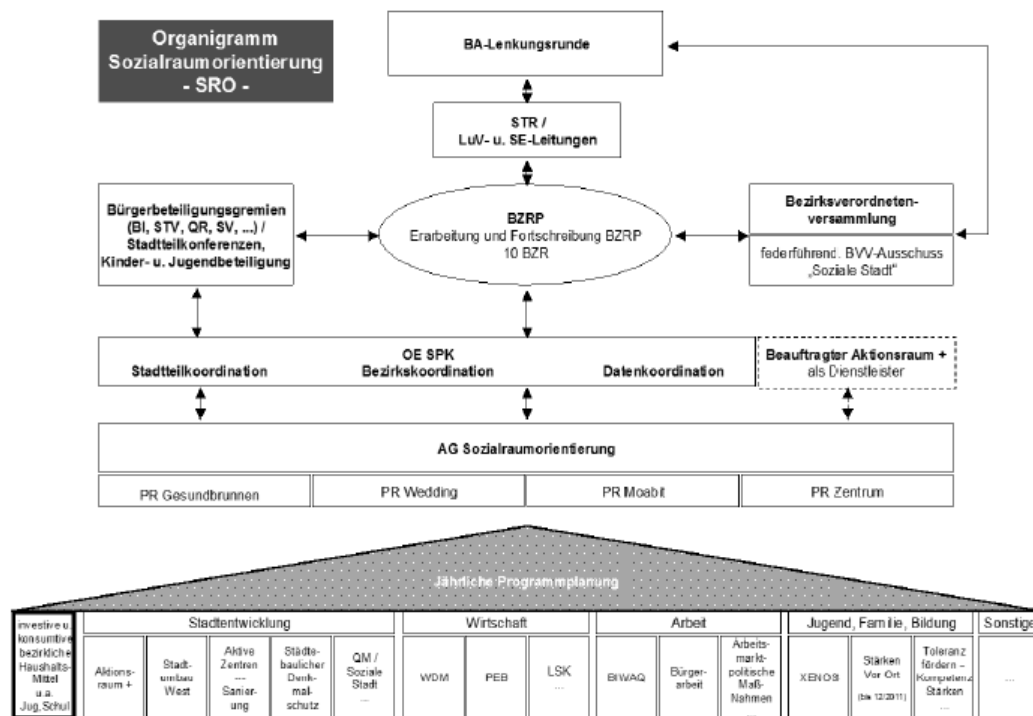


Abbildung 65: Organigramm zur Umsetzung der Sozialraumorientierung im Bezirk Mitte

Im Rahmen der Arbeitsgruppe Sozialraumorientierung (AG SRO) werden bestehende Arbeitsgruppen, wie z.B. die STR Aktionsraum<sup>plus</sup>, der OA BBWA, die QM Ämterrunden, die AG Maßnahmenplanung, die AG Bezirksregionenprofile, die QM Projektgruppe Bau, die AG Aktive Zentren und die STR Stadtumbau West, gebündelt. (vgl. SenStadtUm Hrsg. 2012: 132f.)

Die horizontale Vernetzung der Gebietsbeauftragten der einzelnen Förderkulissen, erfolgt im Rahmen von monatlichen Jour-fixe-Veranstaltungen, die von der Senatsverwaltung organisiert werden.

Zur Förderung der fach- und projektübergreifenden Arbeit im QM-Gebiet Moabit West werden ebenfalls verschiedene Steuerungsrounds mit Projektbeauftragten im Gebiet oder Fachämtern im Bezirk sowie Arbeitsgruppen, wie z.B. der AG Bildung, der AG Integration oder der AG Roma, durchgeführt.

Alle Gebietsbeauftragten in Moabit treffen sich darüber hinaus einmal pro Monat in der AG Förderkulissen, um aktuelle Aufgaben zu besprechen und Projekte abzustimmen.

Besonders positiv verläuft auch die Zusammenarbeit des QM-Teams mit dem Jugendamt, da dieses ebenfalls sozialraumorientiert innerhalb derselben Gebietsabgrenzungen arbeitet. (vgl. Interview Pfitzner 2012)

<b>Gremium</b> →	<b>Aufgaben</b>	→ <b>Beteiligte</b>
<b>Lenkungsrunde im Bezirk</b>	Entscheidung über Handlungskonzepte, Arbeits- und Förderschwerpunkte des QM-Programms und über die Verfahren der Bürger/innen-Entscheidungen, über Sonder- und in der Ämterrunde strittige Projekte sowie über die ressortübergreifende Arbeitsweise im Rahmen des QM-Programms	Bezirksbürgermeister (Vorsitz), Koordinator/in des Bezirksamts, QM-Beauftragte/r, Vertreter aller relevanten Fachabteilungen, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, sonstige Akteure (je nach Erfordernis/Tagesordnung)
<b>Ressortübergreifende Ämterrunde im Bezirk</b>	Fachliche Abstimmung, fachlich kompetente Prüfung der zu fördernden QM-Projekte im Konsens sowie ressortübergreifende Durchführung der QM-Projekte	BA-Koordinator/in Vorsitz, Vertreter aller relevanten Fachämter mit Entscheidungskompetenz, QM-Beauftragter (Gast mit Rederecht)
<b>Steuerungsrunde im QM-Gebiet</b>	Projektideen, -initiiierung, Abstimmung von Projektanträgen sowie Stellungnahmen der Ämter, Abstimmung von Aktivitäten im QM-Gebiet	QM-Beauftragter (Vorsitz), BA-Koordinator/in, sonstige Akteure (je nach Erfordernis/Tagesordnung)
<b>Managementverfahren in den Quartieren mit den Bürgerinnen und Bürgern</b> Quartiersplenen, Bürgerforen, Arbeitsgruppen, Workshops, Mediations- und Planungsverfahren, wie Planungszellen, Seminare, Kongresse, Beiräte, etc.		

Abbildung 66: Organisationsstruktur Quartiersmanagement, Bezirk Berlin-Mitte



---

#### 6.2.4.4 Quartiersmanagement

In Berlin existieren 34 Quartiersmanagements, davon 19 in Gebieten mit einem starken Interventionsgrad, neun mit einem mittleren Interventionsgrad und sechs in Präventionsgebieten. Mit den Vor-Ort-Büros, der ressortübergreifenden Organisationsstruktur, den integrierten Handlungskonzepten und der umfassenden Beteiligungskultur inklusive Quartiersfonds entsprechen die Berliner Quartiersmanagements den Idealen aus der Fachliteratur. (vgl. Abbildung 66)

Auch die Neuausrichtung der Quartiersmanagements nach dem Motto „mehr in Menschen, weniger in Beton investieren“, und die Förderungsschwerpunkte auf die Bereiche Bildung, Erwerbstätigkeit und Integration zu legen, erfüllt die Anforderungen einer integrierten, sozialraumorientierten Steuerung.

Die Vor-Ort-Büros werden jedoch lediglich in Programmgebieten der „Sozialen Stadt“ eingerichtet. Die Programme Aktive Zentren oder Stadtumbau Ost bzw. West verfügen in Berlin nur vereinzelt über öffentliche Anlaufstellen in den Fördergebieten. (vgl. [www.quartiersmanagement-berlin.de/programmstrategie](http://www.quartiersmanagement-berlin.de/programmstrategie))

Wie das Monitoring Soziale Stadtentwicklung zeigt, gelingt es wie im Fall des QM-Gebiets Moabit West durchaus, den Abwärtstrend in benachteiligten Stadtteilen zu stoppen und die Gebiete zu stabilisieren. (vgl. Interview Rösener 2012)

Den Verantwortlichen ist jedoch auch bewusst, dass die Interventionsmöglichkeiten der QMs begrenzt sind, und keine strukturellen Problemlagen wie Arbeitslosigkeit und Bildungsdefizite ausgleichen kann. Aufgrund der hohen Bevölkerungsfluktuation in benachteiligten Stadtteilen wird sich der Bedarf nach Quartiersmanagements kaum verringern.

Die Berliner Quartiersmanagements sind allerdings, aufgrund der Förderbestimmungen zum Programm „Soziale Stadt“, nicht nur räumlich sondern auch zeitlich begrenzt. Dies führt nicht nur dazu, dass auf Problemlagen außerhalb des Förderrahmens nur sehr in sehr geringem Maße flexibel reagiert werden kann.

Mit den Planungen das Programm „Soziale Stadt“ vollständig auslaufen zu lassen bzw. mit der Mittelkürzung und Schwerpunktverschiebung hin zu investiven, baulichen Projekten sind die bestehenden Strukturen in Berlin direkt betroffen. (vgl. Interview Pfitzner 2012)

Durch die geplante, flächendeckende Ausweitung von Bürgerzentren in allen Berliner Bezirken, als sogenannte „One-Stop“ Anlaufstellen der Stadtverwaltung, im Rahmen des Verwaltungsmodernisierungsprogramms „Service Stadt Berlin 2016“, kann die Anzahl an Schnittstellen zwischen Bürgern und Verwaltung in der Stadt erhöht werden. (vgl. Senatsverwaltung Berlin 2013: 2)

### 6.2.4.5 Finanzierung

#### Übergeordnete Ebene: Deutschland

Die Finanzierung der Städtebauförderung in Deutschland wird u.a. durch den §104b GG, das BauGB sowie über die Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung geregelt. Die Mittel Städtebauförderung sind nicht nur zeitlich befristet und räumlich begrenzt, sondern im Laufe der Zeit auch degressiv zu gewähren.

(vgl. [www.staedtebaufoerderung.info](http://www.staedtebaufoerderung.info))

Bereits in der Präambel der aktuellen Verwaltungsvereinbarung wird betont, dass das Subsidiaritätsprinzip der Städtebauförderung nur in Zusammenhang mit einem sparsamen und effizienten Mitteleinsatz, z.B. durch die Begrenzung des Sanierungsaufwandes, maßnahmenbezogene Pauschalierungen und Förderungshöchstbeträge und einer konkurrierenden Fördermittelvergabe zu gewährleisten ist. Zusätzlich sollen möglichst viele Fördermittel in den Gebieten gebündelt sowie neue Finanzierungsformen im Rahmen privater Unternehmensinitiativen und durch den Einsatz privaten Kapitals forciert werden. (vgl. BMVBS 2013: 2f)

Im Allgemeinen lässt sich im Bereich der Städtebauförderung in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine zunehmende Diversifizierung und Spezialisierung der Programme feststellen. Für die klassischen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sind für das Jahr 2013 keine Mittel mehr vorgesehen. (vgl. Abbildung 67)

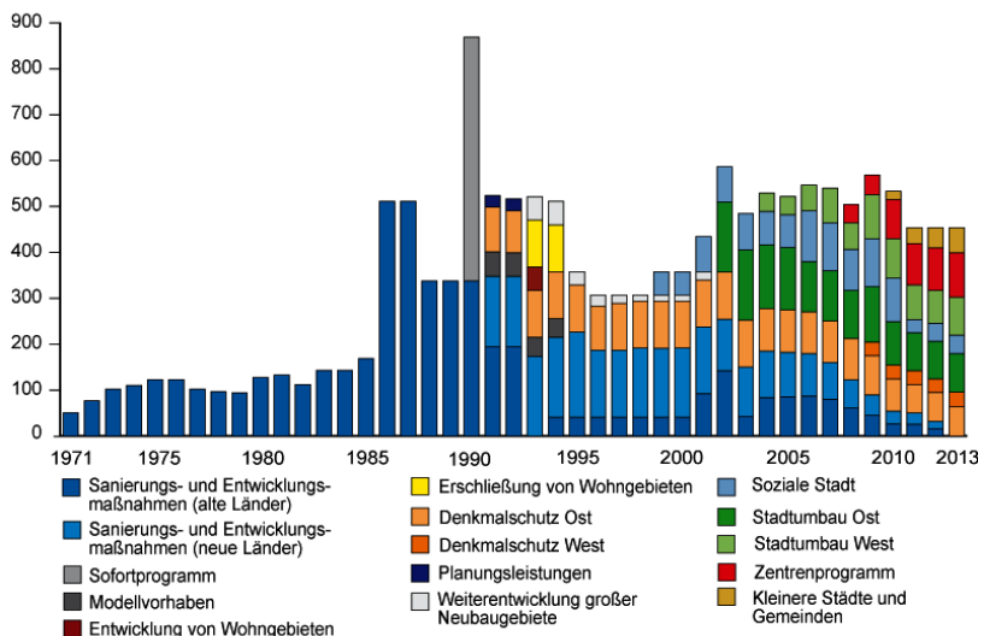


Abbildung 67: Verpflichtungsrahmen Bundesfinanzhilfen der Städtebauförderung (in Mio. €)

---

Bei einigen der aktuellen Programme werden die Mittel für die einzelnen Bundesländer auf Basis von Schlüsseln zugeteilt, welche Kriterien, wie z.B. die Einwohneranzahl, den Anteil der Arbeitslosen, Anteil der Wohneinheiten in Gebäuden mit Wohnraum vor 1918, Anteil der Bevölkerungsverluste auf Gemeindeebene, der Anteil an leerstehenden Wohnungen in Wohngebäuden, Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre oder den Anteil ausländischer Bevölkerung berücksichtigen. (vgl. ebd. 2013: 6)

In der Regel trägt der Bund 1/3 der förderfähigen Kosten der Maßnahmen in räumlich abgegrenzten Gebieten, die übrigen 2/3 der Kosten müssen von den Ländern und Gemeinden aufgebracht werden. Für die Programme „Städtebaulicher Denkmalschutz“ und „Stadtumbau Ost“ existieren abweichende Regelungen. (vgl. ebd. 2013: 12f.)

### **Strategische Steuerungsebene: Berlin**

Aufgrund der prekären Haushaltslage der Stadt Berlin, kann die Finanzierung von Maßnahmen in benachteiligten Stadtteilen meist nur in Zusammenhang von Fördermitteln des Bundes und der EU gewährleistet werden. Die Beantragung der Fördermittel erfordert von den Gebietsbeauftragten, sowie von den Bezirks- und Senatsverwaltungen als prüfende und genehmigende Instanzen, einen hohen administrativen Aufwand in einem relativ engen Zeitfenster. (vgl. Interviews Matthes 2012; Pfitzner 2012)

Da die Anzahl der Mitarbeiter in den Berliner Verwaltungen aus Kostengründen auf ein Minimum reduziert ist und die Anforderungen zur Beantragung und Dokumentation von Fördermitteln erheblich komplexer geworden sind, wird die „Projekt- Service- Stelle“ zur Unterstützung bei der Abwicklung der Förderanträge, insbesondere für EU-Förderungen, eingerichtet. Die PSS übernimmt die Vorprüfungen der Förderanträge und bereitet diese inhaltlich, für die Genehmigung durch die Senatsverwaltung, auf. Die Einrichtung der PSS ist auch eine Reaktion auf Vorwürfe, bei der Abrechnung von Fördermitteln habe es Unregelmäßigkeiten gegeben.

Da die Projektbeschreibungen bei der Antragstellung bereits sehr detailliert sein müssen, bleibt bei der Umsetzung wenig Spielraum, um auf Unvorhergesehenes flexibel reagieren zu können. Besonders bei Bauprojekten, bei denen es häufig zu Kostensteigerungen kommt, bereiten diese Vorgaben große Schwierigkeiten.

Der hohe administrative Aufwand bringt auch die Gebiets- und Projektbeauftragten in eine immer größere wirtschaftliche Bedrängnis, da die Projektadministration nur anteilig im Rahmen von 5% der Gesamtkosten berücksichtigt wird. Gerade kleinere Projekte sind für Projektbeauftragte immer weniger wirtschaftlich. Dies führt dazu, dass einige Institutionen ihre Tätigkeiten im Bereich der Sozialen Stadt oder anderen Förderkulissen aufgegeben haben.

Insgesamt hat sich die Fördermittellandschaft in Berlin, in den vergangenen Jahren, erheblich verändert: Bis zur Jahrtausendwende liegt der Fremdfördermittelanteil, welcher nicht aus dem Berliner Haushalt bestritten werden muss, noch wesentlich höher. Zudem ist es, unter der Rot-Grünen-Regierung von 1998 bis 2005, möglich, bis zu 20% der Fördersummen zwischen den Programmen auszutauschen. Dies ist 2012 zwar auch noch möglich, jedoch ausdrücklich nicht für das Programm „Soziale Stadt“, welches zu dieser Zeit nicht nur erheblich gekürzt sondern auch noch endgültig gedeckelt wird. Mittlerweile hat diese Praxis dazu geführt, dass sich die Stadt Berlin verstärkt aus der Bundesförderung zurückgezogen hat, da hier den hohen Anforderungen, immer geringere Mittelzuweisungen entgegenstehen. Dafür werden vermehrt EU-Mittel beantragt, was zwar eine stärkere Beteiligung der Stadt Berlin erfordert, jedoch in Summe weniger Vorgaben zu berücksichtigen sind.

Die Aktivierung von privatem Kapital im Rahmen der Städtebauförderung spielt momentan im Bereich der Ausgleichsbeträge nach Abschluss von Sanierungsgebieten eine große Rolle. Gerade im Bezirk Mitte kommen dadurch ca. 30 bis 40 Mio € zusammen, die wieder in Förderkulissen im Bezirk reinvestiert werden müssen. (vgl. Interview Rösener 2012)

#### **Lokale Umsetzungsebene: Moabit**

Die Details der übergeordneten Festlegungen zur Städtebauförderung auf Bundesebene werden auf der Umsetzungsebene spürbar. Insbesondere die Festlegung zur zeitlichen und räumlichen Begrenzung, wie auch die degressive Gewährung von Fördermitteln gestaltet sich in der Praxis des Quartiersmanagements Moabit West als problematisch:

So ist es zunächst nicht möglich, Schulen, die außerhalb der QM-Gebietsabgrenzungen liegen, in die Projekte, und damit in die Förderungen, mit einzubeziehen. Diese Hürde wird letztendlich die Ausweitung des QM-Gebiets bewältigt. (vgl. Interview Rösener 2012)

Die Projektbeantragung erfordert alljährlich erfordert höchste Förderakrobatik von den Gebietsbeauftragten:

Im September eines jeden Jahres wird den Quartiersmanagements die vorläufige Fördersumme für das kommende Programmjahr bzw. die nächsten drei Folgejahre mitgeteilt. Danach verbleiben theoretisch drei Monate um die Maßnahmen zu organisieren, Anträge auszufüllen, die Maßnahmen im Quartiersrat zu diskutieren und den übergeordneten Fachämtern und der PSS zu Prüfung und Genehmigung vorzulegen, damit die Projekte zum 1.1 des Folgejahres starten können. Doch allein der PSS steht ein Zeitraum von drei Monaten zu, um die Anträge zu prüfen. Dementsprechend werden die Projekte

---

mit einem „vorzeitigen Maßnahmenbeginn“ bei der PSS beantragt, die Projektbeauftragten gehen jedoch gleichzeitig das Risiko ein, im Falle einer Absage der Fördermittel, keine Erstattung ihres Aufwands zu erhalten.

Die QM- Projekte werden in der Regel für drei Jahre bzw. für ein Programmjahr finanziert. Eine Verlängerung der Förderung ist maximal für weitere drei Jahre möglich. Insbesondere erfolgreiche Projekte, die gerade beginnen sich zu verstetigen, müssen dann entweder, MüfüMü (Mütter für Mütter), mit großem Aufwand in eine alternative Förderungsschiene überführt oder, wie im Fall des Projekts „Huttenkids und Co“, beendet werden.

Außerhalb der bewilligten Förderanträge ist es kaum möglich, unvorhergesehene Projekte unter dem Jahr, wie z.B. die Einrichtung einer Roma-Mediation nach dem Zuzug mehrerer Roma-Familien ins QM-Gebiet, durchzuführen.

Auch die gemeinsame Durchführung von Projekten und Veranstaltungen in überschneidenden Gebietskulissen, wie im Fall des Aktive Zentren-Gebiets Turmstraße und den QM-Gebieten Moabit Ost und Moabit West, erweist sich aus abrechnungstechnischen Gründen als schwierig. Eine Zusammenlegung der momentan drei gebietsbezogenen Quartierszeitungen ist daher nicht möglich. (vgl. Interview Pfitzner 2012)

Erfahrungen der Gebietsfondsjury im Aktive- Zentren-Gebiet „Turmstraße“ zeigen auch, dass einige Projekte, die in Zusammenarbeit mit Laien oder Schulen geplant werden, aufgrund des hohen administrativen Aufwands und der teilweise engen Fristen, teilweise nicht zustande kommen. (Weichler 2012)

#### 6.2.4.6 Information und Öffentlichkeitsarbeit

##### **Übergeordnete Steuerungsebene: Deutschland**

Die Informationen zu den Programmen der Städtebauförderung in Deutschland sind auf den Homepages des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung gesammelt dargestellt und nachvollziehbar aufbereitet. Neben den Projektzielen und einer Beschreibung der Finanzierung, stehen Best-Practice-Datenbanken und Informationsmaterialien wie z.B. Zwischenevaluierungsberichte und wissenschaftliche Untersuchungen zum Download für fast alle Programme bereit. Zusätzlich werden für beteiligte Akteure aus den Verwaltungen und der Forschung an Konferenzen und Workshops zum Erfahrungsaustausch und zur Weiterentwicklung der Programme veranstaltet. Für die Programme „Soziale Stadt“ und „Aktive Zentren“ sind eigene Bundes-Transferstellen eingerichtet, welche die Organisation des Wissensmanagements und die wissenschaftliche Begleitung der Programme gewährleisten. (vgl. [www.bmvbs.de](http://www.bmvbs.de) ; [www.staedtebaufoerderung.info](http://www.staedtebaufoerderung.info))

##### **Strategische Steuerungsebene: Berlin**

Auf der offiziellen Webseite der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin sind die jeweiligen Programme sowie die einzelnen Fördergebiete und Maßnahmen eingehend beschrieben. Zusätzliche Informationen, wie z.B. Protokolle von Stadtteilplenen sowie Pläne, Integrierte Handlungskonzepte, Jahresberichte und andere strategische Dokumente, stehen ebenfalls zum Download bereit. Verlinkungen verbinden zu weiterführenden Webseiten wie z.B. die offizielle Homepage aller Quartiersmanagements, der Webseite der PSS sowie zu den Webseiten der QM- und AZ-Gebiete. Die Bezirksverwaltungen besitzen keine eigenen Webseiten, sondern sind auf der offiziellen Homepage der Stadt Berlin vertreten.(vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de](http://www.stadtentwicklung.berlin.de))

##### **Lokale Umsetzungsebene: Moabit**

Im Untersuchungsgebiet Moabit pflegen das Quartiersmanagements Moabit West und Ost wie auch das Aktive Zentren- Gebiet über eigene, selbst gestaltete Webseiten. Hier finden sich auch aktuelle Termine, Ausschreibungen sowie Protokolle der Quartiersforen, und die Integrierten Handlungskonzepte. Zudem verfügen sowohl die Quartiersmanagements, als auch das Geschäftsstraßenmanagement, über eigene Quartierszeitungen, die über das aktuelle Gesehen in den Gebieten informieren. Eine Zusammenlegung der drei verschiedenen Quartierszeitungen scheidert jedoch aus abrechnungstechnischen Gründen. aufgrund der strikten Förderbestimmungen. Zusätzlich stehen die QM-Teams in den QM-Büros für Auskünfte zur Verfügung. Flyer an Hauseingängen haben sich in der Praxis ebenfalls bewährt. (vgl. Interview Pfitzner 2012; [www.moabitwest.de](http://www.moabitwest.de))

---

#### 6.2.4.7 Partizipation und Bürgerbeteiligung

##### **Übergeordnete Steuerungsebene: Deutschland**

Die aktuelle Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung, welche die Umsetzung der verschiedenen Stadterneuerungsprogramme zwischen Bund und Ländern regelt, sieht die Beteiligung von Bürgern und anderen betroffenen Akteuren in den Fördergebieten, im Rahmen der Erstellung von integrierten Entwicklungskonzepten, ausdrücklich vor. (vgl. BMVBS 2013)

##### **Strategische Steuerungsebene: Berlin**

Partizipation und Bürgerbeteiligung haben in Berlin im Bereich der Stadterneuerung, aufgrund der intensiven Sanierungstätigkeit von Wohnbauten, eine langjährige Tradition. Auch im Rahmen der Berliner Quartiersmanagements und den anderen Programmen der Städtebauförderung haben Verfahren zur Bürgerbeteiligung einen hohen Stellenwert.

Für die involvierten Verwaltungsstellen steht ein „Handbuch der Partizipation“ zur Verfügung. Diese enthält ein Repertoire an verschiedenen Beteiligungsmethoden und Checklisten zur Durchführung von Partizipationsprozessen.

(vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/partizipation](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/partizipation))

Im Rahmen aller 34 Berliner Quartiersmanagements können sich Personen, die innerhalb der Fördergebietsgrenzen wohnen oder arbeiten, an den Wahlen für die Quartiersräte beteiligen. Die Quartiersräte beraten über Maßnahmen und Konzepte in den QM-Gebieten, Quartiersratssprecher vertreten diese Mehrheitsmeinung in Entscheidungsgremien mit der Bezirks- und Senatsverwaltung sowie der lokalen Politik. Eine eigene Aktionsfonds-Jury entscheidet über die Mittelvergabe von Geldern bis maximal 10.000 € pro Jahr aus dem Quartiersfonds 1 für selbstorganisierte Projekte zur Förderung der Integration im Stadtteil.

Für den informellen Meinungs- und Informationsaustausch der Quartiersbewohner untereinander, aber auch mit beauftragten Institutionen, beteiligten Verwaltungsstellen und der Politik werden in den QM-Gebieten monatlich Stadtteilplenen organisiert.

(vgl. [www.quartiersmanagement-berlin.de/quartiersraete](http://www.quartiersmanagement-berlin.de/quartiersraete))

Darüber hinaus bilden Stadtteilvertretungen in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten eine weitere, längerfristig angelegte Beteiligungsform in Berlin. Die gewählten Mitglieder vertreten die Interessen der Bewohner und Eigentümer nach § 137 BauGB. (vgl. [www.berlin.de/stadtplanung](http://www.berlin.de/stadtplanung))

### Lokale Umsetzungsebene: Moabit

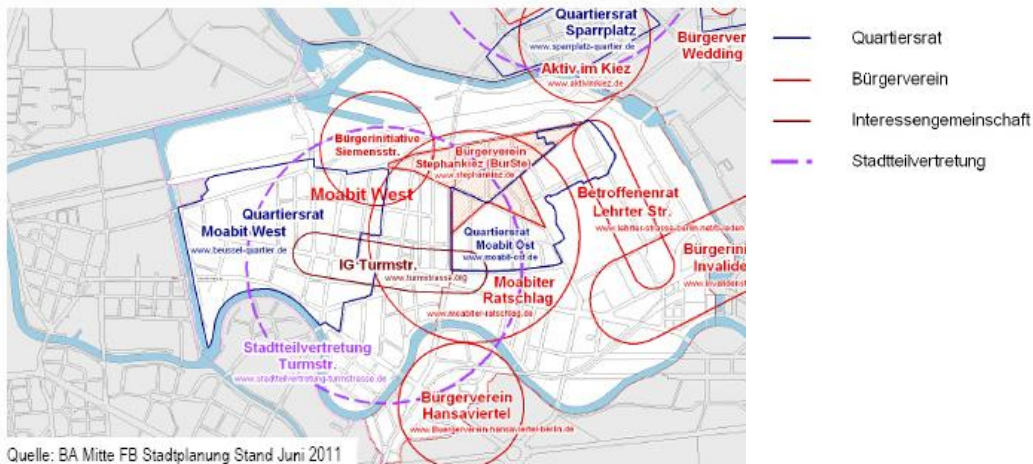


Abbildung 68: Strukturen der Bürgerbeteiligung und der Akteursvernetzung in Moabit

Im Untersuchungsgebiet Moabit existieren mehrere Initiativen zur Bürgerbeteiligung und Interessensvertretungen (vgl. Abbildung 68):

Die Quartiersräte der QM-Gebiete Moabit West und Moabit Ost sowie die Stadtteilvertretung Turmstraße, stehen als Ansprechpartner für das Sanierungsgebiet und Aktive-Zentren-Gebiet, in unmittelbarem Zusammenhang mit den Förderprogrammen. Die Mittel der Verfügungsfonds für kleinere Projekte können jedoch nur innerhalb der Fördergebiete eingesetzt werden. Auch Personen, die sich für diese Gremien zur Wahl stellen müssen in den jeweiligen Gebieten wohnen oder arbeiten. "Aktive Bürger, die auf der falschen Straßenseite wohnen können, dürfen daher nicht kandidieren" (Interview Rösener 2012)

Zusätzlich im Rahmen alle Förderkulissen in Moabit anlassbezogene Bürgerbeteiligungsverfahren z.B. in Form von Planungsworkshops durchgeführt.

Im Fall eines Planungsworkshops zur Gestaltung des Otto-Parks zeigt sich das Dilemma zur Abgrenzung zwischen Betroffenen und Interessierten im Rahmen von Bürgerbeteiligungsverfahren: Erst nachhinein stellt sich heraus, dass die Demonstranten, die sich massiv gegen Baumfäll-Arbeiten ausgesprochen haben, gar nicht im Ortsteil Moabit wohnen.(vgl. Interview Weichler 2012)

Im Rahmen von Planungsworkshops zur Gestaltung von Freiräumen, geht es nach Ansicht des Leiters des Fachbereichs Stadterneuerung Stephan Lange, weniger darum mit den Anwohnern schnellst möglich die optimalste Lösung aus zu wählen. Das Ziel besteht vielmehr darin, den Betroffenen die Möglichkeit zu geben ihre Ideen einzubringen, aber auch nachvollziehbar zu erklären, aus welchen Gründen einige dieser Ideen nicht umsetzbar sind. (vgl. Interview Lange 2012)



---

#### 6.2.4.8 Evaluierung und Monitoring

##### **Übergeordnete Steuerungsebene: Deutschland**

Bereits auf der Startseite des Webauftritts des übergeordneten Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Städtebauförderung (BMVBS) stehen zwei Leitfäden zur Evaluierung von Programmen zum Download bereit. Einer dieser Leitfäden richtet sich an Programmbeauftragte, der andere Leitfaden stellt eine Arbeitshilfe für Kommunen dar. In der Präambel beider Leitfäden werden alle Programme der Städtebauförderung ausdrücklich als „lernende Programme“ beschrieben, welche durch umfassende Programmevaluierungen kontinuierlich weiterentwickelt werden sollen. Als Ziele dieser Evaluierungen werden die Effizienz des Mitteleinsatzes und die zielgerichtete Unterstützung von Problemlagen genannt. (vgl. [www.staedtebaufoerderung.info](http://www.staedtebaufoerderung.info))

Während sich die Arbeitshilfe für Kommunen vorwiegend mit der Wirkungsforschung und Selbstreflexion beschäftigt, werden im Leitfaden verschiedene standardisierte Module zur Evaluierung der Städtebauförderungsprogramme sowie deren Abläufe und Zuständigkeiten dargestellt:

- Modul Grundlagen der Evaluierung
- Modul Selbstevaluierung auf Gesamtmaßnahmenebene
- Modul Begleitforschung
- Modul Zwischenevaluierungen
- Modul Programmübergreifende Querschnittsevaluierungen

Die Zwischenevaluierungen bilden die bedeutenste Komponente der Programmevaluierung, da durch diese zur Halbzeit bundesweit die Schwächen und Stärken der jeweiligen Förderprogramme erhoben und gegebenenfalls nachgesteuert werden kann. Die Publikationen der Zwischenevaluierungen, wie auch Best-Practice-Datenbanken werden in der Regel auf den Webseiten des BMVBS veröffentlicht. (vgl. BMVBS 2012: 5-8)

Neben der Veröffentlichung der bundesweiten Standards zur Programmevaluierung befindet derzeit eine systematisches Konzept zu Monitoring und Evaluierung der Maßnahmen in einer Testphase. Im Rahmen dieses Konzepts wurden für jedes Programm normierte Abfragebögen entwickelt, mit dem Ziel einen einheitlichen und vergleichbaren Datenpool aufzubauen. (vgl. [www.staedtebaufoerderung.info](http://www.staedtebaufoerderung.info))

##### **Strategische Steuerungsebene: Berlin**

Die Zwischenevaluierungsberichte der einzelnen Fördergebiete dienen auch in Berlin als Diskussionsgrundlage zur Weiterentwicklung von Programme und Maßnahmen. So führt z.B. die Zwischenevaluierung des Programms Soziale Stadt bzw. der Berliner

Quartiersmanagements 2003 zu den Schlussfolgerungen, dass die Kooperation mit Schulen in den Quartieren intensiviert werden muss. Diese Zielvorgabe wird momentan u.a. durch die Einrichtung des Programms „Aktionsraum<sup>plus</sup>“ und dessen Schwerpunkt im Bildungsbereich umgesetzt.

(vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/quartiersmanagement](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/quartiersmanagement))

Durch die erhebliche Konzentration von Problemlagen und Förderkulissen, sind die Entwicklungen im Bereich der Stadterneuerung in Berlin meist auch den Entwicklungen auf der Bundesebene voraus. Bereits 2008 werden z.B. auf gesamtstädtischer Ebene eigene Standards und Indikatoren zur Evaluierung der Programme Stadtumbau Ost und West formuliert. (vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/stadtumbau-west](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/stadtumbau-west))

Für das Förderprogramm Aktive Zentren liegt momentan noch keine Zwischenevaluierung vor. (vgl. [www.stadtentwicklung.berlin.de/aktive\\_stadtzentren](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktive_stadtzentren))

Das Monitoring Soziale Stadtentwicklung in Berlin stellt, nach Angaben aller befragten Akteure, ein wichtiges Instrument zur Messung von Wirkungen der Gesamtheit aller Maßnahmen in den Stadtteilen dar.

Es bildet die Entscheidungsgrundlage, ob Maßnahmen weiterhin unterstützt oder einzelne Gebiete aus der Förderung entlassen werden. Die Problematik liegt allerdings darin, dass einige Gebiete aufgrund ihrer Lage und ihrer baulichen Struktur als latent schwierige Gebiete einzustufen sind, welche eine dauerhafte Unterstützung benötigen. Unter diesen Aspekten gilt es auch die Konzeption der Berliner Quartiersmanagements zu hinterfragen. (vgl. Interview Rösener 2012)

### **Lokale Umsetzungsebene: Moabit**

In der Praxis der Stadterneuerung in Moabit erfolgt die Evaluierung von Maßnahmen meist informell, im Rahmen von Gesprächen z.B. innerhalb der Arbeitsgruppen, mit Projektbeauftragten oder mit der Planungs Koordinatorin Sozialraumorientierung. Für eine kontinuierliche Evaluation der Maßnahmen fehlen in der Regel die Zeit bzw. personelle Ressourcen. (vgl. Interview Patz-Drüke 2012)

In der Regel werden am Ende eines Jahres alle Projekte in den QM-Gebieten im Rahmen der Integrierten Handlungskonzepte kurz beschrieben sowie deren Mittelverwendung dargestellt. (vgl. Interview Pfitzner 2012)

Eine systematische Projektevaluation wurde bisher erst bei zwei Projekten, dem Projekt „BRAUCHbar“ und der „Frauen- und Mütterarbeit im Mädchen-Kultur-Treff Dünja“, durchgeführt und dokumentiert. Hierbei wurden neben einer reinen Inhalts- und Dokumentenanalyse, qualitative Interviews und Workshops durchgeführt. (vgl. Interview Beer 2012)

---

#### 6.2.4.9 Verstetigungsansätze

Die Verstetigung von Projekten in den Fördergebieten gestaltet sich, angesichts der degressiven Mittelvergabe der Städtebauförderung sowie der schwierigen Haushaltslage der Stadt Berlin, als Herausforderung:

Entgegen den übergeordneten Zielsetzungen der Förderprogramme gelingt es nur in den seltensten Fällen auslaufende Projekte in die Regelfinanzierung oder über ehrenamtliche Strukturen weiterzuführen. Gerade soziale Projekte, wie z.B. das Projekt „Huttenkids“ im Rahmen des QM Moabit-West, einer Freizeitbetreuung für Kinder im Alter von 5 bis 12 Jahren, müssen häufig aufgrund fehlender Mittel, trotz großen Zuspruchs, beendet werden. Das erfolgreiche Integrationsprojekt „MüfüMü“ (Mütter für Mütter), eine Multiplikatoren- Ausbildung für Frauen mit Migrationshintergrund kann jedoch, in eine alternative Förderungsschiene überführt und dadurch fortgesetzt werden. (vgl. Interview Pfitzner 2012)

Auch die Evaluierung der Projekte des Moabiter Ratschlags „BRAUCHbar“ und „Frauen- und Mütterarbeit“ im Mädchen-Kultur-Treff Dünja durch die Professorin für Stadtforschung Ingeborg Beer bestätigt, dass derartige soziale Projekte ohne kontinuierliche Förderung kaum eine Überlebenschance haben. (vgl. Interview Beer 2012)

Auf übergeordneter Ebene der Verwaltung zeigen sich jedoch, z.B. mit der Einrichtung der „Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungskoordination“ oder den „Fächerübergreifenden Arbeitsgruppen“, Verstetigungstendenzen „um das Gute (die ämterübergreifende Zusammenarbeit), das die Soziale Stadt gebracht hat zu bewahren.“ (vgl. Interview Patz-Drüke 2012)

Ein weiteres Beispiel der Verstetigung eines sozialraumorientierten Lösungsansatzes bildet das Vorhaben, im Rahmen des verwaltungsinternen Modernisierungsprogramms „ServiceStadt Berlin 2016“ in jedem Berliner Bezirk mindestens zwei Bürgerzentren einzurichten. In diesen Bürgerzentren sollen möglichst viele Dienstleistungen der Berliner Verwaltung, in einer Art „One-Stop- Front- Office“ sozialraumbezogen und ämterübergreifend angeboten werden. (vgl. Senatsverwaltung Berlin 2013: 2)

## 7 Stadterneuerungspraxis in Wien | Simmering

In Wien existiert derzeit kein Dokument, welches eine übergreifende Gesamtstrategie für eine integrierte Stadterneuerung oder die Verringerung von Benachteiligungsphänomenen enthält, geschweige denn eine Übersicht über die Vielzahl an laufenden Programmen, (Pilot-) Projekten und Institutionen auf gesamtstädtischer oder lokaler Ebene.

Die nachfolgende Untersuchung stellt eine Annäherung dar, die sozialräumlichen Rahmenbedingungen, die aktuellen Steuerungsansätze, die beteiligten Akteure und Institutionen sowie beobachtete Wirkungen, in Bezug auf eine sozialraumorientierte Stadterneuerung in Wien | Simmering miteinander in Zusammenhang zu stellen.

### 7.1 Überblick:

#### Sozialräumliche Rahmenbedingungen in Wien | Simmering

2012 wird die Stadt Wien bereits zum vierten Mal in Folge von der Beratungsgesellschaft Mercer als Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität gekürt. Das alljährliche Ranking dient als Entscheidungsgrundlage von globalen Unternehmen zur Entsendung von Expatriats und zieht politische, soziale, wirtschaftliche und umweltorientierte Aspekte zur Bewertung heran. Auch viele Touristen schwärmen vom Flair der ehemals kaiserlichen Residenzstadt an der Donau: Von den prachtvoll renovierten Bauten aus der Barock- und Gründerzeit, von den Fiakern, den Museen und der Kaffeehauskultur. (vgl. Fassmann, Hatz, & Matznetter 2009: 13)

Die Gratis-Zeitungen an den U-Bahn-Haltestellen verkünden jedoch auch wenig erfreuliche Nachrichten: Exorbitant steigende Mietpreise im gesamten Stadtgebiet, langjährige Wartezeiten für geförderte Wohnungen trotz vielfältiger Offerten von neu errichteten Wohnbauten; zudem Meldungen von Trafik<sup>9</sup>- Überfällen und Wahlinsparaten von lächelnden FPÖ-Politikern, die vor einer Überfremdung Österreichs warnen. (vgl. „heute“ oder „Österreich“ in diversen Ausgaben)

Recherchiert man zur aktuellen Ausgangslage sowie zur Stadterneuerungspraxis in Wien, so findet man in Bezug auf Herausforderungen und sozialräumliche Benachteiligungsphänomene von offizieller Seite - auf den ersten Blick - eher spärliche Informationen, welche oft mit dem Vergleich zu anderen internationalen Großstädten relativiert werden. Veröffentlichungen von Statistiken und thematischen Karten, aber auch umfassende Berichte zu umgesetzten Maßnahmen und deren Wirkungen, sind eher selten und

<sup>9</sup> Trafik = Österreichisch für Kiosk

liegen teilweise bereits über zehn Jahre zurück. (vgl. Fassmann, Hatz, & Matznetter 2009: 25; www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien 2013)

Eines zeigen aktuelle Statistiken und Berichte jedoch sehr deutlich:

Wien wächst! Nachdem die Stadt in den 1920er Jahren bereits über 2,1 Mio. Einwohner zählte, ging die Anzahl der Bevölkerung bis 1981 kontinuierlich auf einen Stand von rund 1,5 Mio. Einwohner zurück. Seit den 1980er Jahren zeigt sich jedoch ein stetiger Aufwärtstrend, der durch den Fall des Eisernen Vorhangs und den Jugoslawienkrieg ab 1991 verstärkt wird. In den Jahren zwischen 2001 und 2011 intensiviert sich Bevölkerungswachstum; die Einwohnerzahl steigt innerhalb eines Jahrzehnts um 10,5 % von ca. 1,5 auf 1,7 Mio. Einwohner. (vgl. MA 23 2012a; Statistik Austria 2001 )

Das ausgewählte Untersuchungsgebiet, der elfte Wiener Gemeindebezirk Simmering, liegt im Süden der Stadt Wien. Er gilt als traditioneller Arbeiterbezirk und hat, außer dem berühmten Zentralfriedhof und den Gasometern, wenige überregionale Sehenswürdigkeiten zu bieten.

Im Gegensatz zur Gesamtstadt Wien verzeichnet der Bezirk Simmering bereits seit den 1960er Jahren ein durchgehend positives Bevölkerungswachstum. Zwischen 2001 und 2011 steigt die Anzahl Bevölkerung sogar um 17,6% von 76.899 auf 90.712 Einwohner. (vgl. MA 23 2012a; Statistik Austria 2001 )

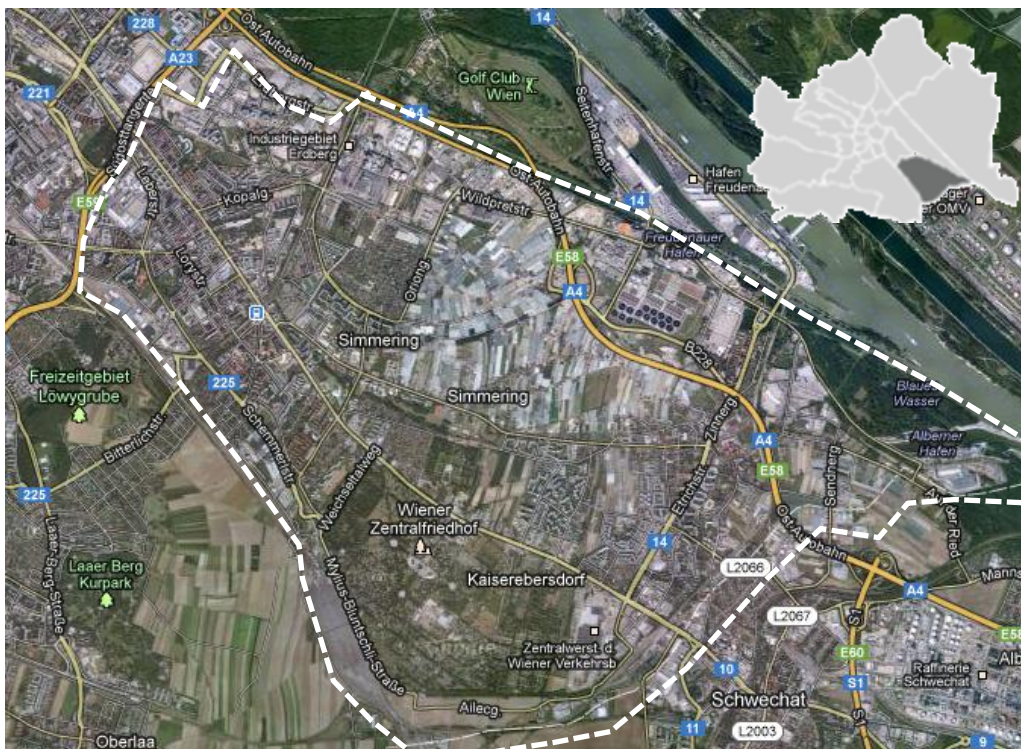


Abbildung 69 Simmering in der Gesamtstadt Wien; Simmering im Luftbild



---

Das 19. Jahrhundert ist prägend für die konzentrisch angelegte, städtebauliche Gliederung und die, noch in weiten Teilen erhaltene, gründerzeitliche Bebauungsstruktur der Stadt. In diese Zeit fällt der Abriss der Stadtmauern, der Bau der Ringstraße, die Eingemeindung der Wiener Vorstädte sowie die privatwirtschaftliche Errichtung unzähliger, Zinshäuser im klassizistischen Stil der Gründerzeit, vorwiegend in den bürgerlichen Innenbezirken. Die zunehmende Industrialisierung beschert der Stadt Wien jedoch auch ein rasantes Bevölkerungswachstum, was nicht nur einen erheblichen Ausbau der städtischen Infrastruktur erforderlich macht, sondern gleichzeitig mit einer massiven Wohnungsnot und Armut in der Stadt einhergeht. Bis 1910 steigt die Anzahl der Bevölkerung in Wien und seinen Vororten auf über 2 Millionen Menschen. (vgl. ebd. 2009: 18f):

Mit dem Zerfall der europäischen Großmacht und Gründung der ersten Republik 1918 wird Wien über Nacht zur Hauptstadt eines deutlich dezimierten Kleinstaates, welche aufs Neue von einem starken Bevölkerungszustrom durch Rückzügler aus den abgetretenen, deutschsprachigen Gebieten konfrontiert wird. Nachdem es bereits ab 1910 erste zögerliche Anfänge in Bezug auf geförderten Wohnbau zur Linderung der Wohnungsnot gibt, setzt mit dem Wahlsieg der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahr 1919 ein wahrer Bauboom im sozialen Wohnungsbau ein.

Allein in den Jahren des „Ersten Wiener Wohnbauprogramms“ 1923 bis 1934 werden mehr als 63.000 Wohnungen in den sogenannten Wiener Gemeindebauten erbaut, deren Wohnungsvergabe durch die Stadt und anhand sozialer Kriterien erfolgt. Finanziert werden diese städtischen Wohnbauinitiativen seit 1923 aus einer zweckgebundenen Wohnbausteuer. Nach Vorstellungen der Sozialdemokraten sollte die Architektur der Gemeindebauten die angestrebte Reform der Gesellschaft unterstützen und stellten daher, als sogenannte „Superblocks“, vielfältige Gemeinschaftsanlagen wie Wasch- und Gemeinschaftsräume, Kindergärten und Gaststätten auch für umliegende Nachbarschaft zur Verfügung. Zum Schutz der Mieter privatwirtschaftlicher Zins- und Arbeiterwohnhäusern gab es bereits 1917/18 eine umfassende Mieterschutzverordnung, welche eine willkürliche Mietzinsanhebung und Kündigung der Mieter verhindern sollte. (vgl. Eigner, Matis, & Resch 1999: 8-12)

In den 1930er und 1940er Jahren geht die städtische Wohnbautätigkeit jedoch aufgrund der Wirtschaftskrise und Versorgungsproblemen in den nachfolgenden Kriegsjahren weitgehend bis auf ein Minimum zurück.

Das Ende des zweiten Weltkrieges verändert die räumliche Ausgangslage der Stadt Wien aufs Neue: Zwar ist das Ausmaß der Kriegszerstörungen im Gegensatz zu vielen anderen Großstädten überschaubar und eine Vielzahl an historischen Gebäuden bleiben erhalten, geopolitisch rückt Wien jedoch mit der Errichtung des Eisernen Vorhang internatio-

nal ins Abseits. In den Jahren nach dem Krieg gilt es vor allem die Kriegsschäden zu reparieren und – trotz einer stark verringerten Bevölkerungsanzahl –, in kurzer Zeit möglichst viele Wohnungen für die große Anzahl an Obdachlosen, Kriegsheimkehrern und Vertriebenen bereitzustellen. Im Gegensatz zum Sozialen Wohnungsbau der 1920er Jahre findet diese Bautätigkeit unter veränderten Bedingungen statt: Zum einen werden die Neubauten in einer monotoneren Bauweise, ohne die bisher gesellschaftsstiftenden, architektonischen Ansätze, in Stadterweiterungsgebieten errichtet. Zum anderen bewirkt eine Änderung der Wohnbauförderung, dass die Neubautätigkeit, nicht nur von der Stadt selbst, sondern auch verstärkt von gemeinnützigen Bauvereinigungen getragen wird. (vgl. ebd.1999: 14-16)

Obwohl die Phase des Wiederaufbaus in Wien aus quantitativer Sicht bis 1958 erreicht ist und die Bevölkerungsanzahl mit ca. 1,6 Mio. Einwohnern das Vorkriegsniveau bei Weitem unterschreitet, übertrifft die Bautätigkeit während der 1960er Jahre mit über 100.000 Wohnungen alle vorangegangenen Dekaden. Ab Ende der 1960er Jahre verlangsamt sich die Wohnbautätigkeit in Wien und qualitative Aspekte treten in den Vordergrund. 1968 tritt zudem ein neues Wohnungsfördermittelgesetz in Kraft, das auch bei den kommunalen Gemeindebauten Eigenmittelleistungen vorsieht. 1973 werden erstmals mehr Wohnungen von gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen fertiggestellt als städtische Gemeindewohnungen. Die gemeinnützigen Baugesellschaften und Baugenossenschaften konzentrieren sich dabei eher auf Miet- und Eigentumswohnungen für zahlungsfähiges Publikum, während die Gemeinde die Wohnraumversorgung für sozialbenachteiligte Einwohner übernimmt. (vgl. ebd.1999: 16-21)

Neben der Stadterweiterung rücken ab der Ende der 1960er Jahre Maßnahmen zur Stadterneuerung und Wohnungssanierung in den heruntergekommenen Innenstadtvierteln verstärkt in den Fokus. Zwar werden bereits in den 1950er Jahren punktuelle „Assanierungsmaßnahmen“ in Erdberg, Ottakring und Lichtental durchgeführt, im Zuge derer größere Altbauten in sanierungsbedürftigen und sozialen Problemgebieten abgerissen und durch moderne Neubauten mit höheren Mietpreisen ersetzt werden; jedoch schwächen zu dieser Zeit die kommunale Neubautätigkeit am Stadtrand sowie eine regulative Mietzinspolitik das Interesse an großflächigen Investitionen zur Sanierung von Altbauten. Erst mit der Einführung des Bundesgesetzes zur Wohnungsverbesserung ab 1969 und den Gesetzen zur Stadterneuerung und zur Bodenbeschaffung ab 1974 werden weitreichende Instrumentarien geschaffen, um den, nach wie vor, hohen Bestand an maroden Altbauten aus der Zeit vor 1919, zu sanieren. (vgl. ebd.1999: 24-27)

Als ein „Schlüsselprojekt“ der erhaltenden „sanften“ Stadterneuerung in Wien gilt die Sanierung des „Planquadrats“ im 4. Bezirk ab 1973/74: Ein Fernsehteam des ORF beglei-



---

tet den alternativen Erneuerungsprozess, bei dem die ansässigen Bewohner aktiv mit einbezogen werden und thematisiert die Problemstellungen und Potenziale der Wohnhaussanierung in der breiten Öffentlichkeit.

1974 erfolgt zudem die Einrichtung der ersten von heute 13 Gebietsbetreuungen im 16. Wiener Gemeindebezirk Ottakring, bei der Planungsteams zur Beratung und Begleitung der Sanierungsmaßnahmen direkt vor Ort eingesetzt werden.

Auch im Zuge von Umstrukturierungsplänen am Spittelberg im 7. Wiener Gemeindebezirk 1976 regt sich bei den Bewohnern und in Planer-Kreisen Widerstand gegen die bis dahin verbreitete Abrisspolitik und die Proteste ebnen den Weg für die fortan praktizierte erhaltende Stadterneuerung als „Großprojekt der kleinen Schritte“ (Förster 1994: 7) in Wien.

Während die Neubautätigkeit in Wien bis zum Ende der 1980er Jahren mit nur ca. 3.000 Wohnungen pro Jahr ihren Tiefpunkt erreicht, wird der institutionelle Rahmen im Bereich der Stadterneuerung weiter ausgebaut: Mit der Änderung des Mietrechts 1981/82 werden von nun an die Erhebung von Erhaltungsbeiträgen von den Mietern gestattet. Ab 1984 tritt das Wohnhaussanierungsgesetz in Kraft, welches die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln bei Sanierungen regelt. Ergänzt wird dieses Gesetz durch die Einrichtung des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF), der sowohl Gelder für den Ankauf von Grundstücken für den geförderten Wohnbau bereitstellt um Preissteigerungen durch Spekulationskäufe zu verhindern, als auch die Betreuung der geförderten Wohnhaussanierungen übernimmt. (vgl. ebd. 1994: 6-11)

Den übergeordneten Rahmen dieser Instrumente bildet das Konzept der „Sanften Stadterneuerung“, dessen Prinzipien unter anderem auf den „Empfehlungen zur planmäßigen Lenkung von Stadterneuerung und Stadterweiterung“ der Sitzung der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) vom 20.06.1983 beruhen: Diese sehen als „oberstes Ziel bei der Stadterneuerung [...] die Verbesserung der Lebensverhältnisse [...] der Bewohner der dichtbebauten älteren Stadtviertel“ (70). Des Weiteren wird Stadterneuerung „nicht als einmalige Aufgabe gesehen“ sondern als langfristige Verpflichtung bei der „immer wieder Erneuerungsmaßnahmen notwendig werden“ (71), welche „nur durch eine Vielzahl von kleinen, in weiten Stadtgebieten fein gestreuten Maßnahmen gelöst werden kann“ (73). Darüber hinaus soll „die Instandsetzung der Wohngebäude [...] Vorrang gegenüber Abbruch und Neubau erhalten, wo diese die Beschaffenheit der Bausubstanz [...] rechtfertigt“ (81), wobei „Vorhaben hausweiser Erneuerung bei denen die Bewohner im Haus verbleiben oder nach durchgeführter Modernisierung rücksiedeln können, besonders gefördert [...] und im Interesse der überwiegend wirtschaftlich schwachen Bewohner ‚einfache‘ kostengünstige Erneuerungen angestrebt werden sol-

len“ (103). Diese „Erneuerungstätigkeit [...] ist mit bewohnerbezogenen sozialen Maßnahmen zu verbinden“ (78) sowie „der aktiven Beteiligung der Betroffenen durch Einbeziehung in den Entscheidungsprozess größte Bedeutung“ (80) beizumessen. (ÖROK 1983: 7-9)

Da in Österreich im Bereich der Raumplanung keine „Rahmenkompetenz auf Bundesebene existiert, sondern diese im Kompetenzbereich der Länder und Gemeinden liegt, wird 1971 die ÖROK gegründet. Sie dient der Koordination und Abstimmung von Angelegenheiten der Raumplanung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Ihre Beschlüsse besitzen jedoch – ebenso wie die Empfehlung zur planmäßigen Lenkung von Stadterneuerung und Stadterweiterung – keine rechtliche Bindungswirkung. (vgl. [www.oerok.gv.at](http://www.oerok.gv.at))

In der Praxis basiert das Wiener Stadterneuerungsmodell auf dem Prinzip der Kostenneutralität, welche aus einer Kombination aus öffentlicher Finanzierungsbeteiligung bei privaten Investitionen zur Sanierung von Gebäuden besteht. Als Gegenleistung für diese Sanierungsförderung verpflichten sich die privaten Eigentümer den Mietzins von Bestandsmietern, während der Laufzeit der Förderung bzw. des Darlehens, nur in einem sehr begrenzten Rahmen zu erhöhen. (vgl. Hatz 2004: 78f.)

Da das Sanierungsmodell jedoch nur die Mietzinshöhe von bestehenden Mietverträgen reguliert und die Miethöhe bei neu vermieteten Wohnungen nach der Sanierung erheblich erhöht werden kann, kommt es in Folge teilweise zu systematischen Entmietungsaktionen skrupelloser Sanierungsspekulanten. Um die betroffenen Bewohner bei unberechtigten Kündigungen zu beraten und bei unzulässigen Absiedlungsbemühungen der Eigentümer zu unterstützen, wird 1986 die Mobile Gebietsbetreuung eingerichtet, die die Mieter in auffälligen Spekulationshäusern vor Ort betreut. (Kessler, Norbert 2010: 106 „BewohnerInnenschutz im Rahmen der sanften Stadterneuerung“ in Perspektiven Heft 3/4 2010) (vgl. Kessler 2010: 106)

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989/90 rückt der Wirtschaftsstandort Wien aus dem Abseits in das geografische Zentrum Europas, was zu einem wirtschaftlichen Aufschwung sowie einem Anstieg der Bevölkerung und der Wohnraumnachfrage führt.

In den 1990er Jahren erfolgt eine erneute Phase der Stadterweiterung, vorwiegend jenseits der Donau und im Süden Wiens. Der kommunale Wohnungsbau spielt dabei jedoch fast keine Rolle mehr und wird verstärkt an eine marktwirtschaftliche Orientierung angepasst. (vgl. Fassmann, Hatz, & Matznetter 2009: 23-25)

2002 wird die Organisation des kommunalen Wohnungsbaus in der stadteigenen Unternehmung „Wiener Wohnen“ ausgliedert; 2004 erfolgt die vorerst letzte Fertigstellung

---

eines Wiener Gemeindebaus in Liesing; der Neubau von weiteren Gemeindebauten ist nicht geplant. (vgl. Schlager 2007)

Bereits im Jahr 2001 werden mit den „Gebietsbetreuungen -neu“ exklusive Anlaufstellen zur Konfliktbewältigung und zur Unterstützung der sozialen Organisation in den Gemeindebauten eingerichtet. Ab 2010 werden diese als „wohnpartner“ beim Wohnservice Wien GmbH eingegliedert. (vgl. [www.wienerzeitung.at](http://www.wienerzeitung.at) 2009)

2006 kommt es zudem zu einem weiteren Novum in der Geschichte der Wiener Gemeindebauten: Aufgrund einer EU-Richtlinie ist es erstmals auch Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft möglich, sich für eine städtische Gemeindewohnung zu bewerben. (vgl. Kreamsberger 2006)

Diese Neuregelung führt bei nicht wenigen „Alteingesessenen“, welche sich den Zugang zum Gemeindebau – früher ein Privileg - teilweise mühsam durch die Mitgliedschaft bei parteinahen Organisationen erarbeiten mussten, zu Empörung und vielerorts zu Konflikten im Alltag. (vgl. Interview Breitfuss 2012)

Im Bereich der Stadterneuerung werden im Zeitraum von 1985 bis 2008 Förderanträge für 10.500 Häuser eingereicht. Davon werden bereits Förderanträge für über 5.000 Häuser mit rund 226.000 Wohnungen bewilligt und deren Sanierung durchgeführt. Das Investitionsvolumen hierfür betrug 6,2 Mrd. Euro, von denen mit rund 4,2 Mrd. € über 65% von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden. (vgl. [www.best-practices.at](http://www.best-practices.at))

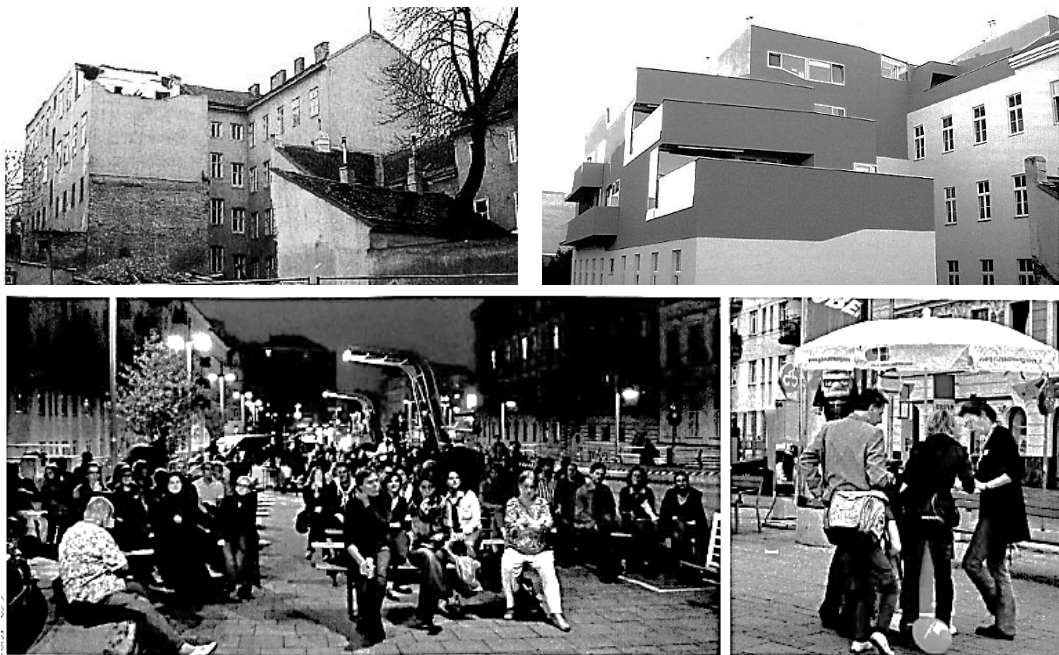


Abbildung 71: Impressionen der Wiener Stadterneuerungspraxis (Wohnhaussanierung, Volkskino und Befragung)

### **Gesamtstadt Wien: Aktuelle Situation**

Im Zeitraum von 1991 bis 2011 reduziert sich die Zahl der Substandardwohnungen in Wien von ca. 122.700 (16% aller Hauptwohnsitzwohnungen) auf ca. 43.400 (6% aller Hauptwohnsitzwohnungen). Dies entspricht einem Rückgang von über 60% innerhalb von 20 Jahren. (vgl. Statistik Austria 2012b: 45)

Teilweise standen diese Substandardwohnungen bis zu ihrer Sanierung leer. In Verbindung mit dem verstärkten Bevölkerungswachstum und dem Trend zum Rückzug in die Innenstädte geht die Anzahl der Leerstände 1999 bis 2009 um 65% von 38.000 auf nur 12.000 zurück. Diese Zahl ist für eine Großstadt wie Wien jedoch normal und ergibt sich durch laufende Wohnungswechsel und Sanierungen. Dass der Trend zum Rückzug in die Innenstadt jedoch durch aus der Reaktivierung von leerstehenden Wohnungen resultierte und dass die Leerstandsreserven der Stadt Wien mittlerweile auf ein Minimum zurückgegangen sind, wurde allerdings von Stadtforschern der Stadt Wien relativ spät erkannt und statistisch bestätigt. (vgl. Interview Berger 2012)

Der Rückgang der kostengünstigen Substandardwohnungen in den Altbauten sowie ein gestiegenes Angebot an hochpreisigen Anlegerwohnungen, welche als sicheres Investment im Zuge der Finanzkrise errichtet werden, führt jedoch auch dazu, dass die Mietpreise bei Neuvermietungen in Wien von 2000 bis 2010 im Durchschnitt um 37,4 % gestiegen sind. Insbesondere für Sozialschwache und Familien mit Kindern wird es daher derzeit immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum in der Innenstadt zu finden. (vgl. Tockner 2012: 10-13)

Um dem prognostizierten Bevölkerungswachstum auf rund 1,9 Mio. Einwohner im Jahr 2035 sowie weiteren Mietpreiserhöhungen entgegen zu wirken, befinden sich in Wien zur Zeit. auf mehreren (innen-)städtischen Entwicklungsflächen, wie z.B. am Nordbahnhof, am Hauptbahnhof oder der Seestadt Aspern, größere Siedlungsprojekte im Bau.([www.wien.gv.at/zielgebiete](http://www.wien.gv.at/zielgebiete) 2012)

Wie sich bei einem „Baulandcheck“ der Stadtverwaltung jedoch heraus gestellt hat, reichen sowohl die aktuellen Wohnbaumaßnahmen als auch die sehr begrenzten Flächenreserven der Stadt für das prognostizierte Bevölkerungswachstum nicht aus. Da die bisherige Sanierungsförderung, z.B. durch Wohnungszusammenlegungen, eher eine Verringerung der Wohndichte forciert, bedarf es – angesichts der stetig wachsenden Bevölkerungszahl - einer Neuausrichtung der derzeitigen Stadterneuerungsstrategie mit Maßnahmen zur Nachverdichtung in den bestehenden Wohngebieten, wie zuständige Ansprechpartner der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion Gerhard Berger im Experteninterview erklärt. (vgl. Interview Berger 2012)

---

Laut Mikrozensus der Statistik Austria existieren in Wien 2011 rund 854.000 Hauptsitzwohnungen. Dies sind rund 8300 mehr als im Vorjahr 2010.

Rund 27,8% dieser Wohnungen sind vor 1919 erbaut; 12,4% (105.000) zwischen 1919 und 1944; 11,0% zwischen 1945 und 1960; 15,1% zwischen 1961 und 1970; 10,3% zwischen 1971 und 1980; 7,6% zwischen 1981 und 1990; 9,3% zwischen 1991 und 2000 sowie 6,6% zwischen 2001 und 2011. (Statistik Austria 2012b: 26)

2011 entsprechen 91,2% dieser Hauptsitzwohnungen der Ausstattungskategorie A, 3,7 % der Kategorie B, 0,5 % der Kategorie C und 4,6 % Kategorie D. Somit existieren derzeit in Wien noch ca. 43.500 Hauptsitzwohnungen der Kategorie C und D, für die verminderte Mietzinse gelten und gesonderte Sanierungsförderungen angeboten werden. Rund 78,6% dieser „Substandard“-Wohnungen werden vor 1919, rund 15,8% zwischen 1919 und 1944 erbaut. (ebd. 2012b: 25,45)

Die durchschnittliche Nutzfläche der Hauptsitzwohnungen liegt 2011 mit 73,8 m<sup>2</sup> deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 99,5 m<sup>2</sup>.(ebd. 2012b: 34)

Rund 74,1% aller Hauptsitzwohnungen in Wien sind 2011 an Hauptmieter vermietet; nur 6% sind von den Hauseigentümern bewohnt. Damit unterscheidet sich Wien bedeutend vom österreichischen Durchschnitt bei dem nur 40% der Hauptsitzwohnungen von Hauptmietern und 39,3% von Hauseigentümern bewohnt sind. (ebd. 2012b: 27)

In Bezug auf die Eigentumsverhältnisse der Wohnungen besitzt die Stadt Wien europaweit eine Sonderstellung: Mit ca. 205.500 Hauptmietwohnungen im Jahr 2010 besitzt der kommunale Sozialwohnungsbau ein wichtige Steuerungsfunktion: Rund ein Viertel der Wiener Bevölkerung lebt im Gemeindebau, der mit durchschnittlich 5,64 €/m<sup>2</sup> – abhängig u.a. vom Baualter des Gebäudes, Ausstattungskategorie der Wohnung und Zeitpunkt des Mietvertragsabschluss– die günstigsten Mieten pro m<sup>2</sup> aufweist. Auch die durchschnittlichen Mieten der ca. 160.000 geförderten Genossenschaftswohnungen liegen 2010 mit 6,32 €/m<sup>2</sup> unter dem Durchschnitt der Mietzinspreise von privaten Mietwohnungen von ca. 6,81 €/m<sup>2</sup>.(vgl. Tockner 2012: 9)

Betrachtet man jedoch den sogenannten „aucon“-index, welcher, auf Datenbasis von ca. 5000 Mietwohnungsangeboten einer Wiener Online Wohnungsbörse, einen aktuellen Mietpreisspiegel erstellt, so zeigen sich im Vergleich der Durchschnittsmieten 2010 ca. 6,34 €/m<sup>2</sup> und der Neuvermietungen auf dem freien Mietwohnungsmarkt im Oktober 2012 zwischen ca. 10,13 €/m<sup>2</sup> in Simmering und 22,74 €/m<sup>2</sup> im ersten Bezirk erhebliche Differenzen.(vgl. [www.aucon.at](http://www.aucon.at) 2012: 1)

Die Gründe hierfür liegen zum einen an dem großen Anteil kommunaler und geförderter Mietwohnungen mit festgelegten Mietzinshöhen, zum anderen an mietrechtlichen

Bestimmungen, welche vor allem Mieter in Altbauwohnungen oder mit langjährigen Mietverträgen begünstigen.

Die Hintergründe zu diesen immobilienwirtschaftlichen Steuerungsansätzen werden nachfolgend in Kapitel 6.2.1 dargestellt.

Zur kleinräumigen Analyse und Darstellung der teilweise baulich wie auch sozioökonomischen sehr heterogenen Gemeindebezirke, erfolgt im Zuge der dritten Wiener Lebensqualitätsstudie im Jahr 2008, eine Neuordnung der 1364 statistischen Zählgebiete der Stadt in zehn verschiedene, räumliche Stadtgebietstypen. Diese neuen Stadtgebietstypen basieren ausschließlich auf baulichen Kriterien des „überwiegenden Baualter“, der „bauliche Dichte“ sowie der „Ausstattung und Größe der Wohnung“, da aktuell keine sozioökonomischen Daten auf kleinräumiger Ebene zur Verfügung stehen.

Die Stadtgebietstypen aus dem Jahr 2008 unterscheiden zwischen den vier Gründerzeitgebietstypen

- „Zentrum“, innerhalb und entlang der Ringstraße
- „Gründerzeitgebiete mit hoher Wohnungsqualität“, vorwiegend innerhalb des Gürtels und in der Leopoldstadt
- „Gründerzeitgebiete mit sehr hoher Wohnungsqualität“, vorwiegend in den besseren Wohnlagen von Hitzing, Döbling und Hernals
- „Gründerzeitgebiete mit Basis-Wohnungsqualität“, vorwiegend in Wohngebieten entlang und außerhalb des Gürtels

den drei Neubaugebietstypen

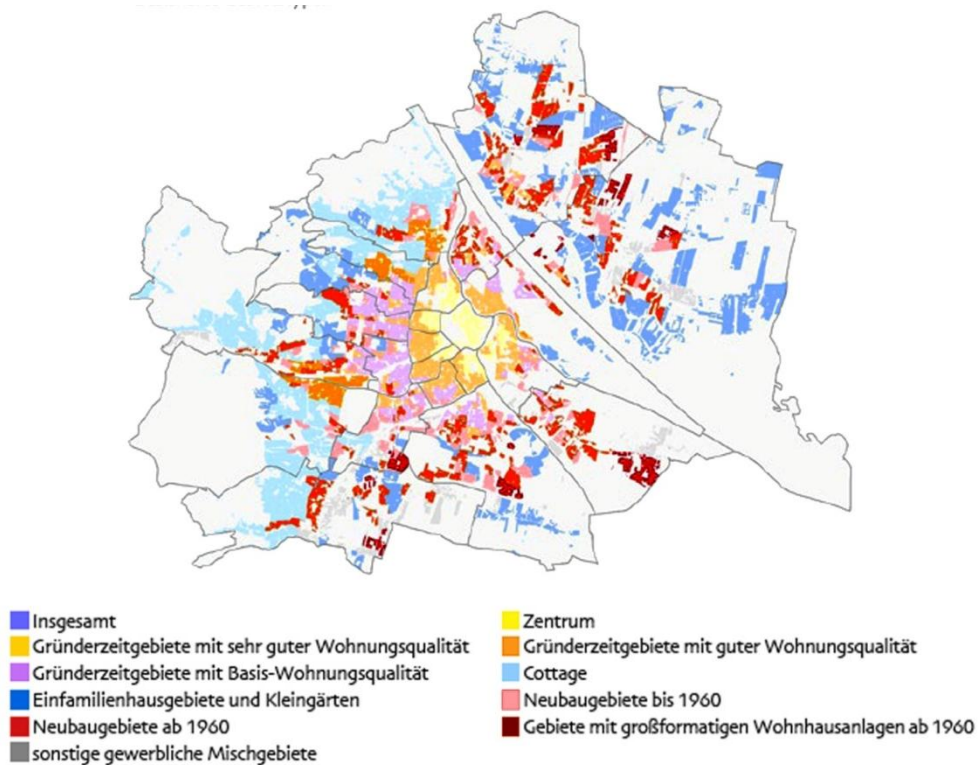
- „Neubaugebiete bis 1960“, vorwiegend in den näheren Stadterweiterungsgebieten im Süden Wiens und jenseits der Donau
- „Neubaugebiete ab 1960“, vorwiegend in den äußeren Stadterweiterungsgebieten im Süden Wiens, entlang der Wien und jenseits der Donau
- „Gebiete mit großformatigen Wohnhausanlagen ab 1960“, vorwiegend in den äußersten Stadterweiterungsgebieten im Süden Wiens und jenseits der Donau

und drei weiteren Gebietstypen

- „Einfamilienhaus- und Kleingartengebiete“, vorwiegend am Stadtrand Richtung Wiener Wald und in den Bezirken jenseits der Donau
- „Cottage“, vorwiegend am Stadtrand Richtung Wiener Wald
- „Sonstige gewerbliche Mischgebiete“, vorwiegend entlang der Ausfallstraßen

Eine weiterführende Erhebung zur sozioökonomischen Struktur innerhalb dieser verschiedenen Stadtgebietstypen zeigt wenig Überraschendes: Während Akademiker

vorwiegend die Gründerzeitgebiete mit guter und sehr guter Wohnstruktur in den Bezirken innerhalb des Gürtels bevorzugen, leben Familien bzw. „Vier -und Mehrpersonenhaushalte“ vorwiegend in Cottage- und Einfamilienhausgebieten. Personen mit einem Äquivalenzeinkommen unter 1300 €/Monat sowie Menschen mit Migrationshintergrund sind jedoch überproportional häufig in Gründerzeitgebieten mit Basiswohnqualität sowie in Neubaugebieten und Gebieten mit großformatigen Wohnhausanlagen ab 1960 anzutreffen. (vgl. Hauswirth & Gilge 2010: 1-8)



Unterschiede in der sozioökonomischen Struktur der Gebietstypen

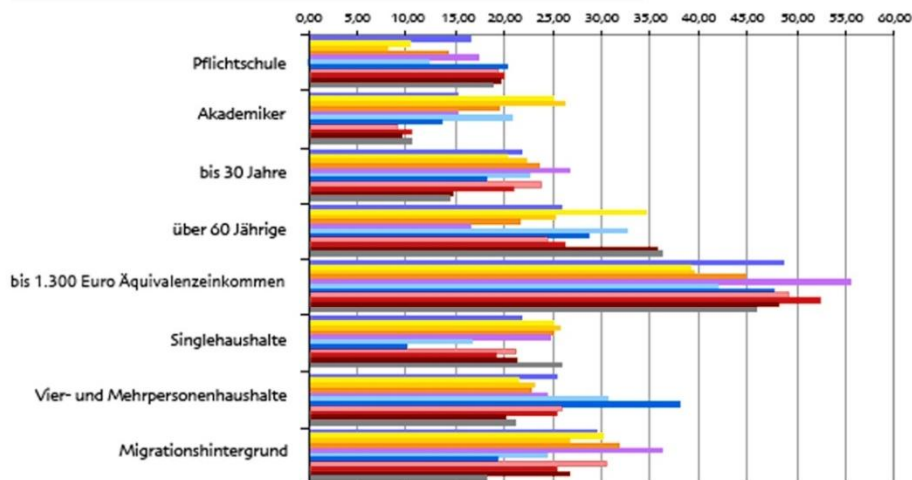


Abbildung 72: Neudefinition der Gebietstypen Wien, 2010

### **Lokale Ebene: Wien XI. Simmering**

Der 11. Wiener Gemeindebezirk Simmering gilt im Allgemeinen als ein klassischer Arbeiterbezirk und liegt im Süden der Stadt Wien. Im überregionalen Kontext ist Simmering vor allem für den Wiener Zentralfriedhof, wie auch die städtebaulich markanten Gasometer bekannt.

Mit einer Fläche von 23,2km<sup>2</sup> und einer Einwohnerzahl von rund 91.600 Einwohnern (Stand 1.1.2012) ist Simmering ein mittelgroßer Bezirk. Er wird begrenzt durch den Donaukanal im Nordosten, die Simmeringer Haide im Nordwesten, die Landesgrenze zum niederösterreichischen Schwechat im Süden sowie durch die Gleise Ostbahn in Richtung Osten. Die Ostautobahn A4 und die Südosttangente A23 verlaufen ebenfalls durch das Bezirksgebiet.

Der 11. Bezirk der Stadt Wien wird im Jahr 1892 durch die Eingemeindung der Ortschaften Simmering und Kaiserebersdorf gebildet. Im Jahr 1956 kam die Gemeinde Albern hinzu. Ab der Eingemeindung wird Simmering zu einem der wichtigsten Entwicklungsbezirke Wien: Viele Betriebe siedeln sich aufgrund der günstigen Verkehrsknotenpunkte an, die Zahl der Bevölkerung steigt rasant. (vgl. [www.wien.gv.at/bezirke/simmering](http://www.wien.gv.at/bezirke/simmering))

Rund 40% der Bezirksfläche ist 2010 als Grünland ausgewiesen und wird vorwiegend für den Gemüselandbau und die Landwirtschaft genutzt. Demnach verfügt Simmering, im Gegensatz zu vielen innerstädtischen Bezirken, nach wie vor an potenziellen Flächenreserven zur Stadterweiterung. (vgl. MA 23 2012b: 15, 296)

Stadträumlich existieren heute im „Zentralraum“ von Simmering hauptsächlich Wohngebiete, deren Gebäude vor und nach 1960 erbaut werden, sowie vereinzelt Gründerzeitgebiete mit Basis-Wohnungsqualität. Diese werden von der „Simmeringer Hauptstraße“ getrennt, einer vielbefahrenen Ausfalls- und Einkaufsstraße, welche in Richtung Süden zu den Eingängen des Zentralfriedhofs und nach Schwechat führt. Auf der Simmeringer Hauptstraße befinden sich, mit drei U-Bahnstationen der U-Bahnlinie U3 und der Straßenbahnlinie 71, die wichtigsten Anbindungen des öffentlichen Nahverkehrs an die Innenstadt.

An der nördlichen Grenze zum 3. Wiener Gemeindebezirk Landstraße befindet sich das Industriegebiet Erdberg sowie das Entwicklungsgebiet Erdberger Mais/ St. Marx.

Im Süden des Bezirks befinden sich in eher peripherer Lage der Ortsteil Kaiserebersdorf sowie die Stadtrandsiedlung „Leberberg“ mit „großformatigen Wohnhausanlagen ab 1960“ und „sonstigen gewerblichen Mischgebieten“, welche mit dem Bus oder der S-Bahn erreichbar sind. (vgl. Hauswirth & Gilge 2010: 7-8)

Am südlichen Stadtrand von Simmering befindet sich auch das Flüchtlingsdorf



„Macondo“ in dem 3000 Flüchtlinge aus über 22 Nationen auf dem Gelände einer ehemaligen Kaserne im Bereich der Zinnergasse, leben. Das ehemalige Integrationshaus wird ab 2010 in ein Familienanhaltezentrum des Innenministeriums umgebaut. (vgl. [www.nachbarschaftsgartenmacondo.blogspot.de](http://www.nachbarschaftsgartenmacondo.blogspot.de) 2010)

2012 betrug die Anzahl der Wohnungen in Simmering 43.228. 2001 entsprachen in Simmering rund 94,7% der Ausstattungskategorie A und B, 1,3% der Kategorie C und 4,0 % der Kategorie D. Aktuellere Zahlen zur Wohnungsausstattung in Simmering liegen nicht vor. Es zeigt sich jedoch, dass Sanierungen von Substandardwohnungen als Instrument einer „klassischen“ Stadterneuerung“ in Simmering, nur noch sehr geringe Steuerungsmöglichkeiten aufweisen. (vgl. ebd. 2012b: 296; Statistik Austria 2001b: 25)

Auf der Website von Wiener Wohnen sind 80 verschiedene Wohnhausanlagen der Wiener Gemeindebauten mit insgesamt 16671 Wohnungen und 755 Geschäftslokalen in Simmering aufgelistet, die von „Wiener Wohnen“ und „wohnpartner“ betreut werden. (vgl. [www.wienerwohnen.at/wiener-gemeindebau](http://www.wienerwohnen.at/wiener-gemeindebau) 2012)

Damit übertrifft der Anteil an Wiener Gemeindewohnungen in Simmering von rund 38% den Wiener Durchschnitt von rund 25% deutlich, und ermöglicht der Stadt Wien ein relativ hohes, wohnbauliches Steuerungspotenzial im Bezirk. Räumlich konzentrieren sich die Gemeindewohnbauten entlang der Simmeringer Hauptstraße und der Geiselberggasse sowie in Leberberg und Kaiser-Ebersdorf. (vgl. Kalmár et al. 2008: 23)

Dieser hohe Anteil an Gemeindewohnbauten spiegelt sich auch in den Mietpreisen wider: Bei Neuvermietungen im Oktober 2011 beträgt die durchschnittliche Mietzinshöhe in Simmering zwischen 10,13- 12,54€/m<sup>2</sup>, abhängig von der Wohnungsgröße. Ein vergleichbar niedriges Niveau findet sich nur im 10., 14. und 20. Wiener Gemeindebezirk. (vgl. [www.aucon.at](http://www.aucon.at) 2012)



Abbildung 73: Anteil der Wohnungen bis 60 Quadratmeter an allen Wohnungen nach Zählbezirken

Eigentumswohnungen und Eigenheime spielen in Simmering mit ca. 14% im Vergleich mit dem Wiener Durchschnitt nach wie vor eine untergeordnete Rolle. In den vergangenen Jahren erhöhte sich jedoch die Anzahl in diesem Segment um jährlich fast 5%. (vgl. Kalmár et al. 2008: 23)

Die durchschnittliche Wohnungsgröße in Simmering liegt 2001 bei 67 m<sup>2</sup> pro Wohnung (vgl. MA 23 2012b: 33). Kleinwohnungen bis 60 m<sup>2</sup> machen ein Viertel des Wohnungsbestandes in Simmering aus. Sie konzentrieren sich vor allem auf die zentrumsnahen Zählgebiete „Alt-Simmering“, „Enkplatz“ und „Hasenleiten“. Große Familienwohnungen ab 90 m<sup>2</sup>, befinden sich vor allem in den Zählbezirken „Untere Simmeringer Haide“, „Leberberg“ und „Enkplatz“. (vgl. Kalmár et al. 2008: 23)

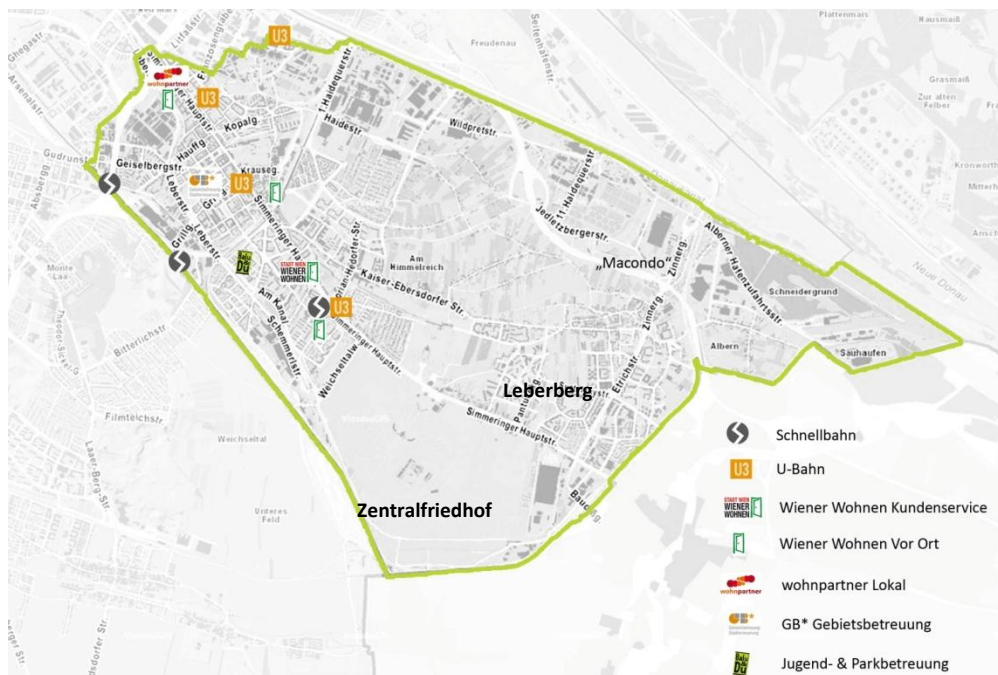


Abbildung 74: Wohnraum -/ gemeinwesensbezogene Institutionen in Simmering

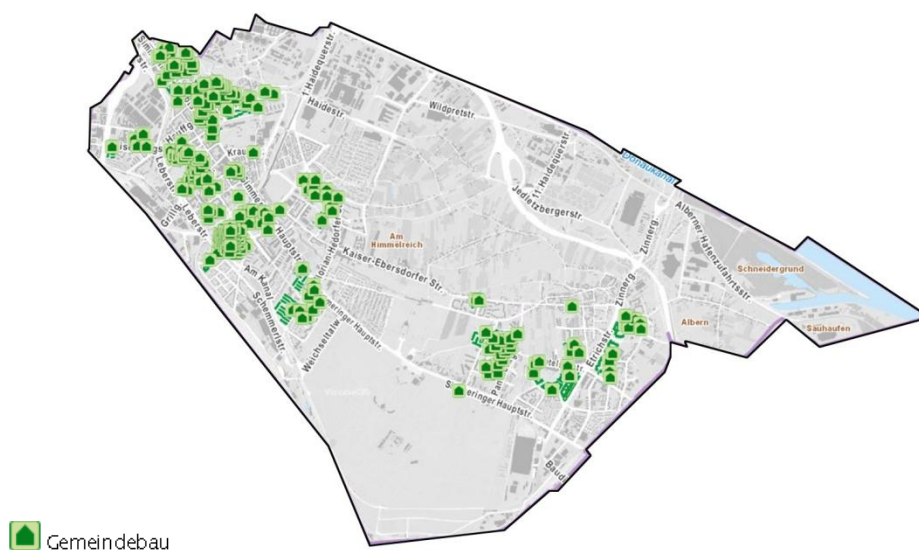


Abbildung 75: Städtische Wohnhausanlagen in Wien XI Simmering

---

## 7.1.2 Ökonomische Dimension

*Die Untersuchung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit sozialräumliche Benachteiligungsphänomenen in Wien | Simmering erfolgte im Rahmen einer Internetrecherche zu den Indikatoren Wirtschaftliche Struktur, Beschäftigungssituation, Arbeitslosigkeit, Einkommenssituation und Sozialhilfebedarfe.*

*In Bezug auf die Arbeitsstätten und Beschäftigtensituation auf Bezirksebene, stellte sich heraus, dass die „neusten“ verfügbaren Daten, im Zuge der Arbeitsstättenzählung im Jahr 2001 erhoben werden. Als die aussagekräftigste Quelle im Hinblick auf die Unternehmensstruktur in Simmering erwiesen sich der Eintrag zum Bezirk Simmering auf dem Wissensportal Wikipedia wie auch die Bezirksseiten der auf der Homepage der Stadt Wien.*

*Weitere Quellen zum Arbeitsstandort Simmering stellten das Statistische Jahrbuch 2012 der Stadt Wien sowie das Statistik Journal 2012 zum Wirtschaftsstandort Wien dar.*

*Informationen zur Beschäftigungssituation auf gesamtstädtischer Ebene sind weitaus besser verfügbar. Hier liegen aktuellere Zahlen aus den Jahren 2010/ 2011 im Statistischen Jahrbuch der Stadt Wien sowie dem Sozialbericht 2012 der MA 24- Sozialplanung vor.*

### **Gesamtstädtische Ebene : Wien**

Auch der Wirtschaftsstandort Wien unterliegt in den vergangenen Jahrzehnten einem strukturellen Wandel: Traditionell verfügt die Stadt einen über hohen Beschäftigungsanteil im Dienstleistungsanteil von rund 85,6% im Jahr 2010, mit steigender Tendenz. Davon profitieren vor allem höher Qualifizierte und Frauen. Im primären und sekundären Wirtschaftssektor werden hingegen weiterhin Arbeitsstellen abgebaut, was vor allem niedrig Qualifizierte und Erwerbspersonen ohne berufliche Ausbildung trifft.

Obwohl die Anzahl der Erwerbstätigen zwischen 2004 und 2011 von 708.100 um 12,2% auf 795.000 steigt, erhöht sich das geleistete Arbeitsvolumen um nur 3%. Gleichzeitig verringern sich die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden um 10% von 35,7 auf 32,3 Wochenarbeitsstunden pro Person. Dies spiegelt einen verstärkten Trend zur Teilzeitbeschäftigung wider.

Im Hinblick auf die Beschäftigungsverhältnisse, zeigt sich im Zeitraum von 2008 bis 2011 ein erheblicher Anstieg geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und freier Dienstverhältnisse um +7%. Im Vergleich zum Jahr 2000 bis 2011 hat sich die Anzahl der geringfügig Beschäftigten sogar verdoppelt. Besonders dramatisch zeigt sich hierbei der Anstieg der Personen, die ihren Lebensunterhalt mit zwei oder mehreren geringfügigen Beschäf-

tigungsverhältnissen verdienen müssen: Während die Anzahl bei Frauen von 2000 bis 2011 um 50% steigt, hat sich die Anzahl bei Männern mehr als verdreifacht.

Gerade Personengruppen, die trotz ihrer Erwerbsarbeit ein Einkommen unter 1.031€ netto pro Monat (Bemessungsgrenze 2010) haben, gelten als armutsgefährdet und werden als sogenannte „Working Poor“ bezeichnet. In Wien hat sich die Zahl dieser „Working Poor“ von 3.780 im Jahr 2001 bis zum Jahr 2008 auf 9.896 Personen annähernd verdreifacht, darunter ein steigender Anteil an Frauen.

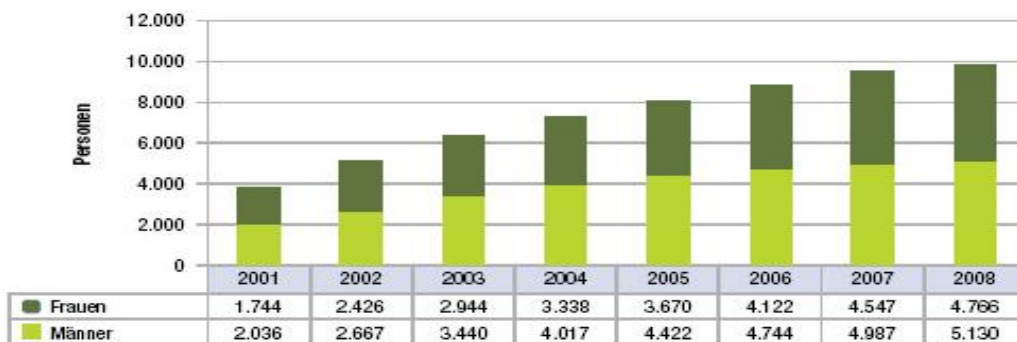
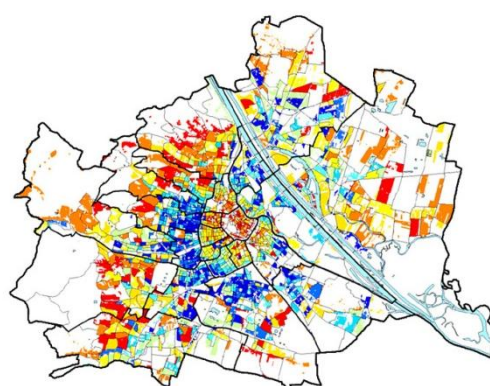


Abbildung 76: Anzahl der Working Poor in Wien, 2001- 2008

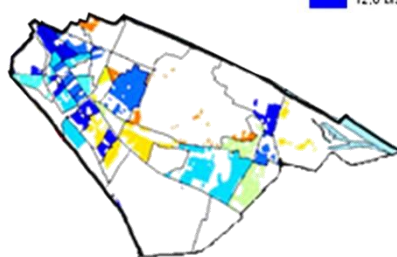
Im Jahr 2011 sind 79.152 Personen beim AMS vorgemerkt. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von rund 9,2%. Frauen, welche tendenziell häufiger Teilzeit und im aufstrebenden Dienstleistungsbereich beschäftigt sind, sind in Wien 2011 mit einem Anteil von 7,8% seltener von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer mit 10,6%. Die Arbeitslosenquote bei nicht-österreichischen Staatsbürgern bei liegt 2011 bei 12,5%. (vgl. MA 24 2012: 24-30)

Arbeitslosenquote AMS Statistik Wien, 2008



Gesamtstadt Wien

Arbeitslosenquote für Wien 8,8%



Simmering

Quelle: MA 18 Stadtentwicklung und Stadtplanung

Abbildung 77: Arbeitslosenquote AMS Statistik Wien, 2008

Stadtgebiete mit hoher Arbeitslosigkeit befinden sich insbesondere in Gründerzeitgebieten mit Basiswohnqualität in den Bezirken außerhalb des Gürtels, sowie in Gebieten mit großformatigen Wohnungsbauten ab 1960. (vgl. [www.wien.gv.at/karten/sozialraum](http://www.wien.gv.at/karten/sozialraum) 2010)

Im Jahr 2010 löst die bundesweit einheitlich geregelte „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ die bisherige Sozialhilfe auf Landesebene ab. In Wien beträgt die Anzahl der Mindestsicherungsbezieher 2001 ca. 129.000, davon sind rund die Hälfte Kinder, Pensionisten und arbeitsunfähige „Dauerleistungsbezieher“.

Im Zeitraum von 2001 bis 2011 ist der Anteil der arbeitsfähigen Mindestsicherungsbezieher von rund 48% auf 69% gestiegen. (vgl. MA 24 2012: 24-30)

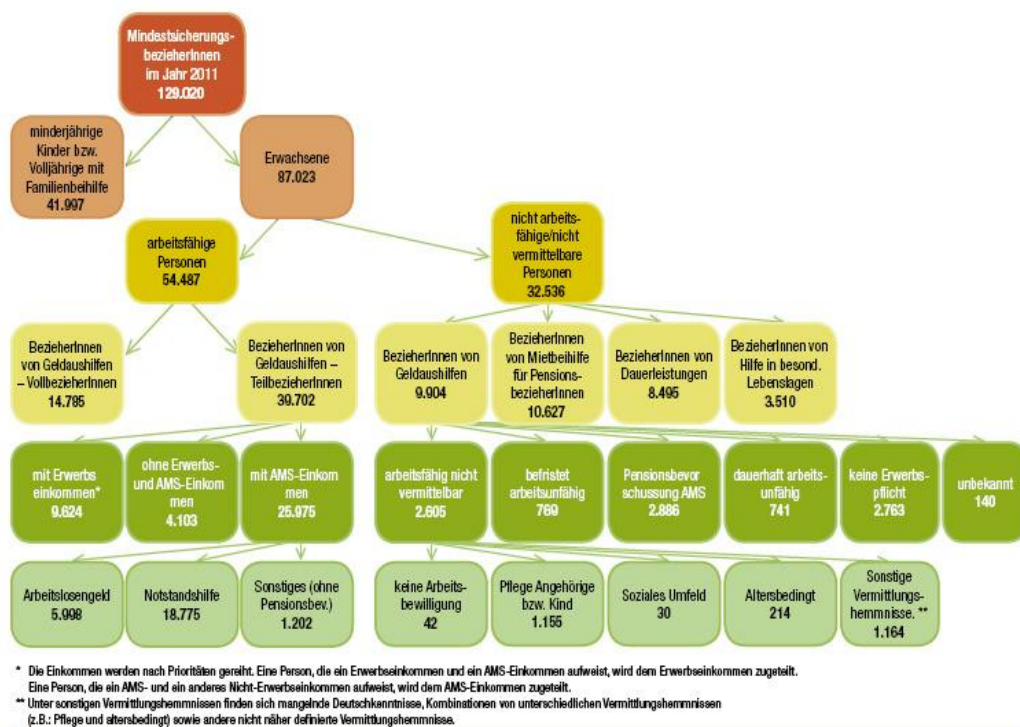


Abbildung 78: Arbeitsfähige BMS-Bezieher in Wien, 2011

Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in arm oder reich, spiegelt sich auch in auseinanderdriftenden Einkommen wider: Im Zeitraum von 2004 bis 2010 erhöhen sich die Anzahl der Personen im untersten Einkommensviertel (0-12.869 €/Jahr) um 4% auf 32%, sowie die Anzahl der Personen im obersten Einkommensviertel (< 22.404€/Jahr) um 1% auf 26%. Die Einkommensviertel der Mittelschicht verlieren verstärkt an niederere Viertel und schrumpfen insgesamt um 6%, von 46% auf 40%.(vgl. ebd. 2012: 63)

Tabelle 7: Personenanzahl nach Einkommensquartilen in Wien

Einkommensquartile	2004			2009			2010			Veränderung der Personenanzahl 2004–2010	Veränderung der Personenanteile 2004–2010 in Prozentpunkten
	Einkommensquartil in EUR jährlich	Anzahl Personen	Anteil Personen	Einkommensquartil in EUR jährlich	Anzahl Personen	Anteil Personen	Einkommensquartil in EUR jährlich	Anzahl Personen	Anteil Personen		
unterstes Einkommensquartil	0–12.869	448.000	29%	0–14.879	525.000	32%	0–15.570	546.000	33%	98.000	4
zweites Einkommensquartil	12.869–16.968	354.000	23%	14.879–19.885	328.000	20%	15.570–20.617	323.000	19%	-31.000	-4
drittes Einkommensquartil	16.969–22.403	361.000	23%	19.886–26.615	339.000	21%	20.618–27.504	342.000	21%	-19.000	-2
oberstes Einkommensquartil	ab 22.404	406.000	26%	ab 26.616	460.000	28%	ab 27.504	453.000	27%	47.000	1
<b>Gesamt</b>		<b>1.569.000</b>	<b>100%</b>		<b>1.852.000</b>	<b>100%</b>		<b>1.664.000</b>	<b>100%</b>	<b>95.000</b>	

*Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen*

Trotz allem lässt sich die zukünftige Entwicklung im Hinblick auf Einkommensverteilung und die Anzahl der Mindestsicherungsbezieher nur sehr schwer prognostizieren. Die Steigerung der Anzahl der Bezieher stehe aber nur bedingt im Zusammenhang mit dem gesamtstädtischen Bevölkerungswachstum der vergangenen Jahre, erklärt der Leiter der Gruppe Sozialplanung der MA 24, Peter Stanzl. Zwar sei das Wachstum in einem hohen Maß auf Migration zurückzuführen, der Arbeitsmarkt in Wien habe sich in den letzten Jahren jedoch unbemerkt verändert und der Wegfall der Primärindustrie trifft vor allem gering Qualifizierte, die früher in diesem Bereich beschäftigt waren. (vgl. Interview Stanzl 2012)

### Lokale Ebene: Wien XI. Simmering

Simmering ist ein wichtiger Arbeits- und Unternehmensstandort: Der Bezirk verfügt mit ca. 420 ha Betriebsflächen im Bezirk eine höhere Flächenausdehnung als Wohnbauflächen mit ca. 305 ha. Ein Großteil der insgesamt 2.284 Arbeitsstätten konzentriert sich im Jahr 2001 in den Industriegebieten „Erdberg“, „St.Marx“ und am „Alberner Hafen“; darunter auch traditionsreiche Betriebe wie Siemens, Steyr und Hörbiger sowie städtische Infrastrukturen wie z.B. das Kraftwerk Simmering, die Müllverbrennungsanlage und das Hauptklärwerk der Stadt Wien. (vgl. Statistik Austria 2001a: 34; [www.wien.gv.at/bezirke/simmering](http://www.wien.gv.at/bezirke/simmering) ; [www.wikipedia.org/wiki/Simmering](http://www.wikipedia.org/wiki/Simmering))

Der kleinteilige Einzelhandel konzentriert sich vorwiegend entlang der Simmeringer Hauptstraße, auf der sich u.a. auch das Einkaufszentrum „Zentrum Simmering“ befindet. Der Einzelhandel Simmeringer Hauptstraße bietet vorwiegend Waren und Dienstleistungen für den kurz- und mittelfristigen Bedarf.

Ein Problem sieht die Vorsitzende des Einkaufsstraßenvereins Thekla Hochmayer in dem fehlenden Branchenmix und dem erhöhten Kaufkraftabfluss Richtung Innenstadt seit der Erweiterung der U3 bis Simmering. Die Leerstände halten sich auf der Simmeringer Hauptstraße bisher in Grenzen. Sie beschränken sich vor allem auf Ladenlokale in



Gemeindebauten, da deren gesamtstädtisch einheitlicher Mietzins für den Einzelhandelsstandort zu hoch sei und auch der Bezirk Mitspracherecht bei der Auswahl von interessierten Gewerbetreibenden hat. (vgl. Interview Götz/Hochmayer 2012)

Weitere Einkaufszentren in Simmering befinden sich, zusammen mit der Gasometer City und dem Huma Park, in Gewerbegebieten. Mit einer Verkaufsfläche von ca. 30.800 m<sup>2</sup> und einem Brutto-Jahresumsatz von ca. 160Mio € liegt die Simmeringer Hauptstraße im Ranking der Wiener Geschäftsstraßen auf Platz 7. (vgl. MA 23 2012b: 228)

Die Gesamtzahl der Beschäftigten am Arbeitsort Simmering beträgt 2001 30.798. Davon arbeitet ein Großteil bei Klein- und Mittelbetrieben; lediglich 6 Unternehmen in Simmering haben mehr als 500 Mitarbeiter. Aktuellere Zahlen sind derzeit nicht veröffentlicht. (vgl. Statistik Austria 2001a: 34)

Am Wohnstandort Simmering werden 2011 44.806 Erwerbspersonen gezählt.

Das Medianeinkommen der unselbständig Beschäftigten am Wohnort Simmering ist 2010 mit 18.780 € rund 2000 € geringer als der Wiener Durchschnitt von 20.685€. Männer verfügen auch in Simmering im Durchschnitt mit 20.685 € ein höheres Medianeinkommen als Frauen mit 16.630 €. (vgl. MA 23 2012b: 274, 296)

Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund in Simmering verdienen 2007 im Durchschnitt 25% weniger als Erwerbspersonen ohne Migrationshintergrund.

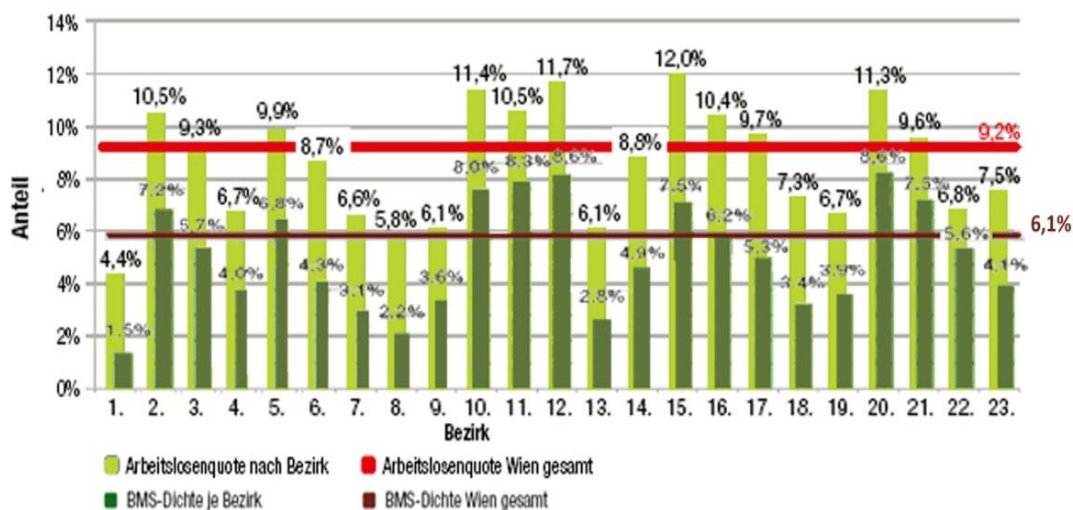


Abbildung 79: Arbeitslosenquote und BMS-Dichten nach Bezirk in Wien, 2010

Räumlich konzentrieren sich Erwerbspersonen mit überdurchschnittlich hohen Einkommen im Jahr 2007, vorwiegend auf die Zählbezirke mit neuen Wohnprojekten, wie „Leberberg“, „Kaiser-Ebersdorf“, „Gaswerk Simmering“ und „E-Werk-Simmering“. Erwerbs-

personen mit unterdurchschnittlichen Medianeinkommen leben hingegen vor allem in Zählbezirken mit einer hohen Dichte an Kleinwohnungen und Gemeindebauten wie z.B. „Alt-Simmering“, „Enkplatz“ und „Geiselberg“. (vgl. Kalmár et al. 2008: 28-31)

Die Arbeitslosenquote in Simmering liegt mit 10,5% über dem Wiener Durchschnittswert von 9,2%. (vgl. MA 23 2012b: 274, 296)

Eine Erhebung aus dem Jahr 2007 zeigt, dass die Erwerbspersonen in Simmering, mit durchschnittlich 200 Beschäftigungstagen pro Jahr im Vergleich zum gesamtstädtischen Durchschnitt mit 195 Tagen, über relativ stabile Beschäftigungsverhältnisse verfügen. Arbeitslose Erwerbspersonen in Simmering sind jedoch mit 146 Tagen, 6 Tage länger beim Arbeitsmarktservice vorgemerkt, als der im Wiener Durchschnitt von 140 Tagen.

Auf regionaler Ebene konzentriert sich das Risiko der Arbeitslosigkeit vor allem auf den Zählbezirk „Geiselberg“ mit 168 Vormerktagen sowie auf die Zählbezirke „Hasenleiten“ und „Leberberg“ mit 148 Vormerktagen pro Jahr. (vgl. Kalmár et al. 2008: 28-31)

Auch der Anteil der Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung liegt in Simmering mit 8,3% (rund 7400 Einwohner) im Jahr 2010 deutlich über dem Wiener Durchschnitt von 6,1%. (vgl. MA 23 2012b: 274, 296)

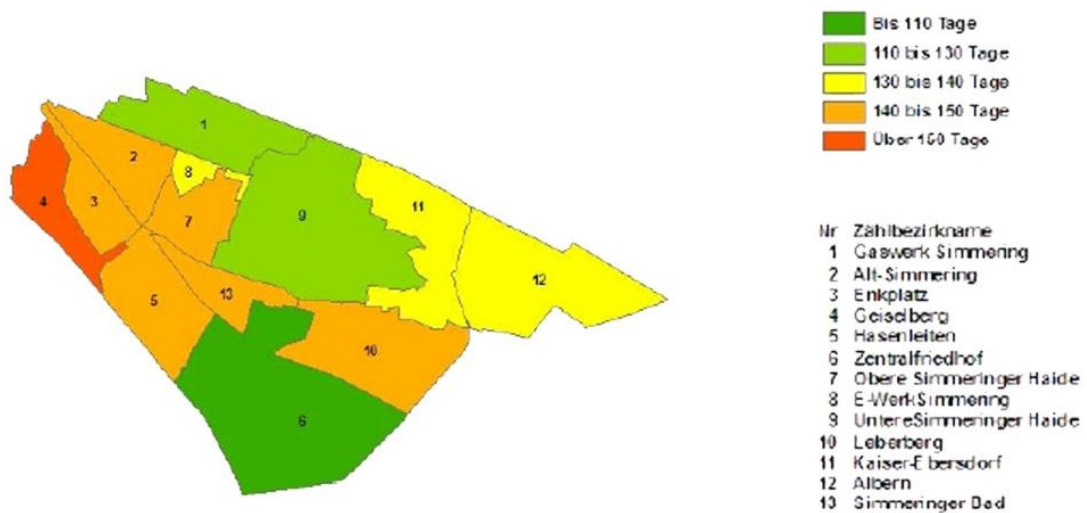


Abbildung 80: Durchschnittliche Arbeitslosigkeitsstage nach Zählbezirken in Simmering, 2007



### 7.1.3 Soziale Dimension

Zur Untersuchung von sozialräumlicher Benachteiligung muss die räumliche Verteilung von Personengruppen betrachtet werden, die in hohem Maße armutsgefährdet sind. Dies sind in der Regel: Alte (Witwen) mit niedriger Rente, Alleinerziehende, Arbeitslose, Migranten und bildungsferne Haushalte.

Bei der Recherche zu Indikatoren wie „Alter“, „Familienformen“ und „Migrationshintergrund“ findet man in Wien, insbesondere im räumlichen Zusammenhang, eine sehr differenzierte Datenlage vor: Während Daten zu Demografie und Staatsbürgerschaft in thematischen Karten teilweise blockgenau abgebildet sind, finden sich Informationen zu Familienformen und Bildungsstand nur auf gesamtstädtischer oder Bezirksebene, ohne räumliche Verortung. Für den Bezirk Simmering liegt jedoch ein (bisher einmalig) von der MA 50- Sozialforschung veröffentlichtes „Sozialräumliches Wohnversorgungsprofil“ aus dem Jahr 2008 vor, welches sozialökonomische Daten auf Zählgebieteebene darstellt.

#### Gesamtstädtische Ebene : Wien

Wien wächst! In den Jahren von 2001 bis 2011 um rund 200.000 Einwohner. Zwar ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung, entgegen den aktuellen Trends leicht positiv, das Bevölkerungswachstum der vergangenen Jahre lässt sich jedoch definitiv auf eine starke Zuwanderung aus dem Ausland zurückführen. (vgl. [www.wien.gv.at/statistik/bevoelkerung](http://www.wien.gv.at/statistik/bevoelkerung))

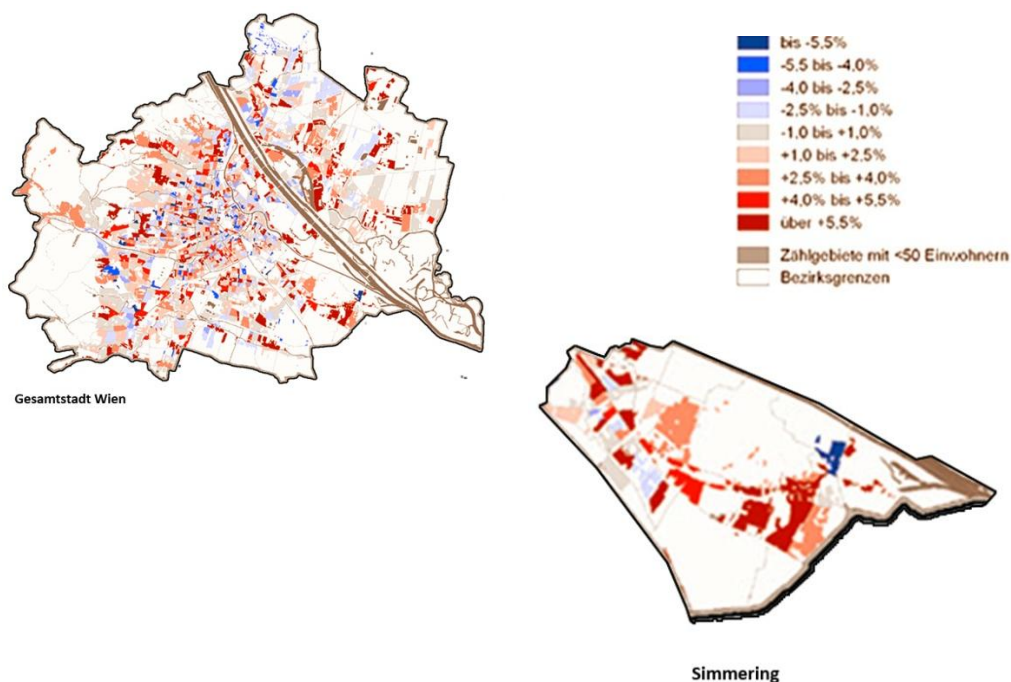


Abbildung 81: Bevölkerungsentwicklung Stadt Wien 2008- 2010 nach Zählbezirken

Die größten ausländischen Volksgruppen in Wien bilden dabei Zuwanderer aus Ex-Jugoslawien, Deutschland und der Türkei. Der Ausländeranteil liegt 2012 bei 22,3%. (vgl. MA 23 2012b: 274 ) Räumlich lassen sich in einer thematischen Karte der MA 18 aus dem Jahr 2010 wiederum die Stadtgebiete außerhalb des Gürtels, sowie großformatige Wohnbauten nach 1960 mit einem überdurchschnittlichen Ausländeranteil identifizieren, welche bereits im vorigen Kapitel im Zusammenhang mit einer hohen Arbeitslosenquote genannt werden. (vgl. [www.wien.gv.at/karten/sozialraum](http://www.wien.gv.at/karten/sozialraum) 2010)

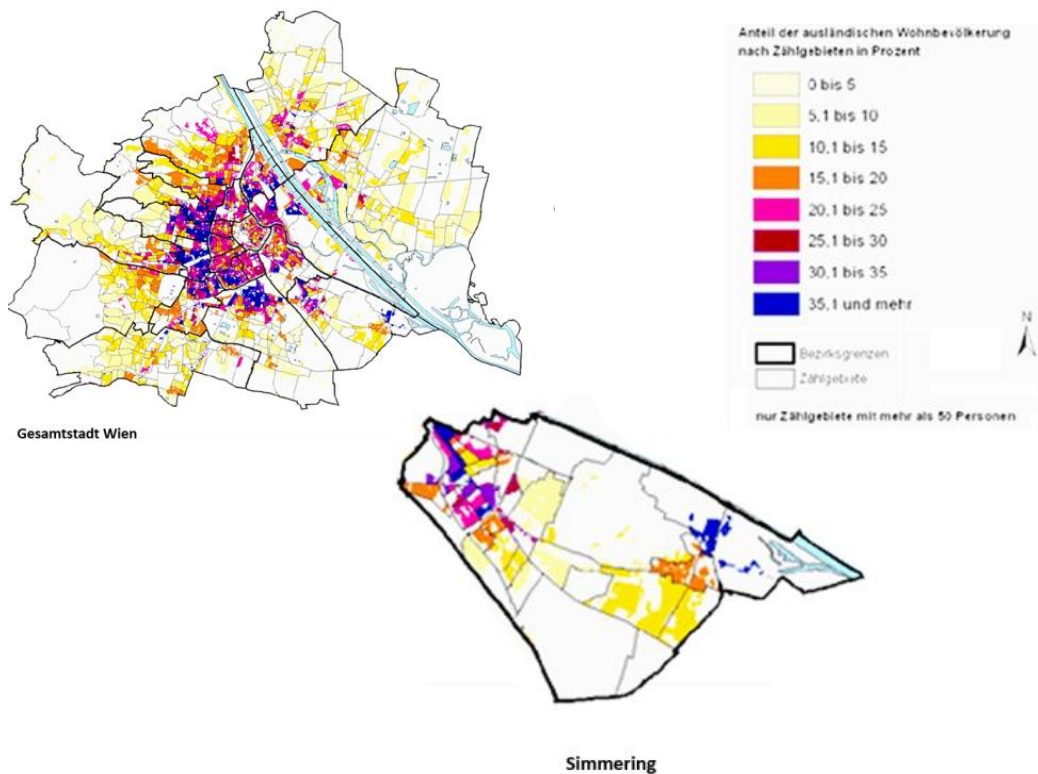


Abbildung 82: Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in % 2010, Wien | Simmering

Das Durchschnittsalter der Wiener Bevölkerung liegt 2012 bei 40,6 Jahren. In Bezug auf die räumliche Verteilung von älteren Menschen über 60 Jahren in Wien, zeigt eine weitere thematische Karte der MA 18 aus dem Jahr 2010 ein gegenteiliges Bild zu den Karten zur räumlichen Verteilung der Arbeitslosigkeit und der Baustruktur: Hohe Anteile von über 60 jährigen finden sich vor allem in der hochpreisigen Inneren Stadt und in den Einfamilienhausgebieten am Stadtrand. (vgl. [www.wien.gv.at/karten/sozialraum](http://www.wien.gv.at/karten/sozialraum) 2010)

Die Anzahl der „Ein-Eltern-Familien mit erhaltenen Kindern unter 27 Jahren“ beträgt im 2011 43.100. Bei rund 87,5% dieser Familien leben die Kinder bei ihren Müttern. Diese Zahlen sind nur auf Landesebene verfügbar. Nähere Informationen zur räumlichen Verteilung dieser Familien in der Gesamtstadt oder zu deren Bildungsstand oder Einkommen liegen nicht vor. (vgl. Statistik Austria 2012a)

Im Hinblick auf den Bildungsstand verfügen im Jahr 2009 22,0% der Wiener Bevölkerung über einen akademischen Abschluss, 18,0% über die Matura, 37,3% über eine Lehre oder einen mittleren Bildungsabschluss und 22,7% über einen Pflichtschulabschluss. Eine thematische Karte MA 18 aus dem Jahr 2001 zeigt, dass die Bezirke innerhalb des Gürtels, sowie die Gebiete mit vielen Einfamilienhäusern und Cottages am Rande des Wiener Walds über hohe Akademikerquoten verfügen. Stadtgebiete mit niedrigen Akademikerquoten liegen vorwiegend außerhalb des Gürtels, im Süden Wiens und jenseits der Donau. (vgl. [www.wien.gv.at/karten/sozialraum](http://www.wien.gv.at/karten/sozialraum) 2010)

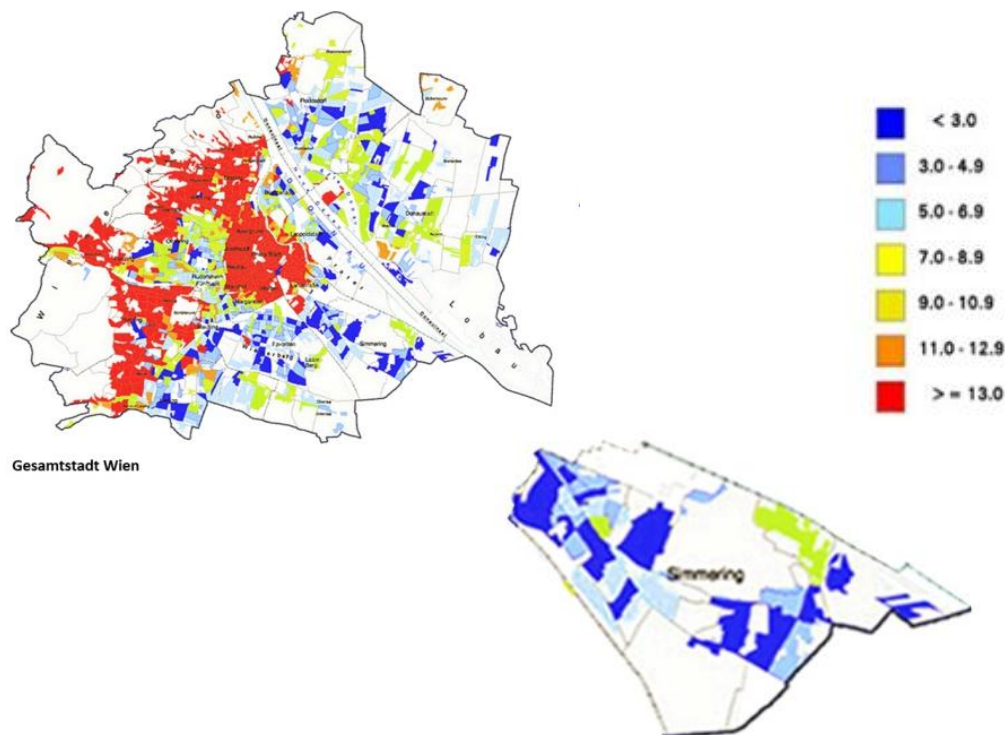


Abbildung 83: Akademikerquote in %, Volkszählung 2001, Wien | Simmering

### Lokale Ebene: Wien XI. Simmering

Auch der Bezirk Simmering wächst: Seit 2001 ist der 11. Wiener Bezirk von 76.899 Einwohnern um ca.16% auf 91.606 Einwohner im Jahr 2012 angewachsen. Dieses Bevölkerungswachstum ergibt sich in erster Linie durch ein positives Wanderungssaldo von +13.951 Einwohnern, wie auch durch eine positive natürliche Bevölkerungsentwicklung von + 1.702 Einwohnern. Im selben Zeitraum wächst die Gesamtstadt Wien im Hinblick auf die Wohnbevölkerung lediglich um 4%. (vgl. MA 23 2012b: 296; Statistik Austria 2001b: 9)

Simmering ist ein relativ „junger“ Bezirk: Der Anteil der unter 25jährigen liegt mit rund 29 % drei Prozentpunkte über dem Wiener Durchschnitt. Auch das Durchschnittsalter der Simmeringer liegt mit 38,6% fast 2,5 Jahre unter dem Wiener Mittelwert.

Simmering ist ein Familienbezirk: 2007 leben in Simmering in rund 54% aller Haushalte Familien. In rund 25% aller Haushalte trifft man sogar noch traditionelle Kernfamilien mit ein oder zwei Kindern an. Single-Haushalte sind, mit einem Anteil von 40% im Vergleich zum Wiener Durchschnitt von 45%, in Simmering unterrepräsentiert. Sie konzentrieren sich vorwiegend in den zentralen Zählbezirken im Bereich der Simmeringer Hauptstraße, während Familienhaushalte insbesondere in dem südlichen Zählbezirk „Leberberg“ vertreten sind. (vgl. Kalmár et al. 2008: 14-19)

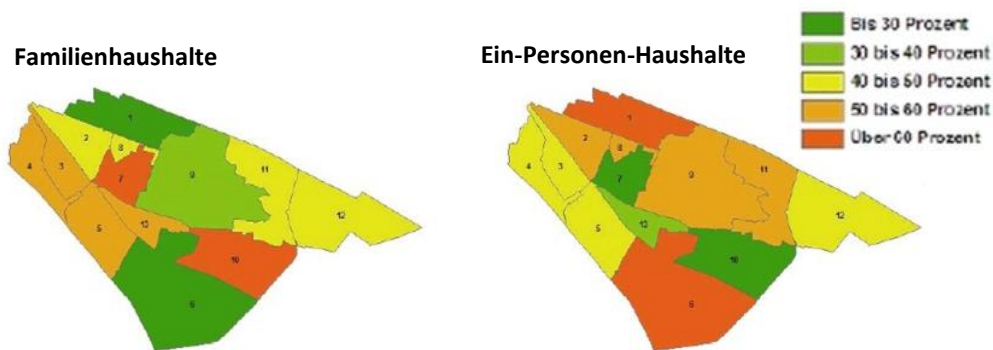


Abbildung 84: Anteil an Haushaltsformen in Simmering nach Zählbezirken, 2007

Im Hinblick auf den Ausländeranteil liegt Simmering 2012 mit einem Anteil von 20,4% sogar noch unter dem Wiener Durchschnittswert von 21,5%. Eine kleinräumigere Untersuchung aus dem Jahr 2010 auf Basis der neuen Stadtgebietstypen der MA 18 zeigt jedoch eine sehr ungleichmäßige Verteilung von Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft im Bezirksgebiet: Vor allem „Gründerzeitgebiete mit Basis-Wohnungsqualität“ und die „Neubaugebiete bis 1960“ entlang der Simmeringer Hauptstraße sowie das Stadtgebiet im Bereich des bereits erwähnten Flüchtlingsdorfs „Macondo“ weisen Ausländeranteile von über 30% auf. „Neubaugebiete ab 1960“ in den Zählbezirken „Obere Simmeringer Haide“, „Simmeringer Haide“ und „Hasenleiten“ verfügen lediglich über Ausländeranteile zwischen 5-10%. (vgl. [www.wien.gv.at/karten/sozialraum](http://www.wien.gv.at/karten/sozialraum) 2010)

Betrachtet man den Bildungsstand der Wohnbevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahre, so verfügen 2009 in Simmering 27,4% der über einen Pflichtschulabschluss, 47,9% über einen mittleren Schulabschluss und eine Lehre, 14,3% über einen Maturaabschluss und 10,4% über eine abgeschlossene akademische Ausbildung. Im Vergleich zum durchschnittlichen Wiener Bildungsniveau 2008 dominieren in Simmering niedere Schulabschlüsse, während insbesondere der Anteil an Einwohnern mit akademischer Ausbildung weit hinter dem Wiener Durchschnitt zurückbleibt. (vgl. MA 23 2012b: 296)

---

#### 7.1.4 Symbolische Dimension

Zur Untersuchung des gängigen „Images“ und Meinungsbilds zur Gesamtstadt Wien und dem Bezirk Simmering, werden sowohl Werbekampagnen der Stadt, als auch Aussagen unter der Rubrik „Wiener Wohngegenden“ des lokalen Internetportals zu [www.yelp.at](http://www.yelp.at) betrachtet.

##### **Gesamtstädtische Ebene : Wien**

Die Stadt Wien wirbt für sich nicht nur als „Kulturmekka und Walzerstadt“, sondern auch mit vielfältigen Auszeichnungen in internationalen Rankings wie der „Stadt mit der Lebensqualität Nr.1“, der „Kongressstadt Nr. 1“, „Wirtschaftliche Ost-West-Drehscheibe“, „Fünftbeste Studentenstadt weltweit“. (vgl. [www.wien.gv.at/politik/international](http://www.wien.gv.at/politik/international))

Reiseanbieter betonen vor allem die kaiserlichen Bauwerke, die prächtigen Straßenzüge der Gründerzeit in den inneren Bezirken, die Kaffeehauskultur sowie das vielfältige Konzert- und Kulturangebot. (vgl. [www.tui.com/wien](http://www.tui.com/wien))

Im lokalen Internetportal [www.yelp.at](http://www.yelp.at) werden die Wiener Gemeindebezirke unter der Rubrik „Wiener Wohngegenden“, als Orientierungshilfe für Zuzugsinteressierte, von WienerInnen bewertet. Die höchsten Bewertungen mit durchschnittlich fünf von fünf Sternen erhalten die Bezirke 6., 7. und 8.; die niedrigsten Bewertungen mit 2,5 von fünf Sternen die Bezirke 10. und 21. Der Bezirk Simmering liegt mit 3,5 Sternen im Mittelfeld. (vgl. [www.yelp.at/wiener-wohngewenden-wien](http://www.yelp.at/wiener-wohngewenden-wien))

##### **Lokale Ebene: Wien XI. Simmering**



Abbildung 85: Panorama Simmering

Im lokalen Internetportal [www.yelp.at](http://www.yelp.at) werden, unter der Rubrik „Wiener Wohngegenden“, in Bezug auf den Bezirk Simmering u.a. folgende Aussagen getätigt ([www.yelp.at/11-wiener-gemeindebezirk-wien](http://www.yelp.at/11-wiener-gemeindebezirk-wien)):

**Katharina:** „Hier gibt es eigentlich fast gar nichts, das einen urbanen Menschen, der viel unterwegs ist, wohnlich reizen könnte. Ein paar große Wohnsiedlungen (etwa den relativ neuen "Leberberg"- eine ziemlich hässliche Gemeindebausiedlung) und billige Preise. Schöne Altbauten gibt es fast gar keine“.

**Melissa:** „Ich finde es traurig, wie die meisten Menschen über Simmering denken, dabei haben sie keine Ahnung, waren vielleicht einmal da, und haben Vorurteile. Ich dachte wir sind aus dieser Zeit heraus, wo die

*Arbeiterbezirke schlecht waren und die Schikaria damit nichts zu tun haben will.*

*Ich sage nur, ich lebe seit 18 Jahren in Wien Simmering und verdammt noch mal in liebe meinen Bezirk. Aber das kann man nur verstehen, wenn man aus Simmering kommt, glaube ich. [...] Ich brauche 10 Minuten in die Innenstadt, egal ob mit S-Bahn, Straßenbahn, U-Bahn oder mit dem Auto. Ich habe absolut jedes Lebensmittelgeschäft welche es in Wien gibt in der Nähe, alles innerhalb von 5 Minuten zu Fuß erreichbar[...]Und für Leute die sagen hier gibt es gar nichts, die sollten vielleicht man her kommen und sich alles anschauen bevor sie Vorurteile bilden!*

**Stefanie:** *„Ich finde Simmering teilweise, wie viele Außerbezirkstadtteile einfach gruslig. Gegenden in denen die Supermärkte und andere Dienstleistungen in Häusern, die nur aus einem Erdgeschoß bestehen befinden, machen mich irgendwie beklommen. Die Vorstellung, dass die Menschen die in Kaiserebersdorf wohnen, der Überzeugung sind, sie würden in derselben Stadt wie ich wohnen, finde ich faszinierend.*

Diese Feststellung spiegelt sich auch in folgender Aussage der Vorsitzenden des Geschäftstraßenvereins, Thekla Hochmayer, zum Einkaufsverhalten der Simmeringer wider: *„Naja ich sag Ihnen eins: Es gibt 3 Gruppen Simmeringer, das sind "die Simmeringer", da gehör ich dazu, dann gibts die "zugezogenen Simmeringer" aus anderen Bezirken, die sich nicht sehr wohl da fühlen und dann auch nicht in den alten Geschäften einkaufen, und dann gibt es die "Neu-Simmeringer" und für diese Neu-Simmeringer gibt es jetzt auch eigene Geschäfte jetzt bei uns.“ (Hochmayer: Interview am 23.02.2012)*

Jürgen Neuhuber, Mitarbeiter des wohnpartner-Teams 3./4./11., beschreibt den Bezirk Simmering wie folgt:

*„ Simmering ist ein Bezirk der einer enormen Veränderung unterliegt. Ein Wachstumsbezirk. Wenn ich durch Simmering gehe, sehe ich immer einen neuen Wohnbau. Dementsprechend auch die Aufmerksamkeit enorm, sei es von den Medien oder die Bilder die daraus entstehen. Dies sind Konsequenzen, weil sich einfach der Bezirk verändert.[...] Am Leberberg standen z.B. bis 1993 vielleicht 3-4 Bauten, mittlerweile ist es ein Stadtteil mit ca. 15.000 Einwohnern. [...] In Simmering besteht generell das Problem, dass die soziale Infrastruktur immer erst nachwächst. Also zuerst kommen die Leute, die ziehen da ein, die wohnen in den Genossenschaftsbauten und dann kommt man dann irgendwie drauf, da braucht man vielleicht das noch und dann das noch und von daher kann ich sehr gut nachvollziehen, dass die Bedürfnisse z.B. dem Ausbau nach öffentlichem Nahverkehr oder nach öffentlichen Freiflächen ziemlich groß ist. [...]*

*Gerade in Inner-Simmering ist ziemlich zugebaut, da gibt es wenig(Freiflächen) und da werden an uns auch immer Anfragen herangetragen: Warum kann man das nicht machen, warum kann man das nicht machen.. Simmering ist ein Bezirk der sich enorm verändert und ist dadurch auch ein enorm spannender Bezirk[...] Den Ruf des Arbeiterbezirks am Rande der Stadt, sehe ich gar nicht mehr so, weil man z.B. in der Zippererstr. an der U3 aussteigt ist da in den letzten 1-2 Jahren zu beobachten, dass da plötzlich viele junge Studierende sind. Das gab es vor ein paar Jahren noch gar nicht. [...]*

*Simmering ist auch ein politisch umkämpfter Bezirk. Daher werden viele Dinge auch aufgebauscht. [...] Aber ja, man hat ein Bild wenn man an Simmering denkt, genauso wenn man Favoriten denkt, aber wenn man reinschaut, ist es auf keinen Fall schlimm oder sodass die Gemeindebauten brennen, oder der rassistische Mob durch die Straßen zieht. Auf gar keinen Fall!“ (Interview Neuhuber 2012)*

---

### 7.1.5 Politisch-administrativer Steuerungsrahmen

*Die Analyse des politisch-administrativen Steuerungsrahmens in Wien | Simmering erfolgt über Darstellungen der Stadt Wien selbst, (kritische) Fachliteratur wie z.B. die Veröffentlichung „Wer baut Wien?“ von Reinhard Seiß und über Informationen aus den Experteninterviews.*

*Im Zusammenhang mit dieser Recherche fällt auf, dass die Organisation der Stadt Wien sehr komplex und die Verflechtungen der einzelnen Magistratsabteilungen und Prozessabläufe von außen sehr kompliziert zu durchschauen ist. Erschwerend kommt hinzu, dass z.B. ein vollständiges Organigramm nur über Mitarbeiter des Magistrats und nicht öffentlich im Internet verfügbar ist.*

#### **Gesamtstädtische Ebene : Wien**

In Österreich sind die Kompetenzen zur Gesetzgebung und zum Vollzug für den Bereich Raumplanung weitgehend zwischen Ländern und Kommunen aufgeteilt. Es existiert kein übergeordnetes, verbindliches Regelwerk auf Bundesebene. Die Länder erarbeiten unabhängig voneinander ihre eigenen Gesetze und Sachprogramme, diese sind für die nachfolgenden Planungen der Kommunen verbindlich. Die Stadt Wien ist sowohl die Hauptstadt von Österreich, ein Bundesland, als auch eine Kommune in der mit dem besonderen Status einer „Statuarstadt“. (vgl. Dangschat & Hamedinger 2009: 100)

Die Wiener Stadtbezirke besitzen, gemäß Wiener Stadtverfassung, Aufgabenbereiche mit vollem Entscheidungsrecht wie z.B. die Erhaltungsarbeiten von Kindergärten und Schulen, die außerschulische Kinder- und Jugendbetreuung, die Erhaltungsarbeiten von öffentlichen Räumen, Grünanlagen, Spielplätzen und Straßenmöbelierung inkl. deren Gestaltung, die Führung von Pensionistenklubs, Musik- und Kulturangebote oder die Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf Bezirksangelegenheiten. Diese Aufgabenbereiche der Stadtbezirke sind durchaus auch relevant im Hinblick sozialraumorientierte Steuerungsstrategien zur Verringerung von Benachteiligungsphänomenen.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben werden den Bezirken aus dem Zentralbudget der Stadt Finanzmittel für den Sachaufwand, jedoch nicht für die notwendigen Personalkosten, bereitgestellt. Im Jahr 2012 sind dies insgesamt rund 188.729.400 € bzw. 1,54 % des Gesamtbudgets der Stadt Wien. (vgl. [www.wien.gv.at/entscheidungsrecht](http://www.wien.gv.at/entscheidungsrecht) 2013)

Aufgrund dieser Konstellation verfügen die Wiener Stadtbezirke über weitaus geringere Einflussmöglichkeiten als normalen Gemeinden.

Im Bereich der Raum- und Stadtplanung führt dies in Wien zu einer hohen Konzentration der Gesetzgebungs-, Kontroll- und Vollzugsinstanzen auf gesamtstädtischer Ebene, mit allen daraus resultierenden Vor- und Nachteilen: „Mit Ausnahme der Zeit zwischen 1934



und 1945 ist die SPÖ in Wien seit 1919 an der Macht, sodass es mittlerweile schwer fällt, die Belange der Partei von den Belangen des Rathauses zu unterscheiden [...] und so vergibt das Rathaus kommunale Mittel, Privilegien und Rechte an Firmen und Personen, von denen man den Eindruck hat, dass sie sich dafür wiederum bei der Partei oder ihren Vertretern erkenntlich zeigen“ kritisiert der ehemalige Vorsitzende des Kontrollausschusses des Wiener Gemeinderats Günter Kenesei von der oppositionellen ÖVP. Dieses Prinzip der „Freunderlwirtschaft“ ist jedoch nicht der einzige Kritikpunkt an dem „weit verzweigten und nur schwer durchschaubaren Netzwerk“, welches sich „die Wiener Sozialdemokraten in 75 Jahren kommunaler Vormachtstellung“ aufgebaut haben (Kenesei in Seiß 2007: 109):

Gerade im Bereich der Stadtplanung fallen viele Entscheidungen schwer nachvollziehbar und – bis auf Prüfungen des österreichischen Rechnungshofs - ohne demokratische Kontrollinstanzen. Zudem sind viele städtische Aufgabenbereiche als externe halb-öffentliche Unternehmen oder Fonds ausgelagert, die sich so weitgehend öffentlichen Vergabekriterien sowie Weisungsrechten des Gemeinderats und Kontrollinstanzen des Rechnungshofs entziehen können. (vgl. Seiß 2007: 109-113)



Abbildung 86: Finanzschulden der Gemeinden in Österreich zum Stand 2010

Die finanzielle Lage der Stadt Wien war über einen langen Zeitraum relativ stabil. Seit der aktuellen Finanzkrise im Jahr 2008 sind die Schulden der Stadt jedoch von 1,748 Mrd. € auf 4,843 Mrd. € im Jahr 2011 gestiegen. (vgl. Statistik Austria 2012c)

Dennoch, oder gerade deshalb, investiert die Stadt im Jahr 2013 in den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, in den Gesundheitsbereich und in Wohnbauinitiativen. Um das vereinbarte Null-Defizit bis 2016 zu halten, sind jedoch viele andere Geschäftsbereiche der Stadt mit der Streichung von Geldern konfrontiert. (vgl. Brauner 2012: III)



---

Die wichtigsten Organe des politisch- administrativen Systems der Gesamtstadt bzw. des Landes Wien sind (vgl. Stadt Wien: 9-16):

- **der Wiener Gemeinderat / Wiener Landtag** (100 Mitglieder, auf fünf Jahre gewählt) mit eigenen Kommissionen und Gemeinderatsausschüssen.  
Hauptaufgaben: Beschlussfassung des Gemeindevoranschlags (Budgets) und Rechnungsabschluss der Gemeinde  
Sitzverteilung seit 2010 (Rot-grüne Koalition): SPÖ 7, FPÖ 3, ÖVP 1, Die Grünen 1,
- **der Wiener Stadtsenat/ Landesregierung** (Bürgermeister, acht amtsführende Stadträte = Geschäftsgruppenleiter und vier Stadträte „ohne Geschäftsbereich“)  
Hauptaufgaben: Vorberatung für Gemeinderatsbeschlüsse  
Die Zusammensetzung des Stadtsenats erfolgt an dem politischen Proporz im Gemeinderat: SPÖ 49, FPÖ 27, ÖVP 12, Die Grünen 11
- **der Bürgermeister / Landeshauptmann** (auf fünf Jahre gewählt), welcher das Weisungsrecht über den Magistrat innehat
- **der Magistrat** als Gemeindeamt der Stadt Wien, Bezirksverwaltungsbehörde des Verwaltungsbezirkes Wien sowie als Amt der Wiener Landesregierung.  
Das Magistrat untergliedert sich derzeit in
  - die **Magistratsdirektion**, als übergeordnete Koordinationsstelle
  - das **Kontrollamt**, welches dem Rechnungshof der Stadt Wien entspricht und die wirtschaftliche Verwendung von Finanzmitteln überprüft.
  - **19 magistratische Bezirksämter**, als lokale Bürgerämter in den Bezirken
  - **61 Magistratsabteilungen**, die innerhalb nochmals in Abteilungen und Unternehmungen, wie z.B. Stadt Wien - Wiener Wohnen und Wien Kanal, organisiert sind. Die Magistratsabteilungen sind je einer der acht Geschäftsgruppen zugeordnet.

Auffallend an der Organisation der Geschäftsgruppen und Magistratsabteilungen ist die Trennung der planungsrelevanten Geschäftsgruppen „Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung“ und der Geschäftsgruppe „Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung“.

Zudem verfügt die Stadt Wien über verschiedene Fonds und Unternehmungen, die Aufgabenbereiche der Stadt übernehmen, jedoch durch eigene Geschäftsordnungen und Satzungen nicht unmittelbar vom Gemeinderat beeinflussbar sind. In Bezug auf eine sozialraumorientierte Stadterneuerungspraxis sind vor allem der Wohnfonds Wien – Fonds für Wohnbau und Stadterneuerung, die Wirtschaftsagentur Wien, der Wiener ArbeitnehmerInnen –Förderungsfonds (WAFF), der Fonds Soziales Wien sowie die Unternehmungen Wiener Wohnservice inklusive wohnpartner –Nachbarschaftsservice im Gemeindebau relevant. ([www.wien.gv.at/fonds](http://www.wien.gv.at/fonds))

Aufgabenbereiche wie z.B. Gebietsbetreuungen oder Jugend- und Parkbetreuungen werden an externe Beauftragte vergeben.(vgl. Interviews Breitfuss ; Nollinger 2012)

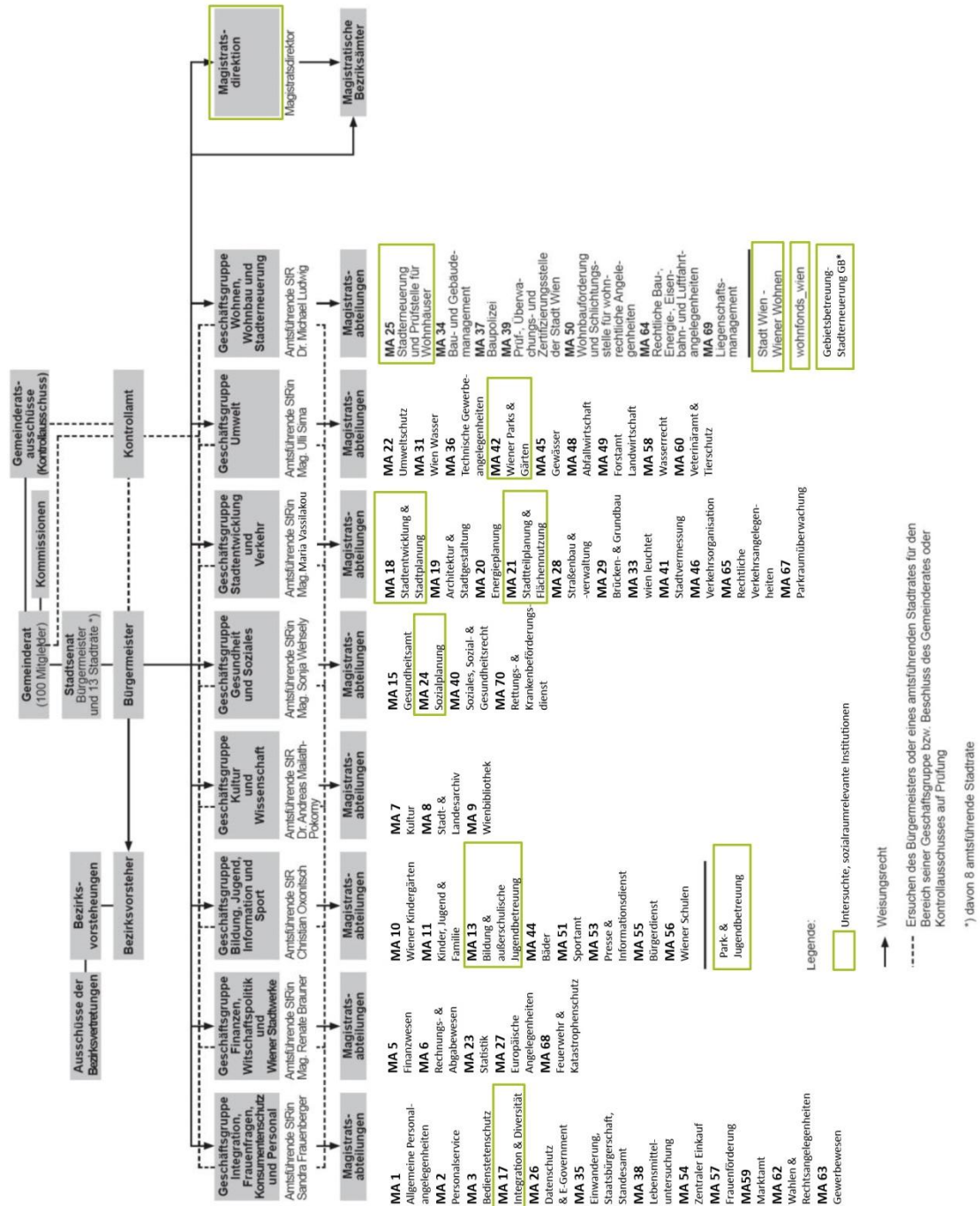


Abbildung 87: Organisation der Stadt Wien 2011

## Lokale Ebene: Wien XI. Simmering

Die 23 Wiener Gemeindebezirke besitzen keinen eigenständigen Status einer Gemeinde, sondern bilden einen dezentralen Bestandteil des politisch-administrativen Systems der Stadt Wien. Die 40 – 60 Mitglieder der Bezirksvertretungen werden direkt gewählt. Sie haben jedoch keine direkten Einflussmöglichkeiten und Aufsichtsrechte auf die Entscheidungen des Gemeinderats und des Bürgermeisters, sondern lediglich Rechte auf

- **Eigenzuständigkeit** im Hinblick auf bezirksorientierte Handlungsfelder sowie deren Budgethoheit
- Mitwirkungsrechte z.B. bei der Erstellung von Bezirksentwicklungskonzepten, Maßnahmen der Stadterneuerung, Angelegenheiten der Stadtgestaltung, im Bereich der Infrastrukturen für Kultur, Sport, Bildung und Betreuung
- Anhörungsrechte z.B. bei Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes.
- Informationsrechte im Sinne einer frühzeitigen Benachrichtigung zu bezirksbezogene Vorhaben und Planungen der einzelnen städtischen Magistratsabteilungen über den Bezirksvorsteher als zentralen Ansprechpartner.

(vgl. [www.wien.gv.at/bezirke/dezentralisierung/](http://www.wien.gv.at/bezirke/dezentralisierung/))

## Organisation der Zusammenarbeit zwischen dem MAGISTRAT der Stadt Wien und den Bezirken

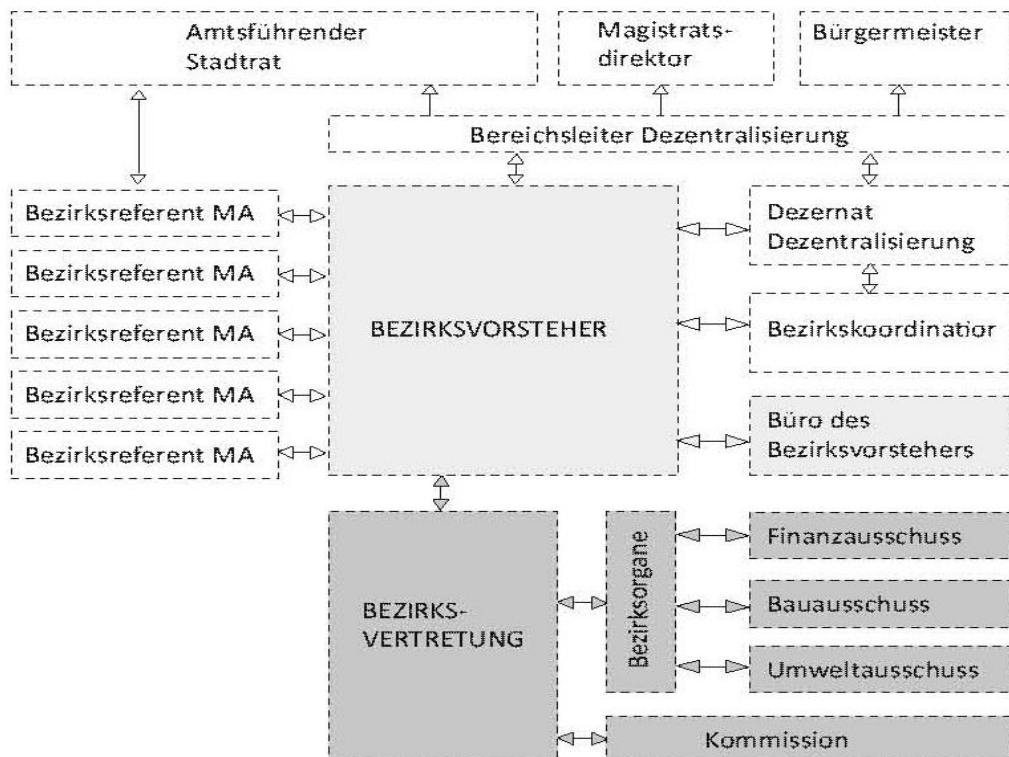


Abbildung 88: Organisation Magistrat – Bezirke in Wien

Die Bezirke verfügen über keine eigenen Abteilungen für Planung oder Statistik, sondern können bei den einzelnen Magistratsabteilungen Leistungen im Rahmen eines zugewiesenen Budgets abrufen. Zwar können die Bezirke bei Planungsvorhaben mitentscheiden, die Entwürfe und Konzepte liefern hierfür jedoch die städtischen Magistratsbeamten. Auch in Bezug auf empirische Erhebungen oder statistische Datenbanken sind die Bezirke meist auf Analysen der Magistratsabteilungen angewiesen, da die Beauftragung von eigenen Erhebungen nicht im Bezirksbudget vorgesehen ist. (vgl. Interview Breitfuss 2012)

Als traditioneller Arbeiterbezirk stellt die SPÖ seit jeher die Bezirksvertretung und den Bezirksvorsteher im Bezirk Simmering. Bei den Wahlen 1996 und 2010 erhält die rechtspopulistische FPÖ jedoch erdrutschartige Zuwächse bei den Wählerstimmen von rund 10 % und erzielt Stimmenanteile von über 30%. (vgl. [www.wien.gv.at/politik/wahlen/](http://www.wien.gv.at/politik/wahlen/))

„Das ist die ehemalige SPÖ-Stammwählerschaft, die frustriert ist und sich von ihrer Partei alleingelassen fühlt, weil sie mit den Veränderungen, die im Moment passieren, nicht zurecht kommt“, erklärt die Projektleiterin der GB\*11 Andrea Breitfuss dieses Wechselwählerverhalten, „Im täglichen Umgang würd ich mal sagen gibts nicht mehr Probleme als anderswo, es ist ein friedlicher integrierter Bezirk. In der politischen Diskussion, ist das was ganz anderes. Denn nach dem das die ehemaligen SPÖ-Stammwähler sind haben die zum Teil sehr direkten Kontakt zur Politik. Und diesen direkten Kontakt nutzen sie auch, [...], so dass die Politik den Eindruck hat, das ist ein Riesenproblem weil es Teile der ehemaligen Kernwählerschaft betrifft. Jetzt ist das für die ganz schwierig, das sind ja keine Leute die hier im Bezirk in der Politik sind, die jetzt irgendwie rassistisch sind, aber die stehen jetzt quasi in dieser Zwickmühle, wie sie das Problem selber wahrnehmen und wie es von unzufriedenen ehemaligen Wählern an sie herangetragen wird.“ (Interview Breitfuss 2012)

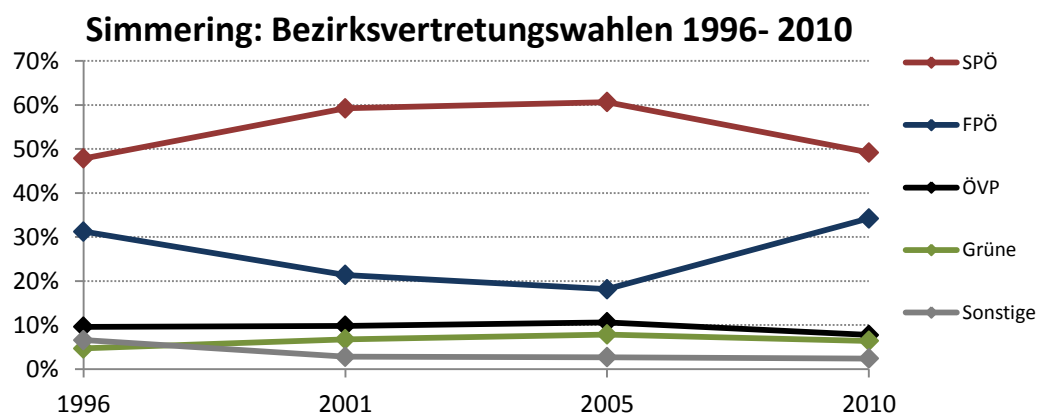


Abbildung 89: Simmering: Bezirksvertretungswahlen 1996-2010

---

## 7.2 Einblick: Sozialraumorientierte Steuerungsstrategien in Wien | Simmering

Der vorangegangene Überblick verdeutlicht: Die durchschnittliche Lebensqualität in Wien rangiert auf einem sehr hohen Niveau. Aber auch in Wien gibt es teilweise große Unterschiede zwischen den Stadtgebieten und Personengruppen, die aufgrund dieser sozialräumlichen Gegebenheiten benachteiligt werden.

Der ausgewählte Bezirk Simmering ist in keinem Fall als sozialer Brennpunkt zu bewerten. Im Vergleich zum Wiener Maßstab, den gründerzeitlich geprägten Innenstadtbezirken, kann der eher kleinbürgerlich geprägte 11. Wiener Gemeindebezirk, in Bezug auf Stadtgestaltung und Infrastrukturangebote, jedoch relativ schwer mithalten.

Bei näherer, kleinräumiger Betrachtung, zeigen sich aber auch in Simmering einzelne Bereiche, in denen sich benachteiligte Personengruppen konzentrieren.

Dass der Anteil dieser Personen noch kein extremeres Ausmaß wie in Berlin oder anderen europäischen Großstädten angenommen hat, liegt u.a. an der langjährigen Sozial- und Wohnbaupolitik sowie der bislang guten finanziellen Haushaltslage der Stadt Wien.

In Wien existiert jedoch derzeit kein Programm oder Dokument, welches die Vielzahl an laufenden (Pilot-)Projekten und beteiligten Institutionen in Form einer übergreifenden Gesamtstrategie in Bezug auf eine integrierte Stadterneuerung oder die Verringerung von Benachteiligungsphänomenen, zusammenfasst.

Daher werden in nachfolgenden Kapiteln die folgenden sozialraumrelevanten Institutionen und Steuerungsansätze dargestellt und deren Zusammenwirken aus strategischer Sicht analysiert:

- *[Wohn-]Raumbezogene Steuerungsansätze:*
  - Zielgebiete der Stadtentwicklung,
  - Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld
  - Klassische, objektbezogene Sanierungsförderung
  - Wiener Gemeindebauten,
  - Österreichisches Mietrechtsgesetz (MRG),
  - Subjektive Wohnkostenzuschüsse: Wohnbeihilfe
- *Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze:*
  - WKO Einkaufsstraßenmanagement,
  - "Lebendige Geschäftsstraßen",
  - Wiener Ausbildungsgarantie, „space-lab“
- *Steuerungsansätze im sozialen Bereich*
  - Gebietsbetreuung Stadterneuerung (GB\*)
  - wohnpartner – Nachbarschaftsservice in Gemeindebauten
  - MA 17 – Integration und Diversität
  - Park- und Jugendbetreuung / FAIR-PLAY-TEAM

## 7.2.1 (Wohn-)Raumbezogene Steuerungsansätze

„Wien ist anders“. Auch in Bezug auf den Wohnungsmarkt und Stadterneuerung:

Rund 75% der 846.000 Hauptsitzwohnungen in Wien im Jahr 2010 sind Mietwohnungen. Trotz tendenziell steigender Mietpreise in den vergangenen Jahren, verfügt die Stadt Wien, im Vergleich mit anderen europäischen Großstädten, nach wie vor über einen großen Anteil an Wohnungen mit einem ein relativ moderaten Mietzinsniveau. Dies hat u.a. folgende Gründe (vgl. Noszek in Rotter 2011; Statistik Austria in Tockner 2012: 9) :

- Anreizförderung zur Sanierung von Wohnungen und Gebäuden
- Mietrechtliche Steuerungsmöglichkeiten für Gebäude und Wohnungen (insbesondere Altbauten) sowie Eintrittsrechte für Familienangehörige in bestehende (günstige) Mietverträge
- Ein relativ großer Bestand von rund 220.000 sozialen Gemeindewohnungen (30% des gesamten Wohnungsbestands)
- Ein relativ großer Bestand von rund 180.000 geförderten Wohnungen (25% des gesamten Wohnungsbestands)

### 7.2.1.1 Strategische Stadterneuerung: Zielgebiete der Stadtentwicklung

*Beobachtungen bei der Recherche: Informationen zu den Zielgebieten der Stadterneuerung finden sich im Stadtentwicklungsplan STEP 05, in dessen Fortschreibungsbericht aus dem Jahr 2010, sowie auf den Webseiten der MA 18 auf der offiziellen Homepage der Stadt Wien.*

#### **Strategische Steuerungsebene Wien**

„Zielgebiete der Stadtentwicklung“ markieren Schwerpunktbereiche für Strategien und Maßnahmen in Gebieten, im Hinblick auf gesellschaftliche, bauliche oder wirtschaftliche Potenziale, aber auch Problemlagen, die eine erhöhte Aufmerksamkeit benötigen. Sie werden von der MA 18- Stadtentwicklung und Stadtplanung festgelegt.

Die „Zielgebiete der Stadtentwicklung“ in Wien lassen sich, aus siedlungsstruktureller Sicht, nach drei Gruppen unterscheiden:

- Zielgebiete „der Modernisierung des Bestandes und der Einfügung neuer Elemente ins gewachsene stadtstrukturelle und institutionelle Umfeld
- Zielgebiete zur „Entwicklung und Errichtung neuer Stadtteile“
- Zielgebiet zur „Verbesserung der gewachsenen Strukturen und der Innenentwicklung“

Für die Umsetzung der Zielgebietsprogramme sind eine ressortübergreifende Zusammenarbeit sowie eine begleitendes Monitoring über einen festgelegten Zeitraum der Umsetzung vorgesehen.

Zudem sollen die Planungen folgenden Grundprinzipien folgen:

- Integrative Planungsschritte
- Nachhaltigkeit
- Diversitätspolitik
- Gendermainstreaming
- Partizipative Planungsverfahren
- Einhaltung der Ziele des Wiener Klimaschutzprogramms

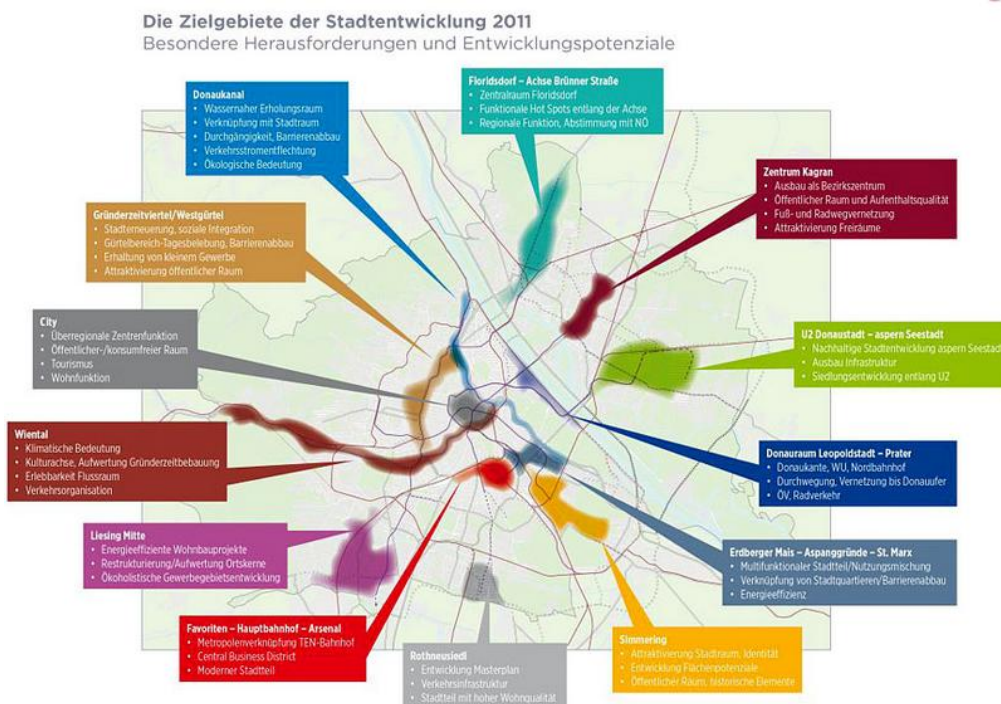


Abbildung 90: Zielgebiete der Stadtentwicklung 2011, Wien

Die derzeit 13 Zielgebiete in Wien sind Teil des aktuellen Stadtentwicklungsplans 2005 (STEP 05). Diese werden im September 2011 nachevaluiert und teilweise zusammengefasst, finalisiert oder, wie im Fall der Zielgebiete „Zentralraum Simmering“ und „Zentrum Kagran“, neu ausgewiesen. (vgl. Rotter 2011; [www.wien.gv.at/zielgebiete](http://www.wien.gv.at/zielgebiete) 2012)

### Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering

Bei der Evaluierung der „Zielgebiete Stadtentwicklung“ im Jahr 2010 wird das Zielgebiet „Simmering“ neu ausgewiesen. Hierbei sollen in einem dreijährigen Leitbildprozess die städtebaulichen Potenziale und Herausforderungen untersucht und Maßnahmen für die zukünftige Entwicklung im Bezirk erarbeitet werden.

Das Zielgebiet Simmering verläuft entlang der Simmeringer Hauptstraße von der A 23 – Südosttangente bis zum Schloss Neugebäude bzw. zum Wiener Zentralfriedhof und den angrenzenden Gebieten.



Abbildung 91: Zielgebiet Simmering

Im Zusammenhang mit der Zielgebietskoordination „Zentralraum Simmering“ werden, seit Beschluss des Zielgebiets im Jahr 2011, Projekte und Planungen im Wiener Gemeindebezirk neu angestoßen und gebündelt. Die Projektkoordination liegt in der Zuständigkeit der MA 21 – Planungsgruppe Süd.

(vgl. [www.wien.gv.at/zielgebiete/simmering](http://www.wien.gv.at/zielgebiete/simmering) 2012)

Die Zielsetzungen für das Zielgebiet „Zentralraum Simmering“ lauten:

- Erstellung eines umsetzungsorientierten Leitbildes
- Erstellung von Entwicklungsvorschlägen für Potenzialflächen
- Maßnahmen zu Verbesserungen im öffentlichen Raum insbesondere des Zentralbereiches Simmeringer Hauptstraße
- Maßnahmen zur Vernetzung und Lückenschluss von Grünräumen sowie Fuß- und Radwegen
- Inhaltliche und strategische Abstimmung mit dem Zielgebietsmanagement "Erdberger Mais - Aspanggründe - St. Marx"
- Einrichten eines Infopoints
- Initiierung beziehungsweise Begleitung von Widmungsverfahren für Teilbereiche
- Initiierung von Projekten (vgl. [www.wien.gv.at/zielgebiete/simmering](http://www.wien.gv.at/zielgebiete/simmering) 2012)

Für die Umsetzung der Zielgebietsprojekte werden jedoch keine zusätzlichen Sachmittel, sondern lediglich ein Budget für erweiterte Planungs- und Koordinationsleistungen zur Verfügung gestellt. Für die Finanzierung der Projekte sollen private Investitionen aktiviert und Mittel aus dem Regelbudget des Bezirk verwendet werden (vgl. Interview Pfleger 2012)

Im Zeitraum von Anfang September bis Mitte Oktober 2012 werden unter dem Motto „Gib deinen Senf dazu“ am Würstelwagen der Gebietsbetreuung an drei Standorten auf der Simmeringer Hauptstraße Bürgerdialoge initiiert. In rund 450 Gesprächen werden dabei die Potenziale und Defizite der Simmeringer Hauptstrasse mit den Passanten diskutiert. (vgl. [www.gbstern.at/projekte](http://www.gbstern.at/projekte))



### 7.2.1.2 Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld

Das Thema Freiflächenversorgung stellt im Bereich der Stadterneuerungsplanung einen wichtigen Handlungsbereich dar: Durch die dichte Bauweise und fehlenden privaten Freiräumen in den Gründerzeitgebieten sind die wenigen öffentliche Freiräume im Wohnumfeld in diesen Stadtgebieten häufig übernutzt. (vgl. Interview Berger 2012)

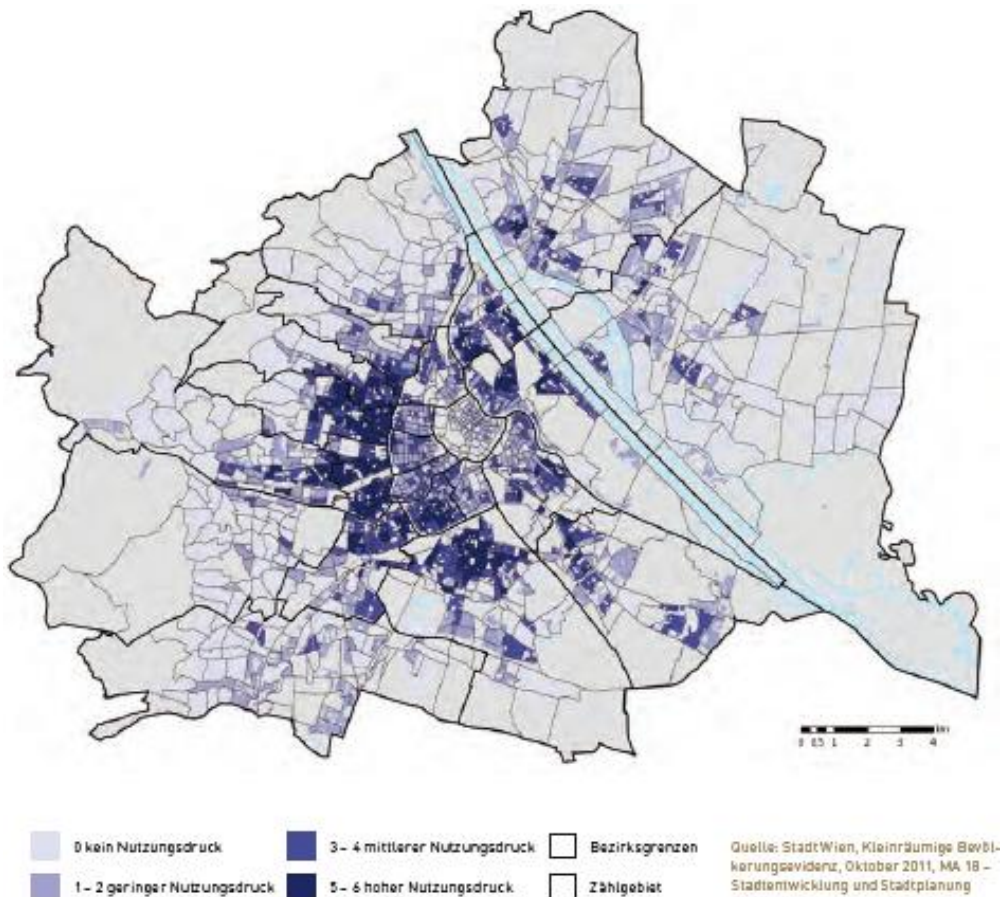


Abbildung 92: Potenzieller Nutzungsdruck auf den öffentlichen Raum, Wien 2011

### Strategische Steuerungsebene Wien

Die Gestaltung, Pflege und Organisation öffentlicher Räume (Straßen, Straßenreinigung und Beleuchtung, Kinderspielplätze und Grünanlagen, außerschulische Kinder- und Jugendbetreuung) liegen in Wien im Aufgabenbereich der Bezirke mit vollem Entscheidungsrecht. (vgl. [www.wien.gv.at/bezirke/dezentralisierung/](http://www.wien.gv.at/bezirke/dezentralisierung/))

Die Bezirke verfügen jedoch über keine eigenen Planungsabteilungen, sondern können Planungsleistungen im Rahmen ihres Budgets bei den einzelnen Magistratsabteilungen wie z.B. der MA 18 Stadtgestaltung und Stadtentwicklung oder der MA 42 Wiener Stadtgärten abrufen und mitentscheiden. (vgl. Interview Breiffuss 2012)

Zusätzlich zu diesen „Regelplanungen“ unterstützt das strategische Projekt „einfach-mehrfach“ die Zwischen- und Mehrfachnutzung von Flächen im Stadtgebiet als Bewegungs- und Freiraum, für Spiel und Sport, Kinder, Jugendliche und Kulturzwecke. Die Projektkoordination „Mehrfachnutzung“ berät Grundstückseigentümer und koordiniert die Prozesse zum Umbau, Finanzierung und Einbeziehung der Zielgruppen. ([www.wien.gv.at/mehrfachnutzung](http://www.wien.gv.at/mehrfachnutzung))

### Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering

Im Rahmen der Zielgebietskoordination im „Zentralraum Simmering“ gehören in Bezug auf Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld u.a. die Flächensicherung zur Grünraumvernetzung, der Ausbau des Fußgänger- und Radwegenetzes sowie die Gestaltung und Belebung der Simmeringer Hauptstraße. Hierzu soll mit verschiedenen Akteuren und unter Beteiligung der Bevölkerung ein Leitbild mit umsetzbaren Leitprojekten erarbeitet werden. Für die Aufwertung der Simmeringer Hauptstraße ist z.B. angedacht, identitätsstiftende Sitzmöbel und Pflanztröge aufzustellen, die von den Gewerbetreibenden betreut und mitfinanziert werden sollen. (vgl. Interview Pflieger 2012)

Die GB\* 3./11. unterstützt bauliche Maßnahmen im öffentlichen Raum durch Befragungen und Mitmach-Aktionen, um die Bedarfe der ansässigen Bevölkerung abzufragen und diese zu aktivieren. (vgl. [www.gbsterne.at/projekte](http://www.gbsterne.at/projekte))

Bereits 1998 wird ein bisher verwildertes Areal am Rand der Ostbahn in Simmering, im Zuge eines „einfach-mehrfach“-Projekts, als „Mädchengarten“ realisiert. Dieser Mädchengarten wird unter Beteiligung von Mädchen aus Simmering umgestaltet und wird heute von der Simmeringer Parkbetreuung Balu & Du verwaltet. (vgl. [www.maedchengarten.at](http://www.maedchengarten.at))

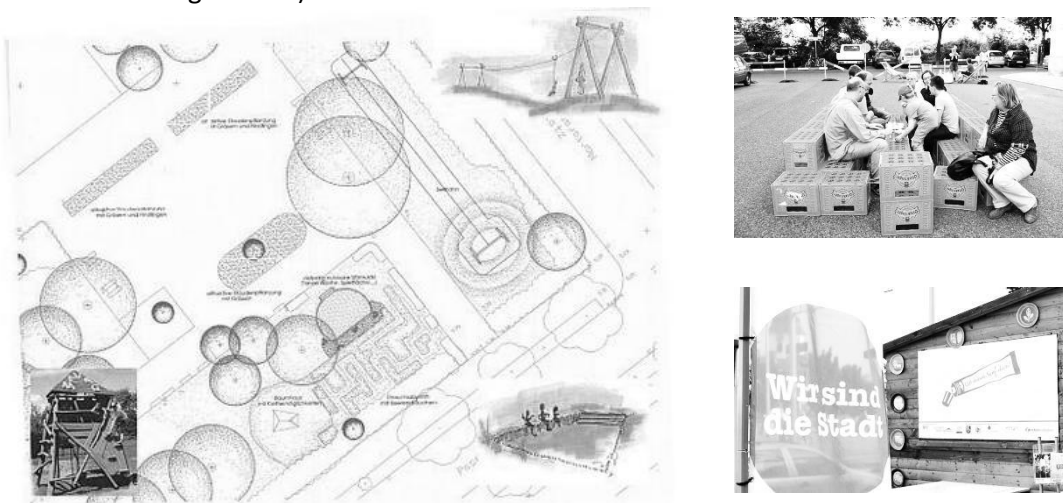


Abbildung 93: Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld in Simmering, Planung Mädchengarten, Beteiligungsaktionen im Blocksanierungsgebiet Schneiderviertel und in der Simmeringer Hauptstraße

---

### 7.2.1.3 Klassische, objektbezogene Sanierungsförderung

*Beobachtungen bei der Recherche: Ein Experteninterview wurde beim wohnfonds\_wien angefragt, aber leider aufgrund der zahlreichen Anfragen von Studenten aus Kapazitätsgründen abgelehnt. Die Hauptinformationsquellen bieten daher die offizielle Homepage des wohnfonds\_wien*

#### **Strategische Steuerungsebene Wien**

Die bauliche Sanierungsförderung liegt in Österreich im Kompetenzbereich der Länder.

Die rechtliche Grundlage in Wien bildet das Gesetz über die Förderung des Wohnungsneubaus und der Wohnhaussanierung sowie die Gewährung von Wohnbeihilfe (vormals: Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz – WWFSG 1989). Das Gesetz regelt entsprechend seiner aktuellen Bezeichnung, nicht nur Bestimmungen für Sanierungen, sondern gleichzeitig auch Förderungen für Neubauten und Wohnbeihilfe als individuelle Unterstützung für Personen mit geringem Einkommen.

Im Hinblick auf die Sanierungsförderung unterscheidet das Gesetz zwischen

- der Wohnhaussanierung von einzelnen Objekten im gesamten Stadtgebiet
- der liegenschaftsübergreifenden Blocksanierung in einem räumlich begrenzten Sanierungsgebiet. (vgl. www.wohnfonds-wien.at 2012)

Zur Verwaltung der Sanierung wird, im Zuge der Einführung des Wohnhaussanierungsgesetz (WSG) 1984, der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) gegründet und ein Vermögen von 29,07 Mio.EUR durch die Stadt Wien bereitgestellt. 2004 wird der Fonds in wohnfonds\_wien umbenannt (vgl. Kontrollamt Wien 2005: 1)

*Wohnhaussanierungen* beziehen sich in erster Linie auf Gebäude, deren Baubewilligung min. 20 Jahre zurück liegt und umfassen:

- Totalsanierung als finanziell günstigste Form: Abbruch/Neubau (TOS)
- Sockelsanierung aus sozialen Rücksichten auf die Bewohner bei min. 30% der Wohnungen in Kategorie C oder D (SOS)
- Einzelverbesserungsmaßnahmen, wie Aufzugseinbau oder Schallschutzfenster (EV)
- Erhaltungsmaßnahmen (ERH)

Höhere Förderungen erhalten Gebäude, die innerhalb von ausgewiesenen Zielgebieten zur Sanierungsförderung liegen. Die Sanierungszielgebiete werden nicht nur auf Basis städtebaulicher Kennwerte wie z.B. Baualter, Wohnungsgröße und -ausstattung blockgenau abgegrenzt, sondern auch einzelne Wohnhäuser in einer öffentlichen Datenbank dezidiert benannt. (www.wohnfonds-wien.at 2012)

Förderungen werden in Form von Förderungsdarlehen, Annuitäten- und Zinszuschüssen sowie nicht rückzahlbaren Zuschüssen und Beiträgen gewährt.

Für Wohnungen und Gebäude, deren Sanierung mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, gelten, über die Förderungsdauer (meist 15 Jahre), Reglementierungen im Hinblick auf die Höhe des Hauptmietzinses nach dem Kostendeckungsprinzip (maximal 3,91 €/m<sup>2</sup>+ 0,58 €/m<sup>2</sup> Verbesserungs- und Erhaltungsbeitrag) sowie Veräußerungseinschränkungen. (vgl. WWFSG Wiener Landesregierung 2011: §§ 12-15, 40-46, 60-68)

Für Wiener Gemeindebauten gelten im Hinblick auf Sanierungen zusätzliche und eigene Bestimmungen.

Im Zeitraum von 1985 -2010 werden laut Angaben des wohnfonds\_wien über 12.200 Förderungsansuchen für Wohnhaussanierungen eingereicht, wovon rund 7.000 zur Förderung empfohlen werden. Die Baumaßnahmen waren bis 2010 bei 5.800 Häusern abgeschlossen. Der Anteil der Substandardwohnungen der Kategorie C und D (vgl. wohnfonds\_wien 2012)

*Blocksanierungen* bezeichnen „eine im Rahmen eines Sanierungskonzeptes erfolgende liegenschaftsübergreifende gemeinsame Sanierung von mehreren Gebäuden oder Wohnhausanlagen in Verbindung mit Maßnahmen zur städtebaulichen Strukturverbesserung“

Das Ziel der Blocksanierungen sind städtebauliche Strukturverbesserungen und die Verbesserung der Lebensqualität in den dichten Wohnblöcken.

Folgende Maßnahmen werden dabei – meist in Verbindung mit Sockel- und Totalsanierungen – gefördert:

- Auflockerung dichter Bebauung durch Teilentkernung
- Ökologische Maßnahmen zur Entsiegelung und Begrünung
- Ausbau der sozialen Infrastruktur und Gemeinschaftseinrichtungen
- Aufwertung des öffentlichen Raumes
- Nahversorgungs- und Zwischennutzungskonzepte für Geschäftslokale
- Lösungsvorschläge für den ruhenden Verkehr

Die Durchführung einer Blocksanierung ist in der Regel auf 4 Jahre angelegt. Das Blocksanierungskonzept wird dabei von einem externen Blocksanierungsbeauftragten erarbeitet und wird den Hausverwaltungen und Liegenschaftseigentümern präsentiert.

Die Maßnahmen können mit einmaligen, nicht rückzahlbarem Zuschuss bis zu maximal 100 % der nachgewiesenen Kosten gefördert werden. Die Förderung wird dann gewährt, wenn eine derartige Maßnahme den Zustand mindestens einer weiteren Liegenschaft im Block verbessert Die Eigentümer sind jedoch nicht dazu verpflichtet, das Konzept

---

tatsächlich auf ihrem Grundstück zu realisieren. Weder bei der Wohnhaussanierung noch bei der Blocksanierung werden von den betroffenen Eigentümern nach Abschluss der Sanierungsmaßnahmen Ausgleichsbeträge eingefordert. (vgl. wohnfonds\_wien 2011: 2-4; [www.wohnfonds-wien.at/blocksan](http://www.wohnfonds-wien.at/blocksan))

Seit 2009 wird die Umsetzung der Blocksanierungsgebiete durch die „Blocksanierungsbeauftragten“, im Zuge des Kooperationsmodells „Mehrwert-Sanierungsinitiative“ von den Gebietsbetreuungen unterstützt. Diese stellen lokales Wissen und Netzwerke im Zusammenhang mit dem Gebiet bereit, und sorgen für eine umfassende Betreuung der Bewohner während des Umsetzungszeitraums. Zusätzlich werden im Zusammenhang mit einer Mehrwert- Sanierungsinitiative Maßnahmen zur Aufwertung der öffentlichen Räume wie auch zur Förderung der lokalen Unternehmen, Partizipation sowie Kunst und Kultur durchgeführt. (vgl. Interview Berger 2012)

Zu Beginn 2013 existieren in Wien neun Blocksanierungsgebiete. Sieben weitere Gebiete befinden sich in der Nachbetreuungsphase. (vgl. [www.wohnfonds-wien.at/blocksan](http://www.wohnfonds-wien.at/blocksan))

Blocksanierungsgebiete werden von den Gebietsbetreuungen oder den Bezirken in Kooperation mit der Magistratsdirektion – Baudirektion und Vertretern des wohnfonds\_wien ausgewählt. In Wien bestehe leider keine Tradition, dass sich private Eigentümer zusammenschließen und ein Blocksanierungsgebiet für ihre Liegenschaften fordern, erklärt Berger. Die Behörden haben aus eigentumsrechtlicher Sicht allerdings keine Möglichkeit, die Eigentümer zur Teilnahme an den Maßnahmen zu verpflichten. Dementsprechend könne man hier ausschließlich über Anreizförderungen Impulse setzen. (vgl. Interview Berger 2012)

### **Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering**

Das Blocksanierungsgebiet „Rinnböckstraße/ Schneiderviertel“ im 11. Wiener Gemeindebezirk befindet sich im Bereich zwischen der Bezirksgrenze zum 3. Bezirk im Norden der U3 Station Zippererstraße (Hyblerpark), der Schnellbahntrasse der S7 und der Süd-Ost-Tangente. Der Bearbeitungszeitraum des Blocksanierungsgebiets reicht von 2009 bis Anfang 2013. Seit März 2013 befindet es sich in der Nachbetreuungsphase. Im Block „Schneidergasse“, der sich im Gebiet befindet, wird bereits im Jahr 2000 eine Blockentwicklung durchgeführt. (vgl. Abbildung 94)



**Abbildung 94: Blocksanierungsgebiet „Rinnböckstraße / Schneiderviertel“, Wien- Simmering**

Das Gebiet Rinnböckstraße umfasst 9 Baublöcke mit rund 86 Liegenschaften. Die Zielsetzungen der Blocksanierung liegen in der Verringerung der Substandardwohnungen durch eine Förderung von Wohnhaussanierungen, der Entkernung und Begrünung von dicht bebauten, stark versiegelten Innenhöfen sowie der Förderung von thermisch-energetischen Sanierungen und Maßnahmen zur Erhöhung der Barrierefreiheit. Bei der Umsetzung des Blocksanierungsgebiets Rinnböckstraße / Schneiderviertel sind vor allem die Magistratsdirektion-Baudirektion, die MA 19, die MA-21 B, der wohnfonds\_wien und die Gebietsbetreuung involviert. (vgl. [www.wohnfonds-wien.at/blocksan](http://www.wohnfonds-wien.at/blocksan))

Die GB\* 11 begleitet die Umsetzung des Blocksanierungsgebiets Rinnböckstraße/ Schneiderviertel mit Aktionen wie Workshops für Gewerbetreibende, Bewohner und Liegenschaftseigentümer, Grätzelspaziergängen<sup>10</sup>, „Bierkistenaktionen“ als Aufhänger zur Diskussion über die Gestaltung der öffentlichen Räume, mit der Einrichtung von Ideenräumen und temporären Freiraumnutzungen sowie der Einrichtung eines Info-Schanigartens in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilzentrum „Centro Once“ als Drehscheibe für Information, Partizipation und Aktionen. (vgl. [www.gbstern.at/schneiderviertel](http://www.gbstern.at/schneiderviertel))

Eine nähere Beschreibung der Aktionen im Schneiderviertel, oder auch die Anzahl und Beschreibung der beantragten und durchgeführten Sanierungsmaßnahmen im Blocksanierungsgebiet ist zum Stand März 2013 von offizieller Seite nicht veröffentlicht.

<sup>10</sup> „Grätzel“ = Wiener Ausdruck für „Quartier“

---

#### 7.2.1.4 Mietrechtliche Steuerungsinstrumente

Das österreichische Mietrecht enthält, vor allem für frei finanzierte Altbauten, die vor 1953 erbaut und Mietverträge die vor 1994 abgeschlossen werden, besondere Bestimmungen in Bezug auf die Mietzinshöhe.

Eine dieser Bestimmungen ist die sogenannte „Friedenszins“ oder besser „Altmietzins“-Regelung. Sie stammt aus dem Jahr 1922 und besagt, dass als Grundmiete der halbe Jahresmietzins des Jahres 1914, also damit das Niveau vor dem ersten Weltkrieg als Berechnungsgrundlage herangezogen werden konnte. Nach dem zweiten Weltkrieg werden im Jahr 1951 die bestehenden, höchstzulässigen Mietzinse aus dem Jahr 1914 mit 1 Schilling pro Friedenskrone umgerechnet. Dieses gedeckelte Mietpreissystem, welches bei langbestehenden Mietverträgen einen sehr geringen Mietzins unabhängig vom Zustand und der Lage der Wohnung oder der finanziellen Situation des Mieters ermittelt, wird erstmals 1968 gelockert. Ab diesem Zeitpunkt können bei Neuvermietungen freie Mietzinse ausgehandelt werden.

Ab 1982 tritt in Österreich ein neues Mietrechtsgesetz (MRG) in Kraft. Bei Altverträgen, die vor 1968 geschlossen werden, kann der Mietzins damit zunächst befristet, ab der Mietzinsnovelle 2001 auch unbefristet erhöht werden.

1982 wird auch das Kategoriemietzins-System eingeführt, welches fixierte, inflations gesicherte Miethöhen bei Neuvermietungen vorsieht, die sich am Ausstattungsgrad der Wohnungen orientieren. Die aktuellen Kategoriebeträge vom Stand 1.8.2011 sind derzeit wie folgt festgelegt:

- |  |                                 |
|--|---------------------------------|
| ▪ Kategorie A (min 30m <sup>2</sup> , Vorraum, abgetrenntes Bad) | 3,25 €/m <sup>2</sup>           |
| ▪ Kategorie B (Wohnung mit abgetrenntem Bad)                     | 2,44 €/m <sup>2</sup>           |
| ▪ Kategorie C (WC/ Wasserentnahmestelle in der Wohnung)          | 1,62 €/m <sup>2</sup>           |
| ▪ Kategorie D (kein WC/ Wasserentnahmestelle in der Wohnung)     | 0,81 bzw. 1,02 €/m <sup>2</sup> |

Für befristete Mietverträge ist zudem ein Rabatt von 25% der Miethöhe vorgesehen. Ab 1985 können Mietzinse bei Wohnungen der Kategorie A wieder als „angemessene Mieten“ frei festgelegt werden.

1994 wird das Richtwertmietzins-System eingeführt. Dieses bezieht sich auf Neuvermietungen in Gebäuden, die vor 1945 errichtet werden und bezieht neben dem Ausstattungsgrad der Wohnung, weitere Kriterien wie z.B. Standort und Lage der Wohnung im Gebäude, mit ein.

Wohnungen in Gebäuden, die nach 1953 errichtet werden, gelten für Neuvermietungen ab 1994 mietrechtlich als „Neubauten“. Für sie kann die Mietzinshöhe frei vereinbart werden. ([www.mieterschutzwien.at/friedenszins](http://www.mieterschutzwien.at/friedenszins))

Zusammenfassend lassen sich folgende Mietzinstypen bei frei finanzierten Wohnungen unterscheiden:

- Hauptmietvertragsabschluss vor 1968: mit extrem niedrigen Altmietzinsen auf Basis der Friedenszinsregelungen ( im Jahr 2011 noch ca. 50.000 Mietverträge in Wien)
- Hauptmietvertragsabschluss zwischen 1968-1982: Freier Mietzins
- Hauptmietvertragsabschluss 1982-1994: Mietzins nach Kategorie-System
- Hauptmietvertragsabschluss Kategorie A ab 1985: Angemessener Mietzins
- Hauptmietvertragsabschluss nach 1994 in einer Wohnung die vor 1953 errichtet wurde: Richtwert- System
- Hauptmietvertragsabschluss nach 1994 in einer Wohnung die nach 1953 errichtet wurde: Freier Mietzins

Die vielen verschiedenen Mietzinsmodelle, die in erster Linie vom Datum des Mietvertragsabschlusses abhängen, führen dazu, dass für identis

che Wohnungen im selben Wohnhaus extrem unterschiedliche Mietzinse verlangt werden können.

Bei den extrem geringen Mieteinnahmen bei Altmietverträgen (z.B. 150 € Miete pro Monat für eine 100 m<sup>2</sup>-Wohnung der Kategorie B unabhängig vom Standort), können meist keine ausreichenden Rücklagen für Erhaltung und Verbesserungsarbeiten für die Gebäude gebildet werden. Die Lasten der Erhaltung und Verbesserungsarbeiten am Gebäude werden so auf die Eigentümer übertragen, was eine Sanierung der Gebäude hemmt.

In manchen Fällen werden diese günstigen Wohnungen nur mehr als Zweitwohnungen genutzt. Zusätzlich ermöglichen Eintrittsrechte nach §14 MRG, dass günstige (Alt-)Mietverträge an Verwandte in gerader Linie weitergegeben werden können.

Insgesamt werden von diesen mietrechtlichen Regelungen vor allem Alteingesessene begünstigt, unabhängig von ihrer Einkommenssituation oder dem tatsächlichen Zustand ihrer Wohnung. Dies stößt in der Praxis durchaus auf Kritik, vor allem von Seiten der Eigentümer.

Auf der anderen Seite wirken diese Regelungen auf dem frei finanzierten Mietwohnungsmarkt preisdämpfend und bieten kostengünstigen Wohnraum für Einkommensschwache. (vgl. Prohaska 2007; Noszek in Rotter 2011)



---

### 7.2.1.5 Steuerungsinstrumente zur Bereitstellung von kostengünstigem Wohnraum

#### **Strategische Steuerungsebene Wien**

Mit rund 220.000 städtischen Gemeindebauwohnungen im Jahr 2010(vgl. Statistik Austria in Tockner 2012: 9), verfügt die Stadt Wien über erhebliche Steuerungspotenziale in Bezug auf sozialraumrelevante Faktoren wie

- Mietzinshöhen
- Belegung und Wohnungsvergabe
- Sanierung und Standards von Gebäuden und Wohnungen



**Abbildung 95: Karl-Marx- Hof, Wien**

Die Verwaltung, und Instandhaltung der Gemeindebauten übernimmt „Wiener Wohnen“, eine Unternehmung der Stadt Wien. Die Aufgaben von Wiener Wohnen werden früher von den Magistratsabteilungen MA 52 –Hausverwaltung, MA 27 –Technische Erhaltung und der MA 50- Wohnungsvergabe übernommen, welche später bei der MA 17 zusammengefasst werden. (vgl. Interview Andriik 2012)

Insgesamt verfügt Wiener Wohnen über verschiedene Anlaufstellen: Ein „Wiener Wohnen Willkommensservice“, neun Kundendienstzentren und 42 „Wiener Wohnen vor Ort“-Stützpunkte sowie eine 24 h - Hotline. Tochterunternehmen sind "Stadt Wien - Wiener Wohnen Kundenservice GmbH." und die "Wiener Wohnen Haus- und Außenbetreuung GmbH." (vgl. [www.wienerwohnen.at](http://www.wienerwohnen.at))

Seit 2009 werden die administrativen und technischen Aufgabenbereiche von Wiener Wohnen durch den kostenlosen wohnpartner – Nachbarschaftsservice im Gemeindebau ergänzt. wohnpartner ist ein Geschäftsbereich des Wiener Wohnservice und war zuvor, in den Jahren von 2002 bis 2010, über externe Beauftragte der „Gebietsbetreuung neu“ organisiert. Die Hauptaufgaben der wohnpartner liegen im Konfliktmanagement und in der aufsuchenden Sozialarbeit. In Zukunft soll zusätzlich ein Sozialmanagement für Mieter mit Mietrückständen eingerichtet werden. (vgl. Interview Andriik 2012)

Mit rund 3800 Mitarbeitern bildet Wiener Wohnen die derzeit größte Hausverwaltung in Europa. (vgl. [www.wienerwohnen.at](http://www.wienerwohnen.at))

Wiener Gemeindewohnungen waren lange Zeit nur für österreichische Staatsbürger zugänglich, wird jedoch in den vergangenen Jahren zunehmend auch für Nicht-Österreicher geöffnet. Im Jahr 2000 werden erstmals Notfallwohnungen für „aufenthaltsverfestigte“ Personenkreise in schwierigen sozialen Lagen eingerichtet, die mindestens 5 Jahre in Österreich leben, davon mindestens ein Jahr mit Hauptwohnsitz in Wien. Seit der Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung von Ausländern im Jahr 2006, sind EU-, EWR- und Schweizer Staatsbürger sowie Asylberechtigte und Drittstaatenangehörige mit einer unbefristeten Niederlassungsberechtigung österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt. Für alle Bewerber gilt die Voraussetzung, mindestens 2 Jahre ihren Hauptwohnsitz in Wien gemeldet zu haben. Damit wird der Kreis der Wohnberechtigten in Gemeindebauten zu Gunsten von Nicht-Österreichern ausgeweitet.

Um aber nicht nur einkommensschwache Zielgruppen zu erreichen und eine soziale Durchmischung in den Gemeindebauten zu gewährleisten, werden mit der Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes 2010 die Einkommensgrenzen angehoben und damit der Kreis der Wohnberechtigten auf den Mittelstand ausgeweitet. (vgl. Röhrlich & Ptaszynska)

Die Mietzinshöhen von Gemeindebauwohnungen richten sich nach dem MRG. Bei Neuvermietungen ist heute das Richtwert-System anzuwenden.

Die Vergabe der Wohnungen erfolgt zentral durch den „Willkommensservice“ von Wiener Wohnen. Bei einer Anmeldung können Präferenzen in Bezug auf Bezirke angegeben werden. Diese können jedoch die Wartezeiten verlängern. Die Raumanzahl einer angebotenen Gemeindewohnung hängt von der Anzahl der einziehenden Personen ab. Insgesamt werden den vorgemerkten Wohnungsinteressenten zwei Wohnungen zur Besichtigung angeboten. Werden beide Wohnungsangebote abgelehnt, erhält der Antragsteller eine dreijährige Sperre. (vgl. [www.wienerwohnen.at](http://www.wienerwohnen.at))

Die Wartezeiten für eine Gemeindewohnung liegen momentan zwischen zwei und vier Jahren. Insbesondere Wohnungen für Großfamilien mit mehr als vier Zimmern, wie sie teilweise von Migranten gewünscht werden, sind derzeit knapp. (vgl. Interview Andrlik 2012)

Das System zur Vergabe von Gemeindewohnungen ist nicht unumstritten:

Ein Hauptkritikpunkt liegt in der Tatsache, dass die Einhaltung der Einkommensgrenze ausschließlich bei der Bewerbung um eine Gemeindewohnung geprüft wird. Steigende Einkommen im Verlauf des bestehenden Mietverhältnisses werden nicht berücksichtigt. (vgl. Röhrlich & Ptaszynska)

---

Auch bei einer sinkenden Anzahl von Haushaltsmitgliedern, etwa durch Auszug von erwachsenen Kindern, kann die bisherige Wohnung behalten werden. Zwar besteht die Möglichkeit eines „Wohnungssplittings“, wodurch erwachsene Kinder automatisch eine kleine Gemeindewohnung erhalten, sofern die Eltern ebenfalls bereit sind ihre große Wohnung gegen eine kleinere einzutauschen. Eine Garantie, dass die kleineren Wohnungen im selben Gemeindebau oder in derselben Gegend liegen, ist jedoch nicht gegeben. (vgl. Interview Andrlik 2012)

Problematisch sind, laut Opposition ÖVP auch Altmietverträge und Eintrittsrechte in Gemeindebauten: Rund. 5% aller Gemeindewohnungen stehen deshalb derzeit leer. Sie werden entweder als Zweitwohnsitz genutzt oder sollen zu einem späteren Zeitpunkt an Verwandte weitergegeben werden. (vgl. Zaunbauer 2013) Auch die Transparenz bei der Reihung und Vergabe von Wohnungen wird kritisiert. (vgl. Putschögl 2013)

Nach der Öffnung und Liberalisierung der Gemeindebauten in den vergangenen zehn Jahren, zeigen sich derzeit von offizieller Seite Tendenzen über die Wiedereinführung von Hausbesorgern und Angeboten wie wohnpartner, alte „stabile“ Strukturen wiederherzustellen. Zudem wird versucht, über die Erhöhung der Einkommensgrenzen, die „internationale“ Öffnung der städtischen Wohnhausanlagen durch eine „soziale“ Öffnung auszugleichen. (vgl. Röhrlich & Ptaszynska)

Wohnungen in städtischen Wohnhausanlagen werden beim Auszug von Mietern automatisch renoviert und bei Bedarf aufkategorisiert. Bei Sanierungen wird auch auf eine Verringerung des Energieverbrauchs, zum Beispiel durch den Anschluss an das städtische Fernwärmenetz, geachtet. (vgl. Interview Andrlik 2012)

### **Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering**

Wiener Wohnen verzeichnet in Simmering 16.671 Wohnungen und 750 Geschäftslokale in 80 städtischen Wohnhausanlagen. Der Anteil der Gemeindewohnungen am Gesamtwohnungsbestand stellt in Simmering, mit rund 38% eine durchaus relevante Größe und ein hohes Steuerungspotenzial.

In Simmering stehen ein Wiener Wohnen Kundendienstzentrum, vier „Wiener Wohnen – Vor Ort“- Stützpunkte und ein wohnpartner-Lokal für die rund 40.000 Gemeindebaummieter zur Verfügung. (vgl. [www.wienerwohnen.at](http://www.wienerwohnen.at))

Räumlich konzentrierten sich die Gemeindewohnbauten entlang der Simmeringer Hauptstraße und der Geiselberggasse sowie in Leberberg und Kaiser-Ebersdorf. (vgl. Kalmár et al. 2008: 23)

### 7.2.1.6 Subjektive Wohnkostenzuschüsse: Wohnbeihilfe

In Österreich existieren zwei verschiedene Formen der sogenannten Wohnbeihilfe:

#### 1. Die *Mietzinsbeihilfe* des Finanzamtes in der Zuständigkeit des Bundes.

Diese wird dem Hauptmieter jedoch nur im Fall von Mieterhöhungen im Zuge von Entscheidungen der Schlichtungsstelle oder bei der Vorschreibung des sogenannten „Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrags“ durch den Hauseigentümer.

Die Beihilfe ist abhängig von der Höhe des jährlichen Haushaltseinkommens (7300 € pro Person + 1825 € für die zweite Person + 620 € für jede weitere Person) sowie von der Erhöhung des Hauptzinses (bei mehr um das Vierfache oder +0,33 € pro m<sup>2</sup> Nutzfläche) (vgl. BMF 2012; Zinker 2009)

#### 2. Die *allgemeine Wohnbeihilfe* liegt im Zuständigkeitsbereich der Länder.

Die verantwortliche Stelle in Wien ist die Magistratsabteilung 50 – Wohnbeihilfe.

Beihilfeberechtigt sind österreichische Staatsbürger und Ausländer, die sich länger als fünf Jahre legal im Land aufhalten. Bis 2012 wird jedoch ausschließlich Wohnbeihilfe an Berechtigte gewährt, deren Wohnhaus mit öffentlichen Mitteln errichtet oder saniert worden war. Nun ist es auch Mietern von nicht geförderten Wohnungen möglich, Wohnbeihilfe zu erhalten. Wohnungseigentümer werden nicht berücksichtigt.

Die Höhe der Wohnbeihilfe wird gestaffelt berechnet und von folgenden Faktoren beeinflusst:

- Haushaltsgröße
- Haushaltseinkommen pro Monat
  - 1-Personen-Haushalt :  
bis 734 € keine zumutbare Verringerung der Wohnbeihilfe; maximal 1155 € abzüglich 234,73 € zumutbarem Wohnungsaufwand.
  - 7-Personen-Haushalt  
bis 1391 € ohne Abzug ; maximal 2372,77 mit einem Abzug von 669,32 Euro)
- Wohnungsgröße :
  - 1-Personen-Haushalt maximal 50m<sup>2</sup>, 2 Personen maximal 70m<sup>2</sup>, jede weitere Person +15 m<sup>2</sup>
  - Wohnungsaufwand  
Kat. A: max.5,16 Euro/m<sup>2</sup>, Kat. B: max.3,87 Euro/m<sup>2</sup>, Kat. C/D: max.2,58 Euro/m<sup>2</sup>

Dementsprechend liegt die maximale Höhe der Wohnbeihilfe je nach Wohnungskategorie in Wien für einen 1-Personen-Haushalt zwischen 129-258 Euro, bei einem 7-Personen-Haushalt zwischen 374-751 Euro.

Die Wohnbeihilfe wird höchstens pro Antrag jeweils auf 2 Jahre bewilligt. (vgl. MA 50 2012: 2-11)

---

## 7.2.2 Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze

Die Stadt Wien experimentiert mit vielfältigen Ansätzen zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Relevante Akteure in diesem Bereich sind u.a.:

- Wirtschaftskammer Wien (WKO)
- Arbeiterkammer Wien (AK)
- Wirtschaftsagentur Wien
- Wiener Arbeitnehmer Förderungsfonds (waff)
- Arbeitsmarkt Service (AMS)

### 7.2.2.1 Lokale Wirtschafts- und Unternehmensförderung

#### Strategische Steuerungsebene Wien



Abbildung 96: Steuerungsansätze zur Förderung der lokalen Einzelhandelsstruktur, Wien

Im Bereich der stadterneuerungsrelevanten Wirtschafts- und Unternehmensförderung sind auf gesamtstädtischer Ebene u.a. folgende Initiativen zu nennen:

- Das Pilotprojekt „Lebendige Straßen“, unter der Leitung der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion und den jeweiligen Gebietsbetreuungen
- Das „Wiener Einkaufsstraßenmanagement“, unter der Leitung der Wirtschaftskammer Wien (vgl. Abbildung 96)
- Das „Grätzelmanagement Wirtschaft“, unter Leitung der mingo Start- Up- Initiative der Wirtschaftsagentur Wien
- Unterstützungs- und Beratungsleistungen des Wirtschaftsbunds Wien

Das *Pilotprojekt „Lebendige Straßen“* startet 2008 mit einer dreijährigen Laufzeit. Die Projektleitung übernimmt die Geschäftsstelle „Infrastruktur und Stadterneuerung“ der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion in Zusammenarbeit mit den lokalen Gebietsbetreuungen als beauftragten Projektträgern, der Wirtschaftskammer Österreich und dem Verband der Immobilienreuhänder. Die Finanzierung des Pilotprojekts tragen die MA 18 -Stadtentwicklung und Stadtplanung gemeinsam mit den jeweiligen Bezirken.

Ziele des Pilotprojekts sind „neue Impulse für strukturschwache Geschäftsstraßen“, insbesondere in leerstehenden Erdgeschosszonen. Für die Umsetzung des Pilotprojekts „Lebendige Straßen“ sind drei Geschäftsstraßen ausgewählt, die Lerchenfelder Straße, die Hernalser Hauptstraße und die Wallensteinstraße. Zentrales Element der „Lebendigen Straßen“ bilden „Gebietsmanagements“, welche sowohl die Unternehmer, aber auch die Bewohner und Hauseigentümer in die Prozesse zur Entwicklung, Entscheidung

und Umsetzung mit einbeziehen. Als zentrale Anlaufstellen werden Informationslokale vor Ort eingerichtet. (vgl. [www.wien.gv.at/lebendigestrassen/](http://www.wien.gv.at/lebendigestrassen/))

Während den drei Jahren Laufzeit des Pilotprojekts „Lebendige Straßen“ werden bis 2010 verschiedene Maßnahmen wie z.B. Kunstausstellungen in leerstehenden Lokalen, kostenlose Aufkleberaktionen, Branchenführer, Aufwertungsmaßnahmen im öffentlichen Raum, ein Filmprojekt und die Initiierung von Gesprächen, in den ausgewählten Einkaufsstrassen durchgeführt. (vgl. [www.gbsterne.at/lebendige-strasse/pilotprojekt/](http://www.gbsterne.at/lebendige-strasse/pilotprojekt/))

Die „Lebendigen Straßen“ sind bereits seit 2010 als Pilotprojekte ausgelaufen. In einer dieser Straßen, der Lerchenfelderstraße, wird das Projekt jedoch über eine andere Finanzierungsschiene aus den Bezirkshaushalten weitergeführt, so der zuständige Ansprechpartner der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion Gerhard Berger. Auch die Evaluierung liegt jetzt vor. Zurzeit wird von der Wiener Wirtschaftsagentur ein Status-Quo-Bericht zur Gesamtsituation der Geschäftsstraßen und Analyse der Projekte der vergangenen Jahre erarbeitet. Dieser Status-Quo-Bericht dient als Entscheidungsgrundlage für die Politik wie in diesem Bereich weiter verfahren werden soll.

Die Maßnahmen des Pilotprojekts „Lebendige Straßen“ sind sehr verkürzt auf der Webseite der GB\* dargestellt. Eine ausführliche Dokumentation der einzelnen Prozesse, Umsetzung der Maßnahmen oder die Evaluierung ist nicht veröffentlicht. (vgl. [www.gbsterne.at/lebendige-strasse/pilotprojekt/](http://www.gbsterne.at/lebendige-strasse/pilotprojekt/))

Das „*Wiener Einkaufsstrassenmanagement*“ ist ein Serviceangebot der Wirtschaftskammer Wien, einer Landesgruppe der Wirtschaftskammer Österreich. Das Angebot richtet sich an Wiener Kaufleute und bietet eine umfassende Betreuung bei gemeinschaftlichen Marketingaktionen, bei der Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen sowie Unterstützung bei administrativen Angelegenheiten und Förderungsanträgen. Voraussetzung für eine Betreuung durch die Wirtschaftskammer Wien ist, dass sich die Kaufleute im Rahmen von Einkaufsstrassenvereinen oder Werbegemeinschaften organisieren. In Wien gehören 84 Einkaufsstrassen und 8 Märkte der Dachmarke der Wiener Einkaufsstrassen an. Als weitere Serviceleistungen bietet das Wiener Einkaufsstrassenmanagement ein Service Center zur Vermittlung von Geschäftslokalen sowie eine Kooperationsplattform, über die mögliche Unternehmenspartner oder Nachfolger vermittelt werden.

(vgl. [www.einkaufsstrassen.at](http://www.einkaufsstrassen.at))

Die Wiener Wirtschaftskammer bemüht sich derzeit zudem um die Erstellung eines Masterplans „Einkaufsstadt Wien“ zur flächendeckenden Sicherung der Nahversorgung und Stärkung von klein- und mittelständischen Handelsunternehmen.(vgl. [www.wko.at](http://www.wko.at))

Das „*Grätzelmanagement Wirtschaft neu*“ der „mingo Start- Up- Initiative der Stadt Wien“ unter Leitung der Wirtschaftsagentur Wien wird, wie bereits das Pilotprojekt

---

„Grätzelmanagement“ im Volkert- und Alliiertenviertel im Rahmen des Ziel 2-Programmes im Zeitraum 2002-2005, mit Mitteln der EU co-finanziert. Während jedoch die Schwerpunkte des „Grätzelmanagements“ im Volkert- und Alliiertenviertel - als „überparteiliche Initiative“ - auf der Stabilisierung und Verbesserung der „Lebens-, Wirtschafts- und Umweltsituation“ liegen, konzentriert sich das „Grätzelmanagement Wirtschaft“ auf folgende Handlungsbereiche:

- Mingo Gründungscoaching, Beratungsangebot für Jungunternehmer
  - Mingo Innovationsmanagement, Beratungs- und Unterstützungsangebote von Kleinstunternehmen für Innovation
  - Mingo Academy, Workshops zu Fragen des täglichen Berufslebens
  - Mingo Migrant Enterprises, Beratung für Unternehmer mit Migrationshintergrund
  - Mingo Grätzelmanagement, mit Projekten und Initiativen für strukturelle Gebietsverbesserungen (insbesondere der Wiener Märkte)
- (vgl. Kohout & Vevera 2010; [www.mingo.at/graetzelmanagement](http://www.mingo.at/graetzelmanagement))

In welchen Grätzeln das „Grätzelmanagement Wirtschaft neu“ aktiv ist, ob es über zentrale Anlaufstellen verfügt und welche Maßnahmen bisher umgesetzt und unterstützt werden, lässt sich, weder bei einer genauen Durchsicht der Webseite der mingo Start-Up- Initiative der Stadt, noch bei einer erweiterten Internetrecherche, herausfinden. (vgl. [www.mingo.at/graetzelmanagement](http://www.mingo.at/graetzelmanagement))

Weitere unternehmensbezogene Unterstützungsmöglichkeiten der Wirtschaftsagentur Wien, die als Fonds der Stadt Wien organisiert ist, bieten die „departure. Kreativagentur der Stadt Wien“ mit der Zielgruppe Unternehmen aus der Kreativwirtschaft sowie die „zit. Technologieagentur der Stadt Wien“, die Förderungen für Unternehmen im Bereich Forschung und Technologie bereitstellt. (vgl. [www.departure.at](http://www.departure.at) ; [www.zit.co.at](http://www.zit.co.at))

Der *Wirtschaftsbund Wien*, eine Landesgruppe des Wirtschaftsbundes Österreich, bietet ebenfalls Förderungen, Beratungsleistungen und Vernetzungsplattformen für kleine und mittlere Unternehmen, Unternehmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft und Existenzgründer. (vgl. [www.wirtschaftsbund.at/wien](http://www.wirtschaftsbund.at/wien))

In Wien stehen mit diesen Angeboten eine große, fast schon unübersichtliche Anzahl an Beratungs- und Förderungsmöglichkeiten von lokalen Unternehmen zur Verfügung. Auffallend sind Dopplungen der Angebote, welche sich eventuell durch die politische Ausrichtung der einzelnen Institutionen erklären lassen: Während die städtischen Angebote der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion sowie die der Wirtschaftsagentur Wien, aufgrund der langjährigen Vormachtstellung Sozialdemokraten in Wien, eher als SPÖ-nah einzuordnen sind, gelten die Institutionen der Wirtschaftskammer und des Wirtschaftsbundes eher als konservativ.

## Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering



Abbildung 97: Einkaufsstraßenverein Simmeringer Hauptstraße

Die Simmeringer Hauptstraße bildet das gewachsene Nahversorgungszentrum des elften Wiener Gemeindebezirks. Die Vertretung, der ansässigen Gewerbetreibenden, übernimmt der „Einkaufsstraßenverein der Simmeringer Wirtschaftstreibenden“, im Rahmen des „Wiener Einkaufsstraßenmanagement“ der Wirtschaftskammer Wien.

Der Verein wird im Jahr 1989, im Zuge von Planungen für ein Straßenfest auf der Simmeringer Hauptstraße, von drei Einzelhändlerinnen gegründet. Bis heute stellt die Organisation dieses Straßenfestes eine der Hauptaufgaben des Einkaufsstraßenvereins dar. Weitere Aktivitäten des Vereins liegen in der Beteiligung am alljährlichen Faschingsumzug in Simmering, der vom Kulturverein Simmering veranstaltet wird, in der Finanzierung der Weihnachtsbeleuchtung und der Gestaltung eines Wandkalenders mit historischen Ansichten. (vgl. [www.einkaufsstrassen.at/simmering](http://www.einkaufsstrassen.at/simmering))

Mit dem Ziel der Umsatzsteigerung und Gesamtfrequenzsteigerung wird der Verein vom zuständigen Einkaufsstraßenmanager der Wirtschaftskammer, Thomas Götz, bei Maßnahmen zur Verkaufsförderung auf Grätzeebene unterstützt. Die Leistungen der Wirtschaftskammer umfassen z.B. gemeinsame Aufkleberaktionen des Logos „Simmeringer Einkaufspunkt“, Werbeschaltungen, Gewinnspiele, aber auch Verkehrszählungen und die Aufbereitung einzelhandelsrelevanter Daten. Ebenso wird ein einheitlicher Internetauftritt aller beteiligten Einkaufsstraßen von der Wirtschaftskammer zur Verfügung gestellt (vgl. Interview Götz 2012)

Inwieweit diese Maßnahmen zur Umsatzsteigerung beitragen, sei schwierig zu ermitteln, so die Vorsitzende des Einkaufsstraßenvereins Thekla Hochmayer. Zwar waren beim letzten Straßenfest rund 60.-70.000 Besucher in der Simmeringer Hauptstraße unterwegs. Aber diese würden das Fest eher als Kirtag sehen und weniger mit den Gewerbetreibenden vor Ort verbinden. (vgl. Interview Hochmayer 2012)

Der Einkaufstraßenverein Simmering zählt rund 100 Mitglieder. Dies sind jedoch bei weitem nicht alle Einzelhändler auf der Simmeringer Hauptstraße. Vor allem Banken und große Handelsketten würden sich nicht engagieren, jedoch von Aktion wie der Weih-



---

nachtsbeleuchtung profitieren. Die Fluktuation sei sehr hoch, zum einen aufgrund von Geschäftsaufgaben aus Altersgründen zum anderen auch durch Geschäftsschließungen. Auch das Engagement der einzelnen Mitglieder sei sehr unterschiedlich. Zur Integration von migrantischen Betrieben habe man bereits Befragungsaktionen mit Unterstützung der GB\* und der Regionalstelle MA17-Ost durchgeführt, allerdings mit geringem Erfolg. (vgl. Interview ebd. 2012)

Innerhalb des Bezirks Simmering ist der Einkaufsstraßenverein sehr gut vernetzt, nicht zuletzt weil die derzeitige Bezirksvorsteherin Renate Angerer, bereits als Vorsitzende des Einkaufsstraßenvereins tätig war. Zwar werde man nicht zum Regionalforum, einer monatlichen Zusammenkunft von sozialen Institutionen im Bezirk eingeladen, aber beim „Runden Tisch der Wirtschaft“ der Gebietsbetreuung oder auch beim „Workshop Zielgebiet Simmering“ seien sowohl der Einkaufsstraßenverein als auch die Wirtschaftskammer beteiligt, erklärt Frau Hochmayer. (vgl. Interview ebd. 2012)

Die Aktivitäten des Einkaufsstraßenvereins finanzieren sich zum einen über Mitgliedsbeiträge gemäß der Richtlinien der Wiener Geschäftsstraßenförderung, und zum anderen über Refundierungen von bezahlten Rechnungen durch die Wirtschaftsagentur Wien. Das maximal förderbare Einreichvolumen für Refundierungen über die Wirtschaftsagentur Wien beträgt 70.000 € pro Jahr.

Über die Verwendung dieser Gelder muss zwei Mal pro Jahr Rechenschaft abgelegt werden: Einmal zu Beginn des Jahres bei der Beantragung der Fördergelder und einmal am Ende mit einem Wirtschaftsjahresbericht. Inhaltlich müssen bei der Refundierung von Ausgaben ebenfalls gewisse Richtlinien beachtet werden: So wird z.B. keine einzelbetriebliche Werbung gefördert, sondern ausschließlich Werbeaktionen, die in Zusammenhang mit dem Grätzel stehen. Auch Kosten zur Organisation der Vereine werden nicht von der Wirtschaftsagentur rückerstattet.

Bewegt man sich jedoch innerhalb der Richtlinien, so ist man bei der Mittelverwendung relativ flexibel: So ist es durchaus möglich, die Gelder zwischen den einzelnen Projekten und Aktionen wie dem Straßenfest und dem Faschingsumzug aufzuteilen, sofern am Ende des Jahres die Gesamtsumme mit der beantragten Summe übereinstimmt. Ergeben sich innerhalb des Jahres zusätzliche, begründete Ausgabenposten, so kann dies informell mit der Wirtschaftsagentur abgesprochen werden. Die Beantragung und Abwicklung der Refundierungen bei der Wirtschaftsagentur Wien übernimmt das Einkaufsstraßenmanagement der Wirtschaftskammer für die Vereine. Weitere Leistungen der Wirtschaftskammer Wien für die Einkaufsstraßenvereine bestehen sowohl aus Sachleistungen, wie die Bereitstellung eines Einkaufsmanagers, als auch aus Geldleistungen für Expertisen und Werbemaßnahmen. (vgl. Interview Götz 2012)

### 7.2.2.2 Lokale Beschäftigungsförderung

Den Rahmen zur Beschäftigungsförderung in Wien bildet ein Territorialer Beschäftigungspakt, bestehend aus einer Partnerschaft der Stadt Wien, dem Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfond (waff), dem Arbeitsmarktservice Wien (ams), dem Bundessozialamt/Landesstelle Wien sowie aus Interessenvertretern von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die Zielsetzungen des Territorialen Beschäftigungspaktes liegen in der Abstimmung von arbeitsmarktpolitischen Interventionen zur Unterstützung von beschäftigungspolitischen Entwicklungen im Großraum Wien. Diese Interventionen werden mit Ansätzen aus den Politikbereichen Wirtschaft, Soziales und Bildung kombiniert.

Ein besonderer Fokus des Territorialen Beschäftigungspaktes liegt in der Arbeitsmarktintegration von ausgrenzungsgefährdeten Personenkreisen wie z.B. Jugendlichen, Mindestsicherungsbeziehern, Suchtkranken und Migranten. Um diese Fokusgruppen zielgerecht anzusprechen, bestehen Regionale Pakte zwischen den übergeordneten Institutionen und lokalen Partnern auf Bezirksebene. Vor allem auf dem Gebiet der Berufsorientierung und beruflicher Beratung arbeiten Schulen, Schulverwaltung, Unternehmen und Bildungsträger eng zusammen. (vgl. [www.waff.at/beschaeftigungspakt-wien](http://www.waff.at/beschaeftigungspakt-wien))

#### Strategische Steuerungsebene Wien



Abbildung 98: Berufseinstiegsangebote für Jugendliche im „Space-Lab“ Wien

Der waff bietet in Wien spezielle Qualifizierungsmaßnahmen für arbeitsmarktpolitische Problemgruppen. Das übergeordnete Prinzip aller Maßnahmen ist das „Case Management“, welches klientenbezogene und institutionenübergreifende Beratungs-, Unterstützungs- und Nachsorgeleistungen vorsieht. (vgl. MA 24 2012: 44)

Zur Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt wird in Österreich 2009 auf Bundesebene eine Ausbildungsgarantie eingeführt, welche in Wien durch ein umfassendes Angebot umgesetzt wird. Die Prämissen dieser Ausbildungsgarantie lauten (vgl. [www.waff.at/presse](http://www.waff.at/presse)):

- Allen ausbildungswilligen Jugendlichen wird ein Ausbildungsplatz in einem Unternehmen oder in einer Lehrwerkstätte (finanziert durch das AMS und die Stadt Wien) vermittelt.
- Zielgerichtete Berufsberatung und Unterstützung beim Übergang von Schule zu Beruf
- Niedrigschwellige Schnupperangebote und Möglichkeit zum Nachholen von Schulabschlüssen für unschlüssige Berufseinsteiger und Schulabbrecher.

---

Insgesamt bietet der waff derzeit 14 verschiedene Programme für Jugendliche an. Darunter befinden sich u.a. spezielle Angebote für Mädchen, Unterstützung für Jugendliche in der Lehre und berufliche Beratungsangebote.

Als besonders niedrigschwellige Angebote existieren zwei sogenannte „Spacelabs“ im 10. und 21. Bezirk. In den Jugendhaus ähnlichen Räumlichkeiten der Spacelabs können sich Jugendliche treffen, unverbindlich beraten lassen und im Zuge von bezahlten Tagestrainings (Tagesentgelt zwischen 8 – 18 Euro) verschiedene Berufsbilder ausprobieren. (vgl. [www.waff.at/fuer-jugendliche](http://www.waff.at/fuer-jugendliche))

Für Arbeitslose und Mindestsicherungsbezieher stehen insgesamt sechs verschiedene Angebote, wie z.B. step2Job, markt\_platz oder JE\_TZT. Diese Programme bieten Unterstützungsleistungen bei Qualifizierungsmaßnahmen und bei der Arbeitsplatzvermittlung, Transitarbeitsplätze und Wiedereingliederungskurse mit sozialpädagogischer Betreuung. (vgl. [www.waff.at/fuer-arbeitslose-und-mindest-sicherungsbezieherinnen](http://www.waff.at/fuer-arbeitslose-und-mindest-sicherungsbezieherinnen))

Für Migranten werden im Zuge des Qualifizierungsprogramms MIGRAL Aus- und Weiterbildungsangebote in Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen angeboten. (vgl. [www.waff.at/migral](http://www.waff.at/migral))

Allen Beschäftigten und Arbeitslosen, mit Hauptwohnsitz in Wien, stellt das waff ein Bildungskonto zur Verfügung. Damit werden 50% der Aus- und Weiterbildungskosten, bis maximal 200 € bei Beschäftigten bzw. 300 € bei Arbeitslosen, von anerkannten Qualifizierungsangeboten übernommen. (vgl. [www.waff.at/bildungskonto](http://www.waff.at/bildungskonto))

### **Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering**

In der Aus- und Weiterbildungsdatenbank des waff befinden sich in Simmering zwei Bildungsanbieter, welche die Kriterien zur Förderung durch das Bildungskonto erfüllen: Die Volkshochschule Simmering und der Verein zur Förderung von Arbeit, Bildung und Zukunft von Frauen [abz.austria.at](http://abz.austria.at). ([www.datenbank.weiterbildung.at](http://www.datenbank.weiterbildung.at))

Im November 2012 wird die öffentliche Informationsveranstaltung „Weiterkommen im Beruf“ in Simmering in Kooperation mit der Bezirksvorstehung Simmering und dem waff im Festsaal Zentrum Simmering durchgeführt. Rund 270 Besucher nehmen teil. (vgl. [www.waff.at/beruf-in-simmering](http://www.waff.at/beruf-in-simmering))

### 7.2.3 Steuerungsansätze im sozialen Bereich

Der Sozialbereich der Stadt Wien für individuelle Leistungen wie z.B. Behindertenhilfe, Wohnungslosigkeit oder Pflege und Betreuung ist auf drei oder maximal vier wichtige Player aufgeteilt: Der Fonds Soziales Wien, die MA 40 – Soziales und Gesundheitsrecht, die auch für die bedarfsorientierte Mindestsicherung zuständig ist, die MA 24- Sozialplanung, die strategische Aufgaben übernimmt. Die MA 40 und die MA 24 gehören beider Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales an. Der Fonds Soziales Wien ist für die operative Steuerung zuständig und vergibt Förderungen an Organisationen wie die Caritas und andere die letztlich die Umsetzung erbringen. (vgl. Interview Stanzl 2012)

Sozialraumrelevante Institutionen, die auf gebietsbezogener Ebene arbeiten, sind

- Gebietsbetreuungen Stadterneuerung, als Beauftragte der MA 25– Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser
- Regionalstellen der MA 17- Integration und Diversität
- wohnpartner- Nachbarschaftsservice im Gemeindebau
- Park- und Jugendbetreuungen, welche der von MA 13 und den Bezirken beauftragt werden

Der Bezirk Simmering verfügt u.a. über folgende Infrastrukturen und Einrichtungen im sozialen Bereich ([www.wien.gv.at/bezirke/simmering](http://www.wien.gv.at/bezirke/simmering)):

- 42 Kindergärten
- 26 Schulen: 14 Volksschulen, sieben kooperative Mittelschulen, drei AHS, eine HAK, eine HASCH
- 1 Bildungszentrum
- 1 Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservices (AMS)
- 2 Eltern-Beratungszentren
- 11 Pensionistenvereine
- 1 Gebietsbetreuung Stadterneuerung
- 1 Geschäftsstelle wohnpartner
- 2 Bibliotheken
- 2 Jugendtreffs
- 1 Freizeit- und Parkbetreuung inkl. Fair-Play-Team
- 1 Arbeitsmarktservice
- 1 Gebietsbetreuung Stadterneuerung

Das Sozialzentrum für den 11. Bezirk Wien Simmering befindet sich im 12. Bezirk, das Beratungszentrum für Migrantinnen und Migranten im 1. Bezirk.

---

### 7.2.3.1 GB\* Gebietsbetreuung Stadterneuerung

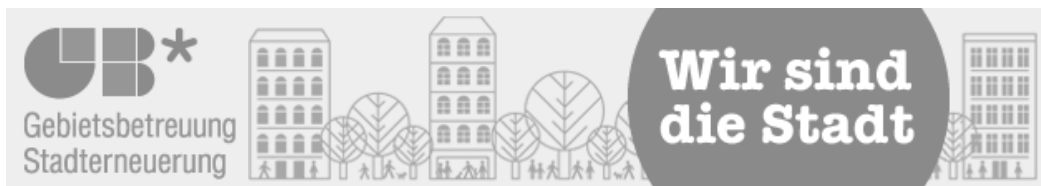


Abbildung 99: Logo Gebietsbetreuung Stadterneuerung Wien

Die Gebietsbetreuungen Stadterneuerung (GB\*) sind derzeit wienweit an 15 verschiedenen Standorten vertreten. Sie bilden die Schnittstelle zwischen Bevölkerung, lokalen Institutionen und Bezirksvorstehung und beraten kostenlos zu Themenfeldern wie Wohnen, Wohnumfeld, Stadterneuerung und Zusammenleben im Quartier. (vgl. [www.gbstern.at/ueberblick](http://www.gbstern.at/ueberblick))

2012 werden die Projektleitungen der GB\*s erneut an externe Beauftragte vergeben und die Gebiete neu abgegrenzt.

*Beobachtungen bei der Recherche: Kurze Informationen zu Aktionen der Gebietsbetreuungen und ein kurzer Abriss zu Geschichte und Organisation sind auf der offiziellen Homepage dargestellt.*

*Weitere Informationen zur Geschichte und den Zielsetzungen der GB\*s finden sich in Form von Jubiläumsrückblicken in der kostenpflichtigen Zeitschrift Perspektiven, in Diplomarbeiten sowie in internationaler Fachliteratur. Strategische Dokumente auf gesamtstädtischer Ebene oder Bezirkskonzepte sind nicht veröffentlicht.*

#### **Strategische Steuerungsebene Wien**

Die Kernaufgaben der Gebietsbetreuung Stadterneuerung liegt darin, „Aufwertung in Gang zu setzen, nämlich in baulichen, sozialen, räumlichen, wirtschaftlichen Angelegenheiten und Bereichen“, so der zuständige Sachbearbeiter für Stadterneuerungsprogramme der Magistratsdirektion- Stadtbaudirektion- Gruppe Hochbau Gerhard Berger im Experteninterview. Dies sei jedoch in vielen Gebieten innerhalb des Gürtels nicht mehr notwendig, hier habe sich in den letzten 10 Jahren sehr viel verändert. Auf der anderen Seite habe man im Zuge der Neubewertung der Stadterneuerungsgebiete festgestellt, dass das Modell Gebietsbetreuung auch in Gebieten jenseits der Donau sinnvoll erscheint, die bisher nicht Fokus standen. (vgl. Interview Berger 2012)

Nicht alle 23 Wiener Gemeindebezirke verfügen über eine Gebietsbetreuung. So wird zum Beispiel im 22. und 23. Bezirk die „kritische Masse“ an Problemgebieten nicht erreicht. Im 6., 7. und 8. Bezirk werden die Stadterneuerungsgebiete im Zuge der Neubewertung bis an den Gürtels zurückgefahren und außerdem die Gürtel inneren GB\*s mit

den Gürtel äußeren zusammengelegt. Dementsprechend existieren nun die bezirksübergreifenden GB\*s 3/11, 5/12, 6/14/15, 2/20 und 7/8/16. Das relativ große Stadterneuerungsgebiet der GB\*10 bleibt unverändert, die Gebietsbetreuung 21 ist neu hinzugekommen. Für alle anderen Bezirke steht eine Mobile Gebietsbetreuung zur Verfügung (vgl. Abbildung 100). (vgl. Interview ebd. 2012)

Neben den Handlungsfeldern der erneuerungsdringlichen Baublöcken, der Freiflächenversorgung und den Geschäftsstraßen, ist das sogenannte „Stadtteilmanagement“ hinzugekommen. Das Stadtteilmanagement bezieht sich auf die derzeitigen Neubautentwicklungsflächen auf ehemaligen Brownfields und Brachen in Wien, wie z.B. am neuen Hauptbahnhof, am Nordbahnhof oder in der großen ehemaligen Industriezone beim Schlachthof St. Marx bis zu den Gasometern in Simmering, die aktuell von starken Umstrukturierung betroffen sind.

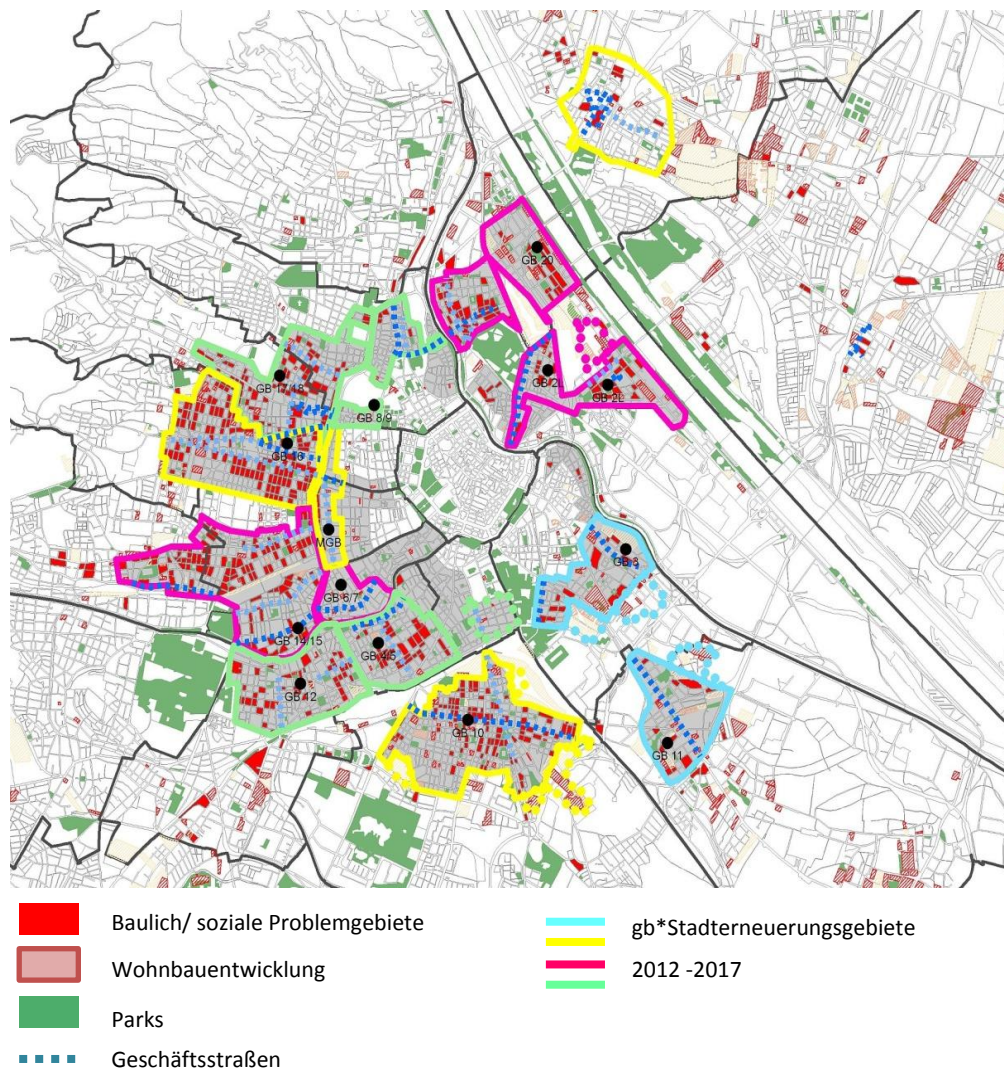


Abbildung 100: Neubewertung gb\* Stadterneuerungsgebiete 2012-2017

---

Das Stadtteilmanagement soll vor allem die „Bruchlinien zwischen alten Quartieren und innerstädtischen Neubauentwicklungen, baulich, räumlich, funktional und sozial, überwinden. Diese Strategie bedarf während allen Entwicklungsphasen, sowohl eines erheblichen Kommunikationsaufwandes in den bestehenden Gebieten, als auch einer sehr starken Vernetzung der Institutionen ,die in den Neubaugebieten tätig sind.“ (Interview ebd. 2012)

Neben der Neubewertung der Stadterneuerungsgebiete, werden 2012 die Projektleitungen der Gebietsbetreuungen über eine Laufzeit von drei Jahren neu vergeben. Die Voraussetzung und Auswahlkriterium für eine Bewerbung ist die Einreichung eines Konzepts. Die ausgewählten Bezirkskonzepte stellen die Grundlage für die Arbeit im Bezirk, sowie für die Abstimmung mit der Bezirksvorstehung und den Magistratsabteilungen, dar. Die Bezirkskonzepte werden jedoch nicht veröffentlicht. (vgl. Interview ebd. 2012)

Formal ist die MA 25- Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser der Auftraggeber für die Gebietsbetreuungen Stadterneuerung. Die fachliche Zuständigkeit liegt beim Geschäftsgruppen unabhängigen Sachbearbeiter für Stadterneuerungsprogramme der Magistratsdirektion- Stadtbaudirektion- Gruppe Hochbau Gerhard Berger. Ein weiterer wichtiger Akteur für die GB\*s ist das Stadtratsbüro, der Kontakt zu den politischen Auftraggebern. (vgl. Interview Breitfuss 2012)

Den Ablauf zur Entwicklung von Maßnahmen der GB\*s erklärt Herr Berger wie folgt: „Die strategischen inhaltlichen Vorgaben auf der großen Maßstabsebene kommen von mir. Die Gebietsbetreuungen detaillieren diese Vorgaben in Arbeitsprogrammen, die sie jeweils für ein Jahr vorschlagen. In der Praxis laufen dann Abstimmungsgespräche zwischen den Auftragnehmern der Gebietsbetreuungen, der MA25, dem politischen Büro der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung und mir als Vertreter der Magistratsdirektion – Baudirektion. Dann gibt es noch ein Abstimmungsgespräch mit dem Bezirk, der viele kleinteilige Projekte im öffentlichen Raum finanziert und daher ein wichtiger Partner Gebietsbetreuung ist. Dann werden die Jahresprogramme beschlossen und sukzessive umgesetzt. Diese Jahresprogramme werden aber nicht veröffentlicht“ (Interview Berger 2012)

Die Maßnahmen der Gebietsbetreuungen reichen von Dialogveranstaltungen im öffentlichen Raum, über Beratungen zu Wohnungsanierung und Wohnungskauf bis hin zur Einrichtung von Stadtteilbüros und Begleitung von Blocksanierungen. (vgl. [www.gbster.at/ueberblick](http://www.gbster.at/ueberblick))

„Inhaltlich haben wir ziemlich freie Hand und wenn das mal über unsere Gebietsgrenze hinaus geht dann beschwert auch niemand, sondern wenn man das fachlich begründen kann, und das kann man meistens, dann ist das kein Problem. Das ist eine große Qualität

der Auftraggeber, dass sie das akzeptieren.“ erklärt die beauftragte Projektleiterin der Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 3. und 11. Bezirk Andrea Breitfuss (Interview Breitfuss 2012)

In Bezug auf Evaluierung und Monitoring sind die Entwicklungen derzeit im Fluss. Während früher nur Jahresberichte eingereicht werden müssen, sind nun Halbjahres- und Quartalsberichte erforderlich. Der Aufwand zur Erstellung dieser Berichte liegt allerdings im Rahmen. Zusätzlich müssen bei der letzten Ausschreibung messbare Parameter für die Maßnahmen definiert werden. Mittlerweile werden auch Jahresberichte veröffentlicht, diese werden jedoch zunehmend als Image-Broschüren, ohne tiefer gehende Inhalte, aufgebaut. (vgl. Interview Breitfuss 2012)

Für alle GB\*s wird eine gemeinsame, offizielle Homepage vom Stadtratsbüro gepflegt. Hier werden die einzelnen Projekte in knappen Worten beschrieben und mit Bildern erklärt, aber nicht das gesamte Arbeitsspektrum der GB\*s abgebildet. Die Einrichtung von eigenen, bezirksbezogenen Homepages ist nicht gestattet. (vgl. Interview Forstner 2012)

Für alle Gebietsbetreuungen steht pro Jahr ein Budget von rund 5 Mio. € zur Verfügung, davon entfallen rund 97% auf Personalkosten und 3% auf Sachkosten. (vgl. Interview Berger 2012)

Durch diese Finanzierungs constellation, wonach die Personalkosten der GB\*s von der gesamtstädtisch agierenden MA 25 übernommen werden, die GB\*s jedoch im Kontext der Bezirkspolitik und Maßnahmen in deren Eigenzuständigkeit arbeiten, entstehen Konkurrenzsituationen. Der Bezirk bezahlt in der Regel nichts, funktioniert aber als zusätzlicher Auftraggeber, ohne dass er diese Rolle formal völlig einnehmen kann.

Bei Konflikten stehen die GB\*s zwischen den Bezirksvorstehungen, mit denen sie zusammenarbeiten müssen und dem Stadtratbüro als Auftraggeber. Die GB\*s sind zudem zwar der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung zugeordnet, müssen in ihrer integriert angelegten Arbeitsweise auch bei anderen Geschäftsgruppen „wildern gehen“, um sich nicht zu sehr einzuschränken. Da man als GB\* außerhalb der Magistratsorganisation stehe, sei dies auch einfacher, so Breitfuss. (vgl. Interview Breitfuss 2012)

„Gerade die Partizipation ist immer ressortübergreifend. Daher arbeiten wir hier auch bei großen Entwicklungsmaßnahmen, wie z.B. dem Nordwestbahnhof, mit der MA 18 und der MA 21 zusammen, auch wenn das der Stadtrat nicht so gern sieht. Aber wenn wir das Thema nicht übernehmen, wer denn sonst?“ erklärt der Quartiersbüroleiter Zwischenbrücken der Gebietsbetreuung 2./20 Martin Forstner. (Interview Forstner 2012)



---

Der fachliche Austausch der GB\*s wird formell über den GB\*-Jour Fixe der MA25 organisiert. Diese Jour-Fixe Veranstaltungen sind in erster Linie Informationsveranstaltungen zu neuen Richtlinien z.B. zur Öffentlichkeitsarbeit oder zu Abläufen. Viel wichtiger ist der informelle Austausch der einzelnen GB\*s: „Wir sind eine kleine Familie, die Leute kennen sich schon sehr sehr lange und arbeiten schon sehr lange zusammen, es gibt einen regen Austausch unter den Kollegen. Wenn wir das Gefühl haben, so jetzt im 10. Bezirk, die auch an unserem Zielgebiet liegen, dann rufen wir dort an und sagen: Setzen wir uns mal zusammen zu dem und dem Thema. Oder wenn ich eine Idee habe und etwas initiieren will, dann ruf ich den Gerhard Berger an und sag: Du, könnten wir da nicht was machen? Und wenn er das gut findet, dann ruft er einen Termin ein“ erklärt die beauftragte Projektleiterin der Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 11. Bezirk Andrea Breitfuss (Interview Breitfuss 2012)

#### **Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering: GB\*11**

Für die Projektleitung der Gebietsbetreuung GB\*11 ist das Raumplanungsbüro kon-text beauftragt. Seit 2012 übernimmt das Büro auch die Projektleitung für die GB\*3.

Das Büro der GB\*11 liegt in der Lorystraße 35-37, einer Parallelstraße westlich der Simmeringer Hauptstraße.

Insgesamt arbeiten sieben Personen im Team für beide Bezirke, wobei es keine klare Zuteilung zu den einzelnen Bezirken gibt.

Der 3. und der 11. Bezirk sind zwar nicht direkt mit einander verbunden, aber in der Mitte liegt das Zielgebiet St. Marx, weshalb die Zusammenlegung aus Sicht der beauftragten Projektleiterin der Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 3. und 11. Bezirk, Andrea Breitfuss, durchaus sinnvoll ist. (vgl. Interview Breitfuss 2012)

In den 35 Jahren in den es die Gebietsbetreuung in Wien gibt, haben sich die Betätigungsfelder sukzessive verändert. Vor allem die Sanierungsberatung hat im Aufgabenspektrum der GB\*s an Bedeutung verloren, da die Stadt seit den 1970er Jahren schon sehr viel saniert hat.

Im Jahr 2011 arbeitet die GB\*11 an folgenden Projekten (vgl. MA 25 2012):

- Attraktivierung der Simmeringer Hauptstraße
- Barrierefrei im Grätzel (Ausstellung)
- Beteiligungsprozess Spielplatz „Zug und Bahn“
- Informationsoffensive Wohnhaussanierung
- Mehrwert Sanierungsinitiative Schneiderviertel: Begehungen, Grätzelspaziergänge, Aktionen im öffentlichen Raum, Events etc.

- Partizipationsprozess Umgestaltung Braunhuberpark
- Stadtteilmanagement Simmering: Simmeringer Forum, Strategien für ein aktives Bezirkszentrum, Runde Tische, Straßen- und Grätzelfest, etc.
- „Was ihr wollt“ – Befragung Wohnumfeld Fuchsröhrengelände

Prinzipiell werden alle Maßnahmen der GB\*11 den lokalen Gegebenheiten der Gebiete angepasst. Als Grundlage für die Konzepterarbeitung hat das Team der GB\* 11 zu Beginn ihrer Arbeit im Bezirk das gesamte Stadterneuerungsgebiet untersucht. Dafür werden statistische Daten gesammelt und in thematischen Karten aufbereitet. Diese Erhebungen sind jedoch nicht veröffentlicht, sondern dienen ausschließlich als interne Arbeitsunterlagen.

Das Problem liegt dieser Erhebungen darin, dass die Daten der letzten Volkszählungen im Jahr 2001 nur teilweise fortgeschrieben werden. Diese Daten müssen die GB\*s von der MA18, die nicht derselben Geschäftsgruppe wie die GB\*s angehören, anfragen. Dies funktioniert mehr oder weniger gut. Dementsprechend verfügen nicht alle GB\*s über dieselbe Datengrundlage. Der Bezirk selbst erhebt keine Daten und in der Regel sind hierfür auch keine Mittel vorgesehen. Teilweise können aber über politische Kontakte Daten organisiert oder beauftragt werden.

Wichtig ist jedoch, dass die Daten auf Baublockebene vorliegen, da viele soziale Prozesse, die sich im Raum ablesen lassen, sehr kleinmaßstäblich sind. Alle Daten, die über der Baublockebene verfügbar sind, dienen lediglich als Vergleichsmaßstab.

Qualitative Erhebungen werden bisher nur projektbezogen durchgeführt, und dann auch nicht im Sinne einer Vergleichbarkeit, sondern eher um Bedarfe und Kritikpunkte abzufragen. (vgl. Interview Breidfuss 2012)

Breite Beteiligungsverfahren sind auf der Bezirksebene in Wien allgemein eher schwierig. Dies hängt mit dem Selbstverständnis und den relativ geringen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bezirke in Wien zusammen.

Diese ohnehin geringen Entscheidungsspielräume teilen die Bezirkspolitiker sehr ungern mit den Bürgern. Bei kleinräumigen, klar definierten Maßnahmen, wie einer Parkumgestaltung, sei eine Bürgerbeteiligung im 11. Bezirk jedoch kein Problem. Quartiersfonds oder eine Lokale Agenda-Gruppe, wie in anderen Bezirken, gebe es hier aber nicht, erklärt Frau Breidfuss. (vgl. Interview ebd. 2012)

Auf die Frage zur finanziellen Ausstattung der GB\*s entgegnet Frau Breidfuss: „Man kann immer mehr haben, und man kann nie genug Soziale Arbeit haben, aber wenn wir uns international umschaun, geht’s uns wunderbar.“ (Interview ebd. 2012)

Anträge z.B. für EU-Förderungen können durchaus gestellt werden, wenn die GB\*s Zusatzprojekte machen wollen. Sie müssen es aber nicht, was aus der Sicht von Frau

---

Breitfuss ein großer Vorteil ist: Der administrative Aufwand für die Antragstellung erweist sich als geringes Problem.

Förderungen von verschiedenen Stellen mit eigenen Kriterien schränken den Handlungsspielraum jedoch deutlich ein. Zusätzlich müssen Abweichungen vom Konzept, oder vom Budget, mit einem hohen administrativen Aufwand begründet werden. „Und da fragt man sich: Ist es sinnvoll für ein relativ kleines Budget so viel Administrationsaufwand zu erzeugen, um relativ wenig umsetzen zu können.“ (Interview ebd. 2012)

Sachmittel werden hin und wieder auf Anfrage, für die Arbeit der GB\*11 bereitgestellt, je nachdem, ob die Bezirksvorstehung das Projekt als sinnvoll erachtet oder nicht. Im Gegenzug fragt der Bezirk z.B. auch Bürgerbeteiligungen nach. Falls diese ins Jahreskonzept und ins Budget passen werden sie durchgeführt, falls nicht als Zusatzleistung angeboten. Man habe aber auch die Möglichkeit Anfragen des Bezirks abzulehnen. (vgl. Interview ebd. 2012)

Allgemein ist das Verhältnis zwischen der GB\*11 und der Bezirksvorstehung gut und entspannt. Die GB\*11 hat große Freiheiten in der Umsetzung ihrer Arbeit. Gleichzeitig stehe man im regelmäßigen Kontakt, sowohl formell mindestens alle drei Monate als auch anlassbezogen. (vgl. Interview ebd. 2012)

Mit den anderen sozialraumrelevanten Institutionen in Simmering wie z.B. Schulen, der Regionalstelle der MA 17-Ost, dem wohnpartner oder dem Einkaufsstraßenverein arbeitet die GB\*11 im Rahmen von verschiedenen Projekten zusammen.

Die Zusammenarbeit erfolgt teilweise aus pragmatischer Sicht, da insbesondere die Sachmittel der GB\* begrenzt sind. Außerdem bekommen interdisziplinäre Projekte eine besondere Dynamik und sind breiter im Quartier verankert.

Für gemeinsame Abstimmung finden projektbezogene Runde Tische zu verschiedenen Themen statt, um gemeinsame Sichtweisen auf ein Gebiet herzustellen. Hier arbeiten z.B. wirtschaftsbezogene Akteure wie der Einkaufsstraßenverein, die Wirtschaftskammer, der Manager vom EKZ, die Bezirksvorstehung und die MA 17 oder sozialbezogene Akteure wie die Parkbetreuung, die Volkshochschule und die Musikschule. Diese Runden Tische funktionieren aus Sicht von Frau Breitfuss gut.

Für das Projekt „Zentralraum Simmering“ werden alle Institutionen, die in diesem Gebiet tätig sind, zu einem Expertenforum eingeladen.

Zusätzlich gibt es 3-4 Mal pro Jahr das Regionalforum, an dem viele Institutionen aus dem Bezirk teilnehmen. Hier werden der aktuelle Stand im Bezirk reflektiert und gemeinsame Projekte abgestimmt. (vgl. Interview ebd. 2012)

### 7.2.3.2 wohnpartner- Nachbarschaftsservice im Gemeindebau:

Seit 2010 wird der „wohnpartner - Nachbarschaftsservice in städtischen Wohnhausanlagen“ (wohnpartner) als Geschäftsbereich des Wohnservice Wien organisiert. Die Hauptzielsetzung von wohnpartner ist es „mit den Bewohnerinnen und Bewohnern das nachbarschaftliche Miteinander, die Wohnzufriedenheit und die Lebensqualität im Wiener Gemeindebau zu stärken und zu verbessern“ (wohnpartner 2012b: 3)

Von 2002- 2010 wird dieses Handlungsfeld von externen Beauftragten der „Gebietsbetreuung neu“ bearbeitet.

*Beobachtungen bei der Recherche: Informationen zu Angeboten von wohnpartner, werden in erster Linie auf der offiziellen Homepage dargestellt. Hier findet man einen aktuellen Veranstaltungskalender, eine Foto- und Video Dokumentationen von vergangenen Veranstaltungen, ein Überblick über Programme, die Organisation von wohnpartner auf lokaler Ebene sowie Ordner und ein Dokument zu Grundsätzen von wohnpartner als download.*

#### **Strategische Steuerungsebene Wien**

Der wohnpartner Nachbarschaftsservice in städtischen Wohnhausanlagen ist ein kostenloses Angebot der Stadt Wien und liegt in der Verantwortung der Wohnservice Wien GmbH. Es richtet sich exklusiv an Mieter im Gemeindebau und steht damit rund einem Viertel der Wiener Bevölkerung zur Verfügung. (vgl. [www.wohnpartner-wien.at](http://www.wohnpartner-wien.at))

wohnpartner gehört zur Wohnservice Wien Ges.m.b.H. Die Wohnservice Wien ist eine 100% Tochtergesellschaft der Stadt Wien. Auftraggeber ist die MA 25- Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung. Die Dienstleistungen der wohnpartner werden aus öffentlichen Mittel finanziert (vgl. Anfrage wohnpartner 2012a)

Die Umstrukturierung der „Gebietsbetreuung- neu“ mit externen Beauftragten hin zu einem eigenen Geschäftsbereich wohnpartner beim Wohnservice Wien erfolgt auf politischen Wunsch, da dadurch ein wienweit einheitliches städtisches Programm einfacher organisiert werden kann. Eine strategische Zusammenarbeit mit den GB\* gibt es seither aber nicht mehr in der Form, als der Bereich noch vollständig von der MA 25 organisiert wird. Auf diese Schwachstelle hat auch der Rechnungshof hingewiesen. Auf lokaler Ebene arbeiten GB\*s und wohnpartner aber durchaus zusammen, erklärt der zuständige Sachbearbeiter für Stadterneuerungsprogramme der Magistratsdirektion- Stadtbaudirektion- Gruppe Hochbau Gerhard Berger. (vgl. Interview Berger 2012)

„Man hat auch den Bedarf gesehen, dass langfristige Gemeinwesenarbeit eben Jahre braucht. Bei den damaligen 3-Jahres-Rhythmen war sehr schwierig: 3 Jahres--Rhythmen

---

angesehen hat. Man hat überhaupt erst ein Jahr gebraucht, um das Feld kennenzulernen, ein Jahr hat man gearbeitet und ein Jahr hat man letztendlich an den Abschlussberichten gearbeitet, mit dem Ziel wieder einen neuen Auftrag zu akquirieren. Durch die derzeitige Organisation Gemeindebaubetreuung durch den wohnpartner können eher langfristige Beziehungen aufgebaut und langfristig Wissen über einen gewissen Sozialraum bei einer Institution gebündelt werden.“ erläutert der stellvertretende Leiter des wohnpartner- Teams 3./4./11. Jürgen Neuhuber. (Interview Neuhuber 2012)

wohnpartner beschäftigt derzeit rund 145 Experten und verfügt wienweit über 19 Geschäfts und Beratungslokale. Die Teams sind meist für die Betreuung mehrerer benachbarte Bezirke zuständig, wie z.B. 3./4./11., 1./2./8./9./20., 5./6./7./12., 13./23., 14./15./16., 17./18./19., 21., 22. (vgl. [www.wohnpartner-wien.at](http://www.wohnpartner-wien.at))

Die Aufteilung der Bezirke orientiert sich an der Organisationsform der Kundendienste von Wiener Wohnen.

Die wohnpartner- Tätigkeiten zur Verbesserung der Lebensqualität in den Gemeindebauten beruhen auf drei Säulen (vgl. wohnpartner 2012b: 5-9):

- *Gemeinwesenarbeit*, im Sinne der Initiierung von ergebnisoffenen Prozessen, der Förderung von Partizipation und Demokratiebewusstsein, aufsuchender Sozialarbeit, dezentralen Räumlichkeiten und niedrigschwelligen Begegnungssituationen.
- *Konfliktarbeit*, durch die Beratung, Vermittlung und Unterstützung bei Konflikten zwischen den Bewohnern sowie Mediationen
- Überregionale und ressortübergreifende Vernetzung zur Festlegung von gemeinsamen Strategien.



Abbildung 101: Logo und Tätigkeitsbereiche des wohnpartner Nachbarschaftsservice

Die Arbeitsprinzipien von wohnpartner liegen in:

- *allparteilichem Vorgehen* im Sinne einer aktiven Vertretung von Interessen und Bedürfnissen aller Betroffenen in einem Gebiet.

- *sozialräumlicher Orientierung*, mit dem Ziel ergebnisoffene Prozesse zu initiieren und zu begleiten, in denen die Bewohner selbst Lösungen erarbeiten können, die ihren Bedürfnissen entsprechen.
- *der Stärkung und Unterstützung der vorhandenen Kompetenzen der Bewohner* und der Aktivierung weiteren Ressourcen im Gebiet, im Sinne eines Empowerment.
- *einem kooperativen und respektvollen Umgang* mit den Bewohnern  
(vgl. wohnpartner 2012b: 8)

Aktuell werden u.a. folgende Projekte auf gesamtstädtischer Ebene durchgeführt:

- *„Energiepartner von Nebenan“*, Schulungen für energieeffiziente Haushaltsführung
- *„Willkommen Nachbar“*, in Form von „Buddys“, die die Zugezogenen in das Leben in ihrem Gemeindebau einführen oder in Form von Begrüßungsveranstaltungen
- *„Gemeinsam schlau im Gemeindebau – Lernhilfe“*, Nachhilfe im Gemeindebau für alle Kinder von 8-15 Jahren, durch ausgebildete VHS-Lehrerinnen
- *Gemeindebauchöre*
- *Schachpartien*
- *„Selber Garteln im Wiener Gemeindebau“*
- *„Urlaub im Gemeindebau“*, Freizeitaktivitäten für Gemeindebaummieter während der Ferienzeit
- *„Treffpunkt Gemeindebau“*, zur Förderung der Integration von Gemeindebaubewohnern mit Migrationshintergrund
- *„wohnpartner unterwegs“*, wohnpartner –Teams suchen in den Abendstunden zwischen Mai und Oktober die Gemeindebauten auf, um Konflikte zu schlichten und die Gemeinschaft zu fördern. . (vgl. [www.wohnpartner-wien.at](http://www.wohnpartner-wien.at))

Die Finanzierung der Aktivitäten erfolgt projekt- und nicht gebietsbezogen. Die Projekte werden im Zuge der Erarbeitung von Jahresplänen entwickelt und abgestimmt. Auch die Grundsätze und Arbeitsweisen von wohnpartner werden innerhalb der Organisation festgelegt.

Statistiken zur sozialen Lage der Bewohner zu Forschungs- und Analysezwecken existieren nicht.

Evaluierung und das Monitoring der Arbeit und Projekte erfolgt über interne Reflexionsrunden und Projektberichte. Auf Basis dieser Projektberichte wird die Arbeit von wohnpartner weiterentwickelt. Hierfür gibt es ein eigenes Team zur fachlichen Entwicklung und Qualitätssicherung.

Der Austausch der Kollegen auf gesamtstädtischer Ebene erfolgt über Klausurtagungen, Austauschforen und Workshops. (vgl. Interview Neuhuber 2012)

---

### **Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering: wohnpartner 3/4/11**

Im Team der wohnpartner 3./4./11. sind 14 Mitarbeiter beschäftigt.

Das Team betreut im

- 3. Bezirk rund 3000 Wohneinheiten
- 4. Bezirk rund 1000 Wohneinheiten
- 11. Bezirk rund 14.000 Wohneinheiten mit ca. 40.000 Mietern

Das Kundendienstzentrum befindet sich in der Simmering Hauptstraße in Simmering (4x pro Woche geöffnet), eine weitere Außenstelle wird in der Rabengasse im 3. Bezirk eingerichtet (2x pro Woche geöffnet).

Das Simmeringer Kundendienstzentrum ist eher mäßig frequentiert, da viele Gemeindebauten außerhalb z.B. am Leberberg liegen. Daher bietet das wohnpartner –Team auch „offene Sprechstunden“ in den Gemeindebauten an. Auf Außenterminen sind die wohnpartner – Teams an großen Taschen mit wohnpartner-Logo erkennbar.

Rund 70% der Konfliktarbeit behandelt um Lärmbeschwerden, die durch unterschiedliche Lebensweisen und Erwartungshaltungen in den Gemeindebauten entstehen. Hier arbeitet das Team vor allem mit den Instrumenten Mediation und Pendelmoderation. Eine weitere Herausforderung stellen Konflikte zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen dar. Hier gilt es für das wohnpartner- Team, die Geschichte und Bedeutung der Gemeindebauten zu vermitteln und für Akzeptanz zu werben.

Die Teams arbeiten in den Gemeindebauten teilweise auch im Rahmen von „Schwerpunktanlagenarbeit“. Dies sind langfristig angelegte Prozessen der Gemeinwesenarbeit mit einer Zeitdauer von 3-5 Jahren. Dabei werden, durch aktivierende Befragungen und Grätzelspaziergänge, die Handlungsbedarfe abgefragt sowie gleichzeitig mögliche Ressourcen bei den Bewohnern untersucht und vernetzt. Das Ziel liegt jedoch darin, den Gemeindebau zu stabilisieren und nicht permanent zu betreuen.

Zwischen den wohnpartnern-unterwegs, die für aufsuchende Sozialarbeit in den Abendstunden auf den Grundstücken der Gemeindebauten zuständig sind und den FAIR-PLAY-TEAMS, die ebenfalls im öffentlichen Raum und in Parkanlagen unterwegs sind, herrscht eine intensive Zusammenarbeit.

Auch mit den anderen Institutionen in Simmering ist das wohnpartner-Team, über das Regionalforum, und im Bedarfsfall auch informell, gut vernetzt. Weitere wichtige Partner sind das Unternehmen Wiener Wohnen, welches die Gebäude städtischen Wohnbauanlagen betreut sowie der Fonds Soziale Wien, der hinzugerufen wird, wenn sich ältere Personen im Gemeindebau nicht mehr selbst versorgen können oder wenn der Verdacht auf psychische Erkrankungen besteht. (vgl. Interview Neuhuber 2012)

### 7.2.3.3 MA 17 Integration und Diversität

Die „Magistratsabteilung 17 – Integration und Diversität“ (MA 17) ist eine sehr junge Magistratsabteilung. Sie besteht erst seit dem Jahr 2006. Ihr Aufgabenbereich liegt in der Information, Beratung und Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund und in der Förderung des Miteinanders von einheimischen und zugewanderten Menschen

Die MA 17 bildet die Nachfolgeinstitution des Wiener Integrationsfonds, der von 1996 bis 2007 mit diesem Aufgabenbereich betraut war. Derzeit existieren 5 Regionalstellen, welche die Integrationsarbeit in den Bezirken begleiten.

*Beobachtungen bei der Recherche: Auf den Webseiten der MA 17, die ein Bestandteil der offiziellen Homepage der Stadt Wien bilden, finden sich strategische Dokumente zur Integrations- und Diversitätspolitik der Stadt, zwei Berichte zum Integrations- und Diversitätsmonitoring, welche in Kooperation mit der MA18- Stadtentwicklung und Stadtplanung erstellt wurden, sowie Informationen zu Sprachkursen, Förderungen und Projekten der MA 17. Die aktuellen Tätigkeiten der einzelnen Regionalstellen sind nicht dargestellt.*

#### **Strategische Steuerungsebene Wien**

„Damals, das war noch im 20. Jahrhundert, als die MA 17 noch Wiener Integrationsfonds hieß, da haben wir (die Gebietsbetreuungen Stadterneuerung und die Magistratsdirektion- Baudirektion) eigentlich sehr intensiv zusammengearbeitet. Aber die MA 17, die es jetzt seit ca. 6 Jahren gibt, ist eher eine zentralisierte Einheit. Der Wiener Integrationsfonds war genauso dezentralisiert wie die Wiener Gebietsbetreuung, dadurch hat es sich angeboten, Kooperationen aufzubauen. Aber nachdem die MA 17 jetzt wesentlich zentralisierter arbeitet und nicht mehr so vor Ort ist, ist der Kontakt nicht mehr so intensiv.“ erklärt Gerhard Berger, der zuständige Sachbearbeiter für Stadterneuerungsprogramme der Magistratsdirektion- Stadtbaudirektion. ( Interview Berger 2012)

„Der Wiener Integrationsfonds hatte zwar die gleiche Zielgruppe, aber einen ganz anderen Arbeitsauftrag und einen ganz anderen Rahmen. Und hat sich bei der Umstrukturierung zur MA 17 hat sich das sehr stark verändert. Einige Kollegen, die vor der Umstrukturierung dabei waren, tun sich jetzt noch schwer mit den starken Veränderungen. Früher hatten wir kleine Zweigstellen mit Parteienverkehr und selbstorganisierten Kursen.“ erläutert die Leiterin der Regionalstelle MA 17 – Ost Imola Galvàscy „Dann folgte die Trennung, und ungefähr die halbe Mannschaft wird der Zentrale zugeordnet, die andere den zwei Regionalstellen. Alles, was Beratung und Deutschkurse angeht, wird ausgelagert. Heute ist bei der MA 17 die Organisation klar getrennt zwischen theoretischer und administrativer Arbeit, wie Grundlagenforschung, Leitbildentwicklung, Moni-



---

toring und Förderungen in der Zentrale , und der praktischen Feldarbeit in den mittlerweile fünf Regionalstellen“ (Interview Galvacsy 2012)



Abbildung 102: Wiener Integrationskonzept: Fundament, Eckpfeiler und Dach

Die Arbeit der MA 17 basiert auf dem Wiener Integrationskonzept, das 6 Punkte mit verschiedenen Maßnahmenbündeln enthält (vgl. Abbildung 102):

1. Das Fundament bilden Sofort-Maßnahmen direkt nach der Ankunft der Migranten in Wien. Bei ihrer Anmeldung in Wien bei der MA 35- Einwanderung, Staatsbürgerschaft und Standesamt, werden die Einwanderer direkt zum Start-Couching „Start Wien“ im selben Gebäude weitergeleitet. Dort gibt es Informationen in 15 Sprachen zu allen erdenklichen Problemstellungen wie z.B. Wohnen, Gesundheit, Bildung, Arbeiten usw. Eine weitere wichtige Anlaufstelle ist das Beratungszentrum für Migrantinnen und Migranten im 1. Bezirk. Das Zentrum ist nicht Bestandteil der Verwaltung. Daher können sich hier auch Migranten ohne Aufenthaltsgenehmigung vertrauensvoll beraten lassen, ohne dass dies die Mitarbeiter weitermelden müssen. Hier sind auch Informationen zu Sprachkursen und Ausbildungsmöglichkeiten erhältlich. Das Beratungszentrum wird von anderen Institutionen, wie dem AMS, waff und der Stadtverwaltung gut vernetzt. (vgl. Interview Galvacsy 2012)
2. Eckpfeiler „Sprache“: Die MA 17 fördert Sprachkurse für Zuwanderer in Form von Bildungsgutscheinen, aber auch in besonders niedrigschwelligen Angeboten wie „Mama lernt Deutsch“- Sommersprachkurse für Kinder von 7-14 Jahren, Lernhilfe und Elternbildung. Ein Großteil dieser Angebote wird von dem extern beauftragten Verein Interface organisiert.([www.wien.gv.at/integrationskonzept](http://www.wien.gv.at/integrationskonzept))

3. Eckpfeiler *„Bildung und Arbeit“*: Zur Förderung der Bildungs- und Arbeitsmarktchancen stehen im Beratungszentrum für Migrantinnen und Migranten Informationsangebote in verschiedenen Sprachen zur Verfügung.
4. Eckpfeiler *„Zusammenleben“*: Zur Förderung des Miteinanders innerhalb der gesamten Wiener Bevölkerung bietet die MA 17 interkulturelle Projektarbeit vor Ort an über fünf Regionalstellen an. Die Projektarbeit steht jedes Jahr unter einem neuen Motto. Dieses lautet 2012 *„Partizipation“*, 2013 *„Mehrsprachigkeit“*. ([www.wien.gv.at/integrationskonzept](http://www.wien.gv.at/integrationskonzept))
5. Die Regionalstellen arbeiten vor allem mit Kulturvereinen und Religionseinrichtungen, aber auch mit anderen sozialraumrelevanten Institutionen in den Bezirken zusammen, wie z.B. Gebiets- und Parkbetreuungen, Polizei, Sozialstellen oder Schulen. *„Bassengespräche“* im öffentlichen Raum bieten zusätzlich niedrigschwellige Möglichkeiten zur Meinungsabfrage und zum Informationstausch mit der Bevölkerung.  
Erwähnenswert erscheint das niedrigschwellige Integrationsprojekt *„Sei dabei“*: Hier werden Initiativen von Privatpersonen und Vereinen zur Förderung des Zusammenlebens in der Nachbarschaft oder in Parkanlagen, wie z.B. Hoffeste, Picknicks, Tauschaktion mit bis zu 300€ Förderung unbürokratisch unterstützt. Jeder kann sich mit Ideen für Initiativen an das Projektbüro Sei dabei im 3. Wiener Gemeindebüro wenden. Die Förderungen werden nach dem Windhund-Prinzip vergeben und als Gegenleistung müssen die Förderungswerber Bilder von den Aktionen auf die Homepage von *„Sei Dabei“* laden. ([www.seidabei-wien.at](http://www.seidabei-wien.at))
6. Eckpfeiler *„Messbarkeit“*: Nach dem ersten Diversitätsmonitoring im Jahr 2008, wird 2012 der zweite Bericht mit Indikatoren und Kennziffern zu den Bereichen Integration und Gleichstellung in Wien veröffentlicht und Entwicklungen gemessen. Die einzelnen Themenfelder des Diversitätsmonitorings liegen in Bildung und Ausbildung, Beteiligung am Arbeitsmarkt, Einkommenslage und Wohnraumversorgung. Im Allgemeinen werden diese Erhebungen auf die Gesamtstadt Wien bezogen. Im zweiten Diversitätsmonitoring werden jedoch in Zusammenarbeit mit der MA 18 einige thematische Karten auf Basis der Stadtgebietstypen erstellt. Ein weiteres wichtiges Themenfeld bieten Erhebungen zur Umsetzung der Diversitäts- und Integrationspolitik in der Stadtverwaltung der Stadt Wien (vgl. Abbildung 103). (vgl. MA 17 2012)
7. Das Dach des Integrationskonzepts bildet das *„Bündnis für Integration und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“*. Dieses Bündnis soll laut einem Video der zuständigen Stadträtin, ein breites Verständnis einer bunten Gesellschaft und gegen Rassismus in Wien verankern. Wer an diesem Bündnis teilnimmt und wie es organisiert ist, geht aus den Darstellungen auf den Webseiten der MA 17 nicht hervor

Die Öffentlichkeitsarbeit der MA 17 erfolgt zentralisiert auf der offiziellen Homepage der Stadt Wien. Die Regionalstellen haben keine eigenen Webseiten.

Finanziert werden die Personalkosten der MA 17 aus dem Haushalt der Stadt Wien. Die MA 17 verfügt jedoch über kein eigenes Budget mit dem sie wirtschaften kann. Dement-

sprechend sind die Möglichkeiten, insbesondere bei der Öffentlichkeitsarbeit und bei der Arbeit in den Bezirken, relativ beschränkt.

Die Zusammenarbeit zwischen den fünf Regionalstellen, aber auch zwischen der Zentrale und den Regionalstellen, ist nach Meinung von Frau Galvacsy, durchaus noch ausbaufähig. Da die Magistratsabteilung noch nicht lange existiert, sei vieles noch nicht definiert. Teilweise bestehen in einzelnen Regionalstellen auch Vorbehalte, sich über ihre Arbeit und ihre Erfahrungen auszutauschen. (vgl. Interview Galvacsy 2012)

Handlungsfeld	Diversitätsmonitor: Abteilungen/Einrichtungen
<b>Gleichstellung &amp; Partizipation</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• MA 3 Bedienstetenschutz und berufliche Gesundheitsförderung</li> <li>• MA 17 Integration und Diversität</li> <li>• MA 21 A und B Stadtteilplanung und Flächennutzung</li> <li>• MA 35 Einwanderung, Staatsbürgerschaft, Standesamt*</li> <li>• MA 57 Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten*</li> </ul>
<b>Bildung, Aus- und Fortbildung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• MA 10 Wiener Kindergärten*</li> <li>• MA 11 Amt für Jugend und Familie*</li> <li>• VHS Wiener Volkshochschulen*</li> <li>• SSR Stadtschulrat Wien</li> </ul>
<b>Beschäftigung &amp; Arbeitsmarkt</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• MA 36 Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten, Feuerpolizei und Veranstaltungswesen</li> <li>• MA 59 Marktamt*</li> <li>• MA 63 Gewerbeswesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens</li> <li>• waff Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds*</li> <li>• WIAG Wirtschaftsagentur Wien*</li> </ul>
<b>Einkommen &amp; soziale Sicherung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• MA 40 Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht</li> </ul>
<b>Gesundheit &amp; Pflege</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• MA 15 Gesundheitsdienst der Stadt Wien*</li> <li>• MA 70 Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien</li> <li>• FSW Fonds Soziales Wien*</li> <li>• KAV Wiener Krankenanstaltenverbund*</li> <li>• KWP Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser</li> </ul>
<b>Wohnen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• MA 25 Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser/Gebietsbetreuungen</li> <li>• MA 50 Wohnbauförderung und Schlichtungsstelle für wohnrechtliche Angelegenheiten*</li> <li>• Wiener Wohnen*</li> <li>• Wohnservice Wien/Wohnpartner*</li> </ul>
<b>Infrastruktur</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• MA 48 Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark*</li> <li>• MBÄ Magistratische Bezirksämter der Bezirke 10, 12, 15, 20</li> <li>• Friedhöfe Wien*</li> <li>• Wiener Linien*</li> </ul>
<b>Kultur &amp; Freizeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• MA 13 Bildung und außerschulische Jugendbetreuung*</li> <li>• MA 42 Wiener Stadtgärten*</li> <li>• MA 44 Bäder*</li> <li>• stadt wien marketing</li> </ul>
<b>Öffentlicher Raum, Zusammenleben &amp; soziales Klima</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• MA 18 Stadtentwicklung und Stadtplanung</li> <li>• MA 53 Presse- und Informationsdienst</li> </ul>

\* Ergebnisse mit im Erstmonitor 2009 ausgewiesenen Entwicklungsstand direkt vergleichbar.

**Abbildung 103: Diversitätsmonitoring innerhalb der Institutionen der Stadt Wien**

### **Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering: Regionalstelle MA 17 - Ost**

Die Regionalstelle MA 17-Ost gehört zu den kleineren der fünf Regionalstellen. Sie betreut den 3., 11. und 20. Bezirk. Die Räumlichkeiten der MA 17-Ost befinden sich in der Haidinger Gasse im 3. Bezirk. Das Büro ist jedoch nicht für den öffentlichen Parteienverkehr geöffnet.

Theoretisch verfügt die Regionalstelle MA 17- Ost über sechs Personalstellen, einige der Mitarbeiter sind zum Zeitpunkt des Interviews durch Karenzen und interne Umstrukturierungsmaßnahmen nicht verfügbar. „Mit sechs Stellen sind wir gut aufgestellt, aber gerade fehlt es an alle Ecken und Enden“, erklärt die Leiterin Galvacsy.

Die alltägliche Arbeit in der Regionalstelle der Mitarbeiter unterscheidet sich in den einzelnen Bezirken sehr, je nach Problemstellungen, Anzahl der Migrantenvereine.

Einen Teil der Arbeit stellen „Bassenagespräche“ mit Ständen auf öffentlichen Plätzen dar. Ziel dieser Bassenagespräche ist es, ein Meinungsbild der Bevölkerung in den Bezirken abzufragen. Auf internen Beschluss verfügen die Mitarbeiter jedoch über keine MA-17 typischen T-Shirts, an denen sie im öffentlichen Raum erkennbar sind. Der Schirm des mobilen Standes ist jedoch mit „MA 17“ gekennzeichnet. Informationsveranstaltungen, z.B. zum Thema Frauengesundheit oder Bildung, sowie die Vernetzungsarbeit bei Vereinen und religiösen Organisationen bilden den zweiten großen Teil der Arbeit der Regionalstelle MA 17-Ost. Weitere Arbeitsschwerpunkte bilden Regionalprojekte z.B. in Zusammenarbeit mit Schulen oder anderen Institutionen der Stadt Wien.

„Wir arbeiten aber nicht auf Ebene von Einzelpersonen weil das ressourcentechnisch gar nicht möglich ist. Unsere Hoffnung bzw. Zielsetzung ist es, dass die Arbeit auf Organisationsebene nach unten durchsickert.“ (Interview Galvacsy 2012)

Die Regionalstellen dokumentieren ihre Arbeit sowohl projektbezogen in Form eines Projektbogens, vor allem wenn ein finanzieller Aufwand an Sachmitteln entsteht, sowie bezirksweise in Halbjahres- und Jahresberichten. Diese werden jedoch nicht veröffentlicht. Für Projekte, die mit Fördermitteln finanziert werden, erstellen die Mitarbeiter der Regionalstellen einen Bericht.

Im Bezirk Simmering nehmen die Mitarbeiter der MA 17- Ost regelmäßig am Regionalforum teil und agieren häufig als Kooperationspartner von anderen Bezirkseinrichtungen wie z.B. der Gebietsbetreuung, der Parkbetreuung Balu & Du oder dem Einkaufsstraßenverein in Arbeitsgruppen.

Simmering ist aus Sicht von Frau Galvacsy ein ganz normaler Wiener Bezirk. Aber gerade die Situation im Flüchtlingsdorf Macondo stellt für alle beteiligten Institutionen eine große Herausforderung dar. (vgl. Interview Galvacsy 2012)

---

#### 7.2.3.4 Jugend- und Parkbetreuung / Fair-Play- Teams

Die Wiener Parkbetreuung ist ein aktivierendes, freizeitpädagogisches, kostenloses Betreuungsangebot in über 130 Parks in allen Wiener Gemeindebezirken. Die Zielsetzung der Wiener Parkbetreuung liegt in einem „konfliktfreieren Zusammenleben unterschiedlicher Generationen im öffentlichen Raum“. Es richtet sich an Kinder von sechs bis dreizehn Jahren und Jugendliche. ([www.wien.gv.at/park](http://www.wien.gv.at/park))

Seit 2010 wird die Parkbetreuung durch das Kommunikationsprojekt „FAIR-PLAY-TEAM“ ergänzt. Das FAIR-PLAY-TEAM soll ein gutes Miteinander und die Bewältigung im öffentlichen Raum unterstützen. Das kostenlose, aufsuchende Sozialangebot richtet sich sowohl an Kinder, Jugendliche und Erwachsene, besonders an Anrainer und Nutzer von Parks und Grünanlagen. (vgl. [www.wien.gv.at/fair-play](http://www.wien.gv.at/fair-play))

*Beobachtungen bei der Recherche: Die Rahmenbedingungen und Zielsetzungen der Parkbetreuung und der Fair-Play-Teams sind ausführlich und prägnant in strategischen Konzepten der MA 13 dargestellt.*

#### **Strategische Steuerungsebene Wien**

Die Parkbetreuung ist Anfang der 1990er Jahre aus der Spielmobil-Bewegung und den Aktivitäten der Kinderfreunde<sup>11</sup> hervorgegangen. Die Stadt Wien war hier Vorreiter und ist bis heute eine der wenigen Städte in Europa, die eine Parkbetreuung langfristig und flächendeckend finanziell unterstützt. Ein Grund für das Engagement der Stadt lag auch in dem weitverbreiteten Vandalismus in Parkanlagen zu dieser Zeit. (vgl. Interview Nollinger 2012)

Das Handlungsfeld der außerschulischen Kinder- und Jugendbetreuung liegen in Wien im Aufgabenbereich der Bezirke mit vollem Entscheidungsrecht. Diese übernehmen, neben der Auswahl der durchführenden Vereine, auch die Finanzierung der Jugend- und Parkbetreuung. (vgl. [www.wien.gv.at/entscheidungsrecht](http://www.wien.gv.at/entscheidungsrecht) 2013; [www.wien.gv.at/fair-play](http://www.wien.gv.at/fair-play))

Auf gesamtstädtischer Ebene ist die Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport, genauer bei der MA 13 - Bildung und Jugendbetreuung für Jugend- und Parkbetreuung sowie der FAIR-PLAY-TEAMS für die Prüfung der pädagogischen Jahresplanungen und der finanziellen Konzepte zuständig.

Die Durchführung der Parkbetreuung in den 23 Wiener Gemeindebezirken übernehmen derzeit 18 gemeinnützige Vereine mit insgesamt über 400 Mitarbeitern. 20% dieser Mitarbeiter verfügen über einen Migrationshintergrund, 65% sind weiblich. Die Vereine werden jeweils für eine Laufzeit von 2 Jahren beauftragt. (vgl. MA 13 2012b: 2-4)

<sup>11</sup> SPÖ-nahe Interessenvertretung von Kindern, Jugendlichen und Familien

Die Parkbetreuung ist ein nicht-kommerzielles, stadtteilbezogenes, niedrighschwelliges Angebot der aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit. Ihre Zielsetzungen liegen in der Verbesserung der Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen in ihrem Aktionsraum durch (MA 13 2012b: 5):

- Erweiterung der Handlungsspielräume  
(durch individuelle Förderung und Arbeit an gesellschaftlichen Strukturen)
- Unterstützung bei der Aneignung des öffentlichen Raums  
(in räumlicher und sozialer Hinsicht)
- Förderung der Gesundheit  
(körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden gemäß WHO-Definition)
- Verbesserung des sozialen Klimas im öffentlichen Raum  
(gegenseitige Akzeptanz der verschiedenen Nutzer, subjektives Sicherheitsgefühl etc.)
- Förderung von Gleichstellung, sozialer Gerechtigkeit  
(Gender Mainstreaming und Diversitätspolitik)

Durch sinnvolle Freizeitangebote soll die Konfliktlösungskompetenz der Kinder und Jugendlichen verstärkt werden und präventiv gegen Vandalismus, Gewalt und Drogenabhängigkeit wirken. Zusätzlich soll die Parkbetreuung außerschulische Lernprozesse unterstützen und soziale Kompetenzen erweitern

Die wesentlichen Zielgruppen der Parkbetreuung sind Kinder im Alter von sechs bis dreizehn Jahren, Jugendliche sowie Eltern, Senioren und andere Personenkreise, die sich in den Parks und den Aktionsorten aufhalten.

Die Parkbetreuung erfolgt je nach Bezirk saisonal oder ganzjährig. Angebote finden meist zwei- bis dreimal wöchentlich, für jeweils drei Stunden, an verschiedenen Aktionsorten statt. In der kalten Jahreszeit werden die Angebote häufig reduziert und finden teilweise in speziellen Kinder- und Jugendräumen statt.

Die angebotenen Aktivitäten reichen von Gruppenspielen, Basteln und Werken über Ausflüge bis hin zu Exkursionen und Festen. Die Teilnahme an den Angeboten ist freiwillig und beruht auf der Vertrauensbasis zwischen den Kindern und den Mitarbeitern.

Die grundlegenden Arbeitsprinzipien der Parkbetreuungen bilden u.a. die Lebenswelt-, Sozialraum-, Ressourcen- und Gemeinwesensorientierung, die Partizipation und die Niedrighschwelligkeit.

Die Arbeitsmethoden liegen in der Animation und Aktivierung zur Teilnahme am öffentlichen Leben, pädagogischer Gruppen- und Projektarbeit, Gesprächen und Konfliktmoderation, Beratung und Weitervermittlung der Kinder und Jugendlichen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Kooperation im Bezirk.

---

Die Basis der Arbeit der Parkbetreuungen bilden jahresbezogene Detailkonzepte, in denen die Vereine ihre kurzfristigen und langfristigen Ziele in Bezug auf die sozialen und räumlichen Rahmenbedingungen vor Ort konkretisieren. (vgl. ebd.2012b: 4-7)

Seit 2010 sind in 16 Wiener Gemeindebezirken sogenannte „FAIR-PLAY-TEAMS“ in den Abendstunden in Parks und öffentlichen Plätzen von Mai bis September unterwegs. Das Ziel der qualifizierten Zweiertteams ist es, Konflikte im öffentlichen Raum, die aufgrund von unterschiedlichen Bedürfnissen, Interessen und Erwartungshaltungen entstehen, zu entschärfen. Gleichzeitig soll die Kontaktaufnahme mit den Konfliktparteien dazu dienen, für ein respektvolles Miteinander zu werben.

Die aktive Kontaktaufnahme mit den Nutzergruppen bildet die Grundlage für die Arbeit der FAIR-PLAY-TEAMS. Bei den Gesprächen mit der Bevölkerung stehen daher folgende Punkte im Vordergrund:

- Thematisierung der Bedürfnisse im Kontext der lokalen Rahmenbedingungen
- Aktivierung der Zielgruppen
- Begleitung als Ansprechpartner im Wohnumfeld und Miteinbeziehung der Zielgruppen

Die FAIR-PLAY-TEAMS beziehen ihre Arbeit auf alle Personen im öffentlichen Raum, unabhängig vom Alter, insbesondere auch auf die Anrainer von öffentlichen Parks und Plätzen.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der FAIR-PLAY-TEAMS ist die Vernetzung mit anderen Institutionen und strategischen Partnern im Bezirk wie z.B. MA 17 -Integration und Diversität, MA 42 - Wiener Stadtgärten, MA 48 - Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark, MA 51 – Sportamt, MA 55 – Bürgerdienst, Gebietsbetreuung Stadterneuerung, wohnpartner –Nachbarschafts-Service (einschließlich „wohnpartner unterwegs“), Sucht- und Drogenkoordination Wien, Suchthilfe Wien gemeinnützige GmbH (z.B. SAM, ganslwirt), PSD - Psychosozialer Dienst, FSW - Fonds Soziales Wien, Vereine der Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk, Agenda 21, sowie Akteure aus Kultur, Wirtschaft und Politik im Gemeinwesen. (vgl. MA 13 2012a: 3-7)

Im 15. und 11. Bezirk wird das Angebot der FAIR-PLAY-TEAMS bereits aufgrund des Erfolges auf eine ganzjährige Betreuung ausgeweitet.

Die Finanzierung der FAIR-PLAY-TEAMS erfolgt zu 60% über Mittel des Bezirks und zu 40% aus dem städtischen Zentralbudget. (vgl. [www.wien.gv.at/fair-play](http://www.wien.gv.at/fair-play))

### **Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering: Balu und Du**

„Balu & Du - Verein zur Förderung von Kommunikation und Spiel“ (Balu & Du) übernimmt bereits seit 1995 die Durchführung der Jugend- und Parkbetreuung im Bezirk Simmering. Im Balu und Du-Team arbeiten derzeit vier weibliche und vier männliche Mitarbeitern.

Die Tätigkeiten Verein Balu & Du liegen in folgenden Schwerpunkten:

1. Balu und Du, Parkbetreuung für Kinder von 6-13 Jahre
2. Fair-Play-Team, Mediation im öffentlichen Raum
3. Mädchengarten, Freizeitangebot im Garten ausschließlich für Mädchen
4. JUGang, freizeitpädagogische Angebote im Bezirk für Jugendliche ab 12 Jahren

Für die Arbeit der Parkbetreuung und der FAIR-PLAY-TEAMS ist der Bezirk Simmering in 5 Regionen unterteilt, welche sich an den Sozialräumen der Kinder und Jugendlichen orientieren. Hier findet die aufsuchende Betreuungsarbeit in den Aktionsräumen statt, (vgl. [www.parkbetreuung.at](http://www.parkbetreuung.at))

Bei der Planung von Programmen und Aktionen werden die Kinder und Jugendlichen soweit wie möglich eingebunden. Eltern nehmen eher selten Kontakt zum Verein auf.

Eine große Herausforderung im Bezirk Simmering stellt für den Verein die Betreuung der Kinder und Jugendlichen im Flüchtlingsdorf MACONDO dar. Diese sind aufgrund der Lage der Siedlung weitgehend isoliert. Da Gebäude des Familienanhaltezentrum durch die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) und das Bundesministerium für Inneres organisiert werden, fühlt sich keiner für die Gegend dort zuständig.

Beim FAIR-PLAY-TEAM stehen eher Alltagsprobleme wie Lärmbelästigung oder quiet-schende Spielgeräte auf dem Programm. Teilweise sind die Bänke und Tische auch lediglich an ungünstigen Stellen montiert, wodurch sich dann Anrainer gestört fühlen. Hier arbeitet der Verein eng mit der MA 42 und den „wohnpartnern unterwegs“ zusammen. Bei der Arbeit im öffentlichen Raum sind alle Mitarbeiter von Balu & Du durch Vereinskleidung erkennbar.

Als ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist eine Infoplattform Info 11 im Mautner Markhof geplant, die als Anlauf- und Beratungsstelle zu Freizeitaktivitäten, Bildungen und Räumlichkeiten wirken wird. Hier sollen auch Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, die deren Bedürfnisse nicht nur auf die Spielplatzgestaltung reduziert. Eine solche Plattform ist vor allem vor dem Hintergrund der erwarteten Zuzüge in den Bezirk sinnvoll, die sich mit der Bebauung der Entwicklungsgebiete ergeben. Als ein weiteres Projekt im Zusammenhang mit der Info 11, ist die Erstellung eines Stadtplans für Kinder und Jugendliche angedacht.



---

In Bezug auf die weitere Bezirksentwicklung sieht der Geschäftsführer des Vereins Balu & Du vor allem Handlungsbedarf in der Infrastruktur: Gerade die Simmeringer Hauptstraße durchschneidet den Bezirk und bildet auch für Kinder eine Barriere. Hier wäre eine Gestaltung und Vernetzung der Wegebeziehungen gemäß den Bedürfnissen von Kindern wünschenswert.

Die Finanzierung der Parkbetreuung ist, wie immer im sozialen Bereich, knapp bemessen. Aber der Verein Balu & Du ist mit der finanziellen Situation im Bezirk Simmering durchaus zufrieden: In den vergangenen Jahren wird das Angebot der Parkbetreuung und der FAIR-PLAY-TEAM sukzessive ausgeweitet. Dies hat der Bezirk immer mit Budgeterhöhungen unterstützt. Zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten liegen in Lokalfonds der Stadt Wien oder in der Zusammenarbeit mit anderen Magistratsabteilungen. Der Antrag von EU-Fördermitteln wird intern durchaus diskutiert. Bisher besteht hier aber noch eine große Schwellenangst, da dies mit einem hohen administrativen Aufwand verbunden ist.

Die Zusammenarbeit mit dem Bezirk als Auftraggeber funktioniert gut. Es ist auch durchaus möglich, bei Bedarf vom Jahresplan abzuweichen oder auch neue Projekte zu entwickeln, sofern man dies begründen und den Bezirk überzeugen kann.

Innerhalb des Bezirks Simmering arbeitet der Verein Balu & Du mit vielen anderen Institutionen zusammen: Mit der GB\*11 im Zusammenhang Beteiligungsverfahren zur Spielplatzgestaltung, mit den Wohnpartnern im Zusammenhang mit den FAIR-PLAY-TEAMS, mit der Volkshochschule, Jugendzentren, Sportvereinen, Musikschulen z.B. beim Projekt Musikinstrumente etc.. Das Regionalforum stellt, aus der Sicht des Geschäftsführers Nollinger, auch für den Verein Balu und Du eine wichtige Plattform zum Austausch mit anderen Institutionen im Bezirk dar.

Alle beauftragten Wiener Parkbetreuungen kommen zwei Mal pro Jahr zu Koordinati-onstreffen zusammen, welche von der MA 13 organisiert werden. Zudem treffen sich einige der Vereine alle 6 Wochen im Zusammenhang mit dem KiJu-Netz, um sich auszutauschen oder um gemeinsame Projekte zu planen.

In Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit verfügt der Verein Balu & Du über eine eigene Homepage, auf der aktuelle Aktivitäten und die Organisation der Park- und Jugendbetreuung vorgestellt werden. Hier stehen auch ausführliche und informative Jahresberichte mit einer Beschreibung der Aktivitäten der Parkbetreuung und des FAIR-PLAY-TEAMS und Statistiken über die Nachfrage der Angebote im Sinne einer Evaluierung zum download bereit. Die Interpretationen im Jahresbericht werden auf Basis von Aktionsreflexionen in öffentlichen Teamsitzungen erstellt. Die Erstellung von Statistiken wird von der MA 13 eingefordert. (vgl. Interview Nollinger 2012)

## 7.2.4 Strategische Steuerungsansätze und Prinzipien der Prozessgestaltung

Wie die vorangegangenen Kapitel zeigen, verfügt die Stadt Wien über vielfältige Steuerungsansätze zur Verringerung von Benachteiligungsphänomenen auf [wohn-] räumlicher, wirtschaftlicher und sozialer Ebene.

Es zeichnet sich jedoch ab, dass die beteiligten Institutionen und Maßnahmen nicht nur sehr sektoral, sondern in vielen Fällen eher klientel- als (sozial-)raumbezogen organisiert sind. Auch die veröffentlichten Informationen zu den einzelnen Prozessen erscheinen durch ihre teilweise verkürzte Darstellung als wenig transparent und nachvollziehbar.

Wie die einzelnen Institutionen und Maßnahmen auf der strategischen Ebene in der Praxis mit einander verknüpft sind und welche Konsequenzen dies auf die Umsetzung im Sinne einer sozialraumorientierten Stadterneuerungspraxis in den Bezirken hat, wird in nachfolgendem Kapitel zusammengefasst und erläutert. Wiederholungen von Inhalten aus vorangegangenen Kapiteln sind dabei unvermeidbar.

### 7.2.4.1 Strategische Dokumente

#### **Strategische Steuerungsebene Wien**

Bei der Suche nach einem integrierten Handlungskonzept im Hinblick auf eine integrierte Stadterneuerung oder zur Verringerung von sozialräumlicher Benachteiligung, stößt man in Wien auf viele verschiedene, ressortbezogene Leitkonzepte:

Am ehesten integriert, im Sinne von ressortübergreifend, kann das Regierungsübereinkommen „Gemeinsame Wege für Wien“ der aktuellen rot-grünen Regierungskoalition bezeichnet werden. Diese enthält auf 77 Seiten Zielsetzungen, Leitlinien und Maßnahmen in elf verschiedenen Handlungsbereichen, wie z.B. „Bildung, Jugend, Information, Sport“ „Demokratie und Kontrolle“, „Gesundheit und Soziales“, „Stadtentwicklung und Verkehr“ oder „Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung“ als gemeinsames Arbeitsprogramm der Parteien und der Stadtverwaltung für die Legislaturperiode 2010-2015. In dieser Regierungsvereinbarung ist u.a. folgendes festgelegt (vgl. Abbildung 104/ Abbildung 105) (vgl. SPÖ/ Grüne Wien 2010):

#### **6. Sozialintegrative Stadtentwicklung & Gemeinwesenarbeit**

- 6.1. Entwicklung eines Programms für sozialintegrative Stadtentwicklung auf kleinteiliger, sozialräumlicher Ebene.

#### **4. Sanierung**

- 4.1. Der Weg der bewohnerInnenorientierten sanften Stadterneuerung in den gründerzeitlichen Stadtteilen soll fortgesetzt werden, damit Wien noch lebenswerter wird und auch zukünftig qualitätsvolles Wohnen sichergestellt ist.

Abbildung 104 Auszüge aus dem Regierungsübereinkommen „Gemeinsame Wege für Wien“ S. 75,76

---

### **Mehr Partizipation und Mitbestimmung in Wien**

Die Möglichkeiten der partizipativen Demokratie sollen ausgebaut, in den Geschäftsordnungen von Landtag, Gemeinderat und Bezirksvertretungen die Minderheitsrechte gestärkt werden.

- BürgerInnenversammlungen und Beteiligungsmodelle auf Bezirks- und Grätzlebene sollen leichter initiiert und gefördert, standardisierte Richtlinien für die Abhaltung von BürgerInnenversammlungen erstellt werden.
- Volksbefragungen sollen häufiger eingesetzt und auch in Bezirken oder Grätzeln möglich werden.
- Die Lokale Agenda 21 soll weiterentwickelt werden.
- Ein Petitionsrecht soll eingeführt werden.
- Für die Weiterentwicklung der direkten und partizipativen Demokratie in Wien wird eine Enquete und in Fortsetzung ein regelmäßiger „Runder Tisch“ unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen eingerichtet.

Es sollen Parteiengespräche mit dem Ziel einer weiteren Reform der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen aufgenommen werden. Schwerpunkte sollen sein:

- mehr Information, Mitsprache und Transparenz bei Budgeterstellung und –gestaltung
- mehr Information, Mitsprache und Transparenz bei Großprojekten im Bezirk
- verbessertes Anfrage-/Antragsrecht

Abbildung 105: Auszüge aus dem Regierungsbündnis „Gemeinsame Wege für Wien“ S. 24

Als weiteres, „klassisches“ Strategiepapier bildet der Stadtentwicklungsplan (STEP) die langfristigen räumlichen Zielsetzungen und Planungen in Wien ab. Er wird von der MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung erarbeitet und ca. alle 10 Jahre fortgeschrieben. Der STEP ist nicht rechtsverbindlich und bildet Grundlage für den rechtlich bindenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplan der Stadt Wien. Seine Erstellung liegt in der Kompetenz der MA 25 – Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser. Der aktuelle STEP 05 enthält mit den 13 Zielgebieten der Stadtentwicklung, gebietsbezogene und teilweise bezirksübergreifende Schwerpunktgebiete für Maßnahmen und Interventionen. Bei einigen „älteren“ Zielgebieten, wie z.B. den Zielgebieten „City“, „Donaukanal“ und „Wiental“, werden bereits Leitsätze und konkrete Planungen, teilweise unter Beteiligung der Bevölkerung, entwickelt. (vgl. [www.wien.gv.at/zielgebiete](http://www.wien.gv.at/zielgebiete) 2012) Der Fortschreibungsprozess für den zukünftigen STEP 2025 hat bereits begonnen. Der STEP 2025 soll 2014 veröffentlicht werden ([www.wien.gv.at/step2025](http://www.wien.gv.at/step2025))

Für den Bereich der Stadterneuerung bereitet der zuständige Sachbearbeiter für Stadterneuerungsprogramme der Magistratsdirektion- Stadtbaudirektion- Gruppe Hochbau Gerhard Berger, zum Zeitpunkt des Experteninterviews im Frühjahr 2012 eine Neuauflage des Wiener Stadterneuerungsprogramms vor. „Das bestehende Stadterneuerungsprogramm stammt aus den 1970er und 1980er Jahren. Es wurde immer wieder im Klein-Klein weiterentwickelt und nicht ausreichend dokumentiert.“ so Berger. Außerdem basiert das bestehende Stadterneuerungsprogramm auf den Grundlagen einer stagnierenden Bevölkerungsentwicklung und einer anderen Wohnungssituation als heute. (vgl. Interview Berger 2012)

Die MA 17 – Integration und Diversität verfügt über ein Integrationskonzept sowie „Leitlinien der Wiener Integrations- und Diversitätspolitik“ in denen die Zielsetzungen und Handlungsmöglichkeiten im eigenen Kompetenzbereich dargestellt werden.

Die MA 24 stellt die Handlungsansätze der Geschäftsgruppe „Gesundheit und Soziale“ und die damit verbundenen Institutionen im Rahmen des Sozialbericht 2012 dar.

Die übrigen untersuchten Institutionen wie, die Jugend- und Parkbetreuung, FAIR-PLAY-TEAM, Gebietsbetreuung Stadterneuerung GB\*, wohnpartner, WKO Einkaufsmanagement, verfügen über mehr oder wenigerdetaillierte Darstellungen ihrer Zielsetzungen und Leitlinien.

Die untersuchten strategischen Dokumente / Leitlinien beziehen sich im Allgemeinen nur auf den Kompetenzbereich der jeweiligen Institutionen ohne räumliche Abgrenzung. Nur wenige der Dokumente besitzen eine rechtliche Verbindlichkeit. (vgl. Tabelle 8)

**Tabelle 8: Überblick zu sozialraumrelevanten, strategischen Dokumenten auf gesamtstädtischer Ebene, Wien**

<b>Strategische Dokumente/ Leitlinien auf gesamtstädtischer Ebene: WIEN</b>		<b>rechtlich bindend</b>
<b>Regierungsübereinkommen 2010-2015</b>	Zielsetzungen, Leitlinien und Maßnahmen zur 11 verschiedenen Handlungsbereichen	
<b>MA 18- Stadtentwicklung und Stadtplanung</b>	Stadtentwicklungsplan STEP	
<b>wohnfonds_ wien</b>	Stiftungssatzung Wohnfonds Wien,	<b>X</b>
	Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz – WWFSG	<b>X</b>
	Sanierungsverordnung 2008	<b>X</b>
	Pauschalierungsverordnung	<b>X</b>
<b>Wiener Wohnen</b>	Bundes - Mietrechtsgesetz (MRG)/ Bundesgesetz	<b>X</b>
MA 25- Stadterneuerung	Flächenwidmungs- und Bebauungsplan	<b>X</b>
<b>MA 17 - Integration und Diversität</b>	Wiener Integrationskonzept „Leitlinien der Wiener Integrations- und Diversitätspolitik“	
<b>MA 24- Sozialplanung</b>	„Wiener Sozialpolitische Schriften“ u.a. Sozialberichte mit Darstellung der Leistungen der Geschäftsgruppe	
<b>MA 13 Jugend-und Parkbetreuung FAIR-PLAY-TEAM</b>	Grundsätze und Leitlinien zu Tätigkeitsbereichen	
<b>wohnpartner</b>	„Wohnpartner Grundsätze“	
<b>Gebietsbetreuung Stadterneuerung GB*</b>	Beschreibung der Tätigkeiten und Grundsätze auf der Homepage	
<b>WKO Einkaufsstraßenmanagement</b>	Richtlinien Wiener Geschäftsstraßenförderung	<b>X</b>
	Leitbild auf der Homepage des Einkaufsstraßenmanagements	

## Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering

Bis zur Jahrtausendwende existieren in den Wiener Gemeindebezirken eigene parzelscharfe Bezirksentwicklungspläne. Für deren Änderung ist ein Beschluss der Bezirksvertretung notwendig, was Planungen teilweise zeitlich stark verzögert und eine Abstimmung zwischen den einzelnen Bezirken erfordert.

Aus diesen Gründen werden ab 2002 unverbindliche Bezirksleitlinien eingeführt. Deren Inhalt beschränkt sich bei ersten Ausarbeitungen vor allem auf Analyse und Bestandserhebung sowie aktuelle Projekte, stellen jedoch keine Zukunftsperspektiven dar. Da sich die Bezirksleitlinien in anderen Bezirken nicht bewähren, werden für den 11. Bezirk keine mehr erstellt.

Mit der Veröffentlichung des STEP 05 werden die Bezirksleitlinien von den „Zielgebieten der Stadtentwicklung“ abgelöst. Für diese werden vor allem „Verstärkermittel“ für Planungsleistungen und Koordinationsarbeit zwischen den einzelnen Magistratsabteilungen, den Bezirken und den Institutionen zur Verfügung gestellt. Die Abgrenzung der Zielgebiete ist nur angedeutet und kann, nach Bedarf, während des Prozesses geändert werden. Die Umsetzung und Finanzierung der erarbeiteten Maßnahmen erfolgen über das Regelbudget der einzelnen Magistratsabteilungen bzw. das Bezirksbudget.

Das Zielgebiet „Simmering“ hat eine Laufzeit von drei Jahren. Es wird von der Zielgebietskoordination der Planungsgruppe Süd (MA21 B) betreut. Die Zielsetzungen sind auf der Homepage der Stadt Wien veröffentlicht. (vgl. Interview Pflieger 2012)

Die lokalen Institutionen in Simmering verfügen über keine langfristigen, strategischen Planungen, sondern ausschließlich über Jahresplanungen. Diese werden mit den übergeordneten Magistratsabteilungen und den Bezirksvertretungen abgestimmt. Kooperationen zwischen Institutionen im Bezirk werden informell und anlassbezogen verabredet. (vgl. Tabelle 9)

Tabelle 9: Überblick zu sozialraumrelevanten strategischen Dokumenten auf lokaler Ebene, Simmering

Strategische Dokumente/ Leitlinien auf lokaler Ebene: SIMMERING		rechtlich bindend	veröffentlicht
MA 25- Stadterneuerung	Flächenwidmungs- und Bebauungsplan	X	X
MA 18/21	Zielgebiet „Zentralraum Simmering“		X
Regionalstelle MA 17 - Ost	Jahresplan, abgestimmt der Bezirksvertretung“		
Jugend- und Parkbetreuung FAIR-PLAY-TEAM x: Balu und Du	Jahresplan, abgestimmt der Bezirksvertretung“		
wohnpartner 3./4./11.	Jahresplan, abgestimmt der Bezirksvertretung“		
Gebietsbetreuung Stadterneuerung GB* 3./11.	Jahresplan, abgestimmt der Bezirksvertretung“		
WKO Einkaufsstraßenmanagement	Jahresplan, abgestimmt der Bezirksvertretung“		

#### 7.2.4.2 Analyseinstrumente: Sozialräumliche Beobachtungsmethoden

Im Verlauf der Recherche zu Benachteiligungsphänomenen und zur Stadterneuerungspraxis in Wien zeigt sich, dass vor allem Daten auf kleinräumiger Ebene veraltet sind. Zudem wird deutlich, dass Informationen auf übergeordneter Ebene nicht automatisch allen Magistratsabteilungen und externen Beauftragten zur Verfügung gestellt werden.

##### **Strategische Steuerungsebene Wien**

„Wir stehen vor einer Herausforderung, was das Data-Ware-Housing angeht. 2001 war die letzte Volks- und Gebäudezählung. Die wurde unter schwarz-blau abgeschafft und auf eine Registerzählung mit dem Stichtag Herbst 2011 umgestellt.“ erklärt der stellvertretende Leiter für Stadtforschung und Raumanalysen der MA18 Rainer Hauswirth. „Ob die Daten der Registerzählung auf Blockebene vorhanden sind, dazu liegen bisher keine Ergebnisse vor. Aktuell haben wir keine kleinräumigen Daten und sind bei Sozialraumanalysen auf die historischen Daten aus dem Jahr 2001 angewiesen“. (Interview Hauswirth 2012)

Rein technisch steht allen Magistratsabteilungen eine GIS-Plattform zur Verfügung, auf denen sie ihre Daten in den Raum projizieren können. Die einzelnen Layer können anderen Magistratsabteilungen frei geschaltet werden. Für das kommende Jahr ist eine Art Sozialraumatlas, nach dem Berliner Häußermann Modell geplant. Dafür werden jedoch auch die Daten aus den Sozialbüchern benötigt. In anderen Abteilungen existieren hier Befürchtungen, dass dadurch einzelne Gebiete stigmatisiert werden (vgl. ebd. 2012)

Die Zusammenarbeit der MA 18 mit anderen Magistratsabteilungen läuft teilweise schleppend. Dies hat sowohl inhaltliche als auch organisatorische Gründe.

„Es gibt ein gewisses Unbehagen zur regionalen Darstellung von Daten. Wir sind hier in dieser Geschäftsgruppe (Soziale und Gesundheit) eher die Bremser. Es ist immer interessant so etwas anzuschauen, aber wir sind sehr sparsam mit Veröffentlichungen [...], das hat einfach den Hintergrund, dass es politisch nicht gewünscht wird bzw. auch die Gefahr entsteht, dass einige Gebiete ziemlich verteufelt werden“ (Interview Stanzl 2012)

„Wenn z.B. die Gebietsbetreuung Daten von uns braucht, dann muss sie das über die MA 25 ansuchen, die MA 25 kommen dann zu uns und fragt die Daten an. Wir liefern die Daten der MA 25 und die gibt sie an die Gebietsbetreuung weiter. Ein Wahnsinn, aber das ist die rechtliche Basis“ (Interview Hauswirth 2012)

Neben den thematischen Karten der MA 18 sowie den Rohdaten der Statistik Austria und der MA 23 stehen die Sozialberichte 2010 und 2012 der MA 24 wie auch die Diversitätsmonitorings der MA 17 aus den Jahren 2008 und 2012.

---

Die Sozialberichte der MA 24 thematisieren Handlungsfelder wie soziale Sicherheit, Arbeit und Arbeitslosigkeit, Einkommen und Armut, Alter und Pflege, Wohnen und Wohnungslosigkeit und Behinderung. Die Daten werden fast ausschließlich auf gesamtstädtischer Ebene dargestellt, im Bericht 2012 sind einige Grafiken zu Arbeitslosigkeit und Bildungsstand auf Bezirksebene enthalten. (vgl. MA 24 2012)

Die Diversitäts- und Integrationsmonitore der MA 17 beziehen sich in erster Linie auf die Gleichstellung von Migranten im öffentlichen Leben und in der Verwaltung. Die untersuchten Handlungsfelder lauten, ähnlich wie im Sozialbericht der MA 24, Gleichstellung und Partizipation, Bildung, Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Einkommen und soziale Sicherung, Gesundheit und Pflege sowie Wohnen. Als weitere Handlungsfelder werden Infrastruktur, Kultur und Freizeit, öffentlicher Raum, Zusammenleben und soziales Klima thematisiert. Die Untersuchungen beziehen sich vorwiegend auf die gesamtstädtische Ebene. Einige Daten, wie z.B. Konzentrationen von Migranten oder Nutzungsdruck auf öffentliche Räume werden, in Kooperation mit der MA 18, in thematischen Karten auf Ebene der Stadtgebietstypen dargestellt. (vgl. MA 17 2012)

Neben den genannten Institutionen veröffentlicht auch die Arbeiterkammer Wien wissenschaftliche Beiträge zur Thematik Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

### **Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering**

Die GB\* 11 hat aufgrund der derzeit eingeschränkten Verfügbarkeit von Daten auf kleinräumiger Ebene zu Beginn ihrer Tätigkeit im Jahr 2007 das gesamte Stadterneuerungsgebiet quantitativ erhoben und thematische Karten angefertigt. Diese Erhebungen dienen aber nur als interne Arbeitsgrundlage und sind nicht veröffentlicht.

Qualitative Erhebungen werden projektbezogen in Form von Bürgerbefragungen durchgeführt. (vgl. Interview Breitfuss 2012)

Das wohnpartner – Team 3./4./11. verfügt, bis auf Namen und Adressen, über keine weiteren Informationen über die soziale Lage der Bewohner in Gemeindebauten. Ihr Wissen basiert auf Gesprächen mit Bewohnern. (vgl. Interview Neuhuber 2012)

Die Regionalstelle MA 17- Ost bezieht ihr Wissen über die Bezirke vor allem aus den Bassenagesprächen in öffentlichen Räumen. (vgl. Interview Galvacsy 2012)

Die Freizeit- und Parkbetreuung Balu & Du erstellt ihre eigenen Statistiken z.B. zu Besucheranzahlen von Veranstaltungen oder die Anzahl von geführten Gesprächen. (vgl. Interview Nollinger 2012)

Das Einkaufsstraßenmanagement führt eigene Erhebungen z.B. zur Passantenfrequenz in der Simmeringer Hauptstraße durch. (vgl. Interview Götz 2012)

#### 7.2.4.3 Ebenen- und ressortübergreifende Organisationstrukturen

##### **Strategische Steuerungsebene Wien**

Ähnlich schwierig, wie die Weitergabe von Daten und Informationen, gestaltet sich die ressortübergreifende Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Geschäftsgruppen innerhalb der Stadtverwaltung Wien.

„Wir haben vertikal organisierte Verwaltungsprozeduren. Und dann gibt es meistens einen Koordinator, der ist meistens von den Ressourcen befreit [...] und der muss dann drauf hoffen, dass er es irgendwie schafft, die Leute (aus anderen Magistratsabteilungen) da rein zu bauen. Das Elend ist, dass die horizontale Vernetzung sehr, sehr weit unten in der Hierarchie stattfindet.“ erklärt der stellvertretende Leiter für Stadtforschung und Raumanalysen der MA18, Rainer Hauswirth. (Interview Hauswirth 2012)

Ein solcher Koordinator ist z.B. der zuständige Sachbearbeiter für Stadterneuerungsprogramme der geschäftsgruppenunabhängigen Magistratsdirektion- Stadtbaudirektion, Gerhard Berger. Diese arbeitet mit allen Ressorts zusammen und bildet eine Schnittstelle zur horizontalen Vernetzung bei geschäftsgruppenübergreifenden Programmen, kann jedoch keine Sachmittel zur Verfügung stellen. (vgl. Interview Berger 2012)

„Es gibt keine selbstverständlichen ressortübergreifenden Abstimmungsgespräche in bestimmten Intervallen. Es gibt sie anlassbezogen und projektbezogen. Es braucht aber dann immer einen Initiator, der einlädt. [...] Das hängt auch mit der Haushaltspolitik der Ressorts zusammen. Das führt dazu, dass man sich ein bisschen voneinander abschottet und sagt ‚das ist mein Budget, das entscheide ich‘. Da ist es dann sehr mühsam, ressortübergreifende Programme aufzustellen. Vieles läuft informell, daher muss man auf jeden Fall ein starker Netzwerker sein“, erläutert Berger (Interview Berger 2012)

##### **Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering**

Die ressortübergreifende Zusammenarbeit in Simmering ist über das Regionalforum organisiert, bei dem sich alle gemeinwesensorientierten Institutionen aus dem Bezirk alle zwei bis drei Monate mit der Bezirksvertretung treffen. Vertreter des Einkaufsstraßenvereins oder – managements sind nicht eingeladen. Das Regionalforum findet in nicht-öffentlichem Rahmen statt, auch Tagesordnungen oder Protokolle werden nicht veröffentlicht. (Interview Galvacsy 2012)

„Es ist eines der wenigen, gut funktionierenden Regionalforen in Wien, hab ich mal gehört, glaub ich auch“, meint der Geschäftsführer der Jugend- und Freizeitbetreuung Balu & Du. (Interview Nollinger 2012)



„ Das (Regionalforum) ist großartig. Ich glaube wir sind ein wichtiger Teil des Regionalforums und das Regionalforum ist ein wichtiger Teil unserer Arbeit“, bestätigt auch die Leiterin der MA 17-Ost Imola Galvascy (Interview Galvascy 2012)

Gemeinsame Projektkooperationen z.B. zwischen GB\* 3./11., MA 17- Ost und dem Einkaufsstraßenmanagement werden informell und projektbezogen vereinbart. Bei Bedarf wird unbürokratisch eine Arbeitsgruppe erstellt. (vgl. Interview Galvascy 2012)

Die horizontale und vertikale Zusammenarbeit innerhalb der einzelnen Institutionen verläuft relativ unterschiedlich und wird in Tabelle 10 abgebildet.

Tabelle 10: Überblick zur sozialraumrelevanten strategischen Dokumenten auf lokaler Ebene, Simmering

<b>Ebenen- und ressortübergreifende Zusammenarbeit auf lokaler Ebene: SIMMERING</b>		
	Horizontale Zusammenarbeit innerhalb derselben Institution	Vertikale Zusammenarbeit mit übergeordneten Institutionen
<b>Regionalstelle MA 17 - Ost</b>	Keine regelmäßigen Treffen der Regionalstellen, wenn dann informell	Eher auf organisatorischer Ebene als inhaltlich
<b>Jugend-und Parkbetreuung FAIR-PLAY-TEAM x:Balu und Du</b>	2x Koordinationstreffen pro Jahr organisiert durch die MA 13 alle 6 Wochen informelle Treffen des KiJu-Netzwerks	Anlass-/ Projektbezogen, Abstimmung der Jahrespläne
<b>wohnpartner 3./4./11.</b>	z.B. über wienweite Projekte, Austauschforen, Klausuren, Workshops	k.A.
<b>Gebietsbetreuung Stadterneuerung GB* 3./11.</b>	Informationsveranstaltungen der MA 25, informell projekt- und anlassbezogen	Anlass-/ Projektbezogen, Abstimmung der Jahrespläne
<b>WKO Einkaufsstraßenmanagement</b>	Informeller Austausch der Einkaufsmanager der WKO Obleutekonferenz der Wiener Einkaufsstraßenvereine	<b>k.A.</b>

#### 7.2.4.4 Quartiersmanagement

Die Aufgaben eines Quartiersmanagements werden in Wien sowohl von den Gebietsbetreuungen Stadterneuerung als auch wohnpartner- Nachbarschaftsservice in Gemeindebauten übernommen. Beide Angebote sind kostenlos. Die Angebote von wohnpartner richten sich exklusiv nur an Bewohner von Gemeindebauten, während die Angebote der GB\* allen Bewohnern im Bezirk offenstehen.

„Auf diese Schwachstelle hat uns auch der Rechnungshof hingewiesen“ erklärt Gerhard Berger von Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion. „Auch ein Austausch auf zentraler Ebene findet kaum mehr statt.“ (Interview Berger 2012)

Eine ähnliche Dopplung der Angebote besteht zwischen den FAIR-PLAY-TEAMS und den wohnpartnern unterwegs. Hier kommt es teilweise auch räumlich zu Überschneidungen z.B. wenn sich ein öffentlicher Park in einer städtischen Wohnhausanlage befindet. (vgl. Interview Nollinger 2012)

Diese Angebotsredundanzen sind nicht nur aus finanzieller Hinsicht zu hinterfragen. Auch in Bezug auf das Auftreten im öffentlichen Raum gegenüber der Bevölkerung wie im Fall der FAIR-PLAY-TEAMS, können zwei verschiedene Organisationen mit gleichem Tätigkeitsfeld verwirren.

Zudem fließen Beobachtungen und Erkenntnisse nicht bei einer Organisation zusammen, wodurch wichtige Zusammenhänge zum Sozialraum verloren gehen.

Aber auch im Hinblick auf die Aktivierung von sozialem Kapital und Synergien in den Bezirken, können konkurrierende Veranstaltungen z.B. von GB\* und wohnpartner unter Umständen engagierte Bürger eher auseinander dividieren als zusammenbringen.

In diesem Zusammenhang sind auch die Zentralisierung des Beratungszentrums für Migrantinnen und Migranten im ersten Bezirk, und eine fehlende Anlaufstelle der Regionalstelle MA 17-Ost zu kritisieren. Zwar macht eine zentralisierte Anlaufstelle aus organisatorischer Sicht durchaus Sinn, um z.B. Dolmetscher in verschiedenen Sprachen anzubieten. Allerdings fehlen dadurch auch „Nachfrager“ von Informations- und Beratungsstellen in den Bezirken, die auch für Einheimische von Interesse sein könnten.

---

#### 7.2.4.5 Finanzierung

##### **Strategische Steuerungsebene Wien**

Die Rahmenbedingungen der Stadterneuerung beschreibt der zuständige P Gerhard Berger von der Magistratsdirektion- Baudirektion beschreibt wie folgt:

„Der Stadt Wien ist es sehr lange sehr gut gegangen finanziell. Und in solchen Zeiten neigt man dazu, sich viele Projekte und Programme zu leisten und hinterfragt, zu wenig evaluiert zu wenig und irgendwann stellt man fest, man hat so eine Vielzahl an ausgelagerten Institutionen, dass man sich schon wieder den Kopf darüber zerbrechen muss, ob die Botschaften oder die Arbeiten die diese Institutionen leisten sollen bei den eigentlichen Kunden, und das sind die Menschen, die in dieser Stadt wohnen, überhaupt so ankommen. Oder ob es nicht durch Doppelgleisigkeiten zu Verwirrung führt und die Botschaften und Projekte gar nicht ankommen. Diesbezüglich sind wir in einer wahren Konsolidierungsphase, weil die Budget-Reduktionskeule Wien auch heftig getroffen hat. Was nicht heißt, dass es uns schlecht geht, aber wir derzeit schauen müssen was wir wo einsetzen. Und das ist gut so.“ (Interview Berger 2012)

Sanierungsförderungen sind in Wien in der Regel Anreizförderungen, bei denen als Gegenleistung für einen Teil der Wohnungen über die Zeitdauer des Darlehens eine Mietpreisbindung sowie die zentrale Vergabe über den Wiener Wohnservice eingefordert wird. Für liegenschaftsübergreifende Maßnahmen der Blocksanierung werden sogar bis zu 100% Zuschuss gewährt. Ausgleichsbeiträge z.B. für Maßnahmen im öffentlichen Raum in einem Stadterneuerungsgebiet werden nicht von Eigentümern eingefordert. (vgl. [www.wohnfonds-wien.at](http://www.wohnfonds-wien.at) 2012)

Für die Zielgebiete der Stadtentwicklung werden ausschließlich „Verstärkermittel“ in Form von zusätzlichen Personalstunden für Planungen und Koordination zur Verfügung gestellt. Die Maßnahmen werden aus den Regelbudgets der Magistratsabteilungen finanziert. (vgl. Interview Pfleger 2012)

Das Personal der MA 17 Regionalstellen wird aus dem zentralen Budget der Stadt Wien finanziert. Die relativ junge Magistratsabteilung verfügt jedoch über kein eigenes Sachmittelbudget. (vgl. Interview Galvacsy 2012)

Der wohnpartner- Nachbarschaftsservice im Gemeindebau gehört zur Wohnservice Wien Ges.m.b.H. Die Wohnservice Wien ist eine 100% Tochtergesellschaft der Stadt Wien. Auftraggeber ist die MA 25- Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung Die Dienstleistungen von wohnpartner werden aus öffentlichen Mitteln finanziert . Der Budgetrahmen hat sich in den vergangenen Jahren wie folgt entwickelt (vgl. E-mail Anfrage wohnpartner 2012a):

- im Jahr 2009 : 2 500 000 €
- im Jahr 2010 : 10 000 000 €
- im Jahr 2011 : 11 400 000 €
- im Jahr 2012 : 12 700 000 €
- im Jahr 2013 : 13 100 000 €

Die Gebietsbetreuungen Stadterneuerung werden aus dem Zentralbudget der Stadt Wien finanziert. Dieses Budget beträgt 5 Millionen € pro Jahr für alle Gebietsbetreuungen zusammen, davon entfallen 97% auf Personalkosten und 3% auf Sachkosten. (vgl. Interview Berger 2012)

Die Park- und Jugendbetreuungen werden komplett aus dem Budget der Bezirke finanziert. (vgl. Interview Nollinger 2012)

Die Finanzierung der FAIR-PLAY-TEAMS erfolgt zu 60% über Mittel des Bezirks und zu 40% aus dem städtischen Zentralbudget. (vgl. [www.wien.gv.at/fair-play](http://www.wien.gv.at/fair-play))

Das Personal des Einkaufsstraßenmanagements wird von der Wirtschaftskammer Wien finanziert. Die Einkaufsstraßenvereine können Sachkosten zur Rückerstattung durch die Geschäftsstraßenförderung der Stadt Wien bei der Wirtschaftsagentur Wien einreichen. (Götz 2012)

Die Stadt Wien ist bisher nicht auf Förderungen von der EU oder dem Bund angewiesen, um im Regellangebote Bereich der Stadterneuerung oder in der Gemeinwesenarbeit zu gewährleisten.

EU-Förderungen werden aber durchaus für Pilotprojekte und zusätzliche Angebote wie z.B. Ziel 2 Fördermittel für das Grätzelmanagement im 2. und 20. Bezirk oder EQUAL für Maßnahmen zur Arbeitsintegration vergeben. Bei der MA 27 ist eine eigene Agentur eingerichtet, die andere Magistratsabteilungen bei der Antragsstellung für Förderungen unterstützt. (vgl. Interview Stanzl 2012)

„Das Problem ist, dass man immer nur eine Anschubfinanzierung hat, und das ist dann tatsächlich immer das Problem, man hat sich das gern geleistet, da hat man eine 50% - Förderung und hat trotzdem noch 50% zu finanzieren. [...] Das sind meistens zusätzliche Sachen die man über die EU-Förderungen finanziert, den Luxus will man sich dann (im Anschluss) nicht mehr leisten. Weil das heißt ja immer Budgetsteigerung im Endeffekt, dann kommt das nächste Projekt, da zahl ich auch nur 50% aber das läuft auch aus und das muss man dann weiterfinanzieren. [...] Ich habe das eine Zeit lang intensiv betrieben, aber wir haben dann ein paar Sachen wirklich umbringen müssen an Projekten weil es keine Weiterfinanzierung gab, und das war eigentlich schade. Und in Wirklichkeit sind diese Projekte teilweise für Dinge, wo man sich wirklich an den Kopf greift, [...] Es ist auch viel Aufwand, was schon Sinn macht; aber es wird ja immer davon gesprochen,

dass sie alles vereinfachen, aber ich weiß nicht, ob das so klappt.“ erklärt der Leiter der Gruppe Sozialplanung der Magistratsabteilung 24 Stanzl. (Interview Stanzl 2012)

Auch bei der Umsetzung des Grätzelmanagements im 2. und 20 Bezirk in den Jahren von 2002-2005 werden negative Erfahrungen mit der schweren Vereinbarkeit von Förderauflagen und Praxis gemacht: Hier passten einige Ideen aus der Bürgerbeteiligung nicht in den Kriterienkatalog der Förderungen. Diese konnten erst mit großer Zeitverzögerung umgesetzt werden, wodurch die Glaubwürdigkeit der Bürgerbeteiligung in Frage gestellt wird. (vgl. Interview Breitfuss 2012)

Tabelle 11 zeigt stellt die verschiedenen Finanzierungsformen in einer Übersicht dar:

**Tabelle 11: Überblick zur Finanzierung auf gesamtstädtischer Ebene Wien**

<b>Finanzierung auf gesamtstädtischer Ebene: WIEN</b>		
	Personalkosten	Sachkosten
<b>MA 18 / MA 21 Zielgebiete der Stadtentwicklung</b>	Zentralbudget der Stadt Wien	-
<b>Regionalstellen MA 17</b>	Zentralbudget der Stadt Wien	-
<b>Jugend-und Parkbetreuung</b>	Bezirksbudget	Bezirksbudget
<b>FAIR-PLAY-TEAM</b>	60% Bezirksbudget 40% Zentralbudget	-
<b>wohnpartner</b>	Zentralbudget der Stadt Wien Beauftragung durch MA 25	k.A.
<b>Gebietsbetreuung Stadterneuerung GB*</b>	Zentralbudget der Stadt Wien Beauftragung durch MA 25	-
<b>WKO Einkaufsstraßenmanagement</b>	Wiener Wirtschaftskammer (Einkaufstraßenmanager)	<b>Wiener Geschäftsstraßen- förderung</b>

### **Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering**

„Ausreichend ist so was (die finanzielle Ausstattung) nie, man könnte immer mehr machen. Mit doppelt so viel Geld könnte man doppelt so viel machen, aber wenn wir uns international umschauen, geht es uns wunderbar“, meint die Leiterin der GB\* 3./11. Breitfuss. (Interview ebd. 2012)

Die befragten Experten bewerten die finanzielle Situation ihrer Institutionen durchaus als ausreichend, insbesondere im internationalen Vergleich. Auch die Notwendigkeit Fördermittel zu beantragen oder diese zu koordinieren betrifft bislang nur den Einkaufsstraßenverein.

Es zeigt sich, dass fehlende Sachmittel die Durchführung von Projekten und Maßnahmen einschränken können.

#### 7.2.4.6 Information und Öffentlichkeitsarbeit

##### **Strategische Steuerungsebene Wien**

Neben der Öffentlichkeitsarbeit über Tageszeitungen verfügt die Stadt Wien über eine offizielle Homepage. Auf dieser besitzt jede Magistratsabteilung eigene Seiten, auf denen sie über ihre Arbeit informiert. Auch die Bezirke haben eigene Webseiten, auf denen die wichtigsten Informationen und Institutionen dargestellt werden.

Aus Sicht eines „normalen“ Betrachters erscheinen die Homepage und ihre Inhalte als durchaus ausreichend.

Publikationen und Inhalte, welche für eine wissenschaftliche Recherche in Frage kommen wie z.B. das Integrations- und Diversitätsmonitoring der MA 17, der Sozialbericht der MA 24 oder raumbezogene Publikationen der MA 18 sind jeweils auf den Seiten der Magistratsabteilungen zu finden. Daher bedarf es hier einer genauen Kenntnis über die Aufgaben der einzelnen Abteilungen und die Seiten auf denen die Dokumente zum Download bereit stehen. Einige Publikationen sind auch in ausgedruckter Form bei den Magistratsabteilungen erhältlich.

Ein übersichtliches Organigramm zu allen Magistratsabteilungen ist auf der Homepage der Stadt Wien derzeit nicht auffindbar.

Institutionen ausgelagerter Aufgabenbereiche, wie der Fonds Soziales Wien oder der wohnfonds, Wiener Wohnen, wohnpartner, die Gebietsbetreuungen oder Wohnservice, verfügen über eigene Webseiten.

##### **Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering**

Die Öffentlichkeitsarbeit der einzelnen Institutionen unterscheidet sich vor allem in der Art des Internetauftritts (Tabelle 12):

Die Regionalstelle der MA 17- Ost, wird auf den offiziellen Seiten nur als Kontakt erwähnt. Eine eigene Darstellung der Arbeit in den Bezirken ist nicht möglich. Im öffentlichen Raum z.B. bei den Bassena-Gesprächen verteilen die Mitarbeiter Flyer. Die Mitarbeiter verfügen zwar über einen MA-17-Stand, jedoch nicht über einheitliche T-Shirts oder Taschen, die einen Wiedererkennungswert fördern könnten. Eine niedrigschwellige Kontaktaufnahme zum MA 17-Ost-Team erscheint schwer möglich, da die Büroräumlichkeiten nicht für Laufkundschaft geöffnet sind. (vgl. Interview Galvacsy 2012)

Das wohnpartner- Team 3./4./11. wird mit Kontakten und Fotos auf der offiziellen Homepage des wohnpartner- Nachbarschaftsservices vorgestellt. Dort sind ebenfalls ein Kalender mit aktuellen Terminen und eine Fotogalerie von durchgeführten Aktionen zu

sehen. In den Gemeindebauten ist das Team an großen Taschen mit wohnpartner Logo erkennbar und wirbt dort mit Plakaten am schwarzen Brett. (vgl. [www.wohnpartner-wien.at](http://www.wohnpartner-wien.at))

Die Jugend- und Parkbetreuung Balu & Du verfügt über eine eigene, selbst gestaltete Homepage. Hier wird über aktuelle Aktionen und das Team informiert, Jahresberichte stehen zum download bereit. Die Fair-Play-Teams sind an Taschen mit Logo erkennbar. (vgl. [www.parkbetreuung.at](http://www.parkbetreuung.at))

Für alle Gebietsbetreuungen Stadterneuerung GB\* existiert eine gemeinsame Homepage. Hier können die Projekte entweder nach Themen oder Bezirken ausgewählt werden. Diese sind mit kurzen Texten und Fotos dargestellt. Zusätzlich werden die Teams, sowie die Geschichte, Aufgaben und Ziele der GB\*s vorgestellt. Jahresberichte, in Form von Broschüren, können heruntergeladen werden. Das Einrichten einer eigenen gebietsbezogenen Homepage ist den GB\*s nicht gestattet. Zusätzliche werden verschiedene Flyer und Give-aways wie Stofftaschen, Puzzles oder Buntstifte für alle GB\*s zur Verfügung gestellt. (vgl. Interview Forstner 2012; [www.gbstern.at/projekte](http://www.gbstern.at/projekte))

Die Öffentlichkeitsarbeit des Einkaufsstrassenvereins Simmering erfolgt über die offizielle (relativ unübersichtliche) Homepage des Einkaufsmanagements. In einem einheitlichen Rahmen können die einzelnen Mitgliedsvereine ihre Seiten mit Inhalten füllen. (vgl. [www.einkaufsstrassen.at/simmering](http://www.einkaufsstrassen.at/simmering))

Eine gemeinsame gebietsbezogene Information und Öffentlichkeitsarbeit aller oder mehrerer Institutionen in Form einer gemeinsamen Homepage, einer Bezirkszeitung oder einem gemeinsamen Jahresbericht in Simmering existiert nicht.

**Tabelle 12: Information und Öffentlichkeitsarbeit auf lokaler Ebene, Simmering**

<b>Information und Öffentlichkeitsarbeit auf lokaler Ebene: SIMMERING</b>	
<b>MA 18/21</b> Zielgebiet „Simmering“	Homepage der Stadt Wien <a href="http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/zielgebiete/simmering/index.html">http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/zielgebiete/simmering/index.html</a>
<b>Regionalstelle</b> <b>MA 17 - Ost</b>	Homepage der Stadt Wien <a href="http://www.wien.gv.at/menschen/integration/projektarbeit/regionalstellen/index.html">http://www.wien.gv.at/menschen/integration/projektarbeit/regionalstellen/index.html</a>
<b>Jugend-und</b> <b>Parkbetreuung</b> <b>FAIR-PLAY-TEAM</b> <b>x:Balu und Du</b>	Eigene Homepage <a href="http://www.parkbetreuung.at/">http://www.parkbetreuung.at/</a>
<b>wohnpartner 3./4./11.</b>	Zentrale Homepage <a href="http://www.wohnpartner-wien.at/">http://www.wohnpartner-wien.at/</a>
<b>GB* 3./11.</b>	Zentrale Homepage <a href="http://www.gbstern.at/">http://www.gbstern.at/</a>
<b>WKO Einkaufsstrassen-</b> <b>management</b>	Zentrale Homepage <a href="http://www.einkaufsstrassen.at/einkaufsgebiete/11-simmering/simmering/">http://www.einkaufsstrassen.at/einkaufsgebiete/11-simmering/simmering/</a>

#### 7.2.4.7 Partizipation und Bürgerbeteiligung

##### **Strategische Steuerungsebene Wien**

„Das ist in Wien nicht so einfach.“ erklärt die Leiterin der GB\* 3./11. Andrea Breitfuss „Das ist eine Frage des Beteiligungsverständnisses und der Spielräume. Wir haben die Wiener Stadtregierung und die Stadtverwaltung, wir haben die Bezirke, die können eigentlich selber relativ wenig bestimmen. Wenn jetzt die Bezirke selbst Beteiligungsverfahren machen, dann hat man das Problem des Selbstverständnisses, wozu sind eigentlich die Bezirke da, wenn die Bevölkerung dazu die Stadtverwaltung hat. Wenn die Bezirke schon wenig bestimmen dürfen, dann dürfen die Bewohner noch weniger bestimmen. Wer setzt jetzt die Rahmenbedingungen? Es ist schon ein bisschen im Umbruch. Es ist gar kein Problem wenn es um einen einzelnen Park geht, also je kleinräumiger und je klarer definiert.“

Mit der rot-grünen Regierungsbildung 2010 wird auch die Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung unter der amtsführenden Grünen Stadträtin gegründet. Damit taucht der Begriff „Bürgerbeteiligung“ erstmals im Namen einer Verwaltungseinheit der Stadt Wien auf. (vgl. [www.wien.gv.at/dienststellen](http://www.wien.gv.at/dienststellen))

In diesem Zusammenhang führt die Stadt Wien 2012 einen zentralisierten, Wien weiten Beteiligungsprozess zur Erarbeitung der Wiener Charta, ein Leitbild zum Zusammenleben, durch. In einer zweiwöchigen Dialogphase werden 1848 Themen in einem Online-Forum eingebracht und sieben Themengruppen zugeordnet. Diese Themengruppen werden im Anschluss bei 651 Charta- Gesprächen und mehr als 2000 Online- Beiträgen erarbeitet. Bei der Durchführung dieses Partizipationsprozesses sind 325 Partnerorganisationen beteiligt.

Die Ergebnisse dieser Charta-Gespräche und Online-Dialoge werden in einem Charta-Dokument zusammengefasst. Dieses Dokument enthält auf einer Seite unter den Schlagworten „Miteinander auskommen“, „Nicht immer dasselbe“ und „Aufgeräumt wohlfühlen“ 13 unverbindliche Regeln zum Zusammenleben. (vgl. [www.charta.wien.gv.at/charta](http://www.charta.wien.gv.at/charta))

Weitere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in Wien bilden die Lokale Agenda 21(LA21)- Gruppen. 1998 startete das erste LA 21 Pilotprojekt in Wien Alsergrund. Im Jahr 2000 wird beschlossen, die LA 21- Gruppen auf alle Bezirke in Wien auszuweiten. Die Finanzierung der Agenda- Gruppen erfolgt über eine Basisfinanzierung aus dem Zentralbudget der Stadt Wien sowie dem Bezirksbudget. Entscheidungen zur Durchführung von Maßnahmen durchlaufen drei Phasen:



1. Gruppeninterne Entscheidung der engagierten Bürger, Weitergabe an die Bezirkspolitik
2. Entscheidung der Steuerungsgruppe zum Projekt. Die Steuerungsgruppe besteht aus Bezirksvorsteher, Klubobleuten aller im Bezirk vertretenen Parteien, Vertretern der Bürgerschaft (50% sind anzustreben.), einem Vertreter der Geschäftsstelle des Vereins LA 21. Die Entscheidung der Steuerungsgruppe dient als Empfehlung für das Bezirksparlament.
3. Entscheidung der Bezirksvertretung

Diese Konstellationen zeigen, dass die Bezirkspolitik, über die Finanzierung und den Entscheidungsfindungsprozess, einen großen Einfluss auf die Arbeit der LA 21-Gruppen ausüben kann. Bis jetzt sind nur in sechs Bezirken LA21-Gruppen vertreten, in drei weiteren Bezirken sind die Prozesse abgeschlossen. (vgl. [www.la21wien.at](http://www.la21wien.at))

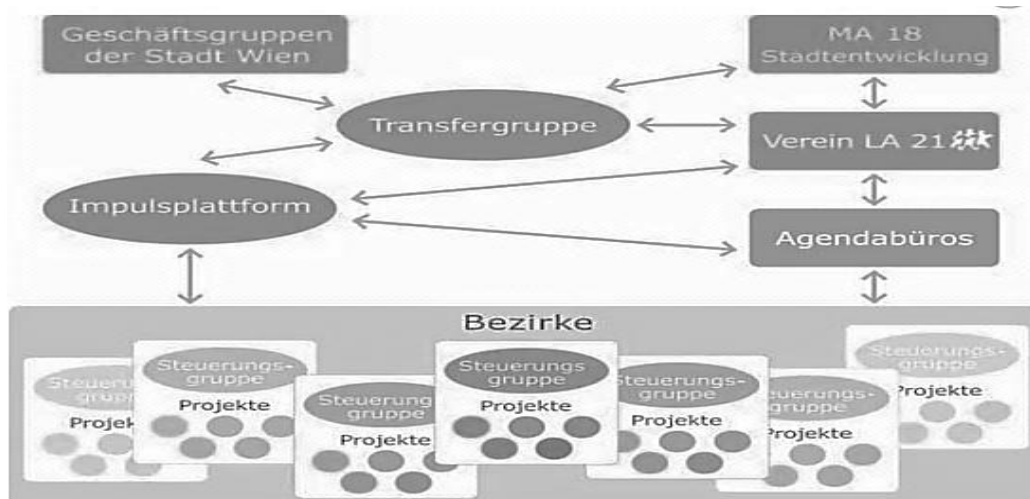


Abbildung 106: Governance- Modell der LA21- Gruppen in Wien

Bürgerbeteiligung, in Form von Grätzelfonds, Grätzelforen und Grätzelbeiräten, wird in Wien lediglich im Zuge des Grätzelmanagements im Alliertenviertel und am Wallensteinplatz (Gebietsbetreuung 2./20.) eingeführt.

Die Mittel des Gebietsfonds haben sich beim Grätzelmanagement Wallensteinplatz mittlerweile aber schon beträchtlich reduziert:

„Die Kriterien des Verfügungsfonds waren ganz streng [...] weil es ein EU-Projekt war, für das es ganz verschiedene Töpfe gegeben hat. Die ersten drei Jahre war es ein Sozialfonds ESF und dann war es ein Infrastrukturtopf, das hat man während des Projekts gewechselt weil man sich schwer getan hat z.B. einen Fahrradbügel zu zahlen.“ berichtet der Quartiersbüroleiter Zwischenbrücken der Gebietsbetreuung 2./20. Martin Forstner.

„Ab 2007 (nach Ende der EU-Förderung) war die Vorgabe im Wesentlichen, dass Dinge die eigentlich im Bezirksbudget eigentlich budgetiert sein sollten, nicht aus dem dem Budget des Grätzelbeirats finanziert werden sollten. [...] 2007 haben wir mit 15.000 € hier begonnen und das ist sukzessive weniger geworden bis voriges Jahr, da waren es

nur noch 8.000 € und heuer gar nicht. Im Moment stehen wir aber noch in Verhandlungen mit der Stadt. Das Problem ist die Kameralistik, also die Budgetaufteilung der Stadt. Die Stadt Wien tut sich nach wie vor sehr schwer, Mittel zur Verfügung zu stellen für etwas, wovon sie nicht weiß, wofür es ausgegeben wird.“ (Interview Forstner 2012)

Projektideen, die aus dem Grätzelfonds finanziert werden sollen, werden einmal jährlich beim Grätzelforum eingereicht und diskutiert. Über die Umsetzung der eingereichten Projektideen stimmt der Grätzelbeirat ab. Der Grätzelbeirat des Quartiersmanagements Zwischenbrücken im 20. Bezirk hat 10 stimmberechtigte Personen:

- fünf Mitglieder aus dem Bereich Politik und Verwaltung, zwei politische Vertreter, ein Vertreter aus der Verwaltung der MA 25, ein Vertreter des Büros des Wohnbaustadtrats, der Gerhard Berger von der Magistratsdirektion- Baudirektion.
- 3 Mitglieder aus dem Kreis der Bevölkerung (Grätzeldelegierte)
- jeweils ein Mitglied als Vertretung von relevanten Institutionen im Bezirk

Bei der letzten Wahl der Bürgervertreter beim Bürgerforum gab es 6 Kandidaten, rund 20 Teilnehmer haben an der Abstimmung teilgenommen. Neben dem Bürgerforum können sich die Bürger in den Arbeitskreisen "Frauen aktiv", "Öffentlicher Raum" und "Grätzelzeitung" engagieren. (vgl. Interview Forstner 2012)

Zur Ausweitung von Grätzelforen, Grätzelbeiräten und Grätzelfonds in der Gesamtstadt Wien sind derzeit keine Pläne bekannt.

„Das hängt auch stark vom politischen Willen der Bezirke ab. Diese demokratische Komponente, das ist etwas, das muss man wollen. Und nachdem es keine zentrale politische Vorgabe z.B. des Herrn Bürgermeisters gibt dafür, ist es so im individuellen Ermessensspielraum der Bezirke, ob es solche Modelle gibt. [...] Es besteht ja auch das Problem, dass wir vergleichbare Institutionen mit der lokalen Agenda haben, die in dem Sinn besser organisiert sind, weil sie nur solche aktivierenden Projekte machen.“ erklärt der Gerhard Berger von der Magistratsdirektion- Baudirektion. (Interview Berger 2012)

### **Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering**

Die Bürgerbeteiligung im Bezirk Simmering findet im Rahmen von auf Bassena-Gespräche der MA 17 – Ost und Beteiligungsverfahren zur Gestaltung von Spielplätzen in Zusammenarbeit der GB\* 3./11. und der Jugend- und Parkbetreuung statt .

Zudem werden niedrigschwellige Bürgerdialoge wie der Info-Schanigarten im Schneiderviertel oder die Aktion „Gib deinen Senf dazu“ zur Abfrage von Ideen und Meinungen zur Simmeringer Hauptstraße durchgeführt. (Interview Galvacsy 2012; vgl. [www.gbstern.at/projekte](http://www.gbstern.at/projekte))

---

#### 7.2.4.8 Evaluierung und Monitoring

##### **Strategische Steuerungsebene Wien**

Veröffentlichungen zu Entwicklungen und der Überprüfung der Zielerreichungsgraden in der Stadterneuerungspraxis und der Gemeinwesenarbeit sind in Wien in einer überschaubaren Anzahl veröffentlicht:

In regelmäßigen Abständen, häufig zu Jubiläen, veröffentlicht die Wiener Fachzeitschrift für Bauen und Planen „Perspektiven“ eine Ausgabe zum Thema Stadterneuerung. Hier werden meist die Entwicklungen der vergangenen Jahre zusammengefasst und aktuelle Projekte und Neuerungen vorgestellt.

Der wohnfonds\_wien veröffentlicht regelmäßig Zahlen zu der Anzahl der geförderten Wohnhaussanierungen. Eine vollständige Veröffentlichung und Nachlese zur Umsetzung von Blocksanierungskonzepten existiert jedoch nicht.(vgl. wohnfonds\_wien 2009)

Bei der Evaluierung und beim Monitoring der Gebietsbetreuung Stadterneuerung herrscht im Frühjahr 2012 noch Nachholbedarf. „ Das hat uns der Rechnungshof bei der Rechnungsprüfung auch gesagt, das war eigentlich der einzige Kritikpunkt. [...] Das wird jetzt für die beginnende Auftragsperiode ganz neu aufgesetzt. [...] Da werden wir uns jemanden holen der uns berät. Dazu gibt es bei der Stadt Wien intern eine eigene Institution.“ erläutert Herr Berger von der Magistratsdirektion- Baudirektion ( Interview Berger 2012)

Das Diversitäts-und Integrationsmonitoring der MA 17 enthält z.B. Benchmarks der Zielerreichung für die Umsetzung des Diversitätsmanagements in den Abteilungen der Stadtverwaltung. (MA 17 2012)

##### **Lokale Umsetzungsebene Wien XI. Simmering**

Auch bei den Institutionen im Bezirk Simmering befinden sich Evaluierung und Monitoring noch im Aufbau (vgl. Tabelle 13):

„Wir versuchen schon den Ausgangs-und den Endzustand festzuhalten. [...] Im Prinzip muss man dies über einen längeren Zeitraum machen. Bisher wurde es meines Wissens aber noch nie gemacht. Derzeit schreiben wir vierteljährlich Berichte.“ erklärt die Projektleiterin der GB\* 3./11. Andrea Breitfuss.(Interview Breitfuss 2012)

Die Regionalstelle MA 17- Ost verfasst für jeden Bezirk Halbjahres- und Ganzjahresberichte. Diese werden nicht nach Bezirken veröffentlicht. (vgl. Interview Galvacsy 2012)

Das Monitoring des wohnpartner- Nachbarschaftsservices für Gemeindebauten beruht auf internen Reflexionsrunden und Projektberichten. Diese Berichte werden von einer

internen Abteilung für Entwicklung und Qualitätssicherung gesammelt. (vgl. Interview Neuhuber 2012)

Die Jugend- und Parkbetreuung Balu & Du evaluiert ihre Tätigkeiten durch Reflexionen in öffentlichen Teamsitzungen sowie anhand von Statistiken gemäß den Vorgaben der MA 13. Diese Erfahrungen fließen in die Jahresberichte für die Freizeit- und Parkbetreuung und das FAIR-PLAY-TEAM ein. Die Jahresberichte sind auf der Homepage von Balu & Du veröffentlicht. (vgl. Interview Nollinger 2012)

Der Einkaufsstraßenverein erstellt einen Rechenschaftsbericht über die Mittelverwendung der Projekte. Dieser wird von dem Einkaufsstraßenmanagement geprüft und bei der Wirtschaftsagentur Wien eingereicht. (Götz 2012)

**Tabelle 13: Überblick Evaluierung und Monitoring auf lokaler Ebene, Simmering**

<b>Evaluierung und Monitoring auf lokaler Ebene: SIMMERING</b>		<b>veröffent-licht</b>
<b>MA 18/21</b>	Zielgebiet „Zentralraum Simmering“: keine Angaben	(X)
<b>Regionalstelle MA 17 - Ost</b>	Halbjahres- und Jahresberichte nach Bezirken Zentraler Jahresbericht	- <b>X</b>
<b>Jugend- und Parkbetreuung FAIR-PLAY-TEAM x: Balu und Du</b>	Reflexionen in öffentlichen Teamsitzungen, Statistiken gemäß Vorgaben der MA 13, Jahr berichte	<b>X</b>
<b>wohnpartner 3./4./11.</b>	Interne Reflexionen, „Projektberichte Interne Abteilung für Entwicklung und Qualitätssicherung	-
<b>GB* 3./11.</b>	Eigener Vorher- Nachher-Abgleich Zentraler Jahresbericht	- <b>X</b>
<b>WKO Einkaufsstraßenmanagement</b>	Rechenschaftsbericht zur Mittelverwendung an Wirtschaftsagentur	-

#### 7.2.4.9 Verstetigungsansätze

Wie sich die Instrumentarien, Prozesse und Institutionen in Wien, im Hinblick auf eine sozialraumorientierte Stadterneuerungspraxis, in Zukunft und vor dem Hintergrund zunehmender Sparzwänge weiterentwickeln werden, lässt sich weder aus den geführten Expertengesprächen noch aus Veröffentlichungen ableiten.

Rückblickend lässt sich jedoch feststellen, dass es durchaus einige Pilotprojekte im Bereich der Stadterneuerung in den „institutionalisierten Mainstream“ geschafft haben, wie z.B. die MA 17 und die wohnpartner. Andere extern beauftragte Institutionen, wie die GB\*s sowie die Jugend- und Parkbetreuung haben sich über Jahre in den Bezirken mehr oder weniger flächendeckend etabliert. Daher erscheint eine komplette Neustrukturierung als eher unwahrscheinlich.

Anders verhält es sich mit freiwilligen Zuwendungen zur Förderung von selbstorganisier-ten Strukturen in der Bevölkerung aus: So werden die bisher einzigen Quartiersfonds in Wien, die der GB\* 2./20., auf ein Minimum zurückgefahren. Auch eine Ausweitung der LA-21- Prozesse auf alle Bezirke ist bisher nicht erfolgt.





---

# TEIL IV

Sozialraumorientierte Steuerungsstrategien  
in der Stadterneuerungspraxis:

Zusammenfassung, Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

## 8 Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Untersuchungsergebnisse zur Stadterneuerungspraxis in Berlin | Moabit und Wien | Simmering

### 8.1 [Wohn-] Raumbezogene Steuerungsansätze

Die Analyse der [wohn-]raumbezogenen Steuerungsstrategien zeigt, dass in beiden Städten die reine Modernisierung von Wohnungen und Gebäuden derzeit weitgehend abgeschlossen ist. Steuerungspotenziale bestehen durchaus noch in thermisch-energetischen Sanierungen wie auch in der Aufwertung der öffentlichen Räume und Gebäude. Beide Städte sind derzeit auch von teilweise massiven Mietpreissteigerungen, insbesondere am freien Wohnungsmarkt, betroffen. (vgl. Tabelle 14)

#### **Berlin**

Aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Stadt werden seit 2002 in Berlin keine Fördermittel für Wohnungssanierungen in Sanierungsgebieten vergeben, sondern ausschließlich für Maßnahmen in öffentlichen Räumen und Gebäuden bereitgestellt. Sanierungsgebiete nach dem BauGB stellen insgesamt relativ scharfe und aufwändige städtebauliche Instrumente dar:

Sie erfordern bereits vor der Ausweisung vorbereitende Untersuchungen, welche die Notwendigkeit und öffentliches Interesse der Sanierungsförderung darlegen. Die Sanierungsgebiete sind parzellenscharf. Es können keine Maßnahmen außerhalb der Abgrenzung gefördert werden, es sei denn, die Abgrenzung wird formal geändert.

Zusätzlich erhalten alle Liegenschaftseigentümer im Sanierungsgebiet einen Grundbuchvermerk, der ihre Veräußerungs- und Bebauungsmöglichkeiten einschränkt. Sanierungsförderungen werden nur mehr indirekt über Steuerabschreibungen gewährt. Nach Aufhebung der Sanierungsgebiete können von den Eigentümern Ausgleichsbeiträge für die Aufwertung ihrer Liegenschaften erhoben werden. Diese Ausgleichsbeiträge werden in Berlin innerhalb desselben Bezirks für weitere Sanierungsmaßnahmen eingesetzt.

Da alle Bund-Länder-Förderprogrammen der Städtebauförderung investive mit nicht-investiven Maßnahmen kombinieren, werden Aufwertungsmaßnahmen im öffentlichen Raum in allen Programmen finanziert. Im Untersuchungsgebiet Moabit werden die vier verschiedenen Förderprogramme durch ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept gebündelt. Dieses Stadtentwicklungskonzept wird im Rahmen des Landesprogramms „Aktionsräume plus“ erarbeitet.



---

In Bezug auf Sozialwohnungen und Mietpreisregulierungen hat die Stadt Berlin in den vergangenen Jahren erheblich an Steuerungspotenzialen eingebüßt: Mit dem Wegfall der Anschlussförderungen und der damit verbundenen Belegungsbindung, wird die Anzahl der Sozialwohnungen in Berlin kontinuierlich, von ehemals rund 420.000 auf 120.000 im Jahr 2018, sinken. Zusätzlich führen die Abschaffung von Mietobergrenzen im Jahr 2006 in Sanierungsgebieten und die Änderungen des Mietrechtsgesetzes im BGB, in vielen Stadtgebieten, zu steigenden Mietpreisen.

Das subjektbezogene Wohngeld ist in Deutschland nach vier verschiedenen Regionstypen gestaffelt.

### **Wien**

Zur Sanierung von Wohnungen und Gebäuden werden in Wien direkte Anreizförderungen in Form von vergünstigten Darlehen oder teilweise als nicht rückzahlbare Zuschüsse vergeben. Zwar werden Fördermittel für Sanierungen in ausgewiesenen „Zielgebieten“ der Stadterneuerung bevorzugt bewilligt, jedoch sind alle Eigentümer in der Gesamtstadt Wien, deren Wohnungen und Gebäude älter als 20 Jahre alt förderberechtigt. Im Gegenzug verpflichten sich die Eigentümer, einen Teil der sanierten Wohnungen mietpreisgebunden über die zentrale Vergabestelle des wohnservice wien zu vergeben. Ausgleichszahlungen für Maßnahmen im öffentlichen Raum sind nicht zu leisten. Die Wiener Sanierungsförderung stellt somit ein relativ weiches Instrument dar, welches auf die freiwillige Initiative der Eigentümer abzielt.

Aufwertungsmaßnahmen im öffentlichen Raum werden in der Regel aus dem Budget der Bezirke bzw. Magistrate finanziert.

Für „Zielgebiete der Stadtentwicklung“ werden keine zusätzlichen Mittel für Maßnahmen im Gebiet bereitgestellt, sondern lediglich für zusätzliche Planungen und Koordination zu Bündelung und Abstimmung von magistratsinternen Ressourcen. Wie bei vielen Initiativen im Bereich der Stadterneuerung in Wien, kann auch hier die gebietsbezogene Abgrenzung anlassbezogen im Nachhinein verändert werden.

Durch einen hohen Anteil der kommunalen Gemeindebauwohnungen am Gesamtwohnungsbestand und einer kontinuierlichen Ausweitung im geförderten Mietwohnungsbau, verfügt die Stadt Wien über ein erhebliches Steuerungspotenzial in Bezug auf Miethöhen, Belegung und Wohnungsstandards. Auch die Mietzinshöhen von Altbauten, Substandardwohnungen und langfristig bestehenden Mietverträgen sind reguliert. Somit existiert in Wien zwar ein sehr großer Anteil an preisgünstigem Wohnraum, dieser ist jedoch nur bedingt nach sozialen Kriterien vergeben. Erst die Öffnung der Gemeindebauwohnungen für Nicht-Österreicher ab 2006 wird diese Situation mittel- und langfris-

tig verändern. Die Differenzen der Mietzinshöhen am freien und am regulierten Wohnungsmarkt wachsen stetig, momentan liegen die Wartezeiten für eine Gemeindewohnungen und geförderte Mietwohnung zwischen zwei und vier Jahren. Der soziale Wohnungsbau in Wien könnte sich jedoch zunehmend zu einem „Closed-Shop“ entwickeln, bei dem diejenigen, die eine derartige Wohnung ergattern oder erben können, zusätzlich die Angebote von Hausmeister-Services und sozialer Betreuung z.B. den wohnpartner- Nachbarschaftsservice in Anspruch nehmen können. Um diese zunehmenden Differenzen auszugleichen, wird die subjektbezogene Wohnbeihilfe seit 2012 auch auf Personen ausgeweitet, welche nicht Mieter in städtischen Wohnhausanlagen sind.

Angesichts dieser geänderten Rahmenbedingungen, von vielen leerstehenden und sanierungsbedürftigen Wohnungen in den 1980er Jahren hin zu einem hohen Anteil an modernisierten Wohnungen, gesunkenen Leerstandszahlen und einer großen Nachfrage, werden die strategischen Grundsätze der „Sanften Stadterneuerung“ derzeit überarbeitet.

Tabelle 14: [Wohn-]Raumbezogene Steuerungsansätze in Berlin | Moabit und Wien | Simmering

<b>[Wohn-]Raumbezogene Steuerungsansätze</b> in Berlin   Moabit und Wien   Simmering		
	<b>Berlin   Moabit</b>	<b>Wien   Simmering</b>
<b>Klassische Sanierungsmaßnahmen</b>	<p><b>Sanierungsgebiete nach §142 BauGB</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Sanierungsförderungen werden in Berlin nur noch für öffentliche Gebäude und öffentliche Räume im ausgewiesenen Sanierungsgebiet verwendet</li> <li>▪ Privat Eigentümer erhalten keine direkten Fördermittel mehr, sondern können Sanierungskosten nur noch steuerlich absetzen.</li> <li>▪ Private Eigentümer müssen nach Abschluss der Sanierungsmaßnahmen Ausgleichsbeiträge zahlen. Diese werden innerhalb des Bezirks wieder eingesetzt.</li> </ul>	<p><b>Sanierungsförderung nach WWFSG</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Anreizförderung zur Sanierung von Wohnungen und Gebäuden, deren Bauwilligung min. 20 Jahre zurückliegt</li> <li>▪ Wienweit, jedoch höhere Förderungen für Gebäude, welche in Zielgebieten</li> <li>▪ Unterscheidung zwischen:                         <ul style="list-style-type: none"> <li>- der Wohnhaussanierung von einzelnen Objekten im gesamten Stadtgebiet</li> <li>- der liegenschaftsübergreifenden Blocksanierung in einem räumlich begrenzten Sanierungsgebiet</li> </ul> </li> <li>▪ Förderungen werden in Form von Förderungsdarlehen, Annuitäten- und Zinszuschüssen sowie nicht rückzahlbaren Zuschüssen und Beiträgen gewährt.</li> <li>▪ Mietzinsbindung, Verkaufseinschränkungen und zentrale Vergabe für einen Teil der sanierten Wohnungen</li> <li>▪ Der Anteil an „Substandard“-Wohnungen in Wien liegt derzeit bei (nur mehr) 5%</li> </ul>
<b>Aufwertungsmaßnahmen im öffentlichen Raum</b>	<p>Förderungen für Aufwertungsmaßnahmen der öffentlichen Räume <b>bei der gesamten aktuellen Programmfamilie Städtebauförderung enthalten</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen</li> </ul>	<p>Maßnahmen im öffentlichen Raum werden aus den Budgets der Bezirke und beteiligten Magistratsabteilungen finanziert. (Ausnahme EU-Förderungen im Fall von wenigen Pilotprojekten)</p>

<b>[Wohn-]Raumbezogene Steuerungsansätze</b> in Berlin   Moabit und Wien   Simmering		
	<b>Berlin   Moabit</b>	<b>Wien   Simmering</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Städtebaulicher Denkmalschutz</li> <li>▪ Stadtbau Ost/West</li> <li>▪ Soziale Stadt</li> <li>▪ Aktive Orts- und Stadtteilzentren</li> <li>▪ Kleinere Städte und Gemeinden</li> </ul>	<p><b>„Zielgebiete der Stadtentwicklung“</b> stellen keine Sachmittel zur Verfügung, sondern personelle Ressourcen für zusätzliche Planungen und zur Koordination der Magistratsabteilungen und anderen beteiligten Akteuren</p>
<b>Mietrecht</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Miethöhen dürfen die örtliche Vergleichsmiete nicht um mehr als 20% überschreiten</li> <li>▪ Bestehende Mieten dürfen in 3 Jahren nicht mehr als um 15% erhöht werden.</li> <li>▪ Mieten können um bis zu 11% der Modernisierungskosten pro Jahr erhöht werden</li> <li>▪ Mietobergrenzen in Sanierungsgebieten seit 2006 nicht mehr zulässig</li> <li>▪ Auch in Milieuschutzgebieten keine gesonderten Regelungen (§ 172 BauGB)</li> </ul>	<p><b>MRG</b> als extrem differenziertes Mietrecht, welches die Miethöhe nach folgenden Kriterien festlegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Baualter der Wohnung,</li> <li>▪ Ausstattungsstandard</li> <li>▪ Datum des Mietvertrags</li> </ul> <p>Günstige Mietverträge können durch ein Eintrittsrecht, an Verwandte in gerader Linie im selben Haushalt vererbt werden.</p>
<b>Sozialer Wohnungsbau</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gesamtwohnungsbestand Berlin: 1.900.0000 Wohnungen</li> <li>▪ 153.00 Sozialwohnungen (8 % des gesamten Wohnungsbestands)</li> <li>▪ 269.000 Wohnungen (14 % des gesamten Wohnungsbestands)</li> <li>▪ Fertig gestellte Wohnungen pro Jahr:3000</li> <li>▪</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gesamtwohnungsbestand Wien: 854.000 Hauptsitzwohnungen</li> <li>▪ Ein relativ großer Bestand von rund 220.000 sozialen Gemeindewohnungen (ca. 30% des gesamten Wohnungsbestands)</li> <li>▪ rund 180.000 geförderten Wohnungen (ca. 25% des gesamten Wohnungsbestands)</li> <li>▪ Aktuell: 7000 geförderte Wohnungen im Bau</li> </ul>
<b>Subjektive Wohnkostenzuschüsse</b>	<p><b>Wohngeld nach WoGG</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ z.B. 1-Personen-Haushalt: zwischen 292-407 Euro/ pro Monat (regionsabhängig)</li> <li>▪ Höchstverdienstgrenze: maximal 780-860 €</li> </ul>	<p><b>Wiener Wohnbeihilfe nach WWFSG</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Seit 2012 erstmals auch für Mieter, die nicht in städtischen Wohnhausanlagen</li> <li>▪ z.B. 1-Personen-Haushalt: zwischen 129-258 Euro/ pro Monat</li> <li>▪ Höchstverdienstgrenze: maximal 1.155 €</li> </ul>

Insgesamt zeigt die Gegenüberstellung der [wohn-]raumbezogenen Steuerungsansätze in den beiden Städten, dass in Berlin, aufgrund der finanziell schwierigen Haushaltslage und übergeordneten Mietrechtsbestimmungen, nur noch relativ wenige Einflussmöglichkeiten in Bezug auf Mietpreishöhen, Wohnungsbelegung und Wohnraumsanierung zur Verfügung stehen. In Wien hingegen bestehen, aufgrund der hohen Anzahl an städtischen Wohnhausanlagen und direkten Fördermöglichkeiten, nach wie vor hohe Steuerungspotenziale zur Verringerung von sozialräumlicher Benachteiligung im Handlungsfeld Wohnen und Wohnumfeld.

## 8.2 Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze

Im Bereich der wirtschaftsbezogenen Steuerungsansätze zeigen sich bei der Gegenüberstellung der Initiativen in Berlin und Wien unterschiedliche Herangehensweisen(:

Bei der Umsetzung des Programms Stadtumbau West im Fördergebiet Tiergarten Nordring/ Heidestraße wird, innerhalb der Gebietsabgrenzung, eine große Bandbreite an verschiedenen Maßnahmen umgesetzt. Sie reichen von der Entwicklung eines neuen Quartiers auf Konversionsflächen, über die Sanierung und Gestaltung von Sport- und Freizeitanlagen unter Einbeziehung der ansässigen Bevölkerungen bis hin zur Initiierung von Unternehmensnetzwerken im Gewerbegebiet Moabit. Einen derartigen Stadterneuerungsschwerpunkt in Bezug auf bestehende Gewerbegebiete unter Einbeziehung der ansässigen Unternehmen existiert in Wien bisher noch nicht. (vgl. Tabelle 15)

Tabelle 15: Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze im Bereich Gewerbe in Berlin | Moabit und Wien | Simmering

<b>Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze</b> in Berlin   Moabit und Wien   Simmering		
	<b>Berlin   Moabit</b>	<b>Wien   Simmering</b>
<b>Gewerbegebiete</b>	<p><b>Bund-Länder-Förderprogramm Stadtumbau West in Berlin: 6 Gebiete</b></p> <p>Maßnahmen im Fördergebiet Stadt-Umbau West Tiergarten-Nordring/Heidestraße (investiv und nicht-investiv):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Masterplan Europa City</li> <li>▪ Kunst-Campus</li> <li>▪ Sanierung Post-Stadion</li> <li>▪ Anlage des Moabiter Stadtgartens</li> <li>▪ Initiierung des Unternehmensnetzwerks „Green Moabit“</li> <li>▪ Bürgerbeteiligung</li> </ul>	<p>Keine spezifischen Programme für Managements zur Bestandspflege in Gewerbegebieten.</p> <p>Maßnahmen zum Umbau in Gewerbegebieten und „Brownfields“:</p> <p style="padding-left: 40px;">Städtebauliche Entwicklungsgebiete z.B. Nordbahnhof, Nordwestbahnhof</p> <p>oder</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Zielgebiete der Stadtentwicklung z.B. Zielgebiet Hauptbahnhof Wien - Erdberger Mais</li> </ul>

Im Bereich Einzelhandel und Geschäftsstraßenmanagement liegen die Unterschiede der Steuerungsansätze in Berlin und Wien im Detail (vgl. Tabelle 16):

Das Geschäftsstraßenmanagement, welches als Bestandteil des Gesamtkonzepts "Aktive Zentren Turmstraße" in Moabit eingerichtet wird, stellt eine zeitlich und räumlich begrenzte Initiative zur Stabilisierung des Fördergebiets dar. Die Hauptzielgruppe des Geschäftsstraßenmanagements besteht jedoch nicht nur aus Einzelhändlern im Gebiet. Auch die Bewohner werden im Rahmen einer Stadtteilvertretung und verschiedenen Kultur- und Beteiligungsprojekten berücksichtigt. Projekte von Einzelhändlern können über einen Quartiersfonds teilfinanziert werden. Diese Projekte, wie z.B. die Neugestaltung von Marktständen, müssen nicht im Gesamtkontext der Turmstraße stehen. Über die Auswahl der geförderten Projekte entscheidet die Aktionsfonds-Jury. Zusätzlich werden durch die stadtweite Zentren-Initiative "MittendrIn Berlin!" vom Land

Berlin und der Industrie- und Handelskammer Berlin über ein zweijährliches Wettbewerbsverfahren innovative Konzepte für Geschäftszentren gefördert.

In Wien existieren mit den „Lebendigen Geschäftsstraßen“, „Mingo Grätzelmanagement“, dem „Einkaufsstraßenmanagement“ der Wirtschaftskammer und Fördermöglichkeiten des Wirtschaftslandes, mehrere Initiativen zur Förderung von Geschäftsstraßen und Märkten von verschiedenen Institutionen mit ähnlichen Steuerungsansätzen.

Das Einkaufsstraßenmanagement der Wirtschaftskammer im 11. Wiener Gemeindebezirk betreut und berät den ansässigen Einkaufsstraßenverein und dessen Mitglieder. Das Einkaufsstraßenmanagement dient in erster Linie der Professionalisierung von gemeinschaftlichen Marketingaktionen und der Umsatzsteigerung.

Die ansässige Bevölkerung wird in erster Linie als potenzielle Kundschaft wahrgenommen. Das Einkaufsstraßenmanagement in Wien bzw. Simmering wird zwar jährlich neu beauftragt, hat sich jedoch bereits seit über 20 Jahren im Bezirk etabliert.

Tabelle 16: Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze im Bereich Einzelhandel in Berlin | Moabit und Wien | Simmering

<b>Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze</b> in Berlin   Moabit und Wien   Simmering		
	<b>Berlin   Moabit</b>	<b>Wien   Simmering</b>
<b>Geschäftsstraßen</b>	<p><b>Bund-Länder-Förderprogramm</b>  <b>Aktive Zentren + Sanierungsgebiete in Berlin: 6 Gebiete</b></p> <p>Maßnahmen im Fördergebiet Aktive Zentren Turmstraße (investiv und nicht-investiv, zeitlich begrenzt):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Parkumgestaltungen</li> <li>▪ Verkehrsplanung</li> <li>▪ Sanierungsmaßnahme Kita</li> <li>▪ Quartiersfonds</li> <li>▪ Mobile Sozialarbeit</li> <li>▪ Geschäftsstraßenmanagement</li> <li>▪ Stadtteilvertretung</li> <li>▪ Stadtteilzeitung</li> </ul> <p>Zusätzlich: MittendIN Berlin            Initiative der Senatsverwaltung + IHK</p> <p>Jährliches Wettbewerbsverfahren von innovativen Projekten</p> <p><b>QM Moabit West – Projekte: Einzelhandel</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ „Moabiter Lichterglanz“ Schulklassen schmücken Schaufenster (2008)</li> </ul>	<p>Auf gesamtstädtischer Ebene existieren mehrere Initiativen verschiedener Akteure z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Lebendige Straßen (MA 18)</li> <li>▪ Mingo Grätzelmanagement (Wirtschaftsagentur)</li> <li>▪ Einkaufsstraßenmanagement (Wirtschaftskammer Wien)</li> </ul> <p>Das Einkaufsstraßenmanagement, welches den Einkaufsstraßenverein in Simmering betreut, bietet Unterstützung bei Marketingmaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit und Professionalisierung der Gewerbetreibenden, Förderung ausschließlich von gemeinschaftlichen Aktionen</p>

Im Bereich der Beschäftigungsförderung unterscheiden sich die Steuerungsansätze in Berlin und Wien deutlich. In Berlin werden im Zuge von Programmen der Städtebauförderungen lokale Initiativen unterstützt, wie z.B. im Stadtteil Moabit Näh- und Selbsthil-

fewerkstätten oder die Förderung von zusätzlichen Personalstellen zum Berufseinstieg für Arbeitslose im Rahmen des Bundesförderprogramms „Bürgerarbeit“. Diese gebietsbezogenen Maßnahmen ergänzen die Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitsagentur auf gesamtstädtischer Ebene, können jedoch zum Großteil nur über die Förderungslaufzeit finanziert werden. (vgl. Tabelle 17)

In Wien sind Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen auf gesamtstädtischer Ebene organisiert. Die Kommunikation erfolgt klientelbezogen z.B. über das AMS oder das Beratungszentrum für Migrantinnen und Migranten. Mit der Ausbildungsgarantie für Jugendliche soll von kommunaler Seite sichergestellt werden, dass der Berufseinstieg nicht an den Anforderungen der Unternehmen scheitert. Somit erhalten auch Jugendliche eine Chance, die nicht in das herkömmliche Auswahlraster der Betriebe passen und ohne Ausbildung hochgradig armutsgefährdet sind. Zusätzlich bestehen mit „SpaceLabs“ niedrigschwellige Anlaufstellen, bei denen Wiener Jugendliche unter 21 Jahren, verschiedene Berufe ausprobieren können und dafür eine Vergütung erhalten.

Tabelle 17: Steuerungsansätze zur Beschäftigungsförderung in Berlin | Moabit und Wien | Simmering

<b>Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze</b> in Berlin   Moabit und Wien   Simmering		
	<b>Berlin   Moabit</b>	<b>Wien   Simmering</b>
<b>Beschäftigungsförderung</b>	<p><b>QM Moabit West + Moabiter Ratschlag</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ NUTZbar“ Selbsthilfewerkstatt (laufend)</li> <li>▪ „WANDELbar“ Nähwerkstatt (laufend)</li> <li>▪ „FAHRbar“ Fahrradwerkstatt (laufend)</li> </ul> <p><b>Stadtumbau West- Green Moabit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ geplante Job-Börse auf der Homepage des Unternehmensnetzwerks „Green-Moabit</li> </ul> <p><b>Moabiter Ratschlag e.V.</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ 5 Personalstellen „Bürgerarbeit“ im Stadtschloss Moabit</li> </ul>	<p>Vielfältige Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung, insbesondere für Sozialhilfebezieher, Migranten, Jugendliche und Suchtkranke.</p> <p>Organisation auf gesamtstädtischer Ebene, Information über klientelbezogenen Institutionen wie AMS, Sozialzentren,</p> <p>Für Jugendliche, die keine Lehrstelle finden, besteht eine Ausbildungsgarantie in Lehrwerkstätten.</p> <p>Niedrigschwellige, bezahlte Arbeitsintegrationsmaßnahmen in „SpaceLabs“ an zwei Standorten</p>

Die Gegenüberstellung der wirtschaftsbezogenen Steuerungsinstrumente zeigt, dass in Berlin vorwiegend innovative und investive Maßnahmen mit einem hohen Anteil an Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung gefördert werden. Diese sind jedoch meist auf die Laufzeit der Förderungsdauer begrenzt. In Wien werden im Bereich des Einzelhandels vielfältige Förderungsmöglichkeiten bereitgestellt, die sich vor allem in Bezug auf die durchführenden Organisationen (und deren politischen Ausrichtung) unterscheiden. Die Beschäftigungsförderung erfolgt in Wien klientelbezogen und auf gesamtstädtischer Ebene. Insbesondere im Bereich Jugendliche bestehen durch kommunale Qualifizierungsprogramme und die Ausbildungsgarantie große Steuerungspotenziale.

---

### 8.3 Steuerungsansätze im sozialen Bereich

Bei der Gegenüberstellung der Steuerungsansätze im sozialen Bereich in Berlin und Wien stechen insbesondere organisatorische Unterschiede heraus (vgl. Tabelle 18):

Die Aufgabenbereiche des Quartiersmanagements in Berlin Moabit liegen vor allem in der Koordination von externen Projektbeauftragten, der Abstimmung von Projektkonzeptionen mit den Beauftragten und der Verwaltung, im Fördermittelmanagement sowie in der Organisation der Bürgerbeteiligung im Rahmen von Stadtteilplänen, Quartiersfonds und Quartiersratsitzungen. Das Spektrum der geförderten Projekte im Rahmen des QM Moabit West reicht von Kulturprojekten, Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung über Erneuerungsmaßnahmen im öffentlichen Raum bis hin zur Spielplatzbetreuung, integrativen Projekten und Stadtteilfeiern. Die Sanierungsberatung ist nach Angaben der befragten Verantwortlichen mit der Abschaffung der direkten Sanierungsförderung in Berlin in den Hintergrund getreten. Die Projekte beziehen sich, aufgrund der Förderbestimmungen zum Programm „Soziale Stadt“, nur auf das Fördergebiet und können nach einer Projektlaufzeit von drei Jahren, maximal drei weitere Jahre finanziert werden. Schulen und der Quartiersverein „Moabiter Ratschlag“ stellen wichtige Partner des QM West dar.

In Wien werden Aufgabenbereiche, welche in Berlin beim Quartiersmanagement angesiedelt sind, von verschiedenen, gemeinwesensbezogenen Institutionen in den Bezirken übernommen: Die Gebietsbetreuung Stadterneuerung und der wohnpartner – Nachbarschaftsservice können dem Bereich des Quartiersmanagements zugeordnet werden; die Jugendarbeit übernimmt die Freizeit – und Parkbetreuung. Der Bereich Integration wird durch die Regionalstellen der MA 17 abgedeckt. Zur Schlichtung von Konflikten im (halb-)öffentlichen Raum sind Teams des wohnpartner – Nachbarschaftsservice und den FAIR-PLAY-TEAMS unter Leitung der Freizeit- und Parkbetreuungen übernommen. Die meisten dieser Institutionen haben sich bereits über mehrere Jahre in allen Wiener Gemeindebezirken etabliert. Eine Ausnahme bilden die GB\*s, welche nur in 16 der 23 Bezirke eingesetzt werden. Die Maßnahmen werden jeweils aus den Regelbudgets der Magistrate bzw. der Bezirke finanziert. Förderungen z.B. EU-Mittel spielen meist nur im Fall von experimentellen Pilotprojekten eine Rolle. Interventionen und deren Gebietsabgrenzungen innerhalb der Bezirke können anlassbezogen ohne größeren Aufwand geändert werden.

Auffallend ist die Sonderbehandlung der städtischen Wohnhausanlagen, welche zu parallelen oder auch konkurrierenden Angeboten verschiedener Institutionen und unterschiedlichen Ansprechpartnern in denselben Gebieten führt.

Tabelle 18: Steuerungsansätze im sozialen Bereich in Berlin | Moabit und Wien | Simmering

Steuerungsansätze im sozialen Bereich in Berlin   Moabit und Wien   Simmering		
	Berlin   Moabit	Wien   Simmering
<b>Quartiersmanagement</b>	<p>Die <b>Quartiersmanagements (QM)</b> in Berlin sind ein Bestandteil des Bund-Länder-Förderprogramms „Soziale Stadt“ (Start 1999).</p> <p>Hauptaufgaben des QM</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Projektkonzeption , -organisation</li> <li>▪ Betreuung von Projektbeauftragten</li> <li>▪ Fördermittelmanagement</li> <li>▪ Bürgerbeteiligung</li> <li>▪ Organisation Stadtteilplenum</li> <li>▪ Organisation der Quartiersfonds</li> <li>▪ Organisation von Kulturprojekten</li> <li>▪ Schnittstelle zwischen Bürgerschaft, Quartiersvereinen, Politik und Verwaltung,</li> </ul> <p>Zielgruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Alle Betroffenen im Fördergebiet (relativ scharfe Gebietsabgrenzung)</li> <li>▪ beauftragte Projektträger Institutionen, Politik, Verwaltung</li> </ul> <p>Finanzierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Förderprogramm „Soziale Stadt (1/3 Bund, 2/3 Land/Stadt Berlin),</li> <li>▪ EFRE- Mittel 2000- 2012</li> <li>▪ Projektlaufzeit 3 Jahre , verlängerbar für 1 bzw. 3 Jahre</li> </ul>	<p>Die 9 extern beauftragten Teams der <b>Gebietsbetreuung Stadterneuerung (GB*)</b> sind in 16 der 23 Bezirke mit Gebietslokalen vertreten. (Start 1974)</p> <p>Hauptaufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vernetzung von Akteuren im Bezirk</li> <li>▪ Kommunikation und Moderation bei Stadterneuerungsprozessen</li> <li>▪ Sanierungsberatung</li> </ul> <p>Zielgruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Alle Betroffenen in Interventionsgebieten (meist keine parzellenscharfe Abgrenzung)</li> <li>▪ Institutionen, Politik, Verwaltung</li> </ul> <p>Finanzierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Personalkosten Zentralbudget (MA 25)</li> </ul> <p>Sachkosten werden nicht finanziert</p>
		<p>Die 9 <b>wohnpartner-Teams</b> sind in 19 der 23 Bezirke mit Lokalen vertreten. Sie betreuen alle städtischen Wohnhausanlagen in allen Bezirken. (Start: 2002 bzw. 2009)</p> <p>Hauptaufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Konfliktarbeit</li> <li>▪ Aufsuchende Sozialarbeit</li> <li>▪ Beratung und Organisation</li> </ul> <p>Zielgruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Ausschließlich Mieter im Gemeindebau</li> </ul> <p>Finanzierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Personalkosten Zentralbudget (MA 25)</li> </ul>
<b>Kinder und Jugend</b>	<p><b>QM Moabit West</b> – Projekte: <b>Kinder und Jugend</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ „Jugendhaus B8“ – ein Haus für Lückekinder (laufend)</li> <li>▪ Spielplatzbetreuung (laufend)</li> <li>▪ Gewaltprävention an Schulen (2005-2007)</li> <li>▪ Zukunftskonferenzen der Grundschulen (2006)</li> <li>▪ Huttenkids und Co (2003-2009)</li> </ul> <p><b>B8</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Angebote für Kinder und Jugendliche von 9-15 Jahren</li> </ul> <p><b>Jugendeinrichtung Bredow Treff</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Angebote für Kinder und Jugendliche von 9-27 Jahren</li> </ul> <p><b>Moabiter Ratschlag e.V.</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Mädchen- Kultur-Treff Dünja (Start 2004)</li> <li>▪ Kinder- und Jugendbeteiligung</li> <li>▪ Schulsozialpädagogik</li> <li>▪ Schulgarten Birkenstraße</li> </ul>	<p><b>Freizeit- und Parkbetreuung</b></p> <p>Externe Beauftragte in allen Bezirken.</p> <p>Hauptaufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Niedrigschwellige Jugendarbeit in Parks und öffentlichen Räumen</li> <li>▪ Ganzjähriges Freizeitprogramm in Kinder und Jugendzentren</li> <li>▪ Lobbyarbeit für Kinder im Bezirk</li> </ul> <p>Zielgruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kinder von 9-13 Jahren</li> <li>▪ Jugendliche ab 12 Jahren</li> </ul> <p>Die Angebote sind kostenlos und werden aus den Bezirksbudgets finanziert.</p> <p><b>Jugendeinrichtungen in Simmering:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Balu und Du- Clublokal (+aufsuchende Jugendarbeit in Parks)</li> <li>▪ Ju Gang - Container</li> <li>▪ Mädchengarten</li> <li>▪ Jugendtreff Eleven</li> <li>▪ Jugendzentrum JAM</li> <li>▪ Jugendzentrum Si:ju</li> <li>▪ Siedlungstreff Leberberg</li> </ul>



<b>Steuerungsansätze im sozialen Bereich</b> in Berlin   Moabit und Wien   Simmering		
	<b>Berlin   Moabit</b>	<b>Wien   Simmering</b>
<b>Integration</b>	<p>Verankerung der QMs und Stadtteilzentren als „Selbsthilfekontaktstellen“ im Integrationskonzept der Stadtberlin</p> <p><b>QM Moabit West - Projekte</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ „MüfüMü“ – Mütter für Mütter (laufend)</li> <li>▪ „Familienbegleitung“ ( 2004-2007)</li> <li>▪ Treffen der Religionsgemeinschaften (2002-2006)</li> <li>▪ „Die Goldenen Straßen regeln“ (2005-2008)</li> </ul> <p><b>Moabiter Ratschlag e.V.</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Mädchen- Kultur-Treff Dünja (Start 2004)</li> <li>▪ „Arabische Frauen engagieren sich im Kiez“ (2007-2010)</li> </ul>	<p><b>MA 17</b> wienweit vertreten, 5 Regionalstellen, keine Lokale mit Parteienverkehr</p> <p>Hauptaufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ „Bassengespräche“ im öffentlichen Raum</li> <li>▪ Vorträge bei Kulturvereinen</li> <li>▪ Organisation und Vernetzung mit Institutionen und Politik in den Bezirken</li> </ul> <p>Zielgruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Alle Passanten im öffentlichen Raum</li> <li>▪ Kulturvereine</li> <li>▪ Integrationsrelevante Institutionen, Verwaltungsabteilungen und</li> </ul> <p>Finanziert aus dem Zentralbudget der Stadt Wien</p> <hr/> <p><b>Beratungszentrum für Migrantinnen und Migranten</b></p> <p>Zentralisierte Beratungsstelle zur Unterstützung bei:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Sprachkursen</li> <li>▪ Beschäftigung und Qualifizierung</li> <li>▪ Beratung von Frauen</li> </ul> <p>Zielgruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Migranten</li> </ul>
<b>Zusammenleben im öffentlichen Raum</b>	<p><b>QM Moabit West- Projekt:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ „Die Goldenen Straßenregeln“ (2005-2008)</li> <li>▪ „Kiezläufer“ (laufend)</li> </ul> <p>Ehrenamtliche melden Vandalismus und Müllprobleme in Moabit</p>	<p><b>FAIR-PLAY-TEAMS</b> <b>Mitarbeiter der Park- und Freizeitbetreuung.</b> <b>Aufsuchende Konfliktarbeit und Mediation in öffentlichen Grünanlagen in Abendstunden</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Finanziert durch Bezirke (60%) und Stadt (40%)</b></li> </ul> <hr/> <p><b>wohnpartner – unterwegs</b> <b>Mitarbeiter der wohnpartner</b> <b>Aufsuchende Konfliktarbeit und Mediation in (halb-)öffentlichen Raum in Gemeindebauten während der Abendstunden</b></p> <p>Personalkosten: Zentralbudget (MA 25)</p>

Neben den organisatorischen Unterschieden zeigen sich auch inhaltliche Schwerpunktsetzungen der Quartiersmanagements und gemeinwesenorientierten Institutionen in Wien und Berlin: Während in Wien Simmering vor allem öffentliche Räume und Parkanlagen als integrierendes Element im Vordergrund steht, liegt der Fokus in Berlin Moabit zusätzlich auf Bildungseinrichtungen, wie z.B. Schulen und KiTas sowie auf der Beteiligung der Quartiersbevölkerung.

## 8.4 Strategische Steuerungsansätze und Prinzipien der Prozessgestaltung

### Strategische Dokumente

#### Berlin | Moabit

In Deutschland werden die Ziele und Vorgaben der einzelnen Förderprogramme im BauGB und den jeweiligen Verwaltungsvereinbarung definiert. Diese bilden die Rahmenbedingungen Umsetzung der Maßnahmen in den Fördergebieten. (vgl. Tabelle 19)

In Berlin existiert eine Vielzahl an strategischen Dokumenten zur Verwaltungsmodernisierung und Prozesssteuerung wie z.B. das Modernisierungsprogramm „Service Stadt Berlin 2016“ mit dem Ziel eine bürgernahe Verwaltung mit „One-Stop-Service“ und mehreren Bürgerzentren pro Bezirk zu schaffen oder dem „Handbuch zur Sozialraumorientierung“ als Handreichung für eine ressortübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung. Das Stadtentwicklungskonzept 2030 befindet sich derzeit im Erarbeitungsprozess. Es enthält neben baulich-räumlichen Themen auch Kapitel zu Gesundheit, Sport und Bildung. Auch zur Umsetzung der einzelnen Förderprogramme, wie z.B. das Quartiersmanagements oder Stadtumbaus, werden strategische Dokumente auf gesamtstädtischer Ebene erarbeitet.

Auf lokaler Ebene wird im Rahmen des Landesprogramms "Aktionsräume<sup>plus</sup>" ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept für den Bereich Wedding/ Moabit erarbeitet. Dieses stellt die Aktivitäten der verschiedenen Förderprogramme in diesen Gebieten dar. Ein integriertes Handlungskonzept für das QM Moabit West wird momentan erstellt.

#### Wien | Simmering

Aufgrund der gesetzlichen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern existieren in Österreich keine strategischen Dokumente zur Stadterneuerung oder Verringerung von städtischen Benachteiligungsphänomenen auf nationaler Ebene.

Auf gesamtstädtischer Ebene verfügen alle untersuchten Magistratsabteilungen über eigene strategische Dokumente, welche sich auf ihren Kompetenzbereich beziehen. Als am ehesten „integriert“ im Sinne von ressortübergreifend lässt sich das rot-grüne Regierungsabkommen „Gemeinsame Wege für Wien“ bezeichnen. Dieses enthält Ziele und Maßnahmen in Bezug auf alle stadtrelevanten Handlungsfelder, ist jedoch zeitlich auf die aktuelle Regierungslaufzeit begrenzt.

Ein übergreifendes strategisches Dokument zu einer integrierten Vorgehensweise im Bereich der Stadterneuerung erscheint aus Sicht vieler Befragten als sinnvoll.

Auf Bezirksebene werden verbindliche Bezirksentwicklungspläne aufgrund langwieriger Änderungsverfahren abgeschafft. Im Rahmen des Planungsprozesses „Zielgebiet Simmering“ wird derzeit ein (unverbindliches) Leitbild für Simmering erarbeitet.

Die Jahresplanungen der einzelnen Institutionen vor Ort werden nicht veröffentlicht.

**Tabelle 19: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze\_ Strategische Dokumente**

<b>Strategische Steuerungsansätze in Berlin   Moabit und Wien   Simmering</b>		
	<b>Berlin   Moabit</b>	<b>Wien   Simmering</b>
<b>Strategische Dokumente</b>	<p><b>Nationale Ebene</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ BauGB</li> <li>▪ VV Städtebauförderung</li> <li>▪ BGB-Mietrechtsgesetz</li> <li>▪ WoGG</li> <li>▪ SBG</li> </ul> <p><b>Berlin:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Modernisierungsprogramm „Service Stadt Berlin 2016</li> <li>▪ Handbuch zur Sozialraumorientierung</li> <li>▪ Handbuch zur Partizipation</li> <li>▪ Berliner Integrationskonzept</li> <li>▪ Grundsätze der „Behutsamen Stadterneuerung“</li> <li>▪ Grundsätze der sozialen Stadt(teil-)entwicklung 2008</li> <li>▪ Stadtentwicklungskonzepte 2020</li> <li>▪ Stadtentwicklungskonzept 2030 im Erarbeitungsprozess</li> </ul> <p><b>Moabit:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Integriertes Stadtentwicklungskonzept Moabit/Wedding (Aktionsräume plus)</li> <li>▪ Ziele und Projekte: <ul style="list-style-type: none"> <li>○ QM: jährliche IHEKS</li> <li>○ IHEK Aktive Zentren Turmstraße</li> <li>○ Stadtbau West</li> </ul> </li> </ul>	<p><b>Nationale Ebene</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ MRG</li> </ul> <p><b>Wien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Regierungsübereinkommen „Gemeinsame Wege für Wien“</li> <li>▪ STEP05 Stadtentwicklungsplan / Fortschreibung 2010</li> <li>▪ STEP 2025 im Erarbeitungsprozess</li> <li>▪ Grundsätze der „Sanften Stadterneuerung“ 1983</li> <li>▪ „Leitlinien der Wiener Integrations- und Diversitätspolitik“</li> <li>▪ Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz – WWFG</li> </ul> <p><b>Simmering:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Zielsetzungen und Projekte „Zielgebiet Simmering“</li> <li>▪ Jahresplanungen der einzelnen Institutionen (nicht veröffentlicht)</li> </ul>

### **Analyseinstrumente und sozialräumliche Beobachtungsmethoden**

Die bestehenden Vorgehensweisen zur Stadtbeobachtung unterscheiden sich in Berlin und Wien deutlich (vgl. Tabelle 20):

Berlin | Moabit

Im Bereich der Analyseinstrumente und sozialräumlichen Beobachtungsmethoden werden in Berlin 2006 die verschiedenen Erhebungsmethoden und Zählgebiete im Rahmen des gesamtstädtischen „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ vereinheitlicht. Als neue Bezugseinheiten werden „Lebensweltlich orientierte Räume“ (LOR) abgegrenzt. Das Monitoring Soziale Stadtentwicklung dient u.a. der Professionalisierung zur Festlegung von Fördergebieten und zur Messung von Entwicklungen in der Gesamtstadt.

Das Monitoring Soziale Stadtentwicklung wird jährlich fortgeschrieben und ist im Internet veröffentlicht.

Zur Vereinigung und Vereinheitlichung der Geoinformationssysteme der einzelnen Bezirke befindet sich das „Planungsraumbezogene Informationssystem für Monitoring und Analyse PRISMA“ im Aufbau.

Im Bezirk Mitte werden auf Ebene der LORs derzeit „Bezirksregionenprofile“ erstellt. Der erste Teil dieser Bezirksregionenprofile enthält statistische Daten zu allen sozialraumrelevanten Themenbereichen. Der zweite Teil stellt Ziele und Maßnahmen der einzelnen Fachbereiche und Förderprogramme dar. Die Erstellung der Bezirksregionenprofile dient gleichzeitig der Vernetzung und der Herausbildung einer gemeinsamen Sicht auf den Bezirk.

Die Bezirksverwaltung Mitte pflegt ein eigenes, nicht öffentliches Geoinformationssystem, in dem auch qualitative Eigenschaften der einzelnen Institutionen und Räume im Bezirk dargestellt werden. Zusätzlich werden anlassbezogene Erhebungen in Fördergebieten durchgeführt wie z.B. die Sozialstudie Moabit West

Tabelle 20: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze\_ Analyse

<b>Strategische Steuerungsansätze</b> in Berlin   Moabit und Wien   Simmering		
	<b>Berlin   Moabit</b>	<b>Wien   Simmering</b>
<b>Analyse: Sozialräumliche Beobachtungsmethoden</b>	<p><b>Berlin:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Monitoring „Soziale Stadtentwicklung“</li> <li>▪ PRISMA Planungsraumbezogene Informationssystem für Monitoring und Analyse</li> </ul> <p><b>Moabit:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bezirksregionenprofil (kontinuierlich)</li> <li>▪ QM: Sozialstudie Moabit West 2009</li> <li>▪ AZ: Vorbereitende Untersuchungen</li> <li>▪ Bezirksamt Mitte: Geoinformationssystem (nicht öffentlich)</li> </ul> <p>Analysen und vorbereitende Untersuchungen zwingender Bestandteil zur Gebietsabgrenzung von Fördergebieten und Handlungsprogrammen</p>	<p><b>Wien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ MA 23 – Arbeit, Wirtschaft und Statistik</li> <li>▪ MA 17- Integration und Diversität : Monitoring Integration und Diversität</li> <li>▪ MA 18 – Stadtforschung und Raumanalyse: Thematische Karten (öffentlich) Geoinformationssystem (nicht öffentlich)</li> <li>▪ MA 24 – Sozialplanung :Sozialbericht</li> <li>▪ MA 50 - Sozialforschung</li> </ul> <p><b>Simmering:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Simmering: ein sozial-räumliches Wohnversorgungsprofil 2008 (Auftrag MA 50, anlassbezogen)</li> </ul>

Wien | Simmering

In Wien existiert kein ressortübergreifendes Monitoringsystem. Jede Geschäftsgruppe veröffentlicht ihre eigenen Erhebungen und Berichte wie z.B. der Sozialbericht der MA24, das Monitoring Integration und Diversität der MA 17 etc.

Kleinräumige Daten sind aufgrund einer Systemumstellung von Volkszählungen zur Registerzählung derzeit kaum verfügbar. Demnach können stadträumliche Entwicklun-

---

gen statistisch aktuell nur sehr bedingt dargestellt werden.

Eine ressortübergreifende, magistratsinterne Plattform zum Austausch von Geoinformationsdaten ist verfügbar, wird aber aufgrund von Vorbehalten über die Verwendung der Daten von anderen Ressorts nur in sehr begrenztem Umfang genutzt. Die Bezirke führen keine eigenen Erhebungen durch und besitzen kein eigenes Geoinformationssystem.

Kleinräumige Sozialraumanalysen werden anlassbezogen im Rahmen von Planungsprozessen durchgeführt, jedoch nicht systematisch fortgeschrieben.

### **Ebenen- und ressortübergreifende Organisation**

Berlin | Moabit

Auf gesamtstädtischer Ebene in Berlin werden die Stadterneuerungsprogramme als Anlass für einen umfassenden Umstrukturierungsprozess in der Verwaltung und die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen mit Bürgern genommen. Die übergeordneten Strategien bilden das Modernisierungsprogramm „Service Stadt Berlin 2016“ und das „Handbuch der Sozialraumorientierung“. Hinzu kommen fachübergreifende Arbeitsgruppen, welche sich regelmäßig treffen um über anstehende Themen abzustimmen.

In Bezug auf die gebiets- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit der verschiedenen Auftragnehmer in den Fördergebieten finden z.B. monatliche QM Jour fix –Treffen und Workshops für alle AZ -Beauftragten statt. Diese Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch. Neben den beauftragten Planern nehmen auch die übergeordneten Stellen aus den Bezirken und der Senatsverwaltung teil. (vgl. Tabelle 21)

Zur Verbesserung des Wissensmanagements und der Koordination der einzelnen Planungen und Maßnahmen im Bezirk Mitte, besteht die Stabsstelle der „Sozialraumorientierten Planungskoordination“ (Frau Patz-Drüke) als Schnittstelle zwischen der Verwaltung und den beteiligten Institutionen.

Zur Koordination und zum Erfahrungsaustausch zwischen den Auftragnehmern der verschiedenen gebietsbezogenen Förderprogramme, werden monatlich „Runden der Gebietsbeauftragten“ abgehalten. Zusätzlich finden weitere themenbezogenen Arbeitsgruppentreffen statt. Diese ressortübergreifenden Arbeitsgruppen sind nach Angaben von Befragten durchaus sinnvoll, jedoch auch sehr zeitintensiv.

Wien | Simmering

Die Wiener Stadtverwaltung ist sehr sektoral organisiert. Der Austausch zwischen den Geschäftsgruppen wird teilweise aus politischen Gründen, teilweise aufgrund von verrechnungstechnischen Vorgaben erschwert. Eine institutionalisierte ressortübergreifen-

de Zusammenarbeit und regelmäßige Treffen mit Bezirks- oder Sozialraumbezug finden auf Ebene der Magistrate nicht statt.

Eine institutionelle Trennung der inhaltlich verwandten Fachbereiche Stadtentwicklung und Stadterneuerung und Wohnen (MA 18 und MA 25) führt zu zusätzlichen Reibungsverlusten bei sozialraumbezogenen Maßnahmen und den Handlungsfeldern der GB\*.

Im Bereich der Stadterneuerung übernimmt die geschäftsgruppenfreie Magistrats-Baudirektion (Herr Berger) die Funktion der strategischen, ressortübergreifenden Schnittstelle. Die Magistratsdirektion- Baudirektion verfügt jedoch personell über sehr eingeschränkte Ressourcen und kann keine zusätzlichen finanziellen Mittel für Projekte bereitstellen.

In Simmering bietet das Regionalforum eine Plattform zum Erfahrungsaustausch für alle gemeinwesensorientierten Institutionen im Bezirk. Dieses Regionalforum findet mindestens alle zwei Monate statt und wird von allen befragten Experten im Bezirk als ein sehr wichtiges Instrument betrachtet.

Protokolle dieser Regionalforen werden jedoch nicht veröffentlicht. Darüber hinaus führende Abstimmungen und die Organisation von gemeinsamen Projekten im Quartier, aber auch mit den übergeordneten Ebenen, erfolgt informell und anlassbezogen.

Die meisten der gemeinwesensbezogenen Institutionen im Bezirk Simmering treffen sich regelmäßig, formell und informell, mit anderen Institutionen desselben Tätigkeitfelds.

**Tabelle 21: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze\_ Ebenen- und ressortübergreifende Organisation**

<b>Strategische Steuerungsansätze</b> in Berlin   Moabit und Wien   Simmering		
	<b>Berlin   Moabit</b>	<b>Wien   Simmering</b>
<b>Ebenen – und ressort- übergreifende Organisation</b>	<p><b>Berlin:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Modernisierungsprogramm „Service Stadt Berlin2016</li> <li>▪ Handbuch zur Sozialraumorientierung</li> <li>▪ Fachübergreifende Arbeitsgruppen</li> <li>▪ QM Jour fixe</li> <li>▪ Workshop AZ – Beauftragte</li> </ul> <p><b>Bezirk Mitte:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Aktionsraum plus jour fixe</li> <li>▪ AG Sozialraumorientierung</li> <li>▪ Sozialraumorientierte Planungskoordination</li> <li>▪ BA Lenkungsrunde</li> </ul> <p><b>Moabit:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Runde der Gebietsbeauftragten</li> </ul>	<p><b>Wien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Magistratsdirektion- Baudirektion</li> <li>▪ anlass-/ projektbezogen</li> <li>▪ informell</li> <li>▪ Ebenenübergreifende Treffen / Konferenzen</li> </ul> <p><b>Simmering:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Regionalforum</li> <li>▪ Anlass-/ projektbezogen</li> <li>▪ informell</li> </ul>

---

## Finanzierung

Berlin| Moabit

Die Finanzierung der Programmfamilie Städtebauförderung in Deutschland ist zeitlich sowie räumlich begrenzt und zudem degressiv angelegt. Ein Drittel der bewilligten Finanzmittel stellt der Bund, die verbleibenden zwei Drittel müssen von den Ländern und Gemeinden aufgebracht werden. Bis zum Beginn der 1990er Jahr bestand die Städtebauförderung in Deutschland ausschließlich aus einem Programm und war auf Maßnahmen zur Aufwertung von Gebäuden und des Wohnumfelds bezogen. Heute existieren insgesamt sechs (acht) verschiedene Programme mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen wie z.B. sozial benachteiligte Quartiere, kleine Städte und Gemeinden, Zentren und Denkmalschutz. Zur Förderungen von einzelnen Vorhaben sind im Vorfeld vorbereitende Untersuchungen mit der Darstellung der Problemlagen erforderlich.

Die Finanzierung der Maßnahmen in den benachteiligten Stadtteilen in Berlin ist, aufgrund der prekären Haushaltslage der Stadt, in hohem Maße von den Fördergeldern des Bundes und der EU abhängig. Die Zielsetzung, möglichst viele Förderanträge fristgerecht einreichen zu können, bewirkt in Berlin in den vergangenen Jahren eine erhebliche Professionalisierung des Fördermittelmanagements und eine verstärkte ebenen- und ressortübergreifende Zusammenarbeit. So wird z.B. die Programm-Service-Stelle eingerichtet, welche die Beratung und Vorprüfung von Förderanträgen für die personell stark unterbesetzte Senatsverwaltung übernimmt. Eine ähnliche Funktion übernehmen Quartiersmanagements, wenn Projekte in Zusammenarbeit mit Vereinen oder engagierten Einzelpersonen in den Quartieren durchgeführt werden. (vgl. Tabelle 22)

Alle befragten Experten bemängeln den Zeitdruck und den hohen administrativen Aufwand für Projektanträge und die anschließende Dokumentation, was teilweise schon zum Rückzug von einzelnen Projektträgern oder der Ablehnung von Laienprojekten geführt hat. Auch eine Zusammenlegung der drei verschiedenen Quartierszeitungen in Moabit (QM Moabit West, QM Moabit Ost und AZ Turmstraße) ist aus abrechnungstechnischen Gründen nicht möglich.

Gleichzeitig erweist es sich als sehr schwierig, flexibel auf akute Probleme im Fördergebiet oder Probleme und Institutionen außerhalb der Gebietsabgrenzung einzugehen.

Die Quartiersfonds sind nach Angaben der Experten eine gute Möglichkeit, um Teile der Bevölkerung für die Quartiersarbeit zu aktivieren. Allerdings konzentrieren sich die Diskussionen bei Stadtteilplenen und Quartiersratsitzungen fast ausschließlich auf die Finanzierung von Maßnahmen und nicht auf inhaltlichen Überlegungen.

Da die Programme der Städtebauförderung Maßnahmen nur über einen begrenzten Zeitraum finanzieren, mussten in Moabit bereits einige erfolgreiche Projekte aufgegeben werden. Dies führte sowohl bei der Bevölkerung als auch den beteiligten Institutionen zu Frustration und Unverständnis .

Zusätzlich beschränken Haushaltssperren der Stadt Berlin sowie Mittelkürzungen und Diskussionen über das Auslaufen des Programms Soziale Stadt die Handlungsspielräume in den Interventionsgebieten.

**Tabelle 22: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze\_ Finanzierung**

<b>Strategische Steuerungsansätze</b> in Berlin   Moabit und Wien   Simmering		
	<b>Berlin   Moabit</b>	<b>Wien   Simmering</b>
<b>Finanzierung</b>	<p>Fast alle Maßnahmen werden über EU-/Bundesfördermittel co-finanziert. Daraus resultieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ hoher Personalaufwand und hoher Zeitdruck zur Antragstellung und Dokumentation der Projekte; teilweise scheitern Initiativen der Bevölkerung an diesen professionalisierten Anforderungen</li> <li>▪ extrem scharfe Begrenzung der Maßnahmen auf die Fördergebiete#</li> <li>▪ Eigene Förderprüfstelle (Programm-Service-Stelle)</li> <li>▪ Hoher Professionalisierungsgrad</li> <li>▪ Projekte können maximal um 1 bzw. 3 Jahre verlängert werden</li> <li>▪ Schwierigkeit, Mittel/ Maßnahmen spontan anlassbezogen und außerhalb der bewilligten Projekte zu initiieren</li> <li>▪ Degressive Förderungen und Haushaltssperren erschweren Planbarkeit der Projekte/ externen Auftragnehmer</li> </ul>	<p>Fast alle Maßnahmen werden aus dem Regelbudget der Stadt bzw. der Bezirke oder über Fonds der Stadt Wien finanziert.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Maßnahmen können anlassbezogen und innerhalb der Bezirksgrenzen verändert ohne hohen formalen Aufwand verändert werden.</li> <li>▪ EU- Förderungen meist für zusätzliche, experimentelle Pilotprojekt</li> <li>▪ Magistratsinterne Stellen für Förderung und Förderungsberatung z.B. bei der MA 17</li> </ul>

**Wien | Simmering**

In Wien werden in der Regel alle Maßnahmen und beauftragten Institutionen aus den Regelbudgets der Stadt oder der Bezirke finanziert. Den Institutionen steht es offen, sich mit Projekten um EU-Mittel zu bewerben, bisher besteht hierzu jedoch noch kein (finanzieller) Druck. Viele Befragte betonen, dass die Finanzierung der Projekte und Institutionen, insbesondere im internationalen Vergleich, noch sehr gut aufgestellt ist. Einige Institutionen, wie z.B. die MA 17 oder die GB\* verfügen jedoch über kein eigenes Budget für Sachmittel, was teilweise die Umsetzung von Maßnahmen erschwert.

Fördermittel werden meist für experimentelle Pilotprojekte beantragt.

Experten, die bereits Erfahrungen mit Förderungen gemacht haben, bemängeln den hohen administrativen Aufwand sowie enge Förderbestimmungen, wie z.B. der Fokus auf rein soziale oder rein bauliche Projekte, welche in der Praxis nur schwer umsetzbar



---

sind. Zusätzlich wird im Zusammenhang mit der zeitlichen Begrenzung von Förderprogrammen kritisiert, dass häufig im Vorfeld kein Konzept im Hinblick auf eine mögliche Weiterfinanzierung erarbeitet wird. Dementsprechend führt das Auslaufen von Förderungen meist zur Einstellung auch von sinnvollen Projekten und damit zu großen Enttäuschungen bei allen Beteiligten

### **Information und Öffentlichkeitsarbeit**

#### Berlin | Moabit

Die Informationsverfügbarkeit zur Stadterneuerung in Berlin | Moabit sehr ist als umfangreich und transparent aufbereitet (vgl. Tabelle 23):

- Auf den Homepages des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung sind Rahmenbedingungen zur Programmfamilie der Städtebauförderung sehr ausführlich erklärt; wissenschaftliche Untersuchungen, Evaluierungen und eine Best-Practices-Datenbank sind öffentlich zum Download bereit gestellt. Zudem wird für beteiligte Akteure eine Vielzahl an Konferenzen und Workshops zum Erfahrungsaustausch und zur Weiterentwicklung der Programme angeboten. In Berlin sind die Informationen zu den einzelnen Themenbereichen und Fördergebieten detailliert beschrieben. Auch senatsinterne Prozesse wie z.B. Erarbeitung der Grundsätze zur sozialen Stadt(teil-)entwicklung inkl. Sitzungsprotokolle transparent werden dargestellt.
- Im Stadtteil Moabit erfolgt die Information der Bevölkerung nicht nur über das Internet sondern auch über die insgesamt drei Quartierszeitungen (QM Moabit West, QM Moabit Ost und AZ Turmstraße), sowie über Flyer und Plakate an den Hauseingängen.
- Die Quartiersmanagements und die Programmgebiete der Aktiven Zentren besitzen jeweils eigene gebietsbezogene Homepages. Hier finden sich aktuelle Ankündigungen, eine Übersicht zu Rahmenbedingungen und den aktuellen Projekten Verknüpfungen zu übergeordneten Webseiten sowie ein download- Bereich zu Berichten und Planungen.
- Als öffentliche Anlaufstelle steht das Büro des Quartiersmanagements bereit.

#### Wien | Simmering

In Wien gestaltet sich die Recherche auf Basis der öffentlich verfügbaren Informationen als relativ schwierig und wenig transparent:

- Die offizielle Homepage der Stadt Wien ist sehr verschachtelt und es bedarf einer guten Kenntnis der Inhalte und Organisationsstrukturen bis man z.B. bei der Publikationsdatenbank der MA 18 oder beim Sozialbericht der MA 24 angelangt ist. Aktuelle Prozesse und Planungen wie z.B. zum Zielgebiet Simmering, werden eher verkürzt dargestellt und enthalten keine aktuellen Ankündigungen. Jahresplanungen der GB\* sind nicht veröffentlicht.

Die Öffentlichkeitsarbeit der untersuchten Institutionen im Bezirk Simmering unterscheidet sich, in Bezug auf ihre Organisation und Inhalte, teilweise sehr voneinander:

- Die Projekte und aktuelle Veranstaltung der GB\* 3./11. sind auf der zentralen Homepage der Gebietsbetreuungen Stadterneuerungen dargestellt. Auch die Jahresberichte und Informationen zur Stadterneuerung im Allgemeinen sind hier zu finden. Die Darstellungen der Sachverhalte ist immer stark verkürzt und mit vielen Bildern versehen.  
Eine Darstellung des gebietsbezogenen Kontextes in den Bezirken ist nicht vorhanden.  
Ein Quartiersbüro als Anlaufstelle im Bezirk Simmering ist vorhanden.
- Die Park- und Jugendbetreuung Baluund Du verfügt über eine eigene Homepage, auf den sie aktuelle Ankündigung sowie Jahresberichte veröffentlicht. Ein Klubhaus als Anlaufstelle im Bezirk Simmering ist vorhanden. Die Ansprache der Zielgruppe erfolgt im Sommer direkt im öffentlichen Raum.
- Das Team des wohnpartner- Nachbarschaftsservice 3./4./11. sowie aktuelle Ankündigungen sind auf der offiziellen wohnpartner- Homepage dargestellt. Eine öffentliche Anlaufstelle im Bezirk Simmering ist vorhanden. Zudem werden Flyer direkt in den Gemeindebauten verteilt.
- Die Regionalstelle MA 17-Ost verfügt, weder über eine eigene Webseite, noch über Anlaufstelle mit öffentlichen Sprechzeiten. Die Kontaktaufnahme erfolgt über Flyer im öffentlichen Raum oder nach Absprache mit Organisationen.

**Tabelle 23: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze\_ Information und Öffentlichkeitsarbeit**

<b>Strategische Steuerungsansätze</b> in Berlin   Moabit und Wien   Simmering		
	<b>Berlin   Moabit</b>	<b>Wien   Simmering</b>
<b>Information und Öffentlichkeitsarbeit</b>	<p><b>Nationale Ebene:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Übersichtliche Homepages mit Informationen zu allen Bund-Länder-Förderprogrammen inkl. Veröffentlichungen zu übergeordneten Prozessen</li> <li>▪ Bundestransferstellen zum nationalen Wissensaustausch</li> </ul> <p><b>Berlin:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Übersichtliche Homepages der Stadt Berlin und der Senatsabteilung für Bauen und Umwelt, mit Informationen zu allen Förderprogrammen, Projektgebieten, Abläufen und Ansprechpartnern</li> </ul> <p><b>Moabit:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vorwiegend eigene gestaltete Homepages der Fördergebiete mit Verknüpfungen zu übergeordneten Homepages auf Landes- und Bundesebene;</li> <li>▪ Veröffentlichung aller Planungen, Protokolle, Studien und Berichte inkl. Mittelverwendung</li> <li>▪ Drei verschiedene Quartierszeitungen (Gemeinsame Ausgaben aus Abrechnungsgründen nicht möglich)</li> </ul> <p style="text-align: center;">+</p>	<p><b>Wien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Offizielle Homepage der <b>Stadt Wien</b>. Stellt die Arbeit der einzelnen Magistratsabteilungen und die Bezirke vor. Relativ verschachtelt und mit wenigen Querverweisen zwischen den MAs, Kein Überblick oder Organigramm aller MAs Publikationsdatenbank der MA 18 schwer auffindbar</li> <li>▪ Offizielle Homepage des <b>wohnfonds_wien</b> schwankt zwischen relativ wenig Inhalten und hochkomplexen Berechnungstabellen zum download.</li> </ul> <p><b>Simmering:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Park- und Jugendbetreuung Baluund Du:</b> Eigene Homepage mit Jahresrückblicken</li> <li>▪ <b>GB*3/11:</b> Zentralisierte Homepage auf denen die Projekte der einzelnen GB*s kurz dargestellt bzw. angekündigt werden. Jahresberichte ohne wissenschaftlichen Anspruch stehen zum download bereit.</li> <li>▪ <b>wohnpartner:</b> Zentralisierte Homepage mit Ankündigungen von Aktivitäten in den einzelnen Gemeindebauten.</li> <li>▪ <b>MA 17 – Ost:</b> Keine eigene Darstellung der Aktivitäten der MA 17 - Ost auf der offiziellen Homepage der Stadt Wien.</li> <li>▪ <b>Einkaufsstraßenverein:</b> Zentralisierte Homepage der Arbeiterkammer als Rahmen, relativ individuelle Gestaltung der Inhalte.</li> </ul>

---

## Partizipation und Bürgerbeteiligung

Berlin | Moabit

Als erstes deutsches Bundesland verabschiedet Berlin 2010 ein Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration. (vgl. Tabelle 24)

Auf strategischer Ebene wird in Berlin ein „Handbuch für Partizipation“ als Handreichung für die Verwaltung erarbeitet. Bei allen Förderprogrammen im Stadtteil Moabit werden anlassbezogene Bürgerbeteiligungen im Sinne einer Konsultation durchgeführt, z.B. in Bezug auf die Entwicklung des Europaviertels, die Ausgestaltung des Stadtgartens.

Langfristige Bürgerbeteiligungsprozesse werden im QM- Gebiet Moabit – West im Rahmen von monatlichen Stadtteilplenen und Quartiersratsverfahren durchgeführt. Zudem steht ein Aktionsfonds von 10.000 € für selbst organisierte Projekte zur Verfügung.

Im Fördergebiet Aktive Zentren wird ebenfalls eine Stadtteilvertretung gewählt, welche über die Mittelverwendung des Gebietsfonds entscheidet. Dieser Gebietsfonds ist jedoch explizit auf kleinteilige Projekte von Gewerbetreibenden und Maßnahmen im öffentlichen Raum ausgerichtet.

Die Mittel der Quartiers- und Gebietsfonds können nur innerhalb der Fördergebietsgrenzen eingesetzt werden. Auch die Quartiersräte des QMs müssen innerhalb dieser Gebietsgrenzen wohnen.

Diese Problematik der Gebietsabgrenzung von Bürgerbeteiligungsprozessen zeigt sich auch bei einer Beteiligungsaktion zur Umgestaltung des Ottoparks: Umweltschützer protestieren heftig gegen Baumfäll-Arbeiten, bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, dass die Demonstranten gar nicht in Moabit wohnen.

Wien | Simmering

In Wien existieren verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung:

- In einem gesamtstädtisch angelegten Bürgerbefragungsprozess wird im Jahr 2012 die „Wiener Charta“ erarbeitet. Sie enthält Leitlinien für das Zusammenleben in Wien.
- In sechs Bezirken bestehen derzeit Gruppen der Lokalen Agenda 21 plus. Diese sind jedoch, aufgrund ihrer Finanzierung und Organisation, nicht vollständig unabhängig von der Bezirkspolitik.
- Anlassbezogene Bürgerbeteiligungen zu überschaubaren, konfliktfreien Planungsmaßnahmen wie z.B. Gestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum, werden meist von den Gebietsbetreuungen durchgeführt.

Das „Handbuch zur Partizipation“ wird im Jahr 2012 erarbeitet, ist jedoch noch nicht öffentlich im Internet verfügbar.

**Tabelle 24: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze\_ Partizipation und Bürgerbeteiligung**

<b>Strategische Steuerungsansätze</b> in Berlin   Moabit und Wien   Simmering		
	<b>Berlin   Moabit</b>	<b>Wien   Simmering</b>
<b>Partizipation und Bürgerbeteiligung</b>	<p><b>Nationale Ebene</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung fordert ausdrücklich betroffene Akteure bei der Erarbeitung von integrierten Entwicklungskonzepten zu beteiligen.</li> </ul> <p><b>Berlin:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Strategische Grundlage: Handbuch der Partizipation</li> </ul> <p><b>Moabit:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Anlassbezogene Bürgerbeteiligung bei allen Programmen</li> <li>▪ <b>QM Moabit West:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Stadtteilplenum</li> <li>- Quartiersrat</li> <li>- Aktionsfonds (10.000 €)</li> </ul> </li> <li>▪ <b>Aktive Zentren Turmstrasse:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Stadtteilvertretung</li> <li>- Gebietsfonds für Gewerbetreibende und öffentliche Räume (10.000 €)</li> <li>- Sprecherbeirat</li> </ul> </li> </ul>	<p><b>Wien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bürgerbefragungsprozess zur „Wiener Charta“ (Leitlinien des Zusammenlebens) , 2012, MA 17+MA18</li> <li>▪ LA 21 –Gruppen in sechs Bezirken</li> <li>▪ Handbuch zur Partizipation (Veröffentlichung 04/2013)</li> </ul> <p><b>Simmering:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Anlassbezogen, z.B. Spielplatzgestaltung, Mehrwert Sanierungsinitiative, Gestaltung der Simmeringer Hauptstraße</li> </ul>

### Evaluierung und Monitoring

#### Berlin| Moabit

Evaluierungen und Monitoring sind im Rahmen der Programme der Städtebauförderung in Deutschland bzw. Berlin vorgesehen und werden meist zur Halbzeit der ersten Förderperiode auf gesamtstädtischer Ebene bzw. bundesweit durchgeführt. Auf Basis dieser Erkenntnisse wird entschieden, wie die Programme weitergeführt werden. (vgl. Tabelle 25)

In der Stadterneuerungspraxis auf lokaler Ebene beschränken sich die Möglichkeiten zur Evaluierung und Monitoring meist, aufgrund von Zeit- und Personalmangel, auf die notwendig zu erstellenden Jahresberichte inkl. Darstellung der Mittelverwendung sowie interne Reflexionen.

Die Wirkungen in den Quartieren lassen sich, nach Angaben der befragten Experten, nur langfristig feststellen und können nur schwer einzelnen Maßnahmen zugeordnet werden. Die hohe Anzahl an Zu- und Fortzügen in den benachteiligten Stadtgebieten erschwert eine langfristige Wirkungsanalyse, insbesondere in Bezug auf soziale Maßnah-

men, zusätzlich. Das Monitoring Soziale Stadtentwicklung stellt, aus Sicht aller Befragten, ein wichtiges Instrument für den Kontext ihrer Arbeit dar.

Tabelle 25: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze \_ Evaluierung und Monitoring

Strategische Steuerungsansätze in Berlin   Moabit und Wien   Simmering		
	Berlin   Moabit	Wien   Simmering
<b>Evaluierung und Monitoring</b>	<p><b>Nationale Ebene:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Wissenschaftliche Begleitung und bundesweite Evaluierung der Städtebauförderungsprogramme z.B. Aktive-Zentren-Status-Bericht 2011</li> <li>▪ Veröffentlichungen und Monitoringleitfäden zu einzelnen Programmen</li> <li>▪ Best-Practice- Datenbank</li> </ul> <p><b>Berlin:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Monitoring Soziale Stadt</li> <li>▪ Monitoring Stadtumbau 2010</li> <li>▪ Evaluation der Berliner Quartiersmanagements 2002</li> </ul> <p><b>Moabit:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Bezirk Mitte:</b> Bezirksregionenprofile</li> <li>▪ <b>QM Moabit West:</b> Jahresberichte inkl. Mittelverwendung (veröffentlicht) Sozialstudie Moabit West</li> <li>▪ <b>AZ Turmstraße :</b> derzeit kein Projektrückblick veröffentlicht</li> <li>▪ <b>Stadtumbau Nordring Tiergarten :</b> zentralisiertes Monitoring Stadtumbau 2010 (veröffentlicht)</li> </ul>	<p><b>Wien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Integrations- und Diversitätsmonitoring</li> <li>▪ Thematische Publikationen der MA 18</li> <li>▪ Anlassbezogene Evaluierung von Pilotprojekten</li> <li>▪ Kein systematisches Monitoring im Bereich Stadterneuerung.</li> </ul> <p><b>Simmering:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Park- und Jugendbetreuung Balu und Du:</b> Jahresrückblicke mit Statistik (veröffentlicht)</li> <li>▪ <b>GB*3/11:</b> Halbjahresberichte, interner Rückblick (nicht veröffentlicht) Zentraler Jahresbericht als Übersicht über Aktivitäten (veröffentlicht)</li> <li>▪ <b>wohnpartner:</b> Interne Reflektionen und Berichte, (nicht veröffentlicht) Zentraler Jahresbericht als Übersicht über Aktivitäten (veröffentlicht)</li> <li>▪ <b>MA 17 – Ost:</b> Interne Projekt- und Jahresberichte (nicht veröffentlicht)</li> <li>▪ <b>Einkaufsstraßenverein:</b> Erhebungen der Wirtschaftskammer z.B. Passantenfrequenz in Simmeringer Hauptstraße Zusammenstellung förderungsfähigen Kosten und Nachweis der Projekte (nicht veröffentlicht)</li> </ul>

#### Wien | Simmering

In Wien existiert im Bereich der Stadtentwicklung auf gesamtstädtischer Ebene kein kontinuierliches, systematisches Monitoring-Instrument. Das Integrations- und Diversitätsmonitoring der MA 17 und die Sozialberichte der MA 24 stellen zwar einen ersten Ansatz im Hinblick auf ein kontinuierliches Monitoring dar. Sie sind beschränkt sich jedoch – bis auf wenige Ausnahmen - auf die gesamtstädtische Ebene, was ihre Aussagekraft in Bezug auf kleinräumige städtische Entwicklungen sehr einschränkt.

Pilotprojekte im Bereich der Stadterneuerung werden in der Regel nach Ende ihrer Laufzeit nachevaluert. Diese Evaluierungen bilden die Entscheidungsgrundlage für die weitere Vorgehensweise

Die gemeinwesenorientierten Institutionen im Bezirk Simmering erstellen in der Regel interne Projekt- und Jahresberichte, die nicht veröffentlicht werden. Eine Ausnahme

bildet die Jugend- und Parkbetreuung Balu und Du, welche ihre Jahresberichte, inkl. der von der MA 13 geforderten Statistiken, auf ihrer Homepage veröffentlicht.

**Verstetigung**

Berlin | Moabit

Die Verstetigung von einzelnen Maßnahmen und Projekten im Rahmen Städtebauförderungsprogramme in Berlin gestaltet sich angesichts der schlechten Finanzlage der Stadt als schwierig. Auch erfolgreiche Projekte, wie z.B. „Huttenkids“ in Moabit West, müssen nach Ende der Förderungshöchstdauer, aufgrund der fehlenden Finanzierung beendet werden. Aufgrund der Erfahrungen aus den vergangenen Jahren werden in Berlin Programme und Institutionen zur Professionalisierung und Unterstützung der Fördermittelabwicklung eingerichtet, wie z.B. die Programm- Service-Stelle und die SRO Planungs-koordination als Schnittstelle im Bezirk der Verwaltung zwischen den verschiedenen beteiligten Akteuren. (vgl. Tabelle 26)

Wien | Simmering

In Wien werden neue Ansätze im Bereich der Stadterneuerung in der Regel über Pilotprojekte mit einer Laufzeit von 3 Jahren getestet. Bewähren sich die Ansätze, werden die Pilotprojekte verlängert und mit der Zeit in langfristige, institutionalisierte Strukturen überführt. Durch diese Institutionalisierungen gehen jedoch meist die experimentellen Spielräume verloren. In den vergangenen Jahren haben sich z.B. die ehemaligen Gebietsbetreuungen neu in Form des wohnpartner-Nachbarschafts- Services wie auch die ehemaligen Stellen des Integrationsfonds in Form der MA 17- Integration und Diversität im „Mainstream“ etabliert.

**Tabelle 26: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze \_ Verstetigung**

<b>Strategische Steuerungsansätze</b> in Berlin   Moabit und Wien   Simmering		
	<b>Berlin   Moabit</b>	<b>Wien   Simmering</b>
<b>Verstetigung</b>	<p><b>Berlin:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Berlinweite Einrichtung von Bürgerzentren</li> </ul> <p><b>Moabit:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Einrichtung der Planungs-koordination SRO</li> <li>▪ Nur wenige Projekte können sich wirtschaftlich selbst tragen, viele erfolgreiche Projekte wie z.B. Huttenkids und Co müssen nach Ende der Förderung beendet, oder in veränderter Form neu initiiert werden.</li> </ul>	<p><b>Wien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Institutionalisierung einiger ehemaliger Pilotprojekte in der Vergangenheit wie z.B. Integrationsfonds → MA 17 GB* neu → wohnpartner einfach- mehrfach</li> </ul> <p><b>Simmering:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Extern beauftragte Institutionen wie z.B. Balu &amp; Du oder kon-text (GB*) haben sich mittlerweile über mehrere Jahre etabliert</li> </ul>

---

## 9 Lessons learnt: Sozialraumorientierte Steuerungsstrategien als Modell zur Verringerung von großstädtischen Benachteiligungsphänomenen

### 9.1 Allgemeine Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Die Untersuchungen zu den in der Praxis angewandten Steuerungsstrategien zur Verringerung von Benachteiligungsphänomenen im Rahmen der Stadterneuerungspraxis veranschaulichen vor allem die Komplexität der Materie: Es gilt, eine Vielzahl an lokalen Stellgrößen, inhaltlichen Steuerungsansätzen sowie Organisations- und Verfahrenslogiken auf verschiedensten Ebenen zu berücksichtigen und in Bezug auf den jeweiligen Sozialraum miteinander zu verknüpfen.

Wie die Untersuchungen zeigen, lassen sich die einzelnen Steuerungsansätze prinzipiell in zwei Gruppen unterteilen:

- „direkte“ Steuerungsansätze, welche sich unmittelbar auf die Lebensbedingungen der Bewohner von benachteiligten Stadtteilen auswirken.  
Hierzu gehören z.B. Maßnahmen zur Regulierung der Wohnkosten, mietrechtliche Bestimmungen, bildungs- und beschäftigungspolitische Maßnahmen im Wohnumfeld, Ausbau der Infrastruktur etc.
- „indirekte“, strategische Steuerungsansätze, welche sich zunächst auf die Prozesse und die beteiligten Akteure beziehen. Sie dienen dazu, Reibungsverluste bei der Implementierung der „direkten“ Steuerungsinstrumente zu verringern und wirken sich indirekt auf die benachteiligten Quartiere und ihre Bewohner aus.

Hierbei muss wiederum unterschieden zwischen:

- Maßnahmen zur Information, Aktivierung und Beteiligung der betroffenen Quartiersbevölkerung auf der lokalen Handlungsebene
- Maßnahmen zur Optimierung von übergeordneten politisch-administrativen Prozessen, Verfahrensabläufen und beteiligten Akteuren auf der lokalen und den übergeordneten Steuerungsebenen.

Zur Verknüpfung dieser „direkten“ und „indirekten“ Steuerungsansätze und Bündelung von Maßnahmen bedarf es einer übergeordneten Strategie bzw. eines strategischen Dokuments. (vgl. Abbildung 107)

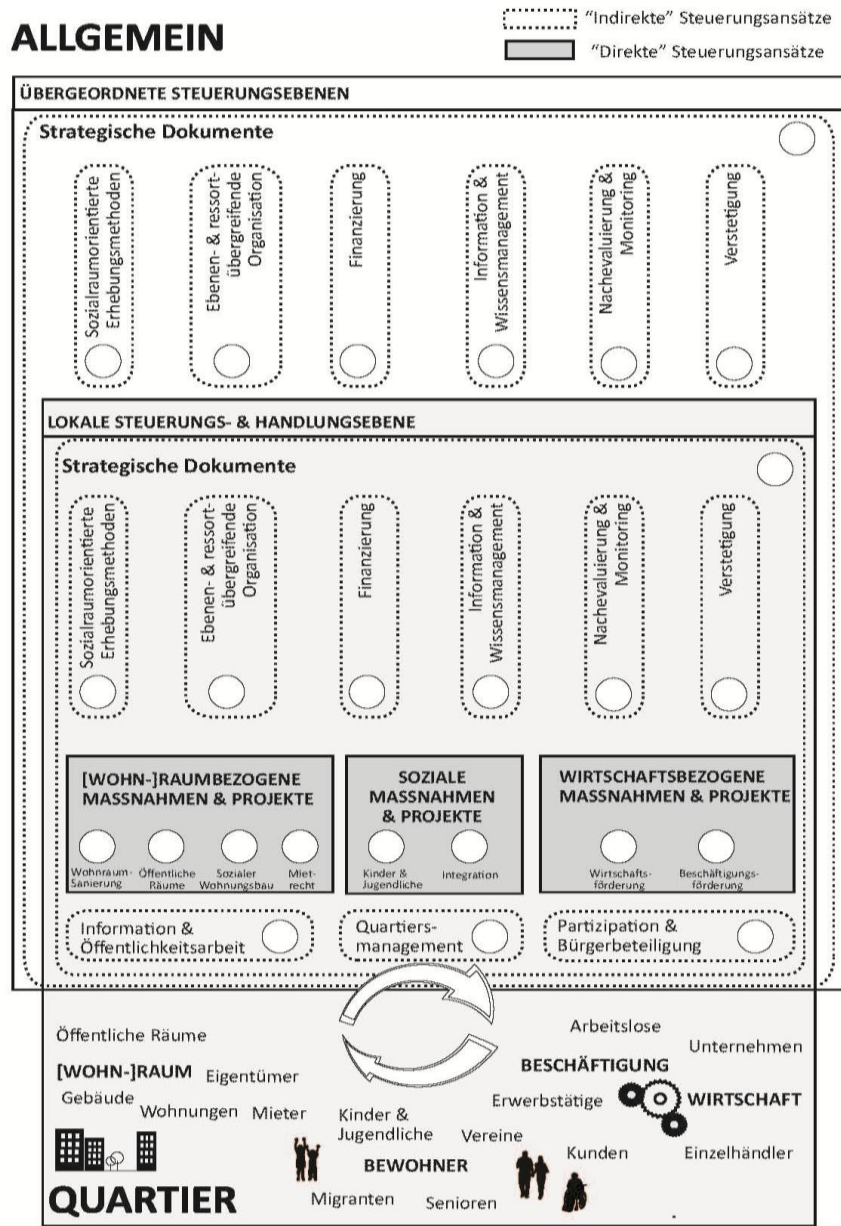


Abbildung 107: Bewertungsschema: Steuerungspotenziale in der Stadterneuerungspraxis

Zudem verdeutlichen die Untersuchungen in Berlin und Wien, gerade in Bezug auf die Gebietsabgrenzung der einzelnen Programme und Maßnahmen, folgende Tatsache:

Es gibt nicht den EINEN Sozialraum. Der Sozialraum ist vielmehr abhängig vom jeweiligen Handlungsfeld, der jeweiligen Fragestellung und der jeweiligen Zielgruppe. So erscheint es nicht zwingend notwendig, dass z.B. im Rahmen von beschäftigungsfördernden Maßnahmen wie in Berlin Moabit, Kurse und Stellen direkt in den Gebieten vorgehalten werden. Wichtiger ist vielmehr, dass die Information und die Aktivierung der Zielgruppen für die Angebote, in den Quartieren lebensweltbezogen und alltagsnah erfolgt. Mögliche Handlungsansätze liegen in niedrigschwelligen Aktivierungsstrategien im öf-



---

fentlichen Raum oder im Zusammenhang mit lokalen Bildungszentren, als auch in Form von öffentlich zugänglichen Beratungs- und Informationsstellen, aufsuchender Sozialarbeit in den Quartieren sowie in der netzbezogenen Öffentlichkeitsarbeit.

Darüber hinaus erweist es sich als notwendig, lokale Multiplikatoren und Institutionen, wie z.B. Schulen, Lehrer, religiöse Einrichtungen etc., in diese Kommunikationsstrategie zu integrieren, um möglichst viele Zielgruppen in den Prozessen zu erreichen.

Ist die Gebietsabgrenzung für „direkte“ Maßnahmen als auch für „indirekte“ Aktivierungsstrategien jedoch zu eng, unflexibel und undurchlässig, können innerhalb der benachteiligten Stadtteile „Förderinseln“ entstehen, wie z.B. am Beispiel der Quartiersräte in den QM-Gebieten in Berlin oder dem wohnpartner – Nachbarschaftsservice für Gemeindebauten in Wien. Diese kleinteiligen Förderinseln können das Gegenteil bewirken, indem sie die Integration und die Vernetzung der Bevölkerung behindern, da Personengruppen außerhalb der Gebietsgrenzen, von der Teilnahme von Angeboten ausgeschlossen sind.

Nach langjährigen und ressourcenintensiven Anstrengungen in benachteiligten Stadtteilen, wie z.B. im QM – Gebiet Moabit West, registrieren die beteiligten Akteure nach wie vor relativ geringe Fortschritte. Darüber hinaus verzeichnet das Gebiet weiterhin einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Daraus lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

Es bestätigt sich hiermit erneut die Hypothese, wonach Stadterneuerung „eine Daueraufgabe ohne Dauerlösung“ (Zlonicky 1999 in Hartz 2003: 1) ist. Degressive, zeitlich befristete, sowie mehrheitlich baulich orientierte Förderungen, wie sie z.B. im Bereich der Städtebauförderung in Deutschland bzw. Berlin üblich sind, stellen nur limitierte Lösungsansätze im Sinne einer sozialraumorientierten Stadterneuerungspraxis dar.

Gleichzeitig wird deutlich, dass lokale Stadterneuerungsstrategien beschäftigungspolitische Maßnahmen auf übergeordneter Ebene lediglich ergänzen, jedoch nicht ersetzen können. Aus diesem Grund gilt es, einen besonderen Fokus auf Kinder und Jugendliche in den Problemvierteln zu legen, um diesen die Überwindung der sozialräumlichen Benachteiligungen zu ermöglichen. Hierzu bedarf es schulischer und freizeitpädagogischer Maßnahmen, um die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen zu erhöhen, den Übergang von Schule zum Beruf zu begleiten sowie außerschulische Talente und Erfahrungen zu fördern.

In Summe bestätigen die Erkenntnisse, dass im Rahmen einer sozialraumorientierten Stadterneuerungspraxis, alle „direkten“ Steuerungsansätze der sechs identifizierten Handlungsfelder des Sozialraumkompass – von einer sozialen Wohnpolitik über integra-

tive soziale Maßnahmen bis hin zur Beschäftigungspolitik und Förderung von Unternehmen - als gleichwertig betrachtet werden müssen. Diese gilt es, im Hinblick auf eine zielgerichtete Umsetzung, strategisch zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen abzustimmen und mit „indirekten“ Steuerungsansätzen zu verknüpfen.

Die Untersuchungen der Stadterneuerungspraxis in Berlin und Wien verdeutlichen jedoch, dass gerade auf Ebene der „indirekten“, prozessbezogenen Steuerungsansätze teilweise erhebliche Reibungsverluste entstehen können.

So bestätigen die Erfahrungen aus Wien, dass eine weitgehend sektoral ausgerichtete Verwaltung eine ressortübergreifende Zusammenarbeit und den Informationsaustausch erschwert. Gleichzeitig bleiben erhebliche Potenziale für Synergien, z.B. beim stadt-räumlichen Monitoring oder Berichten ungenutzt.

Die Erfahrungen aus Berlin zeigen, dass regelmäßige, formale Abstimmungsrunden der verschiedenen Ressorts und Programmbeauftragten durchaus sinnvoll sind. Diese erfordern jedoch auch einen hohen Kommunikations- und Zeitaufwand.

Eine sozialraumorientierte Planungskoordinationsstelle, Quartiersmanagements wie auch ressortübergreifende Bezirksregionenprofile, wie sie z.B. im Berliner Stadtteil Moabit existieren, erweisen sich in der Praxis als effektive Instrumente um die Vernetzung der beteiligten Akteure in einem Prozess zu stärken und eine gemeinsame integrierte Sichtweise auf ein Gebiet zu entwickeln.

Weiterhin demonstrieren die Untersuchungen der Berliner und Wiener Stadterneuerungspraxis, die Notwendigkeit eines kontinuierlichen, kleinräumigen Stadtbeobachtungssystems. Ein derartiges Analyseinstrument dient der Messung von Trends und Veränderungen in den Stadtgebieten und bildet die datengestützte (evidence-based) Grundlage zur Abgrenzung von Fördergebieten, Interventionen sowie von abschließenden Monitorings und Evaluierungen. Wichtige Stellgrößen der Stadtbeobachtungssysteme liegen in den Kriterien der Abgrenzung der Bezugseinheiten sowie in der Ergänzung von qualitativen Informationen der Verwaltung, wie dies z.B. im Rahmen der Bezirksregionenprofile im Berliner Bezirk Mitte der Fall ist. Steht ein solches Instrument nicht zur Verfügung, besteht die Gefahr, wie das Beispiel der schwindenden Leerstandsreserven in Wien veranschaulicht, dass aktuelle Trends nicht erkannt und notwendige Maßnahmen erst sehr zeitverzögert eingeleitet werden.

Im Bereich der Evaluierung und des Monitoring stellt sich heraus, dass, sowohl in Berlin als auch in Wien, meist kaum Zeit und Ressourcen verbleiben, um die Wirkungen der Maßnahmen in den Quartieren zu messen und die Prozesse weiterzuentwickeln.

---

Des Weiteren veranschaulichen die Untersuchungen in Berlin und Wien den großen Einfluss der Modalitäten zur Finanzierung auf die Umsetzung von Maßnahmen in den Quartieren: Vorgaben zur Antragstellung, Kriterien zur inhaltlichen, räumlichen und zeitlichen Abgrenzung der geförderten Maßnahmen sowie eine Nachweispflicht über die Verwendung von Fördergeldern sind wichtig, um eine Verschwendung und Missbrauch von Förderungen einzudämmen. Am Beispiel der Berliner Stadterneuerungspraxis zeigt sich jedoch, dass zu enge Vorgaben einen hohen Professionalisierungsgrad sowie einen großen personellen Aufwand erfordern. Gleichzeitig wird eine flexible Anpassung der Maßnahmen an die lokalen Bedingungen erschwert.

Es stellt sich ebenfalls heraus, dass nachhaltige Stadterneuerungsmaßnahmen sehr zeitintensiv sind und einen hohen Kommunikationsaufwand erfordern. Zu kurze Förderlaufzeiten von Programmen und Maßnahmen stehen dementsprechend der Entfaltung von langfristigen Wirkungen in den Quartieren entgegen und führen gleichzeitig zu hohen Frustrationen bei den engagierten Akteuren. Außerdem zeigt sich, dass sich eine Vielzahl der angestoßenen, gemeinwesensorientierten Projekten, entgegen den übergeordneten Zielvorgaben, nur in den wenigsten Fällen nach Auslaufen der Förderung in „selbsttragenden Strukturen“ verstetigt werden können.

Denkbare Lösungsansätze stellen diesbezüglich ressortübergreifende Finanzierungstöpfe sowie eine Abstimmung der Zielvorgaben und Antragsmodalitäten auf übergeordneter Ebene dar. Darüber hinaus bedarf es Möglichkeiten - zumindest in einem begrenzten Rahmen - Fördermittel für gemeinsame Aktionen verschiedener Programme flexibel im selben Gebiet einzusetzen. Rücklagen für Notfälle erscheinen ebenfalls sinnvoll, um spontan auf unvorhergesehene Situationen reagieren zu können .

Außerdem sollte ein mögliches Verstetigungskonzept von Maßnahmen bereits zwingend im Vorfeld abgesprochen und dargestellt werden. Die Veröffentlichung der Mittelverwendung im Rahmen der Dokumentation von Projekten, gewährleistet zudem die Transparenz der Prozesse im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

Wie die Stadterneuerungspraxis in Moabit zeigt, gelingt es im Rahmen einer kontinuierlichen, transparenten Öffentlichkeitsarbeit und vielschichtig angelegten Beteiligungsangeboten durchaus, engagierte Personen für die ehrenamtliche Mitarbeit in den Quartieren zu gewinnen. Der Quartiersverein „Moabiter Ratschlag“ stellt dabei ein wichtiger Partner für das QM Moabit West dar. Der Verein leistet mit seinen Angeboten und Räumen im Stadtschloss Moabit einen großen Beitrag zur Stabilisierung des Viertels. Auf der anderen Seite bestätigt sich auch in Moabit, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen über die herkömmlichen Beteiligungsformen erreichbar sind. Gerade für unterrepräsentierte Gruppen, wie z.B. Migrantinnen und Jugendliche, aber auch vielbeschäftigte

Einzelhändler und Unternehmen, bedarf es aufsuchender und zielgruppenspezifischer Beteiligungsangebote, Ein Ansatzpunkt kann eine ausgleichende Anwaltsplanung sein. Das Beispiel der Bürgerbeteiligung zur Umgestaltung des Ottoparks, bei dem sich Umweltschützer einbringen, die nicht in Moabit wohnen, veranschaulicht das Dilemma und die methodischen Schwierigkeiten derartiger Mitwirkungsprozesse.

Die Erkenntnisse aus der Stadterneuerungspraxis in Wien verdeutlichen auch die politische Komponente, welche mit Bürgerbeteiligungsprozessen verbunden ist: Der Rahmen der Bürgerbeteiligung wird letztlich von der Politik festgelegt und führt indirekt zu einer Einschränkung der Entscheidungsspielräume der gewählten Volksvertreter. Gerade Kommunalpolitiker müssen sich im Anschluss mit den öffentlich artikulierten Vorstellungen und den Erwartungshaltungen der beteiligten Bürger auseinandersetzen, an welchen letztlich auch ihre Politik gemessen wird.

Im Allgemeinen verdeutlicht sich bei den Untersuchungen in Berlin und Wien, dass viele Hindernisse, welche sich in der Umsetzung der Maßnahmen zur Verringerung von sozialräumlicher Benachteiligung auf lokaler Ebene ergeben, durch übergeordnete politische Entscheidungen und Programmfestlegungen bedingt sind. Dementsprechend gilt es nicht nur die beteiligten Verwaltungsangestellten und beauftragten Institutionen in den benachteiligten Quartieren auf eine integrierte und sozialraumorientierte Vorgehensweise einzuschwören. Auch die Politiker auf lokaler und übergeordneter Ebene müssen von der Notwendigkeit und dem Mehrwert einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie zur Verringerung von sozial(räumlich)er Benachteiligung überzeugt werden. Dabei gilt es, die Zielsetzung von repräsentativen Ergebnissen innerhalb von einzelnen Wahlperioden zu überwinden und Prozesse langfristig, in Bezug auf Generationen anzulegen. Dementsprechend muss hier der Druck auf die Politik von unten, ausgehend von den beteiligten Akteuren in den betroffenen Quartieren aber auch von Seiten der Stadtforschung, im Rahmen von Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit erhöht werden.

Vor dem Hintergrund, dass die Thematik der sozialräumlichen Benachteiligung in Großstädten in Zukunft weltweit weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird, bedarf es zusätzlicher Forschung zur Weiterentwicklung von Stadterneuerungsprogrammen.

Insbesondere die (Wechsel-)Wirkungen von einzelnen Maßnahmen in den Settings der verschiedenen Quartiere, aber auch der Einfluss von übergeordneten Rahmenbedingungen auf die Steuerung von Prozessen, stellen relevante Forschungsbereiche dar. Die Voraussetzung für diese Forschung bilden jedoch nachvollziehbare Dokumentationen, übergeordnete Wissens-Transferstellen wie auch die Ressourcen für die wissenschaftliche Begleitung und zur Evaluierung der Programme in den Quartieren.

## 9.2 Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlung für die Stadterneuerungspraxis in Berlin | Moabit

Die Untersuchungen zur Sozialraumorientierung in der Berliner Stadterneuerungspraxis veranschaulichen sowohl positive Ansätze als auch erhebliche Problemstellungen (vgl. Abbildung 108):

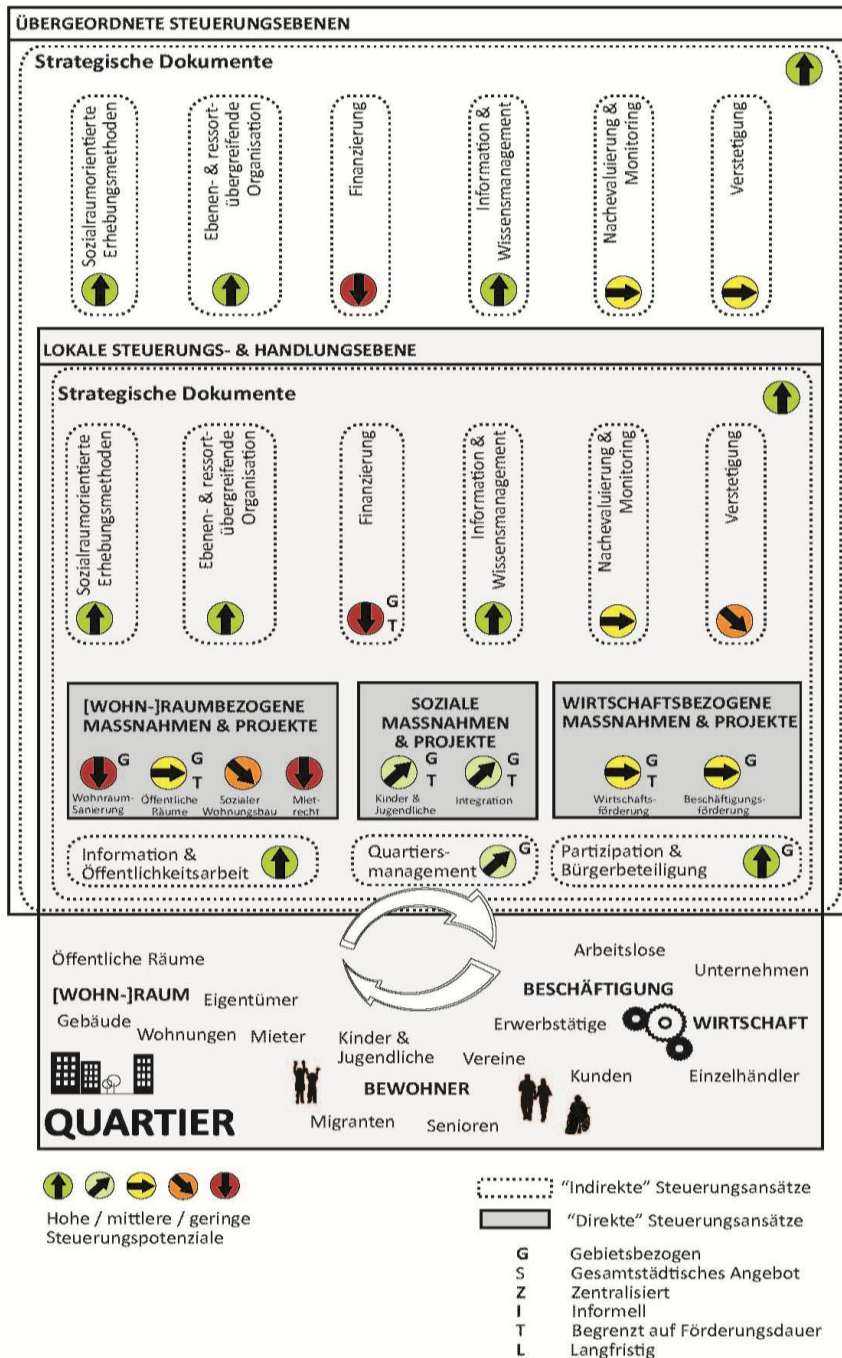


Abbildung 108: Steuerungspotenziale zur Verringerung von sozialräumlicher Benachteiligung, Berlin | Moabit

Auf der Steuerungs- und Umsetzungsebene der Stadterneuerungspraxis in Berlin Moabit zeigt sich, dass der integrative und prozessorientierte Ansatz, welcher durch das Programm „Soziale Stadt“ in Deutschland seit 1999 „top-down“ angestoßen wird, sich mittlerweile etabliert und eine eigene Dynamik entwickelt hat (vgl. Abbildung 110).

Das Quartiersmanagement und die Programme der Städtebauförderung werden als Teil einer strategischen Umstrukturierung des Verwaltungshandelns und einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Bürgern und Institutionen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den benachteiligten Stadtteilen eingesetzt. Diese Bestrebungen werden durch strategische Dokumente, wie das Verwaltungsmodernisierungsprogramm „Service-Stadt Berlin 2016“ und „Handbuch zur Sozialraumorientierung“, im Zusammenhang mit der „Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung“, unterstützt.

Diese Intensivierung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen erwächst allerdings auch aus der Notwendigkeit, angesichts der miserablen Finanzlage der Stadt und den multiplen Problemlagen in den Stadtteilen, den strikten Förderbestimmungen zu entsprechen und Ressourcen für die Quartiere zu bündeln.

Dieser Druck hat ebenfalls zu einer Entwicklung von eigenen sozialraumorientierten „Berliner“ Instrumenten zur Professionalisierung von Prozessabläufen und Optimierung des Wissensmanagements geführt. Diese sind u.a. das „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ und die „Bezirksregionenprofile“, die Einrichtung der „Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungskoordination“ auf Bezirksebene sowie das fördergebietsübergreifende Landesprogramm „Aktionsraum plus“.

Das nach wie vor große Engagement der Bevölkerung an den Stadtteilplenen und den Quartiersratswahlen im Rahmen der untersuchten Programme QM Moabit West und Aktive Zentren Turmstraße, verdeutlicht die Potenziale von langfristig angelegten Bürgerbeteiligungsprozessen. Besonders die Quartiersfonds erhöhen das Interesse der Bürger und bieten Möglichkeiten, eigene Ideen unbürokratisch in den Quartieren umzusetzen. Als problematisch erweisen sich jedoch auch bei der Bürgerbeteiligung in Moabit, dass - trotz umfassender Bemühungen - nicht alle Bevölkerungsgruppen über die bestehenden Angebote erreicht werden können.

In Summe zeigt sich am Beispiel der untersuchten Programme, dass sozialraumorientierte Plattformen für Bürgerbeteiligung die Identifikation und das ehrenamtliche Engagement im Quartier erhöhen. Eine Verstetigung von gewählten Stadtteilvertretungen und Quartiersfonds auf gesamtstädtischer Ebene könnte mit dem Ausbau der „One-Stop“ Bürgerzentren, im Zusammenhang mit dem Verwaltungsmodernisierungsprogramm Service-Stadt Berlin 2016, verbunden werden.

---

Trotz dieser vorbildlichen Entwicklungen im Bereich der „indirekten“ strategischen Steuerungsinstrumente, zeigt sich, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten viele „direkte“ Steuerungsmöglichkeiten zur Verringerung sozialräumlicher Benachteiligung in Deutschland weggebrochen sind.

Dies betrifft in Berlin vor allem den Bereich des sozialen Wohnungsbaus und der Mietpreisregulierung, was bereits heute zu massiven Protesten von Seiten der Bevölkerung, aber auch zu einer verstärkten Verdrängung und Konzentrationsprozessen von ärmeren Bevölkerungsgruppen führt.

Aber auch die Thematik der privaten Wohnhaussanierung wird, aufgrund des natürlichen Lebenszyklus von Gebäuden, spätestens in 20 bis 30 Jahren wieder auf der Agenda stehen. Inwieweit hier auf übergeordneter Ebene gesteuert wird, wie z.B. mithilfe einer Festlegung von Mietobergrenzen oder eine erneute Förderung von Wohnraum mit Belegungsbindung, ist letztlich von politischen Entscheidungen abhängig.

Ein weiteres Problem bilden die räumlich und zeitlich eng begrenzten, übergeordneten Förderbestimmungen, welche aufgrund der Finanznot des Stadtstaates Berlin in Kauf genommen werden müssen. Gerade vor dem Hintergrund der Mittelreduzierung und Diskussionen zur Beendigung des Programms „Soziale Stadt“ wird deutlich, dass die degressiv angelegte Städtebauförderung ein Ansatz, aber keine langfristige Lösung zur Verringerung der komplexen sozialräumlichen Benachteiligungsphänomene darstellt.

Statt immer wieder weitere, themenspezifische Programme mit eigenen Fördergebieten, Richtlinien und zusätzlichen Stellen zu konzipieren, welche nur schwer den vielschichtigen und dynamischen Problemlagen gerecht werden, bedarf es eines langfristigen, lokalwirksamen Förderprogramms im Rahmen einer bundesweiten Gesamtstrategie zur Verringerung von Armut und Benachteiligung.

Eine derartige übergeordnete Gesamtstrategie dient der Bündelung und Abstimmung von Maßnahmen aus den Bereichen der Beschäftigungs-, Sozial- und Wohnpolitik auf Bundes- und Landesebene. Sie sollte die sozialräumlichen Auswirkungen der einzelnen Maßnahmen auf lokaler Ebene bereits im Vorfeld abschätzen und in die Abwägungen mit einbeziehen. Ein mögliches, vereinheitlichtes Förderprogramm für quartiersbezogene Maßnahmen und Interventionen sollte verschiedene Module folgender Themenbereiche enthalten(vgl. Abbildung 109):

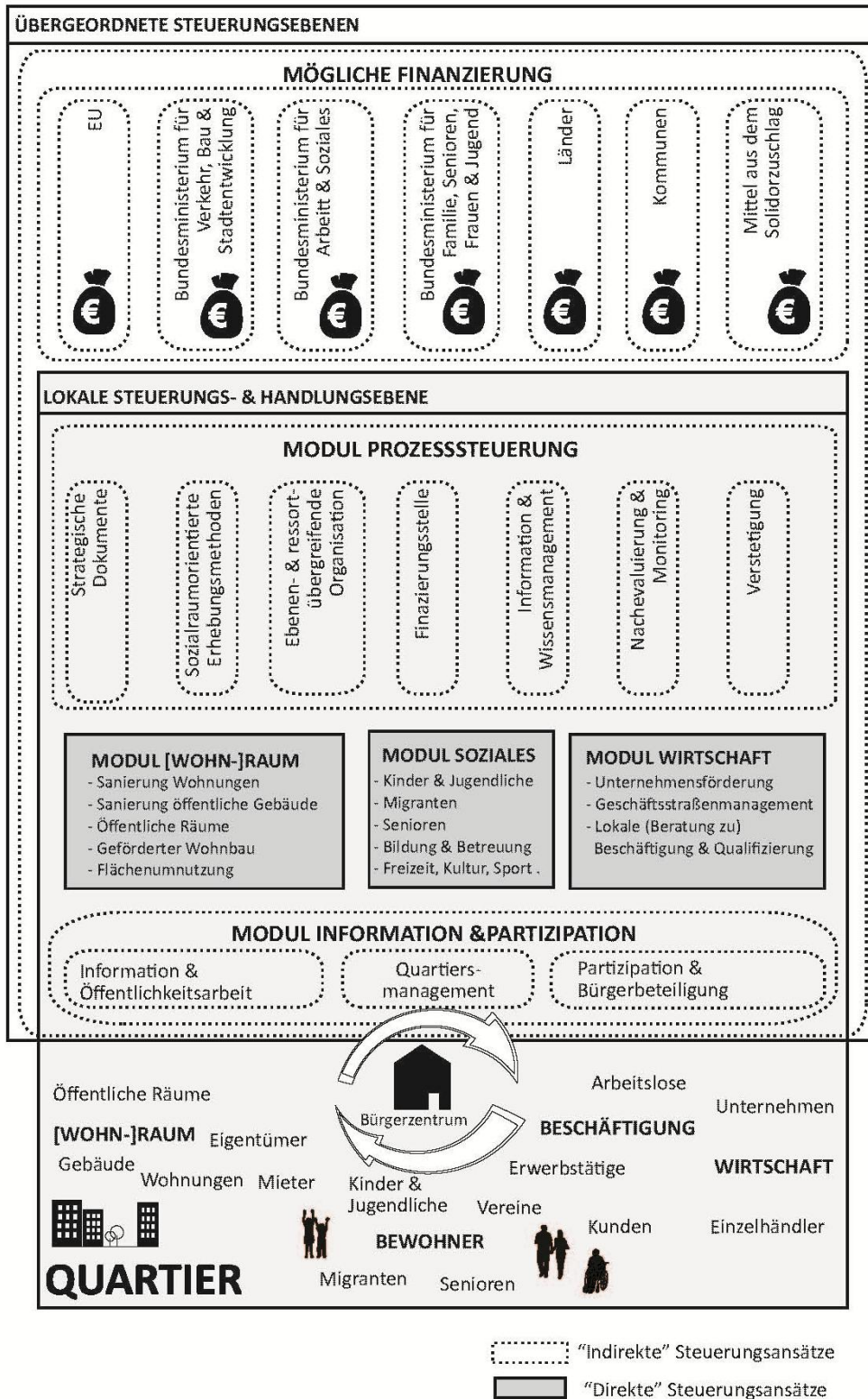


Abbildung 109: Konzept: Sozialraumorientiertes Förderprogramm zur Verringerung von Benachteiligung in Deutschland

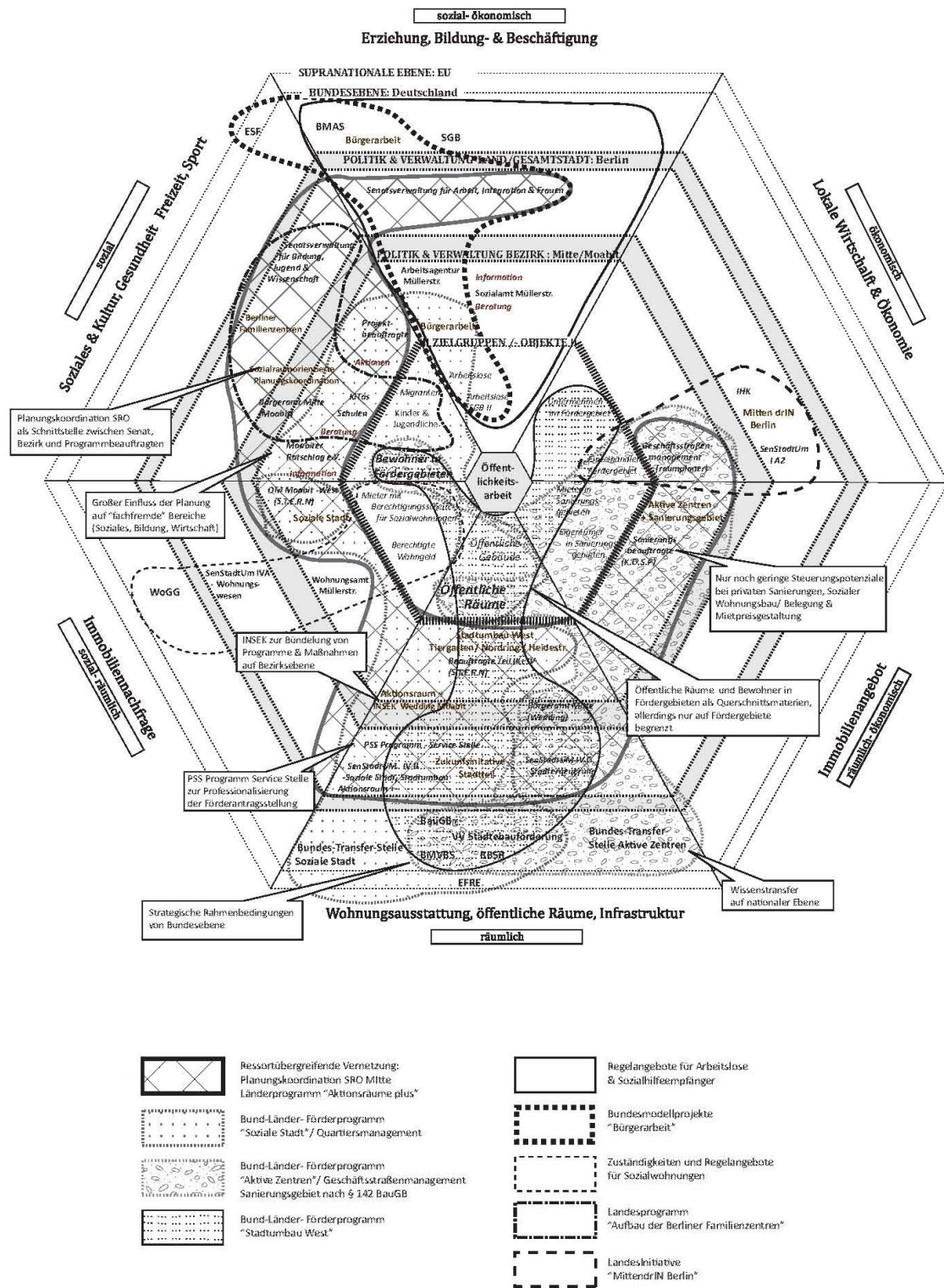


- 
- **Modul [Wohn-] Raum:** Sanierung von Wohnungen, Sanierung von öffentlichen Gebäuden, Öffentliche Räume, Geförderter Wohnbau, Umnutzung von Flächen
  - **Modul Wirtschaft:** Förderung von lokalen Unternehmen, Geschäftsstraßen, Lokale (Beratung zu) Qualifizierung- und Beschäftigungsmaßnahmen
  - **Modul Soziales:** Fokusgruppen Kinder und Jugendliche inkl. Schulen und Berufsberatung, Migranten, Senioren; Lokale Unterstützung und Beratung zur Alltagsbewältigung/ Sozialberatung; Gesundheit, Sport, Freizeit und Kulturelles
  - **Modul Partizipation:** Unterstützung für Quartiersräte und Stadtteilvertretungen, Quartiersfonds, anlassbezogenen Bürgerbeteiligungen, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation
  - **Modul Prozesssteuerung:** Unterstützung des übergeordneten Wissensmanagements über nationale Transferstellen, lokale Koordinationsbeauftragte, Dokumentation, Förderung von sozialräumlichen Erhebungen, Evaluierung und Monitoringprozessen, Dokumentation und wissenschaftlicher Begleitung, Erarbeitung von integrierten Handlungskonzepten

In Bezug auf die räumliche Abgrenzung von Maßnahmen sollte das integrierte Förderprogramm flexible Änderungen in einem gewissen Rahmen zulassen sowie unbürokratische „Notfallförderungen“ außerhalb des herkömmlichen Verfahrensablaufs vorsehen.

Entgegen der bisherigen Städtebauförderung sollten die einzelnen Module, nicht nur aus den Mitteln des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sondern auch von weiteren relevanten Ressorts finanziert werden. Eine weitere denkbare Finanzierungsschiene liegt in der Ausweitung der Mittelverwendung des Solidaritätszuschlags, von der bisherigen Konzentration die östlichen Bundesländer auf benachteiligte Stadtteile im gesamten Bundesgebiet

Zur langfristigen Verankerung einer derartigen integrierten Strategie bedarf es der flächendeckenden Einrichtung einer lokalen, räumlichen Komponente in Form von Bürgerhäusern oder Bürgerzentren in den Quartieren. Diese Bürgerzentren stellen, sowohl niedrigschwellige Beratungsleistungen zu den städtischen Unterstützungsangeboten und Sozialleistungen, (wobei die Beratungszimmer abwechselnd von verschiedenen Verwaltungsabteilungen genutzt werden können) als auch Räumlichkeiten für Stadtteilforen und quartiersbezogenen Aktivitäten zur Verfügung.



**Abbildung 110:**  
**Vernetzung von Akteuren, Instrumenten und Zielgrößen in der Stadterneuerungspraxis, BERLIN | Moabit**

### 9.3 Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für die Stadterneuerungspraxis in Wien| Simmering

Die Untersuchung der Stadterneuerungspraxis in Wien zeigt, im Vergleich zur Berliner Situation, ein gegensätzliches Bild (vgl. Abbildung 111): Während im Bereich der Finanzierung und der „direkten“ Steuerungsansätzen noch ein erhebliche Einflussmöglichkeiten bestehen, werden die Potenziale der „indirekten“ Steuerungsansätze bisher nur in sehr geringem Ausmaß genutzt.

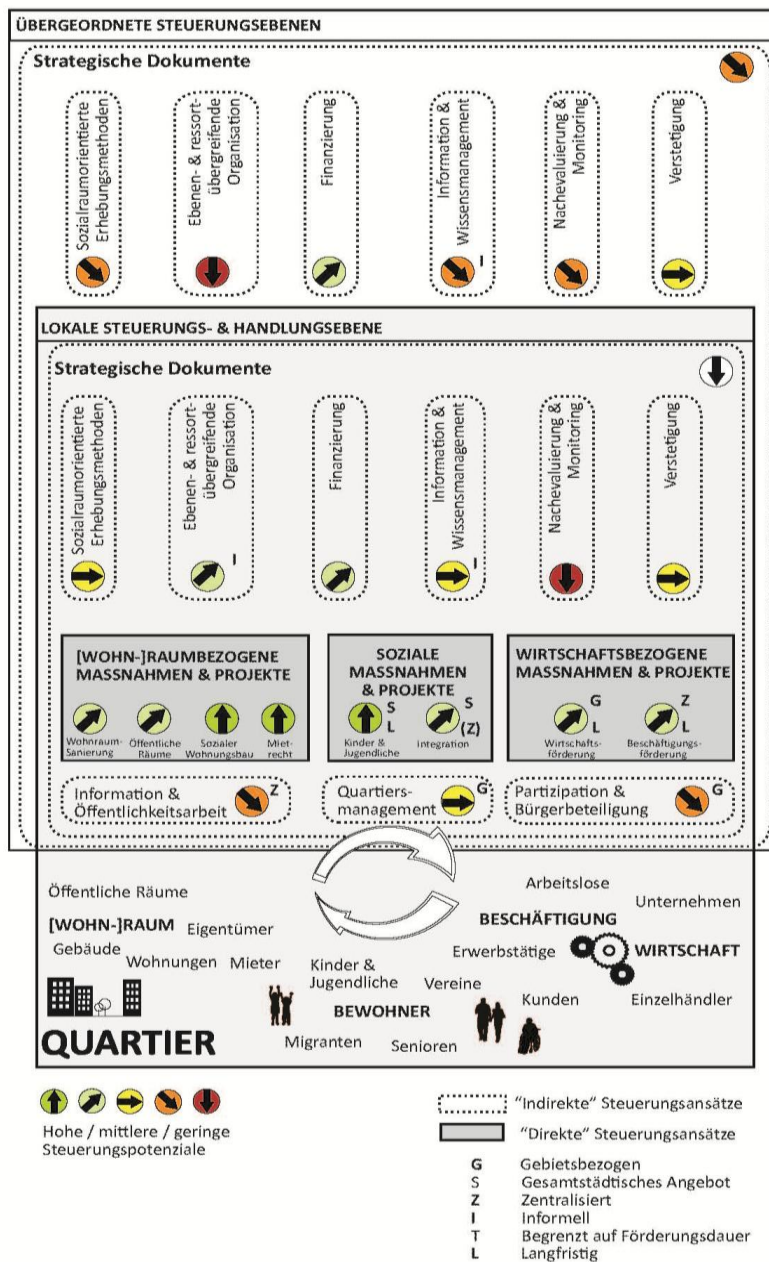


Abbildung 111: Steuerungspotenziale zur Verringerung von sozialräumlicher Benachteiligung, Wien | Simmering

Bislang wird die Mehrheit der Stadterneuerungsmaßnahmen in Wien aus dem Zentralbudget der Magistratsabteilungen, stadteigenen Fonds oder aus Bezirksmitteln finanziert. Den beteiligten Magistratsabteilungen und beauftragten Institutionen steht es offen, ob sie um EU-Fördermittel ansuchen; sie müssen es aber nicht. Dementsprechend besteht in der Stadterneuerungspraxis in Wien kein übermäßiger Zeitdruck oder die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit, um übergeordneten Förderbedingungen zu entsprechen.

Im Bereich der „direkten“ Steuerungsansätze existieren in Wien nach wie vor erhebliche Einflussmöglichkeiten (vgl. Abbildung 112):

Insbesondere über die Belegung des sozialen und geförderten Wohnungsbaus, sowie über mietrechtliche Regelungen, bestehen theoretisch weitreichende Gestaltungsspielräume um Konzentrationen von einkommensschwachen Haushalten in der Stadt einzudämmen.

Auch soziale Steuerungsinstrumente, wie z.B. die Jugend- und Parkbetreuung und die FAIR-PLAY-TEAMS sind langfristig und flächendeckend in allen Bezirken eingerichtet.

Mit der Ausbildungsgarantie entkoppelt die Stadt Wien die berufliche Qualifizierung von Jugendlichen sogar von der konjunkturellen Auftragslage von Unternehmen. Mit den beiden „Space Labs“ stehen niedrighschwellige Beratungsstellen zur Verfügung.

Teilweise stehen allerdings in denselben Gebieten mehrere Institutionen mit ähnlichen Aufgabengebieten zur Verfügung. Dies ist z.B. bei den Gebietsbetreuungen GB\* und dem wohnpartner – Nachbarschaftsservice in Gemeindebauten, wie auch bei im Bereich der Konfliktarbeit im (halb-)öffentlichen Raum durch die FAIR-PLAY-TEAMS und den wohnpartnern –unterwegs, der Fall.

Diese Doppelstrukturen führen dazu, dass die Quartiersbevölkerung in ihrem Sozialraum, auch in Bezug auf den Zugang zu Beratungs- und Freizeitangeboten sowie ehrenamtliches Engagement, ein zusätzliches Mal auf Grundlage ihrer Wohnsituation unterteilt wird.

Das Beratungszentrum für Migranten hingegen ist, als Informationsstelle für Sprachkurse und beschäftigungspolitische Maßnahmen, zentralisiert und klientelbezogen angelegt. Die gebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit für dieses Angebot wird über die Regionalstellen der MA 17 organisiert. Diese Öffentlichkeitsarbeit erfolgt jedoch vorwiegend „exklusiv“ über Kulturvereine oder ohne berechenbare Ankündigung auf öffentlichen Plätzen.





In Summe leistet sich die Stadt Wien eine Vielzahl von langfristig und flächendeckend angelegten Maßnahmen und Angeboten, von der Wohnhaussanierung und Mieterberatung über Sprachkurse und Qualifizierungsangebote bis hin zum Einkaufsstraßenmanagement und Kinder- und Jugendbetreuung in öffentlichen Räumen. Diese Angebote werden jedoch in den meisten Fällen sektoral und klientelbezogen durchgeführt. Auch eine ressortübergreifende, gebündelte Berichterstattung („Tue Gutes und rede darüber“) z.B. in bezirksbezogenen Jahresberichten oder Grätzelinformationen aller beteiligten Institutionen wird nicht forciert.

Die sektorale Abgrenzung innerhalb der Verwaltung zeigt sich auch bei der Untersuchung der „indirekten Steuerungsansätze“. Ein übergeordnetes, strategisches Konzept, für eine sozialraumorientierte Zusammenarbeit auf übergeordneter Steuerungsebene, existiert nicht in Wien.

Abgesehen von dem gemeinsamen Antrittsabkommen der rot-grünen Stadtregierung aus dem Jahr 2010, verfügt jede Geschäftsgruppe über eigene strategische Dokumente und Fortschrittsberichte zu ihrem Kompetenzbereich. Dies behindert nicht nur die ressortübergreifende Zusammenarbeit und die Abstimmung von Maßnahmen in den Bezirken. Auch die Erarbeitung einer gemeinsamen Sichtweise auf die Planungsräume wird durch sektorale Erhebungen und das Zurückhalten von Informationen erschwert. Ein ressortübergreifendes Stadtbeobachtungssystem, wie z.B. das Monitoring Soziale Stadtentwicklung in Berlin, ist in Wien derzeit nicht verfügbar.

Ebenso erscheint es auch für die interessierte Öffentlichkeit nicht einfach, die sektoral aufbereiteten Informationen, auf der offiziellen Homepage der Stadt Wien zu finden.

Die ressort- bzw. institutionsübergreifende Zusammenarbeit findet in Wien hingegen informell, auf Ebene der lokalen Institutionen in den Bezirken, statt. Aufgrund der relativ kurzen Amtswege zwischen den beauftragten Institutionen und den zuständigen Magistratsabteilungen, können Maßnahmen flexibel und ohne großen administrativen Aufwand an Herausforderungen in den Bezirken angepasst werden.

Da die Institutionen weder ihre Jahrespläne noch detaillierte Dokumentationen zu Prozessen veröffentlichen, entfallen diese Potenziale der Metakommunikation.

Gerade diese Metakommunikation, als Erklärung der Hintergründe und Zusammenhänge von Maßnahmen, erscheint jedoch als sehr wichtig, um die Quartiersbevölkerung langfristig in die Prozesse zur Bezirksentwicklung miteinzubeziehen.

Bürgerbeteiligungen werden in Wien bisher eher anlassbezogen, zu unstrittigen Themen, wie z.B. „Wiener Charta“ - Leitlinien zum Zusammenleben auf gesamtstädtischer Ebene oder Beteiligungen zur Umgestaltungsarbeiten im öffentlichen Raum in den Be-

---

zirken durchgeführt. Langfristig angelegte LA21- Prozesse finden ausschließlich in Bezirken statt, in denen die Bezirksvertretung dies gestattet und mitfinanziert.

Als Handlungsempfehlungen zur Optimierung der Stadterneuerungspraxis in Wien wird das Konzept eines „Sozialraumorientierten Grätzelmanagements“ vorgeschlagen. Dieses bildet eine Weiterentwicklung des bestehenden Konzepts zum Pilotprogramm „Grätzel-Management Wien“ aus dem Jahr 2001 (vgl. Breiffuss & Dangschat 2001)

Dieses „Sozialraumorientierte Grätzelmanagement“ (vgl. Abbildung 113) sieht auf der Umsetzungsebene in den Bezirken mehrere Grätzeltreffpunkte vor.

Die **Grätzeltreffpunkte** stellen eine niedrigschwellige Beratungsstelle zu den verschiedenen Angeboten und Institutionen der Stadt Wien dar (Mindestsicherung, Bildung, Beschäftigung, Freizeit, Nachbarschaftskonflikte etc.). Das Beratungspersonal besteht sowohl aus festen Mitarbeitern, als auch aus wechselnden Mitarbeitern der lokalen Institutionen, wie z.B. GB\*, Jugend- und Parkbetreuung, MA 17.

Gleichzeitig bieten die Grätzeltreffpunkte Räumlichkeiten für langfristig angelegte Partizipationsprozesse. Die Bürgerbeteiligung sieht folgende Komponenten vor:

- Ein **Grätzelfonds** von ca. 15.000 Euro/ Jahr für selbstorganisierte Projekte im Quartier
- Ein monatliches **Grätzelforum**, in dem quartiersrelevante Themen und die Mittelverwendung des Quartiersfonds diskutiert, zuständige Experten eingeladen und gemeinsame Konzepte entwickelt werden
- Ein jährlich gewählter **Grätzelbeirat**, welcher die Ergebnisse aus den Grätzelforen beim übergeordneten Regionalforum im Bezirk vertritt und die Mittelvergabe des Grätzelfonds beschließt.
- **Arbeitskreise** zu Themengebieten wie z.B. Stadtgestaltung, Grätzelfest, Grätzelzeitung etc.

Auf lokaler Steuerungsebene im Bezirk bildet das **Regionalforum** eine Plattform zum Austausch der engagierten Institutionen sowie der Abstimmung von gemeinsamen Projekten und Ideen für ein **integriertes Bezirksentwicklungskonzept**.

Die integrierten Bezirksentwicklungspläne sind Bestandteil eines **integrierten Stadtentwicklungsplans**. Die Vorarbeit und Organisation zur Erarbeitung obliegt der geschäftsgruppenunabhängigen **Stabsabteilung für Strategische Stadtentwicklung**, welche bei der Magistratsdirektion-Baudirektion angesiedelt ist.

Der integrierte Stadtentwicklungsplan wird vom **Koordinationsgremium Integrierte Stadtentwicklung** erarbeitet. In diesem Gremium sind Vertreter aller sozialraumrelevanten Magistratsabteilungen, politische Vertreter der Stadt und der Bezirke, Vertreter von Fonds und Trägern, sowie Vertreter der lokal agierenden Institutionen vertreten.

Der integrierte Stadtentwicklungsplan enthält, neben planerischen Festlegungen, die Verortung von Strategien der Handlungsbereiche Soziales, Bildung, Gewerbe, Freizeit, Kultur und Tourismus. Er bildet die Basis für die integrierten Bezirkskonzepte.

Auf der übergeordneten Ebene der Magistratsabteilungen werden **ressortübergreifende Arbeitsgruppen zur integrierten Stadt- und Bezirksentwicklung** eingerichtet. Hier werden Strategien, Maßnahmen und Ideen konkretisiert, Konzepte für deren Finanzierung ausgearbeitet sowie die Umsetzung organisiert und überwacht.

Zusätzlich wird ein ressortübergreifendes, kontinuierliches Stadtbeobachtungssystem auf Basis der Stadtgebietstypen eingerichtet und öffentlich zugänglich gemacht.

Im Rahmen eines ressortübergreifenden Kommunikationskonzepts werden die offiziellen Webseiten übersichtlich und sozialraumbezogen gestaltet, regelmäßig aktualisiert sowie Bezirksplanungen und Dokumentationen veröffentlicht.

Alle Ebenen des Sozialräumlichen Grätzelmanagements werden von einem wissenschaftlichen Beirat der Stadtforschung begleitet.



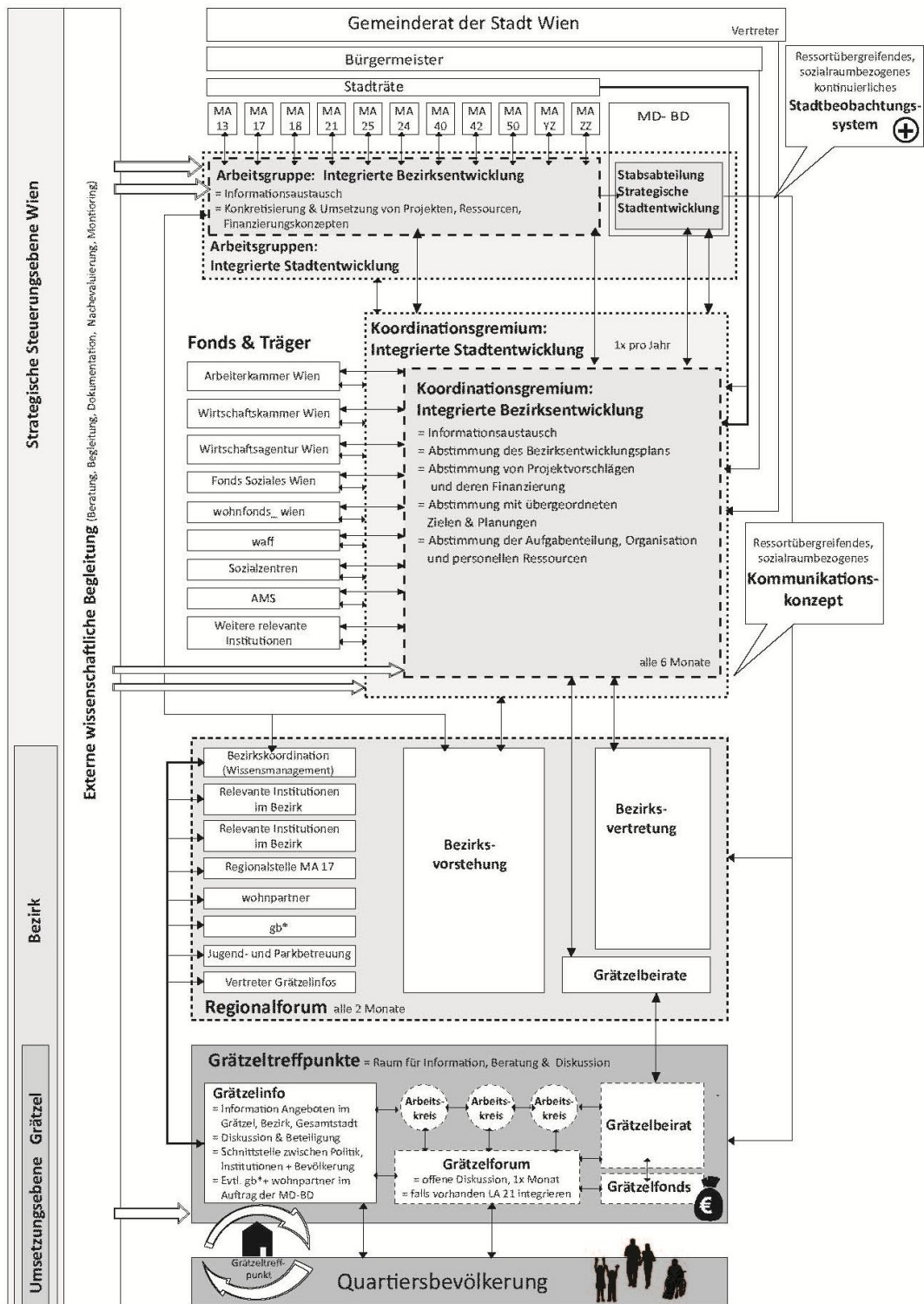


Abbildung 113: Konzept eines sozialraumorientierten Grätzelmanagements in Wien als Weiterentwicklung der Konzepte nach Dangschat 2001 und Breitfuss 2001



---

# ANHANG

## Ergänzende Materialien

### Leitfaden für Interviews mit Experten (BERLIN)

#### VORBEMERKUNG

*Ziel der Untersuchung besteht darin in der Analyse, inwieweit das Konzept der Sozialraumorientierung im Bereich der Stadterneuerungspraxis in den Städten Berlin und Wien zur Anwendung kommt und inwieweit dadurch Benachteiligungsphänomenen in den Stadtquartieren verringert werden.*

Dazu soll empirisch untersucht werden

- auf der *Steuerungsebene*:
  - die strategische Ausrichtung der Stadterneuerung auf gesamtstädtischer Ebene und die Rolle der Sozialraumorientierung darin (strategic)
  - die Gesamtheit der verfügbaren Programme/ Instrumentarien auf der Zielsetzungen, Handlungsfelder & Wirkungen (multitargeted/ lebensweltorientiert)
  - die Organisation & (Neu-)Strukturierung des politisch administrativen Systems (multisectoral)
  - Instrumentarien zur Analyse, Nachevaluierung & Monitoring (evidence- based)
  
- auf der *Umsetzungsebene* (mit dem Ortsteil Moabit als exemplarisches Untersuchungsgebiet)
  - Anlass und Zielsetzungen des gewählten Programms/ Instruments (strategic)
  - den vorbereitenden Untersuchungen, die als Grundlage zur Gebietabgrenzung und Entwicklung Maßnahmen verwendet wurden; (area/ evidence-based)
  - die Konzeptentwicklung, Abläufe & Umsetzung der Maßnahmen; (multitargeted/ lebensweltorientiert/ niedrigschwellig)
  - die Organisation der fachübergreifenden Zusammenarbeit von Planung, Sozialer Arbeit und anderen Institutionen und Akteuren auf Quartiersebene; (multisectoral, multilayered)
  - Anlass und Ausmaß der Beteiligung von lokalen Akteuren und Interessensgruppen (empowerment);
  - Methoden der Nachevaluierung und Monitoring (evidence- based)
  - Öffentlichkeitsarbeit und Wissensmanagement

(evidence- based, empowerment, transparent)

#### FRAGEN ZUR PERSON

- Position
- Aufgabenbereich
- Tätigkeiten

#### PLANUNGSVERSTÄNDNIS

Rolle der Sozialraumorientierung in der Stadterneuerung (zur Verringerung von Benachteiligungsphänomenen in Großstädten)?

---

## STRATEGISCHE AUSRICHTUNG DER STADTERNEUERUNG IN BERLIN

*Dieser Themenschwerpunkt fragt nach den strategischen Rahmenbedingungen und Grundsätzen der Stadterneuerungsplanung in Berlin, den politisch-administrativen Strukturen für eine fach- und ressortübergreifende Stadterneuerungsplanung, den Spielräumen für partizipative Prozesse in den Quartieren und den Informationssystemen, die den Gebietsabgrenzungen, Nachevaluierungen und Monitoringprozessen zugrunde liegen.*

- Wie hat sich das Handlungsfeld der Stadterneuerung in den vergangenen Jahren verändert vor dem Hintergrund der strategischen und programmatischen Zielsetzungen (weg von der baulichen hin zu sozialen Erneuerung)?
- Anlass zur ‚Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung‘?
- Anlass des ‚Handbuch zur Sozialraumorientierung‘
- Anlass zur Einrichtung des Programm ‚Zukunftsinitiative Stadtteil‘ & der Projekt-service Stelle ?
- Umsetzung der Ziele? (Instrumente, Programme)  
Inwieweit decken die Programme zur Stadterneuerung den Bedarf und die Handlungsfelder in den Quartieren derzeit ab?
  - Klassische Stadterneuerung
  - Stadtumbau Ost / West
  - Aktive Zentren
  - Städtebaulicher Denkmalschutz
  - Quartiersmanagement
  - Aktionsräume+
- Zielerreichungsgrad:  
Systemimmanente Schwächen der Programme z.B. Laufzeit/ Finanzierung/ Handlungsfelder/ Kombi-nierbarkeit
- Rolle der Verwaltung / Rolle der Politik / des Bundes ?

## UMSETZUNGSEBENE

*Dieser Themenschwerpunkt beschäftigt sich mit den Rahmenbedingungen der Umsetzung der Programme und der eingesetzten Instrumentarien, insbesondere den Reglementarien zur Gebietsauswahl (evidence-based), zur Umsetzung in den Programmen, das Verhältnis zwischen den einzelnen Akteuren, das Maß der Beteiligung, die (in)formellen Abläufe zur Entscheidungsfindung und Informationsaustausch wie auch die Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit.*

### Fokus: Programmumsetzung

- Rolle der PSS?
- Vorgehensweise zur Gebietsauswahl & Gebietsabgrenzung?
- Wer legt Akteure zur Strategieentwicklung, zur Umsetzung wie auch der den Personenkreis für Betroffenenbeteiligung in den Quartieren fest?
- Spielräume bei der Mittelverwendung?
- Spielräume bei der Prozessgestaltung oder bereits vom Bund festgelegt?
- Einfluss der Senatsverwaltung/ Bezirks auf die Umsetzung der Programme / Konzepterarbeitung/ Maßnahmen/ Mittelverwendung in den Quartieren?
- Rolle der Verwaltung / Rolle der Politik?

- Wer ist für Öffentlichkeitsarbeit zuständig? Wer legt Ausmaß fest?

**Fokus: Beteiligung & Empowerment**

- Bewertung der Beteiligungsinstrumente wie den Quartiersräte und Quartiersfonds
- Stärken? Allfällige Probleme? Machtverlust/ Rollenwandel der Verwaltung?
- Bewertung einer möglichen Ausweitung der Instrumente auf gesamtstädtischer Ebene

**STEUERUNGSEBENE**

*Dieser Themenschwerpunkt beschäftigt sich mit Strukturen im Hintergrund der Quartiersarbeit (horizontale & vertikale Vernetzung des politisch- administrativen Systems) , die Entscheidungsfindung und das Wissensmanagement zwischen den Akteuren*

- Steuerung und Ablauf der Programme/ gesamte Stadterneuerung
- Organisation von ebenenübergreifendem Arbeiten in der Stadterneuerung?
- Organisation von ressortübergreifenden Arbeiten in der Stadterneuerung?
- Formelle / Informelle Strukturen? Wissensmanagement?
- Auswirkungen von ‚Service Stadt Berlin‘ / ‚Handbuch der Sozialraumorientierung‘ auf eigene Arbeit?
- Probleme / Erleichterungen

**UMSETZUNGSEBENE**

*Dieser Themenschwerpunkt beschäftigt sich mit der Vorgangsweise bei der Umsetzung der Maßnahmen. Hier interessieren vor allem die Abläufe, die Erhebungsverfahren die zur Abgrenzungen des Gebiets führen, die Organisationsstruktur der Stadterneuerungskulissen, die Einflussnahme der Politik und anderer Akteure, die Art der Umsetzung der Betroffenenbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit (niedrigschwellig) sowie allfällige Probleme , Wirkungen und Erfolge.*

**Erhebungsmethoden/ Gebietsauswahl**

- Vorgehensweise/ Erhebungsmethoden zur Gebietsauswahl & Gebietsabgrenzung?
- Wer entscheidet letztlich über Gebietsauswahl?
- Rolle der Verwaltung/ Rolle der Politik?
- Rolle des ‚Monitoring Soziale Stadtentwicklung‘?

**Beteiligte & Organisationsstruktur**

- Wer entscheidet über die Beauftragten?
- Wie werden die Funktionen definiert?
- Rolle der Verwaltung/ Rolle der Politik / Betroffene?
- Inwieweit wird ressortübergreifend zusammengearbeitet/ Wissensmanagement? in/formell?
- Wie sieht die horizontale Organisationsstruktur aus?
- Wer hat Entscheidungskompetenzen?

**Konzepterarbeitung**

- Wie werden die Konzepte erarbeitet & Maßnahmen entschieden?
- Welche Rolle spielt Verwaltung/ Politik/ Betroffene/ Vorgaben des Programms / NGOs/ lokale Institutionen?
- Spielräume bei der Prozessgestaltung oder bereits vom Bund festgelegt?

---

### **Beteiligung / Empowerment**

- In welcher Form und zu welchem Zeitpunkt werden Betroffene am Prozess beteiligt?
- Wie werden Personen aktiviert / für Beteiligung gewonnen?
- Welche Bedeutung haben Quartiersräte & Quartiersfonds?
- Allfällige Probleme / Erfolge im Hinblick auf Beteiligung?
- Wie funktioniert die Öffentlichkeitsarbeit (auf mehreren Medien, ankündigend, aufsuchend, mehrsprachig, quartiersbezogen etc.)?

### **Umsetzung der Maßnahmen**

- Probleme bei der Organisation der Maßnahmen insbesondere in Zusammenarbeit mit privaten/institutionellen Akteuren?
- Probleme/ Erfolge bei der Umsetzung/ der Maßnahmen? (Teilnahme der Zielgruppen)

### **Fokus: EVALUIERUNG & MONITORING**

- Auswirkungen von ‚Monitoring Sozialraumorientierung‘ auf eigene Arbeit?
- Rückkopplung der Erkenntnisse auf Quartiersebene zurück zum Bezirksamt/ Senat?
- Art des Berichtswesens / Auswertung / Weiterentwicklungen?

### **AUSBLICK**

*Dieser Themenschwerpunkt fragt nach Problemstellungen, die bisher vielleicht noch nicht zur Sprache kamen und hofft auf konkrete Lösungsansätze für eine Weiterentwicklung der Instrumentarien und Rahmenbedingungen auf strategischer & lokaler Ebene wie auch für die Arbeitsbedingungen der Personen selbst*

- Wo herrschen derzeit noch Defizite?
- Was würden Sie ändern/ verbessern?

## Literaturverzeichnis

- Andriik, Roman. (2012): RE: Bezirksreferent Simmering , Wiener Wohnen, Interview am 07.03.2012.
- Bauer, Helfried, Fröhlich, August, Himmer, Franz, Huber, Wolf, Kainrath, Wilhelm, Knoth, Ernst, Veit, Wolfgang und Weber, Peter (1983): Stadterneuerung als ständige Herausforderung. Erfahrungen und Ausblicke, Wien, Kommunikationswissenschaftliches Dokumentationszentrum Wien (KDZ).
- BauGB- D (2011): Deutsches Baugesetzbuch. In: BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ (Hg.). Berlin.
- BBSR, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2009): Aktive Stadt- und Ortsteilzentren. In: BAU UND STADTENTWICKLUNG BVBS BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR (Hg.). Berlin: druckpunkt, Druckerei & Repro GmbH.
- Becker, Heidede , Böhme, Christa und Meyer, Ulrike (2001): Soziale Stadt - info 6. Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt [Online], 6. URL: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=JUKVXYN5>.
- Becker, Heidede, Beißwenger, Klaus-Dieter und Böhme, Christa (2002): Ressourcenbündelung im Programm Soziale Stadt. Soziale Stadt info, 9.
- Beer, Ingeborg. (2012): RE: Inhaberin des Büro für Stadtforschung + Sozialplanung, u.a. Mitarbeit bei der Ausarbeitung des Gebietsmonitoring und Programmevaluierung für das Programm Stadtumbau und Integrierte Handlungskonzept für Aktionsräume plus Wedding-Moabit, Interview am 27.01.2013.
- Beer, Ingeborg und Cremer, Cornelia (2008): Monitoringkonzept Stadtumbau Berlin. In: SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG (Hg.). Berlin.
- Berger, Gerhard. 17.02.2012 (2012): RE: Zuständiger Sachbearbeiter für Stadterneuerungsprogramme der Magistratsdirektion-Stadtbauverwaltung- Gruppe Hochbau: Interview.
- Bernt, Matthias (2003): Rübergeklappt. Die "Behutsame Stadterneuerung" im Berlin der 90er Jahre, Berlin, Schelzky & Jeep.
- Bernt, Matthias und Fritsche, Miriam (2005): Von Programmen zu Projekten. Die ambivalenten Innovationen des Quartiersmanagements. In: SYLVIA GREIFFENHAGEN und KATJA NELLER (Hg.), Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf--die Soziale Stadt". Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bezirksamt Mitte Hrsg. (2012a): Bezirksregionenprofil Moabit Ost. Berlin.
- Bezirksamt Mitte Hrsg. (2012b): Bezirksregionenprofil Moabit West. Berlin.
- BMF, Bundesministerium für Finanzen (2012): Antrag auf Mietzinshilfe.
- BMVBS (2013): Verwaltungsvereinbarung -Städtebauförderung 2013. In: BAU UND STADTENTWICKLUNG BVBS BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR (Hg.). Berlin.
- BMVBS, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2011): Wohngeld 2012. Ratschläge und Hinweise. Berlin: Z 25, Druckerei des BMVBS.
- BMVBS, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012): Evaluierung der Städtebauförderung. Leitfaden für Programmverantwortliche. Berlin, Bonn.
- BMVBW (1999): Verwaltungsvereinbarung -Städtebauförderung 1999. In: BAU- UND WOHNUNGSWESEN BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR (Hg.). Berlin.
- Boelter, Nicola. (2012): RE: Projektbearbeiterin SPI, Aktionsraum plus Wedding/ Moabit, Interview am 03.02.2012.
- Böhme, Christa (2007): Gesunder Stadtteil Soziale Stadt info, 20, 2-9.
- Brandstetter, Manuela (2008): Die Sozialraumorientierung als Fachdiskurs. Oder: "wissen(schaft)sbasierte Handlungsanleitungen für die Soziale Arbeit. SIO Sozialarbeit in Österreich Wien: Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen (OBDS).
- Brauner, Renate (2012): Budget der Stadt Wien. Voranschlag 2013.
- Breitfuss, Andrea. 21.02.2012 (2012): RE: Interview.
- Breitfuss, Andrea und Dangschat, Jens S. (2001): Pilotprogramm "Grätzl-Management Wien". Konzeptpapier B- Projektebene. Projekte in Wien - Leopoldstadt "Nordbahnviertel" und "Stuwerviertel". Wien: TU Wien.



- 
- Breitfuss, Andrea, Dangschat, Jens S., Frey, Oliver und Hamedinger, Alexander (2004): Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Herausforderungen für eine sozialverträgliche Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungspolitik. In: ARBEITERKAMMER WIEN (Hg.). Wien.
- Bundesagentur für Arbeit. (2013a): Anteil der Hartz-IV-Empfänger an der Bevölkerung nach Bundesländern im April 2013 [Online]. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/4275/umfrage/anteil-der-hartz-iv-empfaenger-an-der-deutschen-bevoelkerung/> [Abfragedatum: 16.05. 2013].
- Bundesagentur für Arbeit. (2013b): Arbeitslosenquote in Deutschland nach Bundesländern (Stand: April 2013) [Online]. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/36651/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-nach-bundeslaendern/> [Abfragedatum: 16.05. 2013].
- Bundestransferstelle Soziale Stadt (2008a): Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt. Berlin: im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).
- Bundestransferstelle Soziale Stadt (2008b): Vorwort. Soziale Stadt info, 22, 1.
- Bundestransferstelle Soziale Stadt (2011): Kurzexpertise Verfügungsfonds. Ergebnisse einer Befragung der Ansprechpartner „Soziale Stadt“ in den Bundesländern. In: DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK GMBH (DIFU) (Hg.). Berlin: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
- Cramer, Cathy und Behrens, Jan (2001): Lokale Ökonomie – eine zentrale Strategie für die Soziale Stadt. Soziale Stadt info, 5.
- Dangschat, Jens S. (2001a): Gentrification - Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnstandorte. *dérive*- Zeitschrift für Stadtforschung [Online], 4. URL: [http://www.derive.at/index.php?p\\_case=2&id\\_cont=237&issue\\_No=4](http://www.derive.at/index.php?p_case=2&id_cont=237&issue_No=4) [Abfragedatum: 04.06.2012].
- Dangschat, Jens S. (2001b): Pilotprogramm "Grätzl-Management Wien". Konzeptpapier A -Programmebene. Wien: TU Wien.
- Dangschat, Jens S. (2008): Ten years after – Kritische Bemerkungen zur Raumplanung. Wien.
- Dangschat, Jens S. und Hamedinger, Alexander (2007): Sozialdifferenzierte Räume - Erkenntnisinteresse, Problemlagen und Steuerung. In: JENS S. DANGSCHAT und ALEXANDER HAMEDINGER (Hg.), Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL: „Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen“. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).
- Dangschat, Jens S. und Hamedinger, Alexander (2009): Planning Culture in Austria - The Case of Vienna, the Unlike City. In: JÖRG KNIELING und FRANK ORTHENGRAFEN (Hg.), *Decoding Phenomena in Urban and Regional Planning* Burlington: Ashgate Publishing Limited.
- Dettmer, Julia und Kreutz, Stefan (2001): Neue Partner fürs Quartier. Planungspartnerschaften in der englischen Quartierserneuerung. Dortmund, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- Difu (2003): Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. In: BAU- UND WOHNUNGSWESEN BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR (Hg.), *Strategien für die Soziale Stadt*. Berlin.
- Difu (2006): Dritte bundesweite Befragung Programmgebiete „Soziale Stadt“. Endbericht zur Auswertung. . In: BAU UND STADTENTWICKLUNG (BMVBS) DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK IM AUFTRAG DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR VERKEHR, VERTRETEN DURCH DAS BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (BBR)(HRSG.) (Hg.). Berlin.
- Döhne, Hans-Jochen und Walter, Kurt (1999): Aufgabe und Chance einer neuen Stadtentwicklungspolitik. Ziele und Konzeption des Bund-Länder-Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf-die soziale Stadt". Bundesbaublatt. Bonn: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.
- Drilling, Matthias und Schnur, Olaf (2012): Nachhaltige Quartiersentwicklung. Positionen, Praxisbeispiele und Perspektiven, Wiesbaden VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien GmbH.
- Eigner, Peter, Matis, Herbert und Resch, Andreas (1999): Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme. In: VEREIN FÜR GESCHICHTE DER STADT WIEN (Hg.), *Jahrbuch des Vereins für die Geschichte der Stadt Wien*. Wien.
- Fahrn, Joachim. (2011): Berlin verliert die Hälfte seiner Sozialwohnungen. *Berliner Morgenpost*.
- Fassmann, Heinz, Hatz, Gerhard und Matznetter, Walter (2009): *Wien. Städtebauliche Strukturen und gesellschaftliche Entwicklungen*, Wien, Böhlau Verlag.
- Fis Broker Berlin. (2012): FIS-Broker Kartenanzeige Wohnatlas Berlin - Anteil Sozialmietwohnungen am Wohnungsbestand 2010. Berlin

- Fisahn, Andreas (1996): Kampf gegen Windmühlen? Überlegungen zur Bedeutung der Bürgerbeteiligung für den Umweltschutz anlässlich der Beschleunigungsnovellen Neue Justiz. Zeitschrift für Rechtssetzung und Rechtsanwendung, Heft 2, 63- 70.
- Förster, Wolfgang (1994): Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Perspektiven, 5/1994.
- Forstner, Martin (2012): Quartiersbüroleiter Zwischenbrücken der Gebietsbetreuung 2./20., . Interview.
- Franke, Thomas (2005): Quartiersmanagement im Spannungsfeld zwischen Politik, Verwaltung, Markt, Drittem Sektor und "Zivilgesellschaft". In: SYLVIA GREIFFENHAGEN und KATJA NELLER (Hg.), Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf--die Soziale Stadt". Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Franke, Thomas (2011): Auswirkungen der Mittelkürzungen im Programm Soziale Stadt, Bonn, bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Franke, Thomas und Löhr, Rolf-Peter (2000): Überlegungen zum Quartiermanagement. Soziale Stadt info., 2, 2-4.
- Froessler, Rolf (1992): Materialienband 1: Niederlande. Innovative Ansätze zu einer integrierten Quartiersentwicklung in Europa, Dortmund, ILS.
- Galvacsy, Imola. 24.02. (2012).
- Gläser, Jochen und Laudel, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse : Als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen, Wiesbaden VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Götz, Thomas. (2012): RE: Interview am 23.02.2012.
- Günther, Anja. (2012): Weniger als 1,7 Millionen geförderte Wohnungen [Online]. URL: <http://www.tagesschau.de/inland/wohnungsbau104.html> [Abfragedatum: 25.05. 2013].
- Haars, Anne (2001): Kommunale Quartiersentwicklung in den Niederlanden. Konzept und Umsetzung des Steedelijk Beheer, Dortmund, Zeitdruck.
- Harant, Dieter und Köllner, Ulrike (2006): Vereinspraxis, Neu-Ulm, AG SPAK Bücher.
- Hartz, Andrea (2003): Stadtlandschaften als Entwicklungspotenzial. Hauptthesen des Tages. Herbsttagung der DGGL 2003. Saarbrücken.
- Hatz, Gerhard (2004): Sozialräumliche Folgen der Stadtsanierung durch Public- Private- Partnerships. Das Modell der „sanften“ Stadterneuerung in Wien. In: INSTITUT FÜR GEOGRAFIE UND REGIONALFORSCHUNG DER UNIVERSITÄT WIEN (Hg.), Geografischer Jahresbericht aus Österreich. Forschungsberichte Geografie Wien. Wien.
- Häußermann und Kapphann, Andreas (2000): Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990, Opladen, Leske + Budrich.
- Häußermann, Hartmut (1999): Segregation & Ausgrenzung. Ursachen und Folgen soziale Segregation. Modernisieren ohne auszuschließen. Quartiersentwicklung zur Verhinderung einer städtischen Unterschicht. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung: Gesprächskreis Arbeit und Soziales
- Häußermann, Hartmut , Förste, Daniel , Dohnke, Jan und Hausmann, Patrick (2008): Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2008. In: SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG BERLIN REFERAT I A (Hg.). Berlin.
- Häußermann, Hartmut , Holm, Andrej und Zunzer, Daniela (2003): Stadterneuerung in der Berliner Republik. Modernisierung in Berlin- Prenzlauer Berg, Opladen, Leske + Budrich.
- Hauswirth, Rainer. (2012): RE: Stv. Leiter MA- 18 Stadtforschung und Raumanalysen. Interview am 05.03.2012.
- Hauswirth, Rainer und Gilje, Johannes (2010): Neudefinition der Gebietstypen. In: MA 18 STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG (Hg.), Beiträge zur Stadtentwicklung. Wien.
- Heeg, Susanne (2008): Von Stadtplanung und Immobilienwirtschaft. Die „South Boston Waterfront“ als Beispiel für eine neue Strategie städtischer Baupolitik, Bielefeld, transcript verlag.
- Henckel, Dietrich, Kuczkowski, Kester, Lau, Petra, Pahl-Weber, Elke und Stellmacher, Florian (2010): Planen- Bauen- Umwelt Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hinte, Wolfgang (2008): Sozialraumorientierung. Prinzipien, Strukturen und Finanzierungsformen. SIO Sozialarbeit in Österreich Wien: Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen (OBDS).
- Hochmayer, Thekla. (2012): RE: Interview am 23.02.2012.
- Holm, Andrej (2006): Privatisierung der Berliner Wohnungsgesellschaften. Verlauf - Umfang - Folgen. Konferenz der Berliner Mieter Gemeinschaft e.V. "Privatisierung in Berlin". Berlin.

- 
- IBB, Investitionsbank Berlin (2013): IBB Wohnungsmarktbericht 2012.
- IfS, Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH, Aehnelt, Reinhard , Häußermann, Hartmut, Jaedicke, Wolfgang , Kahl, Michael und Toepel, Kathleen (2004): Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung Bewertung des Bundesländer-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ nach vier Jahren Programmlaufzeit In: BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (Hg.). Berlin.
- Kaase, Max (1991): Stichwort Partizipation Wörterbuch Staat und Politik. In: DIETER NOHLEN (Hg.), Wörterbuch Staat und Politik. München/Zürich: Piper.
- Kalmár, Monika , Löffler, Roland , Prammer-Waldhör, Michaela , Städtner, Karin , Timar, Paul und Wagner-Pinter, Michael (2008): Simmering. Ein sozial-räumliches Wohnversorgungsprofil. In: MA 50 (Hg.). Wien.
- Kessler, Norbert (2010): BewohnerInnenschutz im Rahmen der sanften Stadterneuerung. Perspektiven, 3/4 2010, 105-109.
- Kohout, Ingrid und Vevera, Wolfgang. (Year): Published. Grätzelmanagement in Wien. (Hg.), 47. Netzwerktagung URBAN - Lokale Wirtschaftsentwicklung unter Einbeziehung privat- und zivilgesellschaftlicher Akteure, 2010 Bremen.
- Kontrollamt Wien (2005): wohnfonds\_wien Liquiditätsplanung. In: STADT WIEN (Hg.). Wien.
- Kreisl, Peter und Mussel, Christine (2001): Lokale Ökonomie – Themenkonferenz im Modellgebiet Kassel-Nordstadt. Soziale Stadt info, 5.
- Kremsberger, Simone (2006): Neue Studie: Migration im Gemeindebau. Archiv der Online-Zeitung der Universität Wien [Online], 28. Juni 2006. URL: <http://www.dieuniversitaet-online.at/beitraege/news/neue-studie-migration-im-gemeindebau/10/neste/228.html> [Abfragedatum: 25.02.2013].
- Krummacher, Michael, Kulbach, Roderich, Waltz, Viktoria und Wohlfahrt, Norbert (2003): Soziale Stadt - Sozialraumentwicklungs-Quartiersmanagement. Herausforderungen für Politik, Raumplanung und soziale Arbeit, Opladen, Leske+ Budrich.
- Kubicek, Herbert, Lippa, Barbara und Westholm, Hilmar (2009): Medienmix in der Bürgerbeteiligung. Die Integration von Online-Elementen in Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene Berlin, Sonderveröffentlichung
- Kunze, Ronald. (1990): Stadterneuerung als Teilstrategie der Stadtentwicklung  
Was ist Stadterneuerung ? [Online]. URL: [http://www.uni-kassel.de/fb6/ssu/pers/23c\\_Stadterneuerung\\_JB-1990.pdf](http://www.uni-kassel.de/fb6/ssu/pers/23c_Stadterneuerung_JB-1990.pdf).
- Lange, Stephan. (2012): RE: Koordinator für das Stadtumbaugebiet Tiergarten-Nordring/Heidestraße, zuständig für die vorbereitende Bauleitplanung beim Amt für Planen und Genehmigen, Bezirksamt Berlin-Mitte, Interview am 31.01.2012.
- Läpple, Dieter (1991): Essay über den Raum. Für ein gesellschaftswissenschaftliches Raumkonzept. In: HARTMUT HÄUßERMANN, DETLEV IPSEN, THOMAS KRÄMER-BADONI, DIETER LÄPPLER, MARIANNE RODENSTEIN und WALTER SIEBEL (Hg.), Stadt und Raum. Soziologische Analysen. Centaurus: Pfaffenweiler.
- Lill, Felix. (2011): Zahlt doch das Amt! DIE ZEIT, 15.9.2011 Nr. 38 [Online]. URL: <http://www.zeit.de/2011/38/Hartz-IV-Miete> [Abfragedatum: 01.12.2012].
- Lippuner, Roland (2012): Pierre Bourdieu. In: FRANK ECKARDT (Hg.), Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer VS.
- Löhr, Rolf-Peter und Rösner, Verena (2002): Ressourcenbündelung im Programm Soziale Stadt. Soziale Stadt info, 9.
- Lossau, Julia (2012): Spatial Turn. In: FRANK ECKARDT (Hg.), Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer VS.
- Löw, Martina (2001): Raumsoziologie, Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- MA 13 (2012a): FAIR-PLAY-TEAM. Kommunikation-Vermittlung-Teilhabe. Soziale Arbeit im öffentlichen Raum. Rahmenkonzept. Wien.
- MA 13 (2012b): Wiener Parkbetreuung 2012. Wien.
- MA 17 (2012): Integrations- und Diversitätsmonitor Stadt Wien 2009-2011.
- MA 23 (2012a): Bevölkerung nach Bezirken 2004 bis 2012. Statistik Austria Berechnung MA 23. Wien: Stadt Wien.
- MA 23 (2012b): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien - 2012 In: ARBEIT UND STATISTIK MA 23 – WIRTSCHAFT (Hg.). Wien: Magistrat der Stadt Wien.
- MA 24, Gesundheits- und Sozialplanung (2012): Wiener Sozialbericht 2012. Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. In: MAGISTRATSABTEILUNG 24 (Hg.), Wiener Sozialpolitische Schriften. Wien: Band 6.
- MA 25 (2012): Im Fokus: 5 Jahre GB\* mit Projektbeispielen und Event-Highlights. Wien.
- MA 50 (2012): Wohnbeihilfe Informationsteil In: MAGISTRATSABTEILUNG 50 - WOHN-BEIHILFE (Hg.). Wien.

- Matthes, Grudrun. (2012): RE: Leiterin der Abteilung IV C 1 des Referats für Stadterneuerung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, zuständig für Stadterneuerungsverfahren, Programmsteuerung, Grundsatzfragen. Interview am 25.01.2013
- Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung, Weinheim, Beltz.
- Mensch, Kristen (2005): Politische Steuerung der sozialen Stadtentwicklung. Ergebnisse des ersten Kolloquiums zum Programm "Soziale Stadt". In: SYLVIA GREIFFENHAGEN und KATJA NELLER (Hg.), Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm "Stadteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Die Soziale Stadt". Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH.
- Meuser, Michael und Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: DETLEV GARZ und KRAIMER KLAUS (Hg.), Qualitativ-empirische, Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Meyer, Margarete (2005): Städtetz Soziale Stadt NRW. Ressortübergreifende Bündelung im interkommunalen Erfahrungsaustausch. In: INFORMATIONSTELLE BÜNDELUNG UND VERNETZUNG IN DER BUNDESTRANSFERSTELLE SOZIALE STADT (Hg.), Mittel- und Ressourcenbündelung auf der kommunalen Handlungsebene. Berlin.
- Meyer, Ulrike und Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina (2003): Schwerpunkt: Schule und Bildung im Stadtteil. Soziale Stadt info, 12, 2-6.
- Meyer, Ulrike und Schuleri-Hartje, Ulla (2002): Schwerpunkt: Kultur im Stadtteil. Soziale Stadt info, 10, 2-6.
- Neuhuber, Jürgen. 28.02.2012 (2012).
- Nollinger, Norbert. 21.02.2012 (2012): RE: Interview.
- ÖROK (1983): Empfehlung zur planmäßigen Lenkung von Stadterneuerung und Stadterweiterung. Beschluß der 13.Sitzung am 20.06.1983.
- Patz-Drüke, Petra. (2012): RE: Leiterin der Stabstelle Sozialraumorientierte Planungscoordination am Bezirksamt Mitte von Berlin seit 2011, vorher Beauftragte für Stadtteilmanagement im Bezirk Mitte. Interview am 25.01.2012.
- Pfister, Ulrich und Fertig, Georg (2004): Sozialer Wohnungsbau. In: UNIVERSITÄT MÜNSTER (Hg.), Einführungen in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.
- Pfitzner, Beatrice. (2012): RE: Leiterin des Quartiersmanagement Moabit West; Interview am 26.01.2012.
- Pfleger, Andreas (2012): RE: Zielgebietskoordinator "Zentralraum Simmering" MA 21- Planungsgruppe Süc Interview am 13.03.2012.
- Preuß, Giesbert. (2012): RE: Beauftragter Prozesssteuerer für Aktive Zentren und Sanierungsgebiet Turmstraße, Interview am 24.01.2012.
- Prohaska, Martin (2007): Wenn Friedenszins für Unfrieden sorgt. Die Presse [Online], 06.08.2007 URL: <http://diepresse.com/home/recht/rechtallgemein/321776/Wenn-Friedenzins-fuer-Unfrieden-sorgt> [Abfragedatum: 01.04.2013].
- Projektgruppe RSS (2008): Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung –auf dem Weg zu einer integrierten Stadt(teil)entwicklung in Berlin Ergebnisbericht März 2008. In: STAATSSSEKRETÄRS-LENKUNGSRUNDE SOZIALE STADTENTWICKLUNG (Hg.). Berlin.
- Putschögl, Martin. (2013): ÖVP für "Gehalts-Checks" bei Gemeindebau-Mietern. Standard [Online], 19.03.2013. URL: <http://derstandard.at/1363705389436/OeVP-fuer-Gehalts-Checks-bei-Gemeindebau-Mietern> [Abfragedatum: 01.04.2013].
- Reimann, Bettina und Schuleri-Hartje, Ulla (2005): Integration von Migrantinnen und Migranten im Stadtteil. Soziale Stadt info, 17, 2-7.
- Remien, Armin. (2009): Mehr Licht und Luft . Wie der soziale Wohnungsbau im vergangenen Jahrhundert zahllosen Menschen ein Leben unter würdigen Bedingungen ermöglicht hat. . Sueddeutsche.de [Online]. URL: <http://www.sueddeutsche.de/geld/sozialwohnungen-mehr-licht-und-luft-1.25817> [Abfragedatum: 24.05.2013].
- Res urbana GmbH (2010): Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2010. In: SENATSVÉR-WALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG BERLIN REFERAT I A (Hg.). Berlin.
- Riege, Marlo und Schubert, Herbert (2005): Sozialraumanalyse. Grundlagen- Methoden- Praxis, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- 
- Röhrlich, Elisabeth und Ptaszynska, Aleksandra Der Gemeindebau im Wandel: Strukturelle Änderungen der Gegenwart. URL: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/wien/wien-gemeindebau/der-gemeindebau-im-wandel.html> [Abfragedatum: 01.04.2013].
- Rommelfanger, Stefan, Schiller, Irmgard und Schneider, Wolfram (2007): Verstetigung integrativer Stadtteilarbeit. Das Beispiel Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord. *Soziale Stadt info* 21, S. 8–9.
- Rosemann, Jürgen (1998): 'Stedelijk Beheer' - ein Konzept zur integralen Quartiersentwicklung in den Niederlanden. In: DEUTSCHES ARCHITEKTUR ZENTRUM (Hg.), 73. Sitzung des Stadtforums. *Soziale Stadt. Quartiersmanagement im internationalen Vergleich*. Berlin.
- Rosemann, Jürgen (2001): Soziales Stadtmanagement in den Niederlanden. In: SCHA-DERSTIFTUNG (Hg.), *Politische Steuerung der Stadtentwicklung. Das Programm „Soziale Stadt“ in der Diskussion*. Darmstadt.
- Rösener, Helmut. (2012): RE: Mitarbeiter der S.T.E.R.N, ehemaliger Leiter des QM-Moabit-West, Projektleiter Stadtumbau West Heidestraße/Tiergarten/ Nordring C+D; Interview am 26.01.2012.
- Rotter, Alexandra. (2011): Erbe des Friedenszins lastet auf Vermietern. *wirtschafts-blatt.at* [Online], 20.05.2011. URL: <http://wirtschaftsblatt.at/home/life/immobilien/1200450/index> [Abfragedatum: 01.04.2013].
- Sagner, Regina. (2012): RE: Koordinatorin des Monitorings Stadtumbau Tiergarten-Nordring/Heidestraße und der Bezirksregionenprofile Moabit Ost und West, zuständig für die Pflege des Geoinformationssystems beim Amt für Planen und Genehmigen, Bezirksamt Berlin-Mitte. Interview am 02.02.2012.
- Sauter, Matthias und Ruiz, Marcelo (2007 ): Die Verstetigung der Sozialen Stadt. *Soziale Stadtinfo* 21, S. 2–5.
- Schlager, Doris. (2007): Aus für den Wiener Gemeindebau. URL: <http://mieterinnen.org/spip/spip.php?article15>.
- Schnur, Olaf (2003): Lokales Sozialkapital für die "soziale Stadt". *Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit*, Opladen, Leske + Budrich.
- Scholl, Bernd , Elgendy, Hany und Nollert, Markus (2007): *Raumplanung in Deutschland- formeller Aufbau und zukünftige Aufgaben*, Karlsruhe.
- Seiß, Reinhard (2007): *Wer baut Wien*, München, Verlag Anton pustet.
- Senatsverwaltung Berlin (2013): Fortzuschreibende Liste der Projekte und Vorhaben des Modernisierungsprogramms „ServiceStadt Berlin 2016“. Berlin.
- SenBauWohn (1990): *Stadterneuerung Berlin; Erfahrungen, Beispiele, Perspektiven*. Berlin.
- SenStadtUm (2011): *Berlin- wohnenswerte Stadt*. Berlin: Senatsverwaltung für Stadt-entwicklung und Umwelt.
- SenStadtUm Hrsg. (2009): *Ergebnisbericht Teil B: Handbuch zur Sozialraumorientierung. Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung*. Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin.
- SenStadtUm Hrsg. (2011): *Handbuch zur Partizipation*. In: SENATSV ERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT BERLIN (Hg.). Berlin.
- SenStadtUm Hrsg. (2012): *Aktionsraum plus Wedding Moabit. Integrierte Stadtentwicklungskonzept 2012* In: SENATSV ERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT BERLIN (Hg.).
- SenStadtUm, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (2012): *Bericht zur Umsetzung der Sozialraumorientierung*. Berlin.
- Sept, Ariane (2008): *Urbanistica in movimento. Italienische Stadtplanung und das europäische Programm URBAN*, Berlin, Universitätsverlag der Technischen Universität Berlin.
- Siebel, Walter (1997): „Die Stadt und die Zuwanderer.“. In: HARTMUT HÄUßERMANN und INGRID OSWALD (Hg.), *Zuwanderung und Stadtentwicklung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Siebel, Walter (2001): *Segregation und Integration. Voraussetzungen für die Integration von Zuwanderern*. In: SCHADER-STIFTUNG DARMSTADT (Hg.), *wohn:wandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens*. Wiesbaden: Druckerei Klaus Koch GmbH.
- SPÖ/ Grüne Wien (2010): *Gemeinsame Wege für Wien. Das rot-grüne Regierungs-übereinkommen*. Wien.
- Squires, Gregory D. (1996): *Partnership and the Pursuit of the Private City*. In: SUSANN FAINSTEIN und SCOTT CAMPPELL (Hg.), *Readings in Urban Theory*, Stieglitz: Malden.
- Stadt Freiburg. (2006): *Die Bürgerschaft entscheidet am 12. November über den Verkauf der Stadtbau- Anteile*. Amtsblatt Sonderausgabe Oktober 2006.

- Stadt Wien Organisation der Wiener Stadtverwaltung In: MAGISTRATSDIREKTION - GRUPPE KOORDINATION (Hg.). Wien.
- Städtenetz Soziale Stadt NRW (2007 ): Tagungsdokumentation 2006. In: STÄDTENETZ SOZIALE STADT NRW IN KOOPERATION MIT STADT GELSENKIRCHEN und INSTI-TUT FÜR LANDES- UND STADTENTWICKLUNGSFORSCHUNG UND BAUWESEN DES LANDES NRW (ILS NRW) UND MINISTERIUM FÜR BAUEN UND VERKEHR DES LANDES NRW (HRSG.) (Hg.), Kontinuität in der Sozialen Stadt. Welche Perspektive hat die integrierte Stadtteilentwicklung nach der Förderung ? Dortmund.
- Stanzl, Peter. 12.03.2012 (2012): RE: Interview.
- Statistik Austria (2001a): ARBEITSSTÄTTENZÄHLUNG Hauptergebnisse Wien Band 1. Wien.
- Statistik Austria (2001b): Ergebnisse der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 2001. In: STATISTIK AUSTRIA (Hg.). Wien.
- Statistik Austria (2001 ): Bevölkerung seit 1869 nach Politischen Bezirken (einschl. Veränderung 1991 bis 2001 nach Komponenten).
- Statistik Austria (2012a): Ein-Eltern-Familien mit erhaltenen Kindern unter 27 Jahren. Wien.
- Statistik Austria (2012b): Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus. Jahres-durchschnitt 2011. Wien.
- Statistik Austria. (2012c): Öffentlicher Schuldenstand nach Teilssektoren des Staates und Bundesländern [Online]. URL: [http://www.statistik.at/web\\_de/static/oeffentlicher\\_schuldenstand\\_nach\\_teilssektoren\\_des\\_staates\\_und\\_bundeslaende\\_019487.pdf](http://www.statistik.at/web_de/static/oeffentlicher_schuldenstand_nach_teilssektoren_des_staates_und_bundeslaende_019487.pdf) [Abfragedatum: 05.03. 2012].
- Statistisches Bundesamt (2012): Statistisches Jahrbuch 2012.
- Stoik, Christoph (2008): Sozialraumorientierung. Theoretische Grundlegung der Sozialen Arbeit. SIO Sozialarbeit in Österreich Wien: Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen (OBDS).
- Tockner, Lukas (2012): Mietensteigerungen in Österreich und Wien. Auswertungen aus dem Mikrozensus. In: AK ARBEITERKAMMER WIEN (Hg.). Wien.
- Walther, Jens- Uwe (2009): Strategien der Urban Regeneration in England. In: MANFRED KÜHN und HEIKE LIEBMANN (Hg.), Regenerierung der Städte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH.
- Weeber + Partner und DIFU (2012): Stadtumbau West. Evaluierung des Bund-Länder-Programms. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR BMVBS, BAU UND STADT-ENTWICKLUNG BVBS (Hg.). Berlin.
- Weichler, Holger (2012): RE: Zuständiger Projektmitarbeiter des Geschäftsstraßenmanagements Turmstraße (raumplaner), Interview am 02.02.2012
- Wiener Landesregierung (2011): Gesetz über die Förderung des Wohnungsneubaus und der Wohnhaussanierung und die Gewährung von Wohnbeihilfe (Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz – WWFSG 1989)  
In: WIENER LANDTAG (Hg.). Wien.
- wohnfonds\_wien (2009): Sanieren von Althäusern Wien.
- wohnfonds\_wien (2011): Leitfaden Blocksanierung- Städtebauliche Strukturverbesserung (Blocksanierung). Wien.
- wohnfonds\_wien. 15.02.2012 (2012): RE: E-Mail-Anfrage. Type to SABINE LUTZ.
- wohnpartner. (2012a): RE: E-mail Anfrage
- wohnpartner (2012b): wohnpartner das Nachbarschaftservice im Wiener Gemeindebau. Grundsätze. In: WOHNSERVICE WIEN GMBH (Hg.). Wien.
- Wonik, Martin (2008): Mittendrin und dabei. Die Zusammenarbeit des Programms „Integration durch Sport“ und des Bundesländer-Programms „Soziale Stadt“. Soziale Stadt info, 22, 2-8.
- www.amtliche-sozialberichterstattung.de. (2009): Berichte zum sozialen Mindestsicherungssystem in Deutschland. URL: <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/mindestsicherung.html>.
- www.aucon.at (2012): Immobilienpreisindex Wien Mietwohnungen 10/2012. Wien.
- www.berlin.de/aktionsraum\_plus\_weddingmoabit. URL: [http://www.berlin.de/ba-mitte/org/aktionsraum\\_plus\\_weddingmoabit.html](http://www.berlin.de/ba-mitte/org/aktionsraum_plus_weddingmoabit.html) [Abfragedatum: 09.05. 2013].
- www.berlin.de/berliner\_wirtschaft. URL: [http://www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/wirtschaft/berliner\\_wirtschaft.de.html](http://www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/wirtschaft/berliner_wirtschaft.de.html) [Abfragedatum: 16.05. 2013].
- www.berlin.de/einkaufsmiellen. URL: [www.berlin.de/einkaufsmiellen](http://www.berlin.de/einkaufsmiellen) [Abfragedatum: 16.05. 2013].
- www.berlin.de/landespressestelle. URL: <http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2002/04/30/05079/> [Abfragedatum: 2013 25.05.].

---

[www.berlin.de/servicestadt-berlin](http://www.berlin.de/servicestadt-berlin). Service Stadt Berlin [Online]. URL:  
<http://www.berlin.de/verwaltungsmodernisierung/servicestadt-berlin/index.html> [Abfragedatum: 14.01 2012].

[www.berlin.de/stadtplanung](http://www.berlin.de/stadtplanung). URL: <http://www.berlin.de/ba-mitte/org/stadtplanung/buerste.html>.

[www.berlin.de/verwaltungsmodernisierung](http://www.berlin.de/verwaltungsmodernisierung). URL: [http://www.berlin.de/verwaltungsmodernisierung/historie\\_vm.html](http://www.berlin.de/verwaltungsmodernisierung/historie_vm.html) [Abfragedatum: 30.05.2013 2013].

[www.best-practices.at](http://www.best-practices.at). Nachhaltige Stadterneuerung, Wien, Österreich. Best Practice UN-Habitat [Online]. Wien. URL:  
[http://www.bestpractices.at/main.php?page=programme/sus\\_housing/sus\\_housing\\_5/sus\\_housing\\_5\\_3&lang=de](http://www.bestpractices.at/main.php?page=programme/sus_housing/sus_housing_5/sus_housing_5_3&lang=de).

[www.bmvbs.de](http://www.bmvbs.de). URL: <http://www.bmvbs.de> [Abfragedatum: 14.04. 2013].

[www.bmvbs.de/charta-leipzig](http://www.bmvbs.de/charta-leipzig). Hintergrundinformationen zur Leipzig-Charta [Online]. URL:  
<http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/SW/hintergrundinformationen-zur-leipzig-charta.html?nn=35776> [Abfragedatum: 14.04. 2013].

[www.bmvbs.de/soziale-stadt](http://www.bmvbs.de/soziale-stadt). [Abfragedatum: 01.05. 2013].

[www.bmvbs.de/SozialeWohnraumfoerderung](http://www.bmvbs.de/SozialeWohnraumfoerderung). URL:  
[http://www.bmvbs.de/DE/BauenUndWohnen/Wohnraumfoerderung/SozialeWohnraumfoerderung/soziale-wohnraumfoerderung\\_node.html](http://www.bmvbs.de/DE/BauenUndWohnen/Wohnraumfoerderung/SozialeWohnraumfoerderung/soziale-wohnraumfoerderung_node.html) [Abfragedatum: 2013 25.05.].

[www.bmvbs.de/stadtumbau-west](http://www.bmvbs.de/stadtumbau-west). URL:  
[http://www.bmvbs.de/DE/StadtUndLand/Staedtebaufoerderung/StadtumbauWest/stadtumbau-west\\_node.html](http://www.bmvbs.de/DE/StadtUndLand/Staedtebaufoerderung/StadtumbauWest/stadtumbau-west_node.html) [Abfragedatum: 10.05. 2013].

[www.bmvbs.de/Staedtebaufoerderung](http://www.bmvbs.de/Staedtebaufoerderung). URL:  
[http://www.bmvbs.de/DE/StadtUndLand/Staedtebaufoerderung/Staedtebaufoerderung2012/staedtebaufoerderung-2012\\_node.html](http://www.bmvbs.de/DE/StadtUndLand/Staedtebaufoerderung/Staedtebaufoerderung2012/staedtebaufoerderung-2012_node.html) [Abfragedatum: 23.12. 2012].

[www.bmvbs.de/wohngeld](http://www.bmvbs.de/wohngeld). (2012): Wohngeld - ein Zuschuss zur Miete oder zur Belastung [Online]. URL:  
<http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/SW/wohngeld-ein-zuschuss-zur-miete-oder-zur-belastung.html> [Abfragedatum: 01.12 2012].

[www.charta.wien.gv.at/charta](https://charta.wien.gv.at/charta). URL: <https://charta.wien.gv.at/start/charta/> [Abfragedatum: 04.04. 2013].

[www.datenbank.weiterbildung.at](http://datenbank.weiterbildung.at). URL:  
<http://datenbank.weiterbildung.at/speed/Default.asp?guid=8425270C0AF046F980875114C3CF914E&a=1> [Abfragedatum: 19.03. 2013].

[www.departure.at](http://www.departure.at). URL: <http://www.departure.at/> [Abfragedatum: 17.03. 2013].

[www.einkaufsstrassen.at](http://www.einkaufsstrassen.at). URL: <http://www.einkaufsstrassen.at/kontakt/> [Abfragedatum: 15.03. 2013].

[www.einkaufsstrassen.at/simmering](http://www.einkaufsstrassen.at/simmering). URL: <http://www.einkaufsstrassen.at/einkaufsgebiete/11-simmering/simmering/> [Abfragedatum: 17.03. 2013].

[www.einkofferinberlin.wordpress.com](http://www.einkofferinberlin.wordpress.com). URL: <http://einkofferinberlin.wordpress.com/klaus-wowereit/>  
[Abfragedatum: 30.05. 2013].

[www.familienzentrum-moabit.de](http://www.familienzentrum-moabit.de). URL: <http://www.familienzentrum-moabit.de/> [Abfragedatum: 29.5. 2013].

[www.finanztip.de](http://www.finanztip.de). URL: <http://www.finanztip.de/recht/mietrecht/br-miet-285.htm> [Abfragedatum: 22.05. 2013].

[www.gbstern.at/lebendige-strasse/pilotprojekt/](http://www.gbstern.at/lebendige-strasse/pilotprojekt/). Lebendige Straße. Ein Pilotprojekt zur Aufwertung strukturschwacher Einkaufsstraßen [Online]. URL: <http://www.gbstern.at/projekte/wirtschaft/lebendige-strasse/pilotprojekt/> [Abfragedatum: 15.03 2013].

[www.gbstern.at/projekte](http://www.gbstern.at/projekte). URL: <http://www.gbstern.at/projekte/wirtschaft/gib-deinen-senf-dazu/das-projekt/>  
[Abfragedatum: 30.03.2013 2013].

[www.gbstern.at/schneiderviertel](http://www.gbstern.at/schneiderviertel). URL: <http://www.gbstern.at/projekte/bauliche-erneuerung/schneiderviertel/aktionen-im-schneiderviertel/> [Abfragedatum: 31.03. 2013].

[www.gbstern.at/ueberblick](http://www.gbstern.at/ueberblick). URL: <http://www.gbstern.at/teams/ueberblick/> [Abfragedatum: 20.03. 2013].

[www.hartz-iv.info](http://www.hartz-iv.info). URL: <http://www.hartz-iv.info/ratgeber/unterkunft-und-heizung.html> [Abfragedatum: 13.05. 2013].

[www.juraforum.de](http://www.juraforum.de) (2013): Fehlbelegungsabgabe. Juraforum

[www.la21wien.at](http://www.la21wien.at). URL: <http://la21wien.at/> [Abfragedatum: 05.04. 2013].

- www.mädchengarten.at. URL: [http://www.mädchengarten.at/html/mgarten\\_home.html](http://www.mädchengarten.at/html/mgarten_home.html) [Abfragedatum: 23.03. 2013].
- www.mieterschutzwien.at/friedenszins. URL: <http://www.mieterschutzwien.at/index.php/3654/friedenszins-und-friedenskrone/> [Abfragedatum: 01.04. 2013].
- www.mingo.at/graetzelmanagement. Grätzelmanagement [Online]. URL: <https://www.mingo.at/de/services/graetzelmanagement>.
- www.mittendrin-berlin.de. URL: <http://www.mittendrin-berlin.de/wettbewerb/preistraeger-2012-13> [Abfragedatum: 13.05. 2013].
- www.moabitwest.de. URL: <http://www.moabitwest.de> [Abfragedatum: 2013 09.05.].
- www.moabitwest.de/aktionsfondsjury. URL: <http://www.moabitwest.de/Die-Aktionsfonds-Jury.1886.0.html> [Abfragedatum: 2013 09.05.].
- www.moabitwest.de/gebietsspezifische-ziele. URL: <http://www.moabitwest.de/Gebietsspezifische-Ziele-und-Entwicklungen.174.0.html> [Abfragedatum: 09.05. 2013].
- www.moabitwest.de/projekte. URL: <http://www.moabitwest.de/Projekte.2834.0.html> [Abfragedatum: 09.05. 2013].
- www.moabitwest.de/quartiersrat. URL: <http://www.moabitwest.de/Der-Quartiersrat.1853.0.html> [Abfragedatum: 09.05. 2013].
- www.moabitwest.de/stadtteilplenium. URL: <http://www.moabitwest.de/Das-Stadtteilplenium.171.0.html> [Abfragedatum: 09.05. 2013].
- www.my-entdecker.de. URL: <http://www.my-entdecker.de/europa/deutschland/berlin/reisen-die-stadt-der-tausend-gesichter> [Abfragedatum: 30.05. 2013].
- www.nachbarschaftsgartenmacondo.blogspot.de. (2010): Geschichte Macondos [Online]. URL: <http://nachbarschaftsgartenmacondo.blogspot.de/p/macondo.html>.
- www.oerok.gv.at. URL: <http://www.oerok.gv.at/die-oerok/raumordnung-in-oesterreich.html> [Abfragedatum: 2013 15.02.].
- www.oerok.gv.at/eu-regionalpolitik. (2012): EU-Regionalpolitik [Online]. URL: <http://www.oerok.gv.at/eu-regionalpolitik/eu-strukturfonds-in-oesterreich-2007-2013/ziel-rwb-efre/op-wien.html>.
- www.parktbetreuung.at. URL: [www.parktbetreuung.at](http://www.parktbetreuung.at) [Abfragedatum: 24.03. 2013].
- www.quartiersmanagement-berlin.de/programmstrategie. URL: <http://www.quartiersmanagement-berlin.de/Programmstrategie.3159.0.html> [Abfragedatum: 05.05. 2013].
- www.quartiersmanagement-berlin.de/quartiersfonds. URL: <http://www.quartiersmanagement-berlin.de/Quartiersfonds.2741.0.html>.
- www.quartiersmanagement-berlin.de/quartiersraete. URL: <http://www.quartiersmanagement-berlin.de/Berliner-Quartiersraete.3498.0.html> [Abfragedatum: 05.05. 2013].
- www.sanierung-berlin.de. URL: [http://www.sanierung-berlin.de/sanberlin/Geschichte/hauptteil\\_geschichte.html](http://www.sanierung-berlin.de/sanberlin/Geschichte/hauptteil_geschichte.html) [Abfragedatum: 2013 25.02.].
- www.schader-stiftung.de. URL: [http://www.schader-stiftung.de/gesellschaft\\_wandel/763.php](http://www.schader-stiftung.de/gesellschaft_wandel/763.php) [Abfragedatum: 2012 08.09].
- www.seidabei-wien.at. URL: <http://www.seidabei-wien.at/> [Abfragedatum: 26.03. 2013].
- www.sozialestadt.de. URL: <http://www.sozialestadt.de/programm/> [Abfragedatum: 28.11. 2011].
- www.spirit-of-berlin.de. URL: <http://www.spirit-of-berlin.de/bezirke/moabit/> [Abfragedatum: 30.05. 2013].
- www.stadtentwicklung.berlin.de. Stadtentwicklung Berlin [Online]. Berlin. URL: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen> [Abfragedatum: 17.12 2011].
- www.stadtentwicklung.berlin.de/aktionsraeume\_plus. URL: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale\\_stadt/aktionsraeume\\_plus/de/gebiete.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/aktionsraeume_plus/de/gebiete.shtml) [Abfragedatum: 09.05. 2013].
- www.stadtentwicklung.berlin.de/aktive\_stadtzentren. Aktive Stadtzentren [Online]. URL: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/aktive\\_stadtzentren/de/gebiete/index.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/aktive_stadtzentren/de/gebiete/index.shtml).
- www.stadtentwicklung.berlin.de/anschlussfoerderung. URL: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/anschlussfoerderung/> [Abfragedatum: 25.05. 2013].



---

[www.stadtentwicklung.berlin.de/beusselstr](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/beusselstr). URL:  
<http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/stadterneuerung/de/beusselstr/rahmenplan.shtml> [Abfragedatum: 18.05. 2013].

[www.stadtentwicklung.berlin.de/lor](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/lor). Lebensweltlich orientierten Räume [Online]. URL:  
[http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten\\_stadtentwicklung/lor/](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/lor/) [Abfragedatum: 12.01 2012].

[www.stadtentwicklung.berlin.de/partizipation](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/partizipation). URL:  
[http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale\\_stadt/partizipation/de/download.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/de/download.shtml) [Abfragedatum: 19.05. 2013].

[www.stadtentwicklung.berlin.de/quartiersmanagement](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/quartiersmanagement). URL:  
<http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/quartiersmanagement/de/evaluation/> [Abfragedatum: 18.05. 2013].

[www.stadtentwicklung.berlin.de/rahmenstrategie/2009](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/rahmenstrategie/2009). Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung [Online]. URL:  
[http://web.archive.org/web/20090224102752/http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale\\_stadt/rahmenstrategie/](http://web.archive.org/web/20090224102752/http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/rahmenstrategie/).

[www.stadtentwicklung.berlin.de/stadterneuerung](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/stadterneuerung). URL:  
<http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/stadterneuerung/index.shtml>  
[Abfragedatum: 23.05. 2013].

[www.stadtentwicklung.berlin.de/stadtumbau-west](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/stadtumbau-west). URL:  
<http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/stadtumbau/Stadtumbau-West.1555.0.html>  
[Abfragedatum: 11.05. 2013].

[www.stadtentwicklung.berlin.de/Tiergarten-Nordring-Heidestrasse](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/Tiergarten-Nordring-Heidestrasse). URL:  
<http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/stadtumbau/Tiergarten-Nordring-Heidestrasse.1629.0.html#c2984> [Abfragedatum: 19.05. 2013].

[www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen). URL:  
[http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnenswerte\\_stadt/de/entwicklung.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnenswerte_stadt/de/entwicklung.shtml)  
[Abfragedatum: 26.05. 2013].

[www.staedtebaufoerderung.info](http://www.staedtebaufoerderung.info). URL: <http://www.staedtebaufoerderung.info> [Abfragedatum: 09.04. 2013].

[www.staedtebaufoerderung.info/AktiveStadtUndOrtsteilzentren](http://www.staedtebaufoerderung.info/AktiveStadtUndOrtsteilzentren). URL:  
[http://www.staedtebaufoerderung.info/cln\\_031/nn\\_486646/sid\\_90359507C0713C44DEC6573A8BE4BF2B/nsc\\_true/StBauf/DE/AktiveStadtUndOrtsteilzentren/Programm/programm\\_\\_node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.staedtebaufoerderung.info/cln_031/nn_486646/sid_90359507C0713C44DEC6573A8BE4BF2B/nsc_true/StBauf/DE/AktiveStadtUndOrtsteilzentren/Programm/programm__node.html?__nnn=true) [Abfragedatum: 09.04. 2013].

[www.staedtebaufoerderung.info/SanierungsUndEntwicklungsmassnahmen](http://www.staedtebaufoerderung.info/SanierungsUndEntwicklungsmassnahmen). URL:  
[http://www.staedtebaufoerderung.info/cln\\_031/nn\\_486786/StBauf/DE/SanierungsUndEntwicklungsmassnahmen/Programm/programm\\_\\_node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.staedtebaufoerderung.info/cln_031/nn_486786/StBauf/DE/SanierungsUndEntwicklungsmassnahmen/Programm/programm__node.html?__nnn=true) [Abfragedatum: 22.05. 2013].

[www.staedtebaufoerderung.info/SozialeStadt](http://www.staedtebaufoerderung.info/SozialeStadt). URL:  
[http://www.staedtebaufoerderung.info/cln\\_030/nn\\_1147082/StBauf/DE/SozialeStadt/soziale\\_\\_stadt\\_\\_node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.staedtebaufoerderung.info/cln_030/nn_1147082/StBauf/DE/SozialeStadt/soziale__stadt__node.html?__nnn=true) [Abfragedatum: 01.05. 2013].

[www.statistik-berlin-brandenburg.de](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de). URL: <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/statis/login.do?guest=guest&db=BevBBBE> [Abfragedatum: 29.05. 2013].

[www.studis-online.de](http://www.studis-online.de). URL: <http://www.studis-online.de/Fragen-Brett/read.php?22,267129> [Abfragedatum: 13.05. 2013].

[www.tui.com/wien](http://www.tui.com/wien). URL: <http://www.tui.com/hotels/oesterreich/wien/> [Abfragedatum: 23.02. 2013].

[www.turmstrasse.de](http://www.turmstrasse.de). URL: <http://www.turmstrasse.de/downloads/downloads.html> [Abfragedatum: 30.04. 2013].

[www.turmstrasse.de/buergerbeteiligung](http://www.turmstrasse.de/buergerbeteiligung). URL: <http://www.turmstrasse.de/oeffentlichkeitsarbeit/buergerbeteiligung.html>  
[Abfragedatum: 30.04. 2013].

[www.turmstrasse.de/foerdergebiet](http://www.turmstrasse.de/foerdergebiet). URL: <http://www.turmstrasse.de/foerdergebiet/sanierungsgebiet.html>  
[Abfragedatum: 30.04. 2013].

[www.turmstrasse.de/gebietsfonds](http://www.turmstrasse.de/gebietsfonds). URL: <http://www.turmstrasse.de/projekte/gebietsfonds.html> [Abfragedatum: 01.05. 2013].

[www.turmstrasse.de/koordination](http://www.turmstrasse.de/koordination). URL: <http://www.turmstrasse.de/koordination/prozesssteuerung.html>  
[Abfragedatum: 30.04. 2013].

[www.urban.eu](http://www.urban.eu). URL: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/urban2/intro\\_de.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/urban2/intro_de.htm).

[www.waff.at/beruf-in-simmering](http://www.waff.at/beruf-in-simmering). URL: <http://www.waff.at/veranstaltungen/rueckblick/2012/81112-weiterkommen-im-beruf-in-simmering/> [Abfragedatum: 19.03. 2013].

- [www.waff.at/beschaeftigungspakt-wien](http://www.waff.at/beschaeftigungspakt-wien). Beschäftigungspakt Wien [Online]. URL: <http://www.waff.at/projekte-fuer-den-arbeitsmarkt/beschaeftigungspakt-wien/> [Abfragedatum: 18.03. 2013].
- [www.waff.at/bildungskonto](http://www.waff.at/bildungskonto). URL: <http://www.waff.at/service-fuer-beschaeftigte/weiterbildung-foerderung/bildungskonto/> [Abfragedatum: 19.03. 2013].
- [www.waff.at/fuer-arbeitslose-und-mindest-sicherungsbezieherinnen](http://www.waff.at/fuer-arbeitslose-und-mindest-sicherungsbezieherinnen). URL: <http://www.waff.at/projekte-fuer-den-arbeitsmarkt/fuer-arbeitslose-und-mindest-sicherungsbezieherinnen/> [Abfragedatum: 19.03. 2013].
- [www.waff.at/fuer-jugendliche](http://www.waff.at/fuer-jugendliche). URL: <http://www.waff.at/projekte-fuer-den-arbeitsmarkt/fuer-jugendliche/> [Abfragedatum: 18.03. 2013].
- [www.waff.at/migral](http://www.waff.at/migral). URL: <http://www.waff.at/projekte-fuer-den-arbeitsmarkt/fuer-migrantinnen/migral/> [Abfragedatum: 19.03. 2013].
- [www.waff.at/presse](http://www.waff.at/presse). URL: <http://www.waff.at/presse/aktuelles/wiener-ausbildungsgarantie-ein-voller-erfolg/> [Abfragedatum: 19.03. 2013].
- [www.wien.gv.at/bezirke/dezentralisierung/](http://www.wien.gv.at/bezirke/dezentralisierung/). Dezentralisierung in Wien [Online]. URL: <http://www.wien.gv.at/bezirke/dezentralisierung/> [Abfragedatum: 2013 09.03.].
- [www.wien.gv.at/bezirke/simmering](http://www.wien.gv.at/bezirke/simmering). Geschichtlicher Hintergrund von Simmering [Online]. URL: <http://www.wien.gv.at/bezirke/simmering/geschichte-kultur/geschichte.html> [Abfragedatum: 13.02.2013].
- [www.wien.gv.at/dienststellen](http://www.wien.gv.at/dienststellen). URL: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/dienststellen/> [Abfragedatum: 05.04. 2013].
- [www.wien.gv.at/entscheidungsrecht](http://www.wien.gv.at/entscheidungsrecht). (2013): Aufgaben der Bezirke mit vollem Entscheidungsrecht - Dezentralisierung in Wien [Online]. URL: <https://www.wien.gv.at/bezirke/dezentralisierung/entscheidungsrecht/> [Abfragedatum: 04.03. 2013].
- [www.wien.gv.at/fair-play](http://www.wien.gv.at/fair-play). URL: <http://www.wien.gv.at/freizeit/bildungjugend/fair-play/> [Abfragedatum: 23.03.2013 2013].
- [www.wien.gv.at/fonds](http://www.wien.gv.at/fonds). Fonds nach dem Wiener Stiftungs- und Fondsgesetz [Online]. URL: <http://www.wien.gv.at/recht/gemeinderecht-wien/fonds-stiftungen/fonds/> [Abfragedatum: 16.03. 2013].
- [www.wien.gv.at/integrationskonzept](http://www.wien.gv.at/integrationskonzept). URL: <http://www.wien.gv.at/menschen/integration/grundlagen/integrationskonzept/index.html> [Abfragedatum: 26.03. 2013].
- [www.wien.gv.at/karten/sozialraum](http://www.wien.gv.at/karten/sozialraum). (2010): Thematische Karten zum Thema "Sozial-raum" [Online]. URL: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/grundlagen/stadtforschung/gis/karten/sozialraum.html> [Abfragedatum: 20.02 2013].
- [www.wien.gv.at/lebendigestrassen/](http://www.wien.gv.at/lebendigestrassen/). Lebendige Straßen - Neue Impulse für struktur-schwache Geschäftsstraßen [Online]. URL: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/lebendigestrassen/> [Abfragedatum: 15.03 2013].
- [www.wien.gv.at/mehrfachnutzung](http://www.wien.gv.at/mehrfachnutzung). URL: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/mehrfachnutzung> [Abfragedatum: 23.03. 2013].
- [www.wien.gv.at/park](http://www.wien.gv.at/park). URL: <http://www.wien.gv.at/freizeit/bildungjugend/jugend/park.html> [Abfragedatum: 23.03. 2013].
- [www.wien.gv.at/politik/international](http://www.wien.gv.at/politik/international). URL: <http://www.wien.gv.at/politik/international/strategie/internationaler-vergleich.html> [Abfragedatum: 23.02. 2013].
- [www.wien.gv.at/politik/wahlen/](http://www.wien.gv.at/politik/wahlen/). Wahlinformationssystem der Stadt Wien (detaillierte Ergebnisse) [Online]. URL: <http://www.wien.gv.at/politik/wahlen/grbv/index.html> [Abfragedatum: 09.03 2013].
- [www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien](http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien). (2013): Studien und Veröffentlichungen der Stadtentwicklung [Online]. Stadt Wien. URL: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/> [Abfragedatum: 20.01 2013].
- [www.wien.gv.at/statistik/bevoelkerung](http://www.wien.gv.at/statistik/bevoelkerung). Bevölkerungsstand - Statistiken [Online]. URL: <http://www.wien.gv.at/statistik/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/index.html> [Abfragedatum: 01.03. 2013].
- [www.wien.gv.at/step2025](http://www.wien.gv.at/step2025). URL: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategien/step/step2025/> [Abfragedatum: 02.04. 2013].
- [www.wien.gv.at/zielgebiete](http://www.wien.gv.at/zielgebiete). (2012): Zielgebiete der Stadtentwicklung [Online]. URL: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/zielgebiete/methode-umsetzung.html> [Abfragedatum: 03.01.2013 2013].

---

[www.wien.gv.at/zielgebiete/simmering](http://www.wien.gv.at/zielgebiete/simmering). (2012): Simmering - Zielgebiet der Stadtentwicklung [Online]. URL: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/zielgebiete/simmering/index.html#leitbild> [Abfragedatum: 03.01. 2013].

[www.wienerwohnen.at](http://www.wienerwohnen.at). URL: <http://www.wienerwohnen.at/ueber-uns/ueber.html> [Abfragedatum: 01.04. 2013].

[www.wienerwohnen.at/wiener-gemeindebau](http://www.wienerwohnen.at/wiener-gemeindebau). (2012): Gemeindebaubeschreibungen [Online]. URL: <https://www.wienerwohnen.at/wiener-gemeindebau/gemeindebaubeschreibungen.html?gbSearchDistrict=1110&gbSearchStreet=&gbSearchYear=&gbSearchArchitect=&gbSearchRestoration=&gbSearchFlatCount>.

[www.wienerzeitung.at](http://www.wienerzeitung.at). (2009): Gebietsbetreuung vom "Wohnpartner" 08.06.2009. URL: [http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtleben/235928\\_Gebietsbetreuung-vom-Wohnpartner.html](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtleben/235928_Gebietsbetreuung-vom-Wohnpartner.html) [Abfragedatum: 28.02.2013].

[www.wikipedia.org/wiki/Simmering](http://www.wikipedia.org/wiki/Simmering). Simmering [Online]. URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Simmering> [Abfragedatum: 23.02. 2013].

[www.wirtschaftsbund.at/wien](http://www.wirtschaftsbund.at/wien). URL: <http://www.wirtschaftsbund.at/Content.Node/wien/home.php> [Abfragedatum: 17.03. 2013].

[www.wirtschaftslexikon.de](http://www.wirtschaftslexikon.de). Stichwort: Keynesianismus [Online]. Gabler Verlag. URL:<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/keynesianismus.html?referenceKeywordName=Keynessche+Wirtschaftstheorie>.

[www.wko.at](http://www.wko.at). Masterplan Einkaufsstadt Wien [Online]. URL:[http://portal.wko.at/wk/format\\_detail.wk?angid=1&stid=632404&dstid=9251](http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=632404&dstid=9251) [Abfragedatum: 15.03. 2013].

[www.wohnfonds-wien.at](http://www.wohnfonds-wien.at). (2012). URL: <http://www.wohnfonds.wien.at/> [Abfragedatum: 03.01 2012].

[www.wohnfonds-wien.at/blocksan](http://www.wohnfonds-wien.at/blocksan). URL: <http://www.wohnfonds.wien.at/html/blocksan.htm>. [Abfragedatum: 03.01 2012].

[www.wohnpartner-wien.at](http://www.wohnpartner-wien.at). URL: <http://www.wohnpartner-wien.at/> [Abfragedatum: 24.03. 2013].

[www.wowi.de/mieten](http://www.wowi.de/mieten) Die historische Entwicklung des Mietrechts in tabellarischer Darstellung. In: STUDIENGANG WOHNUNGS- UND IMMOBILIENWIRTSCHAFT PROF. STEFAN KOFNER, HOCHSCHULE FÜR TECHNIK, WIRTSCHAFT UND SOZIALWESSEN ZITTAU / GÖRLITZ (Hg.), Wohnungswirtschaft im Netz. Fachbegriffe und Fachliteratur im Überblick.

[www.yelp.at/11-wiener-gemeindebezirk-wien](http://www.yelp.at/11-wiener-gemeindebezirk-wien). URL: <http://www.yelp.at/biz/11-wiener-gemeindebezirk-wien#hrid:xS9DYdlmleNxP-Lla9IS5Q> [Abfragedatum: 23.02 2013].

[www.yelp.at/wiener-wohngegenden-wien](http://www.yelp.at/wiener-wohngegenden-wien). URL: <http://www.yelp.at/list/wiener-wohngegenden-wien> [Abfragedatum: 23.02. 2013].

[www.zit.co.at](http://www.zit.co.at). URL: <http://www.zit.co.at/> [Abfragedatum: 17.03 2013].

Zaubauer, Wolfgang. (2013): Der Gemeindebau ist keine Erbpacht. Wiener Zeitung [Online], 13.03.2013. URL: [http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/531020\\_Der-Gemeindebau-ist-keine-Erbpacht.html](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/531020_Der-Gemeindebau-ist-keine-Erbpacht.html) [Abfragedatum: 01.04.2013].

Zinker, Martin. (2009): Miet- und Wohnbeihilfe [Online]. URL: <http://www.studieren.at/articles/191/1/Miet-und-Wohnbeihilfe/Seite1.html> [Abfragedatum: 01.04.2013].

## Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Untersuchungsdesign und Methoden | S. 18  
Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 2: Aufbau der Arbeit | S. 21  
Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 3: Wirkungsketten des Strukturwandels am Beispiel Deutschland | S. 27  
Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 4: Up- und Down-Grade Prozesse von Quartieren | S. 31  
Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 5: Von der klassischen Stadterneuerung zur Quartiersentwicklung | S. 38  
Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 6: Sozialraum-Dreieck nach Dimensionen und Steuerungsebenen | S. 53  
Quelle: Autzen et. al. 1984: 32; [www.umbruch-bildarchiv.de](http://www.umbruch-bildarchiv.de); [www.quartiersmanagement-berlin.de](http://www.quartiersmanagement-berlin.de)  
[Abfragedatum am 03.12.2012]
- Abbildung 7: Sozialraumkompass zur Analyse | S. 54  
Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 8: Direkte und indirekte Wechselwirkungen von Maßnahmen, Veränderungen im Quartier und Akteuren | S. 54  
Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 9: Sozialraumorientierung in der Berliner Verwaltung | S. 57  
Quelle: SenStadtUm Hrsg. 2009: 1, 13
- Abbildung 10: Sozialraumorientierte Steuerungsansätze nach Handlungsfeldern und Bezugsebenen | S. 60  
Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 11: Städtebauliche Konfiguration und Stadtgestaltung als Steuerungsansatz | S. 61  
Quelle: [http://www.bdb-nrw.de/fileadmin/user\\_upload/aktuelles/2012/huert\\_h\\_kirschblueten\\_carre.jpg](http://www.bdb-nrw.de/fileadmin/user_upload/aktuelles/2012/huert_h_kirschblueten_carre.jpg)  
[Abfragedatum am 25.11.2012]
- Abbildung 12: Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld als integrierendes Element | S.64  
Quelle: <http://www.partizipation.at/uploads/pics/teens-open-space.jpg> Foto Standler; [http://hallo-nachbar.info/wp-content/uploads/2009/09/spielplatz3-img\\_0346-21092009-15-40-45.JPG](http://hallo-nachbar.info/wp-content/uploads/2009/09/spielplatz3-img_0346-21092009-15-40-45.JPG);  
<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/mehrfachnutzung/images/arthaberplatz-gr.jpg> [Abfragedatum am 05.04.2013]
- Abbildung 13: Lokale Unternehmensförderung als Steuerungsansatz | S. 67  
Quelle: <http://kcsourcelink.com/images/default-source/blog-images/keep-it-local-logo-concepts.gif?sfvrsn=0>;  
[http://www.gnonline.de/level9\\_cms2/images\\_user/artikel/2012/01/413483\\_hauptstrasse\\_im\\_lichterglanz\\_01\\_ram\\_i.jpg](http://www.gnonline.de/level9_cms2/images_user/artikel/2012/01/413483_hauptstrasse_im_lichterglanz_01_ram_i.jpg);  
<http://tengigabitethernet-1-2.br0.ams-glob.concepts-ict.net.mein-journal.de/news/thumb.php?art=thumb&w=600&h=400&src=jpg/06051339-HMVVorstand.jpg&a=> [Abfragedatum am 25.05.2013]
- Abbildung 14: Lokale Beschäftigungsangebote und Qualifizierung als Steuerungsansatz | S. 68  
Quelle: <http://www.sozpaedal.de/bilder/presseBilder/Labor.jpg>; <http://www.offenbach.de/stepone/data/images/75/3e/00/in6-schluesel-%283%29.jpg>;  
[Abfragedatum am 25.05.2013]
- Abbildung 15: Das Arbeitsprinzip der Gemeinwesenarbeit | S. 71  
Quelle: <http://www.stadteitarbeit.de/theorie-gwa/grundlagen-gwa/120-gwa-muenchen.html>  
[Abfragedatum am 25.05.2013]
- Abbildung 16: Soziale Beratung und individuelle Unterstützungsleistungen als sozialraumrelevante Stellgrößen | S. 72  
Quelle: <http://www.caritas-wien.at/typo3temp/pics/1553706f74.jpg>;  
<http://www.morgenpost.de/img/berlin/crop100330225/8300699078-ci3x2l-h307/streetworker-BM-Berlin-Berlin.jpg> [Abfragedatum am 25.05.2013]
- Abbildung 17: Stadtteilbeste als integrierendes Element | S. 73  
Quelle: <http://www.ig-hasenberg.de/media/Stadtteilfest-2011-8x20.jpg>; [Abfragedatum am 25.05.2013]
- Abbildung 18: Sport als integrierendes Element im Stadtteil | S. 74  
Quelle: [http://www.dfb.de/fileadmin/Image\\_Archive/News/integration\\_berlin\\_21532\\_p880722.jpg](http://www.dfb.de/fileadmin/Image_Archive/News/integration_berlin_21532_p880722.jpg); [Abfragedatum am 25.05.2013]
- Abbildung 19: Bildungseinrichtungen als integrierende Systeme | S. 75  
Quelle: [http://www.rastatt.de/uploads/pics/Rheinau\\_Nord3\\_800.jpg](http://www.rastatt.de/uploads/pics/Rheinau_Nord3_800.jpg);  
<http://www.offenbach.de/stepone/data/images/75/3e/00/in6-schluesel-%283%29.jpg>;  
[Abfragedatum am 25.05.2013]
- Abbildung 20: Kulturangebote als integrierende Elemente im Stadtteil | S. 76  
Quelle: [http://rg-box.com/wp-content/uploads/2012/11/sKirchenchor\\_90Jahre\\_Probe-1024x681.jpg](http://rg-box.com/wp-content/uploads/2012/11/sKirchenchor_90Jahre_Probe-1024x681.jpg)  
[http://www.cafechai.de/bilder/jat2002/jt\\_breakdance.jpg](http://www.cafechai.de/bilder/jat2002/jt_breakdance.jpg) [Abfragedatum am 25.05.2013]
- Abbildung 21: Prozess-Phasen-Modell als strategischer Bestandteil der Prozessgestaltung | S. 78  
Quelle: [http://www.bbsr.bund.de/nn\\_22414/BBSR/DE/FP/MORO/Studien/2008/EinbindungEnergiekonzepte/03\\_Ergebnisse\\_Phase3.html](http://www.bbsr.bund.de/nn_22414/BBSR/DE/FP/MORO/Studien/2008/EinbindungEnergiekonzepte/03_Ergebnisse_Phase3.html) [Abfragedatum am 25.05.2013]
- Abbildung 22: Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzepts der Gemeinde Weeze | S. 80  
Quelle: Acocella 2012: 9

- Abbildung 23: Methodische Tiefenschärfe einer Sozialraumanalyse | S. 81  
Quelle: Riege und Schubert 2005: 50
- Abbildung 24: Ebenen- und ressortübergreifende Rahmenstrukturen am Beispiel der Stadt Frankfurt/ Oder | S. 85  
Quelle: Kniewel und Reinertz 2008: 13
- Abbildung 25: Aufgabenbereiche des Quartiersmanagements | S. 86  
Quelle: <http://www.staedtebaufoerderung.info> [Abfragedatum am 25.11.2012]
- Abbildung 26: Quartiermanagement – Aufgabenbereiche und Organisation | S. 87  
Quelle: <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/zwischenbilanz/1-zwischenbilanz-04.html>  
[Abfragedatum am 13.05.2011]
- Abbildung 27: Prozesszyklus zur Projektförderung | S. 90  
Quelle: [http://www.genderkompetenz.info/w/gfx/large/misc/programmzyklus\\_instr\\_hf\\_zuw.jpg](http://www.genderkompetenz.info/w/gfx/large/misc/programmzyklus_instr_hf_zuw.jpg)  
[Abfragedatum am 14.03.2013]
- Abbildung 28: Beteiligungsleiter (/treppe) nach Arnstein | S. 94  
Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 29: Zielsetzungen der Bürgerbeteiligung | S. 96  
Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 30: Bezugsrahmen für die Analyse und Planung des Medieneinsatzes in Beteiligungsprojekten | S. 97  
Quelle: Kubicek, Lippa, und Westholm 2009: 99
- Abbildung 31: Wichtige Faktoren für die Verstetigung von Quartiersarbeit | S. 102  
Quelle: <http://quartiersentwicklung.lawaetz.de/fileadmin/quartiersentwicklung/img/QE-Verstetigung.jpg>  
[Abfragedatum am 24.03.2013]
- Abbildung 32: Evaluierungsberichte der deutschen Städtebauförderungsprogramme | S. 104  
Quelle: <http://www.staedtebaufoerderung.info/> [Abfragedatum am 23.05.2013]
- Abbildung 33: Untersuchungsschritte zur System- Prozess- und Wirkungsanalyse | S. 112  
Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 34: Lage von Berlin-Moabit und Wien-Simmering | S. 120  
Quelle: Fis-Broker Berlin; [www.geoland.at](http://www.geoland.at) [Abfragedatum am 14.06.2012]
- Abbildung 35: Stadträumliche und administrative Struktur der Bezirksregionen Moabit Ost und West, | S. 129  
Quelle: Bezirksregionenprofile, Bezirksamt Mitte 2012
- Abbildung 36: Wohnlagenkarte Gesamtstadt Berlin und Ortsteil Moabit, Berliner Mietspiegel 2011 | S. 136  
Quelle: Berliner Mietspiegel 2011
- Abbildung 37: Anteil der Arbeitslosen (SGB II und III) in % der 15-65 jährigen auf Ebene der Planungsräume, Berlin 2009 | S. 139 Quelle: Monitoring Soziale Stadt Berlin 2010
- Abbildung 38: Anteil Arbeitsloser (SGB II und SGB III) an Einwohnern im Alter zwischen 15 bis unter 65 Jahre | S. 141  
Quelle: Bezirksregionenprofile Moabit West und Ost, Bezirksamt Mitte 2012
- Abbildung 39: Anteil der Transferleistungsempfänger nach SGBII im Alter von 0 bis unter 65 Jahren in Prozent, 2009 | S. 141 Quelle: Bezirksregionenprofile Moabit West und Ost, Bezirksamt Mitte 2012
- Abbildung 40: Anteil der Transferleistungsempfänger nach SGBII bis 15 Jahre in Prozent, 2009 | S. 142  
Quelle: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten\\_stadtentwicklung/monitoring/de/2010/karten.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/de/2010/karten.shtml) [Abfragedatum am 14.06.2013]
- Abbildung 41: Anteil der Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund in % auf Ebene der Planungsräume, Berlin 2009 | S.143  
Quelle: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten\\_stadtentwicklung/monitoring/de/2010/karten.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/de/2010/karten.shtml) [Abfragedatum am 14.06.2013]
- Abbildung 42: Übersichtskarte soziale Infrastruktureinrichtungen Moabit Ost und West | S. 144  
Quelle: Bezirksregionenprofile Moabit Ost und West, Bezirksamt Mitte 2012
- Abbildung 43: Impressionen Moabit- West | S. 145  
Quelle: Bezirksregionenprofil Moabit –West, Bezirksamt Mitte 2012
- Abbildung 44: Planungssystem in Deutschland | S. 146  
Quelle: Scholl, Elegendy & Nollert 2007: 19
- Abbildung 45: Berliner Bezirke vor und nach der Bezirksreform 2001 | S. 147  
Quelle: [http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Berlin\\_Subdivisions.svg](http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Berlin_Subdivisions.svg);  
[http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Berlin,\\_Bezirksnamen,\\_1990-2000.png](http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Berlin,_Bezirksnamen,_1990-2000.png) [Abfragedatum am 24.06.2013]
- Abbildung 46: Förderkulissen in Berlin | Moabit, Stand März 2011 | S. 148  
Quelle: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale\\_stadt/aktionsraeume\\_plus/download/wedding\\_moabit.pdf](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/aktionsraeume_plus/download/wedding_moabit.pdf) [Abfragedatum am 24.05.2013]
- Abbildung 47: Anteil der Sozialmietwohnungen am Wohnungsbestand 2010 in %, Berlin | S. 155  
Quelle: Fis Broker Berlin, Wohnungsatlas 2012
- Abbildung 48: Zusammenhänge zwischen städtebaulichen Problemlagen in Stadt Umbau-Gebieten und der Gesamtstadt | S. 158 Quelle: Weeber+Partner und DIFU 2012: 218
- Abbildung 49: Übersichtskarte Stadtumbau Ost und West, Berlin | S. 159  
Quelle: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/stadtumbau/uploads/media/Stadtumbau\\_Gebietskulisse\\_Maerz2009.JPG](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/stadtumbau/uploads/media/Stadtumbau_Gebietskulisse_Maerz2009.JPG)
- Abbildung 50: Stadtumbaugebiet Tiergarten – Nordring/ Heidestraße | S. 160  
Quelle: Bezirksamt Mitte Berlin, 2009

- Abbildung 51: Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ |S. 162  
 Quelle: <http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/SW/aktive-stadt-und-ortsteilzentren.html>,  
[http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/aktive\\_zentren/](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/aktive_zentren/)  
 [Abfragedatum am 24.03.2013]
- Abbildung 52: Aktive Zentren – Gebiete Berlin |S. 163  
 Quelle: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/aktive\\_zentren/de/gebiete/index.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/aktive_zentren/de/gebiete/index.shtml) [Abfragedatum am 24.03.2013]
- Abbildung 53: Informationsplan Aktives Stadtzentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße |S. 164  
 Quelle: <http://www.turmstrasse.de/downloads> [Abfragedatum am 24.03.2013]
- Abbildung 54: Siegerkonzept „MittendrIN Berlin!“ 2012/13 |S. 167  
 Quelle: [www.mittendrin-berlin.de](http://www.mittendrin-berlin.de) [Abfragedatum am 24.03.2013]
- Abbildung 55: Beteiligte Institutionen und Programme im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderprogramms Soziale Stadt |S. 168  
 Quelle: <http://www.quartiersmanagement-berlin.de/>  
 [Abfragedatum am 25.05.2013]
- Abbildung 56: Quartiersmanagement-Gebiete in Berlin |S. 170  
 Quelle: [www.stadtentwicklung.berlin.de/quartiersmanagement](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/quartiersmanagement) [Abfragedatum am 25.12.2012]
- Abbildung 57: Verfahren zur Mittelvergabe der Quartiersfonds in Berliner QM-Gebieten |S. 172  
 Quelle: [http://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Dokumentation/Quartiersfond/Verfahren\\_zur\\_Mittelvergabe.jpg](http://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Dokumentation/Quartiersfond/Verfahren_zur_Mittelvergabe.jpg) [Abfragedatum am 25.12.2012]
- Abbildung 58: Banner QM Moabit West |S. 176  
 Quelle: [www.moabitwest.de](http://www.moabitwest.de) [Abfragedatum am 25.05.2013]
- Abbildung 59: Übersichtskarte Aktionsräume plus i in Berlin |S. 177  
 Quelle: [www.stadtentwicklung.berlin.de/aktionsraeume\\_plus](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktionsraeume_plus) [Abfragedatum am 25.05.2013]
- Abbildung 60: Förderkulissen im „Aktionsraum plus Wedding/ Moabit“ |S. 178  
 Quelle: [http://www.berlin.de/imperia/md/content/bamitte/presse/qm/f\\_rderkulissenkarte2.jpg?download.html](http://www.berlin.de/imperia/md/content/bamitte/presse/qm/f_rderkulissenkarte2.jpg?download.html) [Abfragedatum am 25.05.2013]
- Abbildung 61: Konzept zur integrierten Erarbeitung des Stadtentwicklungsplans Berlin 2030 |S. 183  
 Quelle: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungskonzept/download/StEK2030\\_Aufbau.pdf](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungskonzept/download/StEK2030_Aufbau.pdf) [Abfragedatum am 15.05.2013]
- Abbildung 62: Entwicklungsindex Soziale Stadtentwicklung 2010 |S. 185 Quelle: Fis Broker Berlin
- Abbildung 63: Status/Dynamikindex Aktionsraum plus Wedding- Moabit |S. 186 Quelle: Fis Broker Berlin
- Abbildung 64: Fachübergreifende Zusammenarbeit auf Ebene der Senats- und Bezirksverwaltungen, Berlin |S. 188  
 Quelle: SenStadtUm Hrsg. 2012: 133
- Abbildung 65: Organigramm zur Umsetzung der Sozialraumorientierung im Bezirk Mitte |S. 189  
 Quelle: BA Mitte / SenStadtUm Hrsg.2012
- Abbildung 66: Organisationsstruktur Quartiersmanagement, Bezirk Berlin-Mitte |S. 190 Quelle: Bezirksamt Mitte 2006: 13
- Abbildung 67: Verpflichtungsrahmen Bundesfinanzhilfen der Städtebauförderung (in Mio. €) |S. 192  
 Quelle: [http://www.staedtebaufoerderung.info/cdn\\_030/nn\\_1087388/StBauf/DE/UeberDieStBF/Mittelverteilung/Mittelverteilung\\_\\_node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.staedtebaufoerderung.info/cdn_030/nn_1087388/StBauf/DE/UeberDieStBF/Mittelverteilung/Mittelverteilung__node.html?__nnn=true) [Abfragedatum am 15.05.2013]
- Abbildung 68: Strukturen der Bürgerbeteiligung und der Akteursvernetzung in Moabit |S. 198  
 Quelle: Bezirksamt Mitte 2012b: 42
- Abbildung 69: Simmering in der Gesamtstadt Wien; Simmering im Luftbild |S. 203  
 Quelle: [www.googlemaps.com](http://www.googlemaps.com) [Abfragedatum am 15.05.2013]
- Abbildung 70: Stadtmodell der Stadt Wien nach Lichtenberger 1991 |S. 204  
 Quelle: Fassmann, Hatz & Matznetter 2009:25
- Abbildung 71: Impressionen der Wiener Stadterneuerungspraxis Wohnhaussanierung, Volkino und Befragung |S. 209  
 Quelle: Perspektiven 2010 Heft3 /4 : 104, 109
- Abbildung 72: Neudefinition der Gebietstypen Wien, 2010 |S. 213  
 Quelle: MA 18 Stadtplanung und Stadtgestaltung
- Abbildung 73: Anteil der Wohnungen bis 60 Quadratmeter an allen Wohnungen nach Zählbezirken |S. 215  
 Quelle: Kalmár et. al. 2008:25
- Abbildung 74: Wohnraum -/ gemeinwesensbezogene Institutionen in Simmering |S. 216  
 Quelle: Grundkarte: Stadtplan Wien
- Abbildung 75: Städtische Wohnhausanlagen in Wien XI Simmering |S. 216 Quelle: Grundkarte: Stadtplan Wien
- Abbildung 76: Anzahl der Working Poor in Wien, 2001- 2008 |S. 218  
 Quelle: AK Wien 2011, Bearbeitung MA 24, Sozialbericht
- Abbildung 77: Arbeitslosenquote AMS Statistik Wien, 2008 |S. 218  
 Quelle: MA18 Stadtentwicklung und Stadtgestaltung
- Abbildung 78: Arbeitsfähige BMS-Bezieher in Wien, 2011 |S. 219 Quelle: MA 24 , Sozialbericht
- Abbildung 79: Arbeitslosenquote und BMS-Dichten nach Bezirk in Wien, 2010 |S. 221  
 Quelle: Statistik Austria, SDB – statistische Datenbank, 2011, berechnet durch die MA 24 Sozialbericht
- Abbildung 80: Durchschnittliche Arbeitslosigkeitsstage nach Zählbezirken in Simmering, 2007 |S. 222  
 Quelle: MA 18, 2010
- Abbildung 81: Bevölkerungsentwicklung Stadt Wien 2008- 2010 nach Zählbezirken |S. 223  
 Quelle: MA 18, 2010

- 
- Abbildung 82: Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in % 2010, Wien | Simmering | S. 224 Quelle: MA 18, 2010
- Abbildung 83: Akademikerquote in %, Volkszählung 2001, Wien | Simmering | S. 225 Quelle: MA 18, 2010
- Abbildung 84: Anteil an Haushaltsformen in Simmering nach Zählbezirken, 2007 | S. 226 Quelle: Kalmár et. al 2008: 18f
- Abbildung 85: Panorama Simmering | S. 227  
Quelle: [http://vienna-podcast.at/media/topics/simmering/panorama-simmering\\_jpg\\_versions/big\\_panorama-simmering.jpg](http://vienna-podcast.at/media/topics/simmering/panorama-simmering_jpg_versions/big_panorama-simmering.jpg)  
[Abfragedatum am 24.03.2013]
- Abbildung 86: Finanzschulden der Gemeinden in Österreich zum Stand 2010 | S. 230  
Quelle: [http://diepresse.com/images/uploads/8/e/2/710882/gemeinden\\_schuldenfalle\\_23s14schulden-der-gemeinden20111122193713.jpg](http://diepresse.com/images/uploads/8/e/2/710882/gemeinden_schuldenfalle_23s14schulden-der-gemeinden20111122193713.jpg) [Abfragedatum am 24.03.2013]
- Abbildung 87: Organisation der Stadt Wien 2011 | S. 232  
Quelle: <http://www.wien.gv.at/bezirke/dezentralisierung/organe/index.html> [Abfragedatum am 24.03.2013]
- Abbildung 88: Organisation Magistrat – Bezirke in Wien 233 Quelle: Stadtverwaltung Wien 2012
- Abbildung 89: Simmering: Bezirksvertretungswahlen 1996-2010 | S. 234  
Quelle: [www.wien.gv.at/politik/wahlen](http://www.wien.gv.at/politik/wahlen) [Abfragedatum am 14.03.2013]
- Abbildung 90: Zielgebiete der Stadtentwicklung 2011, Wien | S. 237  
Quelle: [www.wien.gv.at/zielgebiete/simmering](http://www.wien.gv.at/zielgebiete/simmering) [Abfragedatum am 24.03.2013]
- Abbildung 91: Zielgebiet Simmering | S. 238 Quelle: [www.wien.gv.at/zielgebiete/simmering](http://www.wien.gv.at/zielgebiete/simmering) [Abfragedatum am 24.03.2013]
- Abbildung 92: Potenzieller Nutzungsdruck auf den öffentlichen Raum, Wien 2011 | S. 239 Quelle: MA 17 2012: 148
- Abbildung 93: Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld in Simmering, Planung Mädchengarten, Beteiligungsaktionen im Blocksanierungsgebiet Schneiderviertel und in der Simmeringer Hauptstraße | S. 240  
Quelle: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at), [www.gbstern.at](http://www.gbstern.at) [Abfragedatum am 24.03.2013]
- Abbildung 94: Blocksanierungsgebiet „Rinnböckstraße / Schneiderviertel“, Wien- Simmering | S. 244  
Quelle: MZK –MA 4
- Abbildung 95: Karl-Marx- Hof, Wien 2 | S. 47  
Quelle: <http://www.rotes-wien.at/images/KarlMarxHof.jpg> [Abfragedatum am 22.12.2013]
- Abbildung 96: Steuerungsansätze zur Förderungen der lokalen Einzelhandelstruktur, Wien | S. 251  
Quelle: [http://www.gbstern.at/uploads/pics/lebendige\\_strasse.jpg](http://www.gbstern.at/uploads/pics/lebendige_strasse.jpg) [Abfragedatum am 26.03.2013]
- Abbildung 97: Einkaufsstrassenverein Simmeringer Hauptstraße | S. 254  
Quelle: <http://www.einkaufsstrassen.at/> [Abfragedatum am 26.03.2013]
- Abbildung 98: Berufseinstiegsangebote für Jugendliche im „Space-Lab“ Wien | S. 256  
Quelle: <http://www.spacelab.cc/Home/mitarbeiten> [Abfragedatum am 26.03.2013]
- Abbildung 99: Logo Gebietsbetreuung Stadterneuerung Wien | S. 259  
Quelle: <http://www.gbstern.at/> [Abfragedatum am 13.02.2013]
- Abbildung 100: Neubewertung gb\* Stadterneuerungsgebiete 2012-2017 | S. 260  
Quelle: Berger, MD-BD 2012
- Abbildung 101: Logo und Tätigkeitsbereiche des wohnpartner Nachbarschaftsservice | S. 267  
Quelle: wohnpartner 2012: 5
- Abbildung 102: Wiener Integrationskonzept: Fundament, Eckpfeiler und Dach | S. 271  
Quelle: <http://www.wien.gv.at/menschen/integration/grundlagen/integrationskonzept/>  
[Abfragedatum am 18.03.2013]
- Abbildung 103: Diversitätsmonitoring innerhalb der Institutionen der Stadt Wien | S. 273  
Quelle: MA 17 2012:36
- Abbildung 104: Auszüge aus dem Regierungsübereinkommen „Gemeinsame Wege für Wien“ S. 75,76 | S. 280  
Quelle: SPÖ/ Grüne Wien 2010: 75f
- Abbildung 105: Auszüge aus dem Regierungsübereinkommen „Gemeinsame Wege für Wien“ S. 24 | S. 281  
Quelle: SPÖ/ Grüne Wien 2010: 24
- Abbildung 106: Governance- Modell der LA21- Gruppen in Wien | S. 295  
Quelle: [www.la21wien.at](http://www.la21wien.at) [Abfragedatum am 18.03.2013]
- Abbildung 107: Bewertungsschema: Steuerungspotenziale in der Stadterneuerungspraxis | S. 326  
Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 108: Steuerungspotenziale zur Verringerung von sozialräumlicher Benachteiligung, Berlin | Moabit | S. 331  
Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 109: Konzept: Sozialraumorientiertes Förderprogramm zur Verringerung von Benachteiligung in Deutschland | S. 334 Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 110: Vernetzung von Akteuren, Instrumenten und Zielgrößen in der Stadterneuerungspraxis, BERLIN | Moabit | S. 336 Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 111: Steuerungspotenziale zur Verringerung von sozialräumlicher Benachteiligung, Wien | Simmering | S. 337  
Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 112: Vernetzung von Akteuren, Instrumente und Zielgrößen in der Stadterneuerungspraxis, WIEN | Simmering | S. 339 Quelle: Eigene Darstellung
- Abbildung 113: Konzept eines sozialraumorientierten Grätzelmanagements in Wien als Weiterentwicklung der Konzepte nach Dangschat 2001 und Breiffuss 2001 | S. 343 Quelle: Eigene Darstellung

## Tabellenverzeichnis

- Tabelle 1: Typen von verfahrensseitig initiierten Beteiligungsverfahren Quelle: Kubicek 2009:48 | S. 93  
Quelle: Riege und Schubert 2005: 47, 52
- Tabelle 2: Ausgewählte Methoden der Bürgerbeteiligung nach Verfahrenstypen –Überblick | S. 94  
Quelle: SenStadtUm 2011: 321-331
- Tabelle 3: Medien für unterschiedliche Formen der Meta- Kommunikation | S. 99  
Quelle: Kubicek, Lippa, und Westholm 2009: 9, <http://www.sozialestadt-aschaffenburg.de/entry-img/YD48R2ET.jpg>,
- Tabelle 4: Medien für divergente und konvergente Kommunikationsprozesse | S. 99  
Quelle: vgl. Kubicek, Lippa, und Westholm 2009: 61, <http://ww2.heidelberg.de/stadtblatt-alt/stbl1502/azubig.jpg>
- Tabelle 5: Untersuchungsraaster im Überblick | S. 113 Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 6: Wesentliche Strategien zur Stadterneuerung in Berlin und Wien | S. 121 Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 7: Personenanzahl nach Einkommensquartilen in Wien | S. 220  
Quellen: Statistik Austria, EU-SILC 2004, 2009 und 2010, berechnet durch die MA 24
- Tabelle 8: Überblick zu sozialraumrelevanten, strategischen Dokumenten auf gesamtstädtischer Ebene, Wien | S. 282
- Tabelle 9: Überblick zur sozialraumrelevanten strategischen Dokumenten auf lokaler Ebene, Simmering | S. 283
- Tabelle 10: Überblick zur sozialraumrelevanten strategischen Dokumenten auf lokaler Ebene, Simmering | S. 287  
Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 11: Überblick zur Finanzierung auf gesamtstädtischer Ebene Wien | S. 291 Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 12: Information und Öffentlichkeitsarbeit auf lokaler Ebene, Simmering | S. 293 Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 13: Überblick Evaluierung und Monitoring auf lokaler Ebene, Simmering | S. 298 Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 14: [Wohn-]Raumbezogene Steuerungsansätze in Berlin | Moabit und Wien | Simmering | S. 304  
Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 15: Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze im Bereich Gewerbe in Berlin | Moabit und Wien | Simmering | S. 306  
Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 16: Wirtschaftsbezogene Steuerungsansätze im Bereich Einzelhandel in Berlin | Moabit und Wien | Simmering | S. 307  
Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 17: Steuerungsansätze zur Beschäftigungsförderung in Berlin | Moabit und Wien | Simmering | S. 308  
Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 18: Steuerungsansätze im sozialen Bereich in Berlin | Moabit und Wien | Simmering | S. 310  
Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 19: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze\_ Strategische Dokumente | S. 313  
Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 20: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze\_ Analyse | S. 314  
Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 21: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze\_ Ebenen- und ressortübergreifende Organisation | S. 316  
Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 22: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze\_ Finanzierung | S. 318  
Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 23: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze\_ Information und Öffentlichkeitsarbeit | S. 320  
Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 24: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze\_ Partizipation und Bürgerbeteiligung | S. 322  
Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 25: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze \_ Evaluierung und Monitoring | S. 323  
Quelle: Eigene Darstellung
- Tabelle 26: Gegenüberstellung strategischer Steuerungsansätze \_ Verstetigung | S. 324  
Quelle: Eigene Darstellung